PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

13

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1982

W. I. LENIN

BAND 13

JUNI 1907 – APRIL 1908



DIETZ VERLAG BERLIN

1982

Originaltitel:
В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ
© Politisdat, Moskau 1947
© Deutsche Übersetzung:
Dietz Verlag Berlin 1963

Mit 4 Faksimiles

6. Auflage 1982
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1
LSV 0056
Printed in the German Democratic Republic
Satz: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig III/18/138
Druck und Bindearbeit: INTERDRUCK, Graphischer Großbetrieb
Leipzig III/18/97
Best.-Nr.: 735 104 3
DDR 6,50 M

VORWORT

Die in Band 13 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Juni 1907 bis April 1908.

Die Artikel „Gegen den Boykott", „Notizen eines Publizisten", „Revolution und Konterrevolution", „Die dritte Duma", „Politische Notizen" und „Die neue Agrarpolitik" geben eine Analyse und Einschätzung der politischen Situation in Rußland nach der Niederlage der ersten Revolution und umreißen die Aufgaben der Parteiorganisationen in der Periode der Reaktion. In diesen Artikeln wie auch in den Reden auf der Petersburger Konferenz und den Gesamtrussischen Konferenzen der SDAPR, die im vorliegenden Band veröffentlicht werden, formulierte Lenin auch die Aufgaben der Dumataktik der Bolschewiki in der neuen Etappe.

In den Band wurden die äußerst wichtigen Arbeiten Lenins zur Agrarfrage „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (Kapitel X–XII) und „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907" aufgenommen.

Der Band enthält das „Vorwort" zur ersten, dreibändigen Sammlung der Werke W. I. Lenins „12 Jahre", die wegen der Verfolgungen seitens der Zensur nicht vollständig herausgegeben werden konnte. Das Vorwort ist ein kurzer Abriß der Geschichte des Kampfes Lenins für den revolutionären Marxismus, gegen Liberalismus und Opportunismus.

Der Band enthält weiterhin den Artikel „Neutralität der Gewerkschaften", in dem Lenin den Opportunismus Plechanows und der Menschewiki kritisiert, die die Arbeiterbewegung Rußlands auf den Weg des Trade-Unionismus abdrängen wollten.

In den beiden Artikeln mit demselben Titel „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart" spiegelt sich der Kampf Lenins und der Bolschewiki gegen den Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung wider.

Zum erstenmal sind in die Werke W. I. Lenins folgende Schriften aufgenommen worden: der Resolutionsentwurf der Dritten Konferenz der SDAPR („Zweiten Gesamtrussischen Konferenz") zur Frage der Teilnahme an den Wahlen zur III. Reichsduma, der „Rohentwurf einer Resolution über den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß", die Notiz „Über einen Artikel Plechanows" sowie die „Erklärung der Redaktion des ‚Proletari'".

Im „Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften", das ebenfalls zum erstenmal in die Werke aufgenommen wurde, wendet sich Lenin gegen die Losung von der „Neutralität" der Gewerkschaften und weist darauf hin, wie notwendig die Annäherung der Gewerkschaften an die Partei für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins des Proletariats und seine Erziehung im Geiste der revolutionären Sozialdemokratie ist.

GEGEN DEN BOYKOTT

(Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)[1]

Geschrieben am 26. Juni (9. Juli) 1907.
Veröffentlicht Ende Juli 1907 in der Broschüre „Über den Boykott der dritten Duma", herausgegeben in St. Petersburg.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Broschüre.

Der kürzlich abgehaltene Lehrerkongreß[2], dessen Mehrheit unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre stand, hat unter direkter Mitwirkung eines hervorragenden Vertreters der Partei der Sozialrevolutionäre eine Resolution über den Boykott der III. Duma angenommen. Die sozialdemokratischen Lehrer wie auch der Vertreter der SDAPR enthielten sich der Stimme, da sie der Auffassung waren, eine solche Frage müsse durch einen Parteitag oder eine Parteikonferenz, nicht aber durch einen parteilosen, gewerkschaftspolitischen Verband entschieden werden.

Die Frage des Boykotts der III. Duma tritt somit als aktuelle Frage der revolutionären Taktik auf die Tagesordnung. Die Partei der Sozialrevolutionäre hat, nach der Rede ihres Vertreters auf besagtem Kongreß zu urteilen, diese Frage bereits entschieden, obwohl einstweilen weder offizielle Beschlüsse dieser Partei noch publizistische Dokumente aus sozialrevolutionären Kreisen darüber vorliegen. In der Sozialdemokratie steht diese Frage gegenwärtig zur Diskussion.

Mit welchen Argumenten verteidigen die Sozialrevolutionäre ihren Beschluß? Die Resolution des Lehrerkongresses spricht, dem Wesen der Sache nach, von der völligen Untauglichkeit der III. Duma, vom reaktionären und konterrevolutionären Charakter der Regierung, die den Staatsstreich vom 3. Juni[3] vollzogen hat, vom gutsbesitzerfreundlichen Charakter des neuen Wahlgesetzes usw. usf.* Die Argumentation ist so konstru-

* Hier der Text der Resolution: „In der Erwägung: 1. daß das neue Wahlgesetz, auf Grund dessen die III. Reichsduma einberufen wird, den werktätigen Massen selbst den bescheidenen Anteil an dem so teuer erkauften Wahlrecht raubt, den sie bisher besessen haben; 2. daß dieses Gesetz eine offenkundige

iert, als ergäbe sich aus dem ultrareaktionären Charakter der III. Duma an sich schon die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit eines solchen Kampfmittels oder einer solchen Losung wie des Boykotts. Jedem Sozialdemokraten fällt sofort auf, wie unzulänglich eine solche Argumentation ist, denn es fehlt hier jegliche Analyse der geschichtlichen Bedingungen für die Anwendbarkeit des Boykotts. Der auf dem Boden des Marxismus stehende Sozialdemokrat leitet den Boykott nicht davon ab, ob eine bestimmte Institution mehr oder weniger reaktionär ist, sondern vom Vorhandensein jener besonderen Kampfbedingungen, unter welchen, wie heute bereits die Erfahrungen auch der russischen Revolution gezeigt haben, das spezifische Mittel anwendbar ist, das man als Boykott bezeichnet. Wer über Boykott reden will, ohne die zweijährigen Erfahrungen unserer Revolution zu berücksichtigen und zu durchdenken, von dem wird man sagen müssen, daß er vieles vergessen und nichts dazugelernt hat. Eben deshalb wollen wir unsere Untersuchung der Boykottfrage mit dem Versuch einer Analyse dieser Erfahrungen beginnen.

I

Die bedeutendsten Erfahrungen unserer Revolution in der Anwendung des Boykotts vermittelte zweifellos der Boykott der Bulyginschen Duma[4]. Zudem war dieser Boykott von einem absoluten und unmittelbaren Erfolg gekrönt. Daher besteht unsere erste Aufgabe darin, die geschichtlichen Bedingungen des Boykotts der Bulyginschen Duma zu analysieren.

---

und gröbliche Fälschung des Volkswillens zugunsten der reaktionärsten und privilegierten Bevölkerungsschichten ist; 3. daß die dritte Duma sowohl ihrem Wahlmodus als auch ihrer Zusammensetzung nach die Frucht eines reaktionären Staatsstreiches sein wird; 4. daß die Regierung die Beteiligung der Volksmassen an den Dumawahlen ausnutzen wird, um dieser Beteiligung die Bedeutung zu unterschieben, als habe das Volk den Staatsstreich sanktioniert – beschließt der IV. Delegiertenkongreß des Gesamtrussischen Verbandes der Lehrer und Volksbildner: 1. jegliche Beziehung zur dritten Duma und ihren Organen abzulehnen; 2. sich als Organisation weder direkt noch indirekt an den Wahlen zu beteiligen; 3. als Organisation die Auffassung über die dritte Reichsduma und die Wahlen zu ihr zu verbreiten, die in der vorliegenden Resolution zum Ausdruck gebracht ist."

Wenn wir diese Frage untersuchen, treten sofort zwei Umstände in den Vordergrund. Erstens war der Boykott der Bulyginschen Duma ein Kampf gegen den (sei es auch nur vorübergehenden) Übergang unserer Revolution auf den Weg der monarchistischen Konstitution. Zweitens verlief dieser Boykott unter den Bedingungen eines außerordentlich umfassenden, allgemeinen, starken und raschen revolutionären Aufschwungs.

Wir gehen zunächst auf den ersten Umstand ein. Jeder Boykott ist ein Kampf nicht auf dem Boden der betreffenden Institution, sondern gegen die Entstehung oder – in etwas weiterem Sinne – gegen die Realisierung dieser Institution. Wer daher den Boykott mit allgemeinen Argumenten über die für den Marxisten geltende Notwendigkeit der Ausnutzung von Vertretungskörperschaften bekämpfte, wie Plechanow und viele andere Menschewiki es getan haben, hat sich damit nur als lächerlicher Doktrinär entpuppt. So argumentieren hieße den Kern der Streitfrage durch das Wiederkäuen absoluter Wahrheiten umgehen. Es ist unbestreitbar, daß ein Marxist Vertretungskörperschaften ausnützen muß. Folgt aber daraus, daß es einem Marxisten untersagt sein soll, unter bestimmten Bedingungen nicht für den Kampf auf dem Boden der betreffenden Institution, sondern für den Kampf gegen ihre Verwirklichung einzutreten? Nein, das folgt daraus nicht, denn dieses allgemeine Argument trifft nur dann zu, wenn ein Kampf gegen die Entstehung einer solchen Institution unzulässig ist. In der Boykottfrage aber geht der Streit gerade darum, ob der Kampf gegen die Entstehung derartiger Institutionen zulässig ist oder nicht. Plechanow und Co. haben durch *ihre* Argumente gegen den Boykott bewiesen, daß sie schon die bloße Fragestellung nicht verstehen.

Weiter. Wenn jeder Boykott ein Kampf nicht auf dem Boden der betreffenden Institution, sondern ein Kampf gegen ihre Verwirklichung ist, so war der Boykott der Bulyginschen Duma darüber hinaus ein Kampf gegen die Verwirklichung eines ganzen Systems von Institutionen von konstitutionell-monarchistischem Typus. Das Jahr 1905 hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Möglichkeit eines unmittelbaren Massenkampfes in der Form allgemeiner Streiks (die Streikwelle nach dem 9. Januar) und militärischer Aufstände („Potjomkin") bestand. Der unmittelbare revolutionäre Kampf der Massen war infolgedessen Tatsache. Nicht minder Tatsache war anderseits auch das Gesetz vom 6. August – ein Versuch, die Bewegung von dem (im direktesten und engsten Sinne des

Wortes) revolutionären Weg auf den Weg der monarchistischen Konstitution hinüberzuleiten. Objektiv war ein Kampf zwischen beiden Wegen – dem Weg des direkten revolutionären Kampfes der Massen und dem Weg der monarchistischen Konstitution – unvermeidlich. Es handelte sich sozusagen darum, den nächsten *Weg* der Entwicklung der Revolution zu *wählen*, wobei natürlich nicht der Wille der einen oder der anderen Gruppen, sondern die Kraft der revolutionären und der konterrevolutionären Klassen entscheidend war. Die Kraft konnte aber nur im Kampf gemessen und erprobt werden. Die Losung des Boykotts der Bulyginschen Duma war denn auch eine Losung des Kampfes für den *Weg* des unmittelbar revolutionären Kampfes gegen den konstitutionell-monarchistischen Weg. Auch auf letzterem Wege war natürlich ein Kampf möglich – und nicht nur möglich, sondern auch unvermeidlich. Auch auf dem Boden der monarchistischen Konstitution ist eine Fortführung der Revolution und die Vorbereitung ihres neuen Aufschwungs möglich; auch auf dem Boden der monarchistischen Konstitution ist der Kampf der revolutionären Sozialdemokratie möglich, ja er ist Pflicht – diese Binsenwahrheit, für die sich Axelrod und Plechanow 1905 so beflissen und zu so unpassender Zeit ereiferten, ist nach wie vor richtig. Doch die seinerzeit von der Geschichte gestellte Frage war eine andere. Axelrod und Plechanow sprachen „nicht zum Thema", oder mit anderen Worten, sie setzten an Stelle der Frage, vor die die Geschichte die kämpfenden Kräfte gestellt hatte, eine andere, der letzten Ausgabe eines deutschen sozialdemokratischen Lehrbuchs entnommene Frage. *Der Kampf um die Wahl des Weges für den Kampf* in der nächsten Zukunft war historisch unvermeidlich. Wird die alte Macht die erste russische Vertretungskörperschaft einberufen und auf diese Weise die Revolution für eine bestimmte (vielleicht sehr kurze, vielleicht aber auch verhältnismäßig lange) Zeit auf den konstitutionell-monarchistischen Weg hinüberleiten, oder wird das Volk durch einen direkten Ansturm die alte Macht hinwegfegen – jedenfalls erschüttern –, ihr die Möglichkeit nehmen, die Revolution auf den konstitutionell-monarchistischen Weg hinüberzuleiten, und dem unmittelbar revolutionären Kampf der Massen (wiederum für kürzere oder längere Zeit) den Weg bahnen? Diese seinerzeit von Axelrod und Plechanow übersehene Frage war es, vor die die revolutionären Klassen Rußlands im Herbst 1905 historisch gestellt waren. Die Propaganda des aktiven Boy-

kotts durch die Sozialdemokratie war eine Form, diese Frage zu stellen, eine Form, sie bewußt durch die Partei des Proletariats zu stellen, eine Losung des Kampfes *um die Wahl des Weges für den Kampf.*

Die Verfechter des aktiven Boykotts, die Bolschewiki, hatten die von der Geschichte objektiv gestellte Frage richtig erfaßt. Der Kampf vom Oktober und Dezember 1905 war tatsächlich ein Kampf um die Wahl des Weges für den Kampf. Dieser Kampf hatte wechselnden Erfolg. Zuerst gewann das revolutionäre Volk die Oberhand, es nahm der alten Macht die Möglichkeit, die Revolution sofort auf konstitutionell-monarchistische Bahnen hinüberzuleiten, schuf an Stelle von Vertretungskörperschaften von polizeilich-liberalem Typus *Vertretungskörperschaften* von rein revolutionärem Typus, die Sowjets der Arbeiterdeputierten usw. Die Periode Oktober–Dezember war eine Periode maximaler Freiheit, maximaler Selbsttätigkeit der Massen, maximaler Breite und maximalen Tempos der Arbeiterbewegung auf einem Boden, der durch den Ansturm des Volkes von den konstitutionell-monarchistischen Institutionen, Gesetzen und Schikanen gereinigt war, auf dem Boden eines „Interregnums", wobei die alte Macht *bereits* entkräftet, die neue, revolutionäre Macht des Volkes aber (die Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten usw.) *noch nicht* genügend stark war, um ganz an die Stelle der alten Macht zu treten. Im Dezemberkampf wurde die Frage in anderer Richtung entschieden: die alte Macht siegte, sie schlug den Ansturm des Volkes zurück und behauptete ihre Positionen. Aber selbstverständlich lag damals noch kein Grund vor, diesen Sieg als entscheidend anzusehen. Der Dezemberaufstand von 1905 fand seine Fortsetzung in Gestalt einer ganzen Reihe zersplitterter militärischer Teilaufstände und der Streiks des Sommers 1906. Die Losung des Boykotts der Witteschen Duma[5] war eine Losung des Kampfes für die Konzentrierung und Verallgemeinerung dieser Aufstände.

Die erste Schlußfolgerung, die sich aus der Untersuchung der Erfahrungen der russischen Revolution in der Frage des Boykotts der Bulyginschen Duma ergibt, besteht also darin, daß die objektive Grundlage des Boykotts der von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Kampf um die Form des nächsten Weges der Entwicklung war, der Kampf darum, wem die Einberufung der ersten russischen Vertretungskörperschaft zufallen würde, der alten Macht oder der neuen, eigenmächtig entstande-

nen Volksmacht, der Kampf für den unmittelbar revolutionären Weg oder (auf bestimmte Zeit) für den Weg der monarchistischen Konstitution.

Im Zusammenhang damit steht auch die in der Literatur so oft aufgetauchte und bei der Erörterung des betrachteten Themas immer wieder auftauchende Frage der Einfachheit, Klarheit und „Geradlinigkeit" der Boykottlosung sowie die Frage des geraden und des im Zickzack verlaufenden Entwicklungsweges. Der unmittelbare Sturz oder jedenfalls die Schwächung und Entkräftung der alten Macht, die unmittelbare Schaffung neuer Machtorgane durch das Volk – all dies ist zweifellos der *geradeste*, der für das Volk vorteilhafteste Weg, der aber auch den größten Kraftaufwand verlangt. Hat man die erdrückende Übermacht, dann kann man auch in direktem Frontalangriff siegen. Fehlt es an Kraft, so werden möglicherweise auch Umwege, Abwarten, Zickzackbewegungen, Rückzüge usw. usf. erforderlich sein. Der Weg der monarchistischen Konstitution schließt die Revolution natürlich noch keineswegs aus, *auch* er bereitet Elemente der Revolution vor, trägt indirekt zu ihrer Entwicklung bei, doch ist dies ein längerer, ein im Zickzack verlaufender Weg.

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die ganze menschewistische Literatur, insbesondere die von 1905 (bis Oktober), die gegen die Bolschewiki erhobenen Beschuldigungen der „Geradlinigkeit", an ihre Adresse gerichtete Belehrungen darüber, daß man dem Zickzackweg, den die Geschichte geht, Rechnung tragen müsse. Diese Eigentümlichkeit der menschewistischen Literatur ist ebenfalls ein Musterbeispiel für die Erörterung solcher Tatsachen wie: Pferde fressen Hafer, und die Wolga fließt ins Kaspische Meer; solches Wiederkäuen unbestreitbarer Wahrheiten verdunkelt nur den eigentlichen Kern der Streitfrage. Daß die Geschichte sich gewöhnlich im Zickzack bewegt und daß der Marxist es verstehen muß, mit den kompliziertesten und phantastischsten Zickzacksprüngen der Geschichte zu rechnen, das ist unbestreitbar. Doch ein solches unbestreitbares Wiederkäuen hat nichts mit der Frage zu tun, wie sich der Marxist verhalten soll, wenn die gleiche Geschichte die kämpfenden Kräfte vor die Wahl des geraden oder des Zickzackweges stellt. Sich in Augenblicken oder Perioden, wo dies eintritt, einzig und allein darüber zu verbreiten, daß die Geschichte sich meist im Zickzack bewegt, heißt eben zum „Mann im Futteral"* werden, heißt sich in die Betrachtung der Wahrheit, daß

* Hauptfigur der gleichnamigen Novelle von A. P. Tschechow. *Der Übers.*

Pferde Hafer fressen, vertiefen. Revolutionäre Perioden sind aber meistens gerade solche Geschichtsperioden, wo in verhältnismäßig kurzer Zeit im Zusammenstoß der kämpfenden gesellschaftlichen Kräfte die Entscheidung darüber fällt, welchen Entwicklungsweg das Land auf eine verhältnismäßig sehr lange Zeit hinaus wählt – den geraden oder den im Zickzack verlaufenden. Die Notwendigkeit, mit einem Zickzackweg zu rechnen, schafft jedoch keineswegs die Tatsache aus der Welt, daß die Marxisten es verstehen müssen, die Massen in entscheidenden Momenten ihrer Geschichte über die Vorzüge des geraden Weges aufzuklären, ihnen im Kampf um die Wahl dieses geraden Weges zu helfen, es verstehen müssen, Losungen für diesen Kampf aufzustellen und so weiter. Und nur hoffnungslose Philister und ganz beschränkte Pedanten könnten *nach Abschluß* der entscheidenden historischen Schlachten, in denen die Entscheidung für den Zickzackweg, gegen den geraden Weg gefallen ist, über diejenigen hämisch lachen, die bis zum Schluß für den geraden Weg gekämpft haben. Das käme dem Kichern der deutschen staats- und polizeitreuen Geschichtsschreiber vom Schlage Treitschkes gleich, die sich über die revolutionären Losungen und die revolutionäre Geradlinigkeit von Marx im Jahre 1848 lustig machten.

Die Stellung des Marxismus zum Zickzackgang der Geschichte ist im Grunde genommen die gleiche wie seine Stellung zu Kompromissen. Jede Zickzackwendung der Geschichte ist ein Kompromiß – ein Kompromiß zwischen dem Alten, das nicht mehr stark genug ist, um das Neue ganz negieren zu können, und dem Neuen, das noch nicht stark genug ist, um das Alte ganz zu stürzen. Der Marxismus ist nicht ein für allemal gegen Kompromisse, er hält es für notwendig, sich ihrer zu bedienen, das schließt jedoch keineswegs aus, daß der Marxismus als lebendige und wirkende geschichtliche Kraft mit aller Energie gegen Kompromisse kämpft. Wer diesen scheinbaren Widerspruch nicht zu begreifen vermag, der kennt die Anfangsgründe des Marxismus nicht.

Engels hat einmal die Stellung des Marxismus gegenüber Kompromissen äußerst anschaulich, klar und knapp formuliert, und zwar in seinem Artikel über das Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge (1874).*

* Dieser Artikel ist in dem deutschen Sammelband „Internationales aus dem ‚Volksstaat'", russische Übersetzung: „Artikel aus dem ‚Volksstaat'", Verlag „Snanije" (Wissen), enthalten.

Die blanquistischen Kommuneflüchtlinge schrieben in ihrem Manifest, daß sie keinerlei Kompromisse für zulässig halten. Engels machte sich über dieses Manifest lustig. Nicht darum handelt es sich, sagte er, sich ein für allemal gegen die Ausnutzung von Kompromissen zu erklären, *zu denen uns die Umstände verdammen* (oder zu denen uns die Umstände zwingen – ich muß mich beim Leser entschuldigen, aber ich habe nicht die Möglichkeit, den Text nachzuschlagen, und muß daher aus dem Gedächtnis zitieren). Es handelt sich darum, die wahren revolutionären Ziele des Proletariats klar im Auge zu behalten und sie unter allen Umständen, durch alle Zwischenstationen und Kompromisse hindurch verfolgen zu können.[6]

Nur von diesem Standpunkt aus darf man die Einfachheit, Geradlinigkeit und Klarheit des Boykotts als einer an die Massen appellierenden Losung werten. Alle diese Eigenschaften der Boykottlosung sind nicht an und für sich gut, sondern nur insofern, als in der objektiven Situation, unter der diese Losung angewandt wird, die Voraussetzungen für den Kampf um die Wahl des geraden oder des zickzackförmigen Entwicklungsweges gegeben sind. In der Zeit der Bulyginschen Duma war diese Losung richtig, sie war die einzig revolutionäre Losung der Arbeiterpartei, nicht weil sie die einfachste, geradlinigste und klarste war, sondern weil die geschichtlichen Bedingungen damals die Arbeiterpartei vor die Aufgabe stellten, sich am Kampf für den einfachen und geraden revolutionären Weg, gegen den zickzackförmigen Weg der monarchistischen Konstitution zu beteiligen.

Es fragt sich nun: Worin ist das Kriterium dafür zu erblicken, ob diese besonderen geschichtlichen Bedingungen damals auch wirklich vorhanden waren? Was ist das Hauptmerkmal jener Besonderheit der objektiven Sachlage, die die einfache, geradlinige und klare Losung nicht als Phrase, sondern als dem wirklichen Kampf einzig entsprechende Losung erscheinen ließ? Wir wollen uns nunmehr dieser Frage zuwenden.

II

Wenn man auf einen bereits beendeten (wenigstens in seiner direkten und unmittelbaren Form beendeten) Kampf zurückblickt, so ist natürlich

nichts leichter, als eine allgemeine Bilanz der verschiedenen einander widersprechenden Merkmale und Symptome jener Periode zu ziehen. Der Ausgang des Kampfes entscheidet alles mit einem Schlage und beseitigt in sehr einfacher Weise alle Zweifel. Aber heute gilt es, solche Anzeichen festzustellen, mit deren Hilfe wir uns *vor* dem Kampf über die Lage klarwerden können, denn wir wollen ja die Lehren der geschichtlichen Erfahrungen auf die III. Duma anwenden. Wir haben bereits oben gesagt, daß 1905 der umfassende, allgemeine, starke und rasche revolutionäre Aufschwung die Voraussetzung für den Erfolg des Boykotts gewesen ist. Nunmehr müssen wir prüfen, erstens, in welchem Zusammenhang der besonders starke Aufschwung des Kampfes mit dem Boykott steht, und zweitens, welches die charakteristischen Merkmale und die spezifischen Kennzeichen eines besonders starken Aufschwungs sind.

Wie schon gesagt, ist der Boykott ein Kampf nicht auf dem Boden der betreffenden Institutionen, sondern gegen ihre Entstehung. Jede Institution kann nur von der bereits bestehenden, d. h. von der alten Macht ausgehen. Folglich ist der Boykott ein Kampfmittel, das unmittelbar auf den Sturz der alten Macht oder mindestens, d. h. wenn der Ansturm für den Sturz zu schwach ist, auf eine solche Schwächung dieser Macht gerichtet ist, daß sie nicht imstande ist, diese Institution ins Leben zu rufen, sie zu verwirklichen.* Der Boykott erfordert also, um erfolgreich zu sein, den unmittelbaren Kampf gegen die alte Macht, die Erhebung gegen sie und die Gehorsamsverweigerung von Massen in einer ganzen Reihe von Fällen (eine solche Gehorsamsverweigerung ist eine der Bedingungen, die die Erhebung vorbereiten). Der Boykott ist eine Weigerung, die alte Macht anzuerkennen, und natürlich eine Weigerung nicht in Worten, sondern durch Taten, d. h. eine Weigerung, die sich nicht nur in Ausrufen oder in Losungen von Organisationen dokumentiert, sondern in

* Es handelt sich im Text überall um den aktiven Boykott, d. h. nicht um den einfachen Verzicht, sich an Unternehmen der alten Macht zu beteiligen, sondern um den Ansturm auf diese Macht. Leser, die mit der sozialdemokratischen Literatur aus der Periode des Boykotts der Bulyginschen Duma nicht bekannt sind, müssen daran erinnert werden, daß die Sozialdemokraten damals direkt von einem *aktiven* Boykott sprachen, den sie dem passiven Boykott entschieden entgegenstellten, ja mehr noch, sie verknüpften den aktiven Boykott entschieden mit dem bewaffneten Aufstand.

einer bestimmten Bewegung der *Volksmassen*, die die Gesetze der alten Macht systematisch verletzen, systematisch neue, gesetzwidrige, doch faktisch bestehende Institutionen schaffen usw. usf. Der Zusammenhang zwischen dem Boykott und dem breiten revolutionären Aufschwung ist somit klar: der Boykott ist das entschiedenste Kampfmittel, das nicht gegen die Organisationsformen der betreffenden Institution, sondern gegen deren Bestehen selbst gerichtet ist. Der Boykott ist eine direkte Kriegserklärung an die alte Macht, ein direkter Angriff auf sie. Ohne einen umfassenden revolutionären Aufschwung, ohne eine überall sozusagen über den Rand der alten Legalität schäumende Erregung der Massen kann von einem Erfolg des Boykotts keine Rede sein.

Wenn wir nunmehr nach dem Charakter und den Symptomen des Aufschwungs vom Herbst 1905 fragen, so werden wir leicht erkennen, daß es eine Zeit der ununterbrochenen Massen*offensive* der Revolution war, die systematisch den Feind angriff und bedrängte. Durch die Repressalien wurde die Bewegung nicht eingedämmt, sondern verstärkte sich nur noch. Dem 9. Januar folgten eine gigantische Streikwelle, die Barrikaden in Lodz und der Aufstand auf dem „Potjomkin". Auf dem Gebiet der Presse, des Vereinswesens, des Unterrichtswesens, überall wurde der von der alten Macht festgesetzte legale Rahmen systematisch gesprengt, und zwar durchaus nicht allein durch „Revolutionäre", sondern auch durch einfache Bürger, denn die alte Macht war tatsächlich geschwächt, die Zügel entglitten tatsächlich ihren altersschwachen Händen. Ein besonders klar hervortretender und (vom Standpunkt der revolutionären Organisationen) untrüglicher Beweis für die Kraft des Aufschwungs war der Umstand, daß die Losungen der Revolutionäre nicht nur Widerhall fanden, sondern geradezu hinter dem Leben *zurückblieben*. Sowohl der 9. Januar als auch die darauffolgenden Massenstreiks und der Aufstand auf dem „Potjomkin" – alle diese Ereignisse überflügelten die unmittelbaren Appelle der Revolutionäre. Einen von ihnen ausgegebenen *Appell*, der von den Massen passiv, mit Schweigen aufgenommen worden wäre, der sie nicht veranlaßt hätte, den Kampf aufzunehmen, *hat es 1905 nicht gegeben*. In einer solchen Situation war der Boykott eine natürliche *Ergänzung* der mit Elektrizität geladenen Atmosphäre. Diese Losung „erfand" damals nichts, sie formulierte nur präzis und richtig den immer wachsenden, sich in der Richtung eines direkten Ansturms ent-

wickelnden Aufschwung. „Erfinder" waren im Gegenteil unsere Menschewiki, die, dem revolutionären Aufschwung fernbleibend, durch das leere Versprechen des Zaren in Gestalt des Manifests oder des Gesetzes vom 6. August in Verzückung gerieten und die *versprochene* Wendung zum konstitutionellen Monarchismus ernst nahmen. Die Menschewiki (und Parvus) legten damals ihrer Taktik nicht die Tatsache des allgemeinen, starken und raschen revolutionären Aufschwungs zugrunde, sondern die vom Zaren versprochene konstitutionell-monarchistische Wendung! Kein Wunder, daß eine solche Taktik sich als lächerlicher und jämmerlicher Opportunismus erwies. Kein Wunder, daß in allen menschewistischen Betrachtungen über den Boykott die Analyse des Boykotts der Bulyginschen Duma, d. h. der bedeutendsten Erfahrungen mit dem Boykott im Laufe unserer Revolution, jetzt sorgfältig vermieden wird. Aber es genügt nicht, diesen wohl größten Fehler der Menschewiki in der revolutionären Taktik einzugestehen. Man muß sich volle Rechenschaft darüber ablegen, daß die Quelle dieses Fehlers im Unverständnis gegenüber der *objektiven* Sachlage begründet lag, einer Sachlage, in der der revolutionäre Aufschwung Wirklichkeit, die konstitutionell-monarchistische Wendung aber ein leeres Polizeiversprechen war. Nicht etwa deshalb gingen die Menschewiki in die Irre, weil sie in der Frage keinen subjektiv revolutionären Geist an den Tag legten, sondern weil diese Jammerrevolutionäre in ihren Auffassungen hinter der objektiv revolutionären Situation zurückblieben. Diese beiden Begründungen für den Fehler der Menschewiki kann man leicht verwechseln, für einen Marxisten jedoch ist das unzulässig.

III

Der Zusammenhang zwischen dem Boykott und den besonderen geschichtlichen Bedingungen eines bestimmten Abschnitts der russischen Revolution muß noch von einer anderen Seite her betrachtet werden. Was war der politische Inhalt der sozialdemokratischen Boykottkampagne im Herbst 1905 und im Frühjahr 1906? Der Inhalt dieser Kampagne bestand natürlich nicht in der Wiederholung des Wortes Boykott oder in der Aufforderung, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Dieser Inhalt erschöpfte sich auch nicht in Appellen zu einem direkten Ansturm, der die

von der Selbstherrschaft angebotenen Umwege und Zickzackwege ignoriert. Außerdem, und nicht einmal neben der obigen Fragestellung, sondern eher im Mittelpunkt der ganzen Boykottagitation, ging es darum, den *Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen* zu führen. Dieser Kampf war wahrlich die eigentliche Seele des Boykotts. Man vergegenwärtige sich die Reden der Boykottisten und ihre ganze Agitation, man betrachte die wichtigsten Resolutionen der Boykottisten, und man wird sich von der Richtigkeit dieses Satzes überzeugen.

Den Menschewiki war es niemals gegeben, diese Seite des Boykotts zu begreifen. Sie glaubten immer, in der Epoche des aufkeimenden Konstitutionalismus sei der Kampf gegen konstitutionelle Illusionen Widersinn, Humbug, „Anarchismus". Und in den Reden auf dem Stockholmer Parteitag[7], insbesondere, soweit ich mich erinnere, in den Reden Plechanows, ist dieser menschewistische Standpunkt deutlich zum Ausdruck gekommen, ganz zu schweigen von der menschewistischen Literatur.

Auf den ersten Blick könnte der Standpunkt der Menschewiki in dieser Frage in der Tat ebenso unbestreitbar scheinen wie der Standpunkt eines Menschen, der seine Nächsten selbstgefällig darüber belehrt, daß Pferde Hafer fressen. In der Epoche des aufkeimenden Konstitutionalismus den Kampf gegen konstitutionelle Illusionen proklamieren! Ist das denn nicht Anarchismus? Ist das denn nicht purer Unsinn?

Die Vulgarisierung der Frage, die in derartigen Betrachtungen erfolgt, indem man sich, scheinbar zu Recht, auf den gesunden Menschenverstand beruft, gründet sich darauf, daß ein besonderer Abschnitt der russischen Revolution mit Stillschweigen übergangen wird, daß der *Boykott der Bulyginschen Duma vergessen* wird, daß an die Stelle der konkreten Etappen des von unserer Revolution zurückgelegten Weges die allgemeine Bezeichnung unserer Revolution als Ganzes, der vergangenen wie der zukünftigen, gesetzt wird, als einer Revolution, die den Konstitutionalismus gebiert. Es ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Methode des dialektischen Materialismus durch Leute verletzt wird, die, wie Plechanow, mit höchstem Pathos über diese Methode redeten.

Ja, unsere bürgerliche Revolution als Ganzes ist, wie jede bürgerliche Revolution, letzten Endes ein Prozeß der Schaffung einer konstitutionellen Ordnung und weiter nichts. Das ist eine Wahrheit. Es ist eine nützliche Wahrheit, um die quasisozialistischen Allüren des einen oder andern

bürgerlich-demokratischen Programms, der einen oder andern bürgerlich-demokratischen Theorie, Taktik usw. zu enthüllen. Kann man aber aus dieser Wahrheit Nutzen ziehen in der Frage, *welcherart* Konstitutionalismus die Arbeiterpartei in der Epoche der bürgerlichen Revolution das Land entgegenführen soll, in der Frage, *in welcher Weise* die Arbeiterpartei in bestimmten Perioden der Revolution für einen bestimmten (nämlich republikanischen) Konstitutionalismus kämpfen soll? Nein. Die von Axelrod und Plechanow so geliebte Wahrheit wird in diesen Fragen ebensowenig Klarheit schaffen, wie die Feststellung, daß Pferde Hafer fressen, zu helfen vermag, ein geeignetes Pferd zu wählen und darauf zu reiten.

Der Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen, sagten die Bolschewiki 1905 und Anfang 1906, muß zur Losung des Augenblicks werden, denn eben in der damaligen Periode stellte die objektive Lage der Dinge die kämpfenden sozialen Kräfte vor die Entscheidung der Frage, ob für die nächste Zeit der gerade Weg des unmittelbaren revolutionären Kampfes, der unmittelbar von der Revolution auf der Grundlage einer vollkommenen Demokratie geschaffenen Vertretungskörperschaften siegen wird, oder aber der Umweg, der Zickzackweg der monarchistischen Konstitution und polizeilich-„konstitutioneller" (in Anführungszeichen!) Institutionen von der Art der „Duma".

War diese Frage wirklich aus der objektiven Sachlage heraus entstanden, oder wurde sie von den Bolschewiki aus theoretischem Unfug „erfunden"? Die Geschichte der russischen Revolution hat diese Frage heute bereits beantwortet.

Der Kampf vom Oktober 1905 war gerade ein Kampf gegen das Abschwenken der Revolution auf konstitutionell-monarchistische Bahnen. Die Periode Oktober–Dezember war gerade eine Periode der Verwirklichung eines proletarischen, eines wahrhaft demokratischen, breiten, kühnen, freien, tatsächlich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringenden Konstitutionalismus, zum Unterschied vom Pseudokonstitutionalismus der Dubassowschen und Stolypinschen[8] Verfassung. Der revolutionäre Kampf im Namen eines wirklich demokratischen Konstitutionalismus (d. h. eines Konstitutionalismus auf einem von der alten Macht und von allen mit ihr verbundenen Niederträchtigkeiten gesäuberten Boden) erforderte den allerentschiedensten Kampf gegen die Versuche, das Volk mit einer polizeilich-monarchistischen Konstitution zu ködern. Diese

ganz einfache Sache vermochten jedoch die sozialdemokratischen Boykottgegner absolut nicht zu begreifen.

Jetzt stehen uns die zwei Entwicklungsperioden der russischen Revolution mit vollster Klarheit vor Augen: die Periode des Aufschwungs (1905) und die Periode des Niedergangs (1906–1907). Eine Zeit höchster Blüte der Selbsttätigkeit des Volkes, freier und breiter Organisationen aller Bevölkerungsklassen, maximaler Pressefreiheit, größter Ignorierung der alten Macht, ihrer Institutionen und Gebote durch das Volk, und das alles ohne jeglichen bürokratisch anerkannten, in formellen Statuten oder Verordnungen niedergelegten Konstitutionalismus. Dann eine Periode der geringsten Entwicklung und des stetigen Niedergangs der Selbsttätigkeit des Volkes, der Organisiertheit, der freien Presse usw., bei Bestehen einer von den Dubassow und Stolypin fabrizierten, von ihnen anerkannten, von ihnen geschützten – mit Verlaub zu sagen – „Konstitution".

Jetzt, da das *Vergangene* so schön, einfach und klar vor uns liegt, wird sich wohl kaum ein Pedant finden, der es wagen würde, die Berechtigung und Notwendigkeit des revolutionären Kampfes des Proletariats gegen das Abschwenken der Ereignisse auf konstitutionell-monarchistische Bahnen, die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen zu leugnen.

Jetzt wird sich wahrscheinlich kein einigermaßen vernünftiger Historiker finden, der den Gang der russischen Revolution von 1905 bis Herbst 1907 nicht gerade in diese beiden Perioden teilen würde – eine Periode des „antikonstitutionellen" (man erlaube mir den Ausdruck) Aufschwungs und eine Periode des „konstitutionellen" Niedergangs, eine Periode der Eroberung und Verwirklichung der Freiheit durch das Volk ohne polizeilichen (monarchistischen) Konstitutionalismus und eine Periode der Unterdrückung der Volksfreiheit mit Hilfe einer monarchistischen „Konstitution".

Jetzt haben wir die Periode der konstitutionellen Illusionen, die Periode der ersten und zweiten Duma, ganz klar vor Augen, und es ist nicht mehr schwer, die Bedeutung des *damaligen* Kampfes der revolutionären Sozialdemokraten gegen die konstitutionellen Illusionen zu begreifen. Doch *damals*, 1905 und Anfang 1906, haben das weder die Liberalen im bürgerlichen noch die Menschewiki im proletarischen Lager begriffen.

Die Periode der I. und II. Duma war aber in jedem Sinne und in jeder

Beziehung eine Periode der konstitutionellen Illusionen. Das feierliche Gelöbnis: „Kein Gesetz wird ohne Billigung der Reichsduma Gesetzeskraft erlangen" wurde in jener Periode nicht gebrochen. Das bedeutet, daß die Verfassung auf dem Papier tatsächlich bestand und sämtliche Knechtsseelen der Kadetten[9] Rußlands unaufhörlich in Rührung versetzte. Sowohl Dubassow als auch Stolypin experimentierten und probierten damals nach allen Regeln der Kunst an der russischen Verfassung herum, bestrebt, sie der alten Selbstherrschaft anzupassen und für deren Bedürfnisse zurechtzuzimmern. Die Herren Dubassow und Stolypin waren, so schien es, die mächtigsten Leute dieser Zeit, sie arbeiteten eifrig an der Umwandlung der „Illusion" in die Wirklichkeit. Doch die Illusion blieb Illusion. Die Richtigkeit der Losung der revolutionären Sozialdemokratie wurde von der Geschichte in vollem Umfang bestätigt. Aber nicht nur die Dubassow und Stolypin versuchten die „Konstitution" zu verwirklichen, nicht nur die kadettischen Knechtsseelen sangen ihr Lob und mühten sich in Lakaienart aus Leibeskräften (à la Roditschew in der ersten Duma) zu beweisen, der Monarch trage keine Verantwortung, und es wäre äußerst vermessen, ihn für die Pogrome verantwortlich zu machen. Nein. Auch die breiten Volksmassen glaubten zweifellos in dieser Periode noch, in größerem oder geringerem Grade, an die „Konstitution", glaubten trotz der Warnungen der Sozialdemokratie an die Duma.

Man kann sagen, daß die Periode der konstitutionellen Illusionen in der russischen Revolution ebenso eine Periode allgemein nationaler Anbetung eines bürgerlichen Fetischs war, wie manchmal ganze Nationen Westeuropas dem Fetisch des bürgerlichen Nationalismus, des Antisemitismus, Chauvinismus usw. verfallen. Das Verdienst der Sozialdemokratie ist es, daß sie allein dem bürgerlichen Betrug standgehalten, daß sie allein in einer Periode der konstitutionellen Illusionen die ganze Zeit über das Banner des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen hochgehalten hat.

Nunmehr fragt es sich: Warum war der Boykott ein spezifisches Mittel im Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen?

Der Boykott weist einen Zug auf, der jeden Marxisten von vornherein und auf den ersten Blick unwillkürlich abstößt. Wahlboykott ist ein Abrücken vom Parlamentarismus, ist etwas, das unvermeidlich wie passiver Verzicht, Enthaltung, Ausweichen erscheint. So sah Parvus, der nur aus

deutschen Beispielen gelernt hat, die Dinge, als er im Herbst 1905 ebenso grimmig wie erfolglos tobte, um zu beweisen, daß auch der aktive Boykott *als Boykott* ein Übel sei... Das ist auch heute noch die Auffassung Martows, der aus der Revolution nichts gelernt hat, sich immer mehr in einen Liberalen verwandelt und, wie sein letzter Artikel im „Towarischtsch"[10] zeigt, unfähig ist, auch nur die Frage so zu stellen, wie es sich für einen revolutionären Sozialdemokraten geziemt.

Doch dieser für einen Marxisten sozusagen unsympathischste Zug des Boykotts findet seine volle Erklärung in den Besonderheiten jener Periode, aus der heraus ein solches Kampfmittel entstand. Die erste monarchistische Duma, die Bulyginsche Duma, war ein Lockmittel, dazu bestimmt, das Volk von der Revolution abzulenken. Als Lockmittel diente eine konstitutionell drapierte Strohpuppe. Alle ohne Ausnahme waren bereit, auf diesen Leim zu gehen. Aus eigennützigem Klasseninteresse die einen, aus Beschränktheit die anderen, alle waren bereit, sich an die Strohpuppe der Bulyginschen Duma und dann der Witteschen Duma zu klammern. Alle waren begeistert, alle hegten aufrichtiges Vertrauen. Die Wahlbeteiligung war keine alltägliche, einfache Erfüllung einer gewöhnlichen Bürgerpflicht. Es war die Inauguration der monarchistischen Konstitution. Es war die Wendung vom unmittelbar revolutionären zum konstitutionell-monarchistischen Weg.

In einer solchen Zeit *mußte* die Sozialdemokratie ihr Banner des Protestes und der Warnung mit aller Energie, so demonstrativ wie möglich, entrollen. Das aber bedeutete, die Beteiligung abzulehnen, selber nicht zur Wahl zu gehen und das Volk von der Wahl abzuhalten, es bedeutete, das Signal zum Angriff auf die alte Macht zu geben, *anstatt* auf dem Boden einer durch diese Macht geschaffenen Institution zu arbeiten. Die allgemeine Volksbegeisterung für den bürgerlich-polizeilichen Fetisch der „konstitutionellen" Monarchie machte es erforderlich, daß auch die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats sich an das ganze Volk wandte und ihre protestierenden, diesen Fetisch entlarvenden Auffassungen bekundete, daß sie den schärfsten Kampf gegen die Verwirklichung von Institutionen führte, die diesen Fetischismus verkörperten.

Das ist die vollständige geschichtliche Rechtfertigung nicht nur des Boykotts der Bulyginschen Duma, der von unmittelbarem Erfolg gekrönt war, sondern auch des Boykotts der Witteschen Duma, der *scheinbar* mit

einem Mißerfolg endete. Jetzt sehen wir, warum es nur ein *scheinbarer* Mißerfolg war, warum die Sozialdemokratie an ihrem Protest gegen die konstitutionell-monarchistische Wendung unserer Revolution *bis zuletzt* festhalten mußte. Diese Wendung führte *in Wirklichkeit in eine Sackgasse.* Die Illusionen von der monarchistischen Verfassung erwiesen sich nur als Präludium oder Aushängeschild, nur als Aufmachung, als Täuschungsmanöver, um die Aufhebung dieser „Verfassung" durch die alte Macht vorzubereiten ...

Wir haben gesagt, daß die Sozialdemokratie an ihrem Protest gegen die Unterdrückung der Freiheit mit Hilfe der „Konstitution" bis zuletzt festhalten mußte. Was heißt dies „bis zuletzt"? Das heißt: solange, als die Institution, *gegen* die die Sozialdemokraten gekämpft hatten, nicht *entgegen* dem Willen der Sozialdemokraten zur Tatsache geworden war, solange, als diese konstitutionell-monarchistische Wendung der russischen Revolution, die *(für eine gewisse Zeit)* unvermeidlich einen Rückgang, eine Niederlage der Revolution bedeuten mußte, nicht trotz der Sozialdemokraten zur Tatsache geworden war. Die Periode der konstitutionellen Illusionen war der Versuch eines *Kompromisses.* Wir haben mit aller Kraft gegen ihn gekämpft, das mußten wir tun. Wir mußten aber in die II. Duma gehen, mußten dem Kompromiß Rechnung tragen, nachdem die Umstände uns diesen Kompromiß entgegen unserem Willen, trotz unserer Bemühungen, infolge der Niederlage in unserem Kampf *aufgezwungen* hatten. Wie lange wir dem Rechnung tragen müssen – das ist natürlich eine andere Frage.

Was folgt aus all dem für den Boykott der *III.* Duma? Folgt daraus etwa, daß der Boykott, der zu Beginn der Periode der konstitutionellen Illusionen notwendig war, auch am Ende dieser Periode notwendig ist? Das wäre „Gedankenspielerei" im Geiste der „analogen Soziologie", aber keine ernsthafte Schlußfolgerung. Der Boykott *kann* heute *jenen* Inhalt, den er zu Beginn der russischen Revolution hatte, *nicht* mehr haben. Weder braucht man heute das Volk vor konstitutionellen Illusionen zu warnen, noch muß man gegen das Abschwenken der Revolution in die konstitutionell-monarchistische Sackgasse kämpfen. Der ehemalige lebendige Geist des Boykotts ist dahin. Selbst wenn es zum Boykott kommen sollte, so wird er jedenfalls eine *andere* Bedeutung, wird er jedenfalls einen *anderen* politischen Inhalt haben.

Doch nicht genug damit. Die von uns analysierte geschichtliche Eigenart des Boykotts liefert uns ein Argument gegen den Boykott der III. Duma. Zur Zeit des Beginns der konstitutionellen Wendung war die Aufmerksamkeit der ganzen Nation unvermeidlich auf die Duma gerichtet. Durch den Boykott bekämpften wir diese Konzentration der Aufmerksamkeit auf eine Sackgasse, mußten wir dagegen ankämpfen, mußten wir gegen eine Begeisterung angehen, die das Ergebnis der Unwissenheit, des niedrigen Entwicklungsniveaus, der Schwäche oder eigennütziger konterrevolutionärer Gesinnung war. Heute kann weder von einer allgemein-nationalen noch überhaupt von einer einigermaßen allgemeinen Begeisterung für die Duma als solche oder für die III. Duma die Rede sein. In dieser Hinsicht besteht kein Bedürfnis nach dem Boykott.

IV

Die Bedingungen für die Anwendbarkeit des Boykotts sind also zweifellos in der objektiven Sachlage des gegebenen Augenblicks zu suchen. Vergleicht man von diesem Standpunkt aus den Herbst 1907 mit dem Herbst 1905, so gelangt man unweigerlich zu dem Schluß, daß wir keinen Anlaß haben, *jetzt* den Boykott zu proklamieren. Sowohl hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem geraden revolutionären Weg und dem konstitutionell-monarchistischen „Zickzack" als auch hinsichtlich des Massenaufschwungs und der spezifischen Aufgabe des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen unterscheidet sich die jetzige Situation aufs eindeutigste von derjenigen, die vor zwei Jahren bestand.

Damals war die konstitutionell-monarchistische Wendung der Geschichte nichts weiter als eine polizeiliche Verheißung. Jetzt ist diese Wendung zur Tatsache geworden. Es wäre lächerliche Scheu vor der Wahrheit, wollte man diese Tatsache nicht offen anerkennen. Und es wäre falsch, von der Anerkennung dieser Tatsache die Behauptung abzuleiten, daß die russische Revolution beendet sei. Nein. Für diese letzte Schlußfolgerung gibt es noch keine Unterlagen. Der Marxist ist verpflichtet, für den geraden revolutionären Entwicklungsweg zu kämpfen, wenn ein solcher Kampf von der objektiven Sachlage vorgeschrieben ist, aber dies bedeutet, wie gesagt, nicht, daß wir der faktisch bereits feststehenden zickzackartigen Wendung nicht Rechnung tragen müssen. Von

dieser Seite her hat sich der Gang der russischen Revolution bereits klar abgezeichnet. Zu Beginn der Revolution sehen wir die Linie eines kurzen, aber ungewöhnlich umfassenden und schwindelerregend raschen Aufstiegs. Dann haben wir die Linie eines äußerst langsamen, aber steten Niedergangs seit dem Dezemberaufstand 1905 vor uns. Zuerst eine Periode unmittelbaren revolutionären Massenkampfes, dann die Periode einer konstitutionell-monarchistischen Wendung.

Bedeutet das etwa, daß diese letzte Wendung eine endgültige Wendung ist? Daß die Revolution abgeschlossen und die „konstitutionelle" Periode eingetreten ist? Daß man keinen neuen Aufschwung erwarten, einen solchen nicht *vorbereiten* soll? Daß der republikanische Charakter unseres Programms über Bord geworfen werden muß?

Keineswegs. Solche Schlußfolgerungen können nur liberale Banausen vom Schlage unserer Kadetten ziehen, die bereit sind, Knechtsdienste und Lakaientum mit den erstbesten Argumenten zu rechtfertigen. Nein. Das bedeutet lediglich, daß wir, bei uneingeschränkter Verfechtung unseres *gesamten* Programms und *aller* unserer revolutionären Auffassungen, die unmittelbaren Appelle der objektiven Sachlage des gegebenen Augenblicks anpassen müssen. Wir verkünden die Unvermeidlichkeit der Revolution, bereiten systematisch und unentwegt die Anhäufung von Zündstoff in jeder Hinsicht vor, hüten zu diesem Zweck sorgfältig die revolutionären Traditionen der besten Zeit unserer Revolution, pflegen sie und säubern sie von den liberalen Schmarotzern, verzichten aber zugleich nicht auf die Alltagsarbeit bei der sich im Alltag vollziehenden konstitutionell-monarchistischen Wendung. Nicht mehr und nicht weniger. Einen neuen umfassenden Aufschwung vorzubereiten sind wir verpflichtet, aber es ist ganz und gar sinnlos, die Losung des Boykotts auszugeben, ohne die realen Möglichkeiten geprüft zu haben.

Der Boykott kann in Rußland gegenwärtig, wie bereits gesagt, nur als *aktiver* Boykott irgendeinen Sinn haben. Dies bedeutet nicht passive Wahlenthaltung, sondern ein Ignorieren der Wahlen, um zum direkten Angriff überzugehen. In diesem Sinne kommt der Boykott unvermeidlich einem *Appell* zur tatkräftigsten und entschlossensten Offensive gleich. Ist nun im gegenwärtigen Moment ein solcher umfassender und allgemeiner Aufschwung vorhanden, ohne den ein derartiger Appell sinnlos wäre? Natürlich nicht.

Überhaupt, was die „Appelle" anbelangt, so ist in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen der jetzigen Sachlage und dem Herbst 1905 besonders auffallend. Damals hatte es, wie schon erwähnt, das ganze vorangegangene Jahr hindurch keine Appelle gegeben, die die Masse mit Stillschweigen beantwortet hätte. Die Tatkraft des Massenangriffs überflügelte die Appelle der Organisationen. Jetzt befinden wir uns in der Periode einer Revolutionspause, wo eine *ganze Reihe von Appellen keinen Widerhall in den Massen gefunden hat.* Das geschah mit dem Appell, die Wittesche Duma hinwegzufegen (Anfang 1906), mit dem Aufruf zum Aufstand nach der Auseinanderjagung der ersten Duma (Sommer 1906), *mit dem Aufruf zum Kampf* als Antwort auf die Auseinanderjagung der zweiten Duma und den Staatsstreich vom 3. Juni 1907. Man nehme das anläßlich dieser letzten Geschehnisse herausgegebene Flugblatt unseres ZK.[11] Man findet in diesem Flugblatt den direkten Aufruf zum Kampf in den Formen, wie sie unter den lokalen Verhältnissen möglich sind (Demonstrationen, Streiks, offener Kampf gegen die bewaffneten Kräfte des Absolutismus). Das war ein Appell in Worten. Die militärischen Aufstände im Juni 1907 in Kiew und in der Schwarzmeerflotte waren Appelle durch die Aktion. Weder der eine noch der andere Appell fand bei den Massen irgendwelchen Widerhall. Wenn die krassesten und unmittelbarsten Äußerungen des reaktionären Ansturms gegen die Revolution – die Auseinanderjagung von zwei Dumas und der Staatsstreich – zur gegebenen Zeit keinen Aufschwung ausgelöst haben, wo ist da die Grundlage gegeben, um einen solchen Appell in Form der Proklamierung des Boykotts sofort zu wiederholen? Ist es denn nicht klar, daß die objektive Sachlage derart ist, daß die „Proklamierung" Gefahr läuft, leeres Geschrei zu bleiben? Wenn der Kampf im Gange ist, sich ausdehnt, anwächst, von allen Seiten näherrückt, dann ist eine „Proklamierung" gerechtfertigt und notwendig, dann ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, den Schlachtruf auszugeben. Doch erfinden kann man diesen Kampf nicht, man kann ihn auch nicht durch einen Schlachtruf allein auslösen. Und wenn eine ganze Reihe von Kampfappellen, die wir aus unmittelbareren Anlässen erprobten, sich als resultatlos erwiesen hat, so müssen wir natürlicherweise ernste Gründe für die „Proklamierung" einer Losung suchen, die unsinnig ist, wenn nicht die Bedingungen für die Realisierung der Kampfappelle bestehen.

Wer das *sozialdemokratische* Proletariat von der Richtigkeit der Boykottlosung überzeugen will, der darf sich nicht vom bloßen Klang der Worte hinreißen lassen, die seinerzeit eine große und ruhmreiche revolutionäre Rolle gespielt haben. Der muß sich in die objektiven Bedingungen der Anwendbarkeit einer derartigen Losung hineindenken und begreifen, daß die Losung ausgeben bereits soviel heißt, wie indirekt das Vorhandensein der Bedingungen für einen umfassenden, allgemeinen, starken, raschen revolutionären Aufschwung vorauszusetzen. Aber in solchen Perioden wie der unsrigen, in Perioden einer Atempause der Revolution, darf man eine solche Bedingung keinesfalls indirekt voraussetzen. Man muß sich ihrer unmittelbar und deutlich bewußt sein, muß sie sich selber und der ganzen Arbeiterklasse begreiflich machen. Sonst riskiert man, in die Lage eines Menschen zu geraten, der große Worte gebraucht, ohne ihren wahren Sinn zu verstehen oder ohne den Mut zu haben, direkt und unumwunden die Dinge beim Namen zu nennen.

V

Der Boykott gehört zu den besten revolutionären Traditionen der ereignisreichsten und heldenhaftesten Periode der russischen Revolution. Wir sagten oben, daß eine unserer Aufgaben darin besteht, diese Traditionen überhaupt sorgfältig zu hüten, sie zu pflegen und von den liberalen (und opportunistischen) Schmarotzern zu säubern. Es erscheint geboten, ein wenig bei der Analyse dieser Aufgabe zu verweilen, um ihren Inhalt richtig zu bestimmen und leicht möglichen Mißdeutungen und Mißverständnissen vorzubeugen.

Der Marxismus unterscheidet sich von allen anderen sozialistischen Theorien durch eine hervorragende Vereinigung von absoluter wissenschaftlicher Nüchternheit in der Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Entwicklungsganges mit der entschiedensten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, der revolutionären Schaffenskraft, der revolutionären Initiative der Massen und natürlich auch der einzelnen Personen, Gruppen, Organisationen und Parteien, die es verstehen, Verbindungen mit den einen oder anderen Klassen ausfindig zu machen und zu realisieren. Die hohe Wertung der revolutionären Perioden in der Entwick-

lung der Menschheit ergibt sich aus der Gesamtheit der historischen Auffassungen von Marx: Gerade in solchen Perioden werden jene zahlreichen Widersprüche gelöst, die sich in den Perioden der sogenannten friedlichen Entwicklung langsam anhäufen. Gerade in solchen Perioden offenbart sich mit größter Stärke die unmittelbare Rolle der verschiedenen Klassen bei der Bestimmung der Formen des sozialen Lebens, werden die Grundlagen des politischen „Überbaus" geschaffen, der sich nachher auf der Basis der erneuerten Produktionsverhältnisse noch lange hält. Zum Unterschied von den Theoretikern der liberalen Bourgeoisie hat Marx gerade solche Perioden nicht als Abweichungen vom „normalen" Wege, nicht als Erscheinungen einer „sozialen Krankheit", nicht als traurige Resultate von Extremen und Fehlern, sondern als die lebendigsten, wichtigsten, wesentlichsten, entscheidendsten Momente in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften betrachtet. In der Tätigkeit von Marx und Engels selbst tritt die Periode ihrer Beteiligung am revolutionären Massenkampf 1848/1849 als zentraler Punkt hervor. Von diesem Punkte gehen sie aus bei der Beurteilung der Geschicke der Arbeiterbewegung und der Demokratie der verschiedenen Länder. Zu diesem Punkt kehren sie stets zurück, um das innere Wesen der verschiedenen Klassen und ihrer Tendenzen in klarster und reinster Form zu bestimmen. Vom Standpunkt der damaligen, revolutionären Epoche beurteilen sie stets die späteren, weniger bedeutenden politischen Gebilde, Organisationen, politischen Aufgaben und politischen Konflikte. Die geistigen Führer des Liberalismus, wie etwa Sombart, hassen nicht umsonst diesen Zug in der Tätigkeit und den literarischen Werken von Marx aus tiefstem Herzen und schreiben ihn dem „Emigrantengrimm" zu. Es entspricht ganz dem Niveau der Wanzen der polizeilich-bürgerlichen Universitätswissenschaft, wenn sie der persönlichen Erbitterung, den persönlichen Mühsalen des Emigrantendaseins das zuschreiben, was bei Marx und Engels den unlösbarsten Bestandteil ihrer ganzen revolutionären Weltanschauung ausmacht!

In einem seiner Briefe, ich glaube an Kugelmann, macht Marx nebenbei eine außerordentlich charakteristische und für die uns beschäftigende Frage besonders interessante Bemerkung. Er schreibt, daß es der Reaktion in Deutschland gelungen sei, die Erinnerungen und die Traditionen der Revolutionszeit von 1848 aus dem Volksbewußtsein fast zu vertilgen.[12] Hier werden die Aufgaben der Reaktion und die Aufgaben der Partei des

Proletariats hinsichtlich der revolutionären Traditionen des betreffenden Landes einander plastisch gegenübergestellt. Aufgabe der Reaktion ist es, diese Traditionen auszumerzen, die Revolution als „wahnwitzige Raserei" hinzustellen – wie Struve den deutschen Ausdruck „das tolle Jahr" übersetzt („das tolle Jahr" ist ein Ausdruck, der von deutschen polizeilich-bürgerlichen Geschichtsschreibern, mehr sogar: der deutschen professoralen, an den Universitäten gelehrten Geschichtsschreibung über das Jahr 1848 gebraucht wird). Aufgabe der Reaktion ist es, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung jene Formen des Kampfes, jene Formen der Organisation, jene Ideen, jene Losungen vergißt, die die revolutionäre Epoche in solcher Fülle und Mannigfaltigkeit geboren hat. Ebenso wie die bornierten Lobredner des englischen Spießertums, die Webbs, bemüht sind, den Chartismus, die revolutionäre Periode der englischen Arbeiterbewegung, als einfache Kinderei hinzustellen, als „Jugendsünde", als Naivität, die keine ernsthafte Beachtung verdient, als zufällige und anomale Abweichung – ebenso verunglimpfen die deutschen bürgerlichen Geschichtsschreiber das Jahr 1848 in Deutschland. Genauso ist die Stellung der Reaktion zur Großen Französischen Revolution, die bis auf den heutigen Tag die Lebendigkeit und Kraft ihres Einflusses auf die Menschheit dadurch beweist, daß sie bis jetzt noch den wütendsten Haß erweckt. Ebenso wetteifern auch unsere Helden der Konterrevolution, besonders jene, die gestern noch „Demokraten" waren, wie Struve, Miljukow, Kiesewetter und tutti quanti*, miteinander in der niederträchtigsten Begeiferung der revolutionären Traditionen der russischen Revolution. Noch sind keine zwei Jahre verflossen, seitdem im unmittelbaren Massenkampf des Proletariats jenes Stückchen Freiheit errungen wurde, von dem die liberalen Knechte des alten Regimes entzückt sind, und schon ist in unserer Publizistik eine gewaltige Strömung entstanden, die sich *liberal* (!!) nennt, die in der Kadettenpresse gepflegt wird und sich ausschließlich der Aufgabe widmet, unsere Revolution, die revolutionären Kampfmethoden, die revolutionären Losungen, die revolutionären Traditionen als etwas Niedriges, Elementares, Naives, Spontanes, Wahnwitziges usw. – ja sogar Verbrecherisches – hinzustellen ... von Miljukow bis Kamyschanski il n'y a qu'un pas**! Die Erfolge der Reaktion dagegen, die das Volk zu-

* alle ihresgleichen. *Die Red.*

** ist es nur ein Schritt. *Die Red.*

erst aus den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in die Dumas der Dubassow und Stolypin getrieben hat und es jetzt in die oktobristische Duma treibt, diese Erfolge erscheinen den Helden des russischen Liberalismus als „Prozeß des Wachstums des *konstitutionellen* Bewußtseins in Rußland".

Der russischen Sozialdemokratie fällt unzweifelhaft die Pflicht zu, unsere Revolution sorgfältigst und allseitig zu erforschen, in den Massen die Kenntnis ihrer Kampfformen, Organisationsformen usw. zu verbreiten, die revolutionären Traditionen im Volke zu festigen, die Massen zu überzeugen, daß man einzig und allein durch revolutionären Kampf einigermaßen ernsthafte und einigermaßen dauerhafte Verbesserungen erringen kann, sowie unentwegt die ganze Niedertracht jener selbstzufriedenen Liberalen zu enthüllen, die die gesellschaftliche Atmosphäre mit dem Gifthauch der „konstitutionellen" Liebedienerei, Verräterei und Moltschalinerei verpesten. Ein Tag des Oktoberstreiks oder des Dezemberaufstands bedeutete und bedeutet in der Geschichte des Befreiungskampfes hundertmal mehr als Monate lakaienhaften Geredes der Kadetten in der Duma über den nichtverantwortlichen Monarchen und das konstitutionell-monarchistische Regime. Wir müssen dafür sorgen – außer uns wird niemand dafür sorgen –, daß das Volk diese lebenserfüllten, inhaltsreichen und in ihrer Bedeutung und ihren Folgen großen Tage viel genauer, eingehender und gründlicher kenne als jene Monate „konstitutioneller" Stickluft und Balalaikin-Moltschalinscher* Blüte, von denen dank der wohlwollenden Nachsicht Stolypins und seines Zensur- und Gendarmeriegefolges die Organe unserer liberalen Parteipresse und parteilos-„demokratischen" (man höre und staune!) Presse so eifrig posaunen.

Gewiß, die Sympathien für den Boykott werden bei vielen gerade durch dieses durchaus achtenswerte Bestreben der Revolutionäre geweckt, die Tradition der besten revolutionären Vergangenheit aufrechtzuerhalten, den trostlosen Sumpf des jetzigen grauen Alltags zu beleben durch einen Funken mutigen, offenen, entschlossenen Kampfes. Aber gerade weil uns eine sorgfältige Behandlung der revolutionären Traditionen am Her-

* Balalaikin – Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle".

Moltschalin – Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden". *Der Übers.*

zen liegt, müssen wir entschieden gegen die Auffassung protestieren, man könnte durch Verwendung einer Losung einer speziellen historischen Epoche zum Wiedererstehen der wesentlichen Bedingungen dieser Epoche beitragen. Die Wahrung der Traditionen der Revolution, die Fähigkeit, sie auszunutzen für eine ständige Propaganda und Agitation, für die Aufklärung der Massen über die Bedingungen des unmittelbaren und offensiven Kampfes gegen die alte Gesellschaft, ist etwas ganz anderes als die Wiederholung irgendeiner Losung, losgelöst von der Gesamtheit der Bedingungen, unter denen sie entstanden war und Erfolg hatte, als die Anwendung dieser Losung auf wesentlich andere Verhältnisse.

Derselbe Marx, der die revolutionären Traditionen so hoch schätzte und schonungslos jede renegatenhafte und philisterhafte Einstellung zu ihnen geißelte, forderte zugleich von den Revolutionären die Fähigkeit zu *denken*, die Fähigkeit, die Bedingungen der Anwendbarkeit der alten Kampfmethoden zu *analysieren* und nicht einfach bekannte Losungen zu wiederholen. Die „nationalen" Traditionen des Jahres 1792 in Frankreich werden möglicherweise für immer ein *Vorbild* bestimmter revolutionärer Kampfmethoden bleiben, aber dies hinderte Marx nicht daran, 1870, in der berühmten „Adresse" der Internationale, das französische Proletariat vor einer falschen Übertragung dieser Traditionen auf die Verhältnisse einer anderen Epoche zu warnen.[13]

So ist es auch bei uns. Wir müssen die Bedingungen für die Anwendbarkeit des Boykotts erforschen, müssen unter den Massen den Gedanken verbreiten, daß der Boykott in Momenten des revolutionären Aufschwungs eine durchaus gerechtfertigte und mitunter notwendige Methode ist (was immer die Pedanten reden mögen, die den Namen Marx zu Unrecht im Munde führen). Ob aber dieser Aufschwung, diese Grundbedingung für die Proklamierung des Boykotts, vorhanden ist – diese Frage muß man selbständig zu stellen verstehen und auf Grund einer ernsthaften Analyse der Tatsachen beantworten. Es ist unsere Pflicht, den Moment eines solchen Aufschwungs vorzubereiten, soweit dies in unseren Kräften liegt, und einen Boykott im entsprechenden Moment nicht abzulehnen, aber zu glauben, daß die Losung des Boykotts allgemein für jede schlechte oder eine ganz schlechte Vertretungskörperschaft anwendbar sei, wäre unbedingt ein Fehler.

Man betrachte die Motivierung, mit der in den „Tagen der Freiheit"

der Boykott verfochten und unterstützt wurde, und man wird sofort sehen, daß es unmöglich ist, diese Argumente einfach auf die jetzigen Verhältnisse zu übertragen.

Die Wahlbeteiligung drücke auf die Stimmung, trete dem Feinde eine Position ab, verwirre das revolutionäre Volk, erleichtere die Verständigung des Zarismus mit der konterrevolutionären Bourgeoisie usw., sagten wir, als wir 1905 und Anfang 1906 den Boykott verfochten. Was ist die grundlegende Voraussetzung dieser Argumente, die nicht immer ausgesprochen wurde, die man aber immer als etwas *zu jener Zeit* Selbstverständliches im Auge hatte? Diese Voraussetzung ist die reiche revolutionäre Energie der Massen, die *unmittelbare* Auswege sucht und findet, abseits von allen „konstitutionellen" Kanälen. Diese Voraussetzung ist die ununterbrochene *Offensive* der Revolution gegen die Reaktion, eine Offensive, die wir verbrecherisch geschwächt hätten, hätten wir eine Position bezogen und verteidigt, die uns vom Feinde absichtlich überlassen wurde, um den allgemeinen Ansturm zu schwächen. Man versuche, diese Argumente *außerhalb* der Bedingungen dieser grundlegenden Voraussetzung zu wiederholen, und man wird sofort den falschen Ton in dieser ganzen „Musik", die Unrichtigkeit des Grundtons empfinden.

Aussichtslos wäre auch der Versuch, den Boykott mit dem Unterschied zwischen der zweiten und der dritten Duma rechtfertigen zu wollen. Den Unterschied zwischen den Kadetten (die in der zweiten Duma das Volk endgültig an die Schwarzhunderter auslieferten) und den Oktobristen[14] für ernsthaft und grundsätzlich zu halten, der berüchtigten „Konstitution", die durch den Staatsstreich vom 3. Juni zunichte gemacht wurde, eine einigermaßen reale Bedeutung beizumessen – all das entspricht überhaupt viel mehr dem Geiste eines vulgären Demokratismus als dem Geiste der revolutionären Sozialdemokratie. Wir sagten, behaupteten und wiederholten stets, daß die „Konstitution" der I. und der II. Duma nur ein Trugbild, daß das Geschwätz der Kadetten nur ein Ablenkungsmanöver zur Bemäntelung ihrer oktobristischen Natur, daß die Duma ein absolut unbrauchbares Mittel zur Befriedigung der Forderungen des Proletariats und der Bauernschaft ist. Für uns ist der 3. Juni 1907 das natürliche und unvermeidliche Resultat der Niederlage vom Dezember 1905. Wir waren niemals „entzückt" von den Herrlichkeiten der „Dumaverfassung", und auch der Übergang von der geschminkten und

mit Roditschewschen Phrasen verbrämten Reaktion zur nackten, offenen, groben Reaktion kann uns nicht besonders enttäuschen. Diese letztere ist vielleicht sogar ein viel besseres Mittel, um sämtliche knechtsseligen liberalen Hohlköpfe oder die Bevölkerungsgruppen, die sich von ihnen haben irreführen lassen, zu ernüchtern . . .

Man vergleiche die Stockholmer menschewistische und die Londoner bolschewistische Resolution über die Reichsduma. Man wird sehen, daß die erste hochtrabend, phrasenhaft ist, voll pompöser Worte über die Bedeutung der Duma, aufgeblasen von dem Bewußtsein, wie erhaben die Arbeit in der Duma sei. Die zweite ist einfach, trocken, nüchtern, bescheiden. Die erste Resolution ist erfüllt vom Geiste spießbürgerlichen Triumphes über die Vermählung der Sozialdemokratie mit dem Konstitutionalismus („der neuen Macht, aus dem Schoße des Volkes" und so weiter und so fort im Geiste derselben bürokratischen Lüge). Die zweite kann ungefähr so wiedergegeben werden: Wenn die verdammte Konterrevolution uns in diesen verfluchten Saustall getrieben hat, dann werden wir eben auch hier zu Nutz und Frommen der Revolution arbeiten, ohne zu jammern, aber auch ohne zu prahlen.

Als die Menschewiki, noch in der Periode des unmittelbaren revolutionären Kampfes, die Duma gegen den Boykott verteidigten, übernahmen sie dem Volke gegenüber sozusagen die Bürgschaft, daß die Duma eine Art Werkzeug der Revolution sein werde. Und sie sind mit dieser Bürgschaft glänzend durchgefallen. Wenn wir Bolschewiki aber für etwas die Bürgschaft übernommen haben, so doch nur dafür, daß die Duma eine Ausgeburt der Konterrevolution und daß von ihr nichts Ernsthaftes zu erwarten ist. Unser Standpunkt wurde bisher großartig bestätigt, und man kann garantieren, daß er durch die künftigen Ereignisse weiter bestätigt werden wird. Ohne „Korrektur" und Wiederholung der von Oktober bis Dezember angewandten Strategie auf Grund der neuen Tatsachen wird es in Rußland keine Freiheit geben.

Wenn man mir deshalb sagt, die III. Duma könne man nicht ausnutzen wie die zweite, man könne den Massen nicht klarmachen, daß es notwendig sei, sich an ihr zu beteiligen, so möchte ich darauf antworten: Wenn unter „Ausnutzung" etwas Menschewistisch-Hochtrabendes verstanden wird, etwa Werkzeug der Revolution u. dgl. m., dann natürlich nicht. Aber auch die ersten zwei Dumas waren ja in Wirklichkeit nur

Stufen zur oktobristischen Duma, und doch nutzten wir sie aus für das einfache und bescheidene* Ziel (Propaganda und Agitation, Kritik und Aufklärung der Massen über die Geschehnisse), für das wir stets auch die übelsten Vertretungskörperschaften auszunutzen verstehen werden. Eine Rede in der Duma ruft keine „Revolution" hervor, und die Propaganda *in Verbindung mit der Duma* weist keine besonderen Vorzüge auf, aber Nutzen wird die Sozialdemokratie aus der einen wie aus der anderen nicht weniger, mitunter noch mehr ziehen als aus manch einer gedruckten oder in einer sonstigen Versammlung gehaltenen Rede.

Unsere Beteiligung an der oktobristischen Duma müssen wir den Massen ebenso einfach erklären. Infolge der Niederlage im Dezember 1905 und des Scheiterns der Versuche in den Jahren 1906/1907, diese Niederlage zu „korrigieren", hat uns die Reaktion unvermeidlich in immer schlimmere quasikonstitutionelle Institutionen getrieben und *wird uns* weiterhin ständig *dorthin treiben*. Wir werden stets und überall unsere Überzeugung vertreten und unsere Anschauungen in die Tat umsetzen, immer wiederholen, daß nichts Gutes erwartet werden kann, solange sich die alte Macht behauptet, solange sie nicht mit der Wurzel ausgerottet ist. Wir wollen die Bedingungen des neuen Aufschwungs vorbereiten, aber bis er eintritt und damit er eintrete, heißt es, beharrlicher arbeiten und nicht Losungen ausgeben, die nur unter den Verhältnissen des Aufschwungs einen Sinn haben.

Falsch wäre es auch, den Boykott als *taktische Linie* zu betrachten, die das Proletariat und einen Teil der revolutionären bürgerlichen Demokratie dem Liberalismus mitsamt der Reaktion entgegenstellt. Der Boykott ist keine taktische Linie, sondern ein besonderes Mittel des Kampfes, das unter besonderen Umständen anwendbar ist. Bolschewismus und „Boykottismus" gleichzusetzen wäre ebenso falsch, als wollte man Bol-

* Vergleiche im (Genfer) „Proletari" von 1905[15] den Aufsatz über den Boykott der Bulyginschen Duma (siehe Werke, Bd. 9, S. 172–180. *Die Red.*), wo betont wird, daß wir nicht ein für allemal auf ihre Ausnutzung verzichten, *jetzt* aber eine andere Aufgabe zu lösen haben: die Aufgabe des Kampfes für den unmittelbar-revolutionären Weg. Vergleiche auch den Aufsatz „Über den Boykott" im (russischen) „Proletari", 1906[16], Nr. 1 (siehe Werke, Bd. 11, S. 127 bis 135. *Die Red.*), wo das *bescheidene* Ausmaß des Nutzens der Dumaarbeit betont wird.

schewismus und „Gewaltanbetung" gleichsetzen. Der Unterschied zwischen der *taktischen Linie* der Menschewiki und der Bolschewiki ist bereits ganz klar zutage getreten und hat seinen Ausdruck gefunden in den prinzipiell verschiedenen Resolutionen im Frühjahr 1905 auf dem bolschewistischen III. Parteitag in London und der menschewistischen Konferenz in Genf. Weder von Boykott noch von „Gewaltanbetung" war damals die Rede und konnte damals die Rede sein. Wie alle Welt weiß, war sowohl bei den Wahlen zur II. Duma, als wir keine Boykottisten waren, wie auch in der II. Duma unsere *taktische Linie* ganz und gar von der menschewistischen verschieden. Die *taktischen Linien* gehen bei allen Methoden und Mitteln des Kampfes, auf jedem Gebiet des Kampfes auseinander, ohne jedoch irgendwelche speziellen, dieser oder jener Linie eigentümlichen Formen des Kampfes zu erzeugen. Wollte man einen Boykott der III. Duma rechtfertigen mit dem Fiasko der an die *erste oder zweite Duma* geknüpften *revolutionären* Erwartungen, mit dem Fiasko der „gesetzlichen", „starken", „festen" und „wahren" Konstitution, oder würde ein solcher Boykott dadurch ausgelöst werden, so wäre das Menschewismus schlimmster Sorte.

VI

Die Betrachtung der stärksten und einzig marxistischen Beweisgründe für den Boykott haben wir uns für den Schluß aufgehoben. Der aktive Boykott hat außerhalb eines allgemeinen revolutionären Aufschwungs keinen Sinn. Mag sein. Doch ein allgemeiner Aufschwung entwickelt sich aus einem minder allgemeinen. Anzeichen eines gewissen Aufschwungs sind vorhanden. Wir müssen die Boykottlosung aufstellen, da diese Losung den beginnenden Aufschwung unterstützt, vorantreibt und erweitert.

Dies ist, meiner Meinung nach, der *Haupt*gedankengang, der den Boykottsympathien sozialdemokratischer Kreise mehr oder weniger deutlich zugrunde liegt. Und hierbei gehen die Genossen, die am engsten mit der unmittelbaren proletarischen Arbeit verbunden sind, nicht von einer nach bestimmter Schablone „aufgebauten" Argumentation, sondern von einer bestimmten Summe von Eindrücken aus, die sie aus ihrer Berührung mit den Arbeitermassen empfangen.

Eine der wenigen Fragen, in denen es, wie es scheint, zwischen den

beiden sozialdemokratischen Fraktionen keine Differenzen gibt oder bisher nicht gegeben hat, ist die Frage nach der Ursache der längeren Ruhepause in der Entwicklung unserer Revolution. „Das Proletariat hat sich nicht erholt" – darin liegt die Ursache. Und in der Tat, das Proletariat *allein* hat fast die ganze Last der Oktober- und Dezemberkämpfe zu tragen gehabt. Das Proletariat allein hat systematisch, organisiert, unaufhörlich für die gesamte Nation gekämpft. Kein Wunder daher, daß in dem Lande mit dem (nach europäischen Maßstäben) niedrigsten Prozentsatz proletarischer Bevölkerung das Proletariat von einem solchen Kampf aufs äußerste erschöpft sein mußte. Überdies stürzten sich die vereinten Kräfte der bürgerlichen und der Regierungsreaktion nach dem Dezember und seitdem unaufhörlich gerade auf das Proletariat. Polizeiliche Verfolgungen und Hinrichtungen dezimierten das Proletariat anderthalb Jahre hindurch, während die systematischen Aussperrungen, von der „zu Strafzwecken" erfolgten Schließung staatlicher Betriebe an bis zu den Verschwörungen der Kapitalisten gegen die Arbeiter, die Not der Arbeitermassen in noch nie dagewesenem Ausmaß steigerten. Und nun, sagen einige sozialdemokratische Parteiarbeiter, sind unter den Massen Anzeichen zu bemerken, daß die Stimmung steigt, daß die Kräfte des Proletariats sich sammeln. Dieser etwas unbestimmte und schwer erfaßbare Eindruck wird durch ein stärkeres Argument ergänzt: In einigen Industriezweigen ist zweifellos eine Belebung der Geschäftstätigkeit zu konstatieren. Die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften muß unvermeidlich eine Verstärkung der Streikbewegung zur Folge haben. Die Arbeiter werden versuchen müssen, wenigstens einen Teil der gewaltigen Verluste auszugleichen, die sie in der Zeit der Repressalien und Aussperrungen erlitten haben. Das dritte und stärkste Argument endlich ist der Hinweis nicht auf eine problematische und überhaupt zu erwartende Streikbewegung, sondern auf einen großen, von den Arbeiterorganisationen bereits angesagten Streik. Schon Anfang 1907 erörterten Vertreter von 10 000 Textilarbeitern ihre Lage und planten Maßnahmen, um die Gewerkschaften dieses Industriezweiges zu verstärken. Zum zweiten Mal versammelten sich bereits Vertreter von 20 000 Arbeitern und beschlossen, im Juli 1907 einen *allgemeinen Streik* der Textilarbeiter zu erklären. Diese Bewegung kann unmittelbar an die 400 000 Arbeiter erfassen. Ihr Ausgangspunkt ist das Moskauer Gebiet, d. h. das größte Zentrum der Arbeiterbewegung in

Rußland, das größte Handels- und Industriezentrum. Gerade in Moskau und nur in Moskau allein kann die Massenbewegung der Arbeiterschaft am ehesten den Charakter einer breiten Volksbewegung von entscheidender politischer Bedeutung erlangen. Die Textilarbeiter sind dabei der am schlechtesten bezahlte, am wenigsten entwickelte Teil der Arbeitermassen, der sich an den vorangegangenen Bewegungen am wenigsten beteiligt hat und am engsten mit der Bauernschaft verbunden ist. Da die Initiative von solchen Arbeitern ausgeht, kann man daraus schließen, daß die Bewegung unvergleichlich breitere proletarische Schichten erfassen wird als bisher. Der Zusammenhang der Streikbewegung mit dem revolutionären Aufschwung der Massen aber ist in der Geschichte der russischen Revolution bereits mehr als einmal zutage getreten.

Es ist die unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, die größte Aufmerksamkeit und die äußersten Anstrengungen gerade auf diese Bewegung zu konzentrieren. Der auf diesem Gebiet zu leistenden Arbeit gebührt gegenüber den Wahlen zur oktobristischen Duma entschieden der Vorrang. In den Massen muß die Überzeugung geweckt werden, daß es notwendig ist, diese Streikbewegung in einen allgemeinen und umfassenden Ansturm gegen die Selbstherrschaft zu verwandeln. Die Boykottlosung bedeutet eben nichts anderes, als die Aufmerksamkeit von der Duma auf den unmittelbaren Massenkampf zu lenken. Die Boykottlosung bedeutet eben, die neue Bewegung mit politischem und revolutionärem Inhalt zu durchdringen.

Dies ungefähr ist der Gedankengang, der manche Sozialdemokraten zu der Überzeugung bringt, die III. Duma müsse boykottiert werden. Es ist das eine Argumentation für den Boykott, die zweifellos marxistisch ist und nichts zu tun hat mit der bloßen Wiederholung einer aus dem Zusammenhang besonderer geschichtlicher Bedingungen herausgerissenen Losung.

Doch wie stark diese Argumentation auch ist, so genügt sie meines Erachtens doch nicht, uns dazu zu bewegen, die Boykottlosung *unverzüglich* anzunehmen. Diese Argumentation betont etwas, was für einen russischen Sozialdemokraten, der über die Lehren unserer Revolution nachgedacht hat, überhaupt nicht zweifelhaft sein sollte: daß wir nicht ein für allemal den Boykott ablehnen dürfen, daß wir bereit sein müssen, diese Losung im passenden Augenblick aufzustellen, daß unser Herangehen an die

Boykottfrage nichts gemein hat mit der liberalen, philisterhaft beschränkten und jedes revolutionären Inhalts baren Fragestellung: Sollen wir uns enthalten, oder sollen wir uns nicht enthalten?*

Nehmen wir alles, was die sozialdemokratischen Boykottanhänger über die veränderte Stimmung der Arbeiter, über die Belebung der Industrie und den im Juli bevorstehenden Textilarbeiterstreik sagen, als bewiesen und der Wahrheit entsprechend an.

Was folgt aus all dem? Daß wir den Beginn eines gewissen Teilaufschwungs von revolutionärer Bedeutung vor uns haben.** Sind wir verpflichtet, alles daranzusetzen, ihn zu unterstützen und weiterzuentwickeln, in dem Bestreben, ihn in einen allgemeinen revolutionären Aufschwung und dann auch in eine offensive Bewegung zu verwandeln? Unbedingt. Für Sozialdemokraten (ausgenommen vielleicht solche, die im „Towarischtsch" schreiben) kann es darüber keine zwei Meinungen geben. Ist aber *in diesem Augenblick*, beim Beginn dieses Teilaufschwungs, vor seinem endgültigen Übergang in einen allgemeinen Aufschwung, die Boykottlosung für die Entwicklung der Bewegung notwendig? Kann diese Losung die Entwicklung der heutigen Bewegung fördern? Das ist eine andere Frage, und diese Frage ist meiner Meinung nach negativ zu beantworten.

Man kann und muß den Teilaufschwung durch direkte und unmittelbare Argumente und Losungen, ohne Bezug auf die III. Duma, zu einem allgemeinen Aufschwung entwickeln. Der ganze Verlauf der Ereignisse nach dem Dezember bestätigt voll und ganz die sozialdemokratische Auffassung von der Rolle der monarchistischen Konstitution, von der Not-

* Siehe im „Towarischtsch" das Musterbeispiel *liberaler* Argumentation des ehemaligen Mitarbeiters der sozialdemokratischen Presse und heutigen Mitarbeiters liberaler Zeitungen, L. Martows.

** Es wird auch die Meinung ausgesprochen, der Textilarbeiterstreik sei eine Bewegung von neuem Typus, die die gewerkschaftliche Bewegung von der revolutionären trenne. Wir übergehen aber diese Auffassung, erstens, weil die Auslegung aller Symptome komplizierter Erscheinungen im pessimistischen Sinne überhaupt eine gefährliche Methode ist, die oftmals viele nicht ganz „sattelfeste" Sozialdemokraten auf Abwege gebracht hat. Zweitens, wenn der Textilarbeiterstreik solche Züge aufwiese, müßten wir Sozialdemokraten zweifellos in energischster Weise gegen diese ankämpfen. Wäre dieser Kampf erfolgreich, so würde demgemäß die Frage gerade so stehen, wie wir sie stellen.

wendigkeit des unmittelbaren Kampfes: Bürger! – werden wir sagen – wenn ihr nicht wollt, daß es mit der Sache der Demokratie in Rußland ebenso wie nach dem Dezember 1905, in der Zeit der Hegemonie der Herren Kadetten, in der demokratischen Bewegung, unaufhaltsam und immer rascher bergab gehe, wenn ihr das nicht wollt, so unterstützt den beginnenden Aufschwung der Arbeiterbewegung, unterstützt den unmittelbaren Massenkampf. Außerhalb dieses Kampfes gibt es keine Garantie für die Freiheit in Rußland und kann es keine geben.

Eine Agitation dieser Art wird zweifellos eine durchaus konsequente revolutionär-sozialdemokratische Agitation sein. Muß man da noch unbedingt hinzufügen: Bürger, glaubt nicht an die III. Duma und schaut auf uns, die Sozialdemokraten, die sie als Beweis ihres Protestes boykottieren!

Einen solchen Satz hinzuzufügen, ist unter den Bedingungen unserer Zeit nicht nur überflüssig, sondern klingt sogar sonderbar, klingt fast wie Hohn. An die III. Duma glaubt ohnehin niemand, d. h., in den Bevölkerungsschichten, die den Nährboden der demokratischen Bewegung bilden, gibt es nicht, kann es nicht jene Begeisterung für die III. Duma als konstitutionelle Institution geben, wie es sie in breitem Ausmaß für die *I.* Duma, für die *ersten* Versuche zur Schaffung von *konstitutionellen* Institutionen in Rußland, mochten es sein, welche es wollten, zweifellos gegeben hat.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungskreise stand 1905 und Anfang 1906 die *erste*, wenn auch auf einer monarchistischen Verfassung aufgebaute, Vertretungskörperschaft. Das ist eine Tatsache. Dagegen mußten die Sozialdemokraten aufs deutlichste kämpfen und demonstrieren.

Jetzt liegen die Dinge anders. Nicht die Begeisterung für das *erste* „Parlament" ist das charakteristische Merkmal des gegenwärtigen Augenblicks, nicht der Glaube an die Duma, sondern der *Unglaube an den Aufschwung.*

Wenn wir unter solchen Umständen die Boykottlosung vorzeitig aufstellen, so verstärken wir die Bewegung in keiner Weise, paralysieren wir keineswegs die wirklichen Hindernisse, die ihr entgegenstehen. Mehr noch: Wir riskieren dadurch sogar, die Kraft unserer Agitation abzuschwächen, denn der Boykott ist eine Losung, die einen bereits deutlichen

Aufschwung begleitet, das Schlimme aber ist heute, daß breite Bevölkerungskreise nicht an den Aufschwung glauben, seine Kraft nicht sehen.

Zuerst muß man dafür sorgen, daß die Kraft dieses Aufschwungs *durch Tatsachen* bewiesen wird, dann werden wir immer noch Zeit haben, eine Losung aufzustellen, die diese Kraft indirekt zum Ausdruck bringt. Ja, und es ist noch eine Frage, ob es für eine revolutionäre Bewegung von offensivem Charakter einer besonderen Losung bedürfen wird, die die Aufmerksamkeit von ... der *III. Duma ablenkt*. Möglicherweise nicht. Um etwas Bedeutsames zu umgehen, das wirklich imstande ist, eine unerfahrene Menge, die noch keine Parlamente gesehen hat, zu begeistern, mag es notwendig sein, das zu *boykottieren*, was umgangen werden soll. Aber um eine Institution zu umgehen, die gänzlich unfähig ist, die heutige demokratische oder halbdemokratische Menge zu begeistern, braucht man gar nicht unbedingt den Boykott zu proklamieren. Nicht um den Boykott geht es jetzt, sondern um direkte und unmittelbare Bemühungen, den Teilaufschwung in einen allgemeinen Aufschwung zu verwandeln, die Gewerkschaftsbewegung in eine revolutionäre Bewegung, die Abwehr der Aussperrungen in eine Offensive gegen die Reaktion zu verwandeln.

VII

Fassen wir zusammen. Die Boykottlosung ist aus einer besonderen geschichtlichen Periode heraus geboren. 1905 und Anfang 1906 stellte die objektive Situation die kämpfenden sozialen Kräfte vor die Wahl des nächsten Weges: unmittelbar revolutionärer Weg oder konstitutionell-monarchistische Wendung. Den Inhalt der Boykottagitation bildete dabei in der Hauptsache der Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen. Bedingung für den Erfolg des Boykotts war der umfassende, allgemeine, rasche und starke revolutionäre Aufschwung.

In jeder dieser Beziehungen erheischt die Lage der Dinge für den Herbst 1907 keineswegs eine solche Losung und vermag sie auch nicht zu rechtfertigen.

Während wir unsere Tagesarbeit zur Vorbereitung der Wahlen fortsetzen und auf die Beteiligung an noch so reaktionären Vertretungskörperschaften nicht von vornherein verzichten, müssen wir unsere ganze

Propaganda und Agitation darauf richten, das Volk über den Zusammenhang zwischen der Niederlage im Dezember einerseits und dem ganzen darauffolgenden Verfall der Freiheit und der Verhöhnung der Verfassung anderseits aufzuklären. Wir müssen in den Massen die feste Überzeugung durchsetzen, daß ohne den unmittelbaren Massenkampf eine solche Verhöhnung unvermeidlich fortgesetzt und gesteigert werden wird.

Ohne ein für allemal die Anwendung der Boykottlosung in Augenblikken des Aufschwungs abzulehnen, wo ein ernstes Bedürfnis nach einer solchen Losung entstehen könnte, müssen wir gegenwärtig all unsere Kräfte darauf richten, vermittels direkter und unmittelbarer Einwirkung diesen oder jenen Aufschwung der Arbeiterbewegung in eine allgemeine, breite, revolutionäre und offensive Bewegung gegen die Reaktion in ihrer Gesamtheit, gegen ihre Grundpfeiler zu verwandeln.

26. Juni 1907

GRAF HEYDEN ZUM GEDÄCHTNIS

(Was lehren unsere parteilosen „Demokraten" das Volk?)[17]

„Die gesamte fortschrittliche Presse bekundet anläßlich des schweren Verlustes, den Rußland durch den Tod des Grafen P. A. Heyden erlitten hat, tiefes Beileid. Die große Persönlichkeit von Peter Alexandrowitsch wirkte anziehend auf alle anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei und Richtung. Ein seltenes und glückliches Los!!!" Es folgt ein umfangreiches Zitat aus den rechtskadettischen „Russkije Wedomosti"[18], wo Fürst Pawel Dmitrijewitsch Dolgorukow über das Leben und die Tätigkeit des „wundervollen Menschen" in Rührung zerfließt, einer aus jenem Stamm der Dolgorukows, dessen Repräsentanten offen bekannt haben, welches die Wurzeln ihres Demokratismus sind! Es ist besser, sich mit den Bauern friedlich zu verständigen, als abzuwarten, bis sie sich selbst das Land nehmen ... „Wir teilen zutiefst die Gefühle des Leids, die der Tod des Grafen Heyden in allen geweckt hat, die den *Menschen* zu schätzen gewohnt sind, in welchem Parteigewande er auch erscheinen mag. Und der verstorbene Heyden war vor allem eben ein *Mensch*."

So schreibt die Zeitung „Towarischtsch" in Nr. 296 vom Dienstag, dem 19. Juni 1907.

Die Publizisten vom „Towarischtsch" sind nicht nur die eifrigsten Demokraten in unserer legalen Presse. Sie halten sich für Sozialisten, für kritische Sozialisten natürlich. Sie sind beinahe Sozialdemokraten; und die Menschewiki, Plechanow, Martow, Smirnow, Perejaslawski, Dan usw. usf., finden herzliche Gastfreundschaft in einer Zeitung, deren Spalten die Herrschaften Prokopowitsch, Kuskowa, Portugalow und andere „gewesene Marxisten" mit ihrer Unterschrift zieren. Es unterliegt, mit einem

Wort, nicht dem geringsten Zweifel, daß die Publizisten des „Towarischtsch" die „linkesten" Vertreter unserer „aufgeklärten", jedem engen Illegalismus fremden, „demokratischen" usw. Gesellschaft sind.

Wenn einem Zeilen zu Gesicht kommen wie die oben angeführten, dann kann man sich nur schwer enthalten, diesen Herrschaften zuzurufen: Welch Glück, daß wir Bolschewiki zweifellos nicht zum Kreise der *anständigen Menschen* vom „Towarischtsch" gehören.

Ihr Herren „anständigen Menschen" der aufgeklärten Demokratie Rußlands! Ihr macht das russische Volk stumpf und verseucht es mit dem Gifthauch der Liebedienerei und Knechtsgesinnung hundertmal mehr als die berüchtigten Schwarzhunderter Purischkewitsch, Kruschewan, Dubrowin, gegen die ihr einen so eifrigen, so liberalen, so billigen, für euch so vorteilhaften und gefahrlosen Krieg führt. Ihr zuckt die Achseln und wendet euch an alle „anständigen Menschen" eurer Gesellschaft mit einem verächtlichen Hohnlächeln über so „alberne Paradoxe"? Ja, ja, wir wissen sehr wohl, daß nichts in der Welt imstande ist, eure schale liberale Selbstzufriedenheit zu erschüttern. Eben deshalb sind wir auch froh darüber, daß es uns gelungen ist, uns durch unsere ganze Tätigkeit wie durch eine feste Mauer von dem Kreis dieser anständigen Menschen der gebildeten Gesellschaft Rußlands abzugrenzen.

Gibt es Beispiele dafür, daß die Schwarzhunderter einigermaßen breite Schichten der Bevölkerung demoralisiert oder verwirrt hätten? Nein.

Weder ihre Presse noch ihr Bund, noch ihre Versammlungen, noch die Wahlen zur I. oder II. Duma konnten Beispiele dafür liefern. Die Schwarzhunderter erbittern die Bevölkerung durch Gewalttaten und Bestialitäten, an denen sich Polizei und Truppen beteiligen. Die Schwarzhunderter ziehen sich Haß und Verachtung zu durch ihre Schurkenstreiche, durch ihre Gaunereien und Bestechungen. Die Schwarzhunderter organisieren mit Regierungsgeldern Häuflein und Banden von Trunkenbolden, die nur mit Erlaubnis der Polizei und von ihr aufgehetzt zu handeln vermögen. In all dem findet sich keine Spur eines einigermaßen gefährlichen ideologischen Einflusses auf einigermaßen breite Schichten der Bevölkerung.

Dagegen steht es ebenso außer Zweifel, daß unsere legale, liberale und „demokratische" Presse einen solchen Einfluß ausübt. Die Wahlen zur

I. und II. Reichsduma, die Versammlungen, die Verbände, das Schulwesen, alles dies beweist es. Und die Betrachtungen des „Towarischtsch" zum Tode Heydens zeigen sinnfällig, was das für ein ideologischer Einfluß ist.

„Ein schwerer Verlust ... die große Persönlichkeit ... glückliches Los ... war vor allem ein *Mensch*."

Der Gutsbesitzer Graf Heyden machte gnädigst in Liberalismus bis zu den revolutionären Ereignissen vom Oktober. Sofort nach dem ersten Sieg des Volkes, nach dem 17. Oktober 1905, ging er ohne das geringste Schwanken in das Lager der Konterrevolution über, zur Partei der Oktobristen, zur Partei des gegen die Bauern und gegen die Demokratie erbosten Gutsbesitzers und Großkapitalisten. In der I. Duma verteidigte dieser edle Mann die Regierung, und nach der Auseinanderjagung der ersten Duma verhandelte er – wenn auch schließlich ohne Erfolg – über seinen Eintritt in die Regierung. Das sind die wichtigsten Etappen der Laufbahn dieses typischen konterrevolutionären Gutsbesitzers.

Und nun treten anständig gekleidete, aufgeklärte und gebildete Herren auf, mit Phrasen über Liberalismus, Demokratismus, Sozialismus auf den Lippen, mit Reden über ihre Sympathie für die Sache der Freiheit, für die Sache des Kampfes, den die Bauern gegen die Gutsbesitzer um den Grund und Boden führen – Herren, die faktisch über das Monopol der legalen Opposition in der Presse, in Vereinen, in Versammlungen, bei den Wahlen verfügen und die dem Volk mit frommem Augenaufschlag verkünden: „Ein seltenes und glückliches Los! ... Der verstorbene Graf war vor allem ein *Mensch*."

Ja, Heyden war nicht nur Mensch, sondern auch Staatsbürger, der es verstanden hat, sich zum Verständnis der Gesamtinteressen seiner Klasse aufzuschwingen und diese Interessen sehr klug zu verteidigen. Ihr aber, ihr Herren aufgeklärten Demokraten, seid einfach rührselige Dummköpfe und verbergt hinter eurer liberalen Narretei eure Unfähigkeit, etwas anderes zu sein als kultivierte Lakaien eben dieser Gutsbesitzerklasse.

Der Einfluß der Gutsbesitzer auf das Volk ist nicht gefährlich. Eine einigermaßen breite Arbeitermasse oder selbst Bauernmasse auf einigermaßen lange Zeit zu betrügen, wird ihnen nie gelingen. Der Einfluß der

Intelligenz dagegen, die an der Ausbeutung nicht unmittelbar beteiligt ist, die gelernt hat, mit allgemeinen Redensarten und Begriffen zu operieren, die sich mit allerlei „guten" Vermächtnissen herumschleppt und zuweilen in aufrichtigem Stumpfsinn ihre eigene Stellung zwischen den Klassen zum *Prinzip* über den Klassen stehender Parteien und einer über den Klassen stehenden Politik erhebt – der Einfluß dieser bürgerlichen Intelligenz auf das Volk ist gefährlich. Hier und nur hier haben wir es mit der Verseuchung breiter Massen zu tun, die imstande ist, wirklichen Schaden anzurichten, die die Anspannung aller Kräfte des Sozialismus zum Kampf gegen dieses Gift erfordert.

„Heyden war ein gebildeter, kulturvoller, humaner, duldsamer Mensch", schreien verzückt die liberalen und demokratischen Geiferer und dünken sich über jeden „Parteistandpunkt" erhaben zu sein und auf einem „allgemeinmenschlichen" Standpunkt zu stehen.

Ihr irrt euch, Verehrteste. Es ist das kein allgemeinmenschlicher, sondern ein allgemeinknechtischer Standpunkt. Der Sklave, der sich seiner Sklavenstellung bewußt ist und gegen sie kämpft, ist ein Revolutionär. Der Sklave, der sich seiner Sklaverei nicht bewußt ist und in schweigendem, unbewußtem und stummem Sklavenleben dahinvegetiert, ist einfach ein Sklave. Der Sklave, dem der Speichel zusammenläuft, wenn er selbstzufrieden die Reize des Sklavenlebens beschreibt und über den gütigen und lieben Herrn in Entzücken gerät, ist ein Knecht, ein Lakai. Ihr seid gerade solche Lakaien, ihr Herren vom „Towarischtsch". Mit widerlicher Gutmütigkeit zerfließt ihr in Rührung darüber, daß ein konterrevolutionärer Gutsbesitzer, der eine konterrevolutionäre Regierung unterstützte, ein gebildeter und humaner Mensch war. Ihr begreift nicht, daß ihr, statt den Sklaven zum Revolutionär zu machen, die Sklaven zu Lakaien macht. Eure Worte über Freiheit und Demokratie sind trügerischer Firnis, angelernte Phrasen, Modegeschwätz oder Heuchelei. Sie sind ein buntbemaltes Aushängeschild. Ihr selbst aber seid übertünchte Särge. Eure niedrige Seele ist voll von Knechtssinn, und eure ganze Bildung, Kultur und Aufgeklärtheit ist nur eine Spielart qualifizierter Prostitution. Denn ihr verkauft eure Seelen und verkauft sie nicht nur aus Not, sondern auch aus „Liebe zur Kunst"!

„Heyden war überzeugter Konstitutionalist", sagt ihr voll Rührung. Ihr lügt, oder ihr seid von den Heyden schon gänzlich verdummt. Vor dem

Volk, öffentlich, einen Menschen, der eine Partei gegründet hat, die die Regierung Wittes, Dubassows, Goremykins und Stolypins unterstützte, einen überzeugten Konstitutionalisten nennen ist dasselbe, als wollte man einen Kardinal einen überzeugten Kämpfer gegen den Papst nennen. Statt dem Volk einen richtigen Begriff von der Konstitution zu vermitteln, macht ihr Demokraten in euren Schreibereien die Konstitution zu einem Leckerbissen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Konstitution für einen konterrevolutionären Gutsbesitzer eben ein Leckerbissen ist, eine Art maximal vervollkommnetes Verfahren, den Bauern und die ganze Volksmasse auszuplündern und zu knechten. Wenn Heyden überzeugter Konstitutionalist gewesen ist, dann sind auch Dubassow und Stolypin überzeugte Konstitutionalisten, denn *ihre* Politik ist *praktisch* auch von Heyden unterstützt worden. Dubassow und Stolypin hätten nicht das sein können, was sie waren, hätten ihre Politik nicht verfolgen können ohne Unterstützung der Oktobristen, darunter auch Heydens. Wonach, o hochweise Demokraten, ihr „anständigen" Menschen, soll man die politische Physiognomie eines Menschen („Konstitutionalist") beurteilen? danach, wie er redet, danach, wie er sich an die Brust schlägt und Krokodilstränen vergießt? oder nach seiner wirklichen Tätigkeit in der öffentlichen Arena?

Was ist charakteristisch, was ist typisch für die politische Tätigkeit Heydens? Daß er sich nach der Auseinanderjagung der I. Duma mit Stolypin über seinen Eintritt in die Regierung nicht verständigen konnte, oder daß er nach einem solchen Akt *hinging*, um mit Stolypin zu verhandeln? Daß er früher irgendwann einmal irgendwelche liberalen Phrasen gebraucht hat, oder daß er unmittelbar nach dem 17. Oktober Oktobrist (= Konterrevolutionär) geworden ist? Wenn ihr Heyden einen überzeugten Konstitutionalisten nennt, dann lehrt ihr das Volk, daß eben das erste das Charakteristische und Typische war. Das aber heißt, daß ihr gedankenlos Bruchstücke demokratischer Losungen hervorkramt, ohne das *Abc* der Demokratie zu verstehen.

Denn Demokratie – merkt euch das, ihr Herren anständigen Menschen aus der anständigen Gesellschaft – bedeutet Kampf eben gegen die Herrschaft der konterrevolutionären Gutsbesitzer über das Land, eine Herrschaft, die Herr Heyden unterstützt hat und die in seiner ganzen politischen Laufbahn ihre Verkörperung findet.

„Heyden war ein gebildeter Mensch", sagen unsere Salondemokraten gerührt. Ja, das haben wir schon anerkannt, und wir erkennen gern an, daß er gebildeter und *klüger* war (was nicht immer mit Bildung verbunden ist) als die Demokraten selbst, denn er verstand die Interessen *seiner* Klasse und *seiner* konterrevolutionären gesellschaftlichen Bewegung besser, als ihr Herren vom „Towarischtsch" die Interessen der Befreiungsbewegung versteht. Der gebildete konterrevolutionäre Gutsbesitzer hat es verstanden, die Interessen seiner Klasse klug und listig zu verteidigen, er hat geschickt mit einem Schleier edelmütiger Worte und äußerlicher Gentlemanmanieren die selbstsüchtigen Bestrebungen und den räuberischen Appetit der Fronherren verdeckt, er setzte sich (gegenüber Stolypin) für den Schutz dieser Interessen durch die zivilisiertesten Formen der Klassenherrschaft ein. Ihre ganze „Bildung" haben Heyden und seinesgleichen auf den Altar der *gutsherrlichen* Interessen gelegt. Für einen wirklichen Demokraten, und nicht für einen „anständigen" Lakaien aus den russischen radikalen Salons, hätte das ein prächtiges publizistisches Thema abgeben können, um die *Prostituierung* der Bildung in der gegenwärtigen Gesellschaft aufzuzeigen.

Wenn der „Demokrat" von Bildung schwätzt, dann will er bei seinem Leser die Vorstellung von reichen Kenntnissen, von einem weiten Horizont, von Veredelung des Herzens und Verstandes erwecken. Für die Herren vom Schlage Heydens ist jedoch die Bildung ein dünner Lack, eine Dressur, besteht sie in eingelernten Gentlemanformen bei den brutalsten und schmutzigsten politischen Geschäften. Denn der ganze Oktobrismus, das ganze „friedliche Erneuerertum"[19] Heydens, alle seine Verhandlungen mit Stolypin nach der Auseinanderjagung der I. Duma galten dem Wesen der Sache nach eben dem brutalsten und schmutzigsten Geschäft, dem möglichst verläßlichen, möglichst schlau und geschickt betriebenen, innerlich möglichst beständigen, äußerlich möglichst unmerklichen Schutz der *Rechte* des wohlgeborenen russischen Adels auf den Schweiß und das Blut der Millionen „Mushiks", die diese Heyden stets und ununterbrochen ausplünderten, vor 1861, 1861, nach 1861 und nach 1905.

Schon Nekrassow und Saltykow lehrten die russische Gesellschaft, unter der glatten und pomadisierten äußeren Bildung des fronherrlichen Gutsbesitzers seine räuberischen Interessen zu erkennen, lehrten sie, die Heuchelei und Herzlosigkeit solcher Typen zu hassen, während der heutige

russische Intellektuelle, der sich Hüter des demokratischen Erbes wähnt und zur Kadettenpartei* oder zu den Handlangern der Kadetten gehört, dem Volke Knechtssinn beibringt und von seiner eigenen Objektivität als parteiloser Demokrat entzückt ist. Ein Schauspiel, das wohl nicht minder widerwärtig ist als das Schauspiel der Heldentaten Dubassows und Stolypins ...

„Heyden war ein ‚Mensch'", überschlägt sich vor Entzücken der Salondemokrat, „Heyden war human."

Diese Rührung über die Humanität Heydens läßt uns nicht nur an Nekrassow und Saltykow denken, sondern auch an Turgenjews „Aufzeichnungen eines Jägers". Wir haben einen zivilisierten, gebildeten Gutsbesitzer vor uns, kulturell hochstehend, mit geschmeidigen Umgangsformen, mit europäischem Firnis. Der Gutsbesitzer bewirtet den Gast mit Wein und führt erhabene Gespräche. „Weshalb ist der Wein nicht angewärmt?" fragt er den Lakaien. Der Lakai schweigt und erbleicht. Der Gutsbesitzer läutet und sagt, ohne die Stimme zu heben, dem eintretenden Diener: „Wegen Fjodor ... Anordnungen treffen."

Da habt ihr das Musterbild der Heydenschen „Humanität" oder der Humanität à la Heyden. Turgenjews Gutsbesitzer ist gleichfalls ein „humaner" Mensch ... im Vergleich zu Saltytschicha** zum Beispiel; er ist so human, daß er nicht selbst in den Pferdestall geht, um nachzusehen, ob die Anordnungen zur Auspeitschung Fjodors auch gut getroffen sind. Er ist so human, daß er sich nicht darum kümmert, ob man die Ruten, mit denen Fjodor ausgepeitscht wird, in Salzwasser gelegt hat. Er, dieser Gutsbesitzer, wird sich nicht erlauben, den Lakaien zu schlagen oder auszuschelten, er „disponiert" bloß von fern, als gebildeter Mensch, in geschmeidigen und humanen Formen, ohne Lärm, ohne Skandal, ohne „öffentliches Aufsehen" ...

Ganz ebenso ist die Humanität Heydens. Er selbst war nicht zusammen

* Die Kadetten haben in der Beurteilung Heydens noch hundertmal mehr Knechtssinn offenbart als die Herren vom „Towarischtsch". Wir haben die letzteren als ein Musterbeispiel des „Demokratismus" der „anständigen Menschen" der russischen „Gesellschaft" gewählt.

** Saltytschicha – russische Gutsbesitzerin, deren Name zum Synonym für das unmenschliche Verhalten der fronherrlichen Gutsbesitzer zu den leibeigenen Bauern wurde. *Der Übers.*

mit den Lushenowski und Filonow an den Auspeitschungen und Folterungen der Bauern beteiligt. Er hat auch keine Strafexpeditionen zusammen mit den Rennenkampf und den Meller-Sakomelski mitgemacht. Er ließ nicht zusammen mit Dubassow in Moskau schießen. Er war so human, daß er sich von solchen Ruhmestaten zurückhielt und es den Helden des allrussischen „Pferdestalls" überließ, die „Anordnungen zu treffen", während er in der Stille seines friedlichen und kultivierten Arbeitszimmers eine politische Partei leitete, die die Regierung der Dubassow unterstützte und deren Führer auf das Wohl Dubassows, des Siegers über Moskau, tranken... Ist das etwa nicht in der Tat human: die Dubassow zu schicken, um „wegen Fjodor Anordnungen zu treffen", statt selbst im Pferdestall anwesend zu sein? Für die alten Weiber, die den politischen Teil in unserer liberalen und demokratischen Presse leiten, ist das ein Musterbeispiel von Humanität... – Ein goldener Mensch war er, keiner Fliege konnte er etwas zuleide tun! „Ein seltenes und glückliches Los" ist es, die Dubassow zu unterstützen, die Früchte der Dubassowschen Exekutionen zu genießen, ohne für die Dubassow verantwortlich zu sein.

Der Salondemokrat hält es für den Gipfel des Demokratismus, darüber zu seufzen, daß uns nicht die Heyden regieren (denn diesem Salonnarren kommt der Gedanke der „natürlichen" Arbeitsteilung zwischen Heyden und den Dubassow nicht in den Sinn). Man höre:

„Und wie schade, daß er (Heyden) gerade jetzt gestorben ist, wo er am nützlichsten hätte sein können. Jetzt hätte er gegen die äußersten Rechten gekämpft, hätte er die besten Seiten seiner Seele entwickelt und die konstitutionellen Prinzipien mit der ihm eigenen Energie und Findigkeit verteidigt." („Towarischtsch" Nr. 299, Freitag, den 22. Juni, „Graf Heyden zum Gedächtnis", Korrespondenz aus dem Gouvernement Pskow.)

Schade, daß der gebildete und humane Heyden, der „friedliche Erneuerer", nicht durch seine konstitutionelle Phrasendrescherei die Nacktheit der III., der oktobristischen Duma, die Nacktheit der die Duma vernichtenden Selbstherrschaft verdeckt! Die Aufgabe des „demokratischen" Publizisten besteht nicht darin, die trügerischen Hüllen zu zerreißen, dem Volk seine Feinde und Unterdrücker in ihrer ganzen Nacktheit zu zeigen, sondern zu klagen, daß es an bewährten Heuchlern fehlt, die die Reihen der Oktobristen zieren könnten... „Was ist der Philister? Ein hohler

Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!"[20] Was ist der liberaldemokratische Philister Rußlands aus dem Kadettenlager und dessen Umgebung? Ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß sich der konterrevolutionäre Gutsbesitzer erbarm!

Juni 1907

Veröffentlicht Anfang September 1907 im ersten Sammelband „Stimme des Lebens", St. Petersburg.

Nach dem Text des Sammelbandes.

THESEN ZUM REFERAT ÜBER DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI ZUR DRITTEN DUMA, ERSTATTET AUF DER PETERSBURGER STADTKONFERENZ VOM 8. JULI[21]

1. Der Boykott der Duma ist, wie die Erfahrungen der russischen Revolution gezeigt haben, unter solchen geschichtlichen Bedingungen, unter denen er tatsächlich ein aktiver Boykott ist, d. h. die Kraft eines unmittelbar zum Ansturm auf die alte Macht (und folglich zum bewaffneten Aufstand) vorwärtsschreitenden umfassenden und allgemeinen revolutionären Aufschwungs zum Ausdruck bringt, für die revolutionäre Sozialdemokratie die einzig richtige Entscheidung. Der Boykott erfüllt eine große geschichtliche Aufgabe, wenn sein Inhalt in einer vom Proletariat an das ganze Volk gerichteten Warnung vor der blinden kleinbürgerlichen Begeisterung für konstitutionelle Illusionen und für die ersten von der alten Macht bewilligten pseudokonstitutionellen Institutionen besteht.

2. Den Boykott als an und für sich wirksames Mittel außerhalb der Bedingungen eines umfassenden, allgemeinen, starken und raschen revolutionären Aufschwungs und eines direkten, auf den Sturz der alten Macht gerichteten Ansturms des ganzen Volkes, ohne Zusammenhang mit der Aufgabe betrachten, den Kampf gegen die Begeisterung des Volkes für eine geschenkte Verfassung zu führen, heißt unter dem Einfluß des Gefühls, nicht aber der Vernunft handeln.

3. Die Proklamierung des Dumaboykotts mit der Begründung, daß ein für die Kadetten günstiges Wahlgesetz durch ein für die Oktobristen günstiges ersetzt wurde, mit der Begründung, daß an Stelle der zweiten Duma, die kadettisch redete und oktobristisch handelte und an der sich die

Sozialdemokraten nicht ohne Nutzen für die Sache der Revolution beteiligten, eine offen oktobristische Duma tritt – eine Proklamierung des Boykotts mit dieser Begründung wäre nicht nur gleichbedeutend mit der Ersetzung konsequenter revolutionärer Arbeit durch revolutionäre Nervosität, sondern würde auch zeigen, daß die Sozialdemokraten selbst von den schlimmsten Illusionen über eine kadettische Duma und eine kadettische Verfassung beherrscht sind.

4. Der Zentralpunkt der ganzen Agitationsarbeit der revolutionären Sozialdemokratie muß die Aufklärung des Volkes darüber sein, daß der Staatsstreich vom 3. Juni 1907 eine direkte und absolut unausbleibliche Folge der Niederlage des Dezemberaufstands von 1905 ist. Die Lehren der zweiten Periode der russischen Revolution, der Jahre 1906 und 1907, bestehen darin, daß eine solche systematische Offensive der Reaktion und ein solcher Rückzug der Revolution, wie sie während dieser ganzen Periode vonstatten gingen, unvermeidlich sind, solange der Glaube an die Verfassung besteht, solange die quasikonstitutionellen Kampfmethoden vorherrschen – daß sie unvermeidlich sind, solange das Proletariat sich nicht von den erlittenen Niederlagen erholt hat und sich nicht mit frischen Kräften und unvergleichlich breiteren Massen zu einem entschlosseneren, auf den Sturz der Zarenmacht gerichteten revolutionären Ansturm erhebt.

5. Die Streikbewegung, die sich gegenwärtig im Moskauer Industriebezirk entwickelt und auch auf andere Bezirke Rußlands überzugreifen beginnt, muß als das bedeutendste Unterpfand für einen in naher Zukunft möglichen revolutionären Aufschwung angesehen werden. Daher muß die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzen, nicht nur um den ökonomischen Kampf des Proletariats zu unterstützen und zu entwickeln, sondern auch um diese Bewegung, die einstweilen noch nur gewerkschaftlich ist, in einen allgemeinen revolutionären Aufschwung und in den unmittelbaren Kampf der Arbeitermassen gegen die bewaffnete Macht des Zarismus zu verwandeln. Erst wenn die Bestrebungen der Sozialdemokratie in dieser Richtung von Erfolg gekrönt sein werden, erst auf dem Boden einer bereits vorhandenen offensiven revolutionären Bewegung kann die Losung des Boykotts in unlöslichem Zusammenhang mit der direkten Aufforderung der Massen zum bewaffneten Aufstand, zum Sturz der Zarenmacht, zu ihrer Ersetzung durch eine provisorische revo-

lutionäre Regierung mit dem Ziel der Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahlen ernste Bedeutung erlangen.

Geschrieben im Juli 1907, vor dem 8. (21.).

Veröffentlicht im Juli 1907 als Sonderdruck.

Nach dem Text des Sonderdrucks.

RESOLUTIONSENTWÜRFE ZUR DRITTEN KONFERENZ DER SDAPR („ZWEITEN GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ")[22]

1

RESOLUTIONSENTWURF ZUR FRAGE DER TEILNAHME AN DEN WAHLEN ZUR III. REICHSDUMA

In der Erwägung,

1. daß der aktive Boykott, wie die Erfahrungen der russischen Revolution gezeigt haben, nur dann die richtige Taktik der Sozialdemokratie ist, wenn ein umfassender, allgemeiner, rascher, in den bewaffneten Aufstand übergehender revolutionärer Aufschwung zu verzeichnen ist, und nur im Zusammenhang mit den ideologischen Aufgaben des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen bei der Einberufung der ersten Vertretungskörperschaft durch die alte Macht;

2. daß die richtige Taktik der revolutionären Sozialdemokratie, wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, selbst beim Vorhandensein sämtlicher Bedingungen einer revolutionären Epoche, die Beteiligung an den Wahlen erfordert, wie das auch bei der II. Duma der Fall war;

3. daß die Sozialdemokratie, die stets auf den oktobristischen Charakter der Kadettenpartei und auf die Unbeständigkeit des kadettischen Wahlgesetzes (vom 11. XII. 1905) beim Bestehen der Selbstherrschaft hinwies, keinerlei Grund hat, ihre Taktik zu ändern, wenn dieses Gesetz durch ein oktobristisches Wahlgesetz ersetzt worden ist;

4. daß die sich gegenwärtig im zentralen Industriegebiet Rußlands entwickelnde Streikbewegung, das bedeutendste Unterpfand für einen in

naher Zukunft möglichen revolutionären Aufschwung, zugleich eine angespannte Arbeit erfordert, um die einstweilen nur gewerkschaftliche Bewegung in eine politische und unmittelbar revolutionäre, mit dem bewaffneten Aufstand verbundene Bewegung umzuwandeln, beschließt die Konferenz:

a) an den Wahlen auch zur III. Duma teilzunehmen;

b) den Massen den Zusammenhang zwischen dem Staatsstreich vom 3. VI. 1907 und der Niederlage des Dezemberaufstands von 1905 sowie dem Verrat der liberalen Bourgeoisie zu erklären und zugleich nachzuweisen, daß der gewerkschaftliche Kampf allein nicht genügt, wobei die Bestrebungen darauf gerichtet werden müssen, die gewerkschaftliche Streikbewegung in eine politische Bewegung und in den unmittelbaren revolutionären Kampf der Massen zum Sturz der zaristischen Regierung auf dem Wege des Aufstands umzuwandeln;

c) den Massen zu erklären, daß der Boykott der Duma als solcher nicht imstande ist, die Arbeiterbewegung und den revolutionären Kampf auf eine höhere Stufe zu heben, und daß die Boykottaktik nur dann angebracht sein könnte, wenn unsere Bemühungen, den gewerkschaftlichen Aufschwung in einen revolutionären Angriff umzuwandeln, erfolgreich sind.

2

ROHENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DEN GESAMTRUSSISCHEN GEWERKSCHAFTSKONGRESS

Die Konferenz macht es allen Parteimitgliedern zur Pflicht, die Resolution des Londoner Parteitags über die Gewerkschaften energisch in die Tat umzusetzen; dabei müssen sie hinsichtlich der Verwirklichung der organisatorischen Verbindungen der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei oder der Anerkennung der führenden Rolle der Partei durch die Gewerkschaften der Gesamtheit der örtlichen Bedingungen Rechnung tragen und stets und unter allen Bedingungen größte Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften sich nicht auf die passive Anpassung an eine „neutrale" Plattform beschränken,

wie sie bei den bürgerlich-demokratischen Strömungen aller Schattierungen (Kadetten, parteilose Progressisten[23], Sozialrevolutionäre usw.) beliebt ist, sondern vielmehr unentwegt die sozialdemokratischen Anschauungen ohne Einschränkungen verfechten und unentwegt darauf hinarbeiten, daß die Gewerkschaften die ideologische Führung der Sozialdemokratie anerkennen und daß zugleich ständige und wirksame organisatorische Verbindungen zwischen Gewerkschaften und Partei hergestellt werden.

Geschrieben im Juli 1907.
Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN

Nachdem die zweite Duma auseinandergejagt worden ist, gehören Kleinmut, Reue und Renegatentum zum wesentlichen Zug der politischen Literatur. Von Herrn Struve angefangen, über den „Towarischtsch" bis zu einer Reihe von Schriftstellern, die der Sozialdemokratie nahestehen, sehen wir, wie man sich von der Revolution, von ihren Traditionen, von ihren Kampfmethoden lossagt, wie man bestrebt ist, sich so oder so möglichst weit rechts anzubiedern. Um zu kennzeichnen, wie gewisse Sozialdemokraten jetzt reden und schreiben, wählen wir die erstbesten ihrer Publikationen aus der laufenden periodischen Presse: den Artikel des Herrn Newedomski in Nr. 7 des „Obrasowanije"[24] und den des Herrn Wl. Gorn in Nr. 348 des „Towarischtsch".

Herr M. Newedomski beginnt seinen Artikel mit der schärfsten Kritik an den Kadetten in der zweiten Duma und verteidigt äußerst energisch die Linksblocktaktik und das Verhalten der Sozialdemokraten. Der Schluß seines Artikels aber lautet:

„Spreche ich im Indikativ, so sage ich, daß eins für jeden Sozialdemokraten klar sein muß: In dem Stadium der politischen Evolution, in dem wir uns befinden, bahnt die Tätigkeit der sozialistischen Parteien letzten Endes doch nur den Weg für die bürgerlichen Parteien, bereitet sie ihren zeitweiligen Triumph vor.

Daraus folgt ein Imperativ folgender Art: Was diese ‚mimetische' Kadettenpartei (‚mal brünett, mal blond') auch darstellen mag, solange sie die einzige Oppositionspartei ist, muß man die sozialistische Tätigkeit mit ihrer Tätigkeit koordinieren. Das wird vom Prinzip der Ökonomie der Kräfte diktiert. . ." „Im allgemeinen, ich spreche ohne jede Ironie" (Herr M. Newedomski mußte einen solchen Vorbehalt machen, da er ohne Floskeln und Winkelzüge, die so-

wohl die Leser als auch den Verfasser selbst in Verwirrung bringen, nicht schreiben kann), „bestimmt dieser Satz Miljukows das wechselseitige Verhältnis der einen und der anderen Parteien in den wesentlichen Zügen vollkommen richtig ..." (Es handelt sich um folgenden Satz Miljukows: „Die Drohungen mit dem Eingreifen des Volkes sind nur dann zu verwirklichen, wenn dieses Eingreifen im voraus vorbereitet ist, und auf diese Vorbereitung muß folglich auch die Arbeit all derer gerichtet sein, denen die eigene Macht der Duma zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben ungenügend erscheint"; mögen nun die Linken die Bewegung vorbereiten und schaffen – kommentiert Herr Newedomski richtig diesen Satz –, „die Herren Kadetten und die Duma aber würden diese Arbeit in Rechnung stellen".) „Vielleicht ist dieser Satz, wenn er aus dem Mund eines Vertreters der in Rechnung stellenden Partei stammt, nicht des Zynismus bar, wird aber die Frage zum Beispiel von Plechanow in dieser Weise gestellt, so legt das nur genau und realistisch die Linie des Verhaltens der Sozialdemokratie und die Methode fest, wie sie die Kräfte der liberalen Opposition ausnutzen soll."

Wir sind bereit anzunehmen, daß Plechanow ein gewisses ... nun, wollen wir mild sagen, Unbehagen verspürt, wenn solche Herrschaften ihm liebenswürdig auf die Schulter klopfen. Aber mit seinen Kadettenlosungen, wie der gemeinsamen Plattform der Sozialdemokraten und der Kadetten oder der Erhaltung der Duma, hat Plechanow zweifellos anderen das Recht eingeräumt, seine Reden gerade in dieser Weise *auszunutzen*.

Und nun höre man Herrn Wl. Gorn:

„Es ist klar, daß zu ihrer Überwindung" (der antidemokratischen Koalition der Grundbesitzer und der Großbourgeoisie, die durch das Wahlgesetz vom 3. Juni geschaffen wird) „zwei Bedingungen erforderlich sind. Erstens müssen alle Schichten der Demokratie, das Proletariat nicht ausgenommen, sich verständigen, um der einen Koalition eine andere entgegenzustellen, zweitens muß der Kampf geführt werden *nicht durch das Ausklügeln entschiedenster Losungen mit dem Ziel, die ungenügend revolutionären Elemente abzuspalten und die Bewegung einer revolutionären offenkundigen Minderheit zu forcieren* (hervorgehoben von Herrn Gorn), vielmehr muß das ein realer, konkreter, die Massen selbst erfassender Kampf gegen die ebenfalls konkreten Maßnahmen der antidemokratischen Koalition sein. Um eine demokratische Koalition zu schaffen, ist keine Verschmelzung nötig, sondern nur eine Verständigung über Wege und unmittelbare Ziele des Kampfes. Eine solche Verständigung aber ist durchaus möglich, wenn die bewußten Vertreter der Massen – die Parteien – sich auf den Boden der Herbeiführung von realen Änderungen der sozialen

Existenzbedingungen stellen und nicht lediglich auf den Standpunkt der Agitation."

Geht aus diesen Auszügen nicht klar hervor, daß unsere beiden Helden modischer Kadettenwörtchen im Grunde ein und dasselbe sagen? Herr Gorn ist nur ein klein wenig offener und hat seine Karten ein klein wenig mehr aufgedeckt, der Unterschied aber zwischen ihm und Herrn Newedomski ist keineswegs größer als der zwischen Herrn Struve und Herrn Nabokow oder Herrn Maklakow.

Die Politik hat ihre innere Logik. Wie viele Male wurde darauf hingewiesen, daß zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen *technische* Übereinkommen möglich seien, die nicht im geringsten zu einem *politischen Block* führen, den alle der Partei angehörenden Sozialdemokraten immer abgelehnt haben (von solchen, die der Partei nicht angehören, oder von solchen, die ein Doppelspiel treiben, indem sie in der Partei das eine und in einer „freien", parteilosen Zeitung das andere sagen, sprechen wir hier nicht). Und das Leben hat diese schönen Konstruktionen und frommen Wünsche stets zerschlagen, denn unter dem Deckmantel „technischer" Übereinkommen suchten sich die Ideen des politischen Blocks hartnäckig durchzusetzen. In einem kleinbürgerlichen Lande, in der Periode der bürgerlichen Revolution, bei dem Überfluß an kleinbürgerlichen Intellektuellen in der Arbeiterpartei, hat die Tendenz, das Proletariat den Liberalen politisch unterzuordnen, die realsten Wurzeln. Und diese Tendenz, die in der objektiven Lage der Dinge wurzelt, erweist sich als der wirkliche Inhalt jeder *quasi*sozialistischen Politikasterei über das Thema: Koalitionen mit den Kadetten. Mit der Naivität eines Intellektuellen, der lediglich sozialdemokratische Wörtchen gebraucht, dessen ganzer Gedankengang aber, dessen ganzer geistiger Habitus, dessen ganzes „Inneres" rein liberal oder spießbürgerlich ist, propagiert Herr Gorn geradezu den politischen Block, die *„demokratische Koalition"*, nicht mehr und nicht weniger.

Es ist ungemein charakteristisch, daß Herr Gorn den Vorbehalt machen *mußte*: „Es ist keine Verschmelzung nötig!" Mit diesem Vorbehalt hat er nur die Reste seines schlechten sozialistischen Gewissens offenbart. Denn indem er sagt: „Es ist keine Verschmelzung, sondern nur eine Verständigung nötig", gibt er zugleich, ohne Verzug, eine Beschreibung dieser „Verständigung", eine solche Bestimmung ihres *Inhalts*, die mit größter

Deutlichkeit sein sozialdemokratisches Renegatentum aufdeckt. Es kommt nicht auf das Wörtchen an, nicht darauf, ob man eine Sache „Verschmelzung" oder „Verständigung" nennt. Es kommt darauf an, welches der reale Inhalt dieser *„Paarung"* ist. Es kommt darauf an, *um welchen Preis* man die sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Mätresse des Liberalismus machen will.

Der Preis ist klar bestimmt.

1. Den Standpunkt der Agitation aufgeben.
2. Auf das „Ausklügeln" entschiedener Losungen verzichten.
3. Aufhören, die ungenügend revolutionären Elemente abzuspalten.
4. Darauf verzichten, die Bewegung einer revolutionären offenkundigen Minderheit zu „forcieren".

Ich wäre bereit, dem eine Prämie zu geben, der imstande wäre, ein klareres und präziseres Programm des reinsten und schnödesten Renegatentums aufzustellen. Herr Gorn unterscheidet sich von Herrn Struve nur dadurch, daß Herr Struve seinen Weg klar sieht und seine Schritte bis zu einem gewissen Grade „selbständig" bestimmt. Herr Gorn aber wird einfach von seinen kadettischen Ziehvätern am Gängelband geführt.

Den Standpunkt der Agitation aufgeben – dies lehrten die Kadetten das Volk die ganze Zeit in der zweiten Duma. Das bedeutet, das Bewußtsein *und die Ansprüche* der Arbeitermassen und der Bauernschaft nicht zu entwickeln, sondern das eine wie das andere niederzuhalten, zu dämpfen und auszulöschen, den sozialen Frieden zu predigen.

Keine entschiedenen Losungen ausklügeln – das bedeutet, nach dem Beispiel der Kadetten, auf die Propagierung jener Losungen zu verzichten, die die Sozialdemokraten schon lange vor der Revolution aufstellten.

Die ungenügend revolutionären Elemente nicht abspalten – das bedeutet, vor den Massen auf jede Kritik an der kadettischen Heuchelei, Lüge und Reaktion zu verzichten, bedeutet, Herrn Struve zu umarmen.

Die Bewegung einer revolutionären offenkundigen Minderheit nicht forcieren – das bedeutet dem Wesen nach, auf revolutionäre Kampfmethoden zu verzichten. Denn es ist völlig unbestreitbar, daß an den revolutionären Aktionen während des ganzen Jahres 1905 eine *revolutionäre offenkundige Minderheit* teilgenommen hat: gerade weil zwar Massen gekämpft haben, jedoch Massen, die in der Minderheit waren, gerade deshalb haben sie auch keinen vollen Erfolg im Kampf errungen.

Aber all jene Erfolge, die die Freiheitsbewegung in Rußland überhaupt erreicht hat, all jene Errungenschaften, die sie überhaupt durchsetzte – dies alles ist *restlos und ohne Ausnahme nur* durch diesen Kampf der Massen errungen worden, die in der Minderheit waren. Das zum ersten. Zweitens aber war das, was die Liberalen und ihre Nachbeter eine „forcierte Bewegung" nennen, die *einzige* Bewegung, an der sich die Massen (obgleich für das erste Mal leider in der Minderheit) selbständig und nicht durch Stellvertreter beteiligten, die einzige Bewegung, die *keine Angst* vor dem Volke hatte, die die Interessen der Massen zum Ausdruck brachte, mit der gigantische, sich am revolutionären Kampf nicht unmittelbar beteiligende Massen sympathisierten (das haben die Wahlen zur ersten, besonders aber die zur zweiten Duma bewiesen).

Wenn Herr Gorn vom „Forcieren der Bewegung einer revolutionären offenkundigen Minderheit" spricht, begeht er eine der landläufigsten, rein Bureninschen Fälschungen. Als Burenins Zeitung[25] in der Zeit der zweiten Duma Alexinski bekämpfte, stellte sie die Sache immer so dar, als ob sie nicht deshalb Gegner Alexinskis sei, weil er für die politische Freiheit kämpfte, sondern weil Alexinski die Freiheit wolle ... Fenster einzuschlagen, auf die Laternen zu klettern usw. Gerade einer solchen Schwarzhunderterargumentation bedient sich auch der Publizist vom „Towarischtsch". Er bemüht sich, die Sache so darzustellen, als stünde es der Verständigung zwischen Sozialisten und Liberalen durchaus nicht im Wege, daß die Sozialisten sich stets für die Entwicklung des revolutionären Klassenbewußtseins und der revolutionären Aktivität der Massen überhaupt einsetzen und immer einsetzen werden, sondern nur, daß die Sozialisten die Bewegung *forcieren*, d. h. aufgreifen, künstlich ankurbeln, daß sie *offenkundig* aussichtslose Bewegungen schüren.

Auf solche Ausfälle wollen wir kurz antworten. Die gesamte sozialistische Presse, die menschewistische wie die bolschewistische, hat sowohl in der Zeit der ersten als auch in der Zeit der zweiten Duma jedes „Forcieren" der Bewegung verurteilt ... Nicht weil die Bewegung forciert wurde, kämpften die Kadetten gegen die Sozialdemokraten sowohl in der ersten als auch in der II. Duma, sondern weil die Sozialdemokraten das revolutionäre Bewußtsein und die Ansprüche der Massen *entwickeln*, weil sie das reaktionäre Verhalten der Kadetten und den Lug und Trug der konstitutionellen Illusionen *entlarven*. Diese allbekannten historischen

Tatsachen sind durch keinerlei Zeitungsäquilibristik zu umgehen. Was aber die Form angeht, in der Herr Gorn auftritt, so ist sie so charakteristisch wie nur irgend möglich für unsere Zeit, wo sich die „gebildete Gesellschaft" von der Revolution lossagt und der Pornographie zuwendet. Ein Subjekt, das sich für einen Sozialdemokraten hält, begibt sich zu einer parteilosen Zeitung, um vor dem breiten Publikum nach der Art des „Nowoje Wremja" Reden darüber zu halten, daß die Arbeiterpartei die Bewegung einer „offenkundigen" Minderheit „forciere"! Renegatengeist erzeugt bei uns auch Renegatensitten.

*

Betrachten wir nun die Frage von einer anderen Seite. Die Ansichten der Herren Newedomski und Gorn, die solchen Abscheu erregen, wenn sie von angeblichen Sozialdemokraten vorgebracht werden, sind zweifellos die höchst typischen und natürlichen Ansichten breiter Kreise unserer bürgerlichen Intelligenz, der liberalisierenden „Gesellschaft", der frondierenden Beamten usw. Es genügt nicht, diese Auffassungen als Ausdruck des politisch-charakterlosen, schlappen und schwankenden Kleinbürgertums zu kennzeichnen. Man muß sie außerdem vom Standpunkt der jetzigen Lage der Dinge in der Entwicklung unserer Revolution aus erklären.

Weshalb gelangen gerade jetzt, vor der III. Duma, bestimmte Kreise des Kleinbürgertums zu solchen Auffassungen? Weil diese Kreise, die nach jeder Wendung der Regierungspolitik demütig ihre Überzeugungen ändern, an die oktobristische Duma glauben, d. h. ihre Mission für erfüllbar halten, und beflissen sind, sich den „oktobristischen Reformen" anzupassen, beflissen sind, ihre Anbiederung an den Oktobrismus ideell zu begründen und zu rechtfertigen.

Die Mission der oktobristischen Duma besteht nach den Absichten der Regierung darin, die Revolution durch ein direktes Abkommen der alten Macht mit den Gutsbesitzern und der Großbourgeoisie auf der Basis eines bestimmten Minimums von konstitutionellen Reformen zu beenden. Abstrakt gesprochen, ist daran nichts absolut Unmögliches, denn in Westeuropa endet eine Reihe bürgerlicher Revolutionen mit der Festigung „oktobristischer" konstitutioneller Zustände. Die Frage ist nur die, ob im gegenwärtigen Rußland oktobristische „Reformen", die der Revolution Einhalt gebieten könnten, möglich sind. Sind nicht die oktobristischen

„Reformen" infolge der Tiefe unserer Revolution zu dem gleichen Fiasko verurteilt, wie es die kadettischen „Reformen" erlitten haben? Wird nicht die oktobristische Duma eine ebenso kurze Episode sein, wie es die Kadettendumas waren, eine Episode auf dem Wege zur Wiederaufrichtung der Macht der Schwarzhunderter und der Selbstherrschaft?

Wir erlebten die Periode des unmittelbaren revolutionären Massenkampfes (1905), der gewisse freiheitliche Errungenschaften brachte. Wir erlebten dann die Periode, da dieser Kampf ins Stocken geriet (1906 und die erste Hälfte 1907). Diese Periode brachte eine Reihe von Siegen der Reaktion und keinen einzigen Sieg der Revolution, die die Errungenschaften der ersten Periode einbüßte. Die zweite Periode war eine Kadettenperiode, eine Periode konstitutioneller Illusionen. Die Massen glaubten noch mehr oder weniger an den „Parlamentarismus" unter der Selbstherrschaft, und die Selbstherrschaft, die die Gefahr einer reinen Schwarzhunderterherrschaft begriff, versuchte, sich mit den Kadetten zu verständigen, experimentierte, machte *Anproben* mit konstitutionellen Kostümen verschiedener Art und suchte festzustellen, welchem Maß von Reformen die „Herren" Rußlands, die Herren Großgrundbesitzer, zustimmen könnten. Das Experiment mit der kadettischen Konstitution endete mit einem Fiasko, obgleich sich die Kadetten in der zweiten Duma ausgesprochen oktobristisch verhielten, nicht nur die Regierung nicht angriffen, die Massen nicht gegen sie aufbrachten, sondern vielmehr systematisch bemüht waren, die Massen zu beschwichtigen, die „Linken", d. h. die Parteien des Proletariats und der Bauernschaft, bekämpften und offen und entschlossen die bestehende Regierung unterstützten (Budget usw.). Mit einem Wort, das Experiment mit der kadettischen Konstitution ist nicht deshalb mißlungen, weil die Kadetten oder die Regierung nicht den guten Willen hatten, sondern weil sich die objektiven Widersprüche der russischen Revolution als *zu tief* erwiesen. Diese Widersprüche *erwiesen sich* als so tief, daß es unmöglich war, die schmale kadettische Brücke über den Abgrund zu schlagen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß, selbst wenn der Massenkampf für eine gewisse Zeit völlig unterdrückt wird, wenn die alte Macht, was die Fälschung der Wahlen usw. anbelangt, völlig willkürlich verfährt, die Bauernmassen (in einer bürgerlichen Revolution aber hängt der Ausgang vor allem von der Bauernschaft ab) solche Forderungen stellen, daß jedwede Diplomatenkunst der kadettischen Mittels-

männer *außerstande* ist, diese Forderungen der Herrschaft der privilegierten Gutsbesitzer anzupassen. Wenn Herr Struve jetzt gegen die Trudowiki[26] (von den Sozialdemokraten schon gar nicht zu reden) wettert, wenn die „*Retsch*"[27] einen ganzen Feldzug gegen sie führt, so ist dies kein Zufall und nicht einfach der Unwille eines bürgerlichen Advokaten, dessen Dienst der Bauer abgelehnt hat. Es ist ein unvermeidlicher politischer Schritt in der Evolution der Kadetten: ist es nicht gelungen, die Gutsbesitzer mit den Trudowiki zu versöhnen – *so beißt das* (für die bürgerliche Intelligenz kann es *nur* eine solche Schlußfolgerung geben), man muß nicht breitere Massen zum Kampf gegen die Gutsbesitzer anfeuern, sondern die Forderungen der Trudowiki *zurückschrauben*, den Gutsbesitzern *noch größere Zugeständnisse machen*, die „revolutionären Utopien aufgeben", wie Struve und die „Retsch" meinen, oder das Ausklügeln entschiedener Losungen und das Forcieren der Bewegung aufgeben, wie der neue Diener der Kadetten, Herr Gorn, meint.

Die Regierung *paßt sich* den Gutsbesitzern dadurch *an*, daß sie ihnen die Wahlen gänzlich überläßt und die Bauernschaft faktisch des Wahlrechts beraubt. Die Kadetten passen sich den Gutsbesitzern dadurch an, daß sie gegen die Trudowiki wegen ihres revolutionären Geistes und wegen ihrer Unnachgiebigkeit wettern. Die parteilosen Politikaster vom Schlage der Mitarbeiter des „Towarischtsch" im allgemeinen und des Herrn Gorn im besonderen passen sich den Gutsbesitzern dadurch an, daß sie das Proletariat und die Bauernschaft auffordern, ihre Politik mit der der Kadetten „in Einklang zu bringen" (bei Herrn Newedomski: „zu koordinieren"), eine „demokratische Koalition" mit den Kadetten einzugehen, auf „entschiedene Losungen" zu verzichten usw. usf.

Die Regierung arbeitet systematisch. Schritt für Schritt nimmt sie das zurück, was durch die „forcierte Bewegung" errungen worden und was beim Stillstand dieser Bewegung ohne Schutz geblieben ist. Schritt für Schritt probiert sie, zu welchen „Reformen" man die Zustimmung der Herren Gutsbesitzer gewinnen könnte. Die Kadetten konnten das nicht fertigbringen? Die Kadetten konnten es nicht, weil die Linken sie daran hinderten, obwohl sie es aufrichtig wünschten und die entsprechenden Anstrengungen unternahmen? Also muß man das Wahlrecht der „Linken" beschneiden und die Entscheidung in die Hände der Oktobristen legen:

erst wenn *auch dieses Experiment* mißlingt, wird es notwendig sein, sich restlos dem „Rat des vereinigten Adels"[28] anzuvertrauen.

In den Handlungen der Regierung liegt Sinn, System, Logik. Es ist die Logik der Klasseninteressen des Gutsbesitzers. Diese Interessen gilt es zu verteidigen, aber auch die bürgerliche Entwicklung Rußlands muß wohl oder übel gestützt werden.

Um diese Regierungspläne zu verwirklichen, muß man die Interessen und die Bewegung der *Massen gewaltsam* unterdrücken, ihnen ihre Wahlrechte entziehen, sie der Willkür der 130.000 ausliefern. Ob es gelingen wird, diese Pläne zu verwirklichen – diese Frage kann jetzt niemand entscheiden. Diese Frage wird einzig und allein der *Kampf* entscheiden.

Wir Sozialdemokraten entscheiden diese Frage durch *unseren* Kampf. Auch die Kadetten entscheiden diese Frage durch den *Kampf ... gegen die Linken*. Die Kadetten kämpfen *für die von der Regierung* angestrebte Entscheidung dieser Frage: sie taten es systematisch in der zweiten Duma in der parlamentarischen Arena. Sie tun es auch jetzt systematisch durch ihren ideologischen Kampf gegen die Sozialdemokraten und gegen die Trudowiki.

Gewiß, für den durchschnittlichen russischen Intellektuellen wie auch für jeden halbgebildeten Spießbürger klingt es paradox: die Kadetten, die sich Demokraten nennen, die liberale Reden halten, kämpfen für die von der Regierung angestrebte Entscheidung dieser Frage! Das ist offensichtlich ein Unding! Sie sind Demokraten, also hinein mit ihnen in die „demokratische Koalition"! Das ist eine klare Schlußfolgerung für politische Einfaltspinsel, die nicht einmal in zwei Jahren russischer Revolution gelernt haben, im *Kampf der verschiedenen Klassen* die wirkliche Grundlage sowohl für die Regierungsmaßnahmen als auch für die liberalen Wortergüsse zu suchen. Und wie groß ist die Zahl unserer „Marxisten" aus dem Lager der Intellektuellen, die sich zum Prinzip des Klassenkampfes bekennen, in Wirklichkeit aber auf rein liberale Art Betrachtungen über die Kadetten, über die Rolle der Duma, über den Boykott anstellen! Und wie viele Budgetbewilligungen der Kadetten werden diese politischen Einfaltspinsel noch nötig haben, um eine in Europa längst bekannte Erscheinung zu begreifen: den Liberalen, der sich in Reden gegen die Regierung ergeht, in jeder ernsten Frage aber die Regierung unterstützt.

Die Ablösung der zweiten Duma durch die dritte ist die Ablösung des

Kadetten, der wie ein Oktobrist handelt, durch den Oktobristen, der mit Hilfe des Kadetten handelt. In der zweiten Duma herrschte die Partei der bürgerlichen Intellektuellen, die, was das Volk betraf, sich Demokraten nannten, und was die Bourgeoisie betraf, die Regierung unterstützten. In der dritten Duma soll die Partei der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie herrschen, die sich zu scheinbarer Opposition und tatsächlichen Dienstleistungen der bürgerlichen Intelligenz bedienen. Diese simple Sache ist durch das ganze politische Verhalten der Kadettenpartei und besonders durch die zweite Duma erwiesen. Diese simple Sache beginnt jetzt selbst der Spießbürger zu begreifen. Wir wollen uns auf einen Zeugen wie Herrn Shilkin berufen, zumal es ein lächerliches Unterfangen wäre, ihn der Sympathie für den Bolschewismus oder einer voreingenommenen und unversöhnlichen Feindschaft gegen die Kadetten zu verdächtigen.

Im heutigen „Towarischtsch" (Nr. 351) schildert Herr Shilkin die Eindrücke eines „zuversichtlichen" (sic! Unter „Zuversicht" versteht Herr Shilkin ungefähr dasselbe wie Gorn oder Newedomski) Provinzlers folgendermaßen:

„Gutsbesitzer aus den Kreisen der Oktobristen, mit denen ich sprach, urteilen so: ‚Kadetten kann man wählen. Was ist an ihnen gut? Sie lassen mit sich handeln. In der I. Duma verlangten sie viel. In der II. Duma gaben sie nach. Sogar das Programm haben sie beschnitten. Nun, und in der III. Duma werden sie noch mehr nachgeben. So wird man schon handelseinig werden. Außerdem aber, um die Wahrheit zu sagen, haben wir unter den Oktobristen niemanden, den wir aufstellen könnten.

... Sollen die Kadetten schon durchkommen. Der Unterschied zwischen uns ist nicht gar so groß. Auch sie werden in der III. Duma weiter nach rechts schwenken ... Mit den Oktobristen halten wir notgedrungen Freundschaft ... Wo sind ihre Redner oder großen Männer?'"

Wer über Parteien nach ihrem Namen, ihren Programmen, ihren Verheißungen und Reden urteilt oder sich mit dem grobschlächtigen bernsteinisierten „Marxismus" begnügt – d. h. der Wiederholung der Wahrheit von der Unterstützung der bürgerlichen Demokratie in der bürgerlichen Revolution –, der kann Hoffnungen auf eine demokratische Koalition der Linken und der Kadetten in der Zeit der III. Duma setzen. Wer aber auch nur ein Gran revolutionären Fingerspitzengefühls besitzt und

mit ein klein wenig Überlegung an die Lehren unserer Revolution herangeht, oder wer sich wirklich von dem Prinzip des Klassenkampfes leiten läßt und die Parteien nach ihrem Klassencharakter beurteilt, der wird sich absolut nicht darüber wundern, daß die Partei der bürgerlichen Intelligenz einzig und allein zu Lakaiendiensten für die Partei der Großbourgeoisie taugt. Die Herren Gorn und Newedomski sind fähig zu glauben, daß die Divergenz zwischen den Kadetten und der Demokratie eine Ausnahme, die Divergenz zwischen den Kadetten und den Oktobristen dagegen die Regel sei. Die Dinge liegen aber genau umgekehrt. Die Kadetten sind ihrer ganzen Klassennatur nach echte Verwandte der Oktobristen. Der Kadettendemokratismus ist Flittergold, eine vorübergehende Widerspiegelung des Demokratismus der Massen oder aber direkter Betrug, auf den die russischen Bernsteinianer und Spießbürger, besonders die vom „Towarischtsch", hereinfallen.

Und wenn man nun die uns interessierende Frage von dieser Seite aus betrachtet, wenn man die wirkliche historische Rolle des Kadetten begreift – dieses bürgerlichen Intellektuellen, der dem Gutsbesitzer hilft, den Bauer durch eine Bettelreform zufriedenzustellen –, dann wird man die ganze abgründige Weisheit der Herren Gorn und Newedomski ermessen können, die dem Proletariat raten, seine Aktionen mit denen der Kadetten *in Einklang zu bringen!* Das Bild der oktobristischen „Reformen", die man uns verspricht, ist ganz klar. Der Gutsbesitzer „regelt die Verhältnisse" des Bauern und regelt sie so, daß es ohne Strafexpeditionen, ohne Auspeitschung der Bauern und Erschießung von Arbeitern unmöglich ist, die Bevölkerung zu zwingen, die Reformen anzunehmen. Der Kadettenprofessor macht Opposition: er beweist, daß es vom Standpunkt der modernen Rechtswissenschaft notwendig sei, die Vorschriften über Strafexpeditionen verfassungsmäßig zu bestätigen, und verurteilt den Übereifer der Polizei. Der Kadettenadvokat macht Opposition: er führt den Nachweis, daß man nach dem Gesetz 60, nicht aber 200 Schläge zu verabreichen habe und daß man der Regierung Mittel für Ruten bewilligen und ihr dabei die Wahrung der Gesetzlichkeit zur Bedingung machen müsse. Der Kadettenarzt ist bereit, die Pulsschläge des Ausgepeitschten zu zählen und eine wissenschaftliche Abhandlung darüber zu schreiben, daß es erforderlich sei, die Höchstzahl der Schläge auf die Hälfte herabzusetzen.

Ist denn die Kadettenopposition in der zweiten Duma nicht eben eine solche Opposition gewesen? Und ist es nicht klar, daß um einer solchen Opposition willen der oktobristische Gutsbesitzer nicht nur den Kadetten in die Duma wählen, sondern auch bereit sein wird, ihm ein Professoren- oder ein anderes Gehalt zu zahlen?

Eine demokratische Koalition der Sozialisten mit den Kadetten in der zweiten Duma, nach der zweiten Duma oder in der Zeit der III. Duma würde kraft der objektiven Lage der Dinge nichts anderes bedeuten als die Verwandlung der Arbeiterpartei in ein blindes und armseliges Anhängsel der Liberalen, als den vollständigen Verrat der Sozialisten an den Interessen des Proletariats und den Interessen der Revolution. Sehr wohl möglich, daß die Herren Newedomski und Gorn nicht begreifen, was sie tun. Bei solchen Leuten sitzt die Überzeugung häufig nicht tiefer als auf der Zungenspitze. Im Grunde aber laufen ihre Bestrebungen darauf hinaus, mit der selbständigen Partei der Arbeiterklasse, mit der Sozialdemokratie Schluß zu machen. Die Sozialdemokratie, die ihre Aufgaben begreift, muß mit solchen Herren Schluß machen. Leider wird bei uns noch immer die Kategorie der bürgerlichen Revolution zu einseitig aufgefaßt. Es wird bei uns z. B. außer acht gelassen, daß diese Revolution dem Proletariat zeigen muß – und nur sie kann das dem Proletariat zum erstenmal zeigen –, wie es *in Wirklichkeit* um die Bourgeoisie des *gegebenen* Landes steht, welches die *nationalen* Besonderheiten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in der betreffenden *nationalen* bürgerlichen Revolution sind. Die wirkliche, endgültige Massenabsonderung des Proletariats zur Klasse, die es allen bürgerlichen Parteien gegenüberstellt, kann nur dann erfolgen, wenn die Geschichte des *eigenen* Landes dem Proletariat das *ganze Antlitz* der Bourgeoisie als Klasse, als politisches Ganzes zeigt – das ganze Antlitz des Kleinbürgertums als Schicht, als bestimmte geistige und politische Größe, die in bestimmten offenen, weitreichend-politischen Handlungen in Erscheinung getreten ist. Wir müssen dem Proletariat unermüdlich die theoretischen Wahrheiten klarzumachen suchen, die das Wesen der Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in der kapitalistischen Gesellschaft betreffen. Aber diese Wahrheiten werden erst dann in Fleisch und Blut wirklich breiter proletarischer Massen übergehen, wenn diese Klassen das Verhalten der Parteien der einen oder der anderen Klasse sehen, spüren werden – wenn zur kla-

ren Erkenntnis ihrer Klassennatur die unmittelbare Reaktion der proletarischen Psyche auf die ganze Physiognomie der bürgerlichen Parteien hinzukommen wird. Wohl nirgends in der Welt hat die Bourgeoisie in einer bürgerlichen Revolution solche reaktionäre Bestialität, ein so enges Bündnis mit der alten Macht, solche „Freiheit" von allem, was auch nur im entferntesten einer aufrichtigen Sympathie für Kultur, für Fortschritt, für die Wahrung menschlicher Würde ähnlich wäre, an den Tag gelegt wie bei uns – möge denn unser Proletariat aus der russischen bürgerlichen Revolution dreifachen Haß gegen die Bourgeoisie und Entschlossenheit zum Kampf gegen sie schöpfen! Wohl nirgends in der Welt hat das Kleinbürgertum – angefangen von den „Volkssozialisten"[29] und den Trudowiki bis zu den in die Sozialdemokratie hineingeschlüpften Intellektuellen – solche Feigheit und Charakterlosigkeit im Kampf, solch niederträchtig maßlosen Renegatengeist, solche Liebedienerei gegenüber den Helden der bürgerlichen Mode oder der reaktionären Gewalt gezeigt – möge denn unser Proletariat aus unserer bürgerlichen Revolution dreifache Verachtung gegen kleinbürgerliche Schlappheit und kleinbürgerlichen Wankelmut schöpfen. Wie auch unsere Revolution weiter verlaufen möge, welche schweren Zeiten das Proletariat manchmal auch noch wird durchmachen müssen – dieser Haß und diese Verachtung werden seine Reihen enger zusammenschließen, werden es von untauglichen fremden Klassenelementen reinigen, werden seine Kraft vermehren, werden es für die Schläge stählen, die es zu seiner Zeit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft versetzen wird.

Geschrieben am 22. August (4. September) 1907.

Veröffentlicht Anfang September 1907 im ersten Sammelband „Stimme des Lebens", St. Petersburg.
Unterschrift: N. L.

Nach dem Text des Sammelbandes.

DER INTERNATIONALE SOZIALISTENKONGRESS IN STUTTGART[30]

Der Internationale Sozialistenkongreß, der im August dieses Jahres in Stuttgart tagte, zeichnete sich durch außerordentlich zahlreiche Beteiligung und vollständige Vertretung aus. Alle fünf Erdteile entsandten ihre Delegierten, deren Gesamtzahl sich auf 886 belief. Doch war der Kongreß nicht nur eine grandiose Demonstration der internationalen Einheit des proletarischen Kampfes, sondern er spielte auch im Hinblick auf die Festlegung der Taktik der sozialistischen Parteien eine hervorragende Rolle. Zu einer ganzen Reihe von Fragen, die bisher ausschließlich im Rahmen der einzelnen sozialistischen Parteien entschieden wurden, faßte der Kongreß allgemeingültige Resolutionen. In dieser zunehmenden Anzahl von Fragen, die für die verschiedenen Länder eine einheitliche prinzipielle Lösung erheischen, tritt der Zusammenschluß des Sozialismus zu einer einheitlichen internationalen Kraft besonders deutlich zutage.

Wir bringen weiter unten den vollen Wortlaut der Stuttgarter Resolutionen.[31] An dieser Stelle aber wollen wir auf jede einzelne kurz eingehen, um die wichtigsten Streitfragen und den Charakter der Debatten des Kongresses hervorzuheben.

Nicht zum erstenmal beschäftigt die Kolonialfrage internationale Kongresse. Bisher bestanden ihre Beschlüsse stets darin, daß die bürgerliche Kolonialpolitik als Ausplünderungs- und Gewaltpolitik aufs schärfste verurteilt wurde. Diesmal aber war die entsprechende Kommission des Kongresses derartig zusammengesetzt, daß opportunistische Elemente, mit dem Holländer van Kol an der Spitze, in ihr die Oberhand gewannen. In den Resolutionsentwurf wurde der Satz eingefügt, daß der Kongreß nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik verwerfe, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken könne. Die Minderheit der Kommission (der

Deutsche Ledebour, die polnischen und russischen Sozialdemokraten und viele andere) protestierte energisch gegen die Zulässigkeit eines solchen Gedankens. Die Frage wurde dem Kongreß zur Entscheidung vorgelegt, und die Kräfte der beiden Strömungen erwiesen sich als zahlenmäßig derartig ausgeglichen, daß der Kampf mit beispielloser Leidenschaftlichkeit entbrannte.

Die Opportunisten scharten sich um van Kol. Im Namen der Mehrheit der deutschen Delegation sprachen Bernstein und David für die Anerkennung der „sozialistischen Kolonialpolitik" und wetterten gegen die Radikalen, weil sie einen unfruchtbaren negativen Standpunkt bezögen, kein Verständnis zeigten für die Bedeutung von Reformen, kein praktisches Kolonialprogramm vorzuweisen hätten usw. Ihnen erwiderte unter anderem Kautsky, der sich genötigt sah, den Kongreß zu ersuchen, sich *gegen* die Mehrheit der deutschen Delegation auszusprechen. Er wies mit Recht darauf hin, daß von einer Ablehnung des Kampfes um Reformen keine Rede sei: in den übrigen Teilen der Resolution, die keine Diskussion hervorgerufen hätten, sei dies mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Es handle sich darum, ob wir dem heutigen bürgerlichen Ausplünderungs- und Gewaltregime Zugeständnisse machen sollten. Zur Erörterung auf dem Kongreß stehe die heutige Kolonialpolitik, diese Politik aber fuße auf direkter Knechtung der Wilden: die Bourgeoisie führe faktisch in den Kolonien die Sklaverei ein, setze die Eingeborenen unerhörten Mißhandlungen und Vergewaltigungen aus, „zivilisiere" sie durch die Verbreitung von Schnaps und Syphilis. Und angesichts dieser Sachlage redeten Sozialisten in gewundenen Phrasen von der Möglichkeit einer prinzipiellen Anerkennung der Kolonialpolitik! Das würde den direkten Übergang zum bürgerlichen Standpunkt bedeuten. Das würde heißen, einen entschiedenen Schritt zu tun, um das Proletariat der bürgerlichen Ideologie, dem bürgerlichen Imperialismus, der heute besonders stolz sein Haupt erhebe, unterzuordnen.

Der Kommissionsantrag wurde auf dem Kongreß mit 128 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen (Schweiz) zu Fall gebracht. Es sei hier bemerkt, daß in Stuttgart den einzelnen Nationen zum erstenmal bei den Abstimmungen verschiedene Stimmenzahlen zugesprochen wurden – von 20 Stimmen an (große Nationen, darunter auch Rußland) bis herunter zu 2 (Luxemburg). Die kleinen Nationen, die entweder keine Kolonial-

politik treiben oder aber unter ihr leiden, überwogen in ihrer Gesamtheit diejenigen Staaten, die sogar das Proletariat in gewissem Grad mit der Sucht nach Eroberungen angesteckt haben.

Diese Abstimmung in der Kolonialfrage ist von außerordentlicher Bedeutung. Erstens stellt sie eine besonders anschauliche Selbstentlarvung des sozialistischen Opportunismus dar, der den bürgerlichen Lockungen nicht zu widerstehen vermag. Zweitens trat hier ein negativer Zug der europäischen Arbeiterbewegung zutage, der geeignet ist, der Sache des Proletariats nicht geringen Schaden zuzufügen, und daher ernste Beachtung verdient. Marx hat mehrfach auf einen Ausspruch Sismondis hingewiesen, der von größter Bedeutung ist. Die Proletarier des Altertums – so lautet dieser Ausspruch – lebten auf Kosten der Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft lebt auf Kosten der Proletarier.[32]

Die Klasse der zwar Besitzlosen, aber nicht Werktätigen, ist nicht fähig, die Ausbeuter zu stürzen. Nur die Klasse der Proletarier, von deren Arbeit die ganze Gesellschaft lebt, ist imstande, die soziale Revolution zu vollziehen. Nun hat aber die ausgedehnte Kolonialpolitik dazu geführt, daß der europäische Proletarier *zum Teil* in eine solche Lage geraten ist, daß die Gesellschaft als Ganzes *nicht* von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt. Die englische Bourgeoisie zum Beispiel zieht aus den Millionen und aber Millionen der Bevölkerung Indiens und anderer Kolonien größere Profite als aus den englischen Arbeitern. Unter solchen Verhältnissen entsteht in bestimmten Ländern die materielle, ökonomische Grundlage, um das Proletariat des einen oder anderen Landes mit dem Kolonialchauvinismus anzustecken. Dies kann natürlich nur eine vorübergehende Erscheinung sein, nichtsdestoweniger aber muß man das Übel klar erkennen, seine Ursachen begreifen, um das Proletariat aller Länder zum Kampf gegen einen solchen Opportunismus zusammenschließen zu können. Und dieser Kampf wird unausbleiblich zum Siege führen, denn die „privilegierten" Nationen bilden in der Gesamtheit der kapitalistischen Nationen einen immer geringeren Teil.

Die Frage des Frauenwahlrechts rief auf dem Kongreß fast keine Diskussion hervor. Es fand sich nur eine Engländerin aus der extrem opportunistischen englischen „Gesellschaft der Fabier"[33], die versuchte, die Zulässigkeit eines sozialistischen Kampfes um ein beschränktes Frauenwahl-

recht, das heißt kein allgemeines, sondern ein Zensuswahlrecht, zu verfechten. Die Fabierin blieb völlig isoliert. Die Hintergründe ihres Standpunkts sind einfach: die englischen bürgerlichen Damen erhoffen für sich das Wahlrecht, wollen es aber nicht auf das weibliche Proletariat ausgedehnt wissen.

Zu gleicher Zeit mit dem Internationalen Sozialistenkongreß tagte in Stuttgart in demselben Gebäude die erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz. Auf dieser Konferenz und in der Kommission des Kongresses kam es bei der Erörterung der Resolution zu interessanten Debatten zwischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten. In ihrem Kampf um das allgemeine Wahlrecht ließen die letzteren die Forderung nach Gleichstellung der Frauen etwas in den Hintergrund treten: aus praktizistischen Erwägungen heraus stellten sie als ihre Forderung nicht das allgemeine Wahlrecht in den Mittelpunkt, sondern das Wahlrecht für Männer. In den Reden Clara Zetkins und anderer deutscher Sozialdemokraten wurden die Österreicher mit Recht darauf verwiesen, daß sie falsch gehandelt und dadurch, daß sie nur das Wahlrecht für Männer, nicht aber mit aller Energie auch das Wahlrecht für Frauen verlangten, die Kraft der Massenbewegung geschwächt hätten. Die letzten Worte der Stuttgarter Resolution („Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer") stehen zweifellos im Zusammenhang mit dieser Episode eines übermäßigen „Praktizismus" in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Die Resolution über die Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften ist für uns Russen von besonders großer Bedeutung. Der Stockholmer Parteitag der SDAPR sprach sich für *parteilose* Gewerkschaften aus und stellte sich somit auf den Standpunkt der Neutralität. Der gleiche Standpunkt wurde stets auch von unseren parteilosen Demokraten, Bernsteinianern und Sozialrevolutionären vertreten. Der Londoner Parteitag stellte dagegen ein anderes Prinzip auf: Annäherung der Gewerkschaften an die Partei so weit, daß die Gewerkschaften (unter bestimmten Bedingungen) als parteiliche Organisationen anerkannt werden. Die sozialdemokratische Untersektion der russischen Sektion (die Sozialisten jedes Landes bilden auf den internationalen Kongressen eine selbständige Sektion) spaltete sich in Stuttgart bei der Erörterung dieser Frage (in anderen Fragen kam es zu keiner Spaltung). Es handelte

sich um folgendes: Plechanow trat prinzipiell für die Neutralität ein. Der Bolschewik Woinow[34] vertrat den antineutralistischen Standpunkt des Londoner Parteitags und der belgischen Resolution (die zusammen mit dem Bericht de Brouckères in den Materialien des Kongresses abgedruckt wurde; dieser Bericht erscheint demnächst in russischer Sprache). Clara Zetkin bemerkte in ihrer Zeitschrift „Die Gleichheit"[35] mit Recht, die Argumente Plechanows zugunsten der Neutralität seien ebenso verunglückt wie die der Franzosen. Die Resolution des Stuttgarter Kongresses macht, wie Kautsky richtig hervorhob und wovon sich jeder durch aufmerksames Studium überzeugen kann, der prinzipiellen Anerkennung der „Neutralität" ein Ende. Von Neutralität oder Parteilosigkeit steht in ihr kein Wort. Im Gegenteil, es wird mit aller Bestimmtheit die Notwendigkeit anerkannt, innige Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei herzustellen und diese Beziehungen dauernd zu unterhalten.

Die Londoner Resolution der SDAPR über die Gewerkschaften hat nunmehr in Gestalt der Stuttgarter Resolution eine feste prinzipielle Basis gewonnen. Die Stuttgarter Resolution stellt im allgemeinen und für alle Länder die Notwendigkeit dauerhafter und enger Beziehungen zwischen Gewerkschaften und sozialistischer Partei fest; die Londoner Resolution verweist darauf, daß für Rußland unter günstigen Verhältnissen die Form dieser Beziehungen darin bestehen muß, daß die Gewerkschaften sich der Partei anschließen und daß darauf die Tätigkeit der Parteimitglieder gerichtet sein muß.

Bemerkt sei, daß in Stuttgart das Neutralitätsprinzip seine schädlichen Seiten dadurch offenbarte, daß die Hälfte der deutschen Delegation, nämlich die Gewerkschaftsvertreter, am entschiedensten den opportunistischen Standpunkt vertrat. Deshalb waren zum Beispiel die Deutschen in Essen gegen van Kol (in Essen handelte es sich um einen Parteitag und nicht einen Gewerkschaftskongreß), in Stuttgart aber für ihn. Die Neutralitätspropaganda trug in Deutschland *faktisch* schlimme Früchte, indem sie dem Opportunismus in der Sozialdemokratie in die Hände arbeitete. Mit dieser Tatsache muß man von nun an unbedingt rechnen, und das besonders in Rußland, wo bürgerlich-demokratische Ratgeber, die dem Proletariat die „Neutralität" der Gewerkschaftsbewegung empfehlen, so zahlreich sind.

Über die Resolution zur Aus- und Einwanderungsfrage wollen wir nur einige Worte sagen. Auch hier wurde in der Kommission versucht, zünftlerisch beschränkte Anschauungen zu verfechten, ein Verbot der Einwanderung von Arbeitern aus den rückständigen Ländern (Kulis aus China usw.) durchzubringen. Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger „zivilisierter" Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen. Auf dem Kongreß selbst fanden sich keine Verfechter dieser zünftlerischen und spießbürgerlichen Beschränktheit. Die Resolution entspricht durchaus den Forderungen der revolutionären Sozialdemokratie.

Nunmehr zur letzten und nahezu wichtigsten Resolution des Kongresses: zur Frage des Antimilitarismus. Der bekannte Hervé, der in Frankreich und Europa so viel Staub aufgewirbelt hat, vertrat in dieser Frage einen halbanarchistischen Standpunkt, indem er naiv beantragte, jeden Krieg mit Streik und Aufstand zu „beantworten". Einerseits begriff er nicht, daß der Krieg ein unvermeidliches Produkt des Kapitalismus ist und daß das Proletariat die Beteiligung an einem revolutionären Krieg nicht von vornherein ablehnen kann, da in kapitalistischen Gesellschaften solche Kriege möglich sind und es sie tatsächlich gegeben hat. Anderseits begriff er nicht, daß die Möglichkeit, den Krieg zu „beantworten", vom Charakter der durch den Krieg hervorgerufenen Krise abhängt. Von diesen Bedingungen ist die Wahl der Kampfmittel abhängig, wobei dieser Kampf (und dies ist der dritte Punkt der Mißverständnisse oder des Unverstands des Hervéismus) nicht allein die Ersetzung des Krieges durch den Frieden, sondern die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus zum Ziele haben muß. Es handelt sich nicht allein darum, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern darum, die durch den Krieg hervorgerufene Krise zur Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen. Doch hinter all den halbanarchistischen Ungereimtheiten des Hervéismus verbirgt sich ein praktisch richtiger Kern: Man muß dem Sozialismus einen Anstoß in dem Sinne geben, daß man sich nicht nur auf parlamentarische Kampfmittel beschränken darf, daß man in den Massen das Bewußtsein der Notwendigkeit revolutionärer Aktionsmethoden in Verbindung mit den Krisen, die der Krieg unvermeidlich im Gefolge hat, entwickeln muß, in dem Sinne schließlich, daß man in den Massen ein

lebendigeres Bewußtsein der internationalen Solidarität der Arbeiter und der Verlogenheit des bürgerlichen Patriotismus schaffen muß.

Die Resolution Bebels, die von den Deutschen eingebracht wurde und sich in allen wesentlichen Punkten mit der Resolution von Guesde deckte, litt gerade an dem Mangel, daß in ihr jeder Hinweis auf die aktiven Aufgaben des Proletariats fehlte. Dies gab die Möglichkeit, die orthodoxen Formulierungen Bebels durch die opportunistische Brille zu lesen. Vollmar setzte diese Möglichkeit unverzüglich in die Wirklichkeit um.

Daher brachten Rosa Luxemburg und die russischen sozialdemokratischen Delegierten zur Bebelschen Resolution Abänderungsanträge ein. Diese Anträge besagten 1., daß der Militarismus ein Hauptwerkzeug der Klassenunterjochung ist, verwiesen 2. auf die Aufgabe der Agitation unter der Jugend und betonten 3. die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen oder für die rasche Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg herbeigeführte Krise auszunutzen, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen.

Alle diese Abänderungsanträge nahm die Unterkommission (die von der Kommission für die Frage des Antimilitarismus gewählt worden war) in die Bebelsche Resolution auf. Außerdem schlug Jaurés einen trefflichen Plan vor: statt auf die Kampfmittel (Streik, Aufstand) solle auf die historischen Beispiele des Kampfes des Proletariats gegen den Krieg – von den Demonstrationen in Europa bis zur Revolution in Rußland – hingewiesen werden. Das Resultat dieser ganzen Umarbeitung war eine zwar übermäßig lange, dafür aber wirklich gedankenreiche, die Aufgaben des Proletariats genau aufzeigende Resolution. Sie verbindet die Strenge einer orthodoxen, d. h. der einzig wissenschaftlichen marxistischen Analyse mit der Empfehlung entschlossenster und revolutionärster Kampfmaßnahmen für die Arbeiterparteien. Diese Resolution kann man nicht auf Vollmarsche Art lesen, ebensowenig wie man sie in den engen Rahmen des naiven Hervéismus zwängen kann.

Im großen und ganzen hat der Stuttgarter Kongreß in einer ganzen Reihe bedeutsamster Fragen den opportunistischen und den revolutionären Flügel der internationalen Sozialdemokratie in aller Deutlichkeit einander gegenübergestellt und diese Fragen im Geiste des revolutionären Marxismus gelöst. Die Resolutionen dieses Kongresses, im Lichte

der Kongreßdebatten betrachtet, müssen ständige Begleiter eines jeden Propagandisten und Agitators werden. Die Einheit der Taktik und die Einheit des revolutionären Kampfes der Proletarier aller Länder wird das in Stuttgart getane Werk kräftig voranbringen.

Geschrieben Ende August bis Anfang September 1907.
Veröffentlicht am 20. Oktober 1907 im „Proletari" Nr. 17.

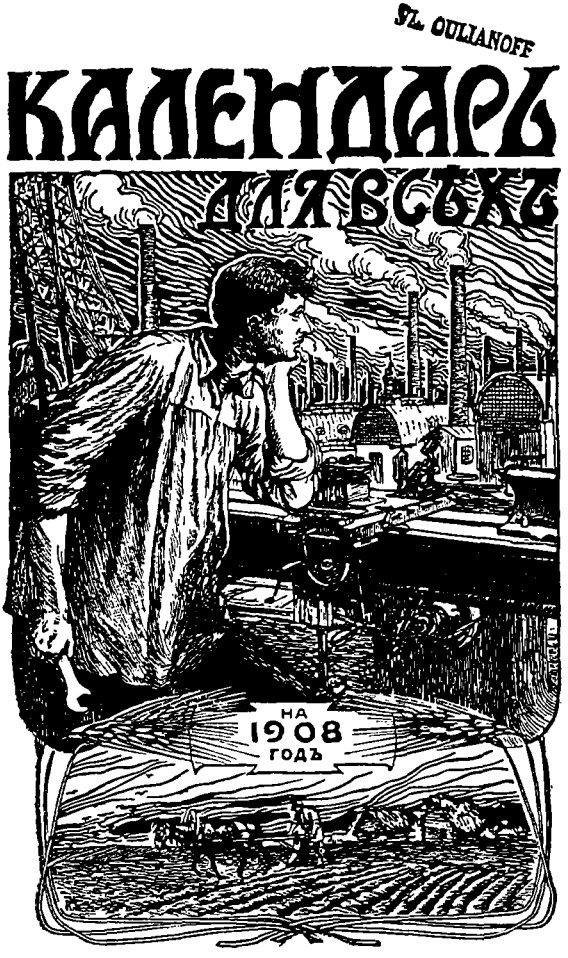
Nach dem Text des „Proletari".

DER INTERNATIONALE SOZIALISTENKONGRESS IN STUTTGART

Der kürzlich beendete Kongreß in Stuttgart war der zwölfte Kongreß der proletarischen Internationale. Die ersten fünf Kongresse fallen in die Zeit der ersten Internationale (1866–1872), die unter der Führung von Marx stand, der – um den treffenden Ausdruck Bebels zu gebrauchen – versucht hatte, die internationale Einheit des kämpfenden Proletariats von oben her zu verwirklichen. Dieser Versuch konnte keinen Erfolg haben, solange sich nicht nationale sozialistische Parteien herausgebildet hatten, solange sie nicht erstarkt waren, doch die Tätigkeit der ersten Internationale erwies der Arbeiterbewegung aller Länder große Dienste und hinterließ bleibende Spuren.

Die zweite Internationale beginnt mit dem Pariser Internationalen Sozialistenkongreß von 1889. Auf den nachfolgenden Kongressen in Brüssel (1891), Zürich (1893), London (1896), Paris (1900) und Amsterdam (1904) erstarkte diese sich auf festgefügte nationale Parteien stützende neue Internationale endgültig. In Stuttgart versammelten sich 884 Delegierte von 25 Völkern Europas, Asiens (Japan und ein Teil aus Indien), Amerikas, Australiens und Afrikas (ein Delegierter aus Südafrika).

Die große Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart besteht gerade darin, daß er die endgültige Festigung der zweiten Internationale und die Umwandlung der internationalen Kongresse in sachliche Tagungen manifestiert, die auf Charakter und Richtung der sozialistischen Tätigkeit in der ganzen Welt von größtem Einfluß sind. Formell sind die Beschlüsse der internationalen Kongresse für die einzelnen Nationen nicht bindend, doch ist ihre moralische Bedeutung so groß, daß die Nichtbefolgung der Beschlüsse in Wirklichkeit eine Ausnahme ist,



Umschlag des „Kalenders für alle für das Jahr 1908",
in dem Lenins Artikel
„Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart"
veröffentlicht wurde.
Lenins persönliches Exemplar

Verkleinert

eine kaum weniger seltene Ausnahme als die Fälle, wo einzelne Parteien die Beschlüsse ihrer eigenen Parteitage nicht befolgen. Der Amsterdamer Kongreß setzte die Vereinigung der französischen Sozialisten durch, und seine Resolution gegen den Ministerialismus brachte tatsächlich den Willen des klassenbewußten Proletariats der ganzen Welt zum Ausdruck, bestimmte die Politik der Arbeiterparteien.

Der Stuttgarter Kongreß tat in der gleichen Richtung einen großen Schritt vorwärts und erwies sich in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen als die oberste Instanz für die Festlegung der politischen Linie des Sozialismus. Diese Linie legte der Stuttgarter Kongreß noch entschiedener als der Amsterdamer im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie gegen den Opportunismus fest. Die von Clara Zetkin redigierte Zeitschrift der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterinnen, „Die Gleichheit", bemerkt dazu treffend: „... in sämtlichen Fragen haben die besonderen Abweichungen einzelner sozialistischer Parteien nach der opportunistischen Seite hin durch das Zusammenwirken der Sozialisten aller Länder eine kräftige Korrektur im revolutionären Sinne erfahren."

Eine bemerkenswerte und traurige Erscheinung war hierbei, daß die deutsche Sozialdemokratie, die bisher stets die revolutionäre Auffassung im Marxismus vertreten hatte, diesmal schwankte oder sich auf einen opportunistischen Standpunkt stellte. Der Stuttgarter Kongreß erbrachte die Bestätigung einer tiefgründigen Bemerkung von Engels über die deutsche Arbeiterbewegung. Am 29. April 1886 schrieb Engels an Sorge, den Veteranen der ersten Internationale: „Überhaupt ist es gut, daß den Deutschen, namentlich seit sie so viel Philisterelemente gewählt (was freilich unvermeidlich), die Führung etwas streitig gemacht wird. In Deutschland wird alles in ruhigen Zeiten philisterhaft; da ist der Stachel der französischen Konkurrenz absolut nötig. Und der wird nicht fehlen."[36]

Am Stachel der französischen Konkurrenz fehlte es in Stuttgart nicht, und dieser Stachel erwies sich tatsächlich als notwendig, denn die Deutschen legten nicht wenig Philistergeist an den Tag. Die russischen Sozialdemokraten müssen dies ganz besonders beachten, denn unsere Liberalen (und nicht nur die Liberalen allein) geben sich alle erdenkliche Mühe, gerade die am wenigsten glänzenden Seiten der deutschen Sozialdemokratie als ein nachahmenswertes Beispiel hinzustellen. Die hervorragendsten und einsichtigsten Führer der Gedankenwelt der deutschen Sozial-

demokratie haben diese Tatsache selber hervorgehoben und, jede falsche Scham beiseite werfend, ausdrücklich warnend auf sie hingewiesen. „In Amsterdam", schreibt das Organ Clara Zetkins, „war es die Dresdener Resolution, die das revolutionäre Leitmotiv der Verhandlungen des proletarischen Weltparlaments bildete, in Stuttgart waren die Rede Vollmars in der Militärkommission, Päplows in der Einwanderungskommission, Davids" (und Bernsteins, fügen wir von uns aus hinzu) „in der Kolonialkommission peinliche opportunistische Mißtöne des Kongresses. In den meisten Fragen und Kommissionen waren die Vertreter Deutschlands diesmal die Wortführer des Opportunismus." Und Karl Kautsky schreibt über den Stuttgarter Kongreß: „... von der führenden Rolle, die bisher die deutsche Sozialdemokratie in der zweiten Internationale tatsächlich einnahm, war diesmal nichts mehr zu merken."

Betrachten wir nunmehr die einzelnen Fragen, die auf dem Kongreß behandelt wurden. In der Kolonialfrage gelang es nicht, die Meinungsverschiedenheiten in der Kommission beizulegen. Der Streit zwischen Opportunisten und Revolutionären wurde auf dem Kongreß selbst entschieden, und zwar zugunsten der Revolutionäre, mit einer Mehrheit von 127 Stimmen gegen 108 bei 10 Stimmenthaltungen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf die erfreuliche Erscheinung verweisen, daß *alle* Sozialisten Rußlands in *allen* Fragen einmütig in revolutionärem Geiste gestimmt haben. (Rußland hat 20 Stimmen, von denen 10 der SDAPR, außer den Polen, 7 den Sozialrevolutionären und 3 den Vertretern der Gewerkschaften zuerkannt wurden. Ferner hat Polen 10 Stimmen – 4 die polnischen Sozialdemokraten und 6 die Polnische Sozialistische Partei und die nichtrussischen Teile Polens; schließlich hatten 2 Vertreter Finnlands 8 Stimmen.)

In der Kolonialfrage kam in der Kommission eine opportunistische Mehrheit zustande, und im Resolutionsentwurf erschien der ungeheuerliche Satz: Der Kongreß „verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können". In Wirklichkeit war diese These gleichbedeutend mit einem offenen Rückzug in Richtung bürgerlicher Politik und bürgerlicher Weltanschauung, die koloniale Kriege und Greuel rechtfertigt. Das ist ein Rückzug auf die Position Roosevelts, äußerte sich ein amerikanischer Delegierter. Die Versuche, diesen Rückzug durch die Aufgaben „sozia-

listischer Kolonialpolitik" und positiver Reformarbeit in den Kolonien zu rechtfertigen, sind ganz und gar mißlungen. Der Sozialismus hat es niemals abgelehnt und lehnt es nicht ab, Reformen auch für Kolonien zu verfechten, das hat aber nichts zu tun und darf nichts zu tun haben mit einer Abschwächung unserer prinzipiellen Stellungnahme gegen Eroberungen, gegen die Unterwerfung fremder Völker, gegen Gewalt und Raub, die den Inhalt der „Kolonialpolitik" bilden. Das Minimalprogramm aller sozialistischen Parteien gilt sowohl für die Mutterländer als auch für die Kolonien. Schon der Begriff „sozialistische Kolonialpolitik" ist heillose Konfusion. Der Kongreß hat ganz richtig daran getan, obige Worte aus der Resolution zu streichen und sie durch eine noch schärfere Verurteilung der Kolonialpolitik, als sie in früheren Resolutionen enthalten war, zu ersetzen.

Die Resolution über die Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften ist für uns Russen von besonders großer Bedeutung. Diese Frage steht bei uns auf der Tagesordnung. Der Stockholmer Parteitag entschied sie zugunsten *parteiloser* Gewerkschaften, d. h., er bestätigte den Standpunkt unserer *Neutralitäts*anhänger mit Plechanow an der Spitze. Der Londoner Parteitag tat einen Schritt in Richtung *parteilicher* Gewerkschaften, *gegen* die Neutralität. Die Londoner Resolution rief bekanntlich in einem Teil der Gewerkschaften, besonders aber in der bürgerlich-demokratischen Presse, eine lebhafte Diskussion und Unzufriedenheit hervor.

In Stuttgart ging es dem Wesen nach eben um die Frage: Neutralität der Gewerkschaften oder immer größere Annäherung derselben an die Partei? Und der Internationale Sozialistenkongreß sprach sich, wie sich der Leser in der entsprechenden Resolution überzeugen kann, für die größere Annäherung der Gewerkschaften an die Partei aus. Weder von Neutralität noch von Parteilosigkeit der Gewerkschaften ist in der Resolution die Rede. Kautsky, der in der deutschen Sozialdemokratie für die Annäherung der Gewerkschaften an die Partei eintrat und sich gegen die von Bebel befürwortete Neutralität wandte, erklärte daher in seinem Bericht vor den Leipziger Arbeitern über den Stuttgarter Kongreß mit vollem Recht („Vorwärts"[37], 1907, Nr. 209, Beilage):

„Die Resolution des Stuttgarter Kongresses sagt alles, was wir brauchen. *Sie macht der Neutralität für immer ein Ende.*" Clara Zetkin

schreibt: „Im Prinzip hat (in Stuttgart) niemand mehr gegen die geschichtliche Grundtendenz des proletarischen Klassenkampfes opponiert, den politischen und ökonomischen Kampf sowie beide Organisationen möglichst innig zu einer einheitlichen Macht der sozialistischen Arbeiterklasse zu gestalten. Nur der Vertreter der russischen Sozialdemokraten, Gen. Plechanow" (es sollte heißen: der Vertreter der Menschewiki, die Plechanow als Verfechter der „Neutralität" in die Kommission entsandt hatten), „und die Majorität der französischen Delegation suchten mit ziemlich verunglückten Argumenten die Besonderheiten ihrer respektiven Länder gegen dieses Prinzip als einschränkende Rücksichtsmomente ins Feld zu führen. Die überwältigende Majorität des Kongresses stellte sich auf die Seite der unumwundenen Politik der Einigkeit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften . . ."

Wir müssen bemerken, daß das, wie Clara Zetkin mit Recht meint, verunglückte Argument Plechanows in dieser Gestalt durch alle legalen russischen Zeitungen die Runde gemacht hat. Plechanow berief sich in der Kommission des Stuttgarter Kongresses darauf, daß es „in Rußland elf revolutionäre Organisationen gibt"; „mit welcher sollen die Gewerkschaften in Verbindung treten?" (zitiert nach dem „Vorwärts" Nr. 196, 1. Beilage). Dieses Argument Plechanows ist weder faktisch noch prinzipiell berechtigt. Faktisch kämpfen in jeder Nationalität Rußlands nicht mehr als zwei Parteien um den Einfluß auf das sozialistische Proletariat: Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, polnische Sozialdemokraten und Polnische Sozialistische Partei, lettische Sozialdemokraten und lettische Sozialrevolutionäre (der sogenannte „Lettische Sozialdemokratische Verband"), armenische Sozialdemokraten und Daschnakzutjun usw. Die russische Delegation in Stuttgart teilte sich ebenfalls sogleich in zwei Teile. Die Zahl 11 ist ganz willkürlich und führt die Arbeiter irre. Prinzipiell aber ist Plechanow deshalb im Unrecht, weil der Kampf zwischen proletarischem und kleinbürgerlichem Sozialismus in Rußland überall und allerorts unvermeidlich ist, also auch in den Gewerkschaften. Die Engländer zum Beispiel dachten nicht daran, sich gegen die Resolution zu wenden, obwohl auch bei ihnen zwei sozialistische Parteien einander gegenüberstehen – die Sozialdemokraten (SDF*) und die „Unabhängigen" (ILP**).

* Social Democratic Federation – Sozialdemokratische Föderation. *Die Red.*
** Independent Labour Party – Unabhängige Arbeiterpartei. *Die Red.*

Daß der in Stuttgart abgelehnte Neutralitätsgedanke der Arbeiterbewegung bereits nicht wenig Schaden zugefügt hat, ist am Beispiel Deutschlands besonders klar ersichtlich. Hier wurde die Neutralität am stärksten propagiert und am meisten praktiziert. Das Resultat war eine so offensichtliche Abweichung der deutschen Gewerkschaften zum Opportunismus, daß selbst ein in dieser Frage so vorsichtiger Mann wie Kautsky diese Abweichung offen zugeben mußte. In seinem Bericht vor den Leipziger Arbeitern sagt er geradeheraus, daß der „Konservatismus" der deutschen Delegation in Stuttgart „begreiflich wird .... bei Betrachtung ihrer Zusammensetzung: ihre Hälfte bestand aus Gewerkschaftlern, und der ‚rechte Flügel' der Partei erschien somit in einer Ausdehnung, wie er sie tatsächlich in der Partei nicht besitzt".

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses muß zweifellos den entschiedenen Bruch der russischen Sozialdemokratie mit dem bei unseren Liberalen so beliebten Neutralitätsgedanken beschleunigen. Mit der erforderlichen Vorsicht und Allmählichkeit, ohne irgendwelche überstürzte und taktlose Schritte, müssen wir in den Gewerkschaften unbeirrt im Geist ihrer immer größeren Annäherung an die sozialdemokratische Partei arbeiten.

Auch in der Frage der Ein- und Auswanderung sind in der Kommission des Stuttgarter Kongresses die Meinungsverschiedenheiten zwischen Opportunisten und Revolutionären mit aller Deutlichkeit zutage getreten. Die ersten trugen sich mit dem Gedanken, das Übersiedlungsrecht der rückständigen, unentwickelten Arbeiter, insbesondere der Japaner und Chinesen, zu *beschränken*. Der Geist zünftlerisch beschränkter Abgeschlossenheit, trade-unionistischer Exklusivität war bei solchen Leuten stärker als das Bewußtsein der sozialistischen Aufgaben: Aufklärung und Organisierung der von der Arbeiterbewegung noch nicht erfaßten Schichten des Proletariats. Der Kongreß lehnte alle dahingehenden Bestrebungen ab. Selbst in der Kommission gab es nur ganz vereinzelte Stimmen zugunsten einer Beschränkung der Übersiedlungsfreiheit, und die Resolution des Internationalen Kongresses ist von der Anerkennung des solidarischen Klassenkampfes der Arbeiter aller Länder bestimmt.

Die Resolution über das Frauenwahlrecht wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Nur eine Engländerin aus der halbbürgerlichen „Gesellschaft der Fabier" vertrat die Zulässigkeit des Kampfes nicht um ein vol-

les, sondern um ein zugunsten der Besitzenden beschränktes Frauenwahlrecht. Der Kongreß lehnte diesen Standpunkt entschieden ab und sprach sich dafür aus, daß die Arbeiterinnen den Kampf um das Wahlrecht nicht gemeinsam mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, sondern zusammen mit den Klassenparteien des Proletariats führen sollen. Der Kongreß erkannte an, daß es in der Kampagne für das Frauenwahlrecht notwendig ist, die sozialistischen Prinzipien und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in vollem Umfang zu vertreten, und daß diese Prinzipien nicht aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen geschmälert werden dürfen.

In der Kommission kam es zu einer interessanten Auseinandersetzung in dieser Frage. Die Österreicher (Victor Adler, Adelheid Popp) suchten ihre Taktik im Kampf um das allgemeine Wahlrecht der Männer folgendermaßen zu rechtfertigen: Um der Eroberung dieses Rechtes willen sei es zweckmäßig gewesen, die Forderung des Wahlrechts auch für Frauen in ihrer Agitation nicht in den Vordergrund zu rücken. Die deutschen Sozialdemokraten, besonders Clara Zetkin, hatten dagegen schon zu der Zeit protestiert, als die Österreicher ihre Kampagne für das allgemeine Wahlrecht entfalteten. Clara Zetkin erklärte in der Presse, die Forderung des Wahlrechts für Frauen hätte keinesfalls in den Schatten gerückt werden dürfen, die Österreicher hätten opportunistisch das Prinzip Zweckmäßigkeitsgründen zum Opfer gebracht, sie würden den Schwung der Agitation und die Kraft der Volksbewegung nicht geschwächt, sondern verstärkt haben, wenn sie auch das Frauenwahlrecht energisch vertreten hätten. Eine andere hervorragende deutsche Sozialdemokratin, Luise Zietz, schloß sich in der Kommission ganz dem Standpunkt von Clara Zetkin an. Ein Abänderungsantrag Adlers, der die österreichische Taktik indirekt rechtfertigte (in diesem Antrag ist nur davon die Rede, daß es im Kampf um das Wahlrecht für wirklich alle Bürger keine Unterbrechungen geben dürfe, nicht aber davon, daß der Kampf um das Wahlrecht stets mit der Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern verbunden sein muß), wurde mit 12 gegen 9 Stimmen *abgelehnt*. Der Standpunkt der Kommission und des Kongresses kann am besten durch folgende Worte der obenerwähnten Sozialdemokratin Zietz in ihrer Rede auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz wiedergegeben werden (diese Konferenz tagte in Stuttgart zu gleicher Zeit mit dem Kon-

greß): „Wir müssen prinzipiell alles fordern, was wir für richtig halten", sagte sie, „und nur, wenn unsere Macht nicht weiter reicht, nehmen wir das, was wir bekommen können. So ist immer die Taktik der Sozialdemokratie gewesen. Je bescheidener wir in unseren Forderungen sind, desto bescheidener wird die Regierung in ihren Bewilligungen sein..." Aus diesem Streit der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratinnen kann der Leser ersehen, wie unnachsichtlich die besten Marxisten gegenüber den geringsten Abweichungen von einer konsequenten, prinzipiellen revolutionären Taktik sind.

Der letzte Tag des Kongresses war der Frage des Militarismus gewidmet, die das Interesse aller am meisten in Anspruch nahm. Der bekannte Hervé vertrat einen ganz unhaltbaren Standpunkt – er verstand es nicht, den Krieg mit dem kapitalistischen Regime überhaupt und die antimilitaristische Agitation mit der ganzen Arbeit des Sozialismus zu verbinden. Der Antrag Hervés, jeglichen Krieg mit Streik und Aufstand zu „beantworten", zeigt, daß ihm jedes Verständnis dafür fehlt, daß die Anwendung des einen oder anderen Kampfmittels nicht von einem vorherigen Beschluß der Revolutionäre abhängt, sondern von den objektiven Bedingungen der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen wie politischen Krise.

Hat aber Hervé zweifellos Leichtfertigkeit, Oberflächlichkeit und übermäßigen Hang zu effektvollen Phrasen an den Tag gelegt, so wäre es außerordentlich kurzsichtig, wollte man ihm nur eine dogmatische Darlegung allgemeiner sozialistischer Wahrheiten entgegenhalten. In diesen Fehler (von dem auch Bebel und Guesde nicht ganz frei waren) verfiel besonders Vollmar. Mit der erstaunlichen Selbstzufriedenheit eines in schablonenhaften Parlamentarismus verliebten Menschen wetterte er gegen Hervé, ohne zu bemerken, daß seine eigene Engstirnigkeit und die Starrheit des Opportunismus dazu *zwingen*, im Hervéismus einen gewissen lebendigen Zug anzuerkennen – *ungeachtet* der theoretischen Unsinnigkeit und Absurdität der Fragestellung bei Hervé selbst. Es kommt ja vor, daß sich hinter theoretischem Unsinn eine gewisse praktische Wahrheit bei einer neuen Wendung der Bewegung verbirgt. Und diese Seite der Frage, die Aufforderung, nicht allein die parlamentarischen Kampfmethoden zu schätzen, die Aufforderung zur Aktion gemäß den neuen Bedingungen des künftigen Krieges und der künftigen Krisen,

wurde von den revolutionären Sozialdemokraten, besonders von Rosa Luxemburg in ihrer Rede, betont. Gemeinsam mit den russischen sozialdemokratischen Delegierten (Lenin und Martow, die in dieser Frage solidarisch waren) stellte Rosa Luxemburg Abänderungsanträge zur Bebelschen Resolution, und in diesen Abänderungsanträgen wurde die Notwendigkeit betont, unter der Jugend Agitation zu treiben und die durch den Krieg herbeigeführte Krise zur Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen, wurde betont, daß die fortschreitende Verschärfung des Klassenkampfes und die Änderung der politischen Situation auch unvermeidlich die Änderung der Kampfmethoden und Kampfmittel erheischen. Aus der dogmatisch einseitigen, leblosen Resolution von Bebel, die im Geiste Vollmars ausgelegt werden konnte, entstand auf diese Weise schließlich eine ganz andere Resolution. Zur Belehrung der Hervéisten, die fähig sind, über dem Antimilitarismus den Sozialismus zu vergessen, werden in ihr alle theoretischen Wahrheiten wiederholt. Doch sie dienen nicht als Einleitung, um parlamentarischen Kretinismus zu rechtfertigen, um allein friedliche Methoden heiligzusprechen, um einen Kniefall zu vollziehen vor der gegebenen, verhältnismäßig friedlichen und ruhigen Situation, ihnen folgt vielmehr der Hinweis auf die Anerkennung aller Kampfmittel, auf die Berücksichtigung der Erfahrungen der russischen Revolution, auf die Entwicklung der aktiven, der schöpferischen Seite der Bewegung.

In dem bereits mehrfach erwähnten Organ Clara Zetkins ist gerade dieser hervorragendste und wichtigste Zug der Resolution des Kongresses gegen den Militarismus außerordentlich richtig erfaßt. „Und auch hier", schreibt Clara Zetkin über die Resolution gegen den Militarismus, „siegte schließlich die revolutionäre Tatkraft und das männliche Vertrauen der Arbeiterklasse auf die eigene Aktionsfähigkeit über das pessimistische Evangelium der eigenen Ohnmacht und des starren Festhaltens an alten, ausschließlich parlamentarischen Kampfmethoden, ebenso wie auch nach der anderen Seite über den simplen antimilitaristischen Sport der französischen Halbanarchisten à la Hervé. Die am letzten Ende von der Kommission wie von den 900 Delegierten aller Länder einstimmig angenommene Resolution spricht in kraftvollen Worten den enormen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung seit dem letzten internationalen Kongreß aus und stellt als Grundsatz der proletarischen Taktik ihre Ver-

änderlichkeit, ihre Entwicklungsfähigkeit, ihre *Zuspitzung* mit dem Reifen der Verhältnisse auf."

Der Hervéismus ist abgelehnt, doch nicht zugunsten des Opportunismus, nicht vom Standpunkt des Dogmatismus und der Passivität. Das lebendige Streben nach immer entschiedeneren und neuen Kampfmethoden ist vom internationalen Proletariat in vollem Umfang anerkannt und mit der ganzen Verschärfung der wirtschaftlichen Widersprüche, mit allen Bedingungen der durch den Kapitalismus ausgelösten Krisen in Verbindung gebracht.

Nicht leere hervéistische Drohungen, sondern klares Bewußtsein der Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution, feste Entschlossenheit zum Kampf bis ans Ende, Bereitschaft zu den revolutionärsten Kampfmitteln – dies ist die Bedeutung der Resolution des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses zur Frage des Militarismus.

Die Armee des Proletariats erstarkt in allen Ländern. Ihr Klassenbewußtsein, ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit wachsen täglich und stündlich. Der Kapitalismus aber sorgt erfolgreich für die immer häufigere Wiederkehr der Krisen, die diese Armee zur Zerstörung des Kapitalismus nutzen wird.

Geschrieben im September 1907.
Veröffentlicht im Oktober 1907 im „Kalender für alle für das Jahr 1908", St. Petersburg.
Unterschrift: N. L.

Nach dem Text des Kalenders.

VORWORT ZUM SAMMELBAND „12 JAHRE"[38]

Der vorliegende Sammelband enthält Aufsätze und Broschüren aus der Zeit von 1895 bis 1905. Programmatische, taktische und organisatorische Fragen der russischen Sozialdemokratie bilden das Thema der hier vereinigten Schriften. Diese Fragen ergeben und entwickeln sich ständig im Kampf gegen den rechten Flügel der marxistischen Strömung in Rußland.

Zunächst wird dieser Kampf auf rein theoretischem Gebiet gegen den Hauptvertreter unseres legalen Marxismus der neunziger Jahre, Herrn Struve, geführt. Ende 1894 und Anfang 1895 erfolgte ein schroffer Umschwung in unserer legalen Publizistik. Zum erstenmal drang der Marxismus in sie ein, vertreten nicht bloß durch die im Ausland wirkenden Mitglieder der Gruppe „Befreiung der Arbeit", sondern auch durch die in Rußland lebenden Sozialdemokraten. Die Belebung in der Literatur und der hitzige Streit der Marxisten mit den alten Führern der Volkstümlerrichtung, die bis dahin die fortschrittliche Literatur fast unbeschränkt beherrscht hatten (zum Beispiel N. K. Michailowski), leiteten den Aufschwung der proletarischen Massenbewegung in Rußland ein. Die literarischen Kundgebungen der russischen Marxisten gingen unmittelbar dem Aufmarsch des Proletariats zum Kampf, den berühmten Petersburger Streiks von 1896, voraus, die die Ära der seither unaufhaltsam wachsenden Arbeiterbewegung, dieses machtvollsten Faktors unserer ganzen Revolution, eröffneten.

Die Situation der damaligen Literatur zwang die Sozialdemokraten, in der Sprache Äsops zu sprechen und sich auf ganz allgemeine Thesen, die der Praxis und Politik möglichst fernlagen, zu beschränken. Dieser Umstand vor allem war es, der das Bündnis der verschiedenartigen Ele-

Вл. Ильинъ.

За 12 лѣтъ

СОБРАНІЕ СТАТЕЙ

Томъ первый.

Два направленія въ русскомъ марксизмѣ и русской соціалдемократіи.

С.-ПЕТЕРБУРГЪ.
Типографія В. Безобразовъ и К°. В. О., Большой пр., д. № 61.
1908.

Titelblatt des Sammelbandes der Werke W. I. Lenins „12 Jahre"

Verkleinert

mente des Marxismus im Kampf gegen die Volkstümlerrichtung erleichterte. Neben den im Ausland und den in Rußland lebenden Sozialdemokraten führten diesen Kampf solche Leute wie die Herren Struve, Bulgakow, Tugan-Baranowski, Berdjajew usw. Das waren bürgerliche Demokraten, für die der Bruch mit der Volkstümlerrichtung nicht, wie für uns, den Übergang vom kleinbürgerlichen (oder bäuerlichen) Sozialismus zum proletarischen Sozialismus, sondern den Übergang zum bürgerlichen Liberalismus bedeutete.

Durch die Geschichte der russischen Revolution überhaupt, durch die Geschichte der Kadettenpartei im besonderen und namentlich durch die Entwicklung des Herrn Struve (die ihn fast bis zum Oktobrismus geführt hat) ist dies heute zu einer Binsenwahrheit, zur gängigen Scheidemünze der Publizistik geworden. Damals, in den Jahren 1894/1895, mußte man diese Wahrheit auf Grund verhältnismäßig kleiner Abweichungen dieses oder jenes Schriftstellers vom Marxismus beweisen, damals mußte diese Münze erst geprägt werden. Meine gegen Herrn Struve gerichtete Arbeit (den Artikel „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve", der mit der Unterschrift K. Tulin in dem von der Zensur verbrannten Sammelband „Materialien zur Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands", St. Petersburg 1895, erschien*) drucke ich daher aus dreierlei Gründen vollständig ab. Erstens, insofern das lesende Publikum das Buch des Herrn Struve und die gegen die Marxisten gerichteten Artikel der Volkstümler in den Jahren 1894/1895 kennengelernt hat, erhält auch eine Kritik am Standpunkt des Herrn Struve Bedeutung. Zweitens ist die Verwarnung, die ein revolutionärer Sozialdemokrat Herrn Struve *gleichzeitig* mit unseren gemeinsamen Kundgebungen gegen die Volkstümler erteilt, von Bedeutung sowohl als Antwort an diejenigen, die uns vielfach das Bündnis mit ähnlichen Herrschaften zum Vorwurf gemacht haben, wie auch für die Einschätzung der sehr bezeichnenden politischen Laufbahn des Herrn Struve. Drittens hat die alte und in vieler Hinsicht veraltete Polemik gegen Struve die Bedeutung eines lehrreichen Beispiels. Dieses Beispiel zeigt den praktisch-politischen Wert einer unversöhnlichen theoretischen Polemik. Übertriebene Neigung zu einer solchen Polemik sowohl gegen die „Ökonomisten" wie gegen die Bernsteinianer und die Mensche-

* Siehe Werke, Bd. 1, S. 339–528. *Die Red.*

wiki hat man den revolutionären Sozialdemokraten unzählige Male zum Vorwurf gemacht. Auch heute noch sind solche Vorwürfe die gängigste Ware bei den „Versöhnlern" innerhalb der sozialdemokratischen Partei und bei den „sympathisierenden" Halbsozialisten außerhalb derselben. Man spricht bei uns sehr gern davon, daß die Russen überhaupt, die Sozialdemokraten im besonderen und namentlich die Bolschewiki eine übertriebene Neigung zur Polemik und zu Spaltungen haben. Man vergißt bei uns auch gern, daß die Bedingungen der kapitalistischen Länder überhaupt, die Bedingungen der bürgerlichen Revolution in Rußland im besonderen und namentlich die Bedingungen des Lebens und der Tätigkeit unserer Intelligenz eine übertriebene Neigung zu Sprüngen vom Sozialismus zum Liberalismus hervorbringen. Von diesem Standpunkt aus ist es ganz und gar nicht unnütz zu betrachten, was vor zehn Jahren war, welche theoretischen Differenzen mit dem „Struvismus" sich schon damals bemerkbar machten, aus welchen kleinen (auf den ersten Blick kleinen) Meinungsverschiedenheiten die völlige gegenseitige politische Abgrenzung der Parteien und der unerbittliche Kampf im Parlament, in einer ganzen Reihe von Presseorganen, in den Volksversammlungen usw. entstanden sind.

Zu meinem Artikel gegen Herrn Struve muß ich noch bemerken, daß ihm ein Referat zugrunde liegt, das ich im Herbst 1894 in einem kleinen Zirkel damaliger Marxisten hielt. Von der Gruppe von Sozialdemokraten, die damals in Petersburg arbeiteten und ein Jahr später den Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse gründeten, waren in diesem Zirkel St., R. und ich; von den legal-marxistischen Literaten P. B. Struve, A. N. Potressow und K.[39]. In diesem Zirkel hielt ich ein Referat über „Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur". Wie aus der Formulierung des Themas ersichtlich, war hier die Polemik gegen Herrn Struve unvergleichlich schärfer und (hinsichtlich der sozialdemokratischen Schlußfolgerungen) bestimmter gehalten als in dem im Frühjahr 1895 veröffentlichten Aufsatz. Die Milderungen wurden teils aus Zensurrücksichten vorgenommen, teils aus Rücksicht auf das „Bündnis" mit dem legalen Marxismus für den gemeinsamen Kampf gegen die Volkstümlerrichtung. Daß „der Stoß nach links", den damals Herr Struve von den Petersburger Sozialdemokraten erhielt, nicht ganz ergebnislos blieb, das beweisen deutlich sein Aufsatz in dem verbrannten Sammelband (1895) und einige seiner Aufsätze im „Nowoje Slowo"[40] (1897).

Außerdem muß man bei der Lektüre des gegen Herrn Struve gerichteten Aufsatzes von 1895 berücksichtigen, daß er in vieler Hinsicht ein Konspekt späterer ökonomischer Arbeiten (besonders der „Entwicklung des Kapitalismus") ist. Endlich müssen die Leser auf die letzten Seiten dieses Aufsatzes aufmerksam gemacht werden, auf denen die in den Augen eines Marxisten *positiven* Züge und Seiten der Volkstümlerrichtung als einer revolutionär-demokratischen Strömung in einem unmittelbar vor der bürgerlichen Revolution stehenden Land hervorgehoben werden. Es handelt sich um die theoretische Formulierung derselben Thesen, die 12–13 Jahre später bei den Wahlen zur II. Duma im „Linksblock" und in der „Linksblock"taktik praktisch-politischen Ausdruck gefunden haben. Jener Teil der Menschewiki, der den Gedanken einer revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bekämpfte und die absolute Unzulässigkeit eines Linksblocks verfocht, wurde in dieser Hinsicht einer sehr alten und sehr wichtigen Tradition der revolutionären Sozialdemokraten untreu, einer Tradition, die von der „Sarja"[41] und der alten „Iskra"[42] energisch unterstützt worden war. Es versteht sich von selbst, daß die bedingte und begrenzte Zulässigkeit der „Linksblock"-taktik sich unvermeidlich aus denselben grundlegenden theoretischen Auffassungen des Marxismus über die Volkstümlerrichtung ergibt.

Auf den Aufsatz gegen Struve (1894/1895) folgt: „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten"*, geschrieben Ende 1897 auf Grund der Erfahrungen aus der Arbeit der Sozialdemokraten in Petersburg im Jahre 1895. Die Auffassungen, die in anderen Aufsätzen und Broschüren des vorliegenden Sammelbandes in Form einer Polemik gegen den rechten Flügel der Sozialdemokratie dargelegt werden, behandelt diese Broschüre in positiver Form. Die verschiedenen Vorworte zu den „Aufgaben" werden wieder abgedruckt, um den Zusammenhang dieses Aufsatzes mit den verschiedenen Entwicklungsperioden unserer Partei aufzuzeigen (das Vorwort Axelrods z. B. unterstreicht den Zusammenhang der Broschüre mit dem Kampf gegen den „Ökonomismus", und das Vorwort von 1902 unterstreicht die Evolution der Narodowolzen und der Volksrechtler).

Der Artikel „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus"** erschien in der im Ausland herausgegebenen „Sarja" im

* Siehe Werke, Bd. 2, S. 325–354. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73. *Die Red.*

Jahre 1901. Dieser Artikel liquidiert sozusagen die sozialdemokratischen Beziehungen zu Struve als Politiker. 1895 verwarnte man ihn und grenzte sich von ihm als Verbündeten vorsichtig ab. 1901 erklärt man ihm den Krieg als einem Liberalen, der nicht einmal rein demokratische Forderungen einigermaßen konsequent zu verteidigen vermag.

Im Jahre 1895, einige Jahre vor der „Bernsteiniade" im Westen und vor dem völligen Bruch einer ganzen Reihe „fortschrittlicher" Literaten in Rußland mit dem Marxismus, wies ich darauf hin, daß Herr Struve ein unzuverlässiger Marxist sei, von dem die Sozialdemokraten sich abgrenzen müßten. 1901, einige Jahre vor dem Auftreten der Kadettenpartei in der russischen Revolution und vor dem politischen Fiasko dieser Partei in der I. und II. Duma, wies ich gerade auf jene Züge des bürgerlichen Liberalismus in Rußland hin, die in den Jahren 1905–1907 in politischen Massenaktionen und Kundgebungen zum Ausdruck kamen. Der Artikel „Die Hannibale des Liberalismus" kritisiert die fehlerhaften Betrachtungen eines einzelnen Liberalen, und diese Kritik erweist sich nunmehr als fast restlos anwendbar auf die Politik der größten liberalen Partei in unserer Revolution. Denjenigen, die geneigt sind zu glauben, daß wir Bolschewiki der alten sozialdemokratischen Politik dem Liberalismus gegenüber untreu wurden, als wir in den Jahren 1905–1907 unerbittlich gegen die konstitutionellen Illusionen und gegen die Kadettenpartei kämpften – diesen Leuten wird der Artikel „Die Hannibale des Liberalismus" ihren Irrtum zeigen. Die Bolschewiki sind den Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie treu geblieben und unterlagen nicht dem bürgerlichen Rausch, den die Liberalen in der Epoche des „konstitutionellen Zickzacks" begünstigten und der das Bewußtsein des rechten Flügels unserer Partei vorübergehend umnebelte.

Die folgende Broschüre „Was tun?"* erschien im Ausland ganz zu Anfang des Jahres 1902. Sie enthält eine Kritik des rechten Flügels nicht mehr in literarischen Strömungen, sondern in der sozialdemokratischen Organisation. 1898 fand der I. Parteitag der Sozialdemokraten statt, es wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gegründet. Auslandsorganisation der Partei wurde der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten", dem auch die Gruppe „Befreiung der Arbeit" angehörte. Doch die zentralen Körperschaften der Partei wurden von der Polizei

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 355–551. *Die Red.*

zerschlagen und konnten nicht wiederaufgebaut werden. Tatsächlich bestand keine Einheit der Partei: sie blieb nur eine Idee, eine Direktive. Die Begeisterung für die Streikbewegung und für den ökonomischen Kampf erzeugte damals eine besondere Form des sozialdemokratischen Opportunismus, den sogenannten „Ökonomismus". Als die „Iskra"-Gruppe *ganz zu Ende* des Jahres 1900 ihre Tätigkeit im Ausland begann, war die Spaltung auf diesem Boden schon eine Tatsache. Im *Frühjahr* 1900 trat Plechanow aus dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" aus und gründete eine besondere Organisation „Sozialdemokrat".

Die „Iskra" begann ihre Arbeit formell unabhängig von beiden Fraktionen, doch arbeitete sie im Grunde genommen zusammen mit der Plechanowschen Gruppe gegen den „Auslandsbund". Der Versuch einer Verschmelzung (Konferenz des „Auslandsbundes" und des „Sozialdemokrat" in Zürich, Juni 1901) mißlang. Die Broschüre „Was tun?" gibt eine systematische Darstellung der Gründe für die Trennung und des Charakters der Taktik und Organisationstätigkeit der „Iskra".

Die Broschüre „Was tun?" wird oft von den heutigen Gegnern der Bolschewiki, den Menschewiki, und auch von den Publizisten aus dem bürgerlich-liberalen Lager (den Kadetten, den „Bessaglawzen"[43] vom „Towarischtsch" usw.) angeführt. Ich drucke sie darum mit nur ganz geringen Kürzungen ab, lediglich unter Weglassung von Einzelheiten der Organisationsverhältnisse und geringfügiger polemischer Bemerkungen. Was den Inhalt dieser Broschüre anbelangt, so muß der heutige Leser auf folgendes aufmerksam gemacht werden.

Der Grundfehler jener, die heute gegen „Was tun?" polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk völlig aus dem Zusammenhang einer bestimmten historischen Situation, einer bestimmten, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei herausreißen. In diesen Fehler verfiel zum Beispiel ganz deutlich Parvus (ich spreche schon gar nicht von den zahlreichen Menschewiki), der viele Jahre nach Erscheinen der Broschüre die darin enthaltenen Gedanken über die Organisation von Berufsrevolutionären als falsch oder übertrieben bezeichnete.

Gegenwärtig machen solche Erklärungen einen geradezu komischen Eindruck: als wollte man einen ganzen Entwicklungsabschnitt unserer Partei ignorieren, all die Errungenschaften, die zu ihrer Zeit Kämpfe kosteten, jetzt aber längst gesichert sind und ihren Zweck erfüllt haben.

Gegenwärtig davon zu sprechen, daß die „Iskra" (*in den Jahren 1901 und 1902!*) den Gedanken der Organisation von Berufsrevolutionären übertrieben habe, ist dasselbe, als hätte jemand *nach* dem Russisch-Japanischen Krieg den Japanern vorwerfen wollen, sie hätten die militärischen Kräfte Rußlands übertrieben eingeschätzt und sich vor dem Krieg übertriebene Sorge um den Kampf gegen diese Kräfte gemacht. Die Japaner mußten alle Kräfte gegen ein mögliches Maximum der russischen Kräfte anspannen, um den Sieg zu erringen. Leider urteilen viele nur von außen her über unsere Partei, ohne die Sache zu kennen, ohne zu sehen, daß *heute* die Idee der Organisation von Berufsrevolutionären *bereits* einen vollen Sieg errungen hat. Dieser Sieg aber wäre unmöglich gewesen, wenn man diese Idee seinerzeit nicht in den *Vordergrund* gerückt hätte, wenn man sie nicht in „übertriebener" Weise den Leuten gepredigt hätte, die ihrer Verwirklichung hemmend im Wege standen.

„Was tun?" ist eine *Bilanz* der Taktik, der Organisationspolitik der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902. Eine *„Bilanz"*, nicht mehr und nicht weniger. Wer sich der Mühe unterzieht, sich mit der „Iskra" von 1901 und 1902 bekannt zu machen, der wird sich unzweifelhaft davon überzeugen.* Wer aber über diese Bilanz urteilt, ohne den Kampf der „Iskra" gegen den damals *vorherrschenden* „Ökonomismus" zu kennen und ohne diesen Kampf zu verstehen, der redet einfach in den Wind. Die „Iskra" kämpfte für die Schaffung einer Organisation von Berufsrevolutionären, sie kämpfte besonders energisch dafür in den Jahren 1901 und 1902, sie überwand den damals vorherrschenden „Ökonomismus", sie *schuf* diese Organisation endgültig im Jahre 1903, hielt trotz der darauffolgenden Spaltung unter den Iskristen, trotz aller Aufregungen der Sturm-und-Drang-Periode an dieser Organisation fest, hielt daran im Laufe der ganzen russischen Revolution fest und bewahrte sie von 1901/1902 bis 1907.

Und jetzt, da der Kampf um diese Organisation seit langem beendet ist, da die Saat gesät, das Korn gereift und die Ernte eingebracht ist, kommen Menschen und verkünden: „Übertreibung der Idee der Organisation von Berufsrevolutionären!" Ist das nicht lächerlich?

Man nehme die ganze vorrevolutionäre Periode und die ersten $2^1/_2$ Jahre

* In Band 3 der vorliegenden Ausgabe werden die wichtigsten Aufsätze der „Iskra" aus diesen Jahren abgedruckt.[44]

der Revolution (1905–1907) als Ganzes. Man vergleiche während dieses Zeitabschnittes unsere sozialdemokratische Partei mit anderen Parteien hinsichtlich ihrer Geschlossenheit, ihrer Organisiertheit, ihrer steten Einheitlichkeit. Man wird zugeben müssen, daß *in dieser* Hinsicht die Überlegenheit unserer Partei über *alle* anderen, über die Kadetten, über die Sozialrevolutionäre usw., *unbestreitbar* ist. Die sozialdemokratische Partei hatte sich vor der Revolution ein von allen Sozialdemokraten formell anerkanntes Programm geschaffen, und als sie Änderungen am Programm vornahm, kam es deswegen zu keinen Spaltungen. Die sozialdemokratische Partei berichtete der Öffentlichkeit von 1903 bis 1907 (formell von 1905 bis 1906) trotz der Spaltung am ausführlichsten über ihre innere Lage (Protokolle des zweiten gemeinsamen, des III., bolschewistischen, des IV. oder Stockholmer gemeinsamen Parteitags). Trotz der Spaltung hat die sozialdemokratische Partei früher als alle anderen Parteien das kurze Aufleuchten der Freiheit benutzt, um das Ideal einer demokratischen, offen wirkenden Organisation einschließlich des Prinzips der Wählbarkeit und der Vertretung auf den Parteitagen entsprechend der Anzahl der organisierten Parteimitglieder zu verwirklichen. Das haben bislang weder die Sozialrevolutionäre noch die Kadetten getan, diese fast legale, hervorragend organisierte bürgerliche Partei, die über unvergleichlich größere Geldmittel verfügt als wir, die ungehindert die Presse benutzen und offen existieren kann. Und haben die Wahlen zur II. Duma, an denen alle Parteien teilnahmen, nicht anschaulich bewiesen, daß die organisatorische Geschlossenheit unserer Partei und unserer Dumafraktion höher steht als die aller anderen Parteien?

Man fragt sich: Wer hat denn diese große Geschlossenheit, Festigkeit und Widerstandsfähigkeit unserer Partei geschaffen und in die Wirklichkeit umgesetzt? Das hat die größtenteils unter Mitwirkung der „Iskra" ins Leben gerufene Organisation der Berufsrevolutionäre getan. Wer die Geschichte unserer Partei gut kennt, wer selbst ihren Aufbau miterlebt hat, dem genügt ein einfacher Blick auf die Zusammensetzung der Delegation irgendeiner Fraktion, sagen wir, des Londoner Parteitags, um sich davon zu überzeugen, um sofort den alten Grundstock der Partei zu entdecken, der die Partei am eifrigsten gehegt, gepflegt und großgezogen hat. Die Grundvoraussetzung für diesen Erfolg war natürlich der Umstand, daß die Arbeiterklasse, von deren Elite die Sozialdemokratie ge-

schaffen wurde, sich kraft objektiver ökonomischer Ursachen unter allen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft durch die größte Fähigkeit zur Organisation auszeichnet. Ohne diese Vorbedingung wäre die Organisation von Berufsrevolutionären eine Spielerei, ein Abenteuer, ein bloßes Aushängeschild gewesen, und die Broschüre „Was tun?" betont immer wieder, daß die von ihr befürwortete Organisation nur Sinn hat im Zusammenhang mit der „wahrhaft revolutionären und spontan sich zum Kampf erhebenden Klasse". Doch das objektiv im Proletariat vorhandene Maximum an Fähigkeit, sich als Klasse zusammenzuschließen, wird durch lebendige Menschen, und zwar nicht anders als in bestimmten Formen der Organisation verwirklicht. Keine andere Organisation außer der „Iskra" wäre unter unseren historischen Verhältnissen, im Rußland der Jahre 1900–1905, *imstande gewesen*, eine *solche* sozialdemokratische Arbeiterpartei zu schaffen, wie sie jetzt geschaffen ist. Der Berufsrevolutionär hat seine Aufgabe in der Geschichte des russischen proletarischen Sozialismus erfüllt. Und keine Kraft kann heute mehr dieses Werk zerstören, das längst über den engen Rahmen der „Zirkel" der Jahre 1902–1905 hinausgewachsen ist; keine verspäteten Klagen darüber, daß die Kampfaufgaben von denen übertrieben wurden, die seinerzeit nur durch Kampf den richtigen Weg zur Erfüllung dieser Aufgaben sichern konnten, werden die Bedeutung der schon gemachten Eroberungen verringern.

Ich habe eben den engen Rahmen der Zirkel in der Zeit der alten „Iskra" erwähnt (Ende 1903, mit Nr. 51, machte die „Iskra" eine Schwenkung zum Menschewismus und verkündete: „Zwischen der alten und der neuen ‚Iskra' liegt ein Abgrund" – das sind die Worte Trotzkis in einer von der menschewistischen Redaktion der „Iskra" gebilligten Broschüre). Über dieses Zirkelwesen muß ich dem heutigen Leser einige erklärende Worte sagen. In der Broschüre „Was tun?" wie in der im weiteren abgedruckten Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück"* kann der Leser einen leidenschaftlichen, manchmal geradezu erbitterten Vernichtungskampf der *Auslandszirkel* gegeneinander erkennen. Zweifellos hat dieser Kampf viel Unschönes an sich. Zweifellos ist dieser Kampf der Zirkel eine Erscheinung, wie sie nur in einem noch sehr jugendlichen, unreifen Stadium der Arbeiterbewegung eines Landes möglich ist. Zweifel-

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 197–430. *Die Red.*

los müssen die heute in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung Rußlands tätigen Genossen mit vielen Zirkeltraditionen brechen, müssen sie viele Bagatellen des Zirkellebens und des Zirkelgezänks vergessen und sich darüber hinwegsetzen, um die Aufgaben der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Epoche mit aller Kraft zu erfüllen. Einzig und allein die Erweiterung der Partei durch *proletarische* Elemente, verbunden mit offener Massenarbeit, kann alle von der Vergangenheit ererbten und den Aufgaben der Gegenwart nicht mehr entsprechenden Spuren des Zirkelwesens ausmerzen. Der Übergang zur demokratischen Organisation der Arbeiterpartei, wie er von den Bolschewiki in der „Nowaja Shisn"[45] im November 1905 im selben Augenblick angekündigt wurde*, wo die Voraussetzungen für eine offene Betätigung geschaffen waren – dieser Übergang war seinem Wesen nach bereits ein unwiderruflicher Bruch mit all dem, was sich im alten Zirkelwesen überlebt hatte ...

Ja, „mit all dem, was sich überlebt hatte", denn es genügt nicht, das Zirkelwesen zu verurteilen, man muß verstehen können, was es unter den eigenartigen Bedingungen der früheren Periode bedeutete. Zu ihrer Zeit waren die Zirkel notwendig und spielten eine positive Rolle. In einem autokratisch regierten Land überhaupt und insbesondere unter den Bedingungen, die durch die ganze Geschichte der *russischen* revolutionären Bewegung hervorgebracht waren, *konnte* sich die sozialistische Arbeiterpartei *nicht* anders als aus Zirkeln heraus entwickeln. Zirkel, d. h. enge, abgeschlossene, fast stets auf persönlicher Freundschaft beruhende Gemeinschaften einer sehr geringen Anzahl von Personen, waren eine notwendige Entwicklungsetappe des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Rußland. Mit dem Anwachsen dieser Bewegung erwuchs die Aufgabe, diese Zirkel zu vereinigen, einen festen Zusammenhang zwischen ihnen zu schaffen und ihnen eine kontinuierliche Weiterentwicklung zu ermöglichen. Diese Aufgabe wäre unlösbar gewesen ohne die Schaffung einer festen Operationsbasis „außerhalb der Reichweite" der Selbstherrschaft, *d. h. im Ausland*. Die Auslandszirkel entstanden also aus einer Notwendigkeit heraus. Zwischen ihnen bestand kein Zusammenhang, ihnen fehlte die Autorität einer russischen Partei, unvermeidlich mußte es unter ihnen in der Auffassung der Grundaufgaben der Bewegung im gegebenen Augenblick, d. h. in der Auffassung darüber, *wie* diese oder jene Ope-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 13–23. *Die Red.*

rationsbasis aufgebaut und in welcher Richtung der Gesamtparteiaufbau gefördert werden sollte, Meinungsverschiedenheiten geben. Unter solchen Bedingungen war der Kampf zwischen diesen Zirkeln unabwendbar. Blicken wir jetzt zurück, so erkennen wir klar, welcher Zirkel tatsächlich imstande war, die Funktion einer Operationsbasis zu erfüllen. Damals jedoch, zu Beginn der Tätigkeit verschiedener Zirkel, konnte das niemand sagen, und nur der Kampf konnte den Streit entscheiden. Wie mir erinnerlich, machte Parvus später der alten „Iskra" den Vernichtungskampf der Zirkel gegeneinander zum Vorwurf und predigte nachträglich eine Versöhnungspolitik. Doch das ist hinterher leicht zu sagen, und wer das tut, zeigt, daß er die damaligen Verhältnisse nicht versteht. Erstens gab es kein Kriterium für die Kraft und für die *Bedeutung* dieser oder jener Zirkel. Viele waren aufgeblasene Gebilde, die heute vergessen sind, die aber seinerzeit im Kampf ihre Existenzberechtigung beweisen wollten. Zweitens bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zirkeln darauf, welche *Richtung* der damals noch neuen Arbeit gegeben werden sollte. Ich hob auch damals schon (in „Was tun?") hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten zwar klein schienen, in Wirklichkeit aber größte Bedeutung hätten, denn zu Beginn der neuen Arbeit, zu Beginn der sozialdemokratischen Bewegung werde sich die Bestimmung des allgemeinen Charakters dieser Arbeit und dieser Bewegung in der Propaganda, Agitation und Organisation ganz wesentlich auswirken. Alle späteren Streitigkeiten zwischen den Sozialdemokraten galten der Frage, welche Richtung die politische Tätigkeit der Arbeiterpartei in diesem oder jenem Einzelfall einschlagen sollte. Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben *jeder* sozialdemokratischen Politik überhaupt zu bestimmen.

Das Zirkelwesen hat seine Aufgabe erfüllt und ist jetzt natürlich überholt. Es ist aber deswegen und nur deswegen überholt, weil der Kampf der Zirkel die grundlegenden Fragen der Sozialdemokratie in aller Schärfe zur Debatte gestellt, sie in unversöhnlich revolutionärem Sinne entschieden und damit die feste Basis für eine breitangelegte Parteiarbeit geschaffen hat.

Von den Teilfragen, die im Zusammenhang mit der Broschüre „Was tun?" in der Literatur aufgeworfen wurden, hebe ich nur die zwei folgenden hervor. In der „Iskra" von 1904, bald nach Erscheinen der Bro-

schüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", proklamierte Plechanow einen prinzipiellen Meinungsunterschied zwischen ihm und mir in der Frage der Spontaneität und der Bewußtheit. Ich antwortete weder auf diese Proklamation (abgesehen von einer Bemerkung in der Genfer Zeitung „Wperjod"[46])* noch auf die vielfachen Wiederholungen zu diesem Thema in der menschewistischen Literatur, und zwar deswegen nicht, weil die Plechanowsche Kritik offensichtlich eine leere Krittelei war, die sich auf aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, auf einzelne Ausdrücke stützte, die ich nicht ganz geschickt oder nicht ganz genau formuliert hatte; der allgemeine Inhalt und der ganze Geist der Broschüre wurden ignoriert. „Was tun?" erschien im März 1902. Der Entwurf eines Parteiprogramms (von Plechanow, mit Korrekturen der „Iskra"-Redaktion) erschien im Juni oder Juli 1902. Das Verhältnis der Spontaneität zur Bewußtheit war in diesem Entwurf mit allgemeinem Einverständnis der „Iskra"-Redaktion formuliert worden (die Programmstreitigkeiten fochten Plechanow und ich innerhalb der Redaktion aus; sie bezogen sich aber gar nicht auf diese Frage, sondern auf Fragen der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb, wobei ich eine bestimmtere Formulierung als die von Plechanow verlangte, weiter darauf, ob vom Proletariat oder von den werktätigen Klassen überhaupt gesprochen werden sollte, wobei ich auf einer engeren Festlegung des rein proletarischen Charakters der Partei bestand).

Folglich konnte in dieser Frage von einer prinzipiellen Divergenz zwischen dem Programmentwurf und der Broschüre „Was tun?" gar keine Rede sein. Auf dem zweiten Parteitag (August 1903) polemisierte der damalige „Ökonomist" Martynow gegen unsere Auffassungen über die Spontaneität und die Bewußtheit, wie sie im Programm Ausdruck gefunden hatten. Martynow widersprachen alle Iskristen, was ich in der Broschüre „Ein Schritt vorwärts usw."** besonders hervorhebe. Daher ist es klar, daß es sich eigentlich um eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Iskristen und den „Ökonomisten" handelte, die das angriffen, was die Broschüre „Was tun?" und die Programmentwürfe *gemeinsam* vertraten. Und ich dachte auch auf dem zweiten Parteitag nicht daran, speziell meine eigenen Formulierungen, die ich in „Was tun?" gegeben hatte, für etwas

* Siehe Werke, Bd. 8, S. 236. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 7, S. 221/222. *Die Red.*

„Programmatisches", besondere Prinzipien Darstellendes auszugeben. Im Gegenteil, ich wandte den später so oft zitierten Vergleich mit dem überspannten Bogen an. In „Was tun?" wird der von den „Ökonomisten" überspannte Bogen wieder ausgerichtet, sagte ich (siehe Protokolle des zweiten Parteitags der SDAPR 1903, Genf 1904), und gerade weil wir die Verkrümmungen energisch wieder ausrichten, wird unser „Bogen" immer der straffeste sein.*

Der Sinn dieser Worte ist klar: „Was tun?" korrigiert polemisch den „Ökonomismus", und es ist falsch, den Inhalt der Broschüre außerhalb dieser Aufgabe zu betrachten. Ich möchte bemerken, daß der gegen „Was tun?" gerichtete Artikel Plechanows im Sammelband der neuen „Iskra" („Zwei Jahre") *nicht* abgedruckt ist, und daher will ich hier auf Plechanows Argumente nicht eingehen, sondern nur das Wesen der Sache dem heutigen Leser auseinandersetzen, der Hinweise auf diese Frage in sehr vielen menschewistischen Werken finden kann.

Die zweite Bemerkung gilt der Frage des wirtschaftlichen Kampfes und der Gewerkschaften. In der Literatur werden meine Ansichten in dieser Frage nicht selten falsch wiedergegeben. Ich muß deswegen betonen, daß viele Seiten in „Was tun?" der *ungeheuren* Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes und der Gewerkschaften gewidmet sind. Im besonderen sprach ich mich damals für die *Neutralität* der Gewerkschaften aus. In der Folge *habe ich mich nie anders geäußert*, weder in Broschüren noch in Zeitungsartikeln, was immer auch meine Opponenten behaupten mögen. Erst der Londoner Parteitag der SDAPR und der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart zwangen mich zu der Schlußfolgerung, daß es unzulässig ist, *prinzipiell* die Neutralität der Gewerkschaften zu verfechten. Größte Annäherung der Gewerkschaften an die Partei – das ist das einzig richtige Prinzip. Das Bestreben, die Gewerkschaften der Partei zu nähern und sie mit ihr zu verbinden – das muß unsere Politik sein, und sie muß hartnäckig und konsequent in unserer gesamten Propaganda und Agitation, in unserer Organisationstätigkeit durchgeführt werden, ohne daß wir bloßen „Anerkennungen" nachjagen und ohne daß wir Andersdenkende aus den Gewerkschaften hinauswerfen.

*

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 490. *Die Red.*

Die Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" erschien im Sommer 1904 in Genf. Sie schildert das erste Stadium der Spaltung zwischen Menschewiki und Bolschewiki, die auf dem zweiten Parteitag (August 1903) begann. In dieser Broschüre habe ich etwa die Hälfte gestrichen, denn die geringfügigen Einzelheiten des Organisationskampfes, besonders um die personelle Zusammensetzung der zentralen Körperschaften der Partei, können den heutigen Leser absolut nicht interessieren und verdienen, dem Wesen der Sache nach, vergessen zu werden. Wesentlich erscheint mir hier die Analyse des Kampfes zwischen den auf dem zweiten Parteitag vertretenen taktischen und sonstigen Auffassungen und die Polemik gegen die organisatorischen Auffassungen der Menschewiki: beides ist unerläßlich zum Verständnis des Menschewismus und des Bolschewismus als der Strömungen, die der ganzen Tätigkeit der Arbeiterpartei in unserer Revolution ihren Stempel aufgedrückt haben.

Von den Debatten auf dem zweiten Parteitag der sozialdemokratischen Partei will ich die über das Agrarprogramm erwähnen. Die Ereignisse haben zweifellos bewiesen, daß unser damaliges Programm (Rückgabe der Bodenabschnitte) unverhältnismäßig beschränkt war und die Kräfte der revolutionär-demokratischen Bauernbewegung *unterschätzte*. Darüber werde ich im zweiten Band der vorliegenden Veröffentlichung ausführlicher sprechen.* Hier aber ist wichtig zu betonen, *daß auch dieses unverhältnismäßig beschränkte* Agrarprogramm dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei damals als *zu weitgehend* erschien. Martynow und andere „Ökonomisten" bekämpften es, weil es zu weit gehe! Man kann daraus ersehen, welche ernste praktische Bedeutung der ganze Kampf der alten „Iskra" gegen den „Ökonomismus", der Kampf gegen die Einengung und Herabsetzung des ganzen Charakters der sozialdemokratischen Politik hatte.

Die Differenzen mit den Menschewiki beschränkten sich damals (in der ersten Hälfte von 1904) auf organisatorische Fragen. Ich formulierte die Position der Menschewiki als „Opportunismus in organisatorischen Fragen". In Erwiderung darauf schrieb P. B. Axelrod an Kautsky: „Mit meinem schwachen Verstand kann ich nicht begreifen, was das für ein Ding sein soll, der ‚Opportunismus in organisatorischen Fragen', der da auf den Schauplatz gerückt wird als etwas Selbständiges, ohne jeden organischen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 254/255. *Die Red.*

Zusammenhang mit den programmatischen und taktischen Auffassungen." (Brief vom 6. Juni 1904, abgedruckt im Sammelband der neuen „Iskra" „Zwei Jahre", II. Teil, S. 149.)

Welcher organische Zusammenhang zwischen dem Opportunismus in organisatorischen und dem in taktischen Fragen besteht, hat die ganze Geschichte des Menschewismus in den Jahren 1905–1907 zur Genüge bewiesen. Was aber das „unbegreifliche Ding": „Opportunismus in organisatorischen Fragen" anbelangt, so hat das Leben die Richtigkeit meiner Beurteilung so glänzend bestätigt, wie ich es gar nicht erwarten konnte. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß selbst der *Menschewik* Tscherewanin jetzt zu dem Geständnis gezwungen ist (siehe seine Broschüre über den Londoner Parteitag der SDAPR, 1907), daß aus den organisatorischen Plänen Axelrods (der berüchtigte „Arbeiterkongreß" usw.) nur Spaltungen folgen, die für die Sache des Proletariats verderblich sind. Damit nicht genug. Dieser selbe Menschewik Tscherewanin berichtet dort, daß Plechanow in London innerhalb der menschewistischen Fraktion gegen einen *„organisatorischen Anarchismus"* kämpfen mußte. Nicht ohne Grund habe ich also 1904 gegen den „Opportunismus in organisatorischen Fragen" gekämpft, wenn 1907 Tscherewanin sowohl wie Plechanow bei einflußreichen Menschewiki „organisatorischen Anarchismus" feststellen mußten.

Vom organisatorischen Opportunismus sind die Menschewiki zum taktischen übergegangen. Die Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'"* (erschienen in Genf Ende 1904, ich glaube November oder Dezember) vermerkt ihren ersten Schritt auf diesem Wege. In der heutigen Literatur stößt man nicht selten auf die Behauptung, die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Semstwokampagne seien dadurch hervorgerufen worden, daß die Bolschewiki Demonstrationen vor den Semstwoleuten jeden Nutzen absprachen. Der Leser wird sehen, daß diese Ansicht durchaus falsch ist. Die Meinungsverschiedenheiten entstanden dadurch, daß die Menschewiki damals davon zu sprechen begannen, man dürfe bei den Liberalen keine *Panik* hervorrufen, und noch mehr dadurch, daß nach dem Rostower Streik von 1902, nach den Sommerstreiks und den Barrikaden von 1903, am Vorabend des 9. Januar 1905 die Menschewiki Demonstrationen vor den Semstwoleuten als den *höchsten Typus*

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 503–526. *Die Red.*

einer Demonstration lobpriesen. In Nr. 1 der bolschewistischen Zeitung „Wperjod" (Genf, Januar 1905) findet diese Beurteilung des menschewistischen „Plans einer Semstwokampagne" in der Überschrift eines Feuilletons über diese Frage ihren Ausdruck: „Über gute Demonstrationen der Proletarier und schlechte Betrachtungen einiger Intellektueller."*

Die letzte hier abgedruckte Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution"** ist in Genf im Sommer 1905 erschienen. Hier werden die *grundlegenden* taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki bereits systematisch dargelegt; die Resolutionen des im Frühjahr desselben Jahres in London abgehaltenen (bolschewistischen) „III. Parteitags der SDAPR" und die der menschewistischen Konferenz in Genf gaben diesen Meinungsverschiedenheiten formellen Ausdruck und führten zur *radikalen* Trennung in der Beurteilung unserer ganzen bürgerlichen Revolution vom Standpunkt der Aufgaben des Proletariats. Die Bolschewiki wiesen dem Proletariat die Rolle des *Führers* in der demokratischen Revolution zu. Die Menschewiki beschränkten seine Rolle auf die Aufgaben einer „äußersten Opposition". Die Bolschewiki definierten den Klassencharakter und die Klassenbedeutung der Revolution positiv, indem sie sagten: Eine siegreiche Revolution, das ist eine „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft". Die Menschewiki deuteten den Begriff der bürgerlichen Revolution stets so falsch, daß sie sich im Ergebnis mit einer untergeordneten und von der Bourgeoisie abhängigen Rolle des Proletariats in der Revolution abfanden.

Es ist bekannt, wie sich diese prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der Praxis auswirkten. Boykott der Bulyginschen Duma durch die Bolschewiki und Schwankungen bei den Menschewiki. Boykott der Witteschen Duma durch die Bolschewiki und Schwankungen bei den Menschewiki, die auffordern, zu wählen, aber nicht zur Duma. Unterstützung der Forderung nach Einsetzung eines kadettischen Kabinetts und der kadettischen Politik in der I. Duma durch die Menschewiki und rückhaltlose Aufdeckung der konstitutionellen Illusionen und des konterrevolutionären Charakters der Kadetten durch die Bolschewiki, verbunden mit der Propaganda für die Idee eines „Exekutivkomitees der Linken"[47]. Weiter der

* Siehe Werke, Bd. 8, S. 14–20. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 9, S. 1–130. *Die Red.*

Linksblock der Bolschewiki bei den Wahlen zur II. Duma und die Blocks der Menschewiki mit den Kadetten usw. usf.

Jetzt scheint die „kadettische Periode" der russischen Revolution (ein Ausdruck der Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei", März 1906*) zu Ende zu sein. Der konterrevolutionäre Charakter der Kadetten ist restlos enthüllt. Die Kadetten fangen schon selber an einzugestehen, daß sie die ganze Zeit über die Revolution bekämpft haben, und Herr Struve spricht offenherzig die geheimsten Gedanken des kadettischen Liberalismus aus. Je aufmerksamer das klassenbewußte Proletariat jetzt diese ganze kadettische Periode, diesen ganzen „konstitutionellen Zickzack" rückblickend betrachten wird, desto offensichtlicher wird es werden, daß die Bolschewiki sowohl diese Periode als auch den Charakter der Kadettenpartei im voraus ganz richtig beurteilten, daß die Menschewiki tatsächlich eine falsche Politik trieben, deren objektive Bedeutung der Ersetzung einer selbständigen proletarischen Politik durch eine Politik der Unterordnung des Proletariats unter den bürgerlichen Liberalismus gleichkam.

*

Wenn man den Kampf der zwei Strömungen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie in zwölf Jahren (1895–1907) im allgemeinen betrachtet, so kann man nicht umhin, den Schluß zu ziehen, daß der „legale Marxismus", der „Ökonomismus" und der „Menschewismus" verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben geschichtlichen Tendenz darstellen. Der „legale Marxismus" des Herrn Struve (1894) und anderer Leute seiner Art war die *Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur*. Der „Ökonomismus" als besondere Richtung der sozialdemokratischen Tätigkeit von 1897 und der folgenden Jahre verwirklichte in der Tat das Programm des *bürgerlich-liberalen „Credo"***: für die Arbeiter der wirtschaftliche, für die Liberalen der politische Kampf. Der Menschewismus ist nicht nur eine literarische Strömung, nicht nur eine Richtung der sozialdemokratischen Tätigkeit, sondern eine geschlos-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 193–276. *Die Red.*

** Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

sene Fraktion, die im Verlauf der ersten Periode der russischen Revolution (1905–1907) eine besondere Politik befolgte, eine Politik, durch die *in Wirklichkeit das Proletariat dem bürgerlichen Liberalismus untergeordnet wurde.**

In allen kapitalistischen Ländern ist das Proletariat unvermeidlich durch Tausende von Übergangsstufen mit seinem Nachbarn von rechts, dem Kleinbürgertum, verbunden. In allen Arbeiterparteien bildet sich unvermeidlich ein mehr oder minder deutlich umrissener rechter Flügel, der in seinen Auffassungen, in seiner Taktik, in seiner organisatorischen „Linie" die Tendenzen des kleinbürgerlichen Opportunismus zum Ausdruck bringt. In einem so kleinbürgerlichen Land wie Rußland, in der Periode der bürgerlichen Revolution, in der Periode der ersten Ansätze der jungen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mußten diese Tendenzen viel schroffer, bestimmter und auffallender in Erscheinung treten als irgendwo sonst in Europa. Es gilt, sich mit den verschiedenen Erscheinungsformen dieser Tendenz innerhalb der russischen Sozialdemokratie in ihren verschiedenen Entwicklungsperioden bekannt zu machen, um den revolutionären Marxismus zu festigen, um die russische Arbeiterklasse für ihren Befreiungskampf zu stählen.

September 1907

Veröffentlicht im November 1907 im Sammelband „12 Jahre", Verlag „Serno", St. Petersburg.

Nach dem Text des Sammelbandes.

* Die Analyse des Kampfes der verschiedenen Strömungen und Schattierungen auf dem zweiten Parteitag (siehe die Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904) beweist unwiderleglich den direkten und unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem „Ökonomismus" von 1897 und der folgenden Jahre und dem „Menschewismus". Den Zusammenhang zwischen dem „Ökonomismus" in der Sozialdemokratie und dem „legalen Marxismus" oder „Struvismus" der Jahre 1895–1897 habe ich in der Broschüre „Was tun?" (1902) aufgezeigt. Legaler Marxismus-Ökonomismus-Menschewismus sind nicht nur ideell, sondern auch historisch folgerichtig direkt miteinander verknüpft.

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION

Im Oktober 1905 erlebte Rußland den höchsten revolutionären Aufschwung. Das Proletariat fegte die Bulyginsche Duma hinweg und zog breite Volksmassen in den direkten Kampf gegen die Selbstherrschaft hinein. Im Oktober 1907 haben wir den wahrscheinlich größten Tiefstand des offenen Massenkampfes zu verzeichnen. Doch die Periode des Niedergangs, die nach der Dezemberniederlage von 1905 einsetzte, brachte nicht nur die Blüte der konstitutionellen Illusionen, sondern auch ihren vollen Zusammenbruch mit sich. Die dritte Duma, die nach der Auseinanderjagung zweier Dumas und nach dem Staatsstreich vom 3. Juni einberufen wird, setzt der Periode des Glaubens an ein friedliches Zusammenleben der Selbstherrschaft mit der Volksvertretung ein eindeutiges Ende und eröffnet eine neue Epoche in der Entwicklung der Revolution.

In einem Augenblick wie dem gegenwärtigen drängt sich ein Vergleich zwischen Revolution und Konterrevolution in Rußland, zwischen der Periode des revolutionären Ansturms (1905) und der Zeit der konterrevolutionären Verfassungsspielerei (1906 und 1907) auf. Jede Festsetzung der politischen Linie für die nächste Zeit schließt unvermeidlich einen solchen Vergleich ein. Die Gegenüberstellung der „Fehler der Revolution" oder der „revolutionären Illusionen" einerseits und der „positiven konstitutionellen Arbeit" anderseits bildet das Leitmotiv der gegenwärtigen politischen Literatur. Darüber ereifern sich die Kadetten in den Wahlversammlungen. Darüber singt, redet und schreit die liberale Presse. Dasselbe tut Herr Struve, der seinen Ärger über den endgültigen Zusammenbruch der Hoffnungen auf einen „Kompromiß" mit leidenschaftlicher Erbitterung an den Revolutionären ausläßt. Dasselbe tut Miljukow, der

trotz seiner Affektiertheit und seines Jesuitentums vom Laufe der Ereignisse zu der deutlichen, klaren und – was die Hauptsache ist – wahrheitsgemäßen Erklärung genötigt wurde: „Der Feind steht links." Dasselbe tun die Publizisten im Geiste des „Towarischtsch", die Kuskowa, Smirnow, Plechanow, Gorn, Jordanski, Tscherewanin u. a. m., die den Oktober- und Dezemberkampf als leichtsinnig tadeln und mehr oder weniger offen eine „demokratische" Koalition mit den Kadetten predigen. Die echten kadettischen Elemente dieses trüben Stroms bringen die konterrevolutionären Interessen der Bourgeoisie und die grenzenlos knechtische Gesinnung des intellektuellen Kleinbürgertums zum Ausdruck. Bei jenen Elementen aber, die noch nicht gänzlich auf das Niveau Struves hinabgesunken sind, ist der vorherrschende Zug das *Unverständnis* für den Zusammenhang zwischen Revolution und Konterrevolution in Rußland, die Unfähigkeit, all das, was wir erlebt haben, als eine einheitliche gesellschaftliche Bewegung zu betrachten, die sich nach ihrer inneren Logik entwickelt.

Die Periode des revolutionären Ansturms hat die klassenmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung Rußlands und das Verhalten der verschiedenen Klassen zur alten Selbstherrschaft *in der Aktion* gezeigt. Die Ereignisse haben alle, selbst Leute, die dem Marxismus gänzlich fernstehen, gelehrt, die Zeitrechnung der Revolution mit dem 9. Januar 1905 zu beginnen, d. h. mit der ersten *bewußt* politischen Bewegung von *Massen*, die einer bestimmten *Klasse* angehören. Als die Sozialdemokratie aus der Analyse der ökonomischen Wirklichkeit in Rußland die führende Rolle, die Hegemonie des Proletariats in unserer Revolution ableitete, da schien dies eine abstrakte Bücherweisheit von Theoretikern zu sein. Die Revolution bestätigte unsere Theorie, denn sie ist die einzige wirklich revolutionäre Theorie. Das Proletariat marschierte in der Tat die ganze Zeit an der Spitze der Revolution. Die Sozialdemokratie erwies sich in der Tat als die geistige Vorhut des Proletariats. Der Kampf der Massen entwickelte sich unter Führung des Proletariats außerordentlich rasch – rascher, als es viele Revolutionäre erwartet hatten. Im Laufe eines Jahres schritt er fort bis zu den entschiedensten Formen des revolutionären Ansturms, die die Geschichte überhaupt kennt, bis zum Massenstreik und zum bewaffneten Aufstand. Die Organisation der proletarischen Massen wuchs mit überraschender Schnelligkeit im Verlauf des Kampfes selbst. Nach dem Proletariat begannen auch andere Bevölkerungsschichten sich

zu organisieren und bildeten die Kampfkader des revolutionären Volkes. Es organisierte sich die halbproletarische Masse der Angestellten aller Art, dann die bäuerliche Demokratie, die Berufsintelligenz usw. Die Periode der proletarischen Siege war die Periode eines in Rußland bislang unbekannten, selbst vom europäischen Standpunkt gigantischen Wachstums der Massenorganisiertheit überhaupt. Das Proletariat erreichte in dieser Periode eine ganze Reihe von Verbesserungen seiner Arbeitsbedingungen. Die Bauernmassen erreichten eine „Einschränkung" der Willkür der Gutsbesitzer, eine Herabsetzung des Pachtzinses und der Bodenpreise. Ganz Rußland erreichte ein erhebliches Maß von Versammlungs-, Koalitions- und Redefreiheit, den öffentlichen Verzicht der Selbstherrschaft auf die alte Ordnung und die Anerkennung der Verfassung.

Alles, was die Befreiungsbewegung in Rußland bisher erobert hat, ist ausschließlich und in vollem Umfang durch den revolutionären Kampf der Massen mit dem Proletariat an der Spitze errungen worden.

Die Wende in der Entwicklung des Kampfes tritt mit der Niederlage des Dezemberaufstands ein. In dem Maße, wie der Massenkampf nachläßt, geht die Konterrevolution Schritt für Schritt zur Offensive über. In der Zeit der ersten Duma fand dieser Massenkampf noch sehr nachdrücklich Ausdruck in der Verstärkung der Bauernbewegung, in der Zerstörung zahlreicher Brutstätten der fronherrlichen Gutsbesitzer, in einer ganzen Reihe von Soldatenmeutereien. Damals rückte die Reaktion noch langsam vor, sie konnte sich nicht sofort zum Staatsstreich entschließen. Erst nach der Niederwerfung der Aufstände von Sveaborg und Kronstadt im Juli 1906 schöpft sie Mut, sie führt das Regime der Standgerichte ein, beginnt das Wahlrecht Schritt für Schritt zu beschneiden (Senatserläuterungen[48]), stellt schließlich die zweite Duma endgültig unter Polizeikontrolle und beseitigt die ganze vielgerühmte Verfassung. An die Stelle aller spontan entstehenden, freien Massenorganisationen trat zu jener Zeit der „legale Kampf" im Rahmen der von den Dubassow und Stolypin ausgelegten polizeilichen Verfassung. Die führende Rolle der Sozialdemokratie ging auf die Kadetten über, die in beiden Dumas herrschten. Die Periode des Rückgangs der Massenbewegung war die Zeit höchster Blüte der Kadettenpartei. Sie nutzte diesen Rückgang in ihrem Interesse, indem sie sich als „Kämpfer" für die Verfassung gebärdete. Sie unterstützte mit allen Kräften den Glauben des Volkes an diese Verfassung und predigte,

daß es notwendig sei, sich eben auf den „parlamentarischen" Kampf zu beschränken.

Der Bankrott der „Kadettenverfassung" ist zugleich der Bankrott der Kadettentaktik und Kadettenhegemonie im Befreiungskampf. Der eigennützige Klassencharakter des ganzen Geredes unseres Liberalismus über „revolutionäre Illusionen" und über „Fehler der Revolution" tritt beim Vergleich beider Revolutionsperioden mit aller Klarheit hervor. Der proletarische Massenkampf brachte dem ganzen Volk Eroberungen. Die liberale Führung der Bewegung brachte nichts als Niederlagen. Der revolutionäre Ansturm des Proletariats entwickelte stetig das Bewußtsein der Massen und ihre Organisiertheit, indem er ihnen immer höhere Aufgaben stellte, ihre selbständige Beteiligung am politischen Leben förderte, sie kämpfen lehrte. Die Hegemonie der Liberalen in der Periode der beiden Dumas beeinträchtigte das Bewußtsein der Massen, zersetzte ihre revolutionäre Organisiertheit, stumpfte die Erkenntnis der demokratischen Aufgaben ab.

Die liberalen Führer der I. und der II. Duma demonstrierten dem Volk glänzend den kniefälligen, legalen „Kampf", der zur Folge hatte, daß die autokratischen Fronherren das konstitutionelle Paradies der liberalen Schwätzer mit einem Federstrich hinwegstrichen und höhnisch über die schlaue Diplomatie der bei den Ministern antichambrierenden Politiker lachten. In der ganzen Zeit der russischen Revolution können die Liberalen keine einzige Errungenschaft nachweisen, keinen einzigen Erfolg, kein einziges irgendwie demokratisches Unternehmen, das die Kräfte des Volkes im Kampf um die Freiheit organisiert hätte.

Vor dem Oktober 1905 nahmen die Liberalen mitunter gegenüber dem revolutionären Kampf der Massen eine wohlwollend neutrale Haltung ein, jedoch begannen sie schon damals, ihm entgegenzutreten; sie schickten eine Abordnung mit niederträchtigen Reden zum Zaren, sie unterstützten, nicht aus Unverstand, sondern aus offener Feindschaft gegen die Revolution, die Bulyginsche Duma. Nach dem Oktober 1905 aber taten die Liberalen nichts anderes, als daß sie die Sache der Volksfreiheit schmählich verrieten.

Im November 1905 schickten sie Herrn Struve zu internen Unterredungen zu Herrn Witte. Im Frühjahr 1906 unterminierten sie den revolutionären Boykott, und durch ihre Weigerung, sich vor ganz Europa

offen gegen die Anleihe auszusprechen, verhalfen sie der Regierung zu den Milliarden, die sie für die Eroberung Rußlands brauchte. Im Sommer 1906 schacherten sie insgeheim mit Trepow über Ministerportefeuilles, während sie in der I. Duma die „Linken", d. h. die Revolution, bekämpften. Im Januar 1907 scharwenzelten sie wieder um die Polizeibehörden herum (Besuch Miljukows bei Stolypin). Im Frühjahr 1907 *unterstützten* sie in der II. Duma die Regierung. Die Revolution entlarvte den Liberalismus bemerkenswert rasch und deckte in der Praxis seine konterrevolutionäre Natur auf.

In *dieser* Beziehung war die Periode der konstitutionellen Hoffnungen für das Volk durchaus nicht ohne Nutzen. Die Erfahrungen der ersten und zweiten Duma haben nicht nur die grenzenlos armselige Rolle zu erkennen gelehrt, die der Liberalismus in unserer Revolution spielt. Nein, diese Erfahrungen liquidierten auch praktisch den Versuch, an die Spitze der demokratischen Bewegung eine Partei zu stellen, die nur von politischen Säuglingen oder schwachsinnigen Greisen als wirklich konstitutionell-*„demokratische"* Partei betrachtet werden kann.

1905 und Anfang 1906 war die Klassenzusammensetzung der bürgerlichen Demokratie in Rußland noch nicht allen klar. Die Hoffnung, die Selbstherrschaft ließe sich mit einer wirklichen Vertretung nennenswert breiter Volksmassen vereinigen, hegten nicht nur die unwissenden und eingeschüchterten Bewohner verschiedener Krähwinkel. Auch unter den herrschenden Kreisen des zaristischen Regimes gab es solche Hoffnungen. Warum räumte das Wahlgesetz zur Bulyginschen und zur Witteschen Duma der Bauernschaft eine bedeutende Vertretung ein? Weil der Glaube an die monarchistische Stimmung des Dorfes noch stark war. „Der einfache Bauer wird uns retten", dieser Ausruf einer Regierungszeitung im Frühjahr 1906 brachte die Hoffnung der Regierung auf den konservativen Geist der Bauernschaft zum Ausdruck. Nicht nur, daß die Kadetten damals den Antagonismus zwischen dem Demokratismus der Bauern und dem Liberalismus der Bourgeoisie nicht begriffen, sie fürchteten sogar die Rückständigkeit der Bauern und wünschten nur das eine: die Duma möge dazu beitragen, den konservativen oder gleichgültigen Bauern in einen Liberalen zu verwandeln. Im Frühjahr 1906 sprach Herr Struve einen kühnen Wunsch aus, als er schrieb: „Der Bauer wird in der Duma Kadett sein." Im Sommer 1907 proklamierte derselbe Struve den Kampf gegen

die Trudowiki oder linken Parteien als das Haupthindernis für die Übereinkunft zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und der Selbstherrschaft. Binnen anderthalb Jahren vertauschten die Liberalen die Losung des Kampfes für die politische Aufklärung der Bauern mit der Losung des Kampfes gegen den politisch „allzu" aufgeklärten und anspruchsvollen Bauern!

Dieser Losungswechsel bringt den völligen Bankrott des Liberalismus in der russischen Revolution mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Der Klassenantagonismus zwischen der Masse der demokratischen Landbevölkerung und den fronherrlichen Gutsbesitzern erwies sich ungleich tiefer, als die feigen und stumpfsinnigen Kadetten es sich vorgestellt hatten. Das war der Grund dafür, daß ihr Versuch, im Kampf um die Demokratie die Hegemonie zu übernehmen, so rasch und so endgültig zusammenbrach. Daher erlitt auch ihre ganze „Linie" – Versöhnung der kleinbürgerlichen demokratischen Volksmasse mit den oktobristischen und Schwarzhunderter-Gutsbesitzern – Schiffbruch. Die große, wenn auch negative Errungenschaft der konterrevolutionären Periode beider Dumas besteht in diesem Bankrott der verräterischen „Kämpfer" für die „Volksfreiheit". Der von unten geführte Klassenkampf warf diese Helden der Ministervorzimmer über Bord, machte aus diesen Prätendenten auf die Führung *gewöhnliche*, leicht konstitutionell übertünchte *Lakaien des Oktobrismus*.

Wer diesen Bankrott der Liberalen, die ihre Eignung als Kämpfer für die Demokratie oder zumindest als Kämpfer in den Reihen der Demokratie in der Praxis erprobt haben, noch immer nicht sieht, der hat von der politischen Geschichte der beiden Dumas rein gar nichts begriffen. Aus der gedankenlosen Wiederholung der auswendig gelernten Formel von der Unterstützung der bürgerlichen Demokratie wird bei solchen Leuten ein konterrevolutionäres Gejammer. Die Sozialdemokraten brauchen den Zusammenbruch der konstitutionellen Illusionen nicht zu bedauern. Sie müssen aussprechen, was Marx über die Konterrevolution in Deutschland sagte: Der Gewinn der Völker ist der Verlust ihrer Illusionen.[49] Der Gewinn der bürgerlichen Demokratie in Rußland ist, daß sie untaugliche Führer und laue Verbündete verloren hat. Um so besser für die politische Entwicklung dieser Demokratie.

Nunmehr muß die Partei des Proletariats dafür sorgen, daß die reichen

politischen Lehren unserer Revolution und Konterrevolution von den breiten Massen tiefer durchdacht werden, daß sie immer mehr zum Besitz der breiten Massen werden. Die Periode des Ansturms gegen die Selbstherrschaft hat die Kräfte des Proletariats zur Entfaltung gebracht, hat es über die Grundlagen der revolutionären Taktik belehrt, hat die Bedingungen für den Erfolg des unmittelbaren Massenkampfes aufgezeigt, durch den allein einigermaßen ernsthafte Verbesserungen errungen werden können. Den Aktionen Hunderttausender Arbeiter, die dem alten Absolutismus in Rußland tödliche Schläge versetzten, ging eine lange Periode der Vorbereitung der Kräfte des Proletariats, seiner Erziehung und Organisierung voraus. Vor dem Ausbruch des eigentlichen Massenkampfes war eine langwierige, nach außen hin wenig bemerkbare Arbeit zu leisten – die Leitung des Klassenkampfes des Proletariats in allen seinen Erscheinungsformen, die Schaffung einer festen, zielstrebigen Partei –, eine Arbeit, die die Voraussetzungen dafür schuf, daß sich der ausgebrochene Kampf der Massen in eine Revolution verwandelte. Heute muß das Proletariat als Vorkämpfer des Volkes seine Organisation konsolidieren, sich von allem schimmligen Intellektuellenopportunismus reinigen und seine Kräfte zu erneuter zäher, beharrlicher Arbeit sammeln. Die Aufgaben, die der russischen Revolution durch den Gang der Geschichte und auf Grund der objektiven Lage der breiten Massen gestellt werden, sind nicht gelöst. Die Elemente einer neuen, das ganze Volk erfassenden politischen Krise sind nicht nur nicht beseitigt, sondern haben sich im Gegenteil vertieft und erweitert. Der Eintritt dieser Krise wird das Proletariat wieder an die Spitze der allgemeinen Volksbewegung stellen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei muß bereit sein, diese Rolle zu übernehmen. Und auf einem Boden, gedüngt von den Ereignissen des Jahres 1905 und der darauffolgenden Jahre, wird die Saat eine zehnmal bessere Ernte zeitigen. Wenn einer Partei von einigen tausend klassenbewußten, fortgeschrittenen Arbeitern Ende 1905 eine Million Proletarier gefolgt ist, so wird unsere Partei, die in ihren Reihen Zehntausende in der Revolution geschulter und im Kampf aufs engste mit der Arbeitermasse verbundener Sozialdemokraten zählt, jetzt Millionen und aber Millionen mitreißen und den Feind niederwerfen.

Unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse sind sowohl die sozialistischen als auch die demokratischen Aufgaben der Arbeiterbewegung

in Rußland ungleich deutlicher umrissen worden, nachdrücklicher in den Vordergrund getreten. Der Kampf gegen die Bourgeoisie erreicht eine höhere Stufe. Die Kapitalisten schließen sich zu gesamtrussischen Verbänden zusammen, verbünden sich enger mit der Regierung, greifen häufiger zu den extremsten Mitteln des wirtschaftlichen Kampfes und scheuen auch Massenaussperrungen nicht, um das Proletariat zu „zügeln". Doch nur absterbende Klassen fürchten sich vor Verfolgungen, das Proletariat hingegen wächst um so rascher an Zahl, schließt sich um so rascher zusammen, je raschere Erfolge die Herren Kapitalisten zu verzeichnen haben. Die ökonomische Entwicklung sowohl Rußlands wie der ganzen Welt bürgt für die Unbesiegbarkeit des Proletariats. Erstmalig in unserer Revolution begann sich die Bourgeoisie zu einer Klasse, zu einer geschlossenen und bewußten politischen Kraft herauszubilden. Um so erfolgreicher wird auch die Organisierung der Arbeiter ganz Rußlands zu einer einheitlichen Klasse vor sich gehen. Um so tiefer wird die Kluft zwischen der Welt des Kapitals und der Welt der Arbeit, um so klarer wird das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter sein. Die sozialistische Agitation unter dem Proletariat wird, durch die Erfahrungen der Revolution bereichert, bestimmter werden. Die politische Organisierung der Bourgeoisie ist der beste Anstoß, damit sich die sozialistische Arbeiterpartei endgültig formiert.

Die Aufgaben dieser Partei im Kampf um die Demokratie können von nun an nur unter „sympathisierenden" Intellektuellen, die auf dem Sprunge sind, zu den Liberalen überzugehen, Diskussionen auslösen. Den Arbeitermassen sind diese Aufgaben im Feuer der Revolution merklich klargeworden. Daß die Bauernmassen die Grundlage, und zwar die einzige Grundlage der bürgerlichen Demokratie als einer geschichtlichen Kraft in Rußland sind, das weiß das Proletariat aus Erfahrung. Die Rolle des Führers dieser Massen im Kampf gegen die fronherrlichen Gutsbesitzer und die zaristische Selbstherrschaft hat das Proletariat bereits im gesamtnationalen Maßstab übernommen, und keine Kraft vermag jetzt mehr, die Arbeiterpartei vom richtigen Weg abzubringen. Die Rolle der liberalen Kadettenpartei, die die Bauernschaft unter der Flagge des Demokratismus unter die Fittiche des Oktobrismus bringen wollte, ist ausgespielt, und die Sozialdemokratie wird ungeachtet vereinzelter Nörgler die Massen weiterhin über diesen Bankrott der Liberalen aufklären, wird

ihnen klarmachen, daß die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, wenn sie sich nicht endgültig vom Bündnis mit den Lakaien des Oktobrismus frei macht.

Niemand kann heute sagen, wie sich die weiteren Geschicke der bürgerlichen Demokratie in Rußland gestalten werden. Möglicherweise wird der Bankrott der Kadetten zur Entstehung einer demokratischen Bauernpartei führen – einer wirklichen Massenpartei und nicht einer Terroristenorganisation, wie sie die Sozialrevolutionäre noch immer sind. Möglich aber auch, daß die objektiven Schwierigkeiten für den politischen Zusammenschluß des Kleinbürgertums eine solche Partei nicht zustande kommen lassen und die bäuerliche Demokratie auf lange Zeit hinaus in ihrem gegenwärtigen Zustand einer schwammigen, formlosen, gallertartigen „Trudowiki"masse verbleibt. In dem einen wie im anderen Fall ist unsere Linie die gleiche: durch rücksichtslose Kritik an jeglichem Schwanken, durch unversöhnlichen Kampf gegen den Anschluß der Demokratie an den Liberalismus, der seinen konterrevolutionären Charakter vollauf bewiesen hat, die demokratischen Kräfte zu schmieden.

Je weiter die Reaktion geht, je zügelloser der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer wütet, je mehr er sich die Selbstherrschaft unterordnet, um so langsamer wird sich die ökonomische Entwicklung Rußlands und seine Befreiung von den Überresten der Leibeigenschaft vollziehen. Das aber bedeutet: um so stärker wird sich der bewußte und kämpferische Demokratismus in den Massen des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums entwickeln. Um so stärker wird der Massenwiderstand gegen Hungersnöte, Gewalt und Verhöhnung sein, wozu die Oktobristen die Bauernschaft verdammen. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß, wenn der Zeitpunkt des unvermeidlichen Aufschwungs des Kampfes um die Demokratie gekommen ist, die Bande liberaler Karrieristen, die sich Kadettenpartei nennt, die Reihen der Demokratie nicht noch einmal spalten und Zwietracht säen kann. Entweder mit dem Volk oder gegen das Volk – schon längst hat die Sozialdemokratie alle, die auf die Rolle „demokratischer" Führer der Revolution Anspruch erheben, vor diese Alternative gestellt. Nicht alle Sozialdemokraten haben es bisher verstanden, konsequent an dieser Linie festzuhalten; manche sind selber auf die Versprechungen der Liberalen hereingefallen, manche drückten, was das Techtelmechtel dieser Liberalen mit der Konterrevolution angeht, ein

Auge zu. Jetzt sind wir bereits durch die Erfahrungen der ersten beiden Dumas gewitzigt.

Die Revolution hat das Proletariat den Massenkampf gelehrt. Die Revolution hat bewiesen, daß es im Kampf für die Demokratie die Bauernmassen mit sich fortreißen kann. Die Revolution hat die rein proletarische Partei enger zusammengeschlossen und kleinbürgerliche Elemente von ihr abgestoßen. Die Konterrevolution hat es der kleinbürgerlichen Demokratie abgewöhnt, sich in den Reihen des Liberalismus, der den Massenkampf mehr als das Feuer fürchtet, Führer und Verbündete zu suchen. Gestützt auf diese Lehren der Ereignisse, können wir der Regierung der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer getrost zurufen: Nur immer so weiter, ihr Herren Stolypin! Ihr sät, und wir werden ernten!

„Proletari" Nr. 17,
20. Oktober 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE DRITTE DUMA

Die Regierung heimst die Früchte des ruchlosen Verbrechens ein, das sie am 3. Juni am Volke beging. Die Mißgeburt eines Wahlgesetzes, das nicht nur den Willen des ganzen Volkes, sondern selbst der wahlberechtigten Minderheit zu Nutz und Frommen eines Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten gänzlich entstellt, hat dem Zarismus die heißbegehrten Ergebnisse gebracht. Von den 442 Abgeordneten, die in die Duma gewählt werden sollen, sind in dem Augenblick, da der vorliegende Artikel geschrieben wird, 432 gewählt; zu wählen sind noch 10, so daß die Gesamtergebnisse der Wahl bereits hinreichend klar sind. Nach einer annähernd genauen Berechnung sind gewählt: 18 Sozialdemokraten, 13 andere Linke, 46 Kadetten, 55 Abgeordnete anderer, ihnen nahestehender Gruppen, 92 Oktobristen, 21 Anhänger verschiedener ihnen verwandter Gruppen, 171 Rechte verschiedener Art, darunter 32 Mitglieder des „Bundes des russischen Volkes", und 16 Parteilose.

Somit können sämtliche Abgeordnete, die unbedeutende Gruppe Parteiloser ausgenommen, in vier Gruppen eingeteilt werden: die extreme Linke – insgesamt etwas über 7 Prozent, das linke (kadettische) Zentrum 23 Prozent, das rechte (oktobristische) Zentrum 25,1 Prozent und die Rechte 40 Prozent; die Parteilosen machen etwas unter 4 Prozent aus.

Keine dieser Gruppen, einzeln genommen, hat die absolute Mehrheit. Entspricht dieses Resultat völlig den Wünschen und Erwartungen der Inspiratoren und Verfasser des neuen Wahlgesetzes? Wir glauben, daß man diese Frage bejahen kann und daß das neue russische „Parlament" vom Standpunkt der herrschenden Gruppen, die den absolutistischen

Zarismus unterstützen, im wahrsten Sinne des Wortes eine „chambre introuvable"* ist.

Gibt es doch bei uns, wie in jedem Lande mit absolutistischem oder halbabsolutistischem Regime, eigentlich zwei Regierungen: eine offizielle – das Ministerkabinett, und eine hinter den Kulissen – die Hofkamarilla. Diese letztere stützt sich immer und überall auf die reaktionärsten Schichten der Gesellschaft, auf den feudalen, wie es bei uns heißt, Schwarzhunderteradel, der seine wirtschaftliche Kraft aus dem Großgrundbesitz und der damit verbundenen halbfronherrlichen Wirtschaft schöpft. Verweichlicht, verderbt, degeneriert, ist diese soziale Gruppe ein Muster niederträchtigsten Schmarotzertums. Wie weit diese Verderbtheit geht, zeigt der Skandalprozeß Moltke–Harden in Berlin, in dessen Verlauf die schmutzige Kloake der einflußreichen Kamarilla am Hofe des halbabsolutistischen deutschen Kaisers, Wilhelms II., aufgedeckt wurde. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß auch bei uns in Rußland in den entsprechenden Kreisen solche Abscheulichkeiten keine Ausnahme bilden. Die gewaltige Masse der „Rechten" in der III. Duma wird, jedenfalls in ihrer großen Mehrheit, wenn nicht in ihrer Gesamtheit, die Interessen eben dieses sozialen Schimmels und Rostes, dieser „übertünchten Särge", des Erbstücks der finsteren Vergangenheit, verteidigen. Für diese Mastodonten und Ichthyosaurier – denn „Auerochsen" ist für sie eine zu schmeichelhafte Benennung – ist die Erhaltung der Fronherrenwirtschaft, der Adelsprivilegien und des absolutistisch-feudalen Regimes eine Lebensfrage.

Die Mastodonten und Ichthyosaurier setzen gewöhnlich ihre ganze Kraft ein, um mit Hilfe ihrer Allmacht bei Hofe auch die offizielle Regierung, das Ministerkabinett, in ihre volle, uneingeschränkte Gewalt zu bekommen. Gewöhnlich besteht auch das Kabinett zum guten Teil aus ihren Kreaturen. Doch ist es gang und gäbe, daß die Zusammensetzung seiner Mehrheit den Anforderungen der Kamarilla nicht voll entspricht. Dem vorsintflutlichen Räuber, dem Räuber der Fronherrenepoche, macht in diesem Fall der Räuber der Epoche der ursprünglichen Akkumulation Konkurrenz; er ist ebenfalls roh, gierig, parasitär, aber einigermaßen von Kultur beleckt und – was die Hauptsache ist – ebenfalls bestrebt, aus der staatlichen Futterkrippe einen fetten Happen in der Form von Garantien,

* Eine Kammer, wie sie besser nicht zu finden ist ... so nannte 1815 Ludwig XVIII. die extrem-reaktionäre französische Deputiertenkammer.

Subventionen, Konzessionen, Schutzzöllen usw. zu erwischen. Diese Schicht der Grundbesitzer- und Industriebourgeoisie, die für die Epoche der ursprünglichen Akkumulation charakteristisch ist, findet ihren Ausdruck im Oktobrismus und den diesem verwandten Strömungen. Viele Interessen sind ihr mit den Schwarzhundertern sans phrases* gemeinsam – wirtschaftliches Schmarotzertum, Privilegien und Hurrapatriotismus sind vom oktobristischen Standpunkt aus ebenso notwendig wie von dem der Schwarzhunderter.

So kommt die aus Schwarzhundertern und Oktobristen bestehende Mehrheit der III. Reichsduma zustande: sie erreicht die ansehnliche Zahl von 284 Mann von 432, d. h. 65,7 Prozent, mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten.

Das ist die feste Stütze, die der Regierung die Möglichkeit sichert, eine Agrarpolitik zu betreiben, die den bankrotten Gutsbesitzern hilft, ihre Ländereien vorteilhaft zu liquidieren und dabei die landarmen Bauern bis aufs Hemd auszuplündern, die es ihr ermöglicht, aus der Arbeitsgesetzgebung ein Werkzeug der brutalsten Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital zu machen und auf finanzpolitischem Gebiet die Hauptlast der Steuern nach wie vor auf die Schultern der Volksmassen zu legen. Das ist die feste Stütze des Protektionismus und Militarismus. Der konterrevolutionäre Charakter der aus Oktobristen und Schwarzhundertern gebildeten Mehrheit wird von niemandem bestritten.

Aber – und das ist des Pudels Kern – es ist nicht die einzige Mehrheit in der III. Duma. Es gibt noch eine andere Mehrheit.

Die Schwarzhunderter sind zuverlässige Bundesgenossen der Oktobristen, ebenso wie die Hofkamarilla Bundesgenosse des Ministerkabinetts ist, was die Verteidigung des Zarismus betrifft. Doch so wie die Hofkamarilla keinen organischen Hang verspürt, ein Bündnis mit dem Ministerkabinett einzugehen, sondern es eher beherrschen will, so sehnen sich auch die Schwarzhunderter nach einer Diktatur über die Oktobristen, springen sie mit ihnen nach Belieben um, sind sie bestrebt, sie sich zu unterwerfen.

Die Interessen des Kapitalismus, sei es auch eines grob räuberischen, parasitären, sind nicht zu vereinbaren mit der uneingeschränkten Herrschaft des feudalen Grundbesitzes. Jede der beiden miteinander verwand-

* ohne Umschweife. *Die Red.*

ten sozialen Gruppen will einen möglichst großen und fetten Bissen erhaschen – daher ihre unvermeidlichen Differenzen in Fragen der örtlichen Selbstverwaltung und der zentralen Organisation der Staatsmacht. In den Semstwos und in den Stadtdumas brauchen die Schwarzhunderter nichts anderes, als schon da ist, im Zentrum aber heißt es – „Nieder mit der verdammten Verfassung". Die Oktobristen brauchen in den Semstwos wie in den Dumas eine Verstärkung ihres Einflusses, im Zentrum aber brauchen sie eine wenn auch nur sehr kümmerliche, für die Massen rein fiktive „Verfassung".

Nicht umsonst schimpft das „Russkoje Snamja"[50] auf die „Oktoberleute", während der „Golos Moskwy"[51] seinerseits findet, in der III. Duma seien mehr Rechte als notwendig.

Nun werden die Oktobristen durch den objektiven Gang der Dinge gezwungen, in dieser Beziehung nach Bundesgenossen zu suchen. Im linken (kadettischen) Zentrum, das schon seit langem seine aufrichtige Verfassungstreue verkündet, wären diese Verbündeten längst zu finden gewesen, doch hat die Sache einen Haken, daß die heute von den Kadetten vertretene junge russische Bourgeoisie der Epoche der kapitalistischen Akkumulation aus ihrer Vergangenheit noch sehr unbequeme Freunde und gewisse unangenehme Traditionen bewahrt hat. Übrigens stellte sich heraus, daß man auf politischem Gebiet den Traditionen leicht Valet sagen kann: schon längst, noch vor der ersten Duma, haben sich die Kadetten zum Monarchismus bekannt, in der zweiten Duma haben sie auf ein verantwortliches Ministerium stillschweigend verzichtet, und die kadettischen Gesetzentwürfe über diverse „Freiheitsrechte" enthalten so viel Schlagbäume, Drahtverhaue und Wolfsgruben gegen diese Freiheitsrechte, daß man zu den schönsten Hoffnungen auf weitere Fortschritte in dieser Richtung berechtigt ist. Zum Aufstand und Streik nahmen die Kadetten schon vorher eine vorwurfsvolle Haltung ein – zuerst mit freundlichem, dann mit melancholischem Vorwurf; nach dem Dezember 1905 verwandelte sich der Vorwurf halb in Geringschätzung, nachdem aber die erste Duma auseinandergejagt worden war, in strikte Ablehnung und Tadel. Diplomatie, Kompromiß, Kuhhandel mit den Machthabern – das ist die Grundlage der Kadettentaktik. Was aber die unbequemen Freunde anbelangt, so werden sie schon seit langem einfach „Nachbarn" genannt, und unlängst wurden sie lauthals zu „Feinden" erklärt.

Eine Einigung ist also möglich, und so sehen wir eine neue, wiederum konterrevolutionäre Mehrheit – die oktobristisch-kadettische. Sie zählt zwar einstweilen etwas weniger als die Hälfte der bereits gewählten Abgeordneten – 214 von 432, aber erstens werden sich ihr zweifellos, wenn nicht alle, so doch zumindest ein Teil der Parteilosen anschließen, und zweitens ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie bei den weiteren Wahlen einen Zuwachs erhalten wird, da die Städte und ein großer Teil der Gouvernements-Wahlversammlungen, in denen die Wahlen noch nicht vollzogen sind, in ihrer überwiegenden Mehrheit entweder Oktobristen oder Kadetten wählen werden.

Die Regierung betrachtet sich als Herr der Lage. Die liberale Bourgeoisie nimmt dies anscheinend als Tatsache hin. Unter diesen Verhältnissen muß eine Übereinkunft mehr denn je den Stempel des niederträchtigsten und verräterischsten Kompromisses tragen, genauer – den Stempel des Verzichts auf alle auch nur entfernt demokratischen Positionen des Liberalismus. Es ist klar, daß durch eine solche Übereinkunft, ohne eine neue Massenbewegung, keine auch nur halbwegs demokratische Gestaltung der lokalen Verwaltung und der zentralen gesetzgeberischen Organe erreicht werden kann. Die oktobristisch-kadettische Mehrheit ist nicht imstande, uns das zu geben. Kann man aber von der Mehrheit aus Schwarzhundertern und Oktobristen, von erzreaktionären Gutsbesitzern im Bündnis mit räuberischen Kapitalisten, eine halbwegs annehmbare Lösung der Agrarfrage und eine Erleichterung der Lage der Arbeiter erwarten? Auf diese Frage kann nur bitteres Lachen die Antwort sein.

Die Lage ist klar: *unsere „chambre introuvable" ist nicht imstande, die objektiven Aufgaben der Revolution auch nur in der kümmerlichsten Weise zu lösen.* Sie vermag die tiefen Wunden, die die alte Ordnung Rußland geschlagen hat, nicht einmal notdürftig zu heilen – sie kann diese Wunden nur mit kümmerlichen, nichtssagenden Scheinreformen verdecken.

Die Wahlresultate bestätigen ein übriges Mal unsere feste Überzeugung: *Rußland kann aus seiner heutigen Krise nicht auf friedlichem Wege herausgelangen.*

Unter solchen Verhältnissen sind die nächsten Aufgaben, vor denen die Sozialdemokratie gegenwärtig steht, vollkommen klar. Die Sozialdemokratie, die im Sieg des Sozialismus ihr Endziel sieht, die überzeugt

ist, daß es zur Erreichung dieses Zieles der politischen Freiheit bedarf, und zugleich in Rechnung stellt, daß es gegenwärtig unmöglich ist, diese Freiheit auf friedlichem Wege, ohne offene Massenaktionen, zu verwirklichen – die Sozialdemokratie ist nach wie vor verpflichtet, die demokratischen und revolutionären Aufgaben in den Vordergrund zu rücken, ohne selbstverständlich auch nur einen Augenblick lang auf die Propagierung des Sozialismus, auf die Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen im engen Sinne des Wortes zu verzichten. Als Vertreterin der fortschrittlichsten, der revolutionärsten Klasse der modernen Gesellschaft, des Proletariats, das in der russischen Revolution seine Befähigung bewiesen hat, die Rolle des Führers im Massenkampf zu übernehmen, ist die Sozialdemokratie verpflichtet, in jeder Weise dazu beizutragen, daß das Proletariat diese Rolle auch in dem kommenden neuen Stadium des revolutionären Kampfes ausübt, in einem Stadium, für das im Vergleich zu früher ein viel stärkeres Übergewicht des Bewußtseins über die Spontaneität charakteristisch ist. Zu diesem Zweck ist die *Sozialdemokratie verpflichtet, mit allen Kräften die Hegemonie über die demokratischen Massen anzustreben und die revolutionäre Energie dieser Massen zu entwickeln.*

Dieses Bestreben bringt die Partei des Proletariats in scharfen Konflikt mit anderen politischen Klassenorganisationen, die entsprechend den Interessen der von ihnen vertretenen Gruppen die demokratische Revolution hassen und fürchten, und zwar nicht nur als solche schlechthin, sondern auch, weil sie – besonders angesichts der Hegemonie des Proletariats – die sozialistische Gefahr in sich birgt.

Es ist ganz klar und unterliegt keinem Zweifel, daß beide Dumamehrheiten, die aus Schwarzhundertern und Oktobristen bestehende und die oktobristisch-kadettische, auf die die Stolypinregierung sich abwechselnd stützen, mit deren Hilfe sie balancieren will – daß beide Mehrheiten, jede in ihrer Art, in verschiedenen Fragen, konterrevolutionär sein werden. Von einem *Kampf* der einen oder anderen Mehrheit oder auch nur einzelner ihrer Elemente gegen das Kabinett, von einem einigermaßen planmäßigen und systematischen Kampf, kann keine Rede sein. Möglich sind nur einzelne, vorübergehende Konflikte. Solche Konflikte sind möglich vor allem zwischen den Schwarzhunderterelementen der ersten Mehrheit und der Regierung. Man darf aber nicht vergessen, daß das keine irgendwie tiefen Konflikte sein können, und daß die Regierung, ohne auch

nur im geringsten den konterrevolutionären Boden zu verlassen, gestützt auf die zweite Mehrheit, höchst bequem und leicht aus diesen Konflikten als Sieger hervorgehen kann. Beim besten Willen können die revolutionären Sozialdemokraten und mit ihnen alle revolutionär gesinnten Elemente der III. Duma diese Konflikte im Interesse der Revolution nicht anders als zu rein agitatorischen Zwecken ausnutzen; von „Unterstützung" eines der beiden streitenden Gegner kann hier keine Rede sein, denn eine solche Unterstützung wäre selbst eine konterrevolutionäre Handlung.

Etwas mehr und besser werden sich vielleicht die eventuellen Konflikte zwischen den einzelnen Elementen der zweiten Mehrheit – den Kadetten einerseits, den Oktobristen und der Regierung anderseits – ausnutzen lassen. Doch auch hier ist die Lage so, daß die Konflikte nicht nur kraft subjektiver Stimmungen und Absichten, sondern auch infolge der objektiven Verhältnisse nicht tief und nur vorübergehend sein werden, sie werden nur ein Mittel sein, das den politischen Schacherern den Abschluß ihres Geschäfts unter Bedingungen erleichtert, die zwar äußerlich anständiger aussehen, in Wirklichkeit aber den Interessen der Demokratie zuwiderlaufen. *Die Sozialdemokratie muß* folglich, ohne auf die Ausnutzung selbst solcher oberflächlichen und nicht häufigen Konflikte zu verzichten, *einen hartnäckigen Kampf für die demokratischen und revolutionären Aufgaben, nicht nur gegen die Regierung, die Schwarzhunderter und die Oktobristen, sondern auch gegen die Kadetten führen.*

Dies sind die wichtigsten *Ziele*, die sich die Sozialdemokratie in der dritten Reichsduma setzen muß. Ganz klar, daß es die gleichen Ziele sind, die vor der Partei des Proletariats in der zweiten Duma standen. Sie sind in Punkt 1 der Resolution des Londoner Parteitags über die Reichsduma mit aller Klarheit formuliert. Dieser Punkt lautet: „Die unmittelbar politischen Aufgaben der Sozialdemokratie in der Duma bestehen darin: a) dem Volke klarzumachen, daß die Duma völlig untauglich ist, die Forderungen des Proletariats und des revolutionären Kleinbürgertums, insbesondere der Bauernschaft zu verwirklichen; b) dem Volke klarzumachen, daß es unmöglich ist, die politische Freiheit auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen, solange die reale Macht in den Händen der Zarenregierung ist, ihm klarzumachen, daß der offene Kampf der Volksmassen gegen die bewaffnete Macht der Selbstherrschaft unvermeid-

lich ist – ein Kampf, dessen Ziel die Gewährleistung eines vollen Sieges ist, d. h. der Übergang der Macht in die Hände der Volksmassen und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts."

In dieser Resolution, insbesondere in ihren letzten Worten, ist auch die wichtigste *spezielle* Aufgabe der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der dritten Duma formuliert, eine Aufgabe, die die sozialdemokratischen Abgeordneten in Verbindung mit der Entlarvung der ganzen Ruchlosigkeit des Verbrechens vom 3. Juni erfüllen müssen. Natürlich dürfen sie dabei nicht vom liberalen Standpunkt eines formalen Verfassungsbruchs ausgehen, sondern sie müssen dieses Verbrechen als freche und brutale Verletzung der Interessen der breiten Volksmassen, als schamlose und empörende Verfälschung der Volksvertretung kennzeichnen. Daraus muß sich auch die *Aufklärung der breiten Volksmassen darüber ergeben, daß die III. Duma den Interessen und Forderungen des Volkes in keiner Weise entspricht, und im Zusammenhang damit eine wirkungsvolle und energische Propagierung des Gedankens einer über alle Macht verfügenden, in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl gewählten Konstituierenden Versammlung.*

Dieselbe Londoner Resolution bestimmt mit größter Klarheit den Charakter der Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in der Reichsduma mit den folgenden Worten: „In den Vordergrund gerückt werden muß die kritische, propagandistische, agitatorische und organisatorische Rolle der sozialdemokratischen Dumafraktion"; „der allgemeine Charakter des Kampfes in der Duma muß dem ganzen Kampf des Proletariats außerhalb der Duma untergeordnet sein, wobei es besonders wichtig ist, den wirtschaftlichen Massenkampf auszunutzen und seinen Interessen zu dienen." Es liegt auf der Hand, in welch engem, unlöslichem Zusammenhang ein solcher Charakter der Dumaarbeit mit den Zielen steht, die sich die Sozialdemokratie, wie oben gesagt, gegenwärtig in der Duma setzen muß. Unter Bedingungen, die Massenbewegungen überaus wahrscheinlich erscheinen lassen, wäre eine friedliche gesetzgeberische Arbeit der Sozialdemokraten in der dritten Duma nicht nur unzweckmäßig, nicht nur lächerliche Donquichotterie, sondern auch direkter Verrat an den proletarischen Interessen. Es würde für die Sozialdemokratie unvermeidlich bedeuten, „ihre Losungen herabzuwürdigen, was nur geeignet wäre, die

Sozialdemokratie in den Augen der Masse zu diskreditieren und vom revolutionären Kampf des Proletariats zu trennen". Ein größeres Verbrechen könnten die Vertreter des Proletariats in der Duma nicht begehen.

Die kritische Tätigkeit der Sozialdemokratie muß in ihrem ganzen Umfang entfaltet und aufs höchste zugespitzt werden, um so mehr als die III. Duma Material dazu im Überfluß liefern wird. Die Sozialdemokraten in der Duma sind verpflichtet, die Klassengrundlage aller in der Duma erörterten Maßnahmen und Vorschläge sowohl der Regierung als auch der Liberalen völlig zu enthüllen, wobei sie, in voller Übereinstimmung mit der Parteitagsresolution, jenen Maßnahmen und Vorschlägen besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, die die wirtschaftlichen Interessen der breiten Volksmassen berühren; hierher gehören die Arbeiter- und die Agrarfrage, die Frage des Budgets usw. In allen diesen Fragen muß die Sozialdemokratie dem Standpunkt der Regierung und der Liberalen ihre sozialistischen und demokratischen Forderungen entgegenstellen, sind doch diese Fragen der empfindlichste Nerv des Volkslebens und zugleich der wundeste Punkt der Regierung und jener sozialen Gruppen, auf die sich beide Dumamehrheiten stützen.

Alle diese agitatorischen, propagandistischen und organisatorischen Aufgaben werden die Sozialdemokraten in der Duma nicht nur mit Hilfe ihrer Reden von der Dumatribüne herab verwirklichen, sondern auch indem sie Gesetzentwürfe und Interpellationen an die Regierung einbringen. Doch hier gibt es eine ernsthafte Schwierigkeit: um einen Gesetzentwurf oder eine Interpellation einzubringen, sind die Unterschriften von mindestens *dreißig* Abgeordneten erforderlich.

Es gibt in der III. Duma keine dreißig Sozialdemokraten, und es wird sie auch nicht geben. Das steht fest. Folglich kann die Sozialdemokratie *allein*, ohne Mitwirkung anderer Gruppen, weder Gesetzentwürfe einbringen noch interpellieren. Zweifellos erschwert und kompliziert das die Sache außerordentlich.

Es handelt sich selbstverständlich um Gesetzentwürfe und Interpellationen konsequent demokratischen Charakters. Kann die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht auf Mitwirkung der Konstitutionell-demokratischen Partei rechnen? Natürlich nicht. Werden etwa die Kadetten, die heute schon durchaus zu einem unverhüllten Kompromiß unter Bedingungen bereit sind, bei denen von ihren ohnehin so kümmerlichen, durch verschiedene

Klauseln und Ausnahmen zu einem Minimum zusammengeschrumpften Programmforderungen überhaupt nichts übrigbleibt – werden denn die Kadetten sich entschließen, die Regierung durch demokratische Interpellationen zu reizen? Wir alle erinnern uns, daß schon in der zweiten Duma die Reden der interpellierenden kadettischen Redner immer blasser wurden und sich bald zu kindlichem Lallen, bald zu höflichen, ja sogar ehrerbietigen, sozusagen von Bücklingen begleiteten Anfragen verwandelten. Heute aber, wo die „Arbeitsfähigkeit" der Duma, was das Knüpfen von Netzen für das Volk anbelangt – von recht festen, sicheren Netzen, die zu Ketten werden sollen –, schon sprichwörtlich geworden ist, können Ihre Exzellenzen, die Herren Minister, ruhig schlafen: von kadettischer Seite wird man sie nur selten stören – nun ja, man muß doch gesetzgeberisch tätig sein! Und wenn man sie wirklich stören sollte, so jedenfalls unter Beachtung aller Höflichkeitsregeln. Nicht umsonst verspricht Miljukow in Wahlversammlungen, „das Flämmchen zu hüten". Und etwa Miljukow allein? Was hat die von Dan vertretene bedingungslose Ablehnung der Losung „Nieder mit der Duma" zu bedeuten? Etwa nicht dasselbe „Hüten des Flämmchens"? Und ist es nicht die gleiche Richtung der „Höflichkeit", die Plechanow der Sozialdemokratie mit seiner „Unterstützung der liberalen Bourgeoisie" anrät, deren „Kampf" auf nichts anderes hinausläuft als auf Reverenzen und tiefe Bücklinge?

Von einem Anschluß der Kadetten an sozialdemokratische Gesetzentwürfe kann keine Rede sein: werden doch diese Gesetzentwürfe klar ausgeprägten agitatorischen Charakter tragen, werden sie doch in vollem Umfang konsequent demokratische Forderungen zum Ausdruck bringen – das aber wird bei den Kadetten nicht minder Ärgernis erregen als bei den Oktobristen, ja selbst den Schwarzhundertern.

Folglich kann man auch hier mit den Kadetten nicht rechnen. Bei der Einbringung von Interpellationen und Gesetzentwürfen kann die Sozialdemokratie nur von links von den Kadetten stehenden Gruppen Unterstützung erwarten. Es scheint, daß zusammen mit den Sozialdemokraten eine Gruppe von 30 Abgeordneten zustande kommt, so daß die volle technische Möglichkeit bestehen wird, in dieser Beziehung Initiative zu entfalten. Es handelt sich dabei natürlich nicht um einen beliebigen Block, sondern um jene „gemeinsamen Aktionen", die, wie es in der Resolution des Londoner Parteitags heißt, „jede Möglichkeit aller wie immer ge-

arteten Abweichungen von dem Programm und der Taktik der Sozialdemokratie ausschließen müssen und nur den Zwecken gemeinsamen Vorgehens gleichzeitig gegen die Reaktion und gegen die verräterische Taktik der liberalen Bourgeoisie dienen".

„Proletari" Nr. 18, 29. Oktober 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

ÜBER EINEN ARTIKEL PLECHANOWS[52]

In seinem Artikel im „Towarischtsch" vom 20. Oktober setzt Plechanow seine Kampagne der Lüge und des Hohns gegen die Disziplin der Sozialdemokratischen Partei fort. Hier einige Beispiele dafür, wie er lügt: „Der ‚Towarischtsch' war bekanntlich ein Organ des Linksblocks", wendet Plechanow auf die Beschuldigung ein, daß er zum ständigen Mitarbeiter solcher Herrschaften wie Prokopowitsch, Kuskowa und Co. geworden ist. Das ist eine Lüge. Erstens war der „Towarischtsch" niemals ein Organ des Linksblocks. Der Linksblock konnte kein gemeinsames Organ haben. Zweitens haben die Bolschewiki im „Towarischtsch" niemals irgendeine politische Kampagne geführt, sie sind in einer solchen Zeitung niemals gegen Mitglieder unserer Sozialdemokratischen Partei aufgetreten. Drittens haben die Bolschewiki, als sie den Linksblock schufen, den „Towarischtsch" *gespalten*, indem sie aus ihm (freilich nur für eine Woche) diejenigen *vertrieben*, die für die Kadetten eintraten. Plechanow aber *drängt* sowohl das Proletariat als auch die kleinbürgerliche Demokratie zu Lakaiendiensten für die Kadetten. Die Bolschewiki, die sich am „Towarischtsch" nicht beteiligten, haben ihn nach links gedrängt. Plechanow beteiligt sich und zieht nach rechts. Man muß schon sagen, sein Hinweis auf den Linksblock ist gelungen!

Plechanow, der auf diese Art und Weise die Frage umgeht, daß man ihn in eine bürgerliche Zeitung aufnimmt, weil er Dinge schreibt, die der Bourgeoisie angenehm sind, verschafft den Liberalen ein noch größeres Vergnügen, indem er sich über die Disziplin der Arbeiterpartei lustig macht. Ich bin nicht verpflichtet, ruft er aus, mich zu unterwerfen, wenn man von mir Verrat an den Prinzipien verlangt!

Das ist eine abgedroschene anarchistische Phrase, Verehrtester, denn über die Prinzipien der *Partei* wacht von Parteitag zu Parteitag das Zentralkomitee und interpretiert sie. Sie sind im Recht, den Gehorsam zu verweigern, wenn das ZK gegen den Willen des Parteitags, gegen das Parteistatut usw. verstößt. In diesem Fall aber hat kein Mensch auch nur versucht, zu behaupten, das ZK hätte durch seine Direktiven zu den Wahlen gegen den Willen des Parteitags verstoßen. Mit dem Gerede vom „Verrat an den Prinzipien" will Plechanow also einfach seinen *Verrat an der Partei* bemänteln.

Schließlich möchte Plechanow dem St.-Petersburger Komitee einen Stich versetzen: bei den Wahlen zur II. Duma habe es sich selber dem Zentralkomitee nicht untergeordnet. Erstens, antworten wir darauf, hat das St.-Petersburger Komitee sich geweigert, der Forderung nachzukommen, die Organisation zu teilen, d. h., es hat eine Einmischung in seine *vom Parteistatut garantierte* Autonomie abgewiesen. Zweitens haben die Menschewiki bei den Wahlen zur II. Duma die Organisation *gespalten*. Über diese Seite des damaligen Konflikts schweigt Plechanow in der bürgerlichen Zeitung! Die Argumente Plechanows laufen auf das eine hinaus: bei den Wahlen zur II. Duma haben die Menschewiki den Petersburger Teil der Partei gespalten – also habe ich jetzt das Recht, die ganze Partei zu spalten!! Dies ist Plechanows Logik, dies sind Plechanows Taten. Mögen sich das alle gut einprägen: *Plechanow sät die Spaltung*. Er hat nur Angst, die Sache beim Namen zu nennen.

„Proletari" Nr. 18, 29. Oktober 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

KONFERENZ DER ST.-PETERSBURGER ORGANISATION DER SDAPR[53]

27. Oktober (9. November) 1907

1

REFERAT ÜBER DIE III. REICHSDUMA

Aus einem Zeitungsbericht

Der Referent charakterisierte vor allem die Zusammensetzung der III. Duma. Die Regierung hat das Wahlgesetz vom 3. Juni auf einem einfachen empirischen Weg derart zurechtgeschnitten, daß nunmehr in der Duma *zwei Mehrheiten möglich sind*: eine aus Oktobristen und Schwarzhundertern bestehende und eine oktobristisch-kadettische. Sowohl die eine wie die andere ist unbedingt konterrevolutionär. Die Regierung wird sich in ihrer reaktionären Politik bald auf die eine, bald auf die andere stützen. Sie wird dabei ihre absolutistisch-fronherrlichen Handlungen hinter Redensarten über papierene „Reformen" verbergen. Die Kadetten werden in Wirklichkeit die verräterische Politik der Konterrevolution treiben, sich aber in Worten als Partei der wahrhaft demokratischen Opposition ausgeben.

Eine Übereinkunft der Kadetten mit den Oktobristen in der Duma ist unausbleiblich, und die ersten Schritte dazu sind bereits getan, wie der Referent an Hand einer Reihe von Zitaten aus der Parteipresse der Kadetten wie der Oktobristen, an Hand einer Reihe von Tatsachen aus dem Leben dieser Parteien und durch Mitteilungen vom letzten Parteitag der Kadetten beweist. Die Kadettenpolitik des Kompromisses mit dem alten Regime wird in der III. Duma noch deutlicher als bisher zutage treten, und niemand wird mehr an ihrem wahren Charakter zweifeln können.

Doch weder die erste noch die zweite Dumamehrheit ist objektiv imstande, den dringendsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen einigermaßen breiter Massen des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Demokratie Genüge zu tun. Nach wie vor wird es vor allem die Sozialdemokratie sein, die die Nöte dieser Volksschichten zum Ausdruck bringt. Zusammensetzung und Tätigkeit der III. Duma stellen der Sozialdemokratie reiches und ausgezeichnetes Agitationsmaterial in Aussicht, das gegen die Schwarzhunderterregierung, die offen fronherrlichen Gutsbesitzer, die Oktobristen und gegen die Kadetten ausgenutzt werden muß. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nach wie vor, den Gedanken der auf der Grundlage des allgemeinen usw. Wahlrechts zu wählenden, das ganze Volk vertretenden Konstituierenden Versammlung in den breitesten Volksmassen zu popularisieren. Von einer Unterstützung „linker" Oktobristen oder der Kadetten in der Duma kann daher keine Rede sein. Wie gering an Zahl die Sozialdemokraten in der III. Duma auch sind, so müssen sie trotzdem eine selbständige sozialistische und konsequent demokratische Linie verfolgen und dazu die Dumatribüne, das Interpellationsrecht usw. ausnutzen. Gewisse Abkommen können nur mit der Gruppe der linken Abgeordneten getroffen werden (besonders da ja 30 Unterschriften erforderlich sind, um eine Interpellation einzubringen), doch nur wenn diese Abkommen dem Programm und der Taktik der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ein Informationsbüro zu organisieren, das niemanden bindet, sondern lediglich der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, auf die linken Abgeordneten einzuwirken.

Aus den Reihen der Sozialdemokratie, bemerkte ferner der Referent, ertönen bereits Stimmen, die eine Unterstützung „linker" Oktobristen (z. B. bei den Präsidiumswahlen), die Organisierung eines mit den Kadetten gemeinsamen Informationsbüros und die, wie man sagt, „Bewahrung" unserer Dumafraktion verlangen. Das von menschewistischer Seite kommende Gerede über eine Unterstützung der Oktobristen demonstriert äußerst anschaulich das völlige Fiasko der menschewistischen Taktik. Als die Duma kadettisch war, traten auch die Menschewiki laut und vernehmlich für eine Unterstützung der Kadetten ein. Kaum hat aber Stolypin das Wahlgesetz in einem für die Oktobristen günstigen Sinne geändert, und schon sind die Menschewiki bereit, die Oktobristen zu unter-

stützen. Wie weit werden es die Menschewiki auf diesem Wege schließlich noch bringen?

Ein mit den Kadetten gemeinsames Informationsbüro hält der Referent für unzulässig, denn dies hieße die eigenen offenen Feinde informieren.

Über die „Bewahrung" der Fraktion meinte der Referent: Die Fraktion muß in der Tat bewahrt werden. Aber zu welchem Zweck? Einzig damit sie in der Duma das Banner der Sozialdemokratie hochhält, damit sie dort einen unversöhnlichen Kampf gegen die Konterrevolutionäre aller Gattungen und Schattierungen, von den Schwarzhundertern bis zu den Kadetten, führt. Keinesfalls aber damit sie „linke" Oktobristen und Kadetten unterstützt. Wenn die Unterstützung dieser Gruppen, d. h. die Unterstützung des Paktes mit der Stolypinschen Selbstherrschaft, eine Vorbedingung ihrer Existenz wäre, so würde es für sie besser sein, ihre Existenz ehrenvoll aufzugeben und, wenn sie aus der Duma vertrieben werden sollte, das ganze Volk darüber aufzuklären, weshalb sie vertrieben wurde.

In seinem Schlußwort ging Lenin hauptsächlich auf den Grundfehler des Menschewismus ein – auf den Gedanken der „gesamtnationalen Opposition". Die russische Bourgeoisie war im eigentlichen Sinne des Wortes niemals revolutionär, und zwar aus durchaus begreiflichem Grunde: infolge der Stellung der Arbeiterklasse in Rußland und ihrer Rolle in der Revolution. Nach einer Analyse aller übrigen Argumente der Menschewiki beantragte er die Annahme der in Nr. 19 des „Proletari" abgedruckten Resolution.

„Proletari" Nr. 20,
19. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

2

RESOLUTION ÜBER DIE III. REICHSDUMA

Die Konferenz der St.-Petersburger Organisation der SDAPR erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion in der III. Duma verpflichtet ist, sich von der Resolution des Londoner Parteitags über die Reichsduma sowie der Resolution über die nichtproletarischen Parteien leiten zu lassen, und erachtet es für notwendig, in Weiterentwicklung dieser Resolutionen folgendes festzustellen:

1. In der III. Duma zeichnen sich bereits zwei Mehrheiten ab: eine aus Schwarzhundertern und Oktobristen bestehende und eine oktobristisch-kadettische. Die erste ist konterrevolutionär, tritt besonders für eine Verschärfung der Repressalien und für den Schutz der Gutsbesitzerprivilegien ein und geht dabei so weit, die volle Wiederherstellung der Selbstherrschaft zu erstreben. Die zweite Mehrheit ist ebenfalls absolut konterrevolutionär, ist aber geneigt, die Bekämpfung der Revolution durch einige bürokratische Schein„reformen" zu verschleiern.

2. Eine solche Situation in der Duma begünstigt das politische Doppelspiel sowohl von seiten der Regierung als auch von seiten der Kadetten außerordentlich. Die Regierung will die Repressalien verschärfen und fortfahren, Rußland mit militärischer Gewalt zu „erobern", zugleich aber als Anhängerin konstitutioneller Reformen gelten. Die Kadetten wollen sich, obwohl sie in Wirklichkeit mit den konterrevolutionären Oktobristen stimmen, nicht nur als Opposition, sondern auch als Vertreter der Demokratie ausgeben. Der Sozialdemokratie fällt unter diesen Verhältnissen ganz besonders die Aufgabe zu, dieses Spiel schonungslos aufzudecken, die Gewalttaten der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer und der Regierung wie auch die konterrevolutionäre Natur der Kadetten vor dem Volke zu enthüllen. Direkte oder indirekte Unterstützung der Kadetten durch die

Sozialdemokratie (sei es in Form der Stimmabgabe für rechte Kadetten oder „linke" Oktobristen bei den Präsidiumswahlen, sei es in Form eines Informationsbüros mit Beteiligung der Kadetten, in Form der Koordinierung des eigenen Vorgehens mit ihrer Politik usw.) wäre jetzt direkte Schädigung der Klassenerziehung der Arbeitermassen und der Sache der Revolution.

3. Indem die Sozialdemokraten ihre sozialistischen Ziele ohne jegliche Einschränkung verfechten und von diesem Standpunkt aus an allen, selbst an den allerdemokratischsten und „trudowikischen" Parteien der Bourgeoisie Kritik üben, müssen sie in den Vordergrund ihrer Agitation die Aufklärung der breiten Volksmassen über die Tatsache rücken, daß die III. Duma den Interessen und Forderungen des Volkes in keiner Weise entspricht, und im Zusammenhang damit (müssen sie) wirkungsvoll und energisch den Gedanken einer in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl gewählten Konstituierenden Versammlung propagieren.

4. Zu den Hauptaufgaben der Sozialdemokratie in der III. Duma gehört die Aufdeckung des wahren Klasseninhalts der Anträge der Regierung und der Liberalen unter besonderer Berücksichtigung der Fragen, die die ökonomischen Interessen der breiten Volksmassen berühren (Arbeiter- und Agrarfrage, Budget usw.) – um so mehr als die Zusammensetzung der III. Duma außerordentlich reiches Material für die agitatorische Tätigkeit der Sozialdemokratie in Aussicht stellt.

5. Insbesondere muß die Sozialdemokratie in der Duma das Interpellationsrecht ausnutzen, zu welchem Zweck ein gemeinsames Vorgehen mit anderen, links von den Kadetten stehenden Gruppen notwendig ist, jedoch ohne irgendwie von Programm und Taktik der Sozialdemokratie abzuweichen und ohne Blockbündnisse irgendwelcher Art einzugehen.

Um den Fehler, den die Sozialdemokratie in der II. Duma begangen hat, nicht zu wiederholen, muß die sozialdemokratische Fraktion den linken und nur den linken (d. h. zum Kampf gegen die Kadetten fähigen) Dumaabgeordneten unverzüglich die Bildung eines Informationsbüros vorschlagen, das seine Teilnehmer in keiner Weise bindet, den Arbeiterabgeordneten jedoch die Möglichkeit gibt, die Demokratie im Geiste der sozialdemokratischen Politik systematisch zu beeinflussen.

„Proletari" Nr. 19, 5. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

3

REFERAT ÜBER DIE MITARBEIT VON SOZIALDEMOKRATEN AN DER BÜRGERLICHEN PRESSE

Aus einem Zeitungsbericht

Das zweite Referat des Gen. Lenin behandelte die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse. Der Referent legte den Standpunkt der beiden Flügel der internationalen Sozialdemokratie zu dieser Frage dar, insbesondere die Auffassungen der Orthodoxen und der Revisionisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Orthodoxen stimmten auf dem Dresdener Parteitag[54] einer Formulierung zu, in der die Mitarbeit an einer der Sozialdemokratie nicht feindlich gegenüberstehenden Presse als zulässig bezeichnet wird – mit der Begründung, daß dies praktisch auf ein vollständiges Verbot hinauslaufe, denn es gebe in der heutigen entwickelten kapitalistischen Gesellschaft keine bürgerlichen Zeitungen, die der Sozialdemokratie nicht feindlich gegenüberstünden.

Der Referent steht auf dem Standpunkt, daß eine *politische* Mitarbeit an der bürgerlichen Presse, insbesondere an der angeblich parteilosen, absolut unzulässig ist. Solche Zeitungen, wie z. B. der „Towarischtsch", fügen der Sozialdemokratie durch ihren verhüllten heuchlerischen Kampf gegen sie viel größeren Schaden zu als die der Sozialdemokratie offen feindlichen bürgerlichen Parteiblätter. Die beste Illustration dafür sind die Äußerungen Plechanows, Martows, Gorns, Kogans u. a. m. im „Towarischtsch". Alle diese Äußerungen sind gegen die Partei gerichtet, und in Wirklichkeit haben nicht die sozialdemokratischen Genossen die bürgerliche Zeitung „Towarischtsch" ausgenutzt, sondern diese Zeitung nutzte die genannten Genossen gegen die ihr verhaßte SDAPR aus. Kein einziger Artikel von Sozialdemokraten, der der Redaktion des „Towarischtsch" nicht behagt hätte, ist bisher in dieser Zeitung erschienen.

„Proletari" Nr. 20, 19. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

VIERTE KONFERENZ DER SDAPR („DRITTE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ")[55]

5.–12. (18.–25.) November 1907

1

REFERAT ÜBER DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAKTION IN DER III. REICHSDUMA

Aus einem Zeitungsbericht

Gen. Lenin ging von der Voraussetzung aus, daß die objektiven Aufgaben der russischen Revolution nicht gelöst sind und die eingetretene Periode der Reaktion das Proletariat vor die Aufgabe stellt, die Sache der Demokratie und der Revolution entgegen dem allgemeinen Schwanken besonders hartnäckig zu verfechten. Daher die Auffassung, daß die Duma zu revolutionären Zwecken ausgenutzt werden muß, und zwar hauptsächlich in Richtung einer möglichst weitgehenden Verbreitung der politischen und sozialistischen Auffassungen der Partei, nicht aber in Richtung gesetzgeberischer „Reformen", die in jedem Fall eine Unterstützung der Konterrevolution und in jeder Hinsicht eine Einschränkung der Demokratie bedeuten werden.

Den „Kernpunkt" der Dumafrage soll, nach den Ausführungen des Gen. Lenin, die Klarstellung folgender drei Punkte bilden: a) wie ist die Klassenzusammensetzung der Duma? b) wie muß und wird die Stellung der Dumazentren zur Revolution und zur Demokratie sein? und c) welche Bedeutung hat die Dumatätigkeit im Entwicklungsgang der russischen Revolution?

Zum ersten Punkt betonte Gen. Lenin auf Grund einer Analyse der Zusammensetzung der Duma (nach den Angaben über die Parteizuge-

hörigkeit der Abgeordneten), daß die Durchsetzung der Auffassungen der vielgerühmten sogenannten „Opposition" in der III. Duma nur unter einer Bedingung möglich ist: bei einem Zusammengehen von mindestens 87 Oktobristen mit den Kadetten und den Linken. Den Kadetten und Linken fehlen für die bei einer Abstimmung über Gesetzentwürfe erforderliche Mehrheit 87 Stimmen. Eine gesetzgeberische Tätigkeit in der Duma ist also faktisch nur bei unbedingter Beteiligung der übergroßen Mehrheit der Oktobristen möglich. Es ist klar, was das Resultat einer solchen gesetzgeberischen Tätigkeit sein kann, es ist klar, daß ein Zusammengehen mit den Oktobristen die Sozialdemokratie mit Schimpf und Schande bedecken würde. Es handelt sich hier nicht um ein abstraktes Prinzip. Abstrakt gesprochen, kann, ja muß man manchmal Vertreter der Großbourgeoisie unterstützen. In diesem Fall aber muß man den konkreten Entwicklungsbedingungen der russischen bürgerlich-demokratischen Revolution Rechnung tragen. Die russische Bourgeoisie hat schon längst den Weg des Kampfes gegen die Revolution und der Kompromisse mit der Selbstherrschaft betreten. Der letzte Parteitag der Kadetten hat alle Feigenblätter, mit denen die Herren Miljukow ihre Blöße bedeckten, endgültig heruntergerissen. Er stellt ein wichtiges politisches Ereignis dar, haben doch die Kadetten mit zynischer Offenheit erklärt, sie gingen in die Oktobristen- und Schwarzhunderterduma, um sich gesetzgeberisch zu betätigen, die „Feinde von links" aber würden sie bekämpfen. Somit werden beide in der Duma möglichen Mehrheiten, die aus Oktobristen und Schwarzhundertern bestehende und die kadettisch-oktobristische, auf verschiedenen Wegen bestrebt sein, den Knoten der Reaktion möglichst fest zu knüpfen: die erste in dem Bestreben, die Selbstherrschaft wiederherzustellen, die zweite durch Übereinkünfte mit der Regierung und durch Scheinreformen, die die konterrevolutionären Bestrebungen der Bourgeoisie verbergen. Die Sozialdemokratie kann sich also nicht auf den Standpunkt der Unterstützung gesetzgeberischer Reformen stellen, was einer Unterstützung einer *Regierungspartei*, der oktobristischen Partei, gleichkommen würde. Der Weg der „Reformen" bedeutet auf dem gegebenen politischen Boden und bei dem gegebenen Kräfteverhältnis keine Verbesserung der Lage der Massen, keine Erweiterung der Freiheit, sondern bürokratische Reglementierung der Unfreiheit und der Versklavung der Massen. Solcher Art sind z. B. die Agrarreformen Stolypins auf

Grund des Artikels 87.[56] Sie sind fortschrittlich, denn sie ebnen dem Kapitalismus den Weg, aber kein Sozialdemokrat könnte sich entschließen, einen derartigen Fortschritt zu unterstützen. Die Menschewiki wiederholen immer wieder die eine Schablone: Die Klasseninteressen der Bourgeoisie *müssen* mit der Selbstherrschaft in Konflikt geraten! Doch enthält dieser vulgäre Quasimarxismus kein Gran historischer Wahrheit. Haben denn Napoleon III. und Bismarck nicht vermocht, die Gelüste der Großbourgeoisie eine Zeitlang zu befriedigen? Haben sie nicht durch ihre „Reformen" die Schlinge um den Hals der werktätigen Massen auf lange Jahre hinaus festgezogen? Welche Gründe können zu der Annahme bewegen, die russische Regierung sei fähig, sich bei ihrem Kuhhandel mit der Bourgeoisie zu Reformen anderer Art zu bequemen?

„Proletari" Nr. 20,
19. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

2

RESOLUTION ÜBER DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAKTION IN DER III. REICHSDUMA

Ausgehend von den Resolutionen des Londoner Parteitags über die Reichsduma und über die nichtproletarischen Parteien, erachtet es die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR für notwendig, in Weiterentwicklung dieser Resolutionen folgendes festzustellen:

1. In der III. Duma, die das Resultat des Staatsstreiches vom 3. Juni ist, sind zwei Mehrheiten möglich: eine aus Schwarzhundertern und Oktobristen bestehende und eine oktobristisch-kadettische. Die erste, die hauptsächlich die Interessen der feudalen Gutsbesitzer vertritt, ist konterrevolutionär, tritt hauptsächlich für den Schutz der Gutsbesitzerinteressen und für eine Verschärfung der Repressalien ein und geht dabei so weit, die volle Wiederherstellung der Selbstherrschaft zu erstreben. Die zweite Mehrheit, die in erster Linie die Interessen der Großbourgeoisie vertritt, ist ebenfalls absolut konterrevolutionär, ist aber geneigt, die Bekämpfung der Revolution durch einige bürokratische Scheinreformen zu verschleiern.

2. Eine solche Situation in der Duma begünstigt das politische Doppelspiel sowohl von seiten der Regierung als auch von seiten der Kadetten außerordentlich. Die Regierung will die Repressalien verschärfen und fortfahren, Rußland mit militärischer Gewalt zu „erobern", zugleich aber als Anhängerin konstitutioneller Reformen gelten. Die Kadetten wollen sich, obwohl sie in Wirklichkeit mit den konterrevolutionären Oktobristen stimmen, nicht nur als Opposition, sondern auch als Vertreter der Demokratie ausgeben. Der Sozialdemokratie fällt unter diesen Verhältnissen ganz besonders die Aufgabe zu, dieses Spiel schonungslos aufzudecken, die Gewalttaten der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer und der Regierung wie

auch die konterrevolutionäre Politik der Kadetten vor dem Volke zu enthüllen. Direkte oder indirekte Unterstützung der Kadetten durch die Sozialdemokratie – sei es in Form eines Informationsbüros mit Beteiligung der Kadetten, sei es durch Anpassung des eigenen Vorgehens an ihre Politik usw. – wäre jetzt direkte Schädigung der Klassenerziehung der Arbeitermassen und der Sache der Revolution.

3. Indem die Sozialdemokraten ihre sozialistischen Ziele verfechten und von diesem Standpunkt aus an allen bürgerlichen Parteien Kritik üben, müssen sie in den Vordergrund ihrer Agitation die Aufklärung der breiten Volksmassen über die Tatsache rücken, daß die III. Duma den Interessen und Forderungen des Volkes in keiner Weise entspricht, und im Zusammenhang damit wirkungsvoll und energisch den Gedanken einer in allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl gewählten Konstituierenden Versammlung propagieren.

4. Zu den Hauptaufgaben der Sozialdemokratie in der III. Duma gehört die Aufdeckung des wahren Klasseninhalts der Anträge der Regierung und der Liberalen bei gleichzeitiger systematischer Gegenüberstellung der Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms in ihrem vollen Umfang und unter besonderer Berücksichtigung der Fragen, die die ökonomischen Interessen der breiten Volksmassen berühren (Arbeiter- und Agrarfrage, Budget usw.) – um so mehr, als die Zusammensetzung der III. Duma außerordentlich reiches Material für die agitatorische Tätigkeit der Sozialdemokratie in Aussicht stellt.

5. Die sozialdemokratische Fraktion muß insbesondere darauf bedacht sein, daß Fälle, in denen die Sozialdemokraten äußerlich ebenso stimmen wie der Schwarzhunderter- und Oktobristenblock oder der oktobristisch-kadettische Block, nicht im Sinne einer Unterstützung des einen oder des anderen Blocks ausgelegt werden können.

6. Die Sozialdemokraten in der Duma müssen Gesetzentwürfe einbringen und das Interpellationsrecht ausnutzen, zu welchem Zweck ein gemeinsames Vorgehen mit anderen, links von den Kadetten stehenden Gruppen notwendig ist, jedoch ohne irgendwie von Programm und Taktik der Sozialdemokratie abzuweichen und ohne Blockbündnisse irgendwelcher Art einzugehen. Die sozialdemokratische Fraktion muß den linken Dumaabgeordneten unverzüglich die Bildung eines Informationsbüros vorschlagen, das seine Teilnehmer in keiner Weise bindet, den Arbeiter-

abgeordneten jedoch die Möglichkeit gibt, die Demokratie im Geiste der sozialdemokratischen Politik systematisch zu beeinflussen.

7. Was die ersten konkreten Schritte der sozialdemokratischen Dumafraktion betrifft, hält die Konferenz es für erforderlich, besonders zu betonen, daß es notwendig ist: 1. eine besondere Deklaration zu verlesen; 2. eine Interpellation über den Staatsstreich vom 3. Juni einzubringen; 3. die Frage der Gerichtsverhandlung gegen die sozialdemokratische Fraktion der II. Reichsduma in der zweckmäßigsten Form in der Duma aufzurollen.

„Proletari" Nr. 20, 19. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

VORBEREITUNG EINER „WIDERLICHEN ORGIE"

Bei einer Einschätzung der Aufgaben der Sozialdemokratie in der zweiten russischen Duma und der Bestrebungen der russischen Liberalen schrieb der bekannte deutsche Marxist Franz Mehring, der deutsche Liberalismus gehe unter dem Deckmantel der Losung „positive Arbeit" schon seit 60 Jahren den Weg des Jammers und der Schande.[57] Wenn die französische Bauernbefreiung durch die Nationalversammlung in einer einzigen Sommernacht des Jahres 1789 vollbracht wurde, so war das nach dem geflügelten Worte des gefeiertsten Helden, den die konstitutionelle Demokratie je gehabt hat, des genial-feilen Abenteurers Mirabeau, eine „widerliche Orgie", während es nach unserer (sozialdemokratischen) Auffassung positive Arbeit war. Umgekehrt: Wenn sich die preußische Bauernbefreiung sechzig Jahre hinschleppte, von 1807 bis 1865, unter unsäglichem Hängen und Würgen und grausam-ruchlosem Erschlagen unzähliger Bauernexistenzen, so war das nach Ansicht unserer Liberalen „positive Arbeit", über die sie nicht genug in die Posaune blasen können, während es nach unserer Auffassung eine „widerliche Orgie" war.

So schrieb Mehring. Man kann nicht umhin, sich jetzt seiner Worte zu erinnern, da die III. Duma zusammentritt, da die Oktobristen im Begriff sind, eine widerliche Orgie zu vollführen, da die Kadetten bereit sind, sich mit Lakaieneifer an ihr zu beteiligen, und da sich selbst unter den Sozialdemokraten (zu unserer Schande) Plechanowanhänger finden, die bereit sind, bei dieser Orgie mitzuhelfen. Betrachten wir alle diese Vorbereitungen etwas näher.

Der Vorabend der dritten Duma war dadurch gekennzeichnet, daß ver-

schiedene Parteien eifrig Beratungen über ihre Taktik in der Duma abhielten. Die Oktobristen arbeiteten in ihrer Moskauer Beratung einen Programmentwurf der Parlamentsfraktion des Verbandes vom 17. Oktober aus, und ihr Redner, Herr Plewako, schwang auf dem Bankett in Moskau „das Banner der russischen konstitutionell-liberalen Partei". In drei oder vier Tagen waren die Kadetten mit ihrem V. sogenannten „Parteitag" fertig. Die linken Kadetten wurden aufs Haupt geschlagen und gänzlich aus dem kadettischen ZK verjagt (das kadettische ZK besteht aus 38 Mitgliedern, die in der „Partei" völlig das Heft in der Hand haben). Die rechten Kadetten erhielten volle Handlungsfreiheit – im Geiste des „Referats über die Taktik in der III. Duma", dieser bemerkenswerten „geschichtlichen" Rechtfertigung der „widerlichen Orgie". Die Sozialdemokraten begannen im ZK und in der Konferenz der St.-Petersburger Organisation der SDAPR mit der Erörterung der in der III. Duma zu befolgenden Taktik.

Das Parlamentsprogramm der Oktobristen zeichnet sich durch das offene *Bekenntnis* zu jener konterrevolutionären Politik aus, die im Grunde genommen in der II. Duma, unter dem Deckmantel von allerhand Phrasen und Vorwänden, auch von den Kadetten betrieben wurde. So z. B. erklären die Oktobristen offen, die Revision der Grundgesetze und des Wahlgesetzes sei „unzeitgemäß": zuerst möge vermittels „einer Reihe unaufschiebbarer Reformen" „Beruhigung" geschaffen und „der Kampf der Leidenschaften und Klasseninteressen überwunden" werden. Die Kadetten haben das nicht ausgesprochen, aber gehandelt haben sie in der II. Duma eben so und nicht anders. Ein weiteres Beispiel. Die Oktobristen sprechen sich „für die Heranziehung eines möglichst breiten Personenkreises zur Teilnahme an der Selbstverwaltung" aus, zugleich aber auch für die „Sicherung der entsprechenden Vertretung" des Adels. Diese offen konterrevolutionäre Haltung ist ehrlicher als die Politik der Kadetten – die allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlen versprechen, in Wirklichkeit aber sowohl in der I. als auch in der II. Duma verzweifelt gegen eine solche Wahl örtlicher Bodenkomitees kämpfen und die Zusammensetzung dieser Komitees aus Bauern und Gutsbesitzern zu gleichen Teilen vorschlagen, d. h. eben jene „Sicherung der Vertretung des Adels". Ein weiteres Beispiel. Die Oktobristen lehnen eine Zwangsenteignung des gutsherrlichen Bodens offen ab. Die Kadetten „erkennen

sie an", doch diese Anerkennung ist so beschaffen, daß sie in der II. Duma, als es darum geht, die Agrardebatte durch eine allgemeine, die Anerkennung der Zwangsenteignung enthaltende Formulierung abzuschließen, mit den Rechten gegen die Trudowiki und die Sozialdemokraten stimmen.

Um der Verankerung der „Siege" der Konterrevolution willen sind die Oktobristen bereit, beliebige liberale Reformen zu versprechen. Dazu gehören sowohl die „Erweiterung der Budgetrechte der Duma" (hört! hört!) als auch die „Erweiterung ihrer Aufsichtsrechte über die Gesetzmäßigkeit der Regierungstätigkeit", die Sicherung der Selbständigkeit der Gerichte, die „Aufhebung der Beschränkungen für wirtschaftliche Arbeiterorganisationen und wirtschaftliche Streiks" („sofern staatliche und öffentliche Interessen nicht bedroht sind"), die „Festigung der Grundlagen der rechtmäßigen bürgerlichen Freiheit" und so weiter und so fort. Die Regierungspartei der „Oktoberleute" wirft ebenso freigebig mit „liberalen" Phrasen um sich wie die Regierung des Herrn Stolypin selbst.

Wie stellten nun die Kadetten auf ihrem Parteitag die Frage ihres Verhältnisses zu den Oktobristen? Das Häuflein der linken Kadetten erwies sich als eine Ansammlung von Schreihälsen, die es nicht einmal verstanden, die Frage vernünftig zu stellen. Die Masse der rechten Ritter des verkleideten Oktobrismus aber schloß sich fest zusammen, um die Wahrheit in der niederträchtigsten Weise zu vertuschen. Die Hilflosigkeit der linken Kadetten trat am deutlichsten in ihrem Resolutionsentwurf zutage: im ersten Punkt werden die Kadetten aufgefordert, „auf streng oppositionellem Boden zu verharren und eine Annäherung an die ihr (der Partei der Kadetten) geistes- und programmfremden Oktobristen abzulehnen". Der zweite Punkt aber fordert sie auf, „die Unterstützung von Gesetzentwürfen nicht zu verweigern, die das Land den Weg der Befreiung und der demokratischen Reformen führen, woher sie auch kommen mögen". Das ist einfach lächerlich, denn von niemand anders als von den Oktobristen *können* in der III. Duma Gesetzentwürfe kommen, die imstande sind, eine Mehrheit zu erlangen! Die Herren linken Kadetten haben ihre Niederlage vollkommen verdient, denn sie haben sich wie kümmerliche Feiglinge oder Narren benommen, nicht fähig, klipp und klar auszusprechen, daß es unanständig ist, sich in einer solchen Duma auf eine gesetzgeberische Tätigkeit einzustellen, und daß eine gemeinsame Stimmabgabe mit den Oktobristen bedeutet, die Konterrevolution

zu unterstützen. Einzelne linke Kadetten verstanden das offenbar, doch als Salondemokraten, die sie sind, bekamen sie es auf dem Parteitag mit der Angst zu tun. Wenigstens gibt Herr Shilkin im „Towarischtsch" folgende *„private"* Äußerung des Kadetten Safonow wieder: „Die Fraktion der Kadetten müßte jetzt, meiner Meinung nach, die Stellung der Trudowikigruppe der I. Duma beziehen. Opposition, zündende Reden – und sonst nichts. *Sie aber wollen Gesetze machen.* In welcher Weise? Freundschaft, *Bündnis mit den Oktobristen?* Ein sonderbarer Zug nach rechts! Das ganze Land steht links, wir aber schauen nach rechts." („Towarischtsch" Nr. 407.) Anscheinend hat Herr Safonow manchmal lichte Augenblicke, da er Scham und Gewissen kennt . . . aber nur privat!

Dafür aber bewiesen Herr Miljukow und seine Bande ihre alten Qualitäten als scham- und gewissenlose Karrieristen aufs glänzendste. In der angenommenen Resolution wurde der Kern der Sache vertuscht, um das breite Publikum zu narren, so wie die liberalen Helden der parlamentarischen Prostitution stets das Volk genarrt haben. In der Resolution des Parteitags („Thesen") steht *kein einziges Wort über die Oktobristen!!* Unglaublich, aber wahr. Im Mittelpunkt des Parteitags der Kadetten stand die Frage der gemeinsamen Abstimmung von Kadetten und Oktobristen. Um diesen Punkt drehte sich die ganze Diskussion. Die ganze Kunst der bürgerlichen Politikaster besteht jedoch gerade darin, die Massen zu *betrügen,* ihre parlamentarischen Gaunerkniffe zu *verheimlichen.* Die am 26. Oktober vom Parteitag der Kadetten beschlossenen „Thesen über die Taktik" sind ein klassisches Dokument, das uns zeigt, erstens, wie die Kadetten sich mit den Oktobristen verschmelzen, und zweitens, wie Resolutionen geschrieben werden, die es den Liberalen ermöglichen sollen, die Massen zu betrügen. Dieses Dokument muß man mit dem „Parlamentsprogramm" des „Verbandes vom 17. Oktober" vergleichen. Man muß dieses Dokument mit dem „Referat über die Taktik" vergleichen, das Miljukow auf dem Parteitag der Kadetten erstattet hat („Retsch" Nr. 255). Hier die wichtigsten Stellen dieses Referats:

„In die Opposition gedrängt, wird die Partei trotzdem" (eben – trotzdem!) „nicht die Rolle einer unverantwortlichen Minderheit spielen in dem Sinne, wie sie selbst diesen Ausdruck zur Kennzeichnung des Verhaltens der extremen Linken in der Duma gebraucht hat" (aus der Parlamentssprache übersetzt heißt das klar und deutlich: seid doch so gütig, liebe

Herren Oktobristen, gebt uns ein Plätzchen, wir sind ja nur dem Namen nach Opposition!). „Sie wird die Duma nicht als Mittel zur Vorbereitung von Aktionen außerhalb der Duma betrachten, sondern als oberstes Staatsorgan, ausgestattet mit einem gesetzlich genau festgelegten Anteil an der höchsten Gewalt" (sind die Oktobristen nicht ehrlicher, wenn sie offen sagen: Revision der Grundgesetze ist unzeitgemäß?). „Wie in die beiden ersten, geht die Partei auch in die III. Duma mit der festen Absicht, an deren gesetzgeberischer Arbeit aktiven Anteil zu nehmen. Diese Art Tätigkeit betrachtete die Partei stets als die wichtigste und grundlegende und setzte sie in gleichem Maße den Agitationszwecken der Linken wie der konspirativen Tätigkeit der Rechten entgegen." Nun, was die „Konspiration" anbelangt, so lügt ihr Herren ebenfalls, denn in *beiden* Dumas habt ihr mit den Ministern oder den Lakaien der Minister *konspiriert!* Verzicht auf Agitation aber ist völliger und endgültiger Verzicht auf die *Demokratie.*

Um sich in der III. Duma gesetzgeberisch zu betätigen, muß man sich so oder so, direkt oder indirekt, mit den Oktobristen verbinden, sich ganz und gar auf den Boden der Konterrevolution und der Wahrung ihrer Siege stellen. Die Kadetten suchen diese offenkundige Tatsache zu verschweigen. Doch sie verplappern sich an einer anderen Stelle des Referats: „Die Ausübung der gesetzgeberischen Initiative muß von der vorhergehenden Klarstellung der *praktischen Durchführbarkeit* der Parteientwürfe abhängig gemacht werden." Die praktische Durchführbarkeit hängt von den Oktobristen ab. Die Durchführbarkeit klarstellen heißt über die Hintertreppe zu den Oktobristen laufen. Die Initiative von dieser Klarstellung abhängig machen heißt den Oktobristen *zu Gefallen* die eigenen Gesetzentwürfe beschneiden, heißt die eigene Politik von den „Oktoberleuten" abhängig machen.

Ein Mittelding gibt es nicht, Herrschaften. Man ist entweder eine echte Oppositionspartei und folglich nichtverantwortliche Minderheit, oder aber eine Partei aktiver konterrevolutionärer Gesetzgebung, dann aber heißt das, den Oktobristen Lakaiendienste leisten. Die Kadetten haben das zweite gewählt, und zum Lohn dafür wird die Schwarzhunderterduma, wie es heißt, den rechten Kadetten Maklakow ins Präsidium wählen! Maklakow hat es verdient.

Aber wie haben sich Sozialdemokraten finden können, die sogar jetzt

noch imstande sind, von einer Unterstützung der Kadetten zu reden? Diese Sozialdemokraten hat das Spießbürgertum der Intellektuellen, hat das Spießbürgertum des ganzen russischen Lebens hervorgebracht. Solche Sozialdemokraten hat die Plechanowsche Vulgarisierung des Marxismus großgezogen. Auf der Konferenz der St.-Petersburger sozialdemokratischen Organisation stellte es sich heraus, daß die Menschewiki, dem Beispiel der rechten Duma folgend, noch weiter nach rechts gehen. Sie sind bereit, die Oktobristen, d. h. eine *Regierungs*partei, zu unterstützen! Warum sollten denn Sozialdemokraten nicht für Chomjakow stimmen, der besser ist als Bobrinski? Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit! Warum nicht für Bobrinski stimmen, wenn man nur zwischen ihm und Purischkewitsch die Wahl hat? Warum nicht die Oktobristen gegen die Schwarzhunderter unterstützen, wo doch Marx gelehrt hat, die Bourgeoisie gegen die Feudalen zu unterstützen[58]?

Ja, wir schämen uns, es zu gestehen, es wäre aber Sünde, es zu verheimlichen: Plechanow hat erreicht, daß seine Menschewiki eine unerhörte Schändung der Sozialdemokratie begehen. Wie ein richtiger „Mann im Futteral" wiederholte er in einem fort die auswendig gelernten Worte von der „Unterstützung der Bourgeoisie", und so hat er schließlich durch die *ständige Wiederholung* jedes Verständnis für die besonderen Aufgaben und die besonderen Bedingungen des Kampfes des Proletariats in der Revolution wie des Kampfes gegen die Konterrevolution getrübt. Bei Marx dreht sich die ganze Analyse der revolutionären Epochen um den Kampf der wahren Demokratie und besonders des Proletariats gegen konstitutionelle Illusionen, gegen den Verrat des Liberalismus, gegen die Konterrevolution. Plechanow anerkennt Marx – zurechtgemacht à la Struve. Mag Plechanow jetzt ernten, was er gesät!

Der konterrevolutionäre Charakter des Liberalismus in der russischen Revolution ist durch den ganzen Lauf der Ereignisse vor und besonders nach dem 17. Oktober bewiesen. Die dritte Duma wird auch die Blinden sehend machen. Die Annäherung der Kadetten an die Oktobristen ist eine politische Tatsache. Durch keine Ausreden und Ausflüchte kann sie vertuscht werden. Mag die Zeitung der stumpfsinnigen Bernsteinianer, der „Towarischtsch", sich einmal auf hilfloses Jammern darüber beschränken und dann wieder die Kadetten den Oktobristen zutreiben und sich mit politischer Kuppelei befassen. Die Sozialdemokratie muß die Klassen-

gründe des konterrevolutionären Charakters des russischen Liberalismus begreifen. Die Sozialdemokratie muß in der Duma schonungslos alles Liebäugeln der Kadetten mit den Oktobristen, die ganze Niedertracht des quasidemokratischen Liberalismus enthüllen. Die Arbeiterpartei wird jeden Gedanken vom „Hüten des Flämmchens" verächtlich von sich weisen, sie wird das Banner des Sozialismus, das Banner der Revolution entfalten!

„Proletari" Nr. 19,
5. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

UND WER SIND DIE RICHTER?

Schadenfrohes Kichern über die Spaltung zwischen Menschewiki und Bolschewiki in der SDAPR überhaupt und über den scharfen Kampf auf dem Londoner Parteitag insbesondere ist in der bürgerlichen Presse zu einer steten Erscheinung geworden. Niemand denkt daran, die Differenzen zu ergründen, beide Tendenzen zu analysieren, die Leser mit der Geschichte der Spaltung und mit dem ganzen Charakter der Divergenz zwischen Menschewiki und Bolschewiki bekannt zu machen. Die Publizisten von der „Retsch" und vom „Towarischtsch", die Herren Wergeshski, J. K., Perejaslawski und andere penny-a-liner (Zeilenschinder), greifen einfach allerlei Gerüchte auf, sammeln für die übersättigten Salonschwätzer „pikante" Einzelheiten über „Skandale" und sind in jeder Weise bemüht, die Hirne durch Anekdötchen über unseren Kampf zu verwirren.

In dieses Genre geistlosen Witzelns verfallen auch die Sozialrevolutionäre. Im Leitartikel von Nr. 6 des „Snamja Truda"[59] zerren sie einen Bericht Tscherewanins über einen Fall von Hysterie auf dem Londoner Parteitag hervor, sie kichern über die ausgegebenen „Zehntausende", schmatzen vor Vergnügen über das „nette Bild der inneren Lage der russischen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Moment". Den Liberalen dienen solche Einleitungen als Übergang, um die Opportunisten à la Plechanow zu lobpreisen, den Sozialrevolutionären, um Strafpredigten gegen sie zu halten (die Sozialrevolutionäre wiederholen *jetzt* die Argumente der revolutionären Sozialdemokraten gegen den Arbeiterkongreß! Plötzlich haben sie sich besonnen!). Doch bei den einen wie bei den anderen ist es die gleiche Schadenfreude über den schweren Kampf innerhalb der Sozialdemokratie.

Wir wollen einige Worte über die liberalen Helden dieses Feldzugs sagen und dann ausführlich auf die sozialrevolutionären Helden des „Kampfes gegen den Opportunismus" eingehen.

Die Liberalen kichern über den Kampf innerhalb der Sozialdemokratie, um dadurch zu verhüllen, wie sie systematisch die Öffentlichkeit über die Kadettenpartei *hinters Licht führen*. Bei ihnen ist alles Betrug, die inneren Kämpfe in der Kadettenpartei selbst, ihre Verhandlungen mit der Obrigkeit werden systematisch verheimlicht. Jedermann weiß, daß die linken Kadetten den rechten die Leviten lesen, jedermann weiß, daß die Herren Miljukow, Struve und Co. bei Stolypin und Co. antichambrierten. Doch die genauen Tatsachen bleiben verborgen. Die Differenzen werden verkleistert, über die Diskussionen der Herren Struve und Co. mit den linken Kadetten wird kein Wort mitgeteilt. Protokolle der Parteitage der Kadetten gibt es nicht. Die Liberalen teilen weder die Gesamtzahl ihrer Parteimitglieder noch die Mitgliederzahlen der einzelnen Organisationen mit. Die Richtung der verschiedenen Komitees bleibt unbekannt. Nichts als Dunkel, nichts als offizielle Lügen der „Retsch", nichts als Betrug an der Demokratie, verübt von den Ministerbesuchern – das ist die Kadettenpartei. Advokaten und Professoren, die vermittels des Parlamentarismus Karriere machen, verurteilen pharisäerhaft die illegale Betätigung, preisen die offene Tätigkeit der Parteien, verhöhnen aber in Wirklichkeit das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit und verheimlichen dem Publikum die verschiedenen politischen Tendenzen in ihrer eigenen Partei. Es bedarf der ganzen Kurzsichtigkeit des vor Miljukow auf den Knien liegenden Plechanow, um diesen ungeschlachten, schmutzigen, mit einem Kulturfirnis übertünchten kadettischen Betrug an der Demokratie nicht zu bemerken.

Nun, und die Sozialrevolutionäre? Erfüllen etwa sie die Pflicht ehrlicher *Demokraten* (von Sozialisten sprechen wir nicht, wenn von Sozialrevolutionären die Rede ist), dem Volk eine *klare und wahrheitsgetreue* Darstellung von dem Kampf der verschiedenen politischen Tendenzen in den Reihen derjenigen zu geben, die das Volk führen wollen?

Betrachten wir die Tatsachen.

Parteitag der Sozialrevolutionäre im Dezember 1905; der erste und der einzige, von dem Protokolle veröffentlicht wurden. Herr Tutschkin, Delegierter des Zentralorgans, ruft aus: „Einstmals waren die Sozial-

demokraten offenbar ganz ehrlich überzeugt, die politischen Freiheiten würden für unsere Partei den politischen Tod bedeuten ... Doch die Zeit der Freiheiten hat etwas anderes bewiesen." (S. 28 der Ergänzung zu den Protokollen.) Aber, Herr Tutschkin, liegen die Dinge wirklich so? Hat die Zeit der Freiheiten das bewiesen? Hat die tatsächliche Politik der Partei der Sozialrevolutionäre 1905, 1906, 1907 das bewiesen?

Betrachten wir die Tatsachen.

In den Protokollen des Parteitags der Sozialrevolutionäre (*Dezember 1905; veröffentlicht 1906!*) lesen wir, daß einzig und allein die Literatengruppe, die auf diesem Parteitag beratende Stimme hatte, nach dem 17. Oktober *„vor dem ZK der Sozialrevolutionäre auf der Organisierung einer legalen Partei bestand"* (S. 49 der Protokolle; die weiteren Zitate aus derselben Quelle). Dem Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre *„wurde vorgeschlagen, nicht eine legale Organisation der Partei der Sozialrevolutionäre zu schaffen, sondern eine besondere, ihr parallele Volkssozialistische Partei"* (S. 51). Das ZK wies diesen Vorschlag zurück und stellte die Frage auf dem Parteitag zur Diskussion. Der Parteitag hat den Vorschlag der Volkssozialisten mit allen Stimmen gegen eine bei sieben Stimmenthaltungen *abgelehnt* (S. 66). „Ist es denkbar, nebeneinander in zwei Parteien zu sein?" rief Herr Tutschkin aus, sich in die Brust werfend (S. 61). Herr Schewitsch aber spielte auf die Verwandtschaft von Volkssozialisten und Liberalen an, so daß der Volkssozialist Roshdestwenski *sein Gleichgewicht verlor* (S. 59) und versicherte, „niemand habe das Recht", die Volkssozialisten *„Halbliberale"* zu nennen (S. 59).*

Dies sind die Tatsachen. Im Jahre 1905 haben die Sozialrevolutionäre mit den „halbliberalen" Volkssozialisten *gebrochen*. Haben sie das wirklich?

Ein überaus wichtiges Mittel offener Beeinflussung der Massen durch die Partei war 1905 die Presse. In den „Freiheitstagen" des Oktober hatten die Sozialrevolutionäre eine Zeitung *im Block mit den Volkssozialisten*, allerdings nur bis zum Dezemberparteitag. *Formal* sind die Sozial-

* Herr Schewitsch trat angesichts dessen, daß der aus dem Gleichgewicht geratene Volkssozialist beleidigt war, ein klein wenig den Rückzug an. Er „berichtigte" sich – (S. 63) –, indem er *„in Form einer persönlichen (!!) Bemerkung"* erklärte: „Ich hatte nicht die Absicht, den Redner der liberalen Partei zuzurechnen."

revolutionäre hier im Recht, faktisch aber haben sie in der Periode der größten Freiheitsrechte, der offensten Beeinflussung der Massen die zwei verschiedenen Tendenzen in ihrer Partei vor der Öffentlichkeit *verheimlicht*. Die Differenzen waren nicht geringer als die innerhalb der Sozialdemokratie, doch die Sozialdemokraten waren bestrebt, sie zu klären, während die Sozialrevolutionäre bemüht waren, sie diplomatisch geheimzuhalten. Dies sind die Tatsachen des Jahres 1905.

Nunmehr zum Jahre 1906. Es ist die Periode der ersten Duma, der „kleinen Freiheiten". Sozialistische Zeitungen erscheinen wieder. *Und wieder sind die Sozialrevolutionäre im Block mit den Volkssozialisten, sie haben eine gemeinsame Zeitung.* Der Bruch mit den „Halbliberalen" auf dem Parteitag war nicht umsonst ein diplomatisches Manöver: Wollt ihr, so ist es ein Bruch; wollt ihr, so ist es keiner! Der Antrag wurde abgelehnt, der Gedanke, „nebeneinander in zwei Parteien zu sein", verlacht, und . . . man saß ruhig weiter nebeneinander in zwei Parteien und rief mit frommem Augenaufschlag: Wir danken Dir, lieber Gott, daß wir nicht sind wie die Sozialdemokraten, die einander in den Haaren liegen! Das sind die Tatsachen. Beide Perioden der freien Presse in Rußland waren dadurch gekennzeichnet, daß die Sozialrevolutionäre einen Block mit den Volkssozialisten bildeten und der Demokratie betrügerisch („diplomatisch") verheimlichten, daß zwei grundverschiedene Tendenzen in ihrer Partei zutage getreten waren.

Nunmehr zum Jahre 1907. Nach der ersten Duma begründeten die Volkssozialisten formell ihre eigene Partei. Dies war unvermeidlich, denn in der I. Duma, bei dem ersten Auftreten der Parteien vor den Deputierten der Bauernschaft *ganz* Rußlands, legten die Volkssozialisten und die Sozialrevolutionäre *verschiedene* Agrarentwürfe vor (Entwurf der „104" und Entwurf der „33"). Die Volkssozialisten trugen vor den Trudowikiabgeordneten über die Sozialrevolutionäre den *Sieg* davon, indem sie mehr als dreimal soviel Unterschriften für ihren Entwurf, für ihr Agrarprogramm, sammelten. Dieses Programm aber gelangt, wie der Sozialrevolutionär Wichljajew in seinem Artikel „Die Volkssozialistische Partei und die Agrarfrage" („Nascha Mysl", Sammelband Nr. 1, St. Petersburg 1907) feststellt, *„in gleicher Weise"* wie das Gesetz vom 9. November 1906 „zur Regierung des Grundprinzips der gemeindlichen Bodennutzung". Dieses Programm legalisiert *„Erscheinungsformen eines*

eigennützigen Individualismus" (S. 89 des Artikels des Herrn Wichljajew), *„verunreinigt den breiten ideellen Strom mit individualistischem Schlamm"* (S. 91 des gleichen Artikels), betritt den *„Weg der Begünstigung individualistischer und egoistischer Strömungen in den Volksmassen"* (S. 93, ebenda).

Deutlich genug, nicht wahr? Die Bauernabgeordneten haben in ihrer übergroßen Mehrheit bürgerlichen Individualismus offenbart. Schon das erste Auftreten der Sozialrevolutionäre vor den Deputierten der Bauernschaft ganz Rußlands bestätigte aufs glänzendste die sozialdemokratische Theorie, nach der die Sozialrevolutionäre faktisch den äußersten linken Flügel der kleinbürgerlichen Demokratie bilden.

Aber vielleicht sind die Sozialrevolutionäre, wenigstens nachdem die Volkssozialisten sich von ihnen getrennt und in der Trudowikigruppe ihr Programm durchgesetzt haben, mit aller Entschiedenheit von ihnen abgerückt? Nein. Die Wahlen zur II. Duma in Petersburg haben das Gegenteil bewiesen. Blockbildung mit Kadetten war damals die höchste Stufe des sozialistischen Opportunismus. Die Schwarzhundertergefahr war eine Fiktion, die als *Deckmantel* für die Politik der Unterordnung unter die Liberalen diente. Die Kadettenpresse zeigte dies besonders deutlich dadurch, daß sie die „Mäßigung" der Menschewiki und der Volkssozialisten betonte. Wie benahmen sich die Sozialrevolutionäre? Unsere „Revolutionäre" gingen mit den Volkssozialisten und den Trudowiki einen Block ein; die Bedingungen für diesen Block wurden vor der Öffentlichkeit geheimgehalten. *Unsere Revolutionäre befanden sich im Schlepptau der Kadetten*, ganz wie die Menschewiki. Die Vertreter der Sozialrevolutionäre schlugen den Kadetten einen Block vor (Konferenz vom 18. Januar 1907; vgl. die Broschüre von N. Lenin „Der Narr als Richter", St. Petersburg, 15. Januar 1907*, worin festgestellt wird, die Sozialrevolutionäre hätten in der Frage der Wahlabkommen *politisch unehrlich* gehandelt, indem sie sowohl mit den Sozialdemokraten, die am 7. Januar 1907 den Kadetten den Krieg erklärt hatten, als auch zu gleicher Zeit *mit den Kadetten* verhandelten). In den Linksblock gerieten die Sozialrevolutionäre *entgegen* ihrem Willen, infolge der ablehnenden Antwort der Kadetten.

Somit machen die Sozialrevolutionäre nach dem völligen Bruch mit den Volkssozialisten *faktisch* die Politik der Volkssozialisten und Mensche-

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 461–480. *Die Red.*

wiki, d. h. der Opportunisten. Ihr „Vorzug" besteht darin, daß sie die Motive dieser Politik und ihre innerparteilichen Strömungen vor der Welt geheimhalten.

Der außerordentliche Parteitag der Sozialrevolutionäre im Februar 1907 hat, weit davon entfernt, die Frage der Blockbildung mit den Kadetten zur Sprache zu bringen und über die Bedeutung dieser Politik ein entsprechendes Urteil zu fällen, sie im Gegenteil *bestätigt*! Wir erinnern an die Rede von G. A. Gerschuni auf diesem Parteitag, die seinerzeit von der „Retsch" ebenso über den grünen Klee gelobt wurde, wie diese Zeitung sonst Plechanow zu loben pflegt. Gerschuni erklärte, er bliebe „bei seiner alten Meinung: die Kadetten sind einstweilen nicht unsere Feinde" (S. 11 der Broschüre „Rede G. A. Gerschunis auf dem außerordentlichen Parteitag der Sozialrevolutionäre", 1907, S. 1–15, mit der Parteidevise der Sozialrevolutionäre: „Im Kampf erringst du dein Recht"). Gerschuni warnte vor dem Kampf innerhalb der Opposition: „Würde das Volk nicht den Glauben auch nur an die Möglichkeit verlieren, das Land mit Hilfe einer Volksvertretung zu regieren?" (Ebenda.) Offensichtlich geschah es im Geiste dieses Kadettenfreundes, wenn der sozialrevolutionäre Parteitag eine Resolution annahm, in der es unter anderem heißt:

„Der Parteitag ist der Ansicht, daß die schroffe Parteiengruppierung innerhalb der Duma angesichts des isolierten Vorgehens jeder einzelnen Gruppe und des scharfen interfraktionellen Kampfes die Tätigkeit der oppositionellen Mehrheit völlig lähmen und dadurch die ganze Idee der Volksvertretung in den Augen der werktätigen Klassen diskreditieren könnte." (Nr. 6 der „Partinyje Iswestija" [Parteinachrichten] der Partei der Sozialrevolutionäre, 8. März 1907.)

Das ist schon Opportunismus reinsten Wassers, schlimmer als unser Menschewismus. Gerschuni sorgte dafür, daß der sozialrevolutionäre Parteitag die *Gedankengänge Plechanows* in etwas plumperer Form wiederholte. Die ganze Tätigkeit der Dumafraktion der Sozialrevolutionäre trägt den Stempel dieses Geistes kadettischer Taktik, der Sorge um die Einheit der nationalen Opposition. Der Unterschied zwischen dem Sozialdemokraten Plechanow und dem Sozialrevolutionär Gerschuni besteht *einzig* darin, daß jener Mitglied einer Partei ist, die eine solche Dekadenz nicht deckt, sondern sie enthüllt und bekämpft, dieser dagegen einer Partei angehört, in der alle taktischen Prinzipien und theoretischen Auffassungen

verworren und durch den dichten Vorhang der Zirkeldiplomatie für die Augen des Publikums unsichtbar gemacht sind. „Den Unrat im eigenen Hause lassen" – darauf verstehen sich die Herren Sozialrevolutionäre. Doch sie *müssen* auch so handeln, denn sie haben eben nichts anderes als Unrat im Haus! Sie konnten nicht die volle Wahrheit über ihre Beziehungen zu den Volkssozialisten in den Jahren 1905, 1906 und 1907 sagen. Sie können der Welt nicht gestehen, daß eine *Partei* – eine Partei und kein Zirkel – heute mit 67 Stimmen gegen eine Stimme eine stockopportunistische Resolution annimmt, um sich morgen mit „revolutionären" Rufen die Kehle heiser zu schreien.

Ja, ihr Herren „Richter", wir beneiden euch nicht um euer formales Recht, über den scharfen Kampf, über die Spaltungen in der Sozialdemokratie zu frohlocken. Dieser Kampf hat viel Schlimmes an sich, das ist unbestreitbar. Diese Spaltungen fügen der sozialistischen Sache schweren Schaden zu, das steht außer Zweifel. Und trotzdem möchten wir diese traurige Wahrheit auch nicht für eine Minute gegen eure „ganz kleinen" Lügen vertauschen. Die schwere Krankheit unserer Partei ist die Wachstumskrankheit einer *Massen*partei. Denn es kann keine Massen-, keine Klassenpartei geben, ohne daß die wesentlichen Schattierungen in ihr durchaus klar herausgearbeitet werden, ohne offenen Kampf zwischen den verschiedenen Tendenzen, ohne Aufklärung der *Massen* darüber, welche Parteiführer, welche Parteiorganisationen die eine oder die andere Linie vertreten. Ohne diese Voraussetzungen kann keine Partei geschaffen werden, die dieses Namens würdig ist. Wir aber *schaffen* diese Partei. Wir haben erreicht, daß die von unseren beiden Richtungen vertretenen Auffassungen klar, deutlich, wahrhaftig vor allen dastehen. Persönliche Schärfe, Fraktionszank und -krakeel, Skandale und Spaltungen – das alles ist bedeutungslos im Vergleich damit, daß an Hand *zweier Taktiken* wirklich proletarische Massen, wirklich alle diejenigen lernen, die in politischen Dingen einer bewußten Einstellung fähig sind. Unsere Raufereien und Spaltungen werden in Vergessenheit geraten. Unsere taktischen Prinzipien werden, geschärft und gestählt, als Grundsteine in die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Rußland eingehen. Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte werden vergehen, und an hunderterlei praktischen Fragen wird man den Einfluß der einen oder der anderen Richtung verfolgen können. Die Arbeiterklasse Rußlands und das ganze Volk

wissen, mit wem sie es in der Gestalt des Bolschewismus oder des Menschewismus zu tun haben.

Wissen sie auch, was die Kadetten sind? Die ganze Geschichte der Kadettenpartei ist nichts als politisches Jonglieren, nichts als Totschweigen der Hauptsache, nichts als die *eine* unaufhörliche Sorge – die Wahrheit um jeden Preis zu verbergen.

Wissen sie auch, was die Sozialrevolutionäre sind? Werden die Sozialrevolutionäre morgen wieder einen Block mit den Sozialkadetten bilden? Sind die Sozialrevolutionäre nicht schon in einem solchen Block? Rücken sie vom „individualistischen Schlamm" der Trudowiki ab oder verunreinigen sie ihre Partei immer mehr mit diesem Schlamm? Stehen sie immer noch auf dem Boden der Theorie der Einheit der nationalen Opposition? Huldigen sie dieser Theorie erst seit gestern? Werden sie sie morgen für einige Wochen fahrenlassen? Das weiß niemand, das wissen die Herren Sozialrevolutionäre selber nicht, denn die ganze Geschichte ihrer Partei ist eine einzige systematische, unaufhörliche Vertuschung, Verschleierung, Verkleisterung der Meinungsverschiedenheiten durch Worte, Redensarten und abermals Redensarten.

Warum ist dies so? Nicht deswegen, weil die Sozialrevolutionäre bürgerliche Karrieristen sind wie die Kadetten. Nein, an ihrer Aufrichtigkeit, als der eines Zirkels, *kann man nicht* zweifeln. Ihr Unglück ist die Unmöglichkeit, eine Massenpartei zu schaffen, die Unmöglichkeit, zur Partei einer *Klasse* zu werden. Die objektive Lage ist derart, daß sie notgedrungen nur ein *Flügel* der bäuerlichen Demokratie sind, ein unselbständiges, nicht gleichwertiges Anhängsel, eine „Gruppe bei" den Trudowiki, nicht aber ein selbständiges Ganzes. In der Sturm-und-Drang-Periode haben die Sozialrevolutionäre nicht vermocht, sich in ihrer ganzen Größe aufzurichten – diese Periode trieb sie den Volkssozialisten in die Arme, in eine Umarmung, die so fest ist, daß selbst die Spaltung sie nicht zu lösen vermag. Die Periode des konterrevolutionären Krieges festigte nicht ihre Verbindung mit bestimmten sozialen Schichten – sie führte nur zu neuen (heute von den Sozialrevolutionären sorgfältig geheimgehaltenen) Irrungen und Schwankungen in bezug auf den sozialistischen Charakter des Bauern. Und wenn man heute die an Pathos so reichen Aufsätze des „Snamja Truda" über die Helden des sozialrevolutionären Terrors liest, so muß man sich unwillkürlich sagen: Euer Terrorismus, ihr Herren, ist

nicht Folge eures revolutionären Geistes. Euer revolutionärer Geist beschränkt sich auf den Terrorismus.

Nein, solche Richter sind bei weitem nicht berufen, über die Sozialdemokratie zu Gericht zu sitzen!

„Proletari" Nr. 19, 5. November 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

VORWORT ZUR BROSCHÜRE WOINOWS (A. W. LUNATSCHARSKIS) ÜBER DAS VERHÄLTNIS DER PARTEI ZU DEN GEWERKSCHAFTEN[60]

Die Arbeit des Gen. Woinow über die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Partei des Proletariats zu den Gewerkschaften kann zu vielen schiefen Deutungen Anlaß geben. Das rührt von zwei Ursachen her: Erstens drückt sich der Verfasser im Eifer des Kampfes gegen eine enge und falsche Auffassung des Marxismus, gegen diejenigen, die die neuen Erfordernisse der Arbeiterbewegung nicht berücksichtigen und den Gegenstand nicht unter einem breiteren Gesichtswinkel und gründlicher betrachten wollen, häufig viel zu allgemein aus. Er greift die Orthodoxie – allerdings die Orthodoxie in Anführungszeichen, d. h. die Pseudoorthodoxie – bzw. die deutsche Sozialdemokratie überhaupt dort an, wo sich seine Angriffe im Grunde genommen nur auf die Vulgarisierer der Orthodoxie, nur auf den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratie beziehen. Zweitens berücksichtigt der Verfasser, der für den russischen Leser schreibt, viel zuwenig die verschiedenen Nuancen, die sich bei der Behandlung der von ihm untersuchten Fragen auf russischem Boden ergeben. Der Standpunkt des Gen. Woinow ist unendlich weit entfernt von den Auffassungen der russischen Syndikalisten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Aber der unaufmerksame oder nicht gewissenhafte Leser kann sich leicht einzelne Sätze oder Gedanken Woinows in seinem Sinne zunutze machen, zumal der Verfasser hauptsächlich Franzosen und Italiener unmittelbar vor Augen hatte und sich nicht die Aufgabe stellte, sich von allen und jeglichen russischen Wirrköpfen abzugrenzen.

Ein Beispiel für solche Wirrköpfe sind die Sozialrevolutionäre. In Nr. 5 des „Snamja Truda" erklären sie mit der üblichen Unverfrorenheit: „Die sozialistische Internationale hat in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung den Standpunkt gebilligt, den wir (!) stets (!) vertreten haben." Betrachten wir den „Sammelband" Nr. 1 (1907), Verlag „Nascha Mysl". Herr

Wiktor Tschernow zieht dort über Kautsky her, *schweigt* aber sowohl über die Mannheimer Resolution als auch über Kautskys Kampf gegen die opportunistischen Verfechter der Neutralität! Kautskys Artikel, über den der sozialrevolutionäre Streiter herzieht, wurde unmittelbar vor Mannheim[61] geschrieben. In Mannheim kämpfte Kautsky gegen die Verfechter der Neutralität. Die Mannheimer Resolution „reißt in die gewerkschaftliche Neutralität ein bedenkliches Loch" (Ausspruch Kautskys in einem Artikel über den Mannheimer Parteitag in der „Neuen Zeit"[62] vom 6. Oktober 1906). Und da tritt *im Jahre 1907* ein Kritiker auf den Plan, der sich als Revolutionär aufspielt, dabei aber Kautsky den „großen Dogmatiker und Inquisitor des Marxismus" nennt und ihn – völlig im Einklang mit den opportunistischen Verfechtern der Neutralität! – beschuldigt, er setze die Rolle der Gewerkschaften tendenziös herab, sei bestrebt, sie der Partei „unterzuordnen" usw. Wenn wir dem hinzufügen, daß die Sozialrevolutionäre stets für die Parteilosigkeit der Gewerkschaften eingetreten sind, daß wir noch in Nr. 2 des „Snamja Truda" (vom 12. Juli 1907) im Leitartikel lesen: „Die Parteipropaganda hat ihren Platz *außerhalb* der Gewerkschaft", dann rundet sich für uns das Bild des Revolutionismus der Sozialrevolutionäre ab.

Als Kautsky den Kampf gegen den opportunistischen Neutralismus führte und die Theorie des Marxismus weiterentwickelte, sie vertiefte, dabei die Gewerkschaften nach links drängte, da ließen diese Herrschaften kein gutes Haar an ihm, sie plapperten die Worte der Opportunisten nach und fuhren insgeheim fort, die Parteilosigkeit der Gewerkschaften zu verteidigen. Als *der gleiche Kautsky* die Gewerkschaften noch weiter nach links drängte, als er in Stuttgart die Resolution Beers korrigierte und in dieser Resolution die sozialistischen Aufgaben der Trade-Unions unterstrich, da riefen die Herren Sozialrevolutionäre: Die sozialistische Internationale hat unseren Standpunkt gebilligt!

Es fragt sich, sind solche Methoden der Mitglieder der sozialistischen Internationale würdig? Zeugt eine solche Kritik nicht von Prinzipienlosigkeit und Unverfrorenheit?

Unter den Sozialdemokraten ist der von den Liberalen hochgeschätzte ehemalige Revolutionär Plechanow ein Muster von Unverfrorenheit. Im Vorwort zu der Broschüre „Wir und sie" erklärt er mit beispielloser, unvergleichlicher Selbstzufriedenheit: Die Stuttgarter Resolution (über

die Gewerkschaften) *mit meiner Korrektur* nimmt der Londoner Resolution (des Londoner Parteitags der SDAPR) die Bedeutung. Sicherlich werden viele Leser, wenn sie diese Erklärung unseres prächtigen Narziß lesen, glauben, der Kampf in Stuttgart sei eben um diese Korrektur Plechanows geführt worden und überhaupt habe diese Korrektur ernsthafte Bedeutung gehabt.

In Wirklichkeit hatte diese Korrektur („man muß immer die Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Kampfes im Auge behalten") keinerlei ernsthafte Bedeutung, ja, sie berührte in keiner Weise das Wesen der *Streitfragen* in Stuttgart, das Wesen der Meinungsverschiedenheiten im internationalen Sozialismus.

In Wirklichkeit hat Plechanows Begeisterung für „seine" Korrektur eine sehr vulgäre Bedeutung: die Aufmerksamkeit der Leser von den *wirklich* strittigen Fragen der Gewerkschaftsbewegung abzulenken, sie *irrezuführen*, die Niederlage der Idee des Neutralismus in Stuttgart zu *vertuschen*.

Der Stockholmer Parteitag der SDAPR (1906), auf dem die Menschewiki den Sieg davontrugen, stand auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften. Der Londoner Parteitag der SDAPR bezog eine andere Position, indem er die Notwendigkeit verkündete, eine enge Annäherung der Gewerkschaften an die Partei anzustreben. Der Stuttgarter Internationale Kongreß nahm eine Resolution an, die *„der Neutralität für immer ein Ende macht"*, wie K. Kautsky mit Recht bemerkte*. Plechanow ging in die Kommission des Stuttgarter Kongresses, um die Neutralität zu verteidigen, worüber Woinow ausführlich berichtet. Und Clara Zetkin schreibt im Organ der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands „Die Gleichheit": „Plechanow ... *suchte mit ziemlich verunglückten Argumenten* ... gegen dieses Prinzip einschränkende Rücksichtsmomente ins Feld zu führen"** (das heißt gegen das Prinzip der größten Annäherung der Gewerkschaften an die Partei).

---

* „Vorwärts", 1907, Nr. 209, Beilage. Bericht Kautskys vor den Leipziger Arbeitern über den Stuttgarter Kongreß. Siehe „Kalender für alle für das Jahr 1908", Verlag „Serno", S. 173, in meinem Artikel über den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart. (Siehe den vorliegenden Band, S. 79/80. *Die Red.*)

** Siehe den gleichen „Kalender für alle", S. 173, sowie den Sammelband „Wetterleuchten" (St. Petersburg 1907), in dem eine vollständige Übersetzung dieses Artikels aus der „Gleichheit" veröffentlicht wurde.

Somit hat das von Plechanow verteidigte Prinzip der Neutralität Fiasko erlitten. Die deutschen revolutionären Sozialdemokraten bezeichneten seine Argumente als „verunglückt". Er aber erklärt selbstgefällig: man hat „meine" Korrektur angenommen, die Londoner Resolution verliert ihre Bedeutung ...

Ja, ja, dafür aber verliert die Nosdrjowsche* Unverfrorenheit des von den Liberalen hochgeschätzten Sozialisten offenbar keineswegs ihre Bedeutung.

Gen. Woinow hat meiner Meinung nach unrecht, wenn er sagt, daß die deutschen Orthodoxen die Idee des Sturms für schädlich halten, daß die Orthodoxie „mehr oder weniger den Geist des neuen Ökonomismus angenommen hat". Von Kautsky kann man das nicht sagen, und Gen. Woinow selbst erkennt die Richtigkeit der Anschauungen Kautskys an. Gen. Woinow, der den Deutschen vorwirft, sie hätten „zuwenig über die Rolle der Gewerkschaften als Organisatoren der sozialistischen Produktion gesprochen", erinnert selbst an anderer Stelle an die Auffassung Liebknechts (des *Vaters*), der diese Rolle mit den prägnantesten Worten anerkannt hat. Gen. Woinow hatte auch keine Veranlassung, Plechanow Glauben zu schenken, wenn dieser behauptete, Bebel habe in seiner Begrüßungsrede *absichtlich* über die russische Revolution geschwiegen, Bebel *wolle nicht* über Rußland sprechen. Diese Worte Plechanows waren einfach eine plumpe Narretei des von den Liberalen hochgeschätzten Sozialisten, man hätte sie nicht für einen Augenblick ernst nehmen dürfen, man hätte selbst die Möglichkeit verwerfen müssen, daß diese Worte auch nur ein Körnchen Wahrheit enthalten. Ich meinerseits kann bezeugen, daß während der Rede Bebels van Kol, ein Vertreter des rechten Flügels der Sozialisten, der neben mir im Büro saß, speziell darauf achtete, ob Bebel Rußland erwähnen würde. Und kaum hatte Bebel geendet, als sich van Kol an mich wandte und seine Verwunderung ausdrückte; er zweifelte nicht daran (wie auch kein einziger ernst zu nehmender Teilnehmer des Kongresses daran zweifelte), daß Bebel Rußland *zufällig* vergessen hatte. Fehler können den besten und erfahrensten Rednern unterlaufen. Wenn Gen. Woinow die Vergeßlichkeit des alten Bebel als „charakteristisch" bezeichnet,

* Nosdrjow – Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

so ist das meiner Meinung nach im höchsten Grade ungerecht. Ebenso ist es völlig ungerecht, allgemein von dem *„heutigen"* opportunistischen Bebel zu sprechen. Für eine solche Verallgemeinerung liegt kein Grund vor.

Um aber keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sage ich gleich, daß, wenn irgend jemand versuchen sollte, diese Äußerung des Gen. Woinow gegen die revolutionären deutschen Sozialdemokraten auszunutzen, dies ein unlauteres Herausgreifen einzelner Worte wäre. Gen. Woinow hat durch seine *ganze* Broschüre hinreichend bewiesen, daß er auf der Seite der deutschen revolutionären Marxisten (wie Kautsky) steht, daß er *gemeinsam mit ihnen* an der Liquidierung alter Vorurteile, opportunistischer Schablonen und kurzsichtiger Selbstzufriedenheit arbeitet. Deshalb war ich auch in Stuttgart in allem Wesentlichen mit Gen. Woinow einverstanden und bin auch jetzt, was den ganzen Charakter seiner revolutionären Kritik anbetrifft, mit ihm einverstanden. Er hat tausendmal recht, wenn er sagt, daß wir jetzt nicht nur bei den Deutschen, sondern auch *am Beispiel* der Deutschen lernen müssen. Nur Ignoranten, die noch nichts bei den Deutschen gelernt haben und deshalb die Anfangsgründe nicht kennen, können hieraus „Differenzen" unter den revolutionären Sozialdemokraten herleiten. Die Fehler der deutschen Führer müssen wir furchtlos und offen kritisieren, wenn wir dem Geist von Marx treu bleiben und den russischen Sozialisten helfen wollen, den gegenwärtigen Aufgaben der Arbeiterbewegung gerecht zu werden. Zweifellos beging Bebel auch in Essen einen Fehler, als er Noske verteidigte, als er auf der Unterscheidung zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg bestand, als er sich gegen die *Methode* des Kampfes der „Radikalen" gegen van Kol wandte, als er (gemeinsam mit Singer) die Erfolglosigkeit und die Unrichtigkeit der Taktik der deutschen Delegation in Stuttgart bestritt. Wir dürfen diese Fehler nicht verbergen, sondern müssen an ihrem Beispiel zeigen, daß die russischen Sozialdemokraten lernen müssen, sie zu vermeiden, daß sie den höheren Anforderungen des revolutionären Marxismus gerecht werden müssen. Die russischen Anarchisten und Syndikalisten, die Liberalen und Sozialrevolutionäre aber mögen sich die Schadenfreude über unsere Kritik an Bebel sparen. Wir werden diesen Herren sagen: Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n!

Vor etwas mehr als zwei Jahren schrieb Herr Struve, der damals für die Revolution eintrat, der damals über die Notwendigkeit offener revolutionärer Aktionen schrieb, der damals versicherte, daß die Revolution zur Macht gelangen müsse – dieser Herr Struve schrieb in Nr. 71 des im Ausland erscheinenden „Oswoboshdenije"[63]: „Im Vergleich mit dem Revolutionarismus der Herren Lenin und Genossen erscheint der Revolutionarismus der westeuropäischen Sozialdemokratie Bebels und sogar Kautskys als Opportunismus." Ich antwortete Herrn Struve damals: „Wo und wann habe ich versucht, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys nicht identisch wäre?" („Zwei Taktiken", S. 50 der russischen Ausgabe.)*

Im Sommer 1907 hatte ich Gelegenheit, in der Broschüre zur Frage des Boykotts der dritten Duma darauf hinzuweisen, daß es von Grund auf falsch wäre, Bolschewismus und Boykottismus oder Gewaltanbetung gleichzusetzen.**

Jetzt, bei der Behandlung der Gewerkschaftsfrage, gilt es, ebenso entschieden zu betonen, daß der Bolschewismus die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie auf allen Gebieten des Kampfes, in allen Tätigkeitsbereichen anwendet. Nicht dadurch unterscheidet sich der Bolschewismus vom Menschewismus, daß er die Arbeit in den Gewerkschaften oder Genossenschaften u. dgl. „verneint", sondern dadurch, daß er *eine andere Linie* in der Propagandaarbeit, in der Agitation und bei der Organisierung der Arbeiterklasse verfolgt. Die Arbeit in den Gewerkschaften gewinnt jetzt unzweifelhaft größte Bedeutung. Im Gegensatz zum Neutralismus der Menschewiki müssen wir diese Tätigkeit im Sinne der Annäherung der Gewerkschaften an die Partei, im Sinne der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und des Verständnisses für die revolutionären Aufgaben des Proletariats entfalten. In Westeuropa war der revolutionäre Syndikalismus in vielen Ländern das direkte und unvermeidliche Resultat des Opportunismus, des Reformismus, des parlamentarischen Kretinismus. Bei uns verstärkten die ersten Schritte der „Dumatätigkeit" ebenfalls in gewaltigem Maße den Opportunismus, es kam dahin, daß die Menschewiki vor den Kadetten auf dem Bauche krochen. Plechanow zum Beispiel *vereinigte sich* in seiner tagtäglichen politischen Arbeit faktisch mit diesen

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 54. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 30/31. *Die Red.*

Herrschaften, den Prokopowitsch und Kuskowa. Im Jahre 1900 wetterte er gegen sie wegen ihres Bernsteinianertums, deswegen, weil sie nur das „Hinterteil" des russischen Proletariats betrachten („Vademecum* für die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'", Genf 1900). In den Jahren 1906/1907 ließen die ersten Stimmzettel Plechanow in den Armen dieser Herrschaften landen, die heute das „Hinterteil" des Liberalismus Rußlands betrachten. Der Syndikalismus muß sich, als Reaktion auf das schändliche Treiben „hervorragender" Sozialdemokraten, zwangsläufig auf russischem Boden entwickeln.

Gen. Woinow verfolgt deshalb vollkommen richtig seine Linie, wenn er die russischen Sozialdemokraten aufruft, *am* Beispiel des Opportunismus und *am* Beispiel des Syndikalismus zu lernen. Die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, die Verlegung des Schwerpunktes von parlamentarischen Kunststücken auf die Erziehung des Proletariats, auf die Festigung von reinen Klassenorganisationen, auf den außerparlamentarischen Kampf, die Fähigkeit, den Generalstreik wie auch die „Kampfformen des Dezember" in der russischen Revolution anzuwenden (und die Vorbereitung der Massen auf ihre erfolgreiche Anwendung) – alles das tritt gebieterisch in den Vordergrund als Aufgabe der bolschewistischen Richtung. Die Erfahrungen der russischen Revolution erleichtern uns diese Aufgabe gewaltig, geben uns eine Vielzahl wertvollster praktischer Hinweise und liefern eine Menge historischen Materials, das uns ermöglicht, die neuen Methoden des Kampfes, den Massenstreik und die unmittelbare Gewaltanwendung, ganz konkret einzuschätzen. „Neu" sind diese Methoden des Kampfes am wenigsten für die russischen Bolschewiki, für das russische Proletariat. „Neu" sind sie für die Opportunisten, die mit aller Macht bemüht sind, aus dem Gedächtnis der Arbeiter die Erinnerung im Westen an die Kommune, in Rußland an den Dezember 1905 zu tilgen. Diese Erinnerungen zu festigen, diese großen Erfahrungen wissenschaftlich zu studieren**, ihre Lehren und das Bewußtsein der Unvermeidlichkeit

* Wegweiser. *Die Red.*

** Es ist natürlich, daß die Kadetten jetzt eifrig die Geschichte der beiden Dumas studieren. Es ist natürlich, daß sie in den Plattheiten und den Verrätereien des Roditschew-Kutlerschen Liberalismus die Perle der Schöpfung sehen. Es ist natürlich, daß sie die Geschichte fälschen, indem sie ihre Verhandlungen mit der Reaktion verschweigen usw. Unnatürlich hingegen ist, daß die

der Wiederholung dieser Erfahrungen in neuem Maßstab in den Massen zu verbreiten – diese Aufgabe der revolutionären Sozialdemokraten in Rußland eröffnet uns unermeßlich inhaltsreichere Perspektiven als der einseitige „Antiopportunismus" und „Antiparlamentarismus" der Syndikalisten.

Gegen den Syndikalismus als besondere Strömung erhebt Gen. Woinow vier Beschuldigungen (S. 19 und folgende seiner Broschüre), die mit aller Deutlichkeit dessen Unsinnigkeit veranschaulichen: 1. die „anarchistische Zersplitterung der Organisation"; 2. Nervenaufpeitschung der Arbeiter an Stelle der Schaffung einer starken „Festung der Klassenorganisation"; 3. die kleinbürgerlich-individualistischen Züge des Ideals und der Proudhonschen Theorie; 4. die absurde „Abneigung gegen Politik".

Hier besteht eine nicht geringe Ähnlichkeit mit dem alten „Ökonomismus" unter den russischen Sozialdemokraten. Ich bin deshalb, was die „Versöhnung" der Ökonomisten, die zum Syndikalismus übergegangen sind, mit der revolutionären Sozialdemokratie anbelangt, nicht so optimistisch wie Gen. Woinow. Ich bin ferner der Meinung, daß die Projekte des Gen. Woinow betreffs eines „Generalrats der Arbeiter" in der Rolle eines Oberschiedsrichters, eines Rates, an dem auch die Sozialrevolutionäre beteiligt wären, keinerlei praktischen Sinn haben. Das hieße „Zukunftsmusik" und Organisationsformen der Gegenwart durcheinanderbringen. Aber ich fürchte nicht im geringsten die Perspektive des Gen. Woinow: „Unterordnung der politischen Organisationen unter die soziale Klassenorganisation" ... „*erst dann* (ich zitiere weiter Gen. Woinow und unterstreiche die wesentlichen Worte), *wenn ... alle Gewerkschafter Sozialisten geworden sind.*" Der Klasseninstinkt der proletarischen Masse hat in Rußland *schon* jetzt begonnen, sich mit voller Kraft zu offenbaren. Schon jetzt ist dieser Instinkt der Klasse eine mächtige Garantie sowohl gegen die kleinbürgerliche Verschwommenheit der Sozialrevolutionäre als auch gegen die Kriecherei der Menschewiki vor den Kadetten. Schon jetzt können wir mit voller Überzeugung sagen, daß die *proletarische* Massenorganisation in Rußland (wenn sie sich herausbildet – und insofern sie

Sozialdemokraten nicht eifrig die Zeit von Oktober bis Dezember 1905 studieren, obwohl jeder Tag dieser Periode hundertmal mehr Bedeutung für das Schicksal aller Völker Rußlands und der Arbeiterklasse im besonderen hatte als die Roditschewschen „loyalen" Phrasen in der Duma.

sich für kurze Zeit zum Beispiel bei Wahlen, Streiks, Demonstrationen usw. herausbildet –) *ganz sicher* dem Bolschewismus, der revolutionären Sozialdemokratie am nächsten stehen wird.

In dem Abenteuer des „Arbeiterkongresses" sieht Gen. Woinow mit Recht ein „unseriöses" Unterfangen. Wir werden verstärkt in den Gewerkschaften arbeiten, wir werden auf *allen* Gebieten arbeiten, um die revolutionäre Theorie des Marxismus im Proletariat zu verbreiten und die „Festung" der *Klassen*organisation zu schaffen. Alles übrige wird sich ergeben.

Geschrieben im November 1907.
Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.



DIE AGRARFRAGE UND DIE „MARXKRITIKER"[64]

Geschrieben im Herbst 1907.
Zuerst veröffentlicht 1908: die Kapitel X–XI im Sammelband Wl. Iljin, „Die Agrarfrage", Teil I, St. Petersburg, und das Kapitel XII im Sammelband „Tagesgeschehen", St. Petersburg.

Nach dem Text der Sammelbände.

X

DAS „WERK" DES DEUTSCHEN BULGAKOW, E. DAVID

Das Buch Ed. Davids „Sozialismus und Landwirtschaft" stellt ein besonders ungeschickt gemachtes und schwerfälliges Sammelsurium jener fehlerhaften Methoden und Gedankengänge dar, die wir bei den Herren Bulgakow, Hertz und Tschernow kennengelernt haben. Wir könnten daher David ganz mit Stillschweigen übergehen. Da sein „Werk" jedoch gegenwärtig zweifellos das Hauptwerk des Revisionismus in der Agrarfrage ist, halten wir es für notwendig, nochmals eine Kennzeichnung dessen zu geben, wie die Herren Revisionisten gelehrte Arbeiten schreiben.

Der Frage der Maschinen in der Landwirtschaft widmet David das ganze vierte Kapitel seines Buches (S. 115—193 der russ. Übersetzung), abgesehen von zahlreichen einzelnen Hinweisen zum gleichen Thema in anderen Kapiteln. Der Verfasser behandelt auf das ausführlichste Hunderte von *technischen* Einzelheiten und ertränkt in ihnen den politisch-ökonomischen Kern der Sache. In der Landwirtschaft spielen die Maschinen nicht die gleiche Rolle wie in der Industrie; im Ackerbau gibt es keinen Zentralmotor; die meisten Maschinen befinden sich nur zeitweilig in Betrieb; ein Teil der Maschinen bringt keine Ersparnisse an Produktionskosten usw. usf. Dergleichen Schlußfolgerungen (siehe S. 190—193, Zusammenfassung der Ausführungen über die Maschinen) hält David für eine Widerlegung der marxistischen Theorie! Aber das ist doch eine Verdunkelung und keine Klärung der Frage. Die Rückständigkeit der Landwirtschaft im Vergleich zur verarbeitenden Industrie unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Diese Rückständigkeit braucht gar nicht erst bewiesen zu werden. Dadurch, daß David punktweise aufzählt, worin sich diese Rückständigkeit äußert, und Beispiele auf Beispiele, Fälle auf Fälle häuft,

schiebt er nur den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung in den Hintergrund: Hat die Maschinenanwendung kapitalistischen Charakter? Hängt die zunehmende Maschinenanwendung mit dem Wachstum der kapitalistischen Landwirtschaft zusammen?

David begreift ganz und gar nicht, wie ein Marxist die Frage zu stellen hat. Der Standpunkt Davids ist im Grunde genommen der eines Kleinbürgers, der sich mit dem verhältnismäßig langsamen Fortschritt des Kapitalismus tröstet und sich fürchtet, die gesellschaftliche Evolution in ihrer Gesamtheit zu betrachten. So zum Beispiel zitiert David in der Frage der landwirtschaftlichen Maschinen Bensing[65], zitiert ihn unzählige Male (S. 125, 135, 180, 182, 184, 186, 189, 506 und andere Stellen der russischen Übersetzung). Den Leser bringt unser David, wie man sagen kann, geradezu zur Verzweiflung, indem er von einer Einzelheit zur andern übergeht, ohne Bearbeitung des Materials, ohne Zusammenhang, ohne durchdachte Fragestellung, ohne Ziel. Deshalb zieht David aus den Schlußfolgerungen Bensings keinerlei *Fazit*. Das, was ich im Jahre 1901 gegen Herrn Bulgakow gesagt habe, gilt voll und ganz auch für David. Erstens, das Fazit der Schlußfolgerungen Bensings zeigt (siehe weiter oben, S. 183*) die unbestreitbare Überlegenheit der Wirtschaften, die Maschinen anwenden, über die Wirtschaften, die keine Maschinen anwenden. Diese Schlußfolgerung wird durch keine „Korrekturen" an Bensing in Kleinigkeiten, mit denen David sein Buch vollgepfropft hat, geändert. *David verschweigt diese allgemeine Schlußfolgerung ganz ebenso wie Herr Bulgakow!* Zweitens hat David, der Bensing endlos, sinnlos, zusammenhanglos zitiert, ebenso wie Herr Bulgakow die bürgerlichen Anschauungen Bensings über die Maschinen sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft *übersehen*. Mit einem Wort, die sozialökonomische Seite der Frage begreift David überhaupt nicht. Das Tatsachenmaterial, das von einer Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb zeugt, versteht er nicht zu verallgemeinern und miteinander zu verknüpfen. Im Resultat bleibt nichts übrig als das reaktionäre Lamentieren eines Spießbürgers, der seine Hoffnungen in die Rückständigkeit der Technik, in die Langsamkeit der Entwicklung des Kapitalismus setzt. Der rechte Kadett und „christliche" Renegat Herr Bulgakow ist theoretisch dem sozialdemokratischen Opportunisten David völlig ebenbürtig.

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 128/129. *Die Red.*

Das Verständnis für die sozialökonomische Seite der Sache geht David auch in anderen Fragen völlig ab. Der Fall ist hoffnungslos. Man nehme seine Hauptthese, seinen Lieblingsgedanken, den „Kern" des ganzen Werkes: die Lebensfähigkeit des *Kleinbetriebs* in der Landwirtschaft und seine Überlegenheit über den Großbetrieb. Man frage David, was ein Kleinbetrieb ist.

Auf S. 29, Anmerkung, findet man die akkurate Antwort: „Wo immer wir vom Kleinbetrieb kurzweg reden, meinen wir diese, ohne ständige fremde Hilfskräfte und ohne Nebenerwerb arbeitende Betriebskategorie." Das ist plump ausgedrückt und von Herrn Grossman schauderhaft übersetzt, aber immerhin einigermaßen klar. Man hätte hiernach von David erwarten können, daß er die Bedingungen des *(der Fläche nach)* kleinen landwirtschaftlichen Betriebs *vom Standpunkt* der Anwendung von Lohnarbeit oder ihres Verkaufs durch den Landwirt untersuchen würde.

Nichts dergleichen.

In nichts kommt das bürgerliche Wesen Davids so greifbar zum Ausdruck wie darin, daß er die Frage der Anwendung von Lohnarbeit durch die „kleinen" Landwirte und der Verwandlung dieser letzteren in Lohnarbeiter völlig ignoriert. Völlig ignoriert – das ist buchstäblich wahr. Statistische Angaben hierüber liegen in der deutschen Statistik vor; sie werden von Kautsky in seiner „Agrarfrage" kurz angeführt (ich habe diese Angaben ausführlich zitiert – siehe S. 227*). David kennt diese Statistik und analysiert diese Angaben nicht. David bringt einen Haufen Hinweise auf einzelne Monographien und *ignoriert völlig* ihre Angaben zu dieser Frage. Kurz, der Kleinbürger *verschweigt* völlig die Frage der beim gutgestellten Bauern beschäftigten „Hilfskräfte".

Hier einige Beispiele.

Auf S. 109 lesen wir: „Im allgemeinen prosperiert, in der Gärtnerei wie in der Landwirtschaft, der Kleinbetrieb."

Man erwartet Beweise? Man erhält die folgenden *und nur* die folgenden:

„Nach der Betriebszählung** von 1895 entfielen von den 32 540 Kunst-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 191/192. *Die Red.*

** Der russische Übersetzer Grossman verwendete den Begriff „Industriestatistik". Deshalb macht Lenin hier in einer Fußnote folgende Bemerkung: „Anscheinend hat Herr Grossman, der Redakteur der Übersetzung, damit den

und Handelsgärtnereien 13247 = 40% in die Größenklasse von unter 20 Ar; 8257 = 25% in die Klasse von 20 bis 50 Ar; 5707 = 14% in die Klasse von 50 Ar bis 1 Hektar. 3397 = 10% der Betriebe hatten eine Größe von 1 bis 2 Hektar; und nur bei 1932 = 6% betrug das gärtnerisch benutzte Areal 2 Hektar und mehr."

Das ist alles. Das soll die Prosperität des Kleinbetriebs in der Gärtnerei beweisen. Das soll als gelehrte Arbeit des in der Agronomie bewanderten David betrachtet werden. Wenn dem so ist, so können wir nicht begreifen, was Scharlatanerie in der Wissenschaft heißt.

Nur 6% besitzen je 2 Hektar und mehr, sagt David. Daneben stehen, in der gleichen Statistik, der er diese Zahlen entnimmt, Angaben über die *Bodenmenge*, die diese 6% besitzen. *David verschweigt diese Angaben.* Er verschweigt sie deshalb, weil sie seine Theorie zunichte machen. „Über die Hälfte dieser Fläche (51,39%)", des gesamten Bodens, auf dem Handelsgärtnerei betrieben wird, schrieb ich, gestützt auf eben diese Angaben (S. 220 des Artikels im „Obrasowanije"*), „war jedoch in den Händen von 1932 Besitzern, d. h. von 5,94% aller Gärtner, konzentriert." Von diesen 1932 Gärtnereibesitzern verfügen 1441 über je 2–5 ha Gartenland; auf sie entfallen durchschnittlich je 2,76 ha Gartenland und je 109,6 ha *sonstiges Land*. 491 Besitzer verfügen über je 5 und mehr Hektar Gartenland, d. h. durchschnittlich über je 16,54 ha Gartenland und je 134,7 Hektar *sonstiges Land* (ebenda).

Somit sind also bei *nur* 6% der Gärtner 51,39% des gesamten Gartenlandes konzentriert. Es sind das Großkapitalisten, bei denen die Gärtnerei eine *Ergänzung* des kapitalistischen Ackerbaus (Betriebe mit 100–135 Hektar) ist. Die Handelsgärtnerei ist folglich in gewaltigem Maße kapitalistisch konzentriert. David aber hat die — Kühnheit zu behaupten, daß „der Kleinbetrieb prosperiert", das heißt die Produktion ohne Lohnarbeit. *Er macht keine Angaben* darüber, welche Größenklassen in der Handelsgärtnerei die Hilfe von Lohnarbeitern erheischen.

So geht der gelehrte David mit der Statistik um. Ein Beispiel dafür, wie er mit Monographien umgeht, ist der berüchtigte Hecht[66], auf den sich

Begriff Betriebsstatistik übersetzen wollen. Es ist ein Jammer mit den russischen Übersetzungen! Es muß heißen ‚Статистики сельскохозяйственных предприятий'." *Der Übers.*

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 214. *Die Red.*

auch die Herren Bulgakow, Hertz und Tschernow beriefen (siehe weiter oben, S. 203–207*). David gibt in seinem „Werk" Hecht auf zwei Seiten wieder (S. 394/395). Und *wie* gibt er ihn wieder? *Keinen Ton über die Lohnarbeit.* Keinen Ton darüber, daß Hecht die *„Seßhaftigkeit"* des Fabrikarbeiters, der einen Fetzen Land besitzt, beschönigt und die Arbeiter mit der wohlhabenden Bauernschaft in einen Topf wirft. Keinen Ton darüber, daß angesichts der „Prosperität" einer kleinen Anzahl wohlhabender Bauern die Masse sich in einer solchen Lage befindet, daß sie sogar gezwungen ist, die Milch zu verkaufen und sie durch die billigere Margarine zu ersetzen.

David schweigt nicht nur darüber, sondern erklärt sogar, „über die Höhe der Lebenshaltung dieser Kleinbauern bringt Hecht . . . hochinteressante Belege" (S. 395). Eine gröbere bürgerliche Apologetik kann man sich schwer vorstellen.

Was übrigens diesen Hinweis Hechts betrifft, daß die Bauern Milch verkaufen, um die billigere Margarine zu kaufen, so sollte man meinen, daß dies für den Ökonomen eine ganz allgemein bekannte Tatsache ist. Marx wies schon im Jahre 1847 im „Elend der Philosophie" auf diese Verschlechterung der Volksernährung durch den Kapitalismus hin.[67] In Rußland wurde diese Erscheinung schon seit der Zeit Engelhardts[68] (siebziger Jahre) sehr, sehr oft von allen denen festgestellt, die den Fortschritt des Kapitalismus in der Molkereiwirtschaft einigermaßen gewissenhaft untersuchten. Der „gelehrte" David hat dies nicht bemerkt. Er spöttelt sogar über solche Hinweise der Sozialisten.

Auf S. 427/428 seines Buches macht sich David über Kautsky lustig, der sagt, daß die Genossenschaftsmolkereien dadurch, daß sie den Milchverkauf der Bauern fördern, deren Ernährung verschlechtern. Damit der Leser den deutschen Volkstümler David nach Gebühr würdigen kann, führen wir seine eigenen Worte an:

„Andere Menschen pflegen, wenn sie bessere Einnahmen erhalten, auch ihrem Magen etwas davon zugute kommen zu lassen. Es liegt das sozusagen in der Natur des Menschen, daß er gern etwas Gutes ißt, wenn er das nötige Kleingeld dazu hat. Da ist es doch höchst seltsam, daß der Bauer, der für seine Milch und seine Schweine zugestandenermaßen infolge der Genossenschaft mehr Geld erhält wie vordem, es nicht so macht wie andere Menschenkinder" usw. usw. usw.

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 159–163. *Die Red.*

Auf diese Narretei eines reaktionären Spießbürgers lohnt es sich selbstverständlich nicht, zu antworten. Es genügt, sie dem lesenden Publikum zur Schau zu stellen, es genügt, sie aus einem Haufen zusammenhangloser, auf 550 Seiten verstreuter agronomischer Zitate ans Tageslicht zu ziehen. Es genügt die Feststellung, daß selbst der *von David zitierte* bürgerliche Apologet Hecht die Verschlechterung der Ernährung infolge der Ersetzung der verkauften Milch durch die billige Margarine *als Tatsache* anerkennt. Das bezieht sich auf Süddeutschland, auf ein Gebiet, in dem die kleinbäuerliche Wirtschaft vorherrscht. Über ein anderes Gebiet – Ostpreußen – liegen uns die völlig analogen Angaben Klawkis vor (siehe weiter oben, S. 213 und 214*), daß nämlich vom Kleinbauern „Butter und Vollmilch sehr wenig konsumiert wird".

Die bürgerliche Apologetik Davids kann man an allen von ihm berührten Fragen studieren. So ergeht er sich zum Beispiel auf Dutzenden von Seiten (413–435 u. a.) in Lobpreisungen über die Molkereigenossenschaften Deutschlands und Dänemarks. Er bringt auch statistische Daten . . . aber nur zur Frage des Anwachsens der Zahl der Genossenschaften! Die Angaben der deutschen Statistik über die Konzentrierung des „genossenschaftlichen" Meiereiwesens in den Händen der kapitalistischen Großbetriebe (siehe weiter oben, S. 242**) *führt er nicht an.* Solche Angaben werden von den David in der Statistik, die sie benutzen, nicht bemerkt!

„Die genossenschaftlich organisierten dänischen Bauern", sagt David, „haben auch die einzelbetrieblichen Meiereien der größeren Gutsbesitzer geschlagen." Als Beispiel folgt ein Zitat aus dem 46. Bericht eines Versuchslaboratoriums, der besagt, daß die Butter der Genossenschaften besser sei als die des Gutsbesitzers. Und David fährt fort:

„Das haben dieselben Bauern fertiggebracht, die ehemals nur Butter zweiter und dritter Qualität in ihren kleinen Betrieben erzeugten, für die sie nur die Hälfte des Preises erzielten, der für die Butter der großen Hofbesitzer bezahlt wurde. *Und hier handelt es sich im wesentlichen um Mittel- und Kleinbauern.* (Von David hervorgehoben.) Im Jahre 1898 gab es in Dänemark 179740 Viehställe, von denen nur 7544 = 4% 30 Kühe und mehr enthielten; 49371 = 27,82% hatten je 10 bis 29 Stück. Unter 10 Stück Vieh enthielten 122589 = 68,97% der Ställe. Weit über die Hälfte von diesen, nämlich 70218 Ställe, das

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 172/173. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 215. *Die Red.*

macht 39,85% von sämtlichen, beherbergten nur 1–3 Stück, gehörten also zu ganz kleinen Wirtschaften. Daß selbst von den letzteren die große Mehrheit in die genossenschaftlichen Organisationen aufgenommen ist, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1900 von den insgesamt ca. 1 111 000 Milchkühen Dänemarks ca. 900 000 ihre Milch in die genossenschaftlichen Molkereien abgaben." (S. 424.)

So argumentiert der gelehrte David. Genaue Angaben über die Verteilung der Zahl der Kühe in den Wirtschaften der verschiedenen Gruppen vermeidet er; es ist ihm unangenehm, sie anzuführen. Doch schon aus den von ihm wiedergegebenen zusammenhanglosen Zahlen ist zu ersehen, daß er die Wirklichkeit völlig entstellt. Vergleichen wir die Gesamtzahl der Kühe mit der Verteilung der Ställe nach der Zahl des Viehs, so erhalten wir folgendes, *zwar annäherndes**, im großen und ganzen aber zweifellos der Wirklichkeit entsprechendes Bild:

Dänemark	Zahl der Wirtschaften in 1000	Ihr Kuhbestand in 1000	Zahl der Kühe je Wirtschaft
Wirtschaften mit 1– 3 Kühen	70	100	1,43
„ „ 4– 9 „	52	250	4,81
„ „ 10–29 „	49	550	11,22
„ „ 30 und mehr Kühen	8	200	25,00
Insgesamt	179	1100	6,14

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, erstens, daß die Konzentration der Milchwirtschaft in Dänemark *sehr stark* ist. 750 000 Kühe von 1 100 000, d. h. *über zwei Drittel der Gesamtzahl*, gehören *Großbetrieben*, die 57 000 von 179 000, d. h. weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der

* Annähernd sind diese Zahlen erstens deshalb, weil die Zahl der Kühe für das Jahr 1900, die Zahl der Wirtschaften aber für 1898 angegeben ist; zweitens deshalb, weil die Zahl der Kühe nach Wirtschaftsgruppen annähernd bestimmt werden mußte, da bei David keine genauen Zahlen zu finden sind. Den Anteil der Großbetriebe haben wir niedriger angenommen, als er in Wirklichkeit ist: 7544 Wirtschaften besitzen je 30 und mehr Kühe. Das ergibt, selbst wenn man das Minimum, das heißt je 30 Kühe pro Wirtschaft, nimmt, $7544 \times 30 = 226\,320$ Kühe. Wir haben eine *geringere* Zahl genommen, da sich sonst die Größe der Kleinbetriebe allzusehr den Minimal-, nicht aber den Maximalgrenzen der Gruppe nähert.

Wirtschaften, ausmachen. Da diese Betriebe je 10 und mehr Kühe besitzen, so kommen sie sicher nicht ohne Lohnarbeit aus. David hat also „nicht bemerkt", daß der Umfang der Viehwirtschaft hier durchaus nicht klein ist; nach der Bodenfläche kann man die dänischen Landwirte nicht beurteilen. David hat „nicht bemerkt", daß eine gewaltige Zahl von Kleinbetrieben hier, wie stets und überall in der kapitalistischen Landwirtschaft, einen ganz geringfügigen Anteil an der Gesamtproduktion hat. Kleinbetriebe gibt es 70 000, d. h. fast 40%, während sie nur $^1/_{11}$ der Gesamtzahl der Kühe besitzen.

Zweitens zeigen die angeführten Zahlen, daß die *Vorteile der Genossenschaften* in Dänemark wie in Deutschland *hauptsächlich den Kapitalisten* zugute kommen. Wenn von insgesamt 1 100 000 Kühen die Milch von 900 000 an die Molkereien abgeliefert wird, so bedeutet das, daß 200 000 Kühe *nicht* von den „Wohltaten" des genossenschaftlichen Absatzes berührt werden. Dies sind vorwiegend Kühe der kleinsten Landwirte, denn wir ersahen aus den Angaben über Deutschland, daß von den Wirtschaften unter 2 ha nur 0,3% aller Wirtschaften an den Molkereigenossenschaften beteiligt sind, von den Wirtschaften mit 100 ha und mehr dagegen 35,1%. Danach zwingt alles zu der Annahme, daß die kleinen Landwirte (70 000 mit 100 000 Kühen) am wenigsten an den Vorteilen des genossenschaftlichen Absatzes teilhaben.

Das Beispiel Dänemarks schlägt David vollständig, denn es beweist, daß eben nicht die kleinen und nicht die mittleren, sondern die großen Wirtschaften in der Erzeugung von Molkereiprodukten das Übergewicht haben.

Um diese toten Zahlen und Tabellen etwas zu beleben und den Klassencharakter der bürgerlichen Landwirtschaft (der von dem stumpfen Spießbürger David völlig ignoriert wird) aufzuzeigen, wollen wir eine bemerkenswerte Tatsache aus der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung anführen. Im Jahre 1902 senkten die dänischen Reeder die Löhne der Heizer. Diese antworteten mit Streik. Der Zentralverband der Hafenarbeiter unterstützte sie, indem er gleichfalls die Arbeit einstellen ließ. Aber ... den Streik zum allgemeinen Streik zu machen, ihn auf alle dänischen Häfen auszudehnen, gelang nicht. „Das für die Ausfuhr dänischer Landwirtschaftsprodukte so überaus bedeutsame Esbjerg (an der Westküste Dänemarks, wichtig im Handel mit England) in den Streik

einzubeziehen, gelang aber nicht, da die dänischen landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärten, sie würden dann sofort von ihren Mitgliedern eine genügende Anzahl entsenden, um die Schiffe zu laden; ihren Export wollten die dänischen Bauern sich nicht stören lassen."*

Die dänischen Genossenschaften traten also auf die Seite der Schiffsreeder gegen die Arbeiter und brachten den Streik zum Scheitern. Es ist natürlich durchaus begreiflich, daß die kapitalistischen Farmer, die je 10 und mehr Kühe besitzen, eben die Kapitalisten gegen die Arbeiter unterstützten. Unbegreiflich ist nur, daß Publizisten wie David, die den Klassenkampf vertuschen, sich Sozialisten nennen.

In der Frage der Verbindung landwirtschaftlicher Betriebe mit landwirtschaftlichen Industrien (Zuckerfabrikation, Branntweinbrennerei usw.) begeht David *genau denselben* Fehler wie Herr Bulgakow. Gleich dem russischen Professor hat der deutsche „gelehrte" Opportunist die Tabellen aus der deutschen Erhebung *einfach abgeschrieben*, ohne zu überlegen, worauf sich diese Tabellen beziehen! Kautsky behauptet, daß die Zuckerfabrikation das klassische Beispiel einer landwirtschaftlichen *Großindustrie* ist. Zur Widerlegung dieser Behauptung führt David genau wie Bulgakow Zahlen an, die zeigen, daß die Zahl der mit landwirtschaftlichen Industrien verbundenen Kleinbetriebe größer ist als die der Großbetriebe (S. 406, 407, 410 bei David). Daß es überhaupt mehr Kleinbetriebe als Großbetriebe gibt, das hat der gelehrte Statistiker vergessen. Anstatt den Prozentsatz der mit industriellen Produktionszweigen verbundenen Betriebe im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebe der betreffenden Größenklasse festzustellen, hat er eine Tabelle abgeschrieben, die den Prozentsatz solcher Betriebe nach Größenklassen im Verhältnis zu ihrer Endsumme angibt. Weiter oben habe ich diesen Fehler des Herrn Bulgakow bereits ausführlich dargelegt (siehe S. 237 und 238**). Es bleibt nur zu bemerken, daß der wissenschaftlich ebenso gewissenhafte E. David sich gleichfalls nicht die Mühe gegeben hat, auf die Angaben *über den Anteil* des mit Zuckerrüben bestellten *Bodens*, der sich in den Händen der Kapitalisten befindet, einen Blick zu werfen.

Welchen Grad von Komik die Seelenverwandtschaft des deutschen

* Emil Helms, „Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark", Leipzig 1907, S. 138.

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 207/208. *Die Red.*

Opportunisten und des russischen liberalen Professors erreicht, ist daraus ersichtlich, daß sie sich nicht nur gleichermaßen nachlässig und ungeschickt der Statistik bedienen, sondern auch gleichermaßen nachlässig Marx zitieren. Ebenso wie Bulgakow erkennt David das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" an. Zwar versucht er, dieses Gesetz mit besonderen Einschränkungen darzulegen, es von besonderen Bedingungen abhängig zu machen, doch davon wird die Sache nicht im geringsten besser. Zum Beispiel bemerkt David auf S. 476: „Das Gesetz sagt überhaupt nichts aus über die Produktivitätsbewegung im Übergang von einer wissenschaftlich-technischen Stufe des Landbaues zur anderen. Es sagt lediglich etwas über die Produktivitätsbewegung auf der gleichen wissenschaftlich-technischen Stufe." Das ist eben jene *Einschränkung* des berüchtigten Gesetzes, die ich gegen Herrn Bulgakow geltend machte (siehe weiter oben, S. 165, 166*), wobei ich gleichzeitig hinzufügte, daß dies „ein in so hohem Maße relatives ‚Gesetz'" wäre, „daß von keinem ‚Gesetz', *ja nicht einmal von einer kardinalen Besonderheit der Landwirtschaft die Rede sein kann*".

Und doch fährt David fort, dieses Gesetz zu einer Besonderheit der Landwirtschaft zu erheben. Es ergibt sich eine unvorstellbare Konfusion, denn bei gleichbleibenden „wissenschaftlich-technischen" Bedingungen sind auch in der Industrie für zusätzliche Kapitalanlagen sehr enge Grenzen gesetzt.

„Die Gründe für das Zurückbleiben der Landwirtschaft", sagt David im Schlußkapitel, sind „... einmal der *Konservatismus der organischen Natur*, der im Gesetz vom abnehmenden Ertrag zur Geltung kommt" (S. 501). In dieser Schlußfolgerung ist bereits die soeben aufgestellte These, das „Gesetz" berühre nicht Übergänge zu einer höheren technischen Stufe, über Bord geworfen! Der „Konservatismus der Natur" ist nichts als phrasenhafte Ausflucht des reaktionären Spießertums, das unfähig ist, die *gesellschaftlichen* Bedingungen, die besonders die Entwicklung der Landwirtschaft hemmen, zu begreifen. David offenbart sein Unverständnis dafür, daß zu diesen *gesellschaftlichen* Bedingungen gehören: erstens die Überreste des Feudalismus in der Landwirtschaft, die Nichtgleichberechtigung der Landarbeiter usw. usf., und zweitens die *Bodenrente*, die die Preise hochschraubt und die hohen Renten *im Bodenpreis fixiert*.

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 102/103. *Die Red.*

„Wir sind also der Meinung", schreibt David, „daß heute die heimische Landwirtschaft das gesamte benötigte Quantum Brotgetreide ... nicht mit der Produktivität herstellen kann, die dank der überseeischen Produktion als weltwirtschaftliche Produktivitätsnorm gelten kann. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, das der beliebigen Produktmehrung auf begrenzter Fläche ohne Produktivitätsminderung im Wege steht ..." (519) – der letzte Satz ist bei David hervorgehoben.

Man sehe sich diesen Ökonomen an! Er erklärt, daß das „Gesetz" vom abnehmenden Bodenertrag *lediglich* etwas über die Produktivitätsbewegung auf der gleichen wissenschaftlich-technischen Stufe sagt (476). Die Schlußfolgerung aber lautet: „Das Gesetz steht der ‚beliebigen' Produktmehrung auf begrenzter Fläche im Wege" (519)! Woraus folgt denn, daß die deutsche Landwirtschaft *nicht* auf die folgende „wissenschaftlich-technische Stufe" *geboben werden könnte*, wenn nicht das Privateigentum am Grund und Boden, wenn nicht die aufgeblähte Rente, wenn nicht die Rechtlosigkeit, Verschüchterung und die Bedrückung des Landarbeiters, wenn nicht die barbarischen mittelalterlichen Privilegien des Junkertums dem im Wege ständen??

Der bürgerliche Apologet bemüht sich natürlich, die gesellschaftlichen und historischen Ursachen der Rückständigkeit der Landwirtschaft zu ignorieren und die Schuld auf den „Konservatismus der Natur" und auf das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" abzuwälzen. Apologetik und Stumpfsinn sind der einzige Inhalt dieses berüchtigten Gesetzes.

Um aber seinen schmachvollen Rückzug zu den alten Vorurteilen der bürgerlichen Ökonomie zu verschleiern, tischt uns David genau wie Bulgakow einen lügenhaften Hinweis auf Marx auf. David zitiert *dieselbe Seite* des dritten Bandes des „Kapitals" (III. Bd., II. Teil, S. 277)[69], die auch Herr Bulgakow angeführt hat! (Siehe S. 481 bei David und weiter oben die Kritik an Herrn Bulgakow, S. 171 und 172*.)

Das, was ich über die *wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit* des Herrn Bulgakow gesagt habe, gilt *voll und ganz* auch für David. Herr Bulgakow hat das Zitat aus Marx entstellt. David hat sich darauf beschränkt, die ersten Worte desselben Zitats anzuführen: „Über die abnehmende Produktivität des Bodens bei sukzessiven Kapitalanlagen ist Liebig nachzusehn." („Das Kapital", III. Bd., II. Teil, S. 277.) Gleich Bulgakow hat

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 110–113. *Die Red.*

David Marx entstellt, indem er dem Leser die Sache so darstellt, als ob dies der einzige Hinweis von Marx sei. In Wirklichkeit, wiederholen wir, ist jedem, der den dritten Band des „Kapitals" (und den zweiten Teil des zweiten Bandes der „Theorien über den Mehrwert"[70]) gelesen hat, das Gegenteil bekannt. Marx zeigt *Dutzende Male*, daß er den Fall der *abnehmenden* Produktivkraft der zusätzlichen Kapitalanlagen für durchaus gleichberechtigt und für ebenso möglich hält wie den Fall der *steigenden* Produktivkraft zusätzlicher Kapitalanlagen.

In der Anmerkung auf S. 481 verspricht David, später auf den Zusammenhang dieses Gesetzes mit der Rente einzugehen und auch „den Marxschen Versuch, die Rententheorie unter Verwerfung der Malthus-Ricardoschen Grundlage zu entwickeln und zu erweitern, einer kritischen Prüfung zu unterziehen".

Wir glauben voraussagen zu können, daß die kritische Prüfung Davids eine Wiederholung der bürgerlichen Vorurteile à la Herr Bulgakow oder ... à la Genosse Maslow sein wird.

Gehen wir zur Untersuchung einer weiteren von Grund aus falschen Behauptung Davids über. Seine Apologetik oder seine Entstellung der Statistik zu widerlegen ist allerdings eine äußerst undankbare Arbeit. Zu der Frage, die wir jetzt behandeln wollen, besitzen wir einige neue Angaben, die es uns erlauben, das *tatsächliche* Bild der Wirklichkeit den Theorien des heutigen Spießertums gegenüberzustellen.

XI

DIE VIEHZUCHT IM KLEIN- UND GROSSBETRIEB

Die „Kritiker" oder Bernsteinianer in der Agrarfrage berufen sich bei der Verteidigung der Kleinproduktion besonders häufig auf folgenden Umstand. Die kleinen Landwirte halten auf einer gegebenen Einheit Bodenfläche unvergleichlich mehr Vieh als die großen. Folglich, sagen sie, düngen die kleinen Landwirte den Boden besser. Ihre Wirtschaft stehe in technischer Beziehung höher, da die Düngung in der modernen Landwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt und der Dünger vom Vieh, das in der Wirtschaft gehalten wird, allen und jeden künstlichen Düngemitteln um ein vielfaches überlegen ist.

Diesem Argument mißt Ed. David in seinem Buch „Sozialismus und Landwirtschaft" entscheidende Bedeutung bei (S. 326, 526 und 527 der russ. Übersetzung). Er schreibt gesperrt: „Der Mist ist die Seele der Landwirtschaft" (S. 308), und macht aus dieser Wahrheit die Hauptgrundlage seiner Verteidigung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs. Er führt die deutsche Statistik an, die zeigt, daß in den Kleinbetrieben pro Einheit der Bodenfläche bedeutend mehr Vieh gehalten wird als in den Großbetrieben. David ist überzeugt, daß diese Angaben die Frage der Vorzüge von Groß- und Kleinproduktion in der Landwirtschaft endgültig zu seinen Gunsten entscheiden.

Betrachten wir diese Theorie und die mistige Seele der Landwirtschaft ein wenig näher.

Das Hauptargument Davids und seiner zahlreichen Anhänger unter den bürgerlichen Ökonomen ist ein statistisches. Es wird die Menge des Viehs (pro Einheit der Bodenfläche) in Betrieben verschiedenen Umfangs verglichen. Hierbei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß gleichartige Größen verglichen werden, d. h. daß eine gleiche Menge Vieh einer bestimmten Art sowohl in den Großbetrieben wie in den Kleinbetrieben einen sozusagen gleichen landwirtschaftlichen Wert darstellt. Es wird vorausgesetzt, daß eine gleiche Menge Vieh eine gleiche Menge Mist gibt, daß das Vieh sich in den Groß- und Kleinbetrieben durch mehr oder minder gleiche Qualitäten auszeichnet usw.

Es ist augenscheinlich, daß von der Richtigkeit dieser üblichen stillschweigenden Voraussetzung voll und ganz die Beweiskraft des zu untersuchenden Arguments abhängt. Ist diese These richtig? Wenn man von der nackten und groben summarischen Statistik zur Analyse der sozialökonomischen Bedingungen der landwirtschaftlichen Klein- und Großproduktion als Ganzes übergeht, so sieht man sofort, daß gerade das noch zu Beweisende durch diese These als bewiesen angenommen wird. Der Marxismus behauptet, daß in der Kleinproduktion die Bedingungen der Viehhaltung (und, wie wir sahen, auch die Bedingungen der Bodenpflege und des Unterhalts des arbeitenden Landwirts) *schlechter* sind als im Großbetrieb. Die bürgerliche politische Ökonomie und nach ihr die Bernsteinianer behaupten das Gegenteil: die Bedingungen der Viehhaltung im Kleinbetrieb seien in Anbetracht des *Fleißes* des kleinen Landwirts weit besser als im Großbetrieb. Um statistische Angaben zu finden, die Licht

auf *diese* Frage werfen, ist eine ganz andere Statistik nötig als die, mit der David operiert. Erforderlich ist eine statistische Untersuchung nicht über die Menge des Viehs in Wirtschaften verschiedenen Umfangs, sondern über seine Qualität. In der deutschen ökonomischen Literatur gibt es eine solche Untersuchung, vielleicht sogar mehr als eine. Und es ist in höchstem Grade kennzeichnend, daß David sein Buch zwar mit einer Unmasse allen möglichen agronomischen Werken entnommener Zitate, die mit der Sache nichts zu tun haben, angefüllt hat, aber gerade die in der Literatur vorliegenden Versuche, die inneren Bedingungen des Klein- und Großbetriebs auf Grund detaillierter Untersuchungen aufzudecken, mit vollkommenem Stillschweigen übergeht. Mit einer dieser von David unverdient übergangenen Arbeiten wollen wir den Leser bekannt machen.

Ein namhafter deutscher Autor in Fragen der Landwirtschaft, Drechsler, hat die Ergebnisse einer monographischen „landwirtschaftlich-statistischen Aufnahme" veröffentlicht, über die er mit Recht sagte, daß „ihre Zuverlässigkeit wohl kaum von einer ähnlichen erreicht wird". In der Provinz Hannover wurden 25 Ansiedlungen (22 Dörfer und 3 Güter) untersucht, wobei in jeder einzelnen Wirtschaft Angaben nicht nur über die Boden- und die Viehmenge, *sondern auch über die Qualität des Viehs* gesammelt wurden. Zur Bestimmung der Qualität des Viehs wurde eine besonders exakte Methode angewandt: es wurde das *Lebendgewicht** eines jeden Stücks Vieh in Kilogramm auf Grund „einer möglichst sorgfältigen Schätzung der einzelnen Tiere durch die Sachverständigen" ermittelt. So wurden Angaben über das Lebendgewicht jeder Viehgattung in Wirtschaften verschiedenen Umfangs gesammelt. Dabei wurde die Erhebung wiederholt: die erste fand im Jahre 1875, die zweite im Jahre 1884 statt. Die Angaben wurden von Drechsler unbearbeitet herausge-

* David kennt diese Methode der Agronomen, das Lebendgewicht der einzelnen Stücke Vieh zu bestimmen, sehr gut. Auf S. 367 erzählt er ausführlich, welches Lebendgewicht *verschiedene Rassen* des Rindviehs (unterteilt nach Mast-, Milch-, Arbeitsvieh usw.) haben. Er schreibt diese Angaben bei den Agronomen ab. Es kommt ihm nicht einmal in den Sinn, daß es einem Ökonomen überhaupt und einem Sozialisten im besonderen nicht auf den Unterschied der Viehrassen, sondern auf den Unterschied der *Bedingungen der Viehhaltung* im Klein- und Großbetrieb, in der „bäuerlichen" und der kapitalistischen Wirtschaft ankommt.

geben*, und zwar über jedes dieser drei Güter und über drei Gruppen von Dörfern, wobei die bäuerlichen Wirtschaften in den Dörfern nach der Bodenmenge in sieben Gruppen eingeteilt wurden (über 50 Hektar, 25–50, 12,5–25, 7,5–12,5, 2,5–7,5, 1,25–2,5 und unter 1,25 Hektar). Berücksichtigt man, daß die Angaben Drechslers 11 verschiedene Vieharten betreffen, so wird dem Leser die Kompliziertheit aller dieser Tabellen klar. Um zusammenfassende Angaben zu erhalten, die es erlauben, allgemeine und grundlegende Schlußfolgerungen zu ziehen, werden wir *alle* Wirtschaften in *fünf* Hauptgruppen einteilen: a) große Güter; b) bäuerliche Wirtschaften mit über 25 ha Land; c) mit 7,5 bis 25 ha; d) mit 2,5–7,5 ha und e) mit weniger als 2,5 ha.

Die Zahl der Wirtschaften in diesen Gruppen und die Bodenfläche, über die sie verfügen, betrug in den Jahren 1875 und 1884:

	Im Jahre 1875			Im Jahre 1884		
	Zahl der Wirtschaften	Deren Bodenfläche	Boden pro Wirtschaft	Zahl der Wirtschaften	Deren Bodenfläche	Boden pro Wirtschaft
		in Hektar			in Hektar	
a) Güter	3	689	229	3	766	255
b) Wirtsch. mit 25 und mehr ha	51	1949	38	58	2449	42
c) „ „ 7,5–25 ha	274	3540	13	248	3135	12
d) „ „ 2,5–7,5 ha	442	1895	4,3	407	1774	4,3
e) „ unter 2,5 ha	1449	1279	0,88	1109	1027	0,92
Insgesamt	2219	9352	4,2	1825	9151	5,0

Um diese Zahlen zu erläutern, wollen wir uns vor allem mit dem ökonomischen Typus der Wirtschaften der verschiedenen Größenklassen befassen. Drechsler ist der Ansicht, daß keine Wirtschaft mit $7^1/_2$ und mehr Hektar Boden ohne Lohnarbeit auskommt. Es ergeben sich (im Jahre 1875) 325 Bauernwirtschaften, die Arbeiter dingen. Alle Landwirte mit weniger als $2^1/_2$ ha müssen sich selbst verdingen. Von den Wirtschaften mit 2,5 bis 7,5 ha (Durchschnittsgröße = 4,3 ha) kommt nach der Berechnung Drechslers die Hälfte ohne Lohnarbeit aus, während die andere

* Für das Jahr 1875 in den „Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd. XXIV, S. 112 („Bäuerliche Zustände", Bd. III), und für das Jahr 1884 in „Thiel's landwirtschaftlichen Jahrbüchern", Bd. XV (1886).

Hälfte Lohnarbeiter abgeben muß. Folglich sind unter den bäuerlichen Wirtschaften insgesamt 325 kapitalistische, 221 kleine „Arbeits"wirtschaften (wie unsere Volkstümler sagen würden), die weder Arbeitskräfte dingen noch abgeben, und 1670 halbproletarische, die Lohnarbeiter stellen.

Leider unterscheidet sich die Einteilung Drechslers von der der allgemeinen deutschen Statistik, die als Mittelbauern die Besitzer von 5 bis 20 ha rechnet. Trotzdem aber bleibt es eine nicht zu bezweifelnde Tatsache, daß die Mehrzahl dieser Mittelbauern nicht ohne Landarbeiter auskommt. Die „mittleren" Bauern in Deutschland sind kleine Kapitalisten. Die Bauern aber, die weder Lohnarbeiter dingen noch sich selbst verdingen, bilden eine unbedeutende Minderheit: 221 von 2216, das heißt den zehnten Teil.

Somit werden die von uns gewählten Betriebsgruppen ihrem ökonomischen Typus nach folgendermaßen charakterisiert: a) kapitalistische Großbetriebe; b) kapitalistische Mittelbetriebe („Großbauern"); c) kapitalistische Kleinbetriebe; d) kleinbäuerliche und e) halbproletarische Betriebe.

Die Gesamtzahl der Betriebe und die Gesamtmenge des in ihrem Besitz befindlichen Bodens hat sich in den Jahren 1875 bis 1884 verringert. Diese Verringerung entfällt hauptsächlich auf die Kleinbetriebe: die Zahl der Betriebe mit weniger als $2^1/_2$ ha hat sich von 1449 auf 1109, d. h. um 340, um fast ein Viertel, verringert. Umgekehrt ist die Zahl der größten Betriebe (über 25 ha) von 54 auf 61 und die Bodenmenge, die sich in ihrem Besitz befindet, von 2638 ha auf 3215 ha, d. h. um 577 Hektar, gestiegen. Folglich bedeutet die von Drechsler mit Begeisterung festgestellte allgemeine Verbesserung der Wirtschaft und Steigerung des Kulturniveaus in dieser Gegend eine Konzentrierung der Landwirtschaft in den Händen einer *sich verringernden* Anzahl von Eigentümern. Der „Fortschritt" hat aus der Landwirtschaft fast 400 Landwirte von 2219 (im Jahre 1884 waren 1825 übriggeblieben) verdrängt und bei den übriggebliebenen die durchschnittliche Bodenfläche pro Wirtschaft von 4,2 auf 5 Hektar erhöht. In der einen Gegend konzentriert der Kapitalismus einen gegebenen Zweig der Landwirtschaft und stößt eine Reihe von Kleinbesitzern ins Proletariat hinab. In der anderen Gegend schafft das Wachstum der für den Markt produzierenden Landwirtschaft eine Reihe neuer Kleinbetriebe (zum Beispiel die Milchwirtschaft in den Vorstadtdörfern und in

ganzen Ländern, die wie Dänemark Produkte ins Ausland liefern). In wieder anderen Gegenden erhöht die Zersplitterung der mittleren Betriebe die Zahl der Kleinbetriebe. Die summarische Statistik verschleiert alle diese Prozesse, für deren Studium detaillierte Untersuchungen notwendig sind.

Der Fortschritt der Landwirtschaft in der beschriebenen Gegend kam besonders in der Verbesserung der Viehzucht zum Ausdruck. Dabei hat sich die Gesamtzahl des Viehbestands verringert. 1875 gab es 7208 Stück Vieh (in Großvieh umgerechnet), 1884 – 6993. Für eine summarische Statistik würde diese Verringerung der Stückzahl des Viehs als Anzeichen eines Niedergangs der Viehzucht dienen. In Wirklichkeit hat sich die Qualität des Viehs verbessert, so daß man, wenn man nicht die Stückzahl des Viehs, sondern sein Gesamt„lebendgewicht" nimmt, 2 556 872 Kilogramm im Jahre 1875 und 2 696 107 Kilogramm im Jahre 1884 erhält.

Der kapitalistische Fortschritt der Landwirtschaft zeigt sich nicht nur, manchmal sogar nicht so sehr in der Erhöhung der Viehbestände, als vielmehr in der Verbesserung ihrer Qualität, in der Ersetzung schlechteren Viehs durch besseres, in größeren Futtermengen usw.

Die durchschnittliche Stückzahl des Viehs pro Wirtschaft betrug:

	Im Jahre 1875			Im Jahre 1884		
	Groß-vieh	Klein-vieh	Ins-gesamt	Groß-vieh	Klein-vieh	Ins-gesamt
	(In Großvieh umgerechnet)					
a) Güter	105	69	174	110	41	151
b) Wirtsch. mit 25 und mehr ha	13,2	11,0	24,2	13,7	10,5	24,2
c) „ „ 7,5–25 ha	5,4	3,8	9,2	4,9	4,2	9,1
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	2,2	1,4	3,6	2,2	1,8	4,0
e) „ unter 2,5 ha	0,3	0,6	0,9	0,4	0,7	1,1
Insgesamt	1,7	1,5	3,2	2,0	1,8	3,8

In den größten Wirtschaften hat sich die Zahl des Viehs verringert. In den kleinsten Wirtschaften ist sie gestiegen, und zwar um so rascher, je kleiner die Wirtschaft ist. Also ein Fortschritt der Kleinproduktion und ein Rückschritt der Großproduktion? Das heißt eine Bestätigung der Theorie Davids?

Man braucht jedoch nur die Angaben über das *Durchschnittsgewicht* des Viehs zu nehmen, und die Illusion schwindet dahin.

	Durchschnittsgewicht eines Stücks Vieh (in Kilogramm)					
	Im Jahre 1875			Im Jahre 1884		
	Groß-vieh	Klein-vieh*	Ins-gesamt	Groß-vieh	Klein-vieh	Ins-gesamt
a) Güter	562	499	537	617	624	619
b) Wirtsch. mit 25 und mehr ha	439	300	376	486	349	427
c) „ „ 7,5–25 ha	409	281	356	432	322	382
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	379	270	337	404	287	352
e) „ unter 2,5 ha	350	243	280	373	261	301
Im Durchschnitt	412	256	354	446	316	385

Die erste Folgerung aus diesen Angaben besteht darin, daß die Qualität des Viehs um so besser ist, je größer der Umfang der Wirtschaft. Der Unterschied, der in dieser Beziehung zwischen den kapitalistischen und den kleinbäuerlichen oder halbproletarischen Wirtschaften besteht, erweist sich als gewaltig. Im Jahre 1884 zum Beispiel überschreitet dieser Unterschied zwischen Wirtschaften mit größtem und kleinstem Umfang *hundert Prozent*: das Durchschnittsgewicht eines mittleren Stücks Vieh in den großkapitalistischen Wirtschaften beträgt 619 Kilogramm, in den halbproletarischen dagegen 301, d. h. weniger als die Hälfte! Daraus kann man ersehen, wie oberflächlich David und seine Gesinnungsgenossen urteilen, wenn sie die Gleichartigkeit der Qualität des Viehs im Groß- und Kleinbetrieb voraussetzen.

Oben wiesen wir bereits darauf hin, daß die Bedingungen der Viehhaltung im Kleinbetrieb überhaupt schlechter sind. Jetzt haben wir eine durch Tatsachen bekräftigte Bestätigung hierfür. Die Angaben über das Lebendgewicht des Viehs geben die genaueste Vorstellung von *allen* entsprechenden Bedingungen: Futter, Ställe, Arbeit, Pflege – dies alles summiert sich sozusagen in den Resultaten, die in der Monographie Drechslers statistischen Ausdruck gefunden haben. Es zeigt sich, daß aller „Fleiß" des Kleinbauern bei der Pflege des Viehs – ein Fleiß, den unser Herr W. W.[71] und der Deutsche David besingen – nicht imstande ist,

* Verschiedenes Kleinvieh ist nach den üblichen Normen in Großvieh umgerechnet. Für ein Jahr ist für eine der 11 Vieharten die Stückzahl annähernd bestimmt: Angaben liegen nur über das Gewicht, nicht aber über die Stückzahl vor.

auch nur annähernd die Vorteile der Großproduktion, die ein Produkt doppelt so guter Qualität liefert, aufzuwiegen. Der Kapitalismus verdammt den Kleinbauern zu ewiger Schinderei, zu nutzloser Arbeitsvergeudung, denn die sorgfältigste Pflege des Viehs ist bei einem Mangel an Mitteln, bei einem Mangel an Futter, bei schlechter Qualität des Viehs, bei schlechten Ställen usw. gleichbedeutend mit nutzloser Arbeitsvergeudung. Die bürgerliche politische Ökonomie stellt in ihrem Urteil nicht diese Zugrunderichtung und Unterdrückung des Bauern durch den Kapitalismus in den Vordergrund, sondern den „Fleiß" des Schaffenden (des unter den Bedingungen der schlimmsten Ausbeutung *für das Kapital* Schaffenden).

Die zweite Folgerung aus den angeführten Angaben besteht darin, daß die Qualität des Viehs sich in dem erwähnten Jahrzehnt im Durchschnitt verbessert hat, und zwar in allen Wirtschaftsgruppen. Auf Grund dieser allgemeinen Verbesserung ist aber der Unterschied der Bedingungen der Viehzucht im Groß- und Kleinbetrieb nicht kleiner, sondern *größer* geworden. Die allgemeine Verbesserung hat keinen Ausgleich zwischen den Groß- und Kleinbetrieben herbeigeführt, sondern die Kluft zwischen ihnen vertieft, da der Großbetrieb den Kleinbetrieb in diesem Verbesserungsprozeß überholt. Nachstehend ein Vergleich des Durchschnittsgewichts eines mittleren Stücks Vieh nach Gruppen in den Jahren 1875 und 1884:

	Durchschnittsgewicht eines mittleren Stücks Vieh in Kilogramm		Zunahme um	Zunahme in Prozent um
	1875	1884		
a) Güter	537	619	+82	+15,2
b) Wirtschaften mit 25 u. mehr ha	376	427	+51	+13,6
c) „ „ 7,5–25 ha	356	382	+26	+ 7,3
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	337	352	+15	+ 4,4
e) „ unter 2,5 ha	280	301	+21	+ 7,5
Im Durchschnitt	354	385	+31	+ 8,7

Die Verbesserung ist am größten in den großkapitalistischen, dann in den mittleren kapitalistischen Wirtschaften, ganz gering in den kleinbäuerlichen und sehr unbedeutend in den übrigen Wirtschaften. Drechsler, wie auch die überwiegende Mehrheit der Agronomen, die über Fragen der Agrarökonomie schreiben, hat lediglich die technische Seite der An-

gelegenheit bemerkt. In seiner fünften Schlußfolgerung, die er aus dem Vergleich der Jahre 1875 und 1884 zieht, sagt er: „In der Nutzviehhaltung* ist ein sehr erheblicher Fortschritt zu konstatieren: Verminderung der Zahl mit Verbesserung der Qualität; das durchschnittliche Lebendgewicht pro Stück ist in jeder der 3 Dörfergruppen** erheblich gestiegen. Dies bedeutet eine *ziemlich allgemein* zur Durchführung gekommene wesentliche Verbesserung in der Zucht, der Fütterung und Pflege."

Die von uns hervorgehobenen Worte „ziemlich allgemein" bezeugen gerade, daß der Verfasser die sozialökonomische Seite der Frage ignoriert; „allgemein" gilt für die Großbetriebe, „ziemlich" für die Kleinbetriebe. Drechsler hat dies nicht bemerkt, da er nur die Angaben über die Dörfergruppen, nicht aber über die Wirtschaftsgruppen von verschiedenem Typus beachtet hat.

Wir wollen jetzt zu den Angaben über das Arbeitsvieh übergehen, die Licht auf die Bedingungen des Ackerbaus im engeren Sinne des Wortes werfen. Hinsichtlich der Menge des Arbeitsviehs werden die von uns untersuchten Wirtschaften durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

	Stück Arbeitsvieh im Durchschnitt je Wirtschaft	
	1875	1884
a) Güter	27	44
b) Wirtschaften mit 25 und mehr ha	4,7	5,5
c) „ „ 7,5–25 ha	2,1	2,4
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	1,3	1,5
e) „ unter 2,5 ha	0,07	0,16
Im Durchschnitt	0,7	1,0

* Drechsler spricht hier von allem Vieh außer dem Arbeitsvieh (sogenanntes Nutzvieh). Wir werden untenstehend die Angaben über das Arbeitsvieh gesondert anführen. Die allgemeine Schlußfolgerung bleibt die gleiche, welche Vieharten oder welche Gruppen von Vieharten wir auch nehmen.

** Drechsler teilt die 22 Dörfer nach der geographischen Lage und nach anderen Wirtschaftsbedingungen in drei Gruppen. Wir nahmen nur die zusammenfassenden Angaben, um den Artikel nicht mit Zahlen zu überlasten. Die Schlußfolgerungen ändern sich nicht, welche Dörfergruppe wir auch nehmen.

Hieraus folgt, daß die halbproletarischen Wirtschaften (unter 2,5 ha – solche Wirtschaften gab es im Jahre 1884 1109 von 1825) in ihrer übergroßen Mehrheit vollständig von Arbeitsvieh entblößt sind. Diese Wirtschaften dürfen auch nicht als Ackerbaubetriebe im wahren Sinne des Wortes betrachtet werden. Jedenfalls dürfen, was die Bedingungen der Verwendung von Arbeitsvieh anbetrifft, solche Wirtschaften, die zu 93% oder zu 84% überhaupt kein Arbeitsvieh verwenden, nicht mit den Großbetrieben verglichen werden. Wenn wir dagegen in dieser Beziehung die kapitalistischen Großbetriebe und die kleinbäuerlichen Betriebe vergleichen, so sehen wir, daß in den ersteren (Gruppe a) 132 Stück Arbeitsvieh auf 766 ha Land kommen, in den letzteren (Gruppe d) 632 Stück auf 1774 ha (1884), d. h. in den ersteren entfällt 1 Stück Arbeitsvieh auf etwa *sechs* Hektar, in den letzteren auf etwa *drei* Hektar. Es ist klar, daß die Kleinbetriebe *doppelte* Auslagen für den Unterhalt von Arbeitsvieh haben. Kleinproduktion bedeutet Zersplitterung der technischen Betriebsmittel und Arbeitsvergeudung infolge dieser Zersplitterung.

Eine Ursache dieser Zersplitterung ist zum Teil der Umstand, daß die Kleinbetriebe zur Verwendung von Arbeitsvieh *schlechterer Qualität*, nämlich zur Verwendung von Kühen als Arbeitsvieh gezwungen sind. Unter der Gesamtzahl des *Arbeits*viehs gab es folgenden Prozentsatz an Kühen:

	1875	1884
a) Güter	—	—
b) Wirtschaften mit 25 und mehr ha	—	2,5%
c) „ „ 7,5–25 ha	6,3%	11,4%
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	60,7%	64,9%
e) „ unter 2,5 ha	67,7%	77,9%
Im Durchschnitt	27,0%	33,4%

Hieraus ist klar ersichtlich, daß die Verwendung von Kühen für Feldarbeiten zunimmt und daß die Kühe in den halbproletarischen und kleinbäuerlichen Wirtschaften das hauptsächliche Arbeitsvieh sind. David ist geneigt, dies als Fortschritt anzusehen – genauso wie der ganz und gar auf bürgerlichem Standpunkt stehende Drechsler, der in seinen Schlußfolgerungen schreibt: „Eine große Anzahl von kleineren Wirtschaften hat sich *der für sie zweckmäßigeren Haltung von Arbeitskühen zugewandt.*"

„Zweckmäßiger" ist dies für die kleinen Landwirte deshalb, weil es *billiger* ist. Billiger aber ist es deshalb, weil das bessere Arbeitsvieh durch schlechteres ersetzt wird. Der die Drechsler und David in Entzücken versetzende Fortschritt der Kleinbauern gleicht voll und ganz dem Fortschritt der aussterbenden Handweber, die zu immer schlechteren Materialien, zu den Abfällen der Fabrikproduktion übergehen müssen.

Das Durchschnittsgewicht der Arbeitskühe betrug im Jahre 1884 381 Kilogramm*, während das der Arbeitspferde 482 Kilogramm und das der Zugochsen 553 Kilogramm betrug. Diese letztere Art Arbeitsvieh, das stärkste, bildete im Jahre 1884 mehr als die Hälfte im Gesamtbestand des Arbeitsviehs der großen kapitalistischen Besitzer, etwa ein Viertel bei den mittleren und kleinen Kapitalisten, weniger als ein Fünftel bei den Kleinbauern und weniger als ein Zehntel bei den halbproletarischen Wirtschaften. Folglich ist die Qualität des Arbeitsviehs um so besser, je größer die Wirtschaft ist. Das Durchschnittsgewicht eines mittleren Stücks Arbeitsvieh ist folgendes:

	1875	1884
a) Güter	554	598
b) Wirtschaften mit 25 und mehr ha	542	537
c) „ „ 7,5–25 ha	488	482
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	404	409
e) „ unter 2,5 ha	377	378
Im Durchschnitt	464	460

Im großen und ganzen also hat sich das Arbeitsvieh *verschlechtert*. Tatsächlich sehen wir in den kapitalistischen Großbetrieben eine bedeutende Verbesserung, in allen übrigen Betrieben einen Stillstand oder eine Verschlechterung. In bezug auf Qualität des Arbeitsviehs hat sich der Unterschied zwischen dem Groß- und Kleinbetrieb von 1875 bis 1884 ebenfalls *vergrößert*. Der Übergang der Kleinbetriebe zur Verwendung von Kühen als Arbeitsvieh ist eine allgemeine Erscheinung in Deutschland.** Unsere Angaben aber beweisen mit dokumentarischer Genauigkeit,

* Das Durchschnittsgewicht der nicht für Feldarbeiten verwendeten Kühe: 421 Kilogramm.

** Siehe hierüber Kapitel VIII: „Die allgemeinen Angaben der deutschen landwirtschaftlichen Statistik." (Siehe Werke, Bd. 5, S. 190–202. *Die Red.*)

daß dieser Übergang eine Verschlechterung der Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion, eine Vergrößerung der Not der Bauernschaft bedeutet.

Um den Überblick über die Angaben der Monographie Drechslers abzuschließen, wollen wir noch eine Berechnung der Menge und des Gewichts des gesamten Viehs pro Einheit Bodenfläche anführen, eine Berechnung, die David an Hand der Daten der deutschen landwirtschaftlichen Statistik überhaupt anstellt:

	Auf 1 Hektar Boden entfallen			
	Stückzahl des gesamten Viehs (in Großvieh umgerechnet)		Gewicht des Gesamtviehs in Kilogramm	
	1875	1884	1875	1884
a) Güter	0,77	0,59	408	367
b) Wirtschaften mit 25 und mehr ha	0,63	0,57	238	244
c) „ „ 7,5–25 ha	0,71	0,72	254	277
d) „ „ 2,5– 7,5 ha	0,85	0,94	288	328
e) „ unter 2,5 ha	1,02	1,18	286	355
Im Durchschnitt	0,77	0,76	273	294

Die Angaben über den Viehbestand je Hektar Boden, das sind die Angaben, auf die sich David beschränkt. In unserem Beispiel, wie auch in der deutschen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, zeigen diese Angaben eine *Verringerung* des Viehbestands je Einheit Bodenfläche in den Großbetrieben. Im Jahre 1884 zum Beispiel entfällt in den halbproletarischen Wirtschaften genau doppelt soviel Vieh auf 1 ha wie in den großkapitalistischen Wirtschaften (1,18 gegen 0,59). Doch wissen wir jetzt bereits, daß in einer solchen Berechnung unvergleichbare Dinge verglichen werden. Die Angaben über das Gewicht des Viehs zeigen das tatsächliche Verhältnis der Wirtschaften zueinander: die Großproduktion erweist sich auch in dieser Beziehung als bessergestellt, da sie dem Gewicht nach das *meiste* Vieh pro Einheit Bodenfläche und folglich auch den *meisten* Dünger hat. Somit ist die Schlußfolgerung Davids, daß die Kleinwirtschaften im großen und ganzen mit Dünger besser versehen sind, der Wirklichkeit diametral entgegengesetzt. Und hierbei muß man berücksichtigen, daß unsere Angaben erstens den Kunstdünger nicht betreffen, den nur die wohlhabenden Besitzer zu kaufen in der Lage sind, und zweitens, daß der Vergleich des Viehbestandes nach Gewicht Groß- und

Kleinvieh gleichsetzt, zum Beispiel 45 625 kg – das Gewicht von 68 Stück Vieh im Großbetrieb – und 45 097 kg – das Gewicht von 1786 *Ziegen* in Kleinbetrieben (1884). In Wirklichkeit ist das Übergewicht der Großbetriebe in bezug auf die Versorgung mit Stalldünger bedeutender, als unsere Zahlen zeigen.*

Die Schlußfolgerung ist: Mit der Phrase „der Mist ist die Seele der Landwirtschaft" hat David die sozialökonomischen Verhältnisse in einer speziell auf Viehzucht eingestellten Wirtschaft übergangen und die Sache völlig verzerrt dargestellt.

Die Großproduktion in der kapitalistischen Landwirtschaft hat ein gewaltiges Übergewicht über die Kleinproduktion hinsichtlich der Qualität des Viehs überhaupt, der Qualität des Arbeitsviehs im besonderen, hinsichtlich der Bedingungen der Haltung des Viehs, seiner Verbesserung und Nutzbarmachung für die Düngung.

XII

DAS „IDEALLAND" VOM STANDPUNKT DER GEGNER DES MARXISMUS IN DER AGRARFRAGE**

Die Agrarverhältnisse und -zustände in Dänemark sind für den Ökonomen von besonders großem Interesse. Wir sahen bereits***, wie Ed. David, der Hauptvertreter des Revisionismus in der modernen Literatur

* Wir erinnern an die oben (Kapitel VI) (siehe Werke, Bd. 5, S. 167. *Die Red.*) angeführten Bemerkungen Klawkis: „Die Düngerproduktion ist bei den Kleinbesitzern schlechter: ihr Getreide hat kürzeres Stroh, dieses wird zu einem großen Teil verfüttert (d. h. wiederum eine Verschlechterung der Qualität des Futters), und zum Unterstreuen wird weniger Stroh verwendet."

** Dieser Aufsatz bildet ein Kapitel (XII) der Arbeit des Verfassers: „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'", die in sein unlängst erschienenes Buch „Die Agrarfrage", Teil I (St. Petersburg 1908), aufgenommen wurde. Nur eine zufällige Verzögerung bei der Zustellung dieses Kapitels verhinderte seinen Abdruck in dem erwähnten Buch. Deshalb beziehen sich auch alle Hinweise in dem hier veröffentlichten Abschnitt auf diese Arbeit.

*** Wl. Iljin, „Die Agrarfrage", Teil I, Aufsatz „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'", Kap. X und XI. (Siehe den vorliegenden Band, S. 169–192. *Die Red.*)

über die Agrarfrage, das Beispiel der dänischen Landwirtschaftsvereine und der dänischen „kleinbäuerlichen" (angeblich kleinbäuerlichen) Kultur weidlich ausschlachtet. Heinrich Pudor, dessen Arbeit Ed. David benutzt, nennt Dänemark „das Idealland des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens"*. Auch bei uns in Rußland „trumpfen" die Vertreter der liberalen und volkstümlerischen Auffassungen nicht minder häufig zugunsten der Theorien von der Lebensfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs mit Dänemark gegen den Marxismus auf – es sei nur auf die Reden des Liberalen Herzenstein in der I. Duma und des Volkstümlers Karawajew in der II. Duma verwiesen.

Verglichen mit anderen europäischen Ländern sehen wir in Dänemark tatsächlich die stärkste Verbreitung des „kleinbäuerlichen" Betriebs und das größte Gedeihen der Landwirtschaft, die es verstanden hat, sich den neuen Erfordernissen und Bedingungen des Marktes anzupassen. Wenn ein „Gedeihen" des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs in Ländern mit Warenproduktion möglich ist, so befindet sich natürlich Dänemark in dieser Hinsicht unter allen europäischen Ländern in der besten Lage. Es ist deshalb von doppeltem Interesse, sich mit den Agrarverhältnissen in Dänemark eingehend bekannt zu machen. Wir werden an dem Beispiel eines ganzen Landes sehen, welches die Methoden des Revisionismus in der Agrarfrage und welches die tatsächlichen Grundzüge der kapitalistischen Agrarverhältnisse in einem „idealen" kapitalistischen Lande sind.

Die landwirtschaftliche Statistik Dänemarks ist nach dem Muster anderer europäischer Länder aufgebaut. Aber in mancher Beziehung bringt sie ausführlichere Daten und besser durchgearbeitetes Zahlenmaterial, was es erlaubt, solche Seiten der Frage zu berücksichtigen, die gewöhnlich im dunkeln bleiben. Wir wollen mit den allgemeinen Angaben über die gruppenweise Verteilung der Wirtschaften nach der Bodenfläche beginnen. Das in Dänemark übliche Flächenmaß „Hartkorn" rechnen wir in Hektar (ha) um, wobei wir – auf Grund der Angaben der dänischen Landwirtschaftsstatistik – ein Hartkorn gleich 10 Hektar setzen.**

---

* Dr. Heinrich Pudor, „Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im Auslande", Bd. I, Leipzig 1904, S. V. Pudor ist ein erbitterter Feind des Marxismus.

** „Danmarks Statistik. Statistisk Aarbog", 8-de aargang, 1903, p. 31 (Dänemarks Statistik. Statistisches Jahrbuch, 8. Jahrgang, 1903, S. 31. *Die Red.*),

Die dänische Landwirtschaftsstatistik bringt Daten über die Verteilung der Wirtschaften für die Jahre 1873, 1885 und 1895, wobei alle landwirtschaftlichen Betriebe in elf Größenklassen eingeteilt werden: ohne Land, bis 0,3 ha (genauer: bis $^1/_{32}$ Hartkorn), 0,3–2,5 ha, 2,5–10 ha, 10–20, 20–40, 40–80, 80–120, 120–200, 200–300, 300 ha und darüber. Um die Aufmerksamkeit des Lesers nicht allzusehr zu zersplittern, wollen wir diese Gruppen in sechs größere zusammenfassen.

	1873				1885				1895			
	Zahl der Wirtschaften	%	Boden in ha	%	Zahl der Wirtschaften	%	Boden in ha	%	Zahl der Wirtschaften	%	Boden in ha	%
Ohne Land	31 253	13,3	–	–	35 329	13,6	–	–	32 946	12,4	–	–
Unter 2,5 ha	65 490	27,9	54 340	1,5	82 487	31,8	62 260	1,7	92 656	34,8	63 490	1,8
2,5–10 ha	65 672	27,9	333 760	9,1	67 773	26,2	345 060	9,5	66 491	25,0	341 020	9,4
10 – 40 ha	41 671	17,7	928 310	25,5	43 740	16,9	966 850	26,5	44 557	16,8	981 070	26,8
40 –120 ha	29 288	12,5	1 809 590	49,6	27 938	10,8	1 722 820	47,1	27 301	10,3	1 691 950	46,4
120 und mehr ha	1 856	0,7	522 410	14,3	1 953	0,7	551 530	15,2	2 031	0,7	568 220	15,6
Insgesamt	235 230	100,0	3 648 410	100,0	259 220	100,0	3 648 520	100,0	265 982	100,0	3 645 750	100,0

Vor allem ergibt sich aus diesen Daten eine grundlegende Schlußfolgerung, die von der bürgerlichen politischen Ökonomie und den in ihre Fußtapfen tretenden Revisionisten stets übersehen wird. Die Schlußfolgerung ist die, daß sich der weitaus größte Teil des Bodens in Dänemark in den Händen kapitalistisch wirtschaftender Landwirte befindet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur die Landwirte, die 120 Hektar Land und mehr besitzen, sondern auch solche mit 40 Hektar und mehr ihre Wirtschaften mit Hilfe von Lohnarbeit betreiben. Diese beiden oberen Gruppen bildeten 1895 insgesamt 11% der Gesamtzahl der Wirtschaften, doch waren in ihren Händen 62%, d. h. über drei Fünftel, des gesamten Bodens vereinigt. Die dänische Landwirtschaft basiert auf dem *kapitalistischen* landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieb. Das Gerede vom „Bauernland" und von der „Kleinkultur" ist nichts als bürgerliche Apologetik, Entstellung der Tatsachen durch die verschiedenen Ideologen des Kapitals mit und ohne Titel.

Anmerkung. Alle in folgendem angeführten Daten beziehen sich auf das eigentliche Dänemark, d. h. ohne die Insel Bornholm.

Dabei muß bemerkt werden, daß in Dänemark, wie auch in anderen europäischen Ländern, in denen sich das kapitalistische System in der Landwirtschaft vollkommen durchgesetzt hat, der Anteil der oberen, kapitalistischen Gruppen an der gesamten Volkswirtschaft sich im Laufe der Zeit nur wenig ändert. Im Jahre 1873 besaßen die kapitalistischen Farmen (13,2%) 63,9% des gesamten Bodens, 1885 besaßen die Farmen (11,5%) 62,3% des Bodens. Diese Stabilität des landwirtschaftlichen Großbetriebs muß man bei einem Vergleich von Daten für verschiedene Jahre stets im Auge haben, denn in der Literatur kann man sehr oft beobachten, wie vermittels solcher Vergleiche, die sich auf Veränderungen *in den Einzelheiten* beziehen, die *Grund*züge des in Frage stehenden sozialökonomischen Systems vertuscht werden.

In Dänemark wie auch in den anderen europäischen Ländern spielt die Masse der Kleinbetriebe in der Gesamtsumme der landwirtschaftlichen Produktion eine verschwindend kleine Rolle. Die Zahl der Wirtschaften mit einer Bodenfläche bis zu 10 ha betrug 1895 insgesamt 72,2% aller Wirtschaften, sie besaßen jedoch nur 11,2% des Bodens. Dieses Verhältnis bleibt auch in den Jahren 1885 und 1873 im wesentlichen unverändert. Die Kleinbetriebe gehören häufig Halbproletariern. Das hat die deutsche Statistik, wie wir gesehen haben, unwiderleglich für Betriebe unter 2 ha, teilweise aber auch für solche bis zu 5 ha bewiesen. Aus den nachstehend angeführten Daten über den Viehbestand in den Wirtschaften der verschiedenen Gruppen werden wir ersehen, daß für die Masse dieser vielgerühmten Vertreter der „Kleinkultur" von einer wirklich selbständigen und auch nur einigermaßen stabilen Landwirtschaft keine Rede sein kann. 47,2% der Wirtschaften, d. h. nahezu die Hälfte, gehören Proletariern und Halbproletariern (ohne Land und bis zu 2,5 ha); 25%, das heißt ein weiteres Viertel der Wirtschaften (2,5–10 ha), gehören bedürftigen Kleinbauern. So sieht die *Grundlage* für das „Gedeihen" des landwirtschaftlichen Kapitalismus in Dänemark aus. Natürlich kann man sich auf Grund von Angaben, die die Bodenfläche betreffen, über ein Land mit hochentwickelter Marktviehzucht nur ein ganz allgemeines, summarisches Urteil bilden. Die Angaben über die Viehzucht jedoch, die wir weiter unten ausführlich behandeln werden, *bekräftigen*, wie der Leser sehen wird, die von uns gezogenen Schlußfolgerungen nur noch mehr.

Betrachten wir nun die Veränderungen, die in Dänemark in der Zeit

von 1873 bis 1895 in der Bodenverteilung zwischen den Groß- und Kleinbetrieben stattgefunden haben. Hier springt sofort das typisch kapitalistische Erstarken der äußersten Gruppen und die Schwächung der mittleren Wirtschaften ins Auge. Der prozentuale Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe (d. h. die landlosen Wirtschaften ausgenommen) *steigt* bei den kleinsten Betrieben bis zu 2,5 ha: 27,9% im Jahre 1873, 31,8% im Jahre 1885 und 34,8% im Jahre 1895. Dieser Anteil *fällt* weiterhin bei *allen* mittleren Gruppen und bleibt *nur* bei der höchsten Gruppe mit 120 und mehr Hektar unverändert (0,7%). Der prozentuale Anteil am gesamten Boden *steigt* bei den größten Betrieben mit 120 und mehr Hektar: 14,3% – 15,2% – 15,6% in den gleichen drei Jahren; ferner *steigt* er in geringerem Maße bei den mittleren Bauernwirtschaften (10 bis 40 ha: 25,5% – 26,5% – 26,8%), bei gleichzeitiger Verringerung des Anteils der Gesamtzahl der Wirtschaften dieser Gruppe; dann *steigt* er unregelmäßig bei den Wirtschaften mit 2,5–10 ha (9,1% – 9,5% – 9,4%) und *steigt ununterbrochen* bei den kleinsten Wirtschaften (1,5–1,7–1,8). Hieraus ergibt sich eine ganz klar ausgeprägte Tendenz des Wachstums der größten und der kleinsten Betriebe. Um ein klares Bild von dieser Erscheinung zu gewinnen, muß man die Durchschnittsgröße der Betriebe in den einzelnen Gruppen und einzelnen Jahren nehmen. Hier die entsprechenden Angaben:

	Durchschnittsgröße der Wirtschaften (in Hektar)		
	1873	1885	1895
Wirtschaften unter 2,5 ha	0,83	0,75	0,68
„ mit 2,5– 10 ha	5,08	5,09	5,13
„ „ 10 – 40 ha	22,28	22,08	22,01
„ „ 40 –120 ha	61,00	61,66	61,97
„ „ 120 und mehr ha	281,40	282,30	279,80
Im Durchschnitt	15,50	14,07	13,70

Aus diesen Angaben geht hervor, daß der Umfang der Wirtschaften in den meisten Gruppen äußerst stabil ist. Die Schwankungen sind verschwindend gering: 1–2% (zum Beispiel 279,8–282,3 ha oder 22,01 bis 22,28 ha usw.). Eine Ausnahme bilden *nur* die kleinsten Wirtschaften, die zweifellos *zersplittern*: Rückgang der Durchschnittsgröße dieser Wirtschaften (bis zu 2,5 ha) von 1873 bis 1885 um 10% (von 0,83 auf 0,75 ha), dasselbe auch für die Zeit von 1885 bis 1895. Die allgemeine Zunahme der Gesamtzahl der Wirtschaften vollzieht sich in Dänemark

bei fast gleichbleibender Gesamtbodenfläche (von 1885 bis 1895 ist sogar eine kleine Abnahme der Gesamtbodenfläche zu verzeichnen). Dabei entfällt der größte Teil der Zunahme auf die kleinsten Wirtschaften. So nahm die Gesamtzahl der Wirtschaften von 1873 bis 1895 um 30752 zu, während die Zahl der Wirtschaften bis zu 2,5 ha um 27166 zunahm. Es ist klar, daß unter solchen Bedingungen die Abnahme der Durchschnittsgröße aller Wirtschaften in Dänemark überhaupt (15,5 ha im Jahre 1873, 14,1 im Jahre 1885 und 13,7 im Jahre 1895) in Wirklichkeit *ausschließlich die Zersplitterung der kleinsten* Wirtschaften bedeutet.

Die von uns vermerkte Erscheinung tritt noch klarer zutage, wenn man eine stärkere Unterteilung der Größenklassen vornimmt. Im Vorwort zur Landwirtschaftsstatistik Dänemarks für 1895 („Danmarks Statistik etc. Danmarks Jordbruk", 4-de Række, Nr. 9, litra C*) geben die Verfasser folgende Berechnung der Veränderung der Zahl der Wirtschaften in den einzelnen Gruppen:

	Zu- oder Abnahme in %	
	1885–1895	1873–1885
Wirtschaften mit 300 und mehr ha	+ 4,2	+ 5,0
„ „ 200 –300 ha	0	+ 6,1
„ „ 120 –200 ha	+ 5,2	+ 5,1
„ „ 80 –120 ha	— 1,5	— 2,1
„ „ 40 – 80 ha	— 2,4	— 5,0
„ „ 20 – 40 ha	+ 1,0	+ 3,6
„ „ 10 – 20 ha	+ 2,8	+ 6,5
„ „ 2,5– 10 ha	— 1,9	+ 3,2
„ „ 0,3– 2,5 ha	+ 2,1	+ 17,8
„ „ 0 – 0,3 ha	+ 25,1	+ 37,9

Eine Zunahme ist somit bei jenen Zwergwirtschaften festzustellen, die sich entweder mit Spezialkulturen befassen oder „Wirtschaften" von *Lohnarbeitern* darstellen.

Diese Schlußfolgerung verdient hervorgehoben zu werden, weil die apologetische professorale „Wissenschaft" geneigt ist, von der Abnahme der Durchschnittsgröße aller Wirtschaften überhaupt darauf zu schließen, daß die Kleinproduktion in der Landwirtschaft den Sieg über die Großproduktion erringt. In Wirklichkeit sehen wir einen Fortschritt der größten landwirtschaftlichen Betriebe, eine Stabilität des Betriebsumfangs in allen Gruppen außer der kleinsten und eine *Zersplitterung* der Wirtschaf-

* „Dänemarks Statistik usw. Dänemarks Landwirtschaft", 4. Serie, Nr. 9, Litera C. *Die Red.*

ten in dieser letztgenannten. Diese Zersplitterung muß dem Niedergang und der Verarmung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs zugeschrieben werden: eine andere mögliche Erklärung, nämlich der Übergang von der Agrikultur in engerem Sinne zur Viehzucht, kann nicht für die kleinsten Betriebe insgesamt angenommen werden, denn dieser Übergang vollzieht sich, wie wir gleich sehen werden, in *allen* Gruppen. In einem Lande wie Dänemark sind für die Beurteilung der Größe des Betriebes eines Landwirts die Angaben über die Viehzucht viel wichtiger als diejenigen über die Bodenfläche, denn auf ein und derselben Bodenfläche sind Betriebe verschiedener Größe möglich, wenn Viehzucht und Milchwirtschaft sich besonders rasch entwickeln.

Gerade diese Erscheinung ist bekanntlich in Dänemark zu beobachten. Das „Gedeihen" der dänischen Landwirtschaft hängt in der Hauptsache von den raschen Fortschritten der Marktviehzucht mit ihrem Export von Milchprodukten, Fleisch, Eiern usw. nach England ab. Hier stoßen wir auf die feierliche Erklärung Pudors: *„Gerade dieser Dezentralisierung des dänischen Viehstandes und der Viehwirtschaft ist der kolossale Aufschwung der dänischen Milchwirtschaft zu danken."* (l. c., S. 48, von Pudor hervorgehoben.) Daß Pudor, der dem Gesamtsystem seiner Auffassungen nach ein Krämer reinsten Wassers ist und nicht das geringste von den kapitalistischen Widersprüchen versteht, sich eine solche Entstellung der Tatsachen erlaubt, ist nicht verwunderlich. Höchst bezeichnend ist es aber, daß auch der Kleinbürger David, der irrtümlicherweise zu den Sozialisten gezählt wird, kritiklos den gleichen Unsinn wie Pudor schwatzt!

In Wirklichkeit zeigt uns gerade Dänemark besonders anschaulich die *Konzentration* der Viehzucht in einem kapitalistischen Land. Pudor konnte nur infolge seiner krassen Ignoranz und der Entstellung jener *Bruchstücke* der Statistik, die er in seinem Machwerk anführt, zu einer entgegengesetzten Schlußfolgerung gelangen. Pudor führt Zahlen an – und David wiederholt sie sklavisch –, die die Verteilung aller mit Viehzucht beschäftigten Wirtschaften Dänemarks nach der Menge des Viehs zeigen. Nach Pudor erweist es sich, daß 39,85% aller *Vieh besitzenden* Wirtschaften nur 1–3 Stück Vieh besitzen, ferner 29,12% je 4–9 Stück usw. Also, folgert Pudor, handelt es sich bei der Mehrzahl der Wirtschaften um „Kleinbetriebe"; es herrscht „Dezentralisation" usw.

Erstens führt Pudor *falsche* Zahlen an. Das muß betont werden, denn

besagter Pudor erklärt prahlerisch, in seiner Arbeit könne man alle „neuesten" statistischen Angaben finden; die Revisionisten aber „widerlegen den Marxismus" unter Berufung auf unwissende bürgerliche Skribenten. Zweitens, und das ist die Hauptsache, wird die *Art und Weise*, wie die Pudor und David argumentieren, von unseren Kadetten und Volkstümlern viel zu oft wiederholt, als daß wir darüber hinweggehen könnten. Bei einer *solchen* Art und Weise des Argumentierens wird man unvermeidlich auf eine „Dezentralisierung" auch der *Industrie* in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern schließen müssen, denn *überall und immer* ist der Prozentsatz der kleinsten und kleinen Unternehmen der höchste, der Prozentsatz der Großbetriebe dagegen verschwindend klein. Die Pudor und David vergessen eine „Kleinigkeit": die Konzentration des überwiegenden Teils der gesamten Produktion in der kleinen Anteilgruppe der Großbetriebe.

Die wirkliche Verteilung des gesamten Rinderbestands in Dänemark war nach der letzten, am 15. Juli 1898 vorgenommenen Zählung die folgende*:

			Zahl der Wirtschaften	%	Zahl der Rinder	%
Mit	1	Rind	18 376	10,2	18 376	1,0
„	2	Rindern	27 394	15,2	54 788	3,1
„	3	„	22 522	12,5	67 566	3,9
„	4– 5	„	27 561	15,2	121 721	7,0
„	6– 9	„	26 022	14,4	188 533	10,8
„	10– 14	„	20 375	11,3	242 690	13,9
„	15– 29	„	30 460	16,9	615 507	35,3
„	30– 49	„	5 650	3,1	202 683	11,6
„	50– 99	„	1 498	0,8	99 131	5,7
„	100–199	„	588	0,3	81 417	4,7
„	200 und mehr	„	195	0,1	52 385	3,0
		Insgesamt	180 641	100,0	1 744 797	100,0

* „Danmarks Statistik. Statistisk Tabelværk." Femte Række, litra C, Nr. 2, Kreaturholdet d. 15-de Juli 1898, København 1901. („Dänemarks Statistik. Statistische Tabellen", 5. Serie, Litera C, Nr. 2, Viehzählung vom 15. Juli 1898, Kopenhagen 1901. *Die Red.*)

Hieraus ersehen wir, welche Rolle die zahlreichen Klein- und die wenig zahlreichen Großbetriebe in der gesamten dänischen Viehzucht spielen und was es mit der vielgerühmten „Dezentralisierung" der Produktion in dem „Idealland" auf sich hat. Die Zahl der Kleinbetriebe mit 1–3 Rindern beträgt 68 292, d. h. 37,9% der Gesamtzahl; sie besitzen 140 730 Rinder, d. h. nur 8% der Gesamtsumme. Fast ebensoviel, nämlich 133 802 Rinder oder 7,7%, haben die 783 größten Landwirte, die 0,4% der Gesamtzahl der Landwirte bilden. Die ersteren haben im Durchschnitt etwas über 2 Rinder, d. h. eine offenkundig unzulängliche Anzahl, die eine für den Markt produzierende Viehwirtschaft, den Verkauf von Milch- und Fleischprodukten nur auf Kosten der Eigenernährung zuläßt (erinnern wir uns bekannter Tatsachen: Butter wird verkauft, für den eigenen Gebrauch aber kauft man die billigere Margarine usw.). Die zweitgenannten haben im Durchschnitt einen Viehbestand von je 171 Rindern. Das sind ganz große kapitalistische Farmer, Milch- und Fleisch„fabrikanten", „Führer" des technischen Fortschritts und aller möglichen landwirtschaftlichen Verbände, von denen die spießbürgerlichen Anbeter des „sozialen Friedens" so entzückt sind.

Fassen wir die kleinen und mittleren Landwirte zusammen, so erhalten wir 121 875 Landwirte, die bis zu 9 Rindern besitzen, d. h. zwei Drittel der Gesamtzahl der Landwirte (67,5%). Sie besitzen 450 984 Rinder, d. h. ein Viertel der Gesamtsumme (25,8%). Fast ebensoviel, nämlich 435 616 Stück (25%), besitzen die Landwirte mit 30 und mehr Rindern, wobei die Zahl dieser Landwirte 7931, d. h. 4,3% der Gesamtzahl, beträgt. Eine schöne „Dezentralisierung"!

Fassen wir die oben angeführten kleinen Gruppen der dänischen Statistik in drei größere zusammen, so ergibt sich:

	Zahl der Wirtschaften	%	Zahl der Rinder	%	Im Durchschnitt je Wirtschaft
Wirtschaften mit 1–3 Rindern	68 292	37,9	140 730	8,0	2,1
„ „ 4–9 „	53 583	29,6	310 254	17,8	5,8
„ „ 10 und mehr „	58 766	32,5	1 293 813	74,2	22,0
Insgesamt	180 641	100,0	1 744 797	100,0	9,7

Somit sind *drei Viertel* der gesamten Viehwirtschaft Dänemarks in den Händen von 58766 Besitzern, d. h. weniger als *einem Drittel* der Gesamtzahl, vereinigt. Dieses Drittel der Landwirte zieht denn auch den weitaus größten Nutzen aus all dem „Gedeihen" des Kapitalismus in der Landwirtschaft Dänemarks. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein so hoher Prozentsatz wohlhabender Bauern und reicher Kapitalisten (32,5%, d. h. nahezu ein Drittel) dank der künstlichen Berechnungsmethode zustande kommt, die *alle Landwirte ohne Viehbesitz* ausschaltet. In Wirklichkeit ist dieser Prozentsatz bedeutend niedriger. Die Gesamtzahl der dänischen Landwirte belief sich, wie wir gesehen haben, laut Zählung von 1895 auf 265982, die Viehzählung vom 15. Juli 1898 beziffert die Gesamtzahl der Landwirte mit 278673. Im Vergleich zu dieser wirklichen Gesamtzahl der Landwirte bilden die 58766 wohlhabenden und reichen nur 21,1%, d. h. *nur ein Fünftel*. Bilden die landlosen „Landwirte" 12,4% der Gesamtzahl der dänischen Landwirte (1895: 32946 von 265982), so bilden die Landwirte ohne Viehbesitz* 35,1% der *Gesamtzahl der dänischen Landwirte, d. h. über ein Drittel* (1898 – 98032 von 278673). Danach kann man beurteilen, welcher Art der „Sozialismus" der Herren David ist, die nicht merken, daß das kapitalistische Gedeihen der dänischen Landwirtschaft darauf beruht, daß die *Masse* der ländlichen Bevölkerung *proletarisiert* wird, daß die *Masse* der „Landwirte" der Produktionsmittel beraubt wird.

Wenden wir uns nun den Angaben zu, die sowohl den Ackerbau als auch die Viehzucht Dänemarks als Ganzes darstellen. Die Zählung vom 15. Juli 1898 bringt ausführliches Material über den Viehbesitz der verschiedenen Gruppen der Landwirte, die die eine oder die andere Bodenfläche besitzen. Die Zahl dieser Gruppen ist in der dänischen Statistik besonders groß (14 Gruppen: ohne Land, mit Land bis $^1/_{32}$ Hartkorn, $^1/_{32}$–$^1/_{16}$, $^1/_{16}$–$^1/_8$, $^1/_8$–$^1/_4$, $^1/_4$–$^1/_2$, $^1/_2$–1, 1–2, 2–4, 4–8, 8–12, 12–20, 20–30, 30 und mehr); wir reduzieren die Angaben auf die sechs von uns bereits angenommenen größeren Gruppen.

* Genauer: Landwirte ohne Rinder, da die dänische Statistik leider die Zahl der Landwirte ohne *jeglichen* Viehbesitz nicht anführt. Aus dieser Statistik erfahren wir nur die Zahl der Besitzer jeder einzelnen Viehart. Die Rinder bilden jedoch zweifellos die Hauptgrundlage der ganzen Viehwirtschaft Dänemarks.

Ackerbau und Viehzucht in Dänemark

Größenklassen	Zahl der Wirtschaften	%	Boden ha	%	Pferde	%
Ohne Land	13 435	4,8	—	—	1 970	0,5
Bodenfläche unbekannt	45 896	16,5	?	?	28 909	6,4
Unter 2,5 ha	80 582	28,9	55 272	1,5	24 540	5,5
2,5— 10 ha	63 420	22,8	323 430	8,9	54 900	12,2
10 — 40 ha	45 519	16,3	984 983	27,0	133 793	29,8
40 —120 ha	27 620	9,9	1 692 285	46,4	168 410	37,5
120 und mehr ha	2 201	0,8	588 318	16,2	36 807	8,1
Insgesamt	278 673	100,0	3 644 288	100,0	449 329	100,0

Anmerkung: Die Zahlen von 1898 weichen von denen des Jahres 1895 hinsichtlich der Verteilung der Wirtschaften nach der Bodenfläche ab. Dies mag seinen Grund in zeitlichen Veränderungen sowie in den etwas geänderten Methoden der statistischen Erhebung haben, doch bleibt das allgemeine Verhältnis zwischen den Gruppen unverändert. Die Zählung von 1895

Aus diesen Zahlen ersehen wir vor allem, wie groß die Konzentration der *gesamten* Viehzucht in Dänemark ist. Die großen kapitalistischen Landwirte mit mehr als 40 ha Boden bilden nur den *zehnten* Teil (10,7%) der Gesamtzahl, doch vereinigen sie in ihren Händen *über drei Fünftel* (62,6%) des gesamten Bodens und *fast die Hälfte* des gesamten Viehbestands: 45,6% der Pferde, 48,4% der Rinder, 32,7% der Schafe und 44,6% der Schweine.

Rechnet man diesen kapitalistischen Landwirten die wohlhabende Bauernschaft, d. h. die Besitzer von 10–40 Hektar Boden, hinzu, so erhält man etwas über ein Viertel der Gesamtzahl der Landwirte (27,0%), in deren Händen neun Zehntel des gesamten Bodens, drei Viertel der Gesamtzahl der Pferde, vier Fünftel der Gesamtzahl der Rinder, sieben Zehntel der Gesamtzahl der Schweine und fast die Hälfte des gesamten Geflügels konzentriert sind. Die überwiegende Masse der „Landwirte", nahezu drei Viertel (73%), besitzt weniger als je 10 Hektar Boden, bildet im großen und ganzen eine proletarisierte und halbproletarisierte Masse und spielt im gesamten Ackerbau und in der Viehzucht des Landes eine verschwindend kleine Rolle.

Was ferner die Verteilung der verschiedenen Vieharten betrifft, so verdienen hier besonders die Schafzucht und die Schweinezucht Beachtung. Erstere gehört zu den niedergehenden Zweigen der Viehzucht, die gegenwärtig für die Mehrheit der europäischen Länder infolge der Marktverhältnisse, besonders der überseeischen Konkurrenz, unrentabel sind. Die

nach der Zählung vom 15. Juli 1898

Kühe	%	Rinder insgesamt	%	Schafe	%	Schweine	%	Geflügel	%
3 707	0,3	4 633	0,3	8 943	0,8	8 865	0,8	220 147	2,5
28 072	2,6	42 150	2,4	42 987	4,0	42 699	3,7	780 585	8,9
66 171	6,2	88 720	5,1	99 705	9,3	94 656	8,1	1 649 452	18,8
175 182	16,4	247 618	14,2	187 460	17,5	191 291	16,4	1 871 242	21,4
303 244	28,5	515 832	29,6	383 950	35,7	308 863	26,4	1 957 726	22,3
361 669	33,9	639 563	36,6	310 686	28,9	409 294	35,0	1 998 595	22,8
129 220	12,1	206 281	11,8	40 682	3,8	112 825	9,6	289 155	3,3
1 067 265	100,0	1 744 797	100,0	1 074 413	100,0	1 168 493	100,0	8 766 902	100,0

errechnet außer 3 645 750 ha auf Gruppen verteilten Bodens noch 45 860 ha unverteilten Bodens. Die Gruppe der Wirtschaften „mit unbekannter Bodenfläche" (1898) gehört in ihrer Masse zu den unteren Gruppen, wovon ihr Viehbestand zeugt.

Verhältnisse auf dem internationalen Markt erfordern die Ablösung der Schafzucht durch andere Zweige der Viehzucht. Die Schweinezucht dagegen gehört zu den besonders vorteilhaften und sich rasch entwickelnden Zweigen der Schlachtviehzucht in Europa. Die Statistik zeigt uns, daß auch in Dänemark die Schafzucht zurückgeht und die Schweinezucht besonders rasch zunimmt. In der Zeit von 1861 bis 1898 ist die Zahl der Schafe in Dänemark von 1,7 Millionen auf 1,1 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der Rinder ist von 1,1 Millionen auf 1,7 Mill. gestiegen. Die Zahl der Schweine ist von 0,3 Mill. auf 1,2 Mill. angewachsen, d. h., sie hat sich fast vervierfacht.

Vergleicht man nun die Verteilung der Schafe und der Schweine in den Klein- und Großbetrieben, so sieht man klar, daß der Kleinbetrieb am meisten an den althergebrachten Wirtschaftsmethoden festhält, sich am wenigsten den Erfordernissen des Marktes anzupassen vermag und seine Wirtschaft nur langsam auf die neuen Verhältnisse umstellt. Die kapitalistischen Großbetriebe (40–120 ha, 120 und mehr ha) haben die unrentable Schafzucht am stärksten eingeschränkt (28,9% und 3,8% Schafe gegen 33–37% und 8–12% anderen Viehs). Die Kleinbetriebe haben sich weniger angepaßt: sie halten immer noch mehr Schafe; so besitzen z. B. die Wirtschaften unter 2,5 ha 9,3% der Gesamtzahl der Schafe, aber nur 6–5% der anderen Viehharten. An Schweinen haben sie nur 8,1%, das heißt einen *geringeren* Anteil als an Schafen. Die Kapitalisten haben 35% und 9,6%, d. h. einen *größeren* Anteil als an Schafen. Die kapitalistische

Landwirtschaft vermag sich viel besser den Erfordernissen des internationalen Marktes anzupassen. Vom Bauer aber muß auch jetzt mit Marx' Worten gesagt werden: der Bauer wird Kaufmann und Industrieller ohne die Bedingungen, unter denen er zum wirklichen Kaufmann und Industriellen werden kann.[72] Der Markt *verlangt* von *jedem* Landwirt als unbedingte Notwendigkeit Unterordnung unter die neuen Verhältnisse und rasche Anpassung an sie. Aber ohne *Kapital* ist diese rasche Anpassung nicht möglich. Der Kleinbetrieb ist daher unter dem Kapitalismus unvermeidlich in ganz besonderem Maße zum Festhalten an althergebrachten Wirtschaftsmethoden, zu größter Rückständigkeit, zu geringster Anpassungsfähigkeit an den Markt verurteilt.

Um eine klarere Vorstellung von der tatsächlichen wirtschaftlichen Verfassung dieser notleidenden Masse und der kleinen wohlhabenden Minderheit zu gewinnen, wollen wir Zahlen über die durchschnittliche Größe der Bodenfläche und des Viehbestands in den Wirtschaften der verschiedenen Gruppen anführen. Für die bürgerliche politische Ökonomie (und für die Herren Revisionisten) ist es ganz natürlich, die kapitalistischen Widersprüche zu vertuschen; die sozialistische politische Ökonomie dagegen muß den Unterschied der Wirtschaftstypen und der Lebenshaltung bei den prosperierenden kapitalistischen Besitzern und den notleidenden kleinen Besitzern aufzeigen.

Größenklassen	Auf eine Wirtschaft entfallen durchschnittlich: Boden ha	Pferde	Kühe	Rinder insges.	Schafe	Schweine	Geflügel
Ohne Boden	—	0,1	0,3	0,3	0,7	0,7	16,4
Bodenfläche unbekannt	?	0,6	0,6	0,9	0,9	0,9	17,0
Unter 2,5 ha	0,6	0,3	0,8	1,1	1,2	1,2	20,4
2,5– 10 ha	5,1	0,9	2,7	3,9	2,9	3,0	29,5
10 – 40 ha	21,6	2,9	6,6	11,3	8,4	6,8	43,0
40 –120 ha	61,3	6,1	13,8	23,1	11,2	14,9	72,4
120 und mehr ha	267,3	16,7	58,7	93,7	18,5	51,2	131,3
Im Durchschnitt	13,1	1,6	3,8	6,3	3,9	4,2	31,5

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß alle drei unteren Gruppen, die die Hälfte der Gesamtzahl der Wirtschaften bilden, zu der *armen Bauernschaft* gehören. Die „Landwirte" ohne Pferd und Kuh überwiegen. Erst in der Gruppe mit einer Bodenfläche bis zu 2,5 Hektar entfällt auf eine Wirtschaft je ein *ganzes* Rind, Schaf und Schwein. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß diese *Hälfte* der Gesamtzahl der Wirtschaften aus

der Milchwirtschaft und Schlachtviehzucht Nutzen zieht. Das Gedeihen der dänischen Landwirtschaft bedeutet für diese Hälfte Abhängigkeit von den großen Landwirten, die Notwendigkeit, „Nebenverdienst" zu suchen, d. h., ihre Arbeitskraft in der einen oder anderen Weise zu verkaufen, bedeutet stetige Not und halbruinierte Wirtschaft.

Selbstverständlich gilt diese Folgerung nur für die *Masse* dieser ärmsten Wirtschaften insgesamt. Wir haben bereits auf Grund der deutschen, französischen und russischen Landwirtschaftsstatistik nachgewiesen, daß es auch unter den der Bodenfläche nach kleinen landwirtschaftlichen Betrieben große Viehzüchter, Tabakbauer usw. gibt. Die Differenzierung geht tiefer, als wir es uns nach den Angaben der dänischen Statistik vorstellen können. Aber diese Differenzierung, die in jeder Gruppe eine verschwindend kleine Minderheit von Wirtschaften mit Spezialkulturen aussondert, *verstärkt* nur die Armut und Not der *Mehrheit* der Landwirte in den ärmsten Gruppen.

Aus den angeführten Daten geht ferner hervor, daß auch die Gruppe der Kleinbauern mit 2½ bis 10 Hektar nicht als einigermaßen gesichert und wirtschaftlich stabil betrachtet werden kann. Wir erinnern daran, daß diese Gruppe 63 000 Wirtschaften, d. h. 22,8% der Gesamtzahl, aufweist. In dieser Gruppe entfallen auf eine Wirtschaft durchschnittlich 0,9 Pferde. Die Bauern, die kein Pferd besitzen, verwenden wahrscheinlich Kühe als Vorspann und verschlechtern dadurch sowohl ihren Ackerbau (weniger tiefes Pflügen) als auch ihre Viehzucht (Entkräftung des Rindviehs). Im Durchschnitt entfallen 2,7 Kühe auf eine Wirtschaft. Schränkt man auch den Milch- und Fleischverbrauch in der eigenen Familie ein, was schon ein direktes Zeichen bitterster Not ist, so können von einer solchen Zahl Kühe doch nur ganz unbedeutende Mengen von Produkten auf den Markt gebracht werden. Die Teilnahme dieser Art Wirtschaften mit durchschnittlich 2,7 Kühen und 3,0 Schweinen am „Gedeihen" des „nationalen" Absatzes von Milch und Fleisch nach England *muß notgedrungen* äußerst gering sein. In Wirtschaften solchen Umfangs bedeuten Ackerbau und Viehzucht für den Markt teils Veräußerung des für die Familie Notwendigen, Verschlechterung der Ernährung, Verschärfung der Not, teils Veräußerung im kleinen, d. h. unter den unvorteilhaftesten Bedingungen, sowie die Unmöglichkeit, eine Geldreserve für unvermeidliche außerordentliche Ausgaben zu besitzen. Die Naturalwirtschaft des Kleinbauern

aber kann unter den in den modernen kapitalistischen Ländern herrschenden Verhältnissen nur dahinsiechen und eines qualvollen Todes sterben, keineswegs jedoch gedeihen. Der ganze „Trick" der bürgerlichen und der revisionistischen politischen Ökonomie besteht darin, daß die Verhältnisse gerade dieses Typus der Kleinbetriebe, die unter dem „Durchschnitt" stehen (der dänische „Durchschnitts"landwirt hat 1,6 Pferde und 3,8 Kühe) und die *übergroße Mehrheit* der Gesamtzahl der Landwirte bilden, nicht zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung gemacht werden. Dieser Wirtschaftstypus wird nicht nur nicht besonders untersucht, sondern verschleiert, indem man sich ausschließlich auf „durchschnittliche" Daten, auf das allgemeine Wachstum von „Produktion" und „Absatz" beruft und dabei verschweigt, daß nur die eine kleine Minderheit bildenden begüterten Wirtschaften *imstande* sind, vorteilhaft zu verkaufen.

Nur bei Landwirten mit 10–40 ha finden wir Viehbestände, die ein „Gedeihen" *ermöglichen*. Diese Wirtschaften bilden jedoch nur 16% der Gesamtzahl. Und es ist noch fraglich, ob sie mit ihren durchschnittlich 21,6 Hektar Boden ganz ohne Lohnarbeit auskommen. Bei der hohen Intensität der dänischen Landwirtschaft sind landwirtschaftliche Betriebe von solcher Größe ohne Beschäftigung von Knechten oder Tagelöhnern wahrscheinlich unmöglich. Leider stehen sowohl die dänische Statistik als auch die Mehrzahl der Publizisten, die über die dänische Landwirtschaft schreiben, ganz und gar auf bürgerlichem Standpunkt und beschäftigen sich nicht mit der Frage der Lohnarbeit, der Wirtschaftsgröße, die Beschäftigung von Lohnarbeitern erfordert usw. Aus der dänischen Berufszählung von 1901 erfahren wir lediglich, daß in der Gruppe „Tagelöhner" und sonstige 60 000 Männer und 56 000 Frauen geführt werden, d. h. 116 000 von den 972 000 nach ihrer Stellung in der Produktion eingeteilten ländlichen Einwohnern. Ob diese Zehntausende von Lohnarbeitern (außer ihnen leisten aber auch Kleinbauern Lohnarbeit als „Nebenerwerb") ausschließlich von den 30 000 kapitalistischen großen Landwirten (27 620 Landwirte mit 40 bis 120 ha und 2201 mit mehr als 120 ha) oder auch teilweise von der wohlhabenden Bauernschaft mit 10 bis 40 Hektar beschäftigt werden, darüber haben wir keinerlei Angaben.

Über die beiden obersten Gruppen, über die oberen „Dreißigtausend" der dänischen Landwirtschaft, braucht nicht viel gesagt zu werden: der

kapitalistische Charakter ihrer Feldwirtschaft und Viehzucht ist eingangs durch die angeführten Zahlen anschaulich dargestellt worden.

Die letzten, allgemeines Interesse bietenden Daten endlich, die von der dänischen landwirtschaftlichen Statistik berührt und teilweise verarbeitet worden sind, beziehen sich auf die Frage, ob sich in der Viehzucht mit der fortschreitenden Entwicklung dieser Hauptgrundlage des „Gedeihens" unseres „Ideallandes" eine Dezentralisation oder eine Konzentration vollzieht. Die von uns bereits zitierte Statistik von 1898 bringt äußerst interessantes Material zum Vergleich mit dem Jahr 1893, und für eine Viehart, zudem die wichtigste, nämlich das gesamte Rindvieh, können wir auch einen Vergleich der Daten von 1876 und 1898 anstellen.

In dem Zeitraum von 1893 bis 1898 machte in Dänemark von allen Zweigen der Viehzucht die Schweinezucht den größten Fortschritt. Die Zahl der Schweine stieg in diesem Zeitraum von 829 000 auf 1 168 000, d. h. um 40 Prozent, während die Zahl der Pferde nur von 410 000 auf 449 000, die Rinderzahl von 1 696 000 auf 1 744 000 stieg, die Zahl der Schafe aber sogar abnahm. Wem kam dieser gewaltige Fortschritt der in zahllosen Genossenschaften organisierten dänischen Landwirte hauptsächlich zugute? Die Bearbeiter der Statistik von 1898 geben Antwort darauf, indem sie die Zahlen von 1893 und 1898 vergleichen. Alle Schweinebesitzer werden in vier Gruppen geteilt: große Besitzungen mit 50 und mehr Schweinen; mittelgroße mit 15–49 Schweinen; mittelkleine mit 4–14 Schweinen und kleine mit 1–3 Schweinen. Über diese vier Gruppen machen die Bearbeiter der Statistik folgende Angaben:

Wirtschaftsgruppen	1893 Zahl der Wirtschaften	1893 Zahl der Schweine	1898 Zahl der Wirtschaften	1898 Zahl der Schweine	Zu- oder Abnahme in % Wirtschaften	Zu- oder Abnahme in % Schweine	Prozentuale Verteilung der Schweine 1893	Prozentuale Verteilung der Schweine 1898
Mit 50 und mehr Stück	844	79 230	1 487	135 999	76,2	71,7	9,6	11,6
„ 15–49 „	20 602	350 277	30 852	554 979	48,2	58,4	42,3	47,5
„ 4–14 „	38 357	211 868	50 668	282 642	32,1	33,4	25,5	24,2
„ 1– 3 „	108 820	187 756	108 544	194 873	0,3	3,8	22,6	16,7
Insgesamt	168 623	829 131	191 551	1 168 493	13,6	40,9	100,0	100,0

Diese Zahlen zeigen uns klar, daß sich eine rasche *Konzentration* der Viehzucht vollzieht. Je größer die Wirtschaften, desto mehr haben sie vom

„Fortschritt" der Viehzucht profitiert. Die großen Wirtschaften haben ihren Viehbestand um 71,7% vergrößert, die mittelgroßen um 58,4%, die mittelkleinen um 33,4%, die kleinen aber nur um 3,8%. Die Vergrößerung des Reichtums entfällt hauptsächlich auf die kleine Minderheit der „Spitzen". Die Zunahme des Schweinebestands beläuft sich in diesen fünf Jahren auf insgesamt 339 000 Stück; davon entfallen 261 000, d. h. *mehr als drei Viertel*, auf die 32 000 großen und mittelgroßen Wirtschaften (von insgesamt 266 000–277 000 Wirtschaften!). Die Kleinproduktion in diesem Zweig der Viehzucht wird von der Großproduktion *verdrängt*: im Laufe von fünf Jahren ist der Anteil des Großbetriebs (von 9,6 auf 11,6%) und des mittelgroßen Betriebs (von 42,3 auf 47,5%) *gestiegen*, während der Anteil der mittelkleinen (von 25,5 auf 24,2%) und der noch kleineren Betriebe (von 22,6 auf 16,7%) *gesunken* ist.

Könnte man statt der groben Statistik über die *Bodenflächen* eine Statistik über den landwirtschaftlichen Betrieb bekommen, die den Umfang der Produktion selbst ebenso genau zum Ausdruck brächte, wie die Stückzahl des Viehs den Umfang der Viehwirtschaft widerspiegelt*, so würden wir zweifellos auch hier den von den bürgerlichen Professoren und den Opportunisten geleugneten *Konzentrations*prozeß konstatieren können.

Wirtschaftsgruppen	1876		1893	
	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs
Mit 50 und mehr Stück	1 634	156 728	2 209	221 667
„ 15–49 „	24 096	514 678	35 200	793 474
„ 4–14 „	64 110	504 193	72 173	539 301
„ 1–3 „	78 156	144 930	70 218	141 748
Insgesamt	167 996	1 320 529	179 800	1 696 190

* Wir haben oben an Hand der Angaben Drechslers gezeigt, daß in den Großwirtschaften das Vieh großwüchsiger ist. Also auch hier läßt die summarische Statistik die Konzentration geringer erscheinen.

Noch interessanter sind die entsprechenden Daten über die Gesamtzahl des Rindviehs, wobei wir den Vergleich der Jahre 1893 und 1898, der von den Bearbeitern der Statistik von 1898 angestellt wurde, noch durch einen Vergleich mit den Daten der Zählung vom 17. Juli 1876 ergänzen können („Danmarks Statistik. Statistisk Tabelværk", Fjerde Række, litra C, Nr. 1, Kreaturholdet d. 17-de Juli 1876, København 1878)*. Hier die entsprechenden Zahlen für diese drei Jahre (siehe unten).

Diese Zahlen zeigen uns für einen größeren Zeitraum und für eine wichtigere Viehart ebenso anschaulich wie die vorher angeführten Daten den Prozeß der *kapitalistischen Konzentration*. Das Wachstum der dänischen Viehwirtschaft, das Wachstum der Viehzucht, ist *fast ausschließlich* ein Fortschritt des kapitalistischen Großbetriebs. Der ganze Viehzuwachs in der Zeit von 1876 bis 1898 beträgt 424 000 Stück. Davon entfallen 76 000 auf Wirtschaften mit 50 und mehr Stück und 303 000 auf Wirtschaften mit 15–49 Stück, d. h., auf diese 38 000 Wirtschaften zählende Oberschicht entfallen 379 000 Stück des Zuwachses oder *nahezu* $^9/_{10}$ *des gesamten Zuwachses*. Ein prägnanteres Bild der kapitalistischen Konzentration kann man sich gar nicht vorstellen.

Die Gesamtzahl der Rinder besitzenden Wirtschaften nahm von 1876

1898		Zu- oder Abnahme in % Von 1876 bis 1893		Von 1893 bis 1898		Prozentuale Verteilung des Rindviehs		
Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs	1876	1893	1898
2 281	232 933	35,2	41,4	3,3	5,1	11,8	13,0	13,4
36 110	818 190	46,1	54,1	2,6	3,1	39,0	46,8	46,8
73 958	552 944	12,5	6,9	2,5	2,5	38,2	31,8	31,7
68 292	140 730	10,2	2,2	2,7	0,7	11,0	8,4	8,1
180 641	1 744 797	7,0	28,4	0,5	2,9	100,0	100,0	100,0

* „Dänemarks Statistik. Statistische Tabellen", 4. Serie, Litera C, Nr. 1, Viehzählung vom 17. Juli 1876, Kopenhagen 1878. *Die Red.*

bis 1898 um 12645 (180641 – 167996), d. h. um 7,5 Prozent zu. Die gesamte Bevölkerungszahl Dänemarks aber stieg von 1880 bis 1901 (d. h. in einem sogar etwas kleineren Zeitraum) von 1969039 auf 2449540 Personen*, d. h. um 24,4 Prozent. Es ist klar, daß die Zahl der „Besitzenden", d. h. der Vieh Besitzenden, relativ *zurückgegangen* ist. Die Besitzer bilden einen *geringeren* Teil der Bevölkerung. Die Zahl der ganz kleinen Besitzer (1–3 Stück Vieh) geht stetig absolut zurück. Die Zahl der mittelkleinen (4–14 Stück) nimmt außerordentlich langsam zu (+ 12,5% von 1876 bis 1893, + 2,5% von 1893 bis 1898) und bleibt hinter der Bevölkerungszunahme zurück. Wirkliches und rasches Wachstum ist nur bei der großen kapitalistischen Viehwirtschaft zu beobachten, wobei von 1876 bis 1893 die mittelgroßen Betriebe rascher wachsen als die großen, von 1893 bis 1898 aber die größten Betriebe am raschesten wachsen.

Wenn wir nach den Daten von 1876 und 1898 die oberste Kategorie der Wirtschaften, die Besitzer von 200 und mehr Stück Rindvieh, nehmen, so sehen wir, daß ihre Zahl im Jahre 1876 79 (0,05% der Gesamtzahl der Viehbesitzer) mit einem Rindviehbestand von 18970 Stück (1,4% des gesamten Rindviehbestands) betrug, im Jahre 1898 dagegen 195, d. h. mehr als das Doppelte (0,1% der Gesamtzahl) mit einem Rindviehbestand von 52385 Stück (3,0% der Gesamtzahl). Die Zahl der größten Landwirte hat sich mehr als verdoppelt, und diese Landwirte haben ihre Produktion fast verdreifacht.

Die Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großproduktion vollzieht sich von 1876 bis 1898 unaufhörlich. Der Anteil des Kleinbetriebs an der Gesamtsumme geht unaufhörlich zurück: von 11,0% im Jahre 1876 auf 8,4% im Jahre 1893 und 8,1% im Jahre 1898. Der Anteil der Mittelbetriebe geht ebenfalls unaufhörlich zurück, wenn auch etwas langsamer (38,2% – 31,8% – 31,7%). Die mittelgroßen Betriebe erhöhten ihren Anteil von 1876 bis 1893 von 39,0% auf 46,8%, während sie von 1893 bis 1898 auf dem gleichen Niveau blieben. Nur die allergrößten Betriebe entwickelten sich unaufhörlich und drängten alle übrigen Gruppen zurück (11,8% – 13,0% – 13,4%).

Je günstiger die Bedingungen für die Viehwirtschaft, um so rascher die Entwicklung der Marktviehzucht und ihr Fortschritt, um so stärker auch

* Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung betrug 1880: 28%, 1901: 38%.

der Prozeß der kapitalistischen Konzentration. Im Kopenhagener Bezirk zum Beispiel, der im Jahre 1880 234 000 Einwohner und im Jahre 1901 378 000 Einwohner zählte, war der Absatz für Milch- und Fleischprodukte natürlich am besten gesichert. Die Landwirte dieses Bezirks hatten sowohl 1876 als auch 1898 einen größeren Rindviehbestand als die übrigen Landwirte Dänemarks; sie besaßen durchschnittlich 8,5 bzw. 11,6 Stück Rindvieh gegenüber dem Landesdurchschnitt von 7,9 bzw. 9,7. Und in diesem Bezirk, der für die Entwicklung der Viehzucht die günstigsten Bedingungen aufweist, sehen wir auch den stärksten Konzentrationsprozeß.

Hier nach den oben angenommenen Gruppen die Daten für die Jahre 1876 und 1898 für diesen Bezirk:

	1876		1898	
	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs	Zahl der Wirtschaften	Stückzahl des Rindviehs
Mit 50 und mehr Stück	44	4 488	86	9 059
„ 15–49 „	1045	22 119	1545	35 579
„ 4–14 „	2011	16 896	1900	14 559
„ 1– 3 „	2514	4 468	1890	3 767
Insgesamt	5614	47 971	5421	62 964

Hier hat sich sogar die absolute Zahl der Eigentümer in 22 Jahren verringert! Der Viehreichtum hat sich in den Händen einer kleineren Anzahl von Landwirten konzentriert. Sowohl die kleinen als auch die mittleren Landwirte sind nach 22 Jahren zahlenmäßig *schwächer* und verfügen über einen *kleineren* Viehbestand. Die mittelgroßen haben ihren Besitz auf das Anderthalbfache (22 000 bzw. 35 000) vergrößert. Die großen steigerten ihn auf *mehr als das Doppelte*. Ganz große Besitzer mit 200 und mehr Stück Rindvieh gab es im Jahre 1876 nur *zwei* mit 437 Stück, im Jahre 1898 aber 10 mit 2896 Stück.

Die ganze Sorge all der Pudor, David und anderer freiwilliger und unfreiwilliger Diener des Kapitals um die Verbesserung der Absatzbedingungen, die Entwicklung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Landwirte, den technischen Fortschritt der Viehzucht und des Ackerbaus kann nur die eine Bedeutung haben: die Herausbildung der gleichen Verhältnisse, wie sie im Kopenhagener Bezirk bestehen, für das ganze Land und für alle Zweige der Landwirtschaft zu beschleunigen, d. h. besonders rasche Konzentration der Produktion in den Händen der Kapitalisten so-

wie Expropriation und Proletarisierung der Bevölkerung, Verringerung des Anteils der Eigentümer an der Gesamtzahl der Bevölkerung, Zunahme des Anteils derjenigen, die der Kapitalismus vom Land in die Stadt verdrängt usw.

Das Fazit: Das „Idealland" vom Standpunkt der Gegner des Marxismus in der Agrarfrage zeigt uns (trotz des noch niedrigen Niveaus und der mangelhaften Bearbeitung der sozialökonomischen Statistik) mit aller Klarheit eine kapitalistische Agrarordnung, scharf ausgeprägte kapitalistische Widersprüche im Ackerbau und in der Viehzucht, wachsende Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großproduktion, Proletarisierung und Not der übergroßen Mehrheit der Landbevölkerung.

DAS AGRARPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER ERSTEN RUSSISCHEN REVOLUTION VON 1905 BIS 1907[73]

Veröffentlicht 1908 als Einzelausgabe im Verlag „Serno", Petersburg (wurde beschlagnahmt); zum zweitenmal veröffentlicht 1917 im Verlag „Shisn i Snanije", Petrograd.

Nach dem Manuskript, verglichen mit dem Text der Ausgabe von 1917.

Zwei Jahre Revolution, vom Herbst 1905 bis zum Herbst 1907, haben gewaltige geschichtliche Erfahrungen in bezug auf die Bauernbewegung in Rußland, in bezug auf den Charakter und die Bedeutung des Kampfes der Bauernschaft um den Boden ergeben. Jahrzehnte sogenannter „friedlicher" Evolution (d. h. einer solchen, wo sich Millionen Menschen von den oberen Zehntausend friedlich scheren lassen) können nicht so reiches Material für die Beleuchtung des inneren Mechanismus unserer sozialen Ordnung liefern, wie es diese zwei Jahre boten – sowohl im Sinne des unmittelbaren Kampfes der Bauernmassen gegen die Gutsbesitzer als auch im Sinne einer einigermaßen freien Äußerung der Bauernforderungen in Versammlungen von Volksvertretern. Daher erweist sich eine Überprüfung des Agrarprogramms der russischen Sozialdemokraten vom Standpunkt dieser zweijährigen Erfahrungen aus als absolut notwendig, besonders auch, weil das heutige Agrarprogramm der SDAPR auf dem Stockholmer Parteitag im April 1906 beschlossen worden ist, d. h. bevor zum ersten Male Vertreter der Bauernschaft ganz Rußlands offen mit einem bäuerlichen Agrarprogramm im Gegensatz zum Regierungsprogramm und zum Programm der liberalen Bourgeoisie auftraten.

Der Überprüfung des sozialdemokratischen Agrarprogramms müssen die neuesten Materialien über den Grundbesitz in Rußland zugrunde gelegt werden, um möglichst exakt feststellen zu können, welches eigentlich das ökonomische Fundament aller Agrarprogramme unserer Zeit ist, worum eigentlich der große geschichtliche Kampf geht. Dieser ökonomischen Grundlage des tatsächlichen Kampfes muß ihr ideologisch-politischer Ausdruck in den Programmen, Erklärungen, Forderungen, Theorien der Ver-

treter der verschiedenen Klassen gegenübergestellt werden. Diesen und nur diesen Weg hat ein Marxist zu gehen, zum Unterschied vom kleinbürgerlichen Sozialisten, der von „abstrakter" Gerechtigkeit, von der Theorie des „Arbeitsprinzips" usw. ausgeht, und auch zum Unterschied vom liberalen Bürokraten, der bei jeder Umgestaltung die Verteidigung der Ausbeuterinteressen durch Erörterungen über die praktische Durchführbarkeit der Reform und über den „staatlichen" Gesichtspunkt verschleiert.

KAPITEL I

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN UND DAS WESEN DER AGRARUMWÄLZUNG IN RUSSLAND

1. *Der Grundbesitz im Europäischen Rußland*

Die vom Zentralen Statistischen Komitee 1907 herausgegebene „Grundbesitzstatistik für 1905" ermöglicht es, für 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands den Umfang des bäuerlichen und des gutsherrlichen Grundbesitzes genau darzustellen. Doch zunächst die allgemeinen Zahlen. Die Gesamtfläche des Europäischen Rußlands (50 Gouvernements) beläuft sich (laut Zählung vom 28. Januar 1897) auf 4 230 500 Quadratwerst, d. h. auf 440,8 Millionen Desjatinen. Die Grundbesitzstatistik für 1905 erfaßt 395,2 Millionen Desjatinen, die in die folgenden drei großen Gruppen zerfallen:

	Millionen Desjatinen
A) Boden in Privatbesitz	101,7
B) Anteilland	138,8
C) Boden im Besitz des Fiskus, der Kirche und von Institutionen	154,7
Gesamter Boden im Europäischen Rußland	395,2

Von dieser Gesamtzahl sind vor allem die fiskalischen Ländereien im hohen Norden in Abzug zu bringen, teils Tundren, teils Wälder, mit

deren landwirtschaftlicher Verwertung in der nächsten Zukunft nicht gerechnet werden kann. Solcher Ländereien gibt es im „Nordgebiet" (Gouvernements Archangelsk, Olonez und Wologda) 107,9 Mill. Desj. Wenn wir sie alle in Abzug bringen, überschätzen wir natürlich den Umfang des für den Ackerbau ungeeigneten Bodens bedeutend. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß selbst ein so vorsichtiger Statistiker wie A. A. Kaufman in den Gouvernements Wologda und Olonez 25,7 Mill. Desjatinen Wald annimmt, die (über die 25% Bewaldung hinaus) zusätzlich an die Bauern verteilt werden könnten.* Da wir aber mit allgemeinen Daten über die Bodenflächen operieren, ohne die Angaben über die Wälder abzusondern, so wird es richtiger sein, wenn wir den für die Landwirtschaft geeigneten Bodenfonds vorsichtiger einschätzen. Nach Abzug von 107,9 Mill. Desj. verbleiben 287,3 Mill. Desj. Wir nehmen, rund gerechnet, 280 Mill. Desj. an, wobei wir einen Teil des Grundbesitzes der Städte (er beläuft sich auf insgesamt 2,0 Mill. Desj.) und einen Teil der fiskalischen Ländereien in den Gouvernements Wjatka und Perm (in diesen beiden Gouvernements sind insgesamt 16,3 Mill. Desj. fiskalische Ländereien) nicht in Rechnung stellen.

Es ergibt sich die nachstehende *Bruttoverteilung* des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens im Europäischen Rußland:

A) Boden in Privatbesitz	101,7	Mill. Desj.
B) Anteilland	138,8	„ „
C) Boden des Fiskus und von Institutionen	39,5	„ „
Insgesamt im Europäischen Rußland	280,0	Mill. Desj.

Nunmehr bedarf es gesonderter Angaben über den Klein- und den Großgrundbesitz (und besonders über den allergrößten), um sich die Verhältnisse konkret vorstellen zu können, unter denen sich in der russischen Revolution der Kampf der Bauern um den Boden abspielt. Aber die Angaben darüber sind unvollständig. Von den 138,8 Mill. Desj. Anteilland sind 136,9 Mill. Desj. in Gruppen nach der Größe des Grundbesitzes eingeteilt. Von den 101,7 Mill. Desj. privaten Bodens 85,9 Mill. Desj.; die übrigen 15,8 Mill. Desj. gehören „Gesellschaften und Genos-

* „Die Agrarfrage", herausgegeben von Dolgorukow und Petrunkewitsch, Bd. II, Aufsatzsammlung, Moskau 1907, S. 305.

senschaften". Betrachten wir die Zusammensetzung der zuletzt genannten Kategorie des Grundbesitzes etwas näher, so finden wir, daß 11,3 Mill. Desj. Bauerngemeinden und -genossenschaften gehören; folglich handelt es sich im großen und ganzen um Kleinbesitz, der aber leider nicht nach dem Flächenausmaß gruppiert ist. Des weiteren gehören 3,7 Mill. Desj. „Handels- und Industrie-, Fabrik- und sonstigen" Genossenschaften, insgesamt 1042 an der Zahl. Davon besitzen 272 Genossenschaften je über 1000 Desj., alle 272 zusammen 3,6 Mill. Desj. Es handelt sich offenbar um gutsherrliche Latifundien. Die Hauptmasse dieses Bodens ist im Gouvernement Perm konzentriert: hier besitzen *neun* solcher Genossenschaften 1 448 902 Desjatinen! Bekanntlich gehören den Uraler Werken Zehntausende Desjatinen Boden – ein direkter Überrest der fronherrlichen, seigneuralen Latifundien im bürgerlichen Rußland.

Wir rechnen somit aus dem Besitz der Gesellschaften und Genossenschaften 3,6 Mill. Desj. zum Großgrundbesitz. Für den übrigen Boden dieser Kategorie fehlen Größenangaben, aber es handelt sich hier im allgemeinen um Kleinbesitz.

Von den 39,5 Mill. Desj. im Besitz des Fiskus usw. lassen sich größenmäßig nur die Apanageländereien bestimmen (5,1 Mill. Desj.). Es ist das ebenfalls halbmittelalterlicher Großgrundbesitz größten Umfangs. Es ergibt sich folgendes Bild des nach Größenklassen gruppierten bzw. nicht gruppierten Grundbesitzes:

	Nach Größenklassen gruppierter Grundbesitz	Nach Größenklassen nicht gruppierter Grundbesitz
A) Privatbesitz	89,5* Mill. Desj.	12,2 Mill. Desj.
B) Anteilland	136,9 „ „	1,9 „ „
C) Boden des Fiskus und von Institutionen	5,1 „ „	34,4 „ „
Zusammen	231,5 Mill. Desj.	48,5 Mill. Desj.
Insgesamt	280,0	

Betrachten wir nunmehr die Verteilung des Anteillandes nach der Größe des Grundbesitzes. Fassen wir die Zahlen unserer Quelle zu etwas größeren Gruppen zusammen, so erhalten wir:

* 85,9 Mill. Desj. Privatbesitz plus 3,6 Mill. Desj. Latifundien von Fabrik-, Handels- und Gewerbegesellschaften und -genossenschaften.

Anteilland

Größenklassen	Zahl der Höfe	Boden in Desj.	Durchschnittsfläche je Hof in Desj.
Bis 5 Desj. einschl.	2 857 650	9 030 333	3,1
5–8 „ „	3 317 601	21 706 550	6,5
Insgesamt bis 8 Desj. einschl.	6 175 251	30 736 883	4,9
8–15 „ „	3 932 485	42 182 923	10,7
15–30 „ „	1 551 904	31 271 922	20,1
über 30 „	617 715	32 695 510	52,9
Insgesamt im Europ. Rußland	12 277 355	136 887 238	11,1

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß über die Hälfte der Höfe (6,2 Mill. von 12,3) bis zu 8 Desj. je Hof hat, d. h. einen Bodenbesitz, der im allgemeinen für den Unterhalt einer Familie absolut ungenügend ist. Bis zu 15 Desj. haben insgesamt 10,1 Mill. Höfe (mit zusammen 72,9 Mill. Desj.); d. h., über vier Fünftel der Gesamtzahl der Höfe stehen bei dem gegenwärtigen Stand der Technik der bäuerlichen Landwirtschaft an der Grenze des Hungers. Die Zahl der nach der Größe des Bodenbesitzes mittleren und wohlhabenden Höfe beläuft sich auf insgesamt 2,2 Mill. von 12,3, und sie besitzen 63,9 Mill. Desj. von 136,9 Mill. Desj. Als reich kann man lediglich die Höfe mit mehr als 30 Desj. bezeichnen, deren Zahl nur 0,6 Millionen, d. h. ein Zwanzigstel der Gesamtzahl beträgt. In ihren Händen ist nahezu ¼ des gesamten Bodens – 32,7 Mill. Desj. von 136,9. Um darüber urteilen zu können, aus welchen Bauernkategorien diese Gruppe der an Grundbesitz reichen Höfe sich zusammensetzt, verweisen wir darauf, daß hier an erster Stelle die Kosaken stehen. In der Gruppe mit mehr als 30 Desj. Bodenbesitz je Hof werden 266 929 Kosakenhöfe mit 14 426 403 Desj. gezählt, d. h. die weitaus überwiegende Mehrheit aller Kosaken (im Europäischen Rußland – 278 650 Höfe mit 14 689 498 Desj., d. h. durchschnittlich 52,7 Desj. je Hof).

Um uns ein Urteil zu bilden, wie sich alle Bauernhöfe nach dem Umfang der Wirtschaft – nicht nach dem Anteillandbesitz – ungefähr verteilen, haben wir für ganz Rußland nur die Angaben über den Pferdebesitz. Die letzten Militärpferdezählungen 1888–1891 zeigen folgende

Verteilung der Bauernhöfe in 48 Gouvernements des Europäischen Rußlands:

Arme Höfe	ohne Pferd	2 765 970	Höfe
	mit 1 Pferd	2 885 192	„
Mittlere Höfe	mit 2 Pferden	2 240 574	„
	mit 3 Pferden	1 070 250	„
Wohlhabende Höfe mit 4 und mehr Pferden		1 154 674	„
	Insgesamt	10 116 660	Höfe

Im großen und ganzen bedeutet das: Über die Hälfte sind arme Höfe (5,6 Mill. von 10,1), etwa ein Drittel mittlere Höfe (3,3 Mill. mit 2–3 Pferden), etwas über ein Zehntel wohlhabende (1,1 Mill. von 10,1).

Betrachten wir nun die Verteilung des privaten individuellen Grundeigentums. Die Statistik läßt es hier an genügender Klarheit über den kleinsten Grundbesitz fehlen, bringt aber ausführlichstes Material über die größten Latifundien.

Größenklassen	Individuelles privates Grundeigentum im Europäischen Rußland: Anzahl der Besitzungen	Boden in Desjatinen	Durchschnittsfläche je Besitzung in Desjatinen
10 Desj. und darunter	409 864	1 625 226	3,9
10– 50 Desj. einschl.	209 119	4 891 031	23,4
50– 500 „ „	106 065	17 326 495	163,3
500– 2 000 „ „	21 748	20 590 708	947
2000–10 000 „ „	5 386	20 602 109	3 825
über 10 000 „ „	699	20 798 504	29 754
Insgesamt über 500 Desj.	27 833	61 991 321	2 227
Insgesamt im Europ. Rußland	752 881	85 834 073	114

Wir sehen hier erstens ein gewaltiges Übergewicht des Großgrundbesitzes: 619 000 kleine Grundbesitzer (bis zu 50 Desj.) haben nur 6½ Mill. Desj. Zweitens sehen wir unermeßlich große Latifundien: 699 Eigentümer haben jeder nahezu 30 000 Desjatinen! In den Händen von achtundzwanzigtausend Eigentümern sind 62 Mill. Desj. konzentriert, d. h., es entfallen auf jeden 2227 Desj. Die übergroße Mehrheit dieser

Latifundien gehört dem Adel, und zwar 18 102 Besitzungen (von 27 833) mit insgesamt 44 471 994 Desj. Boden, d. h. über 70% des gesamten Latifundienbesitzes. Der mittelalterliche Grundbesitz der feudalen Gutsbesitzer tritt in diesen Angaben äußerst anschaulich zutage.

2. *Worum geht der Kampf?*

Zehn Millionen Bauernhöfe haben 73 Mill. Desj. Land. Achtundzwanzigtausend edler und gemeiner Landlords haben 62 Mill. Desjatinen. Dies ist der allgemeine Hintergrund des Feldes, auf dem sich der Kampf der Bauern um den Boden abspielt. Bei diesem allgemeinen Hintergrund sind erstaunliche technische Rückständigkeit, vernachlässigter Ackerbau, Bedrücktheit und Verschüchterung der Bauernmassen, unendlich mannigfaltige Formen leibeigenschaftlicher, fronherrlicher Ausbeutung unvermeidbar. Um nicht von unserem Thema abzuweichen, müssen wir uns hier mit dem knappsten Hinweis auf diese allbekannten, in der umfangreichen Literatur über die bäuerliche Wirtschaft ausführlich geschilderten Tatsachen begnügen. Die jeweilige Größe des von uns skizzierten Bodenbesitzes entspricht in keiner Weise dem Umfang der Wirtschaft. Der kapitalistische landwirtschaftliche Großbetrieb ist in den rein russischen Gouvernements zweifelsohne wenig entwickelt. Auf den großen Latifundien herrscht der Kleinbetrieb vor: verschiedene Formen fronherrschaftlich-wucherischer Pacht, auf Abarbeit fußende Wirtschaft (Fronwirtschaft), „Winterverdingung", Schuldknechtschaft auf Grund verursachter Flurschäden, als Folge der Überlassung der Bodenabschnitte und so weiter und so fort. Die von fronherrlicher Ausbeutung niedergedrückte Bauernmasse verfällt dem Ruin und verpachtet teilweise selber ihre Bodenanteile an „tüchtige" Landwirte. Eine kleine Minderheit wohlhabender Bauern arbeitet sich zur Dorfbourgeoisie empor, pachtet Boden für eine kapitalistische Wirtschaftsführung, beutet Hunderttausende von Knechten und Tagelöhnern aus.

In Anbetracht dieser von der russischen Wirtschaftswissenschaft einwandfrei festgestellten Tatsachen müssen wir, wenn wir den gegenwärtigen Kampf der Bauernschaft um den Boden betrachten, *vier Hauptgruppen* des Grundbesitzes unterscheiden: 1. die Masse der von den

fronherrlichen Latifundien niedergedrückten, an deren Expropriation unmittelbar interessierten, bei einer solchen Expropriation unmittelbar und vor allem gewinnenden Bauernwirtschaften; 2. eine kleine Minderheit von Mittelbauern, die heute schon einen annähernd mittelgroßen, eine leidliche Wirtschaftsführung ermöglichenden Landbesitz haben; 3. eine kleine Minderheit wohlhabender Bauern, die sich zur bäuerlichen Bourgeoisie entwickeln und durch eine Reihe allmählicher Übergänge mit dem kapitalistisch wirtschaftenden Grundbesitz verbunden sind; 4. fronherrliche Latifundien, die die kapitalistisch betriebenen Güter der gegenwärtigen Epoche in Rußland an Umfang weit übertreffen und ihre Einkünfte in erster Linie aus der auf Schuldknechtschaft und Abarbeit fußenden Ausbeutung der Bauernschaft ziehen.

Es versteht sich von selbst, daß auf Grund der Angaben über den Bodenbesitz eine Einteilung in diese Hauptgruppen nur sehr annähernd, ungefähr, schematisch vorgenommen werden kann. Dennoch müssen wir diese Gruppen bilden, da es sonst unmöglich ist, ein einheitliches Bild des Kampfes um den Boden in der russischen Revolution zu geben. Und es läßt sich *im voraus* mit absoluter Sicherheit sagen, daß teilweise Zahlenkorrekturen, teilweise Verschiebungen der Grenzen der einen oder der anderen Gruppe *nicht imstande* sind, das Gesamtbild irgendwie wesentlich zu verändern. Wichtig sind nicht diese teilweisen Korrekturen, wichtig ist vielmehr, den kleinen, nach Boden strebenden Grundbesitz und die die große Masse des Bodens monopolisierenden fronherrlichen Latifundien in aller Klarheit gegenüberzustellen. Die Verlogenheit sowohl der regierungsoffiziellen (Stolypinschen) Wirtschaftswissenschaft als auch der liberalen (kadettischen) Wirtschaftswissenschaft besteht vor allem in der Verdeckung oder Vertuschung dieser klaren Gegenüberstellung.

Nehmen wir für die oben gezeigten vier Gruppen folgende Größe des Grundbesitzes an: 1. bis zu 15 Desj.; 2. 15–20 Desj.; 3. 20–500 Desj.; 4. über 500 Desj. je Besitzung. Um den Kampf um den Boden als etwas Ganzes darzustellen, müssen wir natürlich innerhalb jeder dieser Gruppen Anteilbesitz und privaten Grundbesitz zusammenzählen. Unsere Quelle teilt den letzteren in die Gruppen: bis zu 10 Desj. und von 10 bis 20 Desj., so daß die Gruppe bis zu 15 Desj. nur annähernd zu bestimmen ist. Die Ungenauigkeit, die aus dieser annähernden Berechnung und aus unserer Abrundung der Zahlen entstehen kann, ist ver-

schwindend gering (der Leser wird sich gleich davon überzeugen können) und vermag an den Schlußfolgerungen nichts zu ändern.

Nachstehend die gegenwärtige Verteilung des Bodens im Europäischen Rußland nach den von uns aufgestellten Gruppen:

	Zahl der Besitzungen (in Millionen)	Gesamtbesitz in Desjatinen (in Millionen)	Durchschn. je Besitzung in Desj.
a) Ruinierte Bauernschaft, die das Joch der fronherrlichen Ausbeutung zu tragen hat	10,5	75,0	7,0
b) Mittlere Bauernschaft	1,0	15,0	15,0
c) Bäuerliche Bourgeoisie und kapitalistischer Bodenbesitz	1,5	70,0	46,7
d) Fronherrliche Latifundien	0,03	70,0	2333,0
Insgesamt	13,03	230,0	17,6
Nicht nach Besitzgröße verteilt	—	50	—
*Insgesamt**	13,03	280,0	21,4

Das sind die Verhältnisse, auf denen der Kampf der Bauern um den Boden basiert. Dies ist der *Ausgangs*punkt des Kampfes der Bauern (7–15 Desj. je Hof plus Wucherpacht usw.) gegen die größten Gutsbesitzer (2333 Desj. je Gut). Was ist die objektive Tendenz, der *End-*

* Die Zahlen dieser Tabelle sind, wie schon gesagt, abgerundet. Hier die genauen Zahlen: Anteilland: a) 10,1 Mill. Besitzungen und 72,9 Mill. Desj.; b) 874000 Besitzungen und 15,0 Mill. Desj. Privater Grundbesitz bis zu 10 Desj. – 410000 Besitzungen und 1,6 Mill. Desj.; von 10 bis 20 Desj. – 106000 Besitzungen und 1,6 Mill. Desj. Insgesamt a+b für beide Arten: 11,5 Mill. Besitzungen und 91,2 Mill. Desj. Für Gruppe c) sind die genauen Zahlen: 1,5 Mill. Besitzungen und 69,5 Mill. Desj. Für Gruppe d) 27 833 Besitzungen und 61,99 Mill. Desj. Zur letzteren Gruppe sind, wie oben gezeigt, 5,1 Mill. Desj. Apanageländereien und 3,6 Mill. Desj. Boden im Besitz großer Fabrik-, Handels- und Gewerbegenossenschaften hinzugezählt. Die genaue Zahl des nicht nach Besitzungen gruppierten Bodens haben wir bereits genannt – 48,5 Mill. Desj. Der Leser vermag hieraus zu ersehen, daß alle unsere Abrundungen und annähernden Berechnungen nur ganz unbedeutende zahlenmäßige Veränderungen mit sich bringen und die von uns gezogenen Schlüsse nicht im mindesten erschüttern können.

punkt dieses Kampfes? Es ist klar, daß diese Tendenz auf die Liquidierung des fronherrlichen Großgrundbesitzes, auf den Übergang dieses Grundbesitzes (in der einen oder der anderen Form) in die Hände der Bauern hinausläuft. Diese objektive Tendenz folgt unvermeidlich aus der Tatsache des Überwiegens der von fronherrlichen Latifundien geknechteten *Kleinwirtschaft*. Um diese Tendenz in einem ebenso anschaulichen Schema darzustellen, wie wir es für den Ausgangspunkt des Kampfes, d. h. für die gegenwärtige Lage der Dinge getan haben, müssen wir uns den *denkbar günstigsten* Fall vorstellen, d. h., wir müssen annehmen, daß der ganze Grund und Boden der fronherrlichen Latifundien sowie der ganze nicht nach Besitzungen gruppierte Boden in die Hände der ruinierten Bauernschaft übergegangen wäre. Es ist dies jener günstigste Fall, der mehr oder weniger deutlich *allen* am Agrarkampf der Gegenwart Beteiligten vorschwebt: die Regierung spricht von „Bodenzuteilung" an die „Bedürftigen", auch der liberale Beamte (Kadett gleichfalls) redet von zusätzlicher Bodenzuteilung an landarme Bauern, auch der Trudowikibauer spricht von der Vergrößerung des Bodenbesitzes bis zur „Verbrauchs"- oder „Arbeits"norm, und der Sozialdemokrat, der in der Frage der Formen der Bodennutzung anderer Meinung ist, macht sich im großen und ganzen die Vorschläge der Volkstümler über die Bodenzuteilung an die armen Bauern zu eigen (Zereteli hat in der II. Duma, in der 47. Sitzung vom 26. Mai 1907, die Zahlen des Volkstümlers Karawajew übernommen: 57 Mill. Desj. zu enteignenden Bodens für 6½ Milliarden, davon für die armen Bauern mit weniger als 5 Desj. 2½ Milliarden; siehe S. 1221 des stenogr. Berichts). Kurz, wie verschiedener Meinung Gutsbesitzer, Beamte, Bourgeoisie, Bauernschaft und Proletariat auch über Aufgaben und Bedingungen der Agrarreform sein mögen, die Tendenz ist bei allen die gleiche: Übergang des Großgrundbesitzes an die bedürftigste Bauernschaft. Auf die grundlegenden Unterschiede in den Auffassungen der einzelnen Klassen über Ausmaß und Bedingungen dieses Übergangs werden wir an geeigneter Stelle noch gesondert zu sprechen kommen. Hier aber möchten wir unser Schema des Ausgangspunktes des Kampfes durch ein ebensolches Schema des möglichen Endpunktes ergänzen. Wir haben oben gezeigt, was *heute* ist. Nun wollen wir zeigen, was *dann* sein kann. Nehmen wir an, daß 0,03 Mill. Gutsbesitzer je 100 Desj., d. h. 3 Mill. Desj. Boden behalten, während die übrigen 67 Mill. Desj.

und die 50 Mill. Desj. nicht gruppierten Bodens an die 10,5 Mill. armen Bauernhöfe übergehen. Wir erhalten:

	Jetzt			Dann		
	Zahl der Besitzungen (in Millionen)	Gesamtbesitz in Desjatinen	Durchschnitt je Besitzung in Desj.	Zahl der Besitzungen (in Millionen)	Gesamtbesitz in Desjatinen	Durchschnitt je Besitzung in Desj.
a) Ruinierte Kleinbauern	10,5	75	7,0	—	—	—
b) Mittlere Bauernschaft	1,0	15	15,0	11,5	207	18,0
c) Reiche Bauern und Bourgeoisie	1,5	70	46,7	1,53	73	47,7
d) Fronherrliche Gutsbesitzer	0,03	70	2333,0	—	—	—
Insgesamt	13,03	230	17,6	13,03	280	21,4
Nicht gruppierter Boden	—	50	—	—	—	—
Insgesamt	13,03	280	21,4	—	—	—

Dies ist die ökonomische Grundlage des Kampfes um den Boden in der russischen Revolution. Dies ist der Ausgangspunkt dieses Kampfes und seine Tendenz, d. h. sein Endpunkt, sein Ergebnis in dem vom Standpunkt der Kämpfenden günstigsten Fall.

Ehe wir zur Untersuchung dieser ökonomischen Grundlage und ihrer ideologischen (und ideologisch-politischen) Gewandung übergehen, möchten wir uns noch mit möglichen Mißverständnissen und Einwänden beschäftigen.

Erstens. Man kann mir entgegnen, in dem von mir entworfenen Bild sei Boden*aufteilung* vorausgesetzt, während ich doch die Frage der Munizipalisierung, Aufteilung, Nationalisierung, Sozialisierung noch nicht erörtert habe.

Dies wäre ein Mißverständnis. In meinem Bild sind die *Bedingungen* des Grundbesitzes ganz beiseite gelassen, die *Bedingungen* des Übergangs des Bodens an die Bauern (ob sie ihn nun als Eigentum oder zur Nutzung in der einen oder der anderen Form erhalten) absolut nicht berührt. Ich habe nur vom *Übergang des Bodens überhaupt* an die Kleinbauern gesprochen – diese Tendenz unseres Agrarkampfes kann aber unmöglich

angezweifelt werden. Die Kleinbauernschaft ist es, die kämpft, und zwar für den Übergang des Bodens in *ihre* Hände. Die kleine (bürgerliche) Wirtschaft ist es, die gegen den großen (fronherrlichen) Grundbesitz kämpft.* Ein anderes Resultat, als ich es dargelegt habe, *kann* die Umwälzung auch im günstigsten Fall *nicht* haben.

Zweitens. Man kann sagen, ich hätte kein Recht gehabt, den Übergang des ganzen konfiszierten Bodens (oder des ganzen expropriierten Bodens, denn vorläufig ist in meinen Ausführungen von den Expropriationsbedingungen noch nicht die Rede) an die am meisten landarme Bauernschaft anzunehmen. Man kann sagen, der Boden *müsse* kraft wirtschaftlicher Notwendigkeit an die reicheren Bauern übergehen. Eine solche Entgegnung würde jedoch auf einem Mißverständnis beruhen. Um den bürgerlichen Charakter der Umwälzung zu beweisen, muß ich den vom Standpunkt der Volkstümlerideologie *günstigsten* Fall untersuchen, ich muß also *annehmen*, daß jenes Ziel erreicht wird, das sich die Kämpfenden stellen. Ich muß das betrachten, was der sogenannten „schwarzen Umteilung" am nächsten kommt, nicht aber die weiterliegenden Folgen der Agrarumwälzung. Wenn die Masse im Kampf siegt, so reißt sie auch die Früchte des Sieges an sich. Eine andere Frage ist die, wem diese Früchte später zufallen werden.

Drittens. Man kann sagen, ich sei zu dem für die arme Bauernschaft so außerordentlich günstigen Ergebnis (Umwandlung ihrer gesamten Masse in Mittelbauern mit rund *18* Desj. je Hof) durch *Überschätzung* des freien Bodenfonds gekommen. Man kann sagen, es hätten die *Wälder* abgezogen werden müssen, die dem Bauern nicht als Bodenanteile zugewiesen werden könnten. Derlei Einwände sind seitens der Ökonomen des Regierungs- und des Kadettenlagers möglich und sogar unvermeidlich, aber sie sind nicht stichhaltig. Erstens muß man ein sein Leben lang vor dem fronherrlichen Gutsbesitzer katzbuckelnder Beamter sein, um zu glauben, der Bauer werde nicht imstande sein, mit den Wäldern richtig zu wirtschaften und aus ihnen zu *seinem eigenen* Nutzen und nicht zu Nutzen der Gutsbesitzer Gewinn zu ziehen. Der Standpunkt des Polizeibeamten und des russischen Liberalen ist: Wie soll man dem Bauern Anteilland

* Was bei mir in Klammern steht, wird von der kleinbürgerlichen Volkstümlerideologie verkannt bzw. geleugnet. Davon wird später noch die Rede sein.

beschaffen? Der Standpunkt des bewußten Arbeiters ist: Wie soll man den Bauern vom fronherrlichen Großgrundbesitz befreien? Wie soll man die fronherrlichen Latifundien zerschlagen? Zweitens habe ich das *ganze* Nordgebiet (die Gouvernements Archangelsk, Wologda und Olonez) sowie einen Teil der Gouvernements Wjatka und Perm, d. h. Gebiete, wo für die nächste Zeit eine landwirtschaftliche Nutzung der Waldflächen kaum denkbar ist, ausgeschlossen. Drittens hätte eine spezielle Berücksichtigung der Waldflächen die Berechnung wohl außerordentlich kompliziert, aber an den Ergebnissen wenig geändert. Herr Kaufman z. B., ein Kadett und folglich ein Mann, der den Gutsbesitzerländereien gegenüber genügende *Vorsicht* walten läßt, nimmt an, der Überschuß über die 25% Bewaldung hinaus könne für die Deckung des Bodenmangels Verwendung finden, und er kommt auf diese Weise zu einem Fonds von 101,7 Mill. Desj. für 44 Gouvernements. Ich habe den Bodenfonds für 47 Gouvernements auf ungefähr 101 Mill. Desj. berechnet, und zwar 67 Mill. aus den 70 Mill. der fronherrlichen Latifundien und 34 Mill. Ländereien des Fiskus und verschiedener Institutionen. Nimmt man die Expropriation aller Ländereien über 100 Desjatinen an, so würde sich dieser Fonds um weitere 9–10 Millionen Desjatinen vermehren.*

---

* Die Enteignungsgrenze – 500 Desj. – habe ich im Text nur als Berechnungsgrundlage angenommen. Setzen wir diese Grenze mit 100 Desj. an – ebenfalls nur als Annahme –, so ergibt sich folgendes Bild der Umwälzung:

Jetzt		Dann		
Wirtsch.	Desjatinen	Wirtsch.	Desjatinen	
a) 10,5 Mill.	75 Mill.	a) —	—	
b) 1,0 „	15 „	b) 11,5 Mill.	217 Mill.	je Hof 18,8 Desj.
c) 1,4 „	50 „	c) 1,53 „	63 „	„ „ 41,1 „
d) 0,13 „	90 „	d) —	—	—
13,03	230	13,03	280	21,4
	+ 50			

Die grundlegenden Schlüsse über Charakter und Wesen der Umwälzung bleiben in beiden Fällen die gleichen.

3. Die Vertuschung des Wesensinhaltes des Kampfes durch die kadettischen Publizisten

Das angeführte Material über die Rolle der größten Gutswirtschaften im Kampf um den Boden in Rußland muß in *einer* Beziehung ergänzt werden. Es ist ein charakteristisches Kennzeichen der Agrarprogramme unserer Bourgeoisie und unseres Kleinbürgertums, daß die Frage, *welche* Klasse der stärkste Gegner der Bauernschaft ist, *welche Besitzungen* die Hauptmasse des zu expropriierenden Fonds bilden, durch Erwägungen über „Normen" verkleistert wird. Man spricht (sowohl die Kadetten als auch die Trudowiki) vorwiegend davon, wieviel Boden die Bauern nach der einen oder der andern „Norm" brauchen – statt von etwas ungleich Konkreterem und Lebendigerem zu sprechen: wieviel Boden *es gibt*, der expropriiert *werden kann*. Die erste Art der Fragestellung vertuscht den Klassenkampf, verschleiert den *Kern* der Sache durch die leeren Prätentionen, einen „staatsmännischen" Standpunkt einzunehmen. Die zweite Art der Fragestellung verlegt den ganzen Schwerpunkt auf den Klassenkampf, auf die Klasseninteressen einer bestimmten grundbesitzenden Schicht, die die fronherrlichen Tendenzen am deutlichsten vertritt.

An anderer Stelle werden wir uns noch mit der Frage der „Normen" zu beschäftigen haben. Hier möchten wir nur auf eine „rühmliche" Ausnahme unter den Trudowiki und auf einen typisch kadettischen Publizisten verweisen.

In der zweiten Duma berührte der Volkssozialist Delarow die Frage, welcher Prozentsatz der Grundbesitzer von der Enteignung betroffen sein wird (47. Sitzung, 26. Mai 1907). Und zwar sprach der Redner von *Enteignung* (zwangsweiser Enteignung), ohne die Frage der Konfiskation aufzuwerfen, und er ging offenbar von der *gleichen* Enteignungs*norm* aus, die ich in meiner Tabelle angenommen habe, nämlich: 500 Desj. Bedauerlicherweise ist der entsprechende Passus von Delarows Rede im stenografischen Bericht der II. Duma (S. 1217) entstellt, oder Delarow ist selber ein Fehler unterlaufen. Im Bericht heißt es, die zwangsweise Enteignung werde 32% der Privatbesitzungen und 96% ihres gesamten Grund und Bodens betreffen – die übrigen 68% der Besitzer aber hätten nur 4% des privaten Grundbesitzes in ihren Händen. In Wirklichkeit müßte es heißen: statt 32% – 3,7%, denn 27 833 Grundbesitzer

von 752 881, das sind 3,7%; an Boden haben sie 62 Mill. Desj. von 85,8 Mill., d. h. 72,3%. Es bleibt unklar, ob sich Herr Delarow versprochen hat, oder ob er sich unrichtiger Zahlen bediente. Jedenfalls ist er, wenn wir uns nicht irren, der einzige von den zahlreichen Dumarednern, der wirklich die Frage, worum der Kampf im unmittelbarsten, konkretesten Sinne geht, *angeschnitten* hat.

Ein kadettischer Publizist, dessen „Werke" bei der Darlegung dieser Frage nicht mit Schweigen übergangen werden dürfen, ist Herr S. Prokopowitsch. Wohl ist er eigentlich ein „Bessaglawze"*, und er tritt – so wie die Mehrzahl der Mitarbeiter der bürgerlichen Zeitung „Towarischtsch" – bald als Kadett, bald als menschewistischer Sozialdemokrat auf. Er ist unter den russischen bürgerlichen Intellektuellen ein typischer Vertreter jenes Häufleins konsequenter Bernsteinianer, die zwischen Kadetten und Sozialdemokraten schwanken, die (meistenteils) keiner Partei angehören und in der liberalen Presse systematisch einen ein klein wenig rechteren Ton anschlagen als Plechanow. Herr Prokopowitsch muß hier erwähnt werden, weil er als einer der ersten in der Presse Zahlen aus der Grundbesitzstatistik von 1905 angeführt und sich dabei faktisch auf den Boden der *kadettischen* Agrarreform gestellt hat. In zwei Artikeln, veröffentlicht im „Towarischtsch" (1907, Nr. 214 vom 13. März und Nr. 238 vom 10. April), polemisiert Herr Prokopowitsch mit dem Bearbeiter der offiziellen Statistik, dem General Solotarjow, der beweisen will, daß die Regierung ohne jede Zwangsenteignung ganz gut mit der Agrarreform zurechtkommen könne und daß der Bauer für seine Wirtschaftsführung an 5 Desjatinen je Hof vollkommen genug habe! Herr Prokopowitsch ist *liberaler*; er nimmt 8 *Desj. je Hof* an. Er bemerkt zwar zu wiederholten Malen, dies sei „völlig ungenügend", es sei dies eine „höchst bescheidene" Berechnung usw., aber trotzdem nimmt er für die Bestimmung der „Größe des Landmangels" (so lautet der Titel des ersten der obengenannten Artikel des Herrn Prokopowitsch) eben diesen Wert an. Dabei erklärt er, er täte das, *„um überflüssige Diskussionen zu vermeiden"* ... wohl „überflüssige Diskussionen" mit Herrn Solotarjow und seinesgleichen? Indem Herr Prokopowitsch die Zahl der „unzweifelhaft landarmen" Bauernhöfe auf diese Weise auf die Hälfte ihrer Gesamtzahl reduziert, stellt er ganz

* Bessaglawzen – halbkadettische Gruppe, die 1906 in Petersburg die Zeitschrift „Bes Saglawija" (Ohne Titel) herausgab. *Der Übers.*

richtig fest, daß 18,6 Mill. Desj. erforderlich wären, um ihren Bodenbesitz auf 8 Desj. je Hof zu bringen; da aber die Regierung über einen Bodenfonds von angeblich nur 9 Mill. Desj. verfüge, so „wird man ohne Zwangsenteignung nicht auskommen".

In seinen Berechnungen und Betrachtungen hat dieser menschewisierende Kadett oder kadettisierende Menschewik Sinn und Geist des liberalen Agrarprogramms ausgezeichnet zum Ausdruck gebracht. Die eigentliche Frage der fronherrlichen Latifundien und der Latifundien überhaupt ist gänzlich verwischt. Herr Prokopowitsch bringt Zahlen nur über den privaten Grundbesitz von mehr als 50 Desjatinen in seiner Gesamtheit. So bleibt das, was eigentlich den Gegenstand des Kampfes bildet, vertuscht. Über die Klasseninteressen einer Handvoll – buchstäblich einer Handvoll – Landlords ist ein Schleier gebreitet. Statt ihrer Enthüllung haben wir da den „staatsmännischen" Gesichtspunkt: Mit fiskalischen Ländereien allein *„wird man nicht auskommen"*. Könnte man es, so würde Herr Prokopowitsch – das geht aus seiner Betrachtung hervor – gegen die fronherrlichen Latifundien nichts einzuwenden haben ...

Als Größe des bäuerlichen Bodenanteils wird eine Hungernorm angesetzt (8 Desj.). Der Umfang der „Zwangsenteignung" der Gutsbesitzer wird lächerlich gering gewählt (18 – 9 = 9 Mill. Desjatinen von den 62 Mill. Desjatinen der Besitzungen über 500 Desj.!). Um eine *solche* „Zwangsenteignung" durchzuführen, müssen – wie 1861 – die *Gutsbesitzer* die Bauern zwingen!

Ob mit oder ohne Absicht, ob bewußt oder unbewußt, so hat Herr Prokopowitsch doch den *gutsherrlichen* Wesenskern des Agrarprogramms der Kadetten *treffend* zum Ausdruck gebracht. Die Kadetten sind nur vorsichtig und schlau: sie ziehen es vor, sich *überhaupt* darüber *auszuschweigen, wieviel* Boden sie *eigentlich* von den Gutsbesitzern zu expropriieren geneigt sind.

4. *Der ökonomische Wesenskern der Agrarumwälzung und ihre ideologischen Gewandungen*

Wir haben gesehen, daß der Wesenskern der vor sich gehenden Umwälzung die Liquidierung der fronherrlichen Latifundien und die Schaf-

fung einer freien und (soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist) wohlhabenden ackerbautreibenden Bauernschaft ist, einer Bauernschaft, die nicht ein kümmerliches Dasein fristet, die sich nicht auf ihrer Scholle abplagt, sondern die imstande ist, die Produktivkräfte zu entwickeln, die landwirtschaftliche Kultur vorwärtszubringen. Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, die Herrschaft des *Marktes* über den Produzenten und folglich die Herrschaft der *Warenproduktion* werden von dieser Umwälzung überhaupt nicht berührt, können gar nicht von ihr berührt werden, denn der Kampf um die *Neuverteilung* des Bodens vermag die Produktionsverhältnisse in der Wirtschaft auf diesem Boden nicht zu ändern. Wir haben aber gesehen, daß eine Besonderheit dieses Kampfes in der starken Entwicklung der Kleinwirtschaft auf dem Grund und Boden der fronherrlichen Latifundien besteht.

Die ideologische Gewandung des sich abspielenden Kampfes sind die Volkstümlertheorien. Das offene Auftreten der Bauernvertreter ganz Rußlands in der I. und II. Duma mit Agrarprogrammen hat den endgültigen Beweis dafür erbracht, daß die Volkstümlertheorien und Volkstümlerprogramme tatsächlich die ideologische Gewandung des Bauernkampfes um den Boden sind.

Wir haben gezeigt, daß die großen fronherrlichen Güter die Grundlage, den Hauptbestandteil des Bodenfonds bilden, um den die Bauern kämpfen. Die Expropriationsnorm haben wir sehr hoch angesetzt – 500 Desj. Man kann sich jedoch leicht überzeugen, daß der von uns gezogene Schluß auch bei beliebiger Herabsetzung dieser Norm – sagen wir auf 100 oder 50 Desj. – bestehenbleibt. Wir teilen die Gruppe c) – 20 bis 500 Desj. – in drei Untergruppen: aa) 20–50 Desj.; bb) 50–100 Desj.; cc) 100–500 Desj., und betrachten nunmehr den Umfang des Besitzes an Anteilland und des privaten Grundbesitzes entsprechend dieser Einteilung:

Anteilland

Untergruppen	Zahl der Besitzungen	Gesamtbesitz in Desjatinen	Durchschnitt je Besitzung
20– 50 Desj.	1 062 504	30 898 147	29,1
50–100 „	191 898	12 259 171	63,9
100–500 „	40 658	5 762 276	141,7

Privater Grundbesitz			Insgesamt im Europ. Rußland		
Zahl der Besitzungen	Gesamtbesitz in Desjatinen	Durchschnitt je Besitzung in Desjatinen	Zahl der Besitzungen	Gesamtbesitz in Desjatinen	Durchschnitt je Besitzung in Desjatinen
103 237	3 301 004	32,0	1 165 741	34 199 151	29,3
44 877	3 229 858	71,9	236 775	15 489 029	65,4
61 188	14 096 637	230,4	101 846	19 858 913	194,9

Hieraus ist erstens zu ersehen, daß die Konfiskation der Ländereien über 100 Desj. den Bodenfonds, wie schon oben gesagt, um 9–10 Mill. Desj. vergrößern würde, während die von Tschishewski, einem Abgeordneten der I. Reichsduma, vorgesehene Konfiskation des Grundbesitzes über 50 Desj. den Bodenfonds um $18^1/_2$ Mill. Desj. vergrößert. Folglich bleiben die fronherrlichen Latifundien auch in diesem Falle die *Grundlage* des Bodenfonds. Sie bilden den „Kernpunkt" der Agrarfrage in der Gegenwart. Bekannt ist auch die Verbindung zwischen diesem Großgrundbesitz und der Oberschicht der Bürokratie: G. A. Alexinski hat in der II. Duma die Angaben des Herrn Rubakin wiedergegeben, wie groß der Grundbesitz der höheren Beamten in Rußland ist. Zweitens ist aus diesen Angaben zu ersehen, daß auch dann, wenn man von den Bodenanteilen *und Gütern mit über 100 Desj.* absieht, immer noch große Unterschiede zwischen den größten Bodenanteilen (und den kleinen Gütern) bestehenbleiben. Die Umwälzung findet die Bauernschaft bereits differenziert vor, sowohl nach der Größe des Bodenbesitzes als auch, in noch größerem Maße, nach der Höhe des Kapitals, nach dem Viehbestand, nach Menge und Beschaffenheit des toten Inventars usw. Daß die Differenzierung im Bereich – sozusagen – außerhalb des Anteilbesitzes der Bauern viel beträchtlicher ist als im Bereich des Anteillandbesitzes, ist in unserer ökonomischen Literatur zur Genüge bewiesen.

Welche Bedeutung haben nun die Volkstümlertheorien, die mehr oder weniger richtig die Auffassungen der Bauern von ihrem Kampf um den Boden widerspiegeln? Zwei „Prinzipien" bilden den Wesenskern dieser Volkstümlertheorien: das „Arbeitsprinzip" und die „Ausgleichung". Die kleinbürgerliche Natur dieser Prinzipien ist so klar und wurde in der marxistischen Literatur so oft und so eingehend bewiesen, daß es sich erübrigt, auch noch an dieser Stelle darauf einzugehen. Wichtig ist es aber, eine Eigenheit dieser „Prinzipien" zu vermerken, die von den russi-

schen Sozialdemokraten bisher noch nicht nach Gebühr gewürdigt worden ist. In unklarer Form bringen diese Prinzipien *tatsächlich* etwas zum Ausdruck, was im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick real und *fortschrittlich* ist. Was sie zum Ausdruck bringen, ist nämlich der Vernichtungskampf gegen die fronherrlichen Latifundien.

Man betrachte das oben angeführte Schema der Evolution unserer Agrarordnung von der heutigen Lage bis zum „Endziel" der gegenwärtigen, bürgerlichen Umwälzung. Man wird deutlich sehen, daß sich das künftige „Dann" vom heutigen „Jetzt" durch eine bedeutend stärkere „Ausgleichung" des Bodenbesitzes unterscheidet, daß die *neue* Bodenverteilung dem „Arbeitsprinzip" ungleich mehr entspricht. Und das ist durchaus kein Zufall. Es kann gar nicht anders sein in einem Bauernland, dessen bürgerliche Entwicklung es aus der Fronherrschaft befreit. Die Liquidierung der fronherrlichen Latifundien ist in einem solchen Land ein unbedingtes Erfordernis der kapitalistischen Entwicklung. Bei einem Überwiegen der Kleinwirtschaft bedeutet das aber unfehlbar eine größere „Ausgleichung" des Grundbesitzes. Zerschlägt man die mittelalterlichen Latifundien, so *beginnt* der Kapitalismus mit einem mehr „ausgeglichenen" Grundbesitz und schafft erst *aus ihm heraus* einen neuen Großgrundbesitz, und zwar auf der Grundlage von Lohnarbeit, Maschinen und hoher landwirtschaftlicher Technik, nicht aber auf der Basis von Abarbeit und Schuldknechtschaft.

Der Fehler aller Volkstümler besteht darin, daß sie, auf den engen Gesichtskreis des Kleinbesitzers beschränkt, den bürgerlichen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht sehen, in die der Bauer nach seiner Befreiung aus den Fesseln der Leibeigenschaft eintritt. Sie machen das „Arbeitsprinzip" der *kleinbürgerlichen* Landwirtschaft und die „Ausgleichung", diese Losungen der Zerschlagung der *fronherrlichen* Latifundien, zu etwas Absolutem, sich selbst Genügendem, das eine besondere, nicht bürgerliche Ordnung verkörpert.

Der Fehler einiger Marxisten besteht darin, daß sie bei der Kritik der Volkstümler*theorie* ihren historisch-realen und historisch-rechtmäßigen *Inhalt im Kampf gegen die Fronherrschaft* übersehen. Sie kritisieren, und mit Recht, das „Arbeitsprinzip" und die „Ausgleichung" als rückständigen, reaktionären, kleinbürgerlichen *Sozialismus* und vergessen dabei, daß diese Theorien der Ausdruck eines fortschrittlichen, revolutionären, klein-

bürgerlichen *Demokratismus* sind, daß diese Theorien als Banner dienen für den entschlossensten Kampf gegen das alte Rußland der Fronherrschaft. Die Idee der Gleichheit ist die revolutionärste Idee im Kampf gegen die alte absolutistische Ordnung überhaupt und gegen den alten fronherrlichen Großgrundbesitz im besonderen. Die *Gleichheits*idee des kleinbürgerlichen Bauern ist durchaus berechtigt und fortschrittlich, insofern sie Ausdruck des Kampfes gegen die feudale, fronherrliche Ungleichheit ist. Der Gedanke der „Ausgleichung" des Grundbesitzes ist berechtigt und fortschrittlich, insofern er das Streben von 10 Millionen, auf einen Bodenanteil von 7 Desjatinen beschränkten, von den Gutsbesitzern in den Ruin getriebenen Bauern nach *Aufteilung** der fronherrlichen Latifundien von je 2300 Desjatinen zum Ausdruck bringt. In der gegebenen geschichtlichen Situation drückt diese Idee *tatsächlich* ein solches Streben aus, sie drängt zur konsequenten *bürgerlichen* Revolution, wobei sie dies irrtümlich in eine nebelhafte, *quasisozialistische* Phraseologie hüllt. Und der wäre ein schlechter Marxist, der, wenn er die Falschheit der sozialistischen Verkleidung bürgerlicher Losungen kritisiert, nicht imstande wäre, ihre historisch-fortschrittliche Bedeutung als entschiedenste *bürgerliche* Losungen im Kampf *gegen die Fronherrschaft* einzuschätzen. Der reale Inhalt jener Umwälzung, die dem Volkstümler als „Sozialisierung" erscheint, wird in der konsequentesten Freilegung der Bahn für den Kapitalismus, in der entschiedensten Ausrottung der Fronwirtschaft bestehen. Das von mir oben angeführte Schema zeigt eben das Maximum der Beseitigung der Fronherrschaft und das Maximum der dabei zu erzielenden „Ausgleichung". Der Volkstümler bildet sich ein, diese „Ausgleichung" bedeute Beseitigung des bürgerlichen Charakters, während sie in Wirklichkeit die Bestrebungen der radikalsten Schichten der Bourgeoisie *zum Ausdruck bringt*. Und alles, was darüber hinaus mit der „Ausgleichung" verbunden ist, ist ideologischer *Schall und Rauch*, ist Illusion des Kleinbürgers.

Die kurzsichtige und unhistorische Beurteilung der Bedeutung der Volkstümlertheorien in der russischen bürgerlichen Revolution durch einige russische Marxisten erklärt sich daraus, daß sie die Bedeutung der von den

* Es handelt sich hier nicht um Aufteilung zwecks Übergabe als Eigentum, sondern um Aufteilung zur wirtschaftlichen Nutzung. Eine solche Aufteilung ist möglich – und bei vorherrschender Kleinwirtschaft für gewisse Zeit unvermeidlich – sowohl bei Munizipalisierung als auch bei Nationalisierung.

Volkstümlern vertretenen „Konfiskation" des gutsherrlichen Grundbesitzes nicht durchdacht haben. Es genügt, sich die ökonomische Grundlage einer solchen Umwälzung unter den gegebenen Verhältnissen unseres Grundbesitzes klar vorzustellen, und wir werden nicht nur das Illusorische der Volkstümlertheorien verstehen, sondern auch den auf eine bestimmte historische Aufgabe beschränkten wahren Sinn des Kampfes erkennen, den wahren Sinn des Kampfes gegen die Fronherrschaft, der den realen Inhalt dieser illusorischen Theorien bildet.

5. Zwei Typen der bürgerlichen Agrarentwicklung

Gehen wir weiter. Wir haben gezeigt, daß die Volkstümlertheorien, die vom Standpunkt des Kampfes für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie unsinnig und reaktionär sind, sich im bürgerlichen Kampf gegen die Fronherrschaft als „vernünftig" (im Sinne einer besonderen geschichtlichen Aufgabe) und fortschrittlich erweisen. Es fragt sich nunmehr: Ist die Unausbleiblichkeit des Absterbens der Fronherrschaft in den russischen Grundbesitzverhältnissen und in der ganzen Gesellschaftsordnung Rußlands, die Unausbleiblichkeit einer bürgerlich-demokratischen Agrarumwälzung in dem Sinne zu verstehen, daß diese Umwälzung nur in *einer* bestimmten Form vor sich gehen kann? oder ist sie in verschiedenen Formen möglich?

Diese Frage ist für die Herausarbeitung richtiger Auffassungen über unsere Revolution und über das sozialdemokratische Agrarprogramm von kardinaler Bedeutung. Um aber diese Frage zu entscheiden, müssen wir von dem oben angeführten Material über die ökonomische Grundlage der Revolution ausgehen.

Den Kernpunkt des Kampfes bilden die fronherrlichen Latifundien, als die krasseste Verkörperung und festeste Stütze der Überreste der Fronherrschaft in Rußland. Die Entwicklung der Warenwirtschaft und des Kapitalismus bereitet diesen Überresten mit absoluter Notwendigkeit ein Ende. In *dieser* Beziehung steht Rußland *nur ein* Weg der bürgerlichen Entwicklung offen.

Doch die Formen dieser Entwicklung können zweierlei Art sein. Die Überreste der Fronwirtschaft können sowohl durch Umgestaltung der

Gutswirtschaften als auch durch Liquidierung der grundherrlichen Latifundien, d. h. auf dem Wege der Reform oder auf dem Wege der Revolution, beseitigt werden. Die bürgerliche Entwicklung kann in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die großen Gutsbesitzerwirtschaften stehen, die allmählich immer mehr bürgerlich werden und allmählich die fronherrlichen Ausbeutungsmethoden durch bürgerliche ersetzen; sie kann auch in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die kleinen Bauernwirtschaften stehen, die auf revolutionärem Wege aus dem sozialen Organismus den „Auswuchs" der fronherrlichen Latifundien entfernen und sich dann, ohne sie, frei in den Bahnen des kapitalistischen Farmertums entwickeln.

Ich würde diese zwei Wege objektiv möglicher bürgerlicher Entwicklung als den preußischen und den amerikanischen Weg bezeichnen. Im ersten Falle wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern* zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtschaft verurteilt werden. Im zweiten Fall gibt es keine Gutsherrenwirtschaft, oder aber sie wird von der Revolution zerschlagen, die die feudalen Güter konfisziert und aufteilt. In diesem Falle prädominiert der Bauer, er wird zur ausschließlichen Triebkraft der Landwirtschaft und evolutioniert zum kapitalistischen Farmer. Hauptinhalt der Evolution im ersten Falle ist das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Schuldknechtschaft und kapitalistische Ausbeutung auf dem Grund und Boden der Feudalherren, der Gutsherren, der Junker. Im zweiten Fall ist der ausschlaggebende Hintergrund das Hinüberwachsen des patriarchalischen Bauern in den bürgerlichen Farmer.

In der Wirtschaftsgeschichte Rußlands treten diese beiden Typen der Evolution ganz klar zutage. Nehmen wir die Periode der Aufhebung der Leibeigenschaft. Gutsbesitzer und Bauern kämpften miteinander um die Art und Weise der Durchführung dieser Reform. Die einen wie die anderen verteidigten (ohne sich dessen bewußt zu sein) die Voraussetzungen der bürgerlichen, ökonomischen Entwicklung, aber die Gutsbesitzer vertraten eine Art der Entwicklung, die die maximale Erhaltung der Gutswirtschaften, der Gutsbesitzereinkünfte, der grundherrlichen (knechten-

* „Großbauern" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

den) Ausbeutungsmethoden sichert. Die Bauern vertraten eine Entwicklung, die angesichts des gegebenen Kulturniveaus in maximaler Weise den Wohlstand der Bauernschaft, die Liquidierung der gutsherrlichen Latifundien, aller fronwirtschaftlichen und knechtenden Ausbeutungsmethoden sowie die Erweiterung des freien bäuerlichen Grundbesitzes gewährleisten könnte. Es ist klar, daß auf dem zweiten Wege die Entwicklung des Kapitalismus und der Produktivkräfte sich breiter und *rascher* vollzogen hätte als bei der Durchführung der Bauernreform im Sinne der Gutsbesitzer.* Nur Karikaturen von Marxisten, wie die gegen den Marxismus kämpfenden Volkstümler sie auszumalen trachteten, hätten den Landraub an den Bauern im Jahre 1861 als ein Unterpfand kapitalistischer Entwicklung betrachten können. Im Gegenteil, er mußte Unterpfand sein – und erwies sich in der Tat als solches – einer *knechtenden*, d. h. halbleibeigenschaftlichen Pacht und einer auf Abarbeit fußenden Wirtschaft, d. h. einer Fronwirtschaft, die die Entwicklung des Kapitalismus und das Wachstum der Produktivkräfte in der russischen Landwirtschaft außerordentlich verzögerte. Der Kampf zwischen den Bauern- und den Gutsbesitzerinteressen war kein Kampf der „Volksproduktion" oder des „Arbeitsprinzips" gegen die Bourgeoisie (wie unsere Volkstümler sich einbildeten und sich noch

* In der Zeitschrift „Nautschnoje Obosrenije" [Wissenschaftliche Revue] (1900, Mai/Juni) schrieb ich zu dieser Frage: *„Je mehr Land die Bauern bei der Befreiung erhalten hätten und je billiger sie es erhalten hätten, desto rascher, umfassender und freier würde sich der Kapitalismus in Rußland entwickeln*, desto höher wäre der Lebensstandard der Bevölkerung, desto ausgedehnter der innere Markt, desto rascher ginge es mit der Anwendung von Maschinen in der Produktion voran, mit einem Wort, desto mehr würde die ökonomische Entwicklung Rußlands der ökonomischen Entwicklung Amerikas gleichen. Ich beschränke mich darauf, zwei Umstände anzuführen, die meiner Meinung nach die Richtigkeit der letzteren Ansicht bekräftigen: 1. auf Grund des Landmangels und der Abgabenlast hat sich bei uns in einem sehr ausgedehnten Gebiet das System der Abarbeit in der privaten Gutswirtschaft, d. h. ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft, und durchaus kein Kapitalismus entwickelt; 2. gerade in unseren Randgebieten, wo die Leibeigenschaft entweder völlig unbekannt oder aber am schwächsten entwickelt war, wo die Bauern weniger unter dem Landmangel, der Abarbeit und der Abgabenlast leiden, hat sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft am stärksten entwickelt." (Siehe Werke, Bd. 3, S. 647/648. *Die Red.*)

einbilden), sondern ein Kampf für den amerikanischen Typus der bürgerlichen Entwicklung gegen den preußischen Typus der ebenso bürgerlichen Entwicklung.

Und in denjenigen Gebieten Rußlands, wo es keine Leibeigenschaft gab, wo ausschließlich oder hauptsächlich der freie Bauer die Landwirtschaft in seine Hände nahm (z. B. in den nach der Reform besiedelten Steppen jenseits der Wolga, in Neurußland, im Nordkaukasus), hat die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entwicklung des Kapitalismus ein unvergleichlich rascheres Tempo eingeschlagen als in dem von Überresten der Fronherrschaft bedrückten Zentralgebiet.*

Zeigen uns aber das landwirtschaftliche Zentralgebiet und die landwirtschaftlichen Randgebiete Rußlands sozusagen die räumliche oder geographische Verteilung der Gegenden, in denen der eine oder der andere Typus der Agrarevolution vorherrscht, so treten beide Evolutionstypen in ihren Hauptzügen auch in *allen* Gegenden zutage, wo Gutswirtschaft und bäuerliche Wirtschaft nebeneinander bestehen. Einer der Grundfehler der ökonomischen Auffassungen der Volkstümler bestand darin, daß ihnen die Gutswirtschaft als alleinige Quelle des Agrarkapitalismus galt, während sie die bäuerliche Wirtschaft vom Gesichtspunkt der „Volksproduktion" und des „Arbeitsprinzips" betrachteten (dasselbe tun auch heute die Trudowiki, die „Volkssozialisten" und die Sozialrevolutionäre). Wir wissen, daß das nicht richtig ist. Die Gutswirtschaft entwickelt sich in kapitalistischer Richtung, wobei sie allmählich die Abarbeit durch „freie Lohnarbeit", die Dreifelderwirtschaft durch intensive Kultur, das altväterliche bäuerliche Inventar durch die modernen Geräte der Gutswirtschaft ersetzt. Die bäuerliche Wirtschaft *entwickelt sich ebenfalls in kapitalistischer Richtung*, wobei sie Dorfbourgeoisie und Landproletariat hervorbringt. Je besser die Lage der „Dorfgemeinde", je höher der Wohlstand der Bauernschaft überhaupt, desto *rascher* verläuft die Differenzierung der Bauernschaft in die antagonistischen Klassen der kapitalistischen

* Die Bedeutung der Randgebiete Rußlands als Kolonisationsfonds während der Entwicklung des Kapitalismus habe ich in meiner „Entwicklung des Kapitalismus" (St. Petersburg 1899, S. 185, 444 u. a. m.) ausführlich behandelt. Eine zweite Auflage erschien 1908 in St. Petersburg. (Siehe Werke, Bd. 3, S. 255/256, 576, 611–616. *Die Red.*) Auf ihre Bedeutung für die Frage des sozialdemokratischen Agrarprogramms werde ich im folgenden noch zu sprechen kommen.

Landwirtschaft. Die beiden Richtungen der Agrarentwicklung sind folglich überall vorhanden. Der Kampf zwischen den Bauern- und den Gutsbesitzerinteressen, der sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte Rußlands nach der Reform zieht und eine äußerst wichtige ökonomische Grundlage unserer Revolution bildet, ist ein Kampf um den einen oder den anderen Typus der bürgerlichen Agrarentwicklung.

Nur wenn wir den Unterschied zwischen diesen Typen und den bürgerlichen Charakter *beider Typen* klar begreifen, können wir die Bodenfrage in der russischen Revolution in richtiger Weise erklären und die Klassenbedeutung der von den verschiedenen Parteien aufgestellten unterschiedlichen Agrarprogramme erfassen.* Wir wiederholen: Der Kernpunkt des Kampfes – das sind die fronherrlichen Latifundien. Ihre kapitalistische Entwicklung steht außer Frage, aber sie ist in zweifacher Gestalt möglich: in Gestalt ihrer revolutionären Beseitigung, ihrer Liquidierung durch die

---

* Was für eine Konfusion manchmal in den Köpfen russischer Sozialdemokraten in der Frage der zwei Wege der bürgerlichen Agrarentwicklung in Rußland herrscht, zeigt das Beispiel von P. Maslow. In der Zeitschrift „Obrasowanije" (1907, Nr. 3) zeigt er zwei Wege auf: 1. „sich entwickelnder Kapitalismus"; 2. „nutzloser Kampf gegen die ökonomische Entwicklung". „Der erste Weg", so meint er, „führt die Arbeiterklasse und mit ihr die ganze Gesellschaft zum Sozialismus; der zweite Weg treibt (!) die Arbeiterklasse der Bourgeoisie in die Arme (!), treibt sie in den Kampf zwischen Groß- und Kleinbesitzern, einen Kampf, aus dem die Arbeiterklasse nichts als Niederlagen davontragen wird." (S. 92.) Erstens ist der „zweite Weg" eine hohle Phrase, ein Wahn, aber kein Weg; das ist eine falsche Ideologie, aber keine wirkliche Entwicklungsmöglichkeit. Zweitens merkt Maslow nicht, daß Stolypin und die Bourgeoisie die Bauernschaft auch einen kapitalistischen Weg führen – folglich geht es im realen Kampf nicht um den Kapitalismus, sondern um den Typus der kapitalistischen Entwicklung. Drittens ist es barer Unsinn, zu sagen, daß in Rußland irgendein Entwicklungsweg möglich sei, der die Arbeiterklasse nicht unter die Herrschaft der Bourgeoisie „treibt" ... Viertens ist es ebensolcher Unsinn, zu behaupten, daß es einen „Weg" ohne Kampf zwischen Klein- und Großbesitzern geben könne. Fünftens vertuscht Maslow mit Hilfe allgemeineuropäischer Kategorien (Klein- und Großbesitzer) die geschichtliche Besonderheit Rußlands, die in der gegenwärtigen Revolution von größter Bedeutung ist: den Kampf zwischen den kleinen bürgerlichen und den großen feudalen Grundbesitzern.

bäuerlichen Farmer, oder in Gestalt ihrer allmählichen Umwandlung in Junkerwirtschaften (mit entsprechender Verwandlung des unterjochten Bauern in einen unterjochten Knecht).

6. *Zwei Linien der Agrarprogramme in der Revolution*

Wenn wir nunmehr, ausgehend von der oben dargelegten ökonomischen Grundlage, die von den verschiedenen Klassen im Verlauf der Revolution aufgestellten Agrarprogramme betrachten, so unterscheiden wir sofort zwei Linien dieser Programme, entsprechend den beiden aufgezeigten Typen der Agrarentwicklung.

Nehmen wir das Programm Stolypins, das von den rechten Gutsbesitzern und Oktobristen geteilt wird. Es ist ein unverhohlenes Gutsbesitzerprogramm. Kann man aber sagen, es sei im ökonomischen Sinne reaktionär, d. h., es schließe die Entwicklung des Kapitalismus aus oder wolle sie ausschließen? es wolle die bürgerliche Agrarentwicklung unterbinden? Keinesfalls. Im Gegenteil, die berühmten, auf Grund des Artikels 87 erlassenen Agrargesetze Stolypins sind ganz und gar von rein bürgerlichem Geiste durchdrungen. Sie liegen zweifelsohne auf der Linie der kapitalistischen Evolution, erleichtern sie, treiben sie vorwärts, beschleunigen die Expropriation der Bauernschaft, den Zerfall der Dorfgemeinde, die Herausbildung einer bäuerlichen Bourgeoisie. Im Sinne der ökonomischen Wissenschaft ist diese Gesetzgebung zweifellos fortschrittlich.

Bedeutet das, daß die Sozialdemokraten sie „unterstützen" sollen? Nein. So könnte nur der vulgäre Marxismus argumentieren, dessen Samen so eifrig von Plechanow und den Menschewiki ausgestreut wird, die lokkend und klagend, flehend und mahnend wiederholen: Man muß die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die alte Ordnung unterstützen. Nein. Im Interesse der Entwicklung der Produktivkräfte (dieses höchsten Kriteriums des gesellschaftlichen Fortschritts) müssen wir nicht die bürgerliche Evolution von gutsherrlichem Typus, sondern die bürgerliche Evolution von bäuerlichem Typus unterstützen. Erstere bedeutet weitestgehende Erhaltung der Knechtschaft und einer (ins Bürgerliche umgemodelten) Fronwirtschaft, minder rasche Entwicklung der Produktivkräfte und verzögerte Entwicklung des Kapitalismus, sie bedeutet für die breiten Massen der

Bauernschaft und folglich auch des Proletariats maßlos größere Not und Qualen, Ausbeutung und Unterdrückung. Letztere bedeutet raschieste Entwicklung der Produktivkräfte und die besten (unter den Verhältnissen der Warenwirtschaft überhaupt möglichen) Existenzbedingungen für die Bauernmasse. Die Taktik der Sozialdemokratie in der russischen bürgerlichen Revolution wird nicht durch die Aufgabe bestimmt, die liberale Bourgeoisie zu unterstützen, wie die Opportunisten glauben, sondern durch die Aufgabe, die kämpfende Bauernschaft zu unterstützen.

Nehmen wir das Programm der liberalen Bourgeoisie, d. h. der Kadetten. Getreu dem Wahlspruch „Was beliebt?" (d. h. was beliebt den Herren Gutsbesitzern?) haben sie in der ersten Duma ein Agrarprogramm und in der zweiten ein anderes aufgestellt. Programmwechsel ist ihnen, wie allen europäischen prinzipienlosen bürgerlichen Karrieristen, ein leichtes, eine Kleinigkeit. In der Zeit der ersten Duma schien die Revolution stark – und das liberale Programm entlehnte ihr ein Stückchen Nationalisierung („gesamtstaatlicher Bodenfonds"). In der Zeit der zweiten Duma schien die Konterrevolution stark – und das liberale Programm warf den staatlichen Bodenfonds über Bord, wandte sich der Stolypinschen Idee eines soliden bäuerlichen Eigentums zu, erweiterte und vermehrte die Ausnahmen von der allgemeinen Regel der Zwangsenteignung gutsherrlichen Bodens. Doch erwähnen wir hier diese Doppelzüngigkeit der Liberalen nur beiläufig. Wichtig ist es, etwas anderes zu vermerken: jene prinzipielle Grundlage, die *beiden „Gesichtern"* des liberalen Agrarprogramms *gemeinsam* ist. Diese prinzipielle gemeinsame Grundlage ist 1. die Ablösung; 2. die Erhaltung der Gutswirtschaften; 3. die Erhaltung der Gutsbesitzerprivilegien bei der Durchführung der Reform.

Die Ablösung ist ein der sozialen Entwicklung auferlegter Tribut, ein Tribut an die Besitzer der fronherrlichen Latifundien. Die Ablösung ist die bürokratisch, polizeilich gesicherte Realisierung fronherrschaftlicher Ausbeutungsmethoden in der Form des bürgerlichen „allgemeinen Äquivalents". Weiter: Die Erhaltung der Gutswirtschaften *in dem einen oder anderen* Grade ist in beiden kadettischen Programmen zu sehen, so sehr sich die bürgerlichen Politikaster auch bemühen, diese Tatsache vor dem Volke zu verbergen. Das dritte – die Gutsbesitzerprivilegien bei der Durchführung der Reform – äußert sich mit aller Klarheit im Verhalten der Kadetten zur Wahl örtlicher Bodenkomitees auf der Grundlage des

allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Wir können hier nicht auf Einzelheiten eingehen*, die an eine andere Stelle unserer Ausführungen gehören. Hier haben wir nur die *Linie* des Agrarprogramms der Kadetten festzustellen. Was das betrifft, müssen wir aber vermerken, daß die Frage der Zusammensetzung der örtlichen Bodenkomitees von *kardinaler* Bedeutung ist. Nur politische Säuglinge könnten sich vom Klang der Kadettenlosung „*Zwangs*enteignung" verführen lassen. Die Frage ist die: Wer wird wen zwingen – die Gutsbesitzer die Bauern (für sandigen Boden den dreifachen Preis zu zahlen) oder die Bauern die Gutsbesitzer. Das Gerede der Kadetten von „gleichmäßiger Vertretung der aufeinandertreffenden Interessen", davon, daß „einseitige Gewalt" unerwünscht sei, zeigt mit größter Klarheit, worin das Wesen der Sache besteht: daß nämlich bei der Zwangsenteignung im Sinne der Kadetten die Gutsbesitzer die Bauern zwingen!

* Siehe Protokolle der I. Duma, 14. Sitzung, 24. Mai 1906, wo die Kadetten Kokoschkin und Kotljarewski in trautem Verein mit dem (damaligen) Oktobristen Heyden mit Hilfe niederträchtigster Sophismen den Gedanken der örtlichen Bodenkomitees zerpflücken. In der II. Duma: das Ausweichen des Kadetten Saweljew (16. Sitzung, 26. März 1907) sowie die offene Bekämpfung des Gedankens der örtlichen Bodenkomitees durch den Kadetten Tatarinow (24. Sitzung, 9. April 1907, S. 1783 des stenogr. Berichts). In der „Retsch" Nr. 82 vom 25. Mai 1906 ist der Leitartikel bemerkenswert, der bei Miljukow („Ein Jahr des Kampfes", Nr. 117, S. 457–459) abgedruckt ist. Hier der entscheidende Passus der Auslassungen dieses verkleideten Oktobristen: „Wir glauben, die Bildung dieser Komitees auf dem Wege allgemeiner Wahlen würde bedeuten, sie nicht zur friedlichen Lösung der Agrarfrage im lokalen Maßstab zu bestimmen, sondern zu etwas ganz anderem. Die Leitung der Reform in ihrer allgemeinen Richtung muß in den Händen des Staates bleiben ... In den örtlichen Kommissionen müssen möglichst gleichmäßig (sic!) jene aufeinandertreffenden Interessen der Parteien vertreten sein, die sich versöhnen lassen, ohne gegen die staatliche Bedeutung der in Angriff genommenen Reform zu verstoßen und ohne sie in einen einseitigen Gewaltakt zu verwandeln ..." (S. 549.) Im zweiten Band der kadettischen „Agrarfrage" veröffentlicht Herr Kutler seinen Gesetzentwurf, der den Gutsbesitzern plus den Beamten in *allen* zentralen, Gouvernements- und Kreis-Bodenkommissionen und Bodenkomitees das *Übergewicht* über die Bauern *sichert* (S. 640/641), und Herr A. Tschuprow – ein „Liberaler"! – verteidigt prinzipiell den gleichen niederträchtigen Plan der Gutsbesitzer zur Übertölpelung der Bauern (S. 33).

Das Agrarprogramm der Kadetten liegt auf der Linie des Stolypinschen, d. h. des gutsherrlichen bürgerlichen Fortschritts. Das ist eine Tatsache. Das Nichtverstehen dieser Tatsache ist der Grundfehler jener Sozialdemokraten, die gleich einigen Menschewiki es fertigbringen, die Agrarpolitik der Kadetten für fortschrittlicher zu halten als die der Volkstümler.

Bei den Vertretern der Bauernschaft, d. h. bei den Trudowiki, den Sozialvolkstümlern und zum Teil bei den Sozialrevolutionären sehen wir in den beiden Dumas, *trotz* des vielen Schwankens und Wankens, eine vollkommen deutliche Linie der Vertretung der Bauerninteressen *gegen* die Gutsbesitzer. Es gibt zum Beispiel Schwankungen in der Frage der Ablösung, die im Programm der Trudowiki zugelassen wird; aber 1. wird die Ablösung häufig im Sinne der sozialen Versorgung arbeitsunfähiger Gutsbesitzer behandelt*, 2. kann man in den Protokollen der II. Duma eine ganze Reihe äußerst charakteristischer *Bauern*reden nachlesen, die die Ablösung *ablehnen* und die Losung proklamieren: Den ganzen Boden dem ganzen Volke!** In der Frage der örtlichen Bodenkomitees – dieser ausschlaggebenden Frage, wer wen zwingen wird – sind die Bauernabgeordneten Urheber und Anhänger der Idee, diese Komitees in allgemeiner Wahl zu wählen.

Wir gehen auf den Inhalt des Agrarprogramms der Trudowiki und der Sozialrevolutionäre einerseits und der Sozialdemokraten anderseits einstweilen nicht ein. Wir müssen vor allem die unbestreitbare Tatsache konstatieren, daß die Agrarprogramme *aller* Parteien und Klassen, die in der

---

* Vergleiche „Sammelband der ‚Iswestija Krestjanskich Deputatow' [Nachrichten der Bauerndeputierten] und der ‚Trudowaja Rossija' [Arbeitendes Rußland]", St. Petersburg 1906 – eine Sammlung von *Zeitungs*artikeln der Trudowiki in der ersten Duma, z. B. den Artikel „Entschädigung, aber nicht Ablösung" (S. 44–49) und viele andere.

** Vergleiche in der II. Duma die Rede des *rechten* Bauern Petrotschenko (22. Sitzung, 5. April 1907): Kutler habe gute Bedingungen vorgeschlagen ... „Natürlich hat er als reicher Mann einen hohen Preis genannt, wir aber sind arme Bauern und können nicht soviel zahlen." (S. 1616.) Der *rechte* Bauer steht *weiter links* als der bürgerliche Politikaster, der in Liberalismus macht. Vergleiche auch die Rede des *parteilosen* Bauern Semjonow (12. April 1907), die den Geist eines spontan revolutionären Bauernkampfes atmet, und viele andere.

russischen Revolution offen aufgetreten sind, deutlich, entsprechend den zwei Typen der bürgerlichen Agrarevolution, in *zwei* Haupttypen zerfallen. Die Trennungslinie zwischen den „rechten" und den „linken" Agrarprogrammen verläuft nicht zwischen den Oktobristen und den Kadetten, wie die Menschewiki häufig ganz fälschlich annehmen (da sie sich vom Schwall „konstitutionell-demokratischer" Worte betäuben lassen und die Klassenanalyse durch die Analyse der Parteinamen ersetzen). Die Trennungslinie verläuft zwischen den Kadetten und den Trudowiki. Bestimmt wird diese Linie durch die *Interessen der zwei* um den Boden kämpfenden *Hauptklassen* der russischen Gesellschaft: der Gutsbesitzer und der Bauernschaft. Die Kadetten wollen den gutsherrlichen Grundbesitz erhalten wissen und verfechten eine kulturelle, europäische, aber *gutsherrlich*-bürgerliche Evolution der Landwirtschaft. Die Trudowiki (und die sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten), d. h. die Vertreter der Bauernschaft und die Vertreter des Proletariats, verfechten die *bäuerlich*-bürgerliche Evolution der Landwirtschaft.

Man muß zwischen der ideologischen Gewandung der Agrarprogramme, ihren verschiedenen politischen Details usw. und der ökonomischen Grundlage dieser Programme streng unterscheiden. Die Schwierigkeit besteht jetzt nicht darin, sich den bürgerlichen Charakter der Forderungen und Programme sowohl der Gutsbesitzer als *auch der Bauernschaft* klarzumachen: diese Arbeit ist von den Marxisten bereits vor der Revolution geleistet worden, und die Revolution hat das bestätigt. Die Schwierigkeit besteht darin, sich volle Rechenschaft zu geben über die Grundlage des Kampfes zweier Klassen *auf dem Boden* der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Evolution. Es ist unmöglich, diesen Kampf als eine gesetzmäßige soziale Erscheinung zu begreifen, wenn man ihn nicht auf die objektiven Tendenzen der ökonomischen Entwicklung des kapitalistischen Rußlands zurückführt.

Nachdem wir den Zusammenhang der beiden Typen von Agrarprogrammen in der russischen Revolution mit den beiden Typen der bürgerlichen Agrarevolution aufgezeigt haben, müssen wir nunmehr zur Betrachtung einer neuen, überaus wichtigen Seite der Frage übergehen.

7. *Die Bodenfläche Rußlands. Die Kolonisationsfrage*

Wir haben oben darauf verwiesen, daß die ökonomische Analyse uns nötigt, in der Frage des Kapitalismus in Rußland einen Unterschied zu machen zwischen dem zentralen Landwirtschaftsgebiet mit den zahlreichen Überresten der Fronwirtschaft und den Randgebieten, die solche Überreste nicht oder nur in schwacher Form aufweisen und die Züge freier bäuerlicher kapitalistischer Evolution tragen.

Was ist unter „Randgebieten" zu verstehen? Offenbar unbesiedelte oder nur spärlich besiedelte, nicht völlig in die landwirtschaftliche Nutzung einbezogene Gebiete. Wir müssen somit vom Europäischen Rußland zum gesamten Russischen Reich übergehen, um uns über diese „Randgebiete" und ihre ökonomische Bedeutung eine genaue Vorstellung zu machen.

In der Broschüre der Herren Prokopowitsch und Mertwago „Wieviel Land gibt es in Rußland und wie nutzen wir es?" (Moskau 1907) macht der Letztgenannte den Versuch, alle in der Literatur vorhandenen statistischen Angaben über die Bodenfläche *ganz* Rußlands und über die wirtschaftliche Nutzung der uns bekannten Bodenfläche zusammenzufassen. Wir bringen nachstehend die Aufstellung von Herrn Mertwago – der Anschaulichkeit halber in Tabellenform – und ergänzen sie durch Angaben über die Bevölkerungsziffer nach der Volkszählung von 1897 (siehe S. 246).

Diese Zahlen zeigen anschaulich, wie unermeßlich viel Land es in Rußland gibt und wie wenig wir noch über die Ländereien der Randgebiete und ihre wirtschaftliche Bedeutung wissen. Natürlich wäre es grundfalsch zu glauben, diese Ländereien seien schon jetzt und in ihrer jetzigen Gestalt geeignet, den Landhunger des russischen Bauern zu stillen. Alle derartigen Berechnungen, wie sie nicht selten von reaktionären Publizisten angestellt werden*, entbehren jedes wissenschaftlichen Wertes. In dieser Hinsicht hat Herr A. A. Kaufman vollkommen recht, wenn er über die

* Und auch von reaktionären Abgeordneten. In der II. Duma brachte der Oktobrist Teterewenkow Zahlen aus einer von Schtscherbina vorgenommenen Untersuchung über 65 Mill. Desj. des Steppengebiets sowie über 39 Mill. Desj. im Altai als Beweis dafür, daß es keiner Zwangsenteignung im Europäischen Rußland bedürfe. Das Musterbeispiel eines Bourgeois, der sich dem fronherrlichen Gutsbesitzer zu gemeinsamem „Fortschritt" im Stolypinschen Geiste anpaßt. (Stenogr. Berichte der II. Duma, 39. Sitzung, 16. Mai 1907, S. 658–661.)

	Bodenfläche ganz Rußlands									
	Gesamte Bodenfläche		Davon		Davon landwirtschaftlich nutzbarer Boden				Bevölkerungsziffer nach der Zählung von 1897	
	Quadratwerst in 1000	Desjatinen in Millionen	Boden, über den keine Angaben vorliegen in Millionen	Statistisch erfaßter Boden Desjatinen	Ackerland	Wiesen	Wald	Insgesamt	Insgesamt (in 1000)	Auf eine Quadratwerst
					in Millionen Desjatinen					
10 Gouv. des Königreichs Polen	111,6	11,6	—	11,6	7,4	0,9	2,5	10,8	9 402,2	84,3
38 Gouv. westl. der Wolga	1 755,6	183,0	—	183,0	93,6	18,7	34,0	146,3	—	—
12 Gouv. nördl. und östl. der Wolga	2 474,9	258,0	—	258,0	22,3	7,1	132,0	161,4	—	—
50 Gouv. des Europäischen Rußlands insgesamt	4 230,5	441,0	—	441,0	115,9	25,8	166,0	307,7	93 442,9	22,1
Kaukasus	411,7	42,9	22,1	20,8	6,5	2,2	2,5	11,2	9 289,4	22,6
Sibirien	10 966,1	1 142,6	639,7	502,9	4,3	3,9	121,0	129,2	5 758,8	0,5
Mittelasien	3 141,6	327,3	157,4	169,9	0,9	1,6	8,0	10,5	7 746,7	2,5
Asiatisches Rußland insgesamt	14 519,4	1 512,8	819,2	693,6	11,7	7,7	131,5	150,9	—	—
Gesamtes Russisches Reich*	18 861,5	1 965,4	819,2	1 146,2	135,0	34,4	300,0	469,4	125 640,0	6,7

* Ohne Finnland

Suche nach freien Ländereien zu Siedlungszwecken auf Grund von Quadratwerstangaben spottet. Vollkommen recht hat er zweifellos auch, wenn er darauf hinweist, wie wenig zu Siedlungszwecken geeigneten Boden es gegenwärtig in den Randgebieten Rußlands gibt, wie falsch die Meinung ist, die Landarmut des russischen Bauern könne durch Umsiedlung behoben werden.*

Doch diese richtigen Ausführungen des liberalen Herrn Kaufman enthalten nichtsdestoweniger einen sehr wesentlichen Fehler. Herr Kaufman argumentiert folgendermaßen: „Bei der gegebenen Auswahl der Umsiedler, bei dem gegebenen Grad ihres Wohlstands und ihrem gegebenen Kulturniveau" (S. 129 des erwähnten Buches) sei zweifellos nicht genügend Land vorhanden, um den Bedarf der russischen Bauern durch Umsiedlung zu befriedigen. Daher, folgert er, das Agrarprogramm der Kadetten verteidigend, ist die Zwangsenteignung privaten Grundbesitzes im Europäischen Rußland notwendig.

Das ist die übliche liberale und liberal-volkstümlerische Argumentation unserer Ökonomen. Sie ist so aufgebaut, daß aus ihr der Schluß folgt: Gäbe es genügend zur Siedlung geeignete Ländereien, so brauchte man die fronherrlichen Latifundien nicht anzutasten! Die ganz und gar auf dem wohlwollenden Beamtenstandpunkt stehenden Herren Kadetten und die Politiker ihres Schlages erheben den Anspruch, über den Klassen zu stehen, sich über den Klassenkampf zu erheben. Nicht deshalb sei es notwendig, die fronherrlichen Latifundien zu liquidieren, weil sie die fronherrliche Ausbeutung von Millionen der eingesessenen Bevölkerung, ihre Knechtung und ein Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte bedeuten, sondern deshalb, weil es heute unmöglich sei, Millionen Bauernfamilien irgendwohin nach Sibirien oder nach Turkestan abzuschieben! Nicht auf den feudalen Klassencharakter der russischen Latifundien wird der Schwerpunkt gelegt, sondern auf die Möglichkeit, die Klassen zu versöhnen, den Bauern zu befriedigen, ohne dem Gutsbesitzer weh zu tun, kurz: auf die Möglichkeit des berüchtigten „sozialen Friedens".

Die Argumentation des Herrn Kaufman und seiner zahllosen Gesin-

* „Die Agrarfrage", herausgegeben von Dolgorukow und Petrunkewitsch, Bd. I, Aufsatz von Herrn Kaufman: „Die Umsiedlung und ihre Rolle im Agrarprogramm"; siehe auch das Buch des gleichen Verfassers: „Umsiedlung und Kolonisation", St. Petersburg 1905.

nungsgenossen unter der russischen Intelligenz muß man umkehren, damit sie richtig wird. *Weil* der russische Bauer von den fronherrlichen Latifundien niedergedrückt ist, *deshalb* ist sowohl die freie Ausbreitung der Bevölkerung auf dem Territorium Rußlands als auch die rationelle wirtschaftliche Nutzung der ausgedehnten Ländereien in den Randgebieten Rußlands unglaublich gehemmt. *Weil* die fronherrlichen Latifundien auf der russischen Bauernschaft schwer lasten und mittels Abarbeit und Schuldknechtschaft die rückständigsten landwirtschaftlichen Methoden verewigen – *deshalb* sind sowohl der technische Fortschritt als auch die geistige Entwicklung der Bauernmassen, die Entwicklung ihrer Selbsttätigkeit, Bildung und Initiative erschwert, die für die wirtschaftliche Nutzung einer ungleich größeren als der heute von uns genutzten Masse der Bodenreserve Rußlands erforderlich sind. Denn fronherrliche Latifundien und Schuldknechtschaft in der Landwirtschaft beinhalten auch einen entsprechenden politischen Überbau: die Herrschaft des Schwarzhunderter-Gutsbesitzers im Staate, die Rechtlosigkeit der Bevölkerung, die Verbreitung der Gurko-Lidvallschen Methoden in der Verwaltung[74] usw. usf. u. a. m.

Daß die fronherrlichen Latifundien im zentralen Landwirtschaftsgebiet Rußlands den unheilvollsten Einfluß auf die ganze soziale Ordnung, auf die ganze soziale Entwicklung, den ganzen Stand der Landwirtschaft und den ganzen Lebensstandard der Bauernmassen haben, ist allgemein bekannt. Ich brauche mich hier nur auf die umfangreiche russische ökonomische Literatur zu berufen, die die Herrschaft von Abarbeit, Schuldknechtschaft, knechtender Pacht, „Winterverdingung" und anderen mittelalterlichen Herrlichkeiten in Zentralrußland nachgewiesen hat.*

Die Aufhebung der Leibeigenschaft schuf solche Zustände, daß die Bevölkerung (wie ich das ausführlich in „Die Entwicklung des Kapitalismus" gezeigt habe) aus diesem Stammsitz der fronherrlichen Nachkömmlinge in alle Himmelsrichtungen *floh*. Sie floh aus dem zentralen Landwirtschaftsgebiet in die Industriegouvernements, in die Hauptstädte, in die südlichen und östlichen Randgebiete des Europäischen Rußlands und bevölkerte bis dahin unbesiedelte Gegenden. In der von mir erwähnten Broschüre bemerkt Herr Mertwago unter anderem sehr richtig, daß die

* Vergleiche „Die Entwicklung des Kapitalismus", Kap. III, vom Übergang von der Fronwirtschaft zur kapitalistischen Wirtschaft und von der Verbreitung des Systems der Abarbeit. (Siehe Werke, Bd. 3, S. 185–249. *Die Red.*)

Vorstellungen darüber, welche Ländereien für die Landwirtschaft ungeeignet seien, sich rasch ändern können.

„Die Taurischen Steppen", schreibt er, „werden wegen ihres Klimas und ihres Wassermangels *immer* zu den ärmsten und zur Bestellung am wenigsten geeigneten Gebieten gehören. Das sagten 1845 so angesehene Naturforscher wie die Akademiemitglieder Baer und Helmersen. Damals produzierte die Bevölkerung des Gouvernements Taurien, die Hälfte der jetzigen, 1,8 Mill. Tschetwert* Getreide insgesamt ... Sechzig Jahre sind seitdem vergangen, und eine doppelt so große Bevölkerung produziert im Jahre 1903 17,6 Mill. Tschetwert, d. h. nahezu das Zehnfache." (S. 24.)

Dies trifft nicht nur für das Taurische Gouvernement zu, sondern auch für eine ganze Reihe von Gouvernements des südlichen und des östlichen Randgebiets des Europäischen Rußlands. Die südlichen Steppengouvernements sowie die Gouvernements des Transwolgagebiets, deren Getreideproduktion in den sechziger und siebziger Jahren hinter derjenigen der Gouvernements des mittleren Schwarzerdegebiets zurückstand, haben in den achtziger Jahren diese Gouvernements *überholt*. („Die Entwicklung des Kapitalismus", S. 186.**) Die Bevölkerung des ganzen Europäischen Rußlands nahm im Zeitraum von 1863 bis 1897 um 53% zu, darunter die ländliche Bevölkerung um 48%, die städtische um 97%, während die Bevölkerungszunahme in den neurussischen Gouvernements, den Gouvernements der unteren Wolgagebiete und des Ostens in der gleichen Zeit 92% betrug, auf dem Lande 87%, in den Städten 134%. (Ebenda, S. 446.***)

„Wir bezweifeln nicht", schreibt Herr Mertwago weiter, „daß auch die gegenwärtige bürokratische Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung unserer Bodenreserven nicht minder unrichtig ist als die von Baer und Helmersen im Jahre 1845 gegebene Bewertung des Taurischen Gouvernements." (Ebenda.)

Das ist richtig. Aber Herr Mertwago sieht nicht die *Ursache* der Fehler Baers, der Fehler aller bürokratischen Bewertungen. Diese Ursache besteht darin, daß man zwar das gegebene Niveau von Technik und Kultur, aber nicht dessen fortschreitende Entwicklung in Betracht zieht. Baer und

* 1 Tschetwert = 2,0991 hl. *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 3, S. 256. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 3, S. 580. *Die Red.*

Helmersen haben die technischen Veränderungen nicht vorausgesehen, die *nach der Aufhebung der Leibeigenschaft* möglich geworden sind. Auch heute kann es keinerlei Zweifel unterliegen, daß der *Beseitigung der fronherrlichen Latifundien im Europäischen Rußland* unausbleiblich ein gewaltiger Aufschwung der Produktivkräfte, eine gewaltige Hebung des Niveaus der Technik und der Kultur *folgen* wird.

Diese Seite der Frage wird irrtümlich von vielen übersehen, die über die Agrarfrage in Rußland urteilen. Voraussetzung für eine breite Nutzung des riesigen Kolonisationsfonds Rußlands ist, daß eine wirklich freie, vom Joch der Leibeigenschaftsverhältnisse völlig befreite Bauernschaft im Europäischen Rußland entsteht. Daß dieser Fonds gegenwärtig zu einem bedeutenden Teil nicht brauchbar ist, erklärt sich nicht so sehr aus den *natürlichen* Besonderheiten der einen oder anderen Landstriche in den Randgebieten als vielmehr aus den *sozialen* Besonderheiten der Wirtschaft im eigentlichen Rußland – Besonderheiten, die die Technik zu Stillstand, die Bevölkerung zu Rechtlosigkeit, Knechtung, Unwissenheit und Hilflosigkeit verurteilen.

Diese äußerst wichtige Seite der Sache wird von Herrn Kaufman übersehen, wenn er erklärt: „Ich sage im voraus: Ich weiß nicht, ob eine Million, drei oder zehn Millionen umgesiedelt werden können." (S. 128 des gen. Werkes.) Er verweist auf die Relativität des Begriffs Unbrauchbarkeit des Bodens: „Salzboden ist nicht nur nicht absolut hoffnungslos, sondern kann bei Anwendung bestimmter technischer Methoden äußerst fruchtbar gemacht werden." (129.) In Turkestan, wo auf 1 Quadratwerst 3,6 Einwohner entfallen, „bleiben unermeßliche Landstriche unbevölkert" (137). „Den Boden vieler ‚Hungersteppen' Turkestans bildet der berühmte mittelasiatische Löß, der bei ausreichender Bewässerung sehr fruchtbar ist ... Es verlohnt sich nicht einmal, die Frage zu stellen, ob es zur Bewässerung geeigneten Boden gibt: es genügt, das Land in beliebiger Richtung zu durchqueren, um die Ruinen zahlreicher, vor Jahrhunderten verlassener Städte und Dörfer zu sehen, die oftmals auf viele Quadratwerst von einem Netz einst funktionierender Bewässerungskanäle und -gräben umgeben sind. Die Gesamtausdehnung der Lößsteppen, die ihrer künstlichen Bewässerung harren, beläuft sich zweifellos auf viele Millionen Desjatinen." (S. 137 des gen. Werkes.)

Diese vielen Millionen Desjatinen sowohl in Turkestan als auch in vie-

len anderen Gegenden Rußlands „harren" nicht nur der Bewässerung und verschiedener anderer Meliorationen, sie „harren" auch der Befreiung der russischen landwirtschaftlichen Bevölkerung von den Überresten der Leibeigenschaft, vom Druck der Latifundien der Adelsherren, von der Diktatur der Schwarzhunderter im Staate.

Vermutungen darüber anzustellen, wieviel „unbrauchbarer" Boden in Rußland brauchbar gemacht werden könnte, ist zwecklos. Man muß sich jedoch klare Rechenschaft abgeben über eine Tatsache, die durch die ganze Wirtschaftsgeschichte Rußlands bewiesen wird und die eine hervorstechende Eigentümlichkeit der russischen bürgerlichen Umwälzung darstellt. Rußland besitzt einen gewaltigen Kolonisationsfonds, der der Bevölkerung und der Agrikultur nicht nur mit jedem Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik überhaupt, sondern auch mit jedem Fortschritt in der Sache der Befreiung der russischen Bauernschaft vom fronherrschaftlichen Joch immer mehr zugänglich sein wird.

Dieser Umstand bildet die ökonomische Grundlage einer bürgerlichen Evolution der russischen Landwirtschaft nach amerikanischem Muster. In den westeuropäischen Staaten, die von unseren Marxisten so häufig zu oberflächlichen, schablonenhaften Vergleichen herangezogen werden, war in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung das gesamte Territorium bereits besetzt. Das Neue, das jeder Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik mit sich brachte, bestand nur darin, daß die Möglichkeit gegeben wurde, neue Arbeit und neues Kapital in den Boden zu stecken. In Rußland vollzieht sich die bürgerlich-demokratische Umwälzung unter Verhältnissen, wo jeder Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik und jeder Schritt zur wirklichen Freiheit der Bevölkerung nicht nur die Möglichkeit schafft, in den alten Boden weitere Arbeit und weiteres Kapital zu stecken, sondern auch „unermeßliche" Flächen benachbarten Neulands zu nutzen.

8. *Zusammenfassung der ökonomischen Schlußfolgerungen aus Kapitel I*

Fassen wir nunmehr die ökonomischen Schlußfolgerungen zusammen, die uns als Einführung für die Überprüfung des Agrarprogramms der Sozialdemokratie dienen sollen.

Wir sahen, daß die fronherrlichen Latifundien den „Kernpunkt" des Agrarkampfes in unserer Revolution bilden. Der Kampf der Bauern um den Boden ist vor allem und zum allergrößten Teil ein Kampf für die Liquidierung dieser Latifundien. Ihre Liquidierung und ihr vollständiger Übergang in die Hände der Bauernschaft liegt zweifellos auf der Linie der kapitalistischen Evolution der russischen Landwirtschaft. Nähme die Evolution einen solchen Weg, so würde das die rascheste Entwicklung der Produktivkräfte, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen für die Masse der Bevölkerung, die rascheste Entwicklung des Kapitalismus bei Umwandlung der freien Bauernschaft in eine Farmerschaft bedeuten. Doch ist auch ein anderer Weg der bürgerlichen Evolution in der Landwirtschaft möglich: Erhaltung der Gutswirtschaften und Latifundien bei langsamem Hinüberwachsen von der auf Fronherrschaft und Schuldknechtschaft beruhenden Wirtschaftsform zur Junkerwirtschaft. Den zwei Typen von Agrarprogrammen, mit denen die verschiedenen Klassen in der russischen Revolution hervorgetreten sind, liegen eben diese beiden Typen der möglichen bürgerlichen Evolution zugrunde. Dabei besteht die Eigentümlichkeit Rußlands und zugleich eine der ökonomischen Grundlagen für die Möglichkeit einer „amerikanischen" Evolution im Vorhandensein eines gewaltigen Kolonialfonds. Dieser Fonds ist in keiner Weise geeignet, die russische Bauernschaft vom fronherrschaftlichen Joch im Europäischen Rußland zu befreien, aber er wird um so größer und zugänglicher werden, je freier die Bauernschaft im eigentlichen Rußland sein wird und je ungehinderter sich die Produktivkräfte entwickeln können.

KAPITEL II

DIE AGRARPROGRAMME DER SDAPR UND IHRE ERPROBUNG DURCH DIE ERSTE REVOLUTION

Gehen wir zur Betrachtung des sozialdemokratischen Agrarprogramms über. Die wichtigsten Momente in der geschichtlichen Entwicklung der Auffassungen der russischen Sozialdemokratie in der Agrarfrage habe ich im Abschnitt I der Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der

Arbeiterpartei" bereits dargelegt.* Etwas ausführlicher müssen wir erläutern, worin der Fehler der früheren Agrarprogramme der russischen Sozialdemokratie, d. h. der Programme von 1885 und 1903, bestand.

1. Worin besteht der Fehler der früheren Agrarprogramme der russischen Sozialdemokraten?

In dem 1885 erschienenen Entwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" wird das Agrarprogramm folgendermaßen dargelegt: „Radikale Revision der Agrarverhältnisse, d. h. der Bedingungen für die Ablösung und die Zuteilung von Land an die Bauerngemeinden. Recht des Verzichts auf den Bodenanteil und des Austritts aus der Dorfgemeinde für diejenigen Bauern, die das für sich als günstig betrachten, usw."

Das ist alles. Der Fehler dieses Programms liegt nicht etwa in falschen Grundsätzen oder falschen Teilforderungen. Nein. Seine Grundsätze sind richtig, und die einzige in ihm erhobene Teilforderung (Recht des Verzichts auf den Bodenanteil) ist so unbestreitbar, daß sie heute sogar durch die eigenartige Stolypinsche Gesetzgebung erfüllt ist. Der Fehler dieses Programms ist sein abstrakter Charakter, es fehlt jegliche konkrete Betrachtung des Gegenstands. Eigentlich ist es kein Programm, sondern nur eine höchst allgemein gehaltene marxistische Deklaration. Selbstverständlich wäre es sinnlos, den Verfassern des Programms, die bestimmte Prinzipien zum erstenmal, lange vor der Entstehung der Arbeiterpartei, dargelegt haben, diesen Mangel zum Vorwurf zu machen. Im Gegenteil, es muß besonders betont werden, daß in diesem Programm zwanzig Jahre vor der russischen Revolution eine „radikale Revision" der Bauernreform für unvermeidlich erklärt wurde.

Die Weiterentwicklung dieses Programms mußte theoretisch in der Klarstellung dessen bestehen, welches die ökonomischen Grundlagen unseres Agrarprogramms sind, worauf sich die Forderung einer *radikalen* Revision zum Unterschied von einer nichtradikalen, reformerischen stützen kann und muß, und schließlich in der konkreten Bestimmung des Inhalts dieser Revision vom Standpunkt des Proletariats (der sich in seinem Wesen vom radikalen Standpunkt schlechthin unterscheidet). Praktisch

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 161–166. *Die Red.*

aber mußte die Weiterentwicklung des Programms die *Erfahrungen* der Bauernbewegung in Rechnung stellen. Ohne die Erfahrungen der Bewegung der Bauernmassen, ja mehr noch: der gesamtnationalen Bauernbewegung, *konnte* das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei *nicht* konkrete Gestalt annehmen, denn die Frage zu entscheiden, inwieweit unsere Bauernschaft sich bereits kapitalistisch zersetzt hat, inwieweit sie einer revolutionär-demokratischen Umwälzung fähig ist, ist auf Grund bloßer theoretischer Erwägungen viel zu schwer, wenn nicht unmöglich.

Im Jahre 1903, als der II. Parteitag unserer Partei das erste Agrarprogramm der SDAPR beschloß, fehlte es auch uns noch an solchen Erfahrungen über Charakter, Umfang und Tiefe der Bauernbewegung. Die südrussischen Bauernaufstände im Frühjahr 1902 blieben ein vereinzelter Ausbruch. Begreiflich ist daher, daß sich die Sozialdemokraten bei der Ausarbeitung des Agrarprogramms zurückhaltend verhielten: es ist ganz und gar nicht Sache des Proletariats, ein solches Programm für die bürgerliche Gesellschaft zu „erfinden"; wieweit sich aber die Bewegung der Bauernschaft gegen die Überreste der Fronherrschaft, eine Bewegung, die die Unterstützung des Proletariats verdient, entwickeln kann, war immer noch unklar.

Das Programm des Jahres 1903 macht den Versuch, den konkreten Inhalt und die Bedingungen jener „Revision" zu bestimmen, von der die Sozialdemokraten 1885 in allgemeiner Form gesprochen hatten. Dieser Versuch fußte – im Hauptpunkt des Programms über die „Bodenabschnitte" – auf einer ungefähren Unterscheidung zwischen dem der fronherrlichen, knechtenden Ausbeutung dienenden Boden („die 1861 vom Land der Bauern abgetrennten Landstücke") und dem kapitalistisch bewirtschafteten Boden. Diese ungefähre Unterscheidung war völlig falsch, denn in der Praxis konnte sich die Bewegung der Bauernmassen nicht gegen besondere Kategorien des gutsherrlichen Bodens richten, sondern nur gegen den gutsherrlichen Grundbesitz überhaupt. Das Programm von 1903 *stellt* die Frage, die 1885 noch nicht gestellt worden war, nämlich die Frage des Kampfes zwischen Bauern- und Gutsbesitzerinteressen im Augenblick jener Revision der Agrarverhältnisse, die von allen Sozialdemokraten als unvermeidlich anerkannt wurde. Doch entscheidet das Programm von 1903 diese Frage falsch, denn statt die konsequent-bäuer-

liche und die konsequent-junkerliche Methode der bürgerlichen Umwälzung einander gegenüberzustellen, konstruiert das Programm künstlich ein Mittelding zwischen beiden. Gewiß muß auch hier in Betracht gezogen werden, daß das Fehlen einer offenen Massenbewegung es damals unmöglich machte, die Frage auf Grund exakter Daten zu entscheiden, nicht aber auf Grund von Phrasen, frommen Wünschen oder kleinbürgerlichen Utopien, wie das die Sozialrevolutionäre taten. Niemand konnte im voraus mit Bestimmtheit sagen, wieweit die Differenzierung der Bauernschaft unter dem Einfluß des teilweisen Übergangs der Gutsbesitzer von der Abarbeit zur Lohnarbeit gediehen war. Niemand konnte feststellen, wie groß die nach der Reform von 1861 entstandene Landarbeiterschicht war und in welchem Maße sich ihre Interessen von denjenigen der verelendeten Bauernmassen geschieden hatten.

Der Hauptfehler des Agrarprogramms von 1903 war jedenfalls, daß eine klare Vorstellung darüber fehlte, worum im Prozeß der bürgerlichen Revolution in Rußland der Agrarkampf gehen kann und gehen muß, welches die *Typen* der kapitalistischen Agrarevolution sind, die im Falle des Sieges der einen oder der anderen gesellschaftlichen Kräfte in diesem Kampf objektiv möglich sind.

2. *Das gegenwärtige Agrarprogramm der SDAPR*

Das auf dem Stockholmer Parteitag beschlossene gegenwärtige Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei bedeutet in einer wichtigen Frage im Vergleich zum vorhergehenden Programm einen beträchtlichen Fortschritt: Durch die Anerkennung der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien* betrat die Sozialdemokratische Partei entschieden den Weg der Anerkennung der *bäuerlichen* Agrarrevolution. Die Worte des Programms: „während die Partei die revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien unterstützt ..." bringen diesen Gedanken mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck. In der Diskussion auf dem Stockholmer Parteitag sprach einer der Refe-

* Im Programmtext (Punkt 4) ist von *privaten* Ländereien, in der dem Programm beigelegten Resolution (2. Teil des Agrarprogramms) von Konfiskation der *Gutsbesitzer*ländereien die Rede.

renten, Plechanow, der gemeinsam mit John[75] diesem Programm zur Annahme verhalf, direkt von der Notwendigkeit, mit der Furcht vor der *„bäuerlichen Agrarrevolution"* Schluß zu machen. (Siehe Referat Plechanows in den „Protokollen" des Stockholmer Parteitags, Moskau 1907, S. 42.)

Diese Anerkennung der Tatsache, daß unsere bürgerliche Revolution in bezug auf die Agrarverhältnisse als *„bäuerliche* Agrarrevolution" zu betrachten ist, hätte, so könnte man glauben, den größten Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie über das Agrarprogramm ein Ende machen müssen. Tatsächlich kam es jedoch zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Sozialdemokraten die Aufteilung der Gutsbesitzerländereien und ihre Überführung in das Eigentum der Bauern, ob sie die Munizipalisierung der Gutsbesitzerländereien oder die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens unterstützen sollen. Wir müssen daher vor allem jenen von den Sozialdemokraten merkwürdig oft vergessenen Leitsatz aufstellen, daß diese Fragen ausschließlich vom Standpunkt der *bäuerlichen* Agrarrevolution in Rußland richtig entschieden werden können. Es handelt sich natürlich nicht darum, daß die Sozialdemokratie auf die selbständige Bestimmung der Interessen des Proletariats als einer besonderen Klasse in dieser Bauernrevolution verzichten soll. Nein. Es kommt vielmehr darauf an, sich über Charakter und Bedeutung gerade der bäuerlichen Agrarrevolution als einer Form der bürgerlichen Revolution überhaupt eine klare Vorstellung zu bilden. Wir können kein besonderes „Projekt" der Reform „erfinden". Wir müssen die objektiven Bedingungen der bäuerlichen Agrarumwälzung in dem sich kapitalistisch entwickelnden Rußland untersuchen, auf Grund dieser objektiven Analyse die irrtümliche Ideologie der einen oder der anderen Klasse vom realen Inhalt der ökonomischen Wandlungen unterscheiden und feststellen, was auf dem Boden dieser realen ökonomischen Wandlungen die Interessen der Entwicklung der Produktivkräfte und die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats erheischen.

Das heutige Agrarprogramm der SDAPR enthält (in besonderer Form) die Anerkennung des gesellschaftlichen Eigentums am konfiszierten Boden (Nationalisierung der Wälder, der Gewässer und des Umsiedlungsfonds, Munizipalisierung des privaten Grundbesitzes) – zumindest bei „siegreicher Entwicklung der Revolution". Für den Fall „ungünstiger

Bedingungen" wird die *Aufteilung* der Gutsbesitzerländereien unter die Bauern als deren Eigentum anerkannt. Auf jeden Fall aber wird das Eigentum der Bauern und der kleinen Landeigentümer überhaupt an ihrem gegenwärtigen Boden anerkannt. Folglich sieht das Programm für das erneuerte bürgerliche Rußland *zweierlei* Formen des Bodenbesitzes vor: privates Grundeigentum und (zumindest bei siegreicher Entwicklung der Revolution) gesellschaftliches Eigentum in der Form von Munizipalisierung und Nationalisierung.

Wie erklärten die Verfasser des Programms dieses Doppelsystem? Vor allem und vornehmlich mit den Interessen und Forderungen der Bauernschaft, mit der Angst, sich der Bauernschaft zu entfremden, die Bauernschaft gegen das Proletariat und gegen die Revolution aufzubringen. Mit einem *solchen* Argument stellten sich die Verfasser und Anhänger des Programms auf den Boden der Anerkennung der *bäuerlichen* Agrarrevolution, auf den Boden der Unterstützung bestimmter Bauernforderungen durch das Proletariat. Und dieses Argument wurde von den einflußreichsten Anhängern des Programms ins Feld geführt, mit dem Gen. John an der Spitze! Um sich davon zu überzeugen, genügt es, einen Blick in die Protokolle des Stockholmer Parteitags zu werfen.

In seinem Referat hat Gen. John dieses Argument offen und mit aller Entschiedenheit vorgebracht. „Sollte die Revolution", so sagte er, „zum Versuch der Nationalisierung des bäuerlichen Anteillands oder der konfiszierten Gutsbesitzerländereien führen, wie es Gen. Lenin vorschlägt, so würde eine solche Maßnahme eine konterrevolutionäre Bewegung nicht nur in den Randgebieten, sondern auch im Zentrum zur Folge haben. Nicht *eine* Vendée[76] würden wir haben, sondern einen allgemeinen Bauernaufstand gegen den Versuch des Staates, sich in die freie Verfügung der Bauern über ihr *eigenes* (hervorgehoben von John) Anteilland einzumischen, gegen den Versuch, es zu nationalisieren." (S. 40 der „Protokolle" des Stockholmer Parteitags.)

Klar genug, nicht wahr? Eine Nationalisierung des *eigenen* Bauernbodens würde zum allgemeinen Bauernaufstand führen! Dies ist der Grund, warum der ursprüngliche Munizipalisierungsentwurf von X., der die Überführung *nicht nur* des privaten Grundbesitzes, sondern „wenn möglich" des gesamten Grund und Bodens in den Besitz der Semstwos vorsah (zitiert in meiner Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms

der Arbeiterpartei"*), durch den Munizipalisierungsentwurf Maslows ersetzt wurde, der den Bauernboden *ausschloß*. In der Tat, wie sollte man dieser nach 1903 entdeckten Tatsache der Unvermeidlichkeit eines Bauernaufstandes gegen die Versuche einer restlosen Nationalisierung nicht Rechnung tragen! Wie sollte man sich da nicht dem Standpunkt eines anderen namhaften Menschewiken, Kostrows[77], anschließen, der in Stockholm ausrief:

„Mit ihm (dem Nationalisierungsprogramm) zu den Bauern gehen, heißt sie von sich abstoßen. Die Bauernbewegung wird über unsere Köpfe hinweg oder gegen uns ihren Lauf nehmen, und wir werden außerhalb der Revolution stehen. Die Nationalisierung nimmt der Sozialdemokratie die Kraft, schneidet sie von der Bauernschaft ab und nimmt somit auch der Revolution die Kraft." (S. 88.)

Überzeugungskraft läßt sich dieser Argumentation nicht absprechen. In der bäuerlichen Agrarrevolution den Versuch machen, gegen den Willen der Bauernschaft ihren *eigenen* Boden zu nationalisieren! Kein Wunder, daß der Stockholmer Parteitag diesen Gedanken verwarf, nachdem er einmal John und Kostrow Glauben geschenkt hatte.

War es aber nicht ein Fehler, daß er ihnen Glauben schenkte?

Angesichts der Wichtigkeit der Frage einer gesamtrussischen Vendée gegen die Nationalisierung kann ein kleiner historischer Rückblick nicht schaden.

3. *Prüfung des Hauptarguments der Munizipalisierungsanhänger durch das Leben*

Die von mir angeführten entschiedenen Erklärungen von John und Kostrow stammen aus dem Monat April 1906, d. h. aus der Zeit unmittelbar vor der ersten Duma. Ich führte den Nachweis (siehe meine Broschüre über die „Revision"**), daß die Bauernschaft für die Nationalisierung ist. Mir wurde darauf entgegnet, die Beschlüsse der Kongresse des „Bauernbundes"[78] seien nicht beweiskräftig, sie seien vom Geist der sozialrevolutionären Ideologen angehaucht, die Bauernmasse würde sich derlei Forderungen niemals anschließen.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 164. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 10, S. 157–189. *Die Red.*

Seitdem ist diese Frage in der ersten und der zweiten Duma dokumentarisch entschieden worden. Vertreter der Bauernschaft aus allen Ecken und Enden Rußlands haben in der ersten und besonders in der II. Duma gesprochen. Nur Publizisten von der „Rossija"[79] oder vom „Nowoje Wremja" könnten leugnen, daß die politischen und ökonomischen Forderungen der *Masse* der Bauernschaft in diesen beiden Dumas zum Ausdruck gekommen sind. Man sollte meinen, der Gedanke der Nationalisierung des Bauernlandes sei jetzt, nach dem selbständigen Auftreten der Bauernabgeordneten vor den anderen Parteien, endgültig begraben? Man sollte meinen, den Anhängern Johns und Kostrows wäre es ein leichtes gewesen, die Bauernabgeordneten in der Duma zu Wehklagen über die Unzulässigkeit der Nationalisierung zu veranlassen? Man sollte meinen, die von Menschewiki geführte Sozialdemokratie hätte nun tatsächlich die Anhänger der Nationalisierung, die eine konterrevolutionäre gesamtrussische Vendée heraufbeschwören, von der Revolution „abschneiden" müssen?

In Wirklichkeit kam es anders. In der ersten Duma waren es Stischinski und Gurko, die sich um den *eigenen* (hervorgehoben von John) Boden der Bauernschaft sorgten. In beiden Dumas verteidigten die extremen Rechten gemeinsam mit den Vertretern der Regierung das Privateigentum am Grund und Boden, wobei sie jede Form gesellschaftlichen Grundeigentums – sowohl Munizipalisierung als auch Nationalisierung und Sozialisierung – gleichermaßen ablehnten. In beiden Dumas sprachen sich die Bauernabgeordneten aus allen Ecken und Enden Rußlands – für die *Nationalisierung* aus.

Gen. Maslow schrieb 1905: „Die Nationalisierung des Bodens kann man gegenwärtig in Rußland nicht als Weg zur Lösung (?) der Agrarfrage betrachten, vor allem deshalb nicht" (man beachte dieses „vor allem"), „weil sie eine hoffnungslose Utopie ist. Die Nationalisierung des Grund und Bodens setzt die Übergabe des *gesamten* Grund und Bodens in die Hände des Staates voraus. Aber werden denn die Bauern, besonders die Bauern mit eigenem Land, damit einverstanden sein, ihren Boden irgend jemandem freiwillig zu übergeben?" (P. Maslow, „Kritik der Agrarprogramme", Moskau 1905, S. 20.)

Somit war 1905 die Nationalisierung „vor allem" deshalb eine hoffnungslose Utopie, weil die Bauern ihr nicht zustimmen würden.

Im März 1907 schrieb derselbe Maslow: „Alle Volkstümlergruppen

(Trudowiki, Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre) sprechen sich für eine Nationalisierung des Bodens in der einen oder anderen Form aus." („Obrasowanije", 1907, Nr. 3, S. 100.)

Da habt ihr die neue Vendée! Da habt ihr den gesamtrussischen Aufstand der Bauern gegen die Nationalisierung!

Doch statt über die lächerliche Lage nachzudenken, in welche die Leute geraten waren, die nach den Erfahrungen zweier Dumas von einer bäuerlichen Vendée gegen die Nationalisierung sprachen und schrieben – statt für seinen 1905 begangenen Fehler eine Erklärung zu suchen, spielte P. Maslow den Hans Weißnichtmehr. Er zog es vor, sowohl die von mir zitierten Worte als auch die Reden auf dem Stockholmer Parteitag zu *vergessen!* Nicht genug damit. Mit der gleichen Leichtigkeit, mit der er 1905 behauptete, *die Bauern würden nicht einverstanden sein,* behauptet er nunmehr das *Gegenteil.* Man höre:

„Die Volkstümler, die die Interessen und Hoffnungen der Kleinbesitzer widerspiegeln" (hört, hört!), „mußten sich für die Nationalisierung aussprechen." („Obrasowanije", ebenda.)

Da hat man ein Muster wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit unserer Munizipalisatoren! Als sie die schwierige Frage *vor* dem politischen Auftreten der gewählten Vertreter der Bauernschaft ganz Rußlands zu entscheiden hatten, da behaupteten sie *unter Berufung* auf die Kleinbesitzer das eine – *nach* diesem Auftreten in beiden Dumas aber erklären sie unter Berufung auf dieselben „Kleinbesitzer" genau das Gegenteil.

Als besonderes Kuriosum ist zu erwähnen, daß Maslow diese Neigung der russischen Bauern zur Nationalisierung nicht mit den besonderen Bedingungen der bäuerlichen Agrarrevolution, sondern mit den *allgemeinen Eigenschaften* des Kleinbesitzers in der kapitalistischen Gesellschaft erklärt. Unglaublich, aber wahr:

„Der Kleinbesitzer", orakelt Maslow, „fürchtet am allermeisten die Konkurrenz und die Herrschaft des Großgrundbesitzers, die Herrschaft des Kapitals ..." Sie werfen alles durcheinander, Herr Maslow! Den *(fronherrlichen)* Großgrundbesitzer und den Kapitalseigentümer nebeneinanderstellen heißt kleinbürgerliche Vorurteile wiederholen. Der Bauer kämpft gerade deshalb so energisch gegen die fronherrlichen Latifundien, weil er im gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt der Vertreter der freien kapitalistischen Evolution der Landwirtschaft ist.

„Außerstande, auf ökonomischer Grundlage gegen das Kapital zu kämpfen, setzt der Kleinbesitzer seine Hoffnungen auf die Regierungsgewalt, die dem Kleinbesitzer gegen den Großgrundbesitzer zu Hilfe kommen soll ... Hat der russische Bauer jahrhundertelang auf den Schutz der Zentralgewalt gegen Grundherren und Beamte gehofft ..., hat in Frankreich Napoleon, gestützt auf die Bauern, die Republik im Keime erwürgt, so konnte er es nur dank den Hoffnungen der Bauernschaft auf die Unterstützung durch die Zentralgewalt." („Obrasowanije", S. 100.)

Wie ausgezeichnet argumentiert doch Peter Maslow! Erstens, selbst wenn der russische Bauer in der gegenwärtigen geschichtlichen Situation die gleichen Eigenschaften an den Tag legen sollte wie der französische Bauer unter Napoleon – was hat die Nationalisierung des Bodens damit zu schaffen? Der französische Bauer war ja unter Napoleon niemals für die Nationalisierung und konnte es auch nicht sein. Ein bißchen konfus das Ganze, Herr Maslow!

Zweitens, was soll hier der Kampf gegen das Kapital? Es handelt sich um einen Vergleich zwischen bäuerlichem Grundbesitz und Nationalisierung des gesamten Bodens, darunter auch desjenigen der Bauern. Der französische Bauer unter Napoleon klammerte sich fanatisch an den Kleinbesitz, denn er sah darin einen Schutzwall gegen das Kapital, der russische aber ... Noch einmal, wo ist hier der Zusammenhang zwischen Anfang und Ende, Verehrtester?

Drittens, wenn Maslow von Hoffnungen auf die Regierungsgewalt spricht, so tut er, als ob die Bauern die Schädlichkeit der Bürokratie, die Bedeutung der Selbstverwaltung nicht verständen, er aber, der fortschrittliche Peter Maslow, er weiß diese zu schätzen. Eine allzu vereinfachte Kritik an den Volkstümlern! Es genügt, den bekannten, in der ersten und in der II. Duma eingebrachten Agrarentwurf der Trudowiki (Entwurf der 104) zu betrachten, damit man den ganzen Schwindel der Argumentation (oder Anspielung?) Maslows erkennt. *Im Gegenteil*, die Tatsachen zeugen davon, daß der Entwurf der Trudowiki die Prinzipien der Selbstverwaltung und die Gegnerschaft gegen die bürokratische Lösung der Bodenfrage *schärfer* zum Ausdruck bringt als das nach Maslow verfaßte sozialdemokratische Programm! Unser Programm spricht nämlich nur von „auf demokratischer Grundlage" gewählten örtlichen Selbstverwaltungsorganen, während im Entwurf der Trudowiki (§ 16) klipp und klar von

örtlichen Selbstverwaltungsorganen die Rede ist, die „aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen" hervorgegangen sind. Nicht genug damit. Der gleiche Entwurf sieht die bekanntlich von den Sozialdemokraten unterstützten örtlichen Bodenkomitees vor, die in gleicher Weise gewählt werden sollen und die Aufgabe haben (§§ 17–20), die Erörterung der Bodenreform zu organisieren und letztere vorzubereiten. Die bürokratische Methode der Durchführung der Agrarreform wurde von den *Kadetten*, nicht von den Trudowiki verteidigt, von den liberalen Bourgeois, nicht von den Bauern. Wozu hatte es Maslow nötig, diese allgemein bekannten Tatsachen zu entstellen?

Viertens. In seiner wunderbaren „Erläuterung", weshalb die Kleinbesitzer „sich für die Nationalisierung aussprechen mußten", betont Maslow die Hoffnung des Bauern auf Schutz durch die *Zentral*gewalt. Dies ist ein Unterscheidungspunkt zwischen Munizipalisierung und Nationalisierung: hier örtliche Organe, dort die Zentralgewalt. Das ist eine Lieblingsidee von Maslow, auf deren eigentliche ökonomische und politische Bedeutung wir noch ausführlich zu sprechen kommen werden. Hier weisen wir nur darauf hin, daß Maslow der Frage *aus dem Wege zu gehen sucht*, die ihm von der Geschichte unserer Revolution gestellt ist, nämlich der Frage, warum die Bauern die Nationalisierung *ihres eigenen* Grund und Bodens *nicht scheuen*. Hier liegt der Kern der Frage!

Doch das ist noch nicht alles. Besonders pikant in diesem Maslowschen Versuch, die klassenmäßigen Wurzeln der von den Trudowiki vertretenen Nationalisierung zum Unterschied von der Munizipalisierung zu erklären, ist der folgende Umstand: Maslow *verheimlicht dem Leser*, daß die Frage der unmittelbaren Verfügung über den Boden von den Volkstümlern *ebenfalls zugunsten der lokalen Selbstverwaltungen* entschieden worden ist! Die Erörterungen Maslows über die „Hoffnungen" des Bauern auf die *Zentral*gewalt sind nichts anderes als Intellektuellenklatsch über den Bauern. Man lese den Paragraph 16 des Agrarentwurfs, den die Trudowiki in beiden Dumas eingebracht haben. Er lautet:

„Die Verwaltung des dem ganzen Volk gehörenden Bodenfonds ist den örtlichen Selbstverwaltungen zu übergeben, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen sind und in den gesetzlich festgelegten Grenzen selbständig wirken."

Man vergleiche damit die entsprechende Forderung unseres Programms:

„. . . fordert die SDAPR: . . . 4. Konfiskation der privaten Ländereien, mit Ausnahme des kleinen Grundbesitzes, und ihre Übergabe in die Verfügung großer auf demokratischer Grundlage gewählter örtlicher Selbstverwaltungsorgane" („die städtische und ländliche Kreise vereinigen" – Punkt 3).

Was ist hier der Unterschied vom Standpunkt der Rechte der zentralen und der örtlichen Gewalt? Wodurch unterscheiden sich „Verwaltung" und „Verfügung"?

Weshalb mußte Maslow bei der Erörterung der Stellung der Trudowiki zur Nationalisierung vor den Lesern – vielleicht auch vor sich selbst? – den Inhalt dieses Paragraphen 16 verheimlichen? Deshalb, weil er seine ganze unsinnige „Munizipalisierung" *restlos* zerschlägt.

Man sehe sich die Argumente Maslows zugunsten dieser Munizipalisierung vor dem Stockholmer Parteitag an, man lese die Protokolle dieses Parteitags – man wird dort eine Unmenge von Berufungen auf die Unzulässigkeit der Unterdrückung von Nationalitäten und Randgebieten, der Außerachtlassung der Verschiedenheit lokaler Interessen usw. usf. finden. Bereits vor dem Stockholmer Parteitag habe ich Maslow darauf aufmerksam gemacht (siehe „Die Revision", S. 18*), daß *alle* derartigen Argumente „ein einziges Mißverständnis" sind, denn unser Programm – sagte ich – enthält bereits die Anerkennung sowohl des Rechts der Nationalitäten auf Selbstbestimmung als auch einer *umfassenden* lokalen *wie regionalen* Selbstverwaltung. Folglich braucht man von *dieser* Seite her keine weiteren „Sicherungen" gegen übermäßige Zentralisation, Bürokratisierung und Reglementierung zu erfinden und darf es nicht tun, denn entweder wäre das inhaltslos, oder es könnte in antiproletarischem, föderalistischem Sinne ausgelegt werden.

Die Trudowiki haben den Verfechtern der Munizipalisierung bewiesen, daß ich recht hatte.

Maslow muß jetzt zugeben, daß *alle* Gruppen, die den Standpunkt und die Interessen der Bauernschaft zum Ausdruck bringen, sich für die Nationalisierung ausgesprochen haben *in einer Form*, die die Rechte und Vollmachten der örtlichen Selbstverwaltungen nicht weniger wahrt als Maslow! Das Gesetz über die Grenzen der Rechte der örtlichen Selbstverwaltungen muß vom zentralen Parlament beschlossen werden – Mas-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 175. *Die Red.*

low sagt das nicht, aber keine Vogel-Strauß-Politik wird hier helfen, denn eine andere Verfahrensweise kann man sich gar nicht denken.

Die Worte „Übergabe in die *Verfügung*" verursachen die größte Konfusion. Niemand weiß, wer eigentlich *Eigentümer** der konfiszierten Gutsbesitzerländereien ist! Da dies niemand weiß, kann als Eigentümer *nur* der Staat auftreten. Worin nun die „Verfügung" besteht, welches ihre Grenzen sind, ihre Formen und Bedingungen – das kann wiederum nur das *Zentral*parlament festsetzen. Das versteht sich eigentlich von selbst, aber das Programm unserer Partei hebt außerdem noch ausdrücklich die „Wälder von staatlicher Bedeutung" und den „Umsiedlungsfonds" hervor. Es ist klar, daß nur die zentrale Staatsgewalt aus der allgemeinen Masse der Wälder die Wälder „von staatlicher Bedeutung" und aus der allgemeinen Bodenmasse den „Umsiedlungsfonds" *bestimmen* kann.

Kurzum, das Maslowsche Programm, das nunmehr in besonders verzerrter Gestalt zum Programm unserer Partei geworden ist, ist im Vergleich zum Programm der Trudowiki *völlig sinnlos*. Kein Wunder, daß Maslow genötigt war, in der Frage der Nationalisierung sogar den napoleonischen Bauern heranzuziehen, nur um der Öffentlichkeit zu verhehlen, in welch unsinnige Situation wir uns durch die konfuse „Munizipalisierung" gegenüber den Vertretern der bürgerlichen Demokratie gebracht haben!

Der einzige durchaus reale und unbedingte Unterschied liegt in der Stellung zum Anteilland der Bauern. Dieses Land wurde von Maslow nur deshalb gesondert behandelt, weil er eine „Vendée" fürchtete. Es erwies sich aber, daß die in die I. und II. Duma entsandten Bauernabgeordneten die Ängste der sozialdemokratischen Nachtrabpolitiker einfach verlachten, indem sie sich für die Nationalisierung ihres *eigenen* Landes aussprachen!

Die Munizipalisatoren müssen jetzt *gegen* die Trudowikibauern zu Felde ziehen und ihnen *nachweisen*, daß sie ihr Land nicht nationalisieren sollen. Die Ironie der Geschichte hat die Argumente der Maslow, John, Kostrow und Co. gegen sie selber gekehrt.

* Die Menschewiki haben auf dem Stockholmer Parteitag einen Antrag, der die Worte „in die Verfügung" durch die Worte „in das Eigentum" ersetzt haben wollte, *abgelehnt* (S. 152 der Protokolle). Nur in der *taktischen Resolution* heißt es: „in den Besitz", bei „siegreicher Entwicklung der Revolution", die überhaupt nicht genauer definiert wird.

4. Das Agrarprogramm der Bauernschaft

Versuchen wir, in der Frage Klarheit zu gewinnen, vor der P. Maslow sich so hilflos abstrampelte (warum nämlich alle politischen Gruppen, die die Interessen und Hoffnungen der Kleinbesitzer zum Ausdruck bringen, sich für die Nationalisierung aussprechen mußten).

Untersuchen wir vor allem, wieweit der Agrarentwurf der 104, d. h. der Trudowiki in der ersten und zweiten Duma, die Forderungen der Bauernschaft ganz Rußlands tatsächlich zum Ausdruck bringt. Davon zeugen die Zusammensetzung der Vertretung in beiden Dumas sowie der Charakter des politischen Kampfes, der auf der „parlamentarischen" Bühne zwischen den Interessenvertretern der verschiedenen Klassen in der Agrarfrage entbrannte. Der Gedanke des Eigentums am Grund und Boden überhaupt und des Eigentums des Bauern im besonderen war in der Duma nicht nur in keiner Weise in den Hintergrund gedrängt, sondern wurde umgekehrt von bestimmten Parteien stets in den Vordergrund geschoben. Die Regierung in Gestalt der Herren Stischinski, Gurko, sämtlicher Minister und der ganzen Staatspresse verfocht diesen Gedanken, wobei sie sich speziell an die Bauernabgeordneten wandte. Auch die rechten politischen Parteien, angefangen mit dem „berühmten" Swjatopolk-Mirski in der II. Duma, predigten den Bauern immer wieder die Vorteile des bäuerlichen Eigentums am Grund und Boden. Die faktische Verteilung der Kräfte in dieser Frage trat auf Grund so umfangreichen Materials zutage, daß ihre Richtigkeit (vom Standpunkt der Klasseninteressen) nicht angezweifelt werden kann. Als die Liberalen das revolutionäre Volk für eine Macht hielten und mit ihm liebäugelten, wurde die Kadettenpartei in der I. Duma auch vom allgemeinen Strom in Richtung der Nationalisierung des Bodens mitgerissen. Bekanntlich enthält der Agrarentwurf der Kadetten in der ersten Duma einen Punkt über eine „staatliche Bodenreserve", der alle zu enteignenden Ländereien zwecks Verteilung zu langfristiger Nutzung überwiesen werden. Natürlich haben die Kadetten in der I. Duma diese Forderung nicht aus irgendeinem Prinzip heraus aufgestellt – es wäre lächerlich, von einer prinzipiellen Einstellung der Kadettenpartei zu sprechen –, nein, diese Forderung trat bei den Liberalen als schwacher Widerhall der Forderungen der Bauernmassen auf den Plan. Bereits in der ersten Duma begannen sich die Bauernabgeordneten so-

gleich zu einer besonderen politischen Gruppe zusammenzuschließen, und der Agrarentwurf der „104" ward zur wichtigsten und grundlegenden Plattform der als bewußte soziale Kraft auftretenden Bauernschaft ganz Rußlands. Die Reden der Bauernabgeordneten in der I. und II. Duma, die Artikel der „Trudowiki"presse („Iswestija Krestjanskich Deputatow", „Trudowaja Rossija") haben gezeigt, daß der Entwurf der 104 die Interessen und Hoffnungen der Bauern zutreffend zum Ausdruck bringt. Daher erscheint es geboten, sich mit diesem Entwurf etwas eingehender zu beschäftigen.

Übrigens ist es von Interesse, die Zusammensetzung der Abgeordneten zu betrachten, die ihn unterschrieben haben. In der I. Duma sind es 70 Trudowiki, 17 Parteilose, 8 Bauern, die über ihre politische Einstellung keine näheren Angaben gemacht haben, 5 Kadetten*, 3 Sozialdemokraten** und ein litauischer Autonomist. In der II. Duma stehen unter dem Entwurf der „104" 99 Unterschriften; rechnet man Wiederholungen ab, so bleiben 91; davon 79 Trudowiki, 4 Volkssozialisten, 2 Sozialrevolutionäre, 2 Mitglieder der Kosakengruppe, 2 Parteilose, ein links von den Kadetten stehender Abgeordneter (Peterson) und ein Kadett (der Bauer Odnokosow). Es überwiegt die Bauernschaft (mindestens 54 von den 91 Unterschriften in der II. Duma, mindestens 52 von 104 in der I.). Interessant ist dabei, daß auch die *besonderen* Erwartungen P. Maslows in bezug auf die Bauern mit eigenem Land (s. Zitat oben***), die der Nationalisierung nicht zustimmen können, von den Bauernvertretern in beiden Dumas völlig widerlegt worden sind. Im Gouvernement Podolien sind z. B. fast sämtliche Bauern Bauern *mit eigenem Land* (1905 – 457 134, und nur 1630 gehören zur Dorfgemeinde). Und doch haben in der I. Duma 13 podolische Abgeordnete (meist Ackerbauern) und in der zweiten Duma 10 den Entwurf der „104" unterzeichnet! Aus anderen Gouvernements mit privatem Grundbesitz erwähnen wir die Gouvernements Wilna, Kowno, Kiew, Poltawa, Bessarabien und Wolhynien, deren Abgeordnete ebenfalls den Entwurf der 104 unterzeichnet haben. Der Unter-

* Gawr. Subtschenko, T. Wolkow, M. Gerassimow – alle drei Bauern; ferner S. Loshkin, Arzt, und Afanasjew, Geistlicher.

** Antonow, Arbeiter aus dem Gouv. Perm; Jerschow, Arbeiter aus dem Gouv. Kasan; W. Tschurjukow, Arbeiter aus dem Gouv. Moskau.

*** Siehe den vorliegenden Band, S. 259. *Die Red.*

schied zwischen Dorfgemeindebauern und Bauern mit eigenem Land in der Frage der Nationalisierung des Grund und Bodens kann nur Anhängern der Volkstümlervorurteile bedeutsam und wesentlich erscheinen – und diese Vorurteile wurden, nebenbei gesagt, schon durch das erste Auftreten der Bauernabgeordneten ganz Rußlands mit einem Agrarprogramm aufs stärkste erschüttert. In Wirklichkeit basiert die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens durchaus nicht auf einer besonderen Form des Grundbesitzes, nicht auf den „Gemeinschaftsgewohnheiten und -instinkten" der Bauern, sondern auf den allgemeinen Verhältnissen des ganzen von den fronherrlichen Latifundien niedergedrückten kleinbäuerlichen Grundbesitzes (sowohl der Dorfgemeinde als auch des Bauern mit eigenem Land).

Unter den Abgeordneten der I. und II. Duma, die den Nationalisierungsentwurf der 104 unterzeichnet haben, sehen wir Vertreter aller Gegenden Rußlands – nicht nur des zentralen Landwirtschaftsgebietes und der nicht zum Schwarzerdegebiet gehörenden Industriegouvernements, nicht nur der nördlichen (Gouv. Archangelsk und Wologda in der II. Duma), der östlichen und südlichen Randgebiete (Gouvernements und Gebiete Astrachan, Bessarabien, Dongebiet, Jekaterinoslaw, Kuban, Taurien, Stawropol), sondern auch der kleinrussischen, der südwestlichen und nordwestlichen Gouvernements sowie Polens (Gouv. Suwalki) und Sibiriens (Gouv. Tobolsk). Offenbar macht sich der Druck der fronherrlichen Großgrundbesitzer auf den Kleinbauern, der im rein russischen zentralen Landwirtschaftsgebiet am stärksten und unmittelbarsten zum Ausdruck kommt, in ganz Rußland geltend und führt überall dazu, daß die Kleinbauern den Kampf für die Nationalisierung des Bodens unterstützen.

Diesem Kampf haften unverkennbare Züge von kleinbürgerlichem Individualismus an. In diesem Zusammenhang ist eine Tatsache besonders hervorzuheben, die in unserer sozialistischen Presse allzu häufig ignoriert wird: daß nämlich der „Sozialismus" der Sozialrevolutionäre schon beim ersten Auftreten der Bauern in der offenen gesamtrussischen politischen Arena mit einem selbständigen Agrarprogramm die schwerste Niederlage erlitten hat. Für den sozialrevolutionären Entwurf zur Sozialisierung des Bodens (Entwurf der „33" in der I. Duma) sprach sich nur eine *Minderheit* der fortschrittlichen Bauernabgeordneten aus. Die übergroße *Mehrheit* stellte sich hinter die 104, hinter den Entwurf der *Volkssozialisten*,

deren Programm von den Sozialrevolutionären selbst als *individualistisch* bezeichnet wird.

In dem sozialrevolutionären „Sammelband" (Verlag „Nascha Mysl", St. Petersburg 1907, Nr. 1) finden wir zum Beispiel einen Aufsatz von Herrn P. Wichljajew: „Die Volkssozialistische Partei und die Agrarfrage". Der Verfasser kritisiert den Volkssozialisten Peschechonow und führt selber dessen Worte an, wonach „der Entwurf der 104 unseren (den volkssozialistischen) Standpunkt hinsichtlich der Art und Weise widerspiegelt, wie man vom Boden Besitz ergreifen kann" (S. 81 des genannten „Sammelbandes"). Die Sozialrevolutionäre erklären geradeheraus, der Entwurf der 104 „gelangt zur Negierung des Grundprinzips der gemeindlichen Bodennutzung" – *„in gleicher Weise"* (sic!) wie die Agrargesetzgebung Stolypins, wie das Gesetz vom 9. November 1906 (ebenda, S. 86; wir werden weiter zeigen, wie die Sozialrevolutionäre durch ihre Vorurteile daran gehindert wurden, den realen ökonomischen Unterschied der beiden Wege: des Stolypinschen und des von den Trudowiki vertretenen, zu erkennen). Die Sozialrevolutionäre erblicken in den programmatischen Auffassungen Peschechonows „Erscheinungsformen eines eigennützigen Individualismus" (S. 89), eine „Verunreinigung des breiten ideellen Stromes durch individualistischen Schlamm" (S. 91), eine „Begünstigung individualistischer und egoistischer Strömungen in den Volksmassen" (ebenda, S. 93).

Das trifft alles zu. Vergebens aber hoffen die Sozialrevolutionäre, durch „starke" Worte die Tatsache vertuschen zu können, daß der Kern der Frage gar nicht im Opportunismus der Peschechonow und Co., sondern im Individualismus des *Kleinbauern* zu suchen ist; nicht in der Verunreinigung des ideellen sozialrevolutionären Stroms durch die Peschechonow und Co., sondern in der Tatsache, daß *die Mehrheit der fortschrittlichen Bauernabgeordneten* den wahren ökonomischen Inhalt der Volkstümlerrichtung, die wahren Bestrebungen der kleinen Landwirte erkannt hat. Das Fiasko, das die sozialrevolutionäre Politik erlitt, als sie vor einer breiten, wirklich gesamtrussischen Vertretung der Bauernmassen zur Diskussion stand – das ist es, was uns die Agrarentwürfe der 104 in der I. und II. Duma gezeigt haben.*

* Aus den stenografischen Berichten der zweiten Duma geht hervor, daß der Sozialrevolutionär Muschenko einen von 105 Abgeordneten unterzeichneten

Während sich die Trudowiki in ihrem Entwurf für die Nationalisierung des Grund und Bodens aussprechen, offenbaren sie zugleich mit aller Klarheit die „egoistischen und individualistischen" Bestrebungen der Kleinbauern. Sie lassen das Anteilland und den kleinen privaten Grundbesitz in den Händen ihrer heutigen Besitzer (§ 3 des Agrarentwurfs der 104) und verlangen lediglich gesetzgeberische Maßnahmen, die „ihren allmählichen Übergang in allgemeines Volkseigentum" gewährleisten. In die Sprache der tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse übersetzt, bedeutet dies: Wir gehen von den Interessen der wirklichen *Besitzer*, der tatsächlichen und nicht nur nominellen Landwirte aus, wir wollen aber, daß ihre wirtschaftliche Betätigung sich völlig frei auf nationalisiertem* Boden entfalten soll. Paragraph 9 des Entwurfs, der besagt: „... in der Reihen-

---

Agrarentwurf vorgelegt hat. Leider gelang es mir nicht, diesen Entwurf zu bekommen. An Dumamaterial stand mir nur der auch in der zweiten Duma eingebrachte Trudowiki-Entwurf der 104 zur Verfügung. Der sozialrevolutionäre Entwurf der 105 zeigt folglich angesichts des Vorhandenseins dieser beiden Trudowiki-Entwürfe (I. und II. Duma) bestenfalls nur das Schwanken mancher Bauern zwischen Volkssozialisten und Sozialrevolutionären, widerlegt aber nicht das von mir im Text Gesagte.

* Nebenbei. A. Finn-Jenotajewski, der den Ernst und die Bewußtheit der Nationalisierungsbestrebungen des Bauernbundes und der Bauernschaft überhaupt bestritt, zitierte die Aussage Herrn W. Gromans, die Delegierten der Bauernkongresse „dächten an keine Zahlung für den Boden" und könnten sich überhaupt nicht vorstellen, daß die Differentialrente dem Kollektiv als Ganzem zufallen solle („Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie", A. Finn, S. 69). Die Paragraphen 7 und 14 des Entwurfs der 104 zeigen, daß diese Auffassung *irrig* ist. In diesen Paragraphen sind von den Trudowiki sowohl Zahlung für den Boden (mit dem Umfang des Anteils steigende Bodensteuer) als auch Übergang der Differentialrente an den Staat vorgesehen („Beschränkung des Rechts auf Wertzuwachs" des Bodens, „insofern dieser nicht von den Besitzern, von ihrer Arbeit und ihrem *Kapital* – NB! Die Trudowiki sind nicht gegen das Kapital! –, sondern von den gesellschaftlichen Bedingungen abhängt"). Zwar heißt es über städtischen und anderen Grund und Boden im Paragraph 7: „Bis zu dem Zeitpunkt, wo dieser Besitz allgemeines Volkseigentum wird", müssen die Rechte der Besitzer usw. beschränkt werden. Das ist aber wohl ein Lapsus, sonst würde das heißen, die Trudowiki entziehen die Rente den Eigentümern, geben sie aber den Besitzern, den Pächtern des dem gesamten Volke gehörenden Bodens wieder zurück!

folge hat die ortsansässige Bevölkerung den Vorrang vor Zugezogenen sowie die landwirtschaftliche vor der nichtlandwirtschaftlichen", zeigt erneut, daß die Trudowiki die Interessen der kleinen Landwirte in den Vordergrund stellen. „Gleiches Recht auf Boden" ist nur eine Phrase; staatliche Darlehen und Subventionen an „Personen, die keine genügenden Mittel besitzen, um alles für die Wirtschaftsführung Notwendige zu beschaffen" (§ 15 des Agrarentwurfes der 104) – das ist nichts als ein frommer Wunsch. In Wirklichkeit gewinnen unausbleiblich und unvermeidlich jene, die heute schon wirtschaftlich starke Bauern *werden können*, die heute schon aus geknechteten Bauern zu freien und wohlhabenden Landwirten werden können. Natürlich erfordern es die Interessen des Proletariats, solche Maßnahmen zu unterstützen, die dazu beitragen, in größtmöglichem Maße die Landwirtschaft Rußlands aus den Händen der fronherrlichen Gutsbesitzer und der geknechteten, durch Unwissenheit, Not und überlebte Arbeitsmethoden niedergedrückten Bauern in die Hände von Farmern zu überführen. Und der Entwurf der „104" ist nichts anderes als eine Plattform des Kampfes für die Umwandlung des vermögenden Teils der geknechteten Bauernschaft in ein freies Farmertum.

5. *Mittelalterlicher Grundbesitz und bürgerliche Revolution*

Nunmehr fragt es sich: Gibt es unter den ökonomischen Bedingungen der russischen bürgerlich-demokratischen Agrarumwälzung materielle Gründe, die die Kleineigentümer dazu bewegen, die Nationalisierung des Bodens zu verlangen, oder ist diese Forderung auch nur eine Phrase, nur ein frommer Wunsch des schlichten Bäuerleins, ein leerer Wahn des patriarchalischen Landwirts?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zunächst die Bedingungen einer jeden bürgerlich-demokratischen Umwälzung in der Landwirtschaft konkreter vorstellen und sodann diesen Bedingungen jene *beiden Wege* der kapitalistischen Agrarevolution gegenüberstellen, die, wie wir oben dargelegt haben, für Rußland möglich sind.

Über die Bedingungen der bürgerlichen Umwälzung in der Landwirtschaft vom Standpunkt der Grundbesitzverhältnisse äußert sich sehr an-

schaulich Marx im letzten Band der „Theorien über den Mehrwert" (II. Band, 2. Teil, Stuttgart 1905*).

Nach einer Analyse der Auffassungen von Rodbertus, nachdem er die ganze Beschränktheit der Theorie dieses pommerschen Landjunkers gezeigt und detailliert jede einzelne Äußerung seines Blödsinns (II, 1. Teil, S. 256–258, erster Blödsinn – sechster Blödsinn des Herrn Rodbertus**) aufgezählt hat, geht Marx zur Rententheorie Ricardos über (II, 2. Teil, § 3b, „Die historischen Bedingungen der Ricardoschen Theorie")[80].

„Beide aber", so sagt Marx über Ricardo und Anderson – „gehen von der auf dem Kontinent so wunderlich scheinenden Ansicht aus, daß 1. kein Grundeigentum als Fessel für die beliebige Kapitalanlage auf Grund und Boden existiere; 2. daß vom besseren zum schlechteren Boden fortgegangen wird. Bei Ricardo ist dieses – die Unterbrechungen durch Reaktion der Wissenschaft und Industrie abgerechnet, absolut; bei Anderson wird der schlechtere Boden wieder in besseren verwandelt – relativ; 3. daß immer das Kapital vorhanden ist, die gehörige Kapitalmasse, um auf die Agrikultur angewandt zu werden.

Was nun 1 und 2 angeht, so muß das den Kontinentalen sehr sonderbar erscheinen, daß in dem Land, wo in ihrer Vorstellung das feudale Grundeigentum sich am stärksten erhalten hat, die Ökonomen von der Vorstellung ausgehen, daß kein Grundeigentum existiert, Anderson sowohl wie Ricardo. Es erklärt sich dieses

erstens: aus der Eigentümlichkeit des englischen ‚law of enclosures'" (Gesetzes über Einhegung, d. h. über Einhegung des Gemeindelandes), „das durchaus keine Analogie hat mit den kontinentalen Gemeinheitsteilungen;

zweitens: Nirgendwo in der Welt hat die kapitalistische Produktion, seit Heinrich VII., so rücksichtslos mit den *traditionellen* Verhältnissen des Ackerbaus geschaltet und sich ihre Bedingungen so adäquat (ideal entsprechend) gemacht und unterworfen. England ist in dieser Hinsicht das revolutionärste Land der Welt. Alle historisch überlieferten Verhältnisse, nicht nur die Lage der Dorfschaften, sondern die Dorfschaften selbst, nicht nur die Wohnsitze der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern diese Bevölkerung selbst, nicht nur die ursprünglichen Zentren der Be-

* Titel bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

wirtschaftung, sondern diese Bewirtschaftung selbst, sind rücksichtslos weggefegt worden, wo sie den Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf dem Lande widersprachen oder nicht entsprachen. Der Deutsche zum Beispiel findet die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt durch die traditionellen Verhältnisse von Feldmarken, Lage der Wirtschaftszentren, bestimmte Konglomerationen der Bevölkerung. Der Engländer findet die historischen Bedingungen der Agrikultur vom Kapital seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts progressiv *geschaffen* vor. Der in dem Vereinigten Königreich gebräuchliche technische Ausdruck des ‚clearing of estates' (wörtliche Übersetzung: Lichten der Güter, Bereinigung des Grund und Bodens) findet sich auf keinem kontinentalen Land. Was heißt aber dieses ‚clearing of estates'? Daß ohne alle Rücksicht auf ansässige Bevölkerung, die weggejagt wird, existierende Dorfschaften, die rasiert, Wirtschaftsgebäude, die niedergerissen, Spezies der Landwirtschaft, die auf einen Schlag umgewandelt, zum Beispiel aus Ackerbau in Viehweide verwandelt wird, alle Produktionsbedingungen nicht akzeptiert werden, wie sie traditionell sind, sondern historisch so *gemacht* werden, wie sie unter den Umständen für die vorteilhafteste Anlage des Kapitals sein müssen. Insofern existiert also *kein Grundeigentum*; es läßt das Kapital – den Pächter – frei wirtschaften, da es ihm bloß um das Geldeinkommen zu tun ist. Ein pommerscher Gutsbesitzer, mit seinen angestammten Feldflurmarken, Wirtschaftszentren und dem Landwirtschaftskollegium usw. im Kopfe, mag daher die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen über die ‚unhistorische' Ansicht, die Ricardo von der Entwicklung der Ackerbauverhältnisse hat. Er zeigt damit nur, daß er pommersche und englische Verhältnisse naiv verwechselt. Es kann aber nicht gesagt werden, daß Ricardo, der hier von englischen Verhältnissen ausgeht, ebenso borniert sei als der pommersche Gutsbesitzer, der innerhalb pommerscher Verhältnisse denkt. Die englischen Verhältnisse sind die einzigen, worin sich das moderne Grundeigentum, das heißt das durch die kapitalistische Produktion *modifizierte* Grundeigentum adäquat (mit idealer Vollkommenheit) entwickelt hat. Die englische Anschauung ist hier für die moderne, die kapitalistische Produktionsweise die klassische. Die pommersche dagegen beurteilt die entwickelten Verhältnisse nach einer historisch niedrigeren, noch nicht adäquaten Form." (Seiten 5–7.)

Das sind bemerkenswert inhaltsreiche Ausführungen von Marx. Haben unsere „Munizipalisten" jemals darüber nachgedacht?

Bereits im III. Band des „Kapitals" (2. Teil, S. 156)[81] wies Marx darauf hin, daß jene Form des Grundeigentums, die die kapitalistische Produktionsweise zu Beginn ihrer geschichtlichen Entwicklung vorfindet, dem Kapitalismus *nicht entspricht*. Der Kapitalismus *schafft sich selber* aus den alten Formen der Agrarbeziehungen – aus dem feudalen Grundeigentum, dem bäuerlichen Gemeinbesitz, aus dem Claneigentum usw. – die ihm entsprechenden neuen Formen. An dieser Stelle vergleicht Marx die *verschiedenen Methoden*, mit denen das Kapital die ihm entsprechenden Grundbesitzformen schafft. In Deutschland verlief die Umbildung der mittelalterlichen Grundbesitzformen sozusagen reformerisch, wobei sie sich der Routine, der Tradition, den feudalen Gütern anpaßte, die sich langsam zu junkerlichen Wirtschaften entwickelten; sie paßte sich auch den traditionellen Parzellen der bärenhäuterischen Bauern an*, die den schweren Übergang von der Fron zum Knecht und zum Großbauern durchmachen. In England verlief diese Umbildung auf revolutionärem, gewaltsamem Wege, doch die Gewalt wurde zum Vorteil der Gutsbesitzer angewandt, sie traf die Bauernmassen, die durch Steuereintreibungen ausgepreßt, von ihrer Scholle, aus ihren Dörfern vertrieben wurden, ausstarben, auswanderten. In Amerika geschah diese Umbildung, was die Sklavenhalterwirtschaften der Südstaaten betrifft, auf gewaltsamem Wege. Hier wurde gegen die fronherrlichen Gutsbesitzer Gewalt angewandt. Ihr Grund und Boden wurde aufgeteilt, der Grundbesitz, bisher feudaler Großbesitz, wurde bürgerlicher Kleinbesitz. Was aber die Masse „freien" amerikanischen Bodens betrifft, so war es die „amerikanische schwarze Umteilung", die Anti-Rent-Bewegung der vierziger Jahre, die Gesetzgebung über die Homesteads[83] usw., die diese Aufgabe der Schaffung neuer Bodenverhältnisse für die neue Produktionsweise (d. h. für den Kapitalismus) übernahm. Als der deutsche Kommunist Hermann Kriege 1846 für Amerika eine ausgleichende Umteilung des Bodens propagierte, verhöhnte Marx die sozialrevolutionären Vorurteile und die Spießertheorie dieses Quasisozialismus, *würdigte* jedoch die geschichtliche

* Vergleiche „Theorien über den Mehrwert", II. Band, 1. Teil, Seite 280: Eine Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft ist das „Ersetzen des bärenhäuterischen Bauern durch den Geschäftsmann".[82]

Bedeutung der amerikanischen Bewegung *gegen das Grundeigentum** als eine Bewegung, die in fortschrittlicher Weise die Interessen der Entwicklung der Produktivkräfte, die Interessen des Kapitalismus, in Amerika zum Ausdruck brachte.

6. Warum mußten sich die Kleinbesitzer in Rußland für die Nationalisierung aussprechen?

Man betrachte vom dargelegten Standpunkt aus die Agrarevolution in Rußland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Was eigentlich ist unsere „große" Bauernreform, die Fortnahme von Bauernland, die Umsiedlung der Bauern auf „Sandböden", die Einführung der neuen Agrarverhältnisse mit Hilfe von Militärgewalt, Erschießungen und Exekutionen? Das ist die erste massenhafte Vergewaltigung der Bauernschaft im Interesse des in der Landwirtschaft entstehenden Kapitalismus. Das ist die von den Gutsbesitzern vorgenommene „Bereinigung des Grund und Bodens" für den Kapitalismus.

Was eigentlich ist die Stolypinsche Agrargesetzgebung nach Artikel 87, diese Begünstigung der Ausplünderung der Dorfgemeinden durch die Kulaken, diese Zerstörung der alten Bodenbesitzverhältnisse zugunsten eines Häufleins wohlhabender Bauern um den Preis rascher Verelendung der Masse? Das ist der zweite große Schritt der massenhaften Vergewaltigung der Bauernschaft im Interesse des Kapitalismus; es ist die zweite,

* „Wperjod", 1905, Nr. 15 (Genf, 7./20. April), Artikel: „Marx über die amerikanische ‚schwarze Umteilung'" (siehe Werke, Bd. 8, S. 318–324. *Die Red.*) (zweiter Band der Mehringschen Sammlung der Schriften von Marx und Engels). „Wir erkennen die Bewegung der amerikanischen Nationalreformer in ihrer historischen Berechtigung vollständig an", schrieb Marx 1846. „Wir wissen, daß diese Bewegung ein Resultat erstrebt, das zwar für den Augenblick den Industrialismus der modernen bürgerlichen Gesellschaft befördern würde, das aber als Resultat einer proletarischen Bewegung, als Angriff auf das Grundeigentum überhaupt und speziell unter den in Amerika bestehenden Verhältnissen durch seine eigenen Konsequenzen zum Kommunismus forttreiben muß. Kriege, der sich mit den deutschen Kommunisten in New York der Anti-Rent-Bewegung angeschlossen hat, überklebt diese dünne Tatsache mit seinen überschwenglichen Redensarten, ohne sich auf den Inhalt der Bewegung je einzulassen."[84]

von den *Gutsbesitzern* vorgenommene „Bereinigung des Grund und Bodens" für den Kapitalismus.

Was aber bedeutet die trudowikische Nationalisierung des Grund und Bodens in der russischen Revolution?

Das ist die *von den Bauern vorgenommene „Bereinigung des Grund und Bodens" für den Kapitalismus.*

Das eben ist die Hauptquelle all der mit ernster Miene vorgetragenen Dummheiten unserer Munizipalisten, daß sie die *wirtschaftliche* Grundlage der bürgerlichen Agrarumwälzung in Rußland in ihren zwei möglichen Arten, der gutsherrlich-bürgerlichen und der bäuerlich-bürgerlichen, nicht begreifen. Ohne eine „Bereinigung" der mittelalterlichen, teils feudalen, teils asiatischen Agrarbeziehungen und -verhältnisse *kann* sich in der Landwirtschaft die bürgerliche Umwälzung *nicht* vollziehen; denn das Kapital *muß* sich – muß im Sinne ökonomischer Notwendigkeit – *neue*, den neuen Verhältnissen der freien, für den Markt produzierenden Landwirtschaft angepaßte Agrarverhältnisse schaffen. Diese „Bereinigung" der Agrarverhältnisse überhaupt und des alten Grundbesitzes in erster Linie von mittelalterlichem Schutt muß hauptsächlich die Gutsbesitzerländereien und die bäuerlichen Bodenanteile betreffen, denn die einen wie die anderen sind in ihrer heutigen Gestalt auf Abarbeit, auf Überreste von Fronarbeit, auf Schuldknechtschaft, nicht aber auf eine freie, sich kapitalistisch entwikkelnde Wirtschaft zugeschnitten. Die Stolypinsche „Bereinigung" liegt zweifellos in der Richtung der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung Rußlands, nur ist sie ganz und gar den Gutsbesitzerinteressen angepaßt: wenn nur die reichen Bauern an die „Bauern"bank (lies: Gutsbesitzerbank) dreifache Preise zahlen, wir lassen ihnen dafür freie Hand, die Dorfgemeinde auszuplündern, die Masse gewaltsam zu expropriieren, ihre Ländereien abzurunden, arme Bauern zu vertreiben, die Existenzgrundlagen ganzer Dörfer zu untergraben und um jeden Preis, ohne jede Rücksicht, unter Mißachtung der Wirtschaft und der Lebensbedingungen einer beliebigen Zahl „angestammter", auf Anteilland wirtschaftender Ackerbauern neue Privatbesitzungen als Grundlage einer neuen, kapitalistischen Landwirtschaft zu schaffen. Diese Linie hat zweifellos wirtschaftlichen Sinn, sie bringt den *tatsächlichen* Verlauf der Entwicklung, wie er sich *unter der Herrschaft* der sich zu Junkern entwickelnden Gutsbesitzer vollziehen muß, *richtig* zum Ausdruck.

Welches ist aber die andere, die bäuerliche Linie? Entweder ist sie ökonomisch unmöglich, dann ist das ganze Gerede von der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes durch die Bauern, von der bäuerlichen Agrarrevolution usw. aufgelegter Schwindel oder leere Träumerei. Oder aber sie ist ökonomisch möglich – unter der Bedingung des Sieges des einen Elements der bürgerlichen Gesellschaft über das andere –, dann müssen wir uns selber und dem Volk eine klare Vorstellung verschaffen über die konkreten Bedingungen dieser Entwicklung, die Bedingungen der bäuerlichen Umgestaltung der alten Agrarverhältnisse auf neue, kapitalistische Art.

Hier entsteht ganz natürlich der Gedanke: Diese bäuerliche Linie ist eben *Aufteilung* der Gutsbesitzerländereien unter die Bauern als deren Eigentum. Ausgezeichnet. Damit diese Aufteilung aber den neuen kapitalistischen Verhältnissen der Landwirtschaft auch tatsächlich entspreche, muß sie nicht in alter, sondern in neuer Weise durchgeführt werden. Nicht das alte Anteilland, das vor hundert Jahren nach Gutdünken der Gutsvögte oder der Beamten einer asiatischen Despotie unter die Bauern verteilt worden war, soll die Grundlage der Aufteilung bilden, Grundlage müssen die Erfordernisse einer freien, für den Markt produzierenden Landwirtschaft sein. Damit die Aufteilung den Anforderungen des Kapitalismus entspreche, muß sie eine Aufteilung unter *Farmer* sein, nicht aber eine Aufteilung unter „bärenhäuterische" Bauern, deren erdrückende Mehrheit routinemäßig, traditionsgemäß wirtschaftet, in Übereinstimmung mit patriarchalischen, aber nicht mit kapitalistischen Verhältnissen. Die Aufteilung auf Grund alter Normen, d. h. eine dem alten, dem Anteilbesitz angepaßte Aufteilung, wird keine *Bereinigung* des alten Grundbesitzes sein, sondern seine *Verewigung*, keine Freilegung des Weges für den Kapitalismus, sondern dessen *Belastung* mit einer Masse untauglicher, nicht entwicklungsfähiger „Bärenhäuter", die unfähig sind, Farmer zu werden. Damit die Aufteilung fortschrittlich werde, muß sie auf einer *neuen* Scheidung in der Bauernschaft fußen, bei der die Farmer von dem unbrauchbaren Trödel abgesondert werden. Diese neue Scheidung ist eben die Nationalisierung des Bodens, d. h. die vollständige Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden, die vollständige Freiheit der Bodenbewirtschaftung, die freie Herausbildung von Farmern aus den Reihen der alten Bauernschaft.

Man stelle sich die gegenwärtige Bauernwirtschaft und den Charakter des Anteilbesitzes, d. h. des alten bäuerlichen Grundbesitzes vor. „Durch die Dorfgemeinde zu winzigen administrativ-fiskalischen und grundbesitzenden Verbänden zusammengefaßt, sind die Bauern durch zahllose und mannigfaltige Einteilungen in Gruppen, in Kategorien – nach der Größe des Bodenanteils, der Höhe der Ablösungszahlungen usw. – gespalten. Nehmen wir z. B. die semstwostatistische Sammlung für das Gouvernement Saratow; die Bauernschaft zerfällt hier in folgende Kategorien: Bauern mit geschenktem Bodenanteil, Eigentümer, Volleigentümer, Staatsbauern, Staatsbauern mit dorfgemeindlichem Besitz, Staatsbauern mit Tschetwertbesitz, Staatsbauern aus den Reihen der ehemaligen Gutsbauern, Apanagebauern, Pächter von fiskalischen Grundstücken, Landlose, Eigentümer aus den Reihen der ehemaligen Gutsbauern, Bauern auf abgelöstem Land, Eigentümer aus den Reihen der ehemaligen Apanagebauern, Siedler auf eigenem Land, Umsiedler, Bauern auf geschenktem Bodenanteil aus den Reihen der ehemaligen Gutsbauern, Eigentümer aus den Reihen der ehemaligen Staatsbauern, Freigelassene, Fronzinsfreie, freie Landwirte, zeitweilig Verpflichtete, ehemalige Fabrikhörige usw., dazu noch registrierte Bauern, Zugewanderte usw. Alle diese Kategorien unterscheiden sich durch die Geschichte der Agrarverhältnisse, durch die Größe der Bodenanteile, die Höhe der Ablösungszahlungen usw. usf. Auch innerhalb der einzelnen Kategorien gibt es wieder eine Menge ähnlicher Unterscheidungen: mitunter sind sogar Bauern ein und desselben Dorfes in zwei völlig verschiedene Kategorien geteilt: ‚ehemalige Bauern des Herrn N. N.' und ‚ehemalige Bauern der Frau M. M.'. Diese ganze Buntscheckigkeit war im Mittelalter ... natürlich und notwendig."* Würde die *Neu*aufteilung der Gutsbesitzerländereien unter Anpassung an diese feudalen Bodenbesitzformen erfolgen – sei es in Gestalt zusätzlicher Zuteilung bis zu einer Einheitsnorm, d. h. also gleichmäßige Aufteilung, sei es im Sinne eines bestimmten Verhältnisses zwischen Neuem und Altem oder irgendwie anders –, so würde eine solche Aufteilung nicht nur keine Garantie dafür bieten, daß die zugeteilten Grundstücke den Anforderungen der kapitalistischen Agrikultur entsprechen, sondern sie

* „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", Kap. V., Abschn. IX: „Einige Bemerkungen über die vorkapitalistische Ökonomik unseres Dorfes", S. 293. (Siehe Werke, Bd. 3, S. 387/388. *Die Red.*)

würde im Gegenteil das offenkundige *Mißverhältnis verewigen.* Eine solche Aufteilung würde die gesellschaftliche Evolution *erschweren*, das Neue an das Alte ketten, anstatt das Neue *vom* Alten zu befreien. Wirkliche Befreiung bietet *nur* die Nationalisierung des Grund und Bodens, die es den Farmern erlaubt, sich *emporzuarbeiten*, die die *Herausbildung* von Farmerwirtschaften ohne jede Bindung an das Alte, ohne jedwede Beziehung zum mittelalterlichen Anteillandbesitz ermöglicht.

Die kapitalistische Evolution auf dem mittelalterlichen Anteilland der Bauernschaft verlief in Rußland nach der Reform in der Weise, daß sich die wirtschaftlich-fortschrittlichen Elemente vom bestimmenden Einfluß des Bodenanteils *frei machten.* Einerseits wurden Proletarier freigesetzt, die ihre Anteile verpachteten, sie aufgaben, das Land veröden ließen. Anderseits arbeiteten sich *Landwirte* empor, die sich durch Erwerb und Pachtung von Boden aus *verschiedenen Stückchen* alten, mittelalterlichen Grundbesitzes eine *neue* Wirtschaft aufbauten. Der Boden, auf dem der jetzige, einigermaßen wohlhabende russische Bauer wirtschaftet – d. h. der Bauer, der sich bei günstigem Verlauf der Revolution wirklich zu einem freien Farmer entwickeln kann –, dieser Boden besteht teils aus seinem eigenen Bodenanteil, teils aus gepachteten Anteilen seiner Nachbarn in der Dorfgemeinde, teils vielleicht aus Parzellen, die er in langfristiger Pacht vom Fiskus oder in Jahrespacht vom Gutsbesitzer erhalten oder die er von der Bank käuflich erworben hat usw. Der Kapitalismus verlangt, daß *all* diese Unterschiede der einzelnen Kategorien fortfallen, er verlangt, jeder landwirtschaftliche Betrieb solle ausschließlich gemäß den neuen Verhältnissen, den Erfordernissen des Marktes und der Agrikultur aufgebaut sein. Die Nationalisierung des Grund und Bodens erfüllt diese Erfordernisse mit den Methoden der bäuerlichen Revolution und befreit das Volk mit einem Schlage von *allem und jedem* Moder mittelalterlicher Grundeigentumsformen. Weder gutsherrlicher Grundbesitz *noch* bäuerlicher *Anteillandbesitz*, sondern nur ein neuer, freier Grundbesitz – das ist die Losung des radikalen Bauern. Und diese Losung bringt die Interessen des Kapitalismus (bei dessen Nennung der radikale Bauer in seiner Einfalt ein Kreuz schlägt), die Interessen einer größtmöglichen Entwicklung der Produktivkräfte des Bodens unter den Verhältnissen der Warenproduktion am entschiedensten und konsequentesten zum Ausdruck.

Danach kann man den Scharfsinn eines Peter Maslow beurteilen, bei

dem der *ganze* Unterschied des Agrarprogramms zum Programm des Trudowikibauern auf die *Verankerung* des alten, mittelalterlichen Anteillandbesitzes hinausläuft! Das Anteilland des Bauern ist ein Getto, in dem die Bauernschaft erstickt und aus dem sie sich hinaussehnt nach freiem* Boden. Peter Maslow aber will, entgegen der bäuerlichen Forderung nach freiem, d. h. nationalisiertem Grund und Boden, dieses Getto verewigen, das Alte verankern und die besten, bei den Gutsbesitzern konfiszierten und der öffentlichen Nutzung überwiesenen Ländereien den Bedingungen des alten Bodenbesitzes und der alten Wirtschaftsweise unterwerfen. Der Trudowikibauer, *in der Tat* der entschiedenste bürgerliche Revolutionär, ist in seinen Reden ein kleinbürgerlicher Utopist, der sich einbildet, die „schwarze Umteilung" sei der Ausgangspunkt von Harmonie und Brüderlichkeit**, nicht aber des kapitalistischen Farmertums. Peter Maslow ist in der Tat ein Reaktionär, der aus Angst vor der Vendée einer kommenden Konterrevolution die heutigen antirevolutionären Elemente des alten Grundbesitzes verankert, das bäuerliche Getto verewigt, zugleich aber nicht durchdachte, verständnislos eingepaukte Worte über bürgerlichen Fortschritt im Munde führt. Was aber die tatsächlichen Bedingungen für einen wirklich freien bürgerlichen Fortschritt der russischen Landwirtschaft sind, eines Fortschritts nicht Stolypinscher bürgerlicher Art, das haben die Maslow und Co. absolut nicht begriffen.

Der Unterschied zwischen dem vulgären Marxismus Peter Maslows und den von Marx in Wirklichkeit angewandten Untersuchungsmethoden ist am klarsten aus der Haltung gegenüber den kleinbürgerlichen Utopien

---

* Der „Sozialrevolutionär" Herr Muschenko, der in der II. Duma den Standpunkt seiner Partei am umfassendsten darlegte, verkündete geradezu: *„Wir erheben das Banner der Befreiung des Bodens."* (47. Sitzung, 26. Mai 1907, S. 1174.) Man muß mit Blindheit geschlagen sein, um nicht nur die reale *kapitalistische* Natur dieses quasi„sozialistischen" Banners zu übersehen (das sieht auch Peter Maslow), sondern auch die ökonomische Fortschrittlichkeit einer *solchen* Agrarrevolution im Vergleich zu der Stolypins und der Kadetten (das sieht Peter Maslow *nicht*).

** Vergleiche den naiven Ausdruck dieses bürgerlich-revolutionären Standpunkts in der Rede des „Volkssozialisten" Wolk-Karatschewski über „Gleichheit, Brüderlichkeit, Freiheit" (II. Duma, 16. Sitzung, 26. März 1907, S. 1077 bis 1080).

der Volkstümler (darunter auch der Sozialrevolutionäre) zu ersehen. Im Jahre 1846 entlarvte Marx rücksichtslos das Spießertum des amerikanischen Sozialrevolutionärs Hermann Kriege, der für Amerika eine regelrechte schwarze Umteilung vorschlug, wobei er diese „Kommunismus" nannte. Marx' dialektische und revolutionäre Kritik *schied* von der Schale kleinbürgerlicher Doktrin den gesunden Kern des „Angriffs auf das Grundeigentum" und der „Anti-Rent-Bewegung". Unsere Vulgärmarxisten aber *beschränken sich* bei der Kritik der „ausgleichenden Umteilung", der „Sozialisierung des Bodens", des „gleichen Rechts auf Boden" auf die Widerlegung der Doktrin und offenbaren damit ihren eigenen bornierten Doktrinarismus, der nicht das hinter der toten Doktrin der Volkstümlertheorie pulsierende Leben der Bauernrevolution sieht. Maslow und die Menschewiki haben es in ihrem bornierten Doktrinarismus, wie er in unserem „Munizipalisierungs"programm der Verankerung des rückständigsten mittelalterlichen Grundeigentums zum Ausdruck kommt, so weit gebracht, daß im Namen der Sozialdemokratischen Partei in der zweiten Duma folgende wahrlich beschämenden Dinge ausgesprochen werden konnten: „Wenn wir (Sozialdemokraten) in der Frage der Art und Weise der Enteignung des Bodens diesen (volkstümlerischen) Fraktionen viel näherstehen als der Fraktion der Volksfreiheit, so stehen wir ihnen in der Frage der Formen der Bodennutzung ferner." (47. Sitzung, 26. Mai 1907, S. 1230 des stenografischen Berichts.)

Tatsächlich stehen in der bäuerlichen Agrarrevolution die Menschewiki der revolutionären bäuerlichen Nationalisierung ferner, der liberal-gutsherrlichen Erhaltung des Eigentums an Anteilland (und nicht nur dieses allein) näher. Erhaltung des Anteileigentums ist Erhaltung von Unterdrückung, Rückständigkeit, Knechtung. Es ist nur natürlich, daß der liberale Gutsbesitzer, der von Ablösung träumt, sich für das Anteileigentum ins Zeug legt*, ... neben der Erhaltung eines guten Teils des gutsherrlichen Eigentums! Der von den „Munizipalisatoren" irregeleitete Sozial-

* Nebenbei. Die Menschewiki (darunter auch Gen. Zereteli, dessen Rede ich zitierte) begehen einen schweren Irrtum, wenn sie glauben, die Kadetten verträten einigermaßen konsequent das *freie* Eigentum der Bauern. Das ist *nicht wahr*. Im Namen der Kadettenpartei sprach sich Herr Kutler in der zweiten Duma für das Eigentum aus (zum Unterschied vom Kadettenentwurf in der ersten Duma über die staatliche Bodenreserve), sagte aber zugleich: „*Die*

demokrat aber versteht nicht, daß der Schall der Worte verhallt, die Tat aber bleibt. Der Schall der Worte von Ausgleichung, Sozialisierung usw. wird verhallen, denn bei der Warenproduktion *kann es keine* Gleichheit geben. Doch die *Tat* bleibt, d. h., es bleibt der unter dem Kapitalismus größtmögliche Bruch mit der feudalen Vergangenheit, mit dem mittelalterlichen Anteillandbesitz, mit jedweder Routine und Tradition. Wenn man sagt: „Bei der ausgleichenden Umteilung wird nichts herauskommen", so muß der Marxist verstehen, daß dieses „nichts" *ausschließlich* für die sozialistischen Aufgaben gilt und lediglich besagt, daß der Kapitalismus dadurch nicht beseitigt wird. Doch aus Versuchen einer solchen Umteilung, ja aus ihrer bloßen Idee wird *sehr viel* für die bürgerlich-demokratische Umwälzung herauskommen.

Denn diese Umwälzung kann sich vollziehen entweder in der Weise, daß die Gutsbesitzer das Übergewicht über die Bauern haben – und dazu ist erforderlich, daß das alte Eigentum erhalten bleibt und auf Stolypinsche Art, ausschließlich durch die Macht des Rubels reformiert wird. Oder aber in der Weise, daß die Bauernschaft über die Gutsbesitzer siegt – dies ist aber kraft der objektiven Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie unmöglich, ohne das gesamte mittelalterliche Eigentum am Grund und Boden, sowohl das gutsherrliche als auch das bäuerliche, aufzuheben. Entweder Stolypinsche Agrarreform oder revolutionäre bäuerliche Nationalisierung. *Nur* diese Lösungen sind ökonomisch real. Alle Mittelwege aber, angefangen von der menschewistischen Munizipalisierung bis zur kadettischen Ablösung, sind nichts als spießerische Beschränktheit, stumpfsinnige Entstellung einer Doktrin, üble Erfindung.

7. Die Bauern und die Volkstümler über die Nationalisierung des Anteillandes

Daß die Aufhebung des Eigentums am Anteilland eine Voraussetzung für die Schaffung einer freien, den neuen, kapitalistischen Bedingungen

Partei beabsichtigt, sie (die Bauern) nur (!) in ihrem Recht der Veräußerung und Verpfändung einzuschränken, d. h. für die Zukunft einer umfangreichen Entwicklung von Bodenerwerb und -veräußerung vorzubeugen." (12. Sitzung, 19. März 1907, S. 740 des stenografischen Berichts.) Das ist das *erzreaktionäre* Programm eines als Liberaler verkleideten *Bürokraten*.

entsprechenden Bauernwirtschaft ist, darüber sind sich die Bauern selber vollkommen klar. Herr Groman, der die Debatten auf den Bauernkongressen ausführlich und genau schildert*, berichtet über die folgende bemerkenswerte Äußerung eines Bauern:

„Bei der Erörterung der Ablösungsfrage äußerte ein Delegierter, ohne dem Wesen nach auf Widerspruch zu stoßen: ‚Es wurde gesagt, ohne Ablösung würden viele Bauern, die für erarbeitetes Geld Boden gekauft haben, Schaden erleiden. Aber ihre Zahl ist nicht groß, sie haben auch nicht viel Land, *bei der Verteilung werden sowieso alle Boden erhalten.*' Hier liegt der Grund für die Bereitschaft, auf das Eigentumsrecht sowohl am Anteilland als auch am gekauften Boden zu verzichten."

Und etwas weiter (S. 20) wiederholt Herr Groman dasselbe als allgemeine Auffassung der Bauern.

„*Bei der Verteilung werden sowieso alle Boden erhalten!*" Ist es nicht klar, durch welche *wirtschaftliche* Notwendigkeit dieses Argument diktiert wurde? Eine neue Verteilung des gesamten Bodens, sowohl des gutsherrlichen als auch des Anteillandes, kann den Bodenbesitz von neun Zehnteln (richtiger von neunundneunzig Hundertsteln) der Bauern nicht verringern; man braucht sie nicht zu fürchten. Notwendig ist sie aber, weil sie den wirklichen, tüchtigen Landwirten die Möglichkeit gibt, ihre Bodennutzung gemäß den neuen Verhältnissen, gemäß den Erfordernissen des Kapitalismus (den „Geboten des Marktes" für die Einzelproduzenten) einzurichten, ohne sich jenen mittelalterlichen Verhältnissen unterwerfen zu müssen, die für die Größe, Lage, Verteilung gerade des Anteileigentums bestimmend waren.

Herr Peschechonow, der praktische, nüchterne „Volkssozialist" (man lese: Sozialkadett), der es, wie wir sahen, verstanden hat, sich den Forderungen der Masse kleiner Landwirte ganz Rußlands anzupassen, bringt diesen Standpunkt mit noch größerer Bestimmtheit zum Ausdruck.

„Das Anteilland", schreibt er, „dieser für die Produktion wichtigste Teil des Territoriums, ist an einen bestimmten Stand gekettet, ja noch schlimmer: an einzelne kleine Gruppen desselben, an einzelne Höfe und Ortschaften. Infolge-

* „Materialien zur Bauernfrage" (Bericht über die Sitzungen des Delegiertenkongresses des Gesamtrussischen Bauernbundes, 6.–10. November 1905, mit einer Einleitung von W. Groman, Verlag „Nowy Mir" [Neue Welt], St. Petersburg 1905, S. 12).

dessen kann sich die Bauernschaft, als Gesamtmasse, selbst in den Grenzen des Bodenanteils nicht frei ansiedeln ... Das ist eine unrichtige, *nicht den Erfordernissen des Marktes entsprechende* (wohlgemerkt!) *Verteilung* der Bevölkerung ... Man muß das für fiskalische Ländereien bestehende Verbot aufheben, *man muß das Anteilland von den Fesseln des Eigentums befreien, muß die Schranken niederreißen*, die den privaten Grundbesitz umgeben. Man muß dem russischen Volk sein Land zurückgeben, und dann wird es sich darauf verteilen, so wie es seinen Wirtschaftsbedürfnissen entspricht." (A. W. Peschechonow, „Das Agrarproblem in Verbindung mit der Bauernbewegung", St. Petersburg 1906, S. 83, 86, 88/89. Hervorhebungen von uns.)

Ist es nicht klar, daß durch den Mund dieses „Volkssozialisten" der Farmer spricht, der sich auf eigene Füße stellen möchte? Ist es nicht klar, daß er die „Befreiung des Anteillandes von den Fesseln des Eigentums" tatsächlich notwendig braucht für die Neuverteilung, Neubildung von Landparzellen „entsprechend den Erfordernissen des Marktes", d. h. den Erfordernissen der *kapitalistischen Landwirtschaft*? Herr Peschechonow ist ja, wir betonen es erneut, ein so nüchterner Kopf, daß er jede Sozialisierung, jede Anpassung an das dorfgemeindliche Recht ablehnt – nicht umsonst wird er von den Sozialrevolutionären als Individualist verschrien! –, daß er sich *jedem Verbot der Lohnarbeit in der Bauernwirtschaft widersetzt*.

Es wird klar ersichtlich, wie reaktionär es ist, angesichts *derartiger* Nationalisierungsbestrebungen der Bauernschaft für das bäuerliche Anteileigentum einzutreten. A. Finn, der in seiner Broschüre einige der von uns zitierten Auslassungen des Herrn Peschechonow anführt, kritisiert ihn als einen Volkstümler, beweist ihm die Unvermeidlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus aus der bäuerlichen Wirtschaft heraus und innerhalb der bäuerlichen Wirtschaft. (S. 14 ff. der zitierten Broschüre.) Diese Kritik ist unbefriedigend, weil A. Finn über der allgemeinen Frage der Entwicklung des Kapitalismus die konkrete Frage der Bedingungen für eine freiere Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft auf dem *Anteil*land vergessen hat! A. Finn beschränkt sich darauf, die Frage des Kapitalismus im *allgemeinen* zu stellen, und erringt so einen leichten Sieg über die längst besiegte Volkstümlerrichtung. Es handelt sich jedoch um eine viel konkretere* Frage: um die gutsherrliche und die bäuerliche Art des

* „Wohin kann schließlich die Peschechonowsche Arbeitswirtschaft führen?" fragt A. Finn und antwortet durchaus zutreffend: „zum Kapitalismus". (S. 19

„Niederreißens der Schranken" (Ausdruck des Herrn Peschechonow), der „Bereinigung" des Grund und Bodens für den Kapitalismus.

In der zweiten Duma hat der offizielle Redner der sozialrevolutionären Partei, Herr Muschenko, der zur Agrarfrage das Schlußwort hielt, mit gleicher Bestimmtheit wie Herr Peschechonow den *kapitalistischen* Wesensinhalt jener Nationalisierung des Grund und Bodens zum Ausdruck gebracht, die die kleinbürgerlichen Sozialisten als „Sozialisierung", Schaffung eines „gleichen Rechts auf Boden" usw. zu bezeichnen belieben.

„Eine richtige Verteilung der Bevölkerung", sagte Herr Muschenko, „wird nur dann möglich, wenn der ganze Boden ohne Schranken sein wird, wenn alle vom Prinzip des Privateigentums am Grund und Boden aufgerichteten Schranken niedergerissen sind." (47. Sitzung, 26. Mai 1907, S. 1172 des stenografischen Berichts.) Das ist es eben! Eine „richtige" Verteilung der Bevölkerung ist jene, die der Markt, der Kapitalismus verlangt! Der „richtigen" Ansiedlung der „richtigen" Landwirte steht sowohl der gutsherrliche Grundbesitz *als auch der Anteilbesitz* im Wege.

Noch eine Beobachtung über Äußerungen von Delegierten des Bauernbundes verdient unsere Aufmerksamkeit. Herr Groman schreibt in der genannten Broschüre:

„Die berüchtigte Frage der ‚Gemeinde' – dieser Eckpfeiler der alten und der neuen Volkstümlerrichtung – wurde gar nicht erörtert, sie wurde stillschweigend im negativen Sinne entschieden: Der Boden ist Personen und Genossenschaften

der genannten Broschüre.) Von dieser unumstößlichen Wahrheit, die einem Volkstümler wahrhaftig auseinandergesetzt werden mußte, hätte der Verfasser *weiter* voranschreiten müssen, um die besonderen Erscheinungsformen der Erfordernisse des Kapitalismus unter den Verhältnissen der bäuerlichen Agrarrevolution klarzustellen. Statt dessen *kehrt A. Finn wieder um*: „Es fragt sich", schreibt er, „warum wir zurückgehen, auf irgendwelchen ‚eigenständigen' Wegen herumirren sollen, um letzten Endes doch auf den gleichen Weg zu gelangen, den wir bereits gehen? Nutzlose Mühe, Herr Peschechonow!" (Ebenda.) Nein, es ist keine nutzlose Mühe und nicht „letzten Endes" führt sie zum Kapitalismus, sondern *am geradesten, freiesten, raschesten schreitet sie auf dem Weg des Kapitalismus fort.* A. Finn hat die unterschiedlichen Eigentümlichkeiten der Stolypinschen kapitalistischen Evolution und der bäuerlich-revolutionären kapitalistischen Evolution der Landwirtschaft in Rußland nicht durchdacht.

zur Nutzung zu übergeben – so lauten die Resolutionen sowohl des ersten als auch des zweiten Kongresses." (S. 12.)

Somit haben sich die Bauern klar und entschieden gegen die alte Dorfgemeinde, für freie Genossenschaften und für die Bodennutzung durch Einzelpersonen ausgesprochen. Daß das tatsächlich die Stimme der Gesamtbauernschaft ist, kann nicht bezweifelt werden, denn auch der Entwurf der Trudowikigruppe (der 104) *erwähnt die Dorfgemeinde mit keiner Silbe*. Die Dorfgemeinde aber ist ein Verband für Anteillandbesitz!

Stolypin beseitigt diese Dorfgemeinde gewaltsam im Interesse eines Häufleins Reicher. Die Bauernschaft will sie beseitigen, um sie durch freie *Genossenschaften* und durch die Bodennutzung von „Einzelpersonen" auf *nationalisiertem* Anteilland zu ersetzen. Maslow und Co. aber stemmen sich im Namen des bürgerlichen Fortschritts gegen die Hauptforderung eben dieses Fortschritts und verteidigen den mittelalterlichen Grundbesitz. Gott bewahre uns vor dergleichen „Marxismus"!

8. *Der Fehler M. Schanins und anderer Anhänger der Aufteilung*

M. Schanin, der in seiner Broschüre* an die hier behandelte Frage von einer etwas anderen Seite herangeht, hat gegen seinen Willen einen weiteren Beweis zugunsten der ihm so verhaßten Nationalisierung erbracht. An dem Beispiel Irlands, mit der Analyse der Verhältnisse des bürgerlichen *Reformertums* in der Landwirtschaft hat M. Schanin nur das eine bewiesen: die Unvereinbarkeit des Prinzips des Grundeigentums mit dem gesellschaftlichen oder staatlichen Bodenbesitz (doch muß diese Unvereinbarkeit auch durch eine allgemeine theoretische Analyse bewiesen werden, woran Schanin nicht einmal gedacht hat); außerdem hat er vielleicht noch bewiesen, daß es notwendig ist, das Eigentum für jede staatlich-reformerische Tätigkeit auf dem Gebiet der sich kapitalistisch entwickelnden Landwirtschaft anzuerkennen. Doch alle diese Beweise Schanins verfehlen völlig das Ziel: natürlich ist unter den Verhältnissen bürgerlichen Reformertums *nur* Privateigentum am Grund und Boden denkbar; da die

* M. Schanin, „Munizipalisierung oder Aufteilung in Privateigentum", Wilna 1907.

Hauptmasse des Bodens des Vereinigten Königreiches Privateigentum blieb, konnte natürlich in einem Teile desselben kein anderer Weg eingeschlagen werden als der des Privateigentums. Aber was hat das mit der „bäuerlichen Agrarrevolution" in Rußland zu schaffen? M. Schanin hat, wenn man will, einen richtigen Weg gewiesen, aber für die Stolypinsche Agrarreform und nicht für die bäuerliche Agrarrevolution.* M. Schanin hat kein Fünkchen Verständnis für den Unterschied zwischen beiden; stellt man aber diesen Unterschied nicht klar, so ist es einfach lächerlich, von einem sozialdemokratischen Agrarprogramm in der russischen Revolution auch nur zu sprechen. Und wenn M. Schanin, natürlich von den besten Absichten beseelt, die Konfiskation gegen die Ablösung verteidigt, so geht ihm dabei jede historische Perspektive verloren. Er vergißt, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Konfiskation, d. h. die entschädigungslose Enteignung, mit *Reformertum* ebenso absolut unvereinbar ist wie auch die Nationalisierung des Grund und Bodens. Von Konfiskation sprechen und zugleich eine reformerische, nicht revolutionäre Lösung der Agrarfrage für möglich halten, ist ungefähr dasselbe, als wollte man bei Stolypin ein Gesuch um Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes einreichen.

Eine andere Seite der Schaninschen Broschüre ist die nachdrückliche Betonung des *agrikulturellen* Charakters unserer Agrarkrise, der unbeding-

* Auch der Hinweis Schanins auf das Beispiel Irlands, das die Überlegenheit des Privateigentums gegenüber der Pacht (nicht gegenüber der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens) zeigt, ist nicht neu. *Ganz in derselben Weise* argumentiert der „liberale" Professor Herr A. I. Tschuprow mit Hilfe des irländischen Beispiels zugunsten des bäuerlichen Boden*eigentums* („Agrarfrage", Bd. II, S. 11). Die wahre Natur dieses „Liberalen" und sogar „konstitutionellen *Demokraten*" ist aber aus S. 33 seines Aufsatzes zu ersehen. Mit unglaublicher, nur in Rußland möglicher liberaler Schamlosigkeit schlägt Herr Tschuprow hier vor, in *allen* Flurbereinigungskommissionen die Bauern einer *Gutsbesitzermehrheit* zu unterstellen!! Fünf Mitglieder aus der Bauernschaft und 5 Vertreter der Gutsbesitzer, den Vorsitzenden aber „setzt die Semstwoversammlung ein", d. h. eine *Gutsbesitzerversammlung*. In der I. Duma berief sich der *rechtsstehende Fürst* Druzki-Ljubezki auf das Beispiel Irlands, um die Notwendigkeit des Privateigentums am Grund und Boden zu beweisen und dem Kadettenentwurf zu begegnen (Sitzung vom 24. Mai 1906, S. 626 des stenografischen Berichts).

ten Notwendigkeit des Übergangs zu höheren Wirtschaftsformen, zur Hebung des Niveaus der in Rußland unglaublich tiefstehenden landwirtschaftlichen Technik usw. Diese richtigen Feststellungen hat jedoch Schanin so ungeheuer einseitig entwickelt, er hat sich so sehr darüber ausgeschwiegen, daß die Liquidierung der fronherrlichen Latifundien und die Änderung der Grundbesitzverhältnisse eine Voraussetzung dieser technischen Umwälzung bilden, daß eine durch und durch falsche Perspektive entstanden ist. Denn zum technischen Fortschritt der Landwirtschaft, und zwar vom Standpunkt der Gutsbesitzerinteressen auf dem richtigen Weg, führt auch die Stolypinsche Agrarreform. Die gewaltsame Zersplitterung der Dorfgemeinde durch die Gesetze vom 9. November 1906 usw., die Schaffung von Einzelhöfen und die Subventionierung der aus der Dorfgemeinde ausscheidenden Privatwirtschaften ist durchaus keine Fata Morgana, wie leichtfertige Schwätzer der demokratischen Journalistik manchmal behaupten, sondern eine Realität des ökonomischen Fortschritts auf dem Boden der Erhaltung der Macht der Gutsbesitzer, auf dem Boden der Gutsbesitzerinteressen. Es ist ein äußerst langsamer, für die breitesten Bauernmassen und für das Proletariat äußerst qualvoller Weg, aber zugleich der einzig mögliche für das kapitalistische Rußland, *wenn* die bäuerliche Agrarrevolution nicht siegt.

Man betrachte die von Schanin gestellte Frage vom Standpunkt einer *solchen* Revolution. Die neue landwirtschaftliche Technik verlangt die Umgestaltung *aller* Bedingungen der altväterlichen, verknöcherten, primitiven, barbarischen, elenden Bauernwirtschaft auf dem Anteilland. Dreifelderwirtschaft, primitive Arbeitsgeräte, patriarchalische Geldlosigkeit des Bauern, routinemäßig betriebene Viehzucht, naive, bärenhäuterische Unkenntnis der Erfordernisse und Verhältnisse des Marktes – das alles muß über Bord geworfen werden. Nun? Ist diese Revolutionierung der Wirtschaft möglich, wenn die Grundbesitzformen erhalten bleiben? Aufteilung unter den heutigen Anteileigentümern ist aber zur Hälfte* Konservierung des mittelalterlichen Grundbesitzes. Die Aufteilung könnte fortschrittlich sein, wenn sie eine *neue* Wirtschaftsweise, eine *neue* Agrikultur verankerte und das Alte über Bord würfe. Doch kann sie keinen Anstoß zu

* Oben habe ich gezeigt, daß von den 280 Mill. Desj. Boden im Europäischen Rußland die Hälfte – 138,8 Mill. Desj. – auf Anteilland entfällt. (Siehe den vorliegenden Band, S. 217. *Die Red.*)

neuer Agrikultur bilden, wenn sie auf dem alten Anteillandbesitz fußt. Gen. Borissow[85], ein Anhänger der Aufteilung, sagte in Stockholm: „Unser Agrarprogramm ist ein Programm für die Periode der sich entfaltenden Revolution, der Zerschlagung der alten und der Organisierung einer neuen sozialpolitischen Ordnung. Dies ist sein Grundgedanke. Die Sozialdemokratie darf sich nicht durch Beschlüsse binden, die sie zur Unterstützung einer bestimmten Wirtschaftsform verpflichten. In diesem Kampfe neuer sozialer Kräfte gegen die Grundlagen der alten Ordnung muß der gordische Knoten mit einem entschlossenen Hieb durchhauen werden." (Protokolle, S. 125.) Das alles ist vollkommen richtig und ausgezeichnet ausgedrückt. Und das alles spricht für die Nationalisierung, denn nur sie allein „zerschlägt" wirklich den ganzen mittelalterlichen Grundbesitz, nur sie durchhaut wirklich den gordischen Knoten, indem sie den neuen Wirtschaften volle Freiheit gewährt, sich auf dem nationalisierten Grund und Boden zu formieren.

Es fragt sich nun: Wo ist das Kriterium dafür, ob sich die neue Landwirtschaft bereits so weit herausgebildet hat, daß die Bodenaufteilung *ihr* angepaßt wird, daß aber nicht durch diese Aufteilung die alten Hindernisse für die neue Wirtschaft verankert werden? Es kann hier nur ein Kriterium geben – die Praxis. Keine Statistik der Welt kann feststellen, ob die Elemente der bäuerlichen Bourgeoisie in dem betreffenden Lande bereits so weit „erhärtet" sind, daß die Bodenbesitzform der Bodenbewirtschaftung angepaßt werden kann. Das kann *nur* die Masse der Landwirte selber feststellen. Die Unmöglichkeit einer solchen Feststellung im gegenwärtigen Augenblick ist dadurch *bewiesen*, daß die Bauernmassen in unserer Revolution mit einem Programm der Nationalisierung des Grund und Bodens auftreten. Immer und überall in der ganzen Welt verwächst der kleine Landwirt so sehr mit seiner Wirtschaft (wenn es nur wirklich *seine* Wirtschaft ist und nicht ein Stückchen auf Abarbeit fußender Gutsbesitzerwirtschaft, wie das in Rußland häufig zu sein pflegt), daß er zwangsläufig in bestimmten Geschichtsperioden und für einen bestimmten Zeitabschnitt das Eigentum am Grund und Boden „fanatisch" verteidigen wird. Wenn in den Massen der russischen Bauernschaft *in der gegenwärtigen Epoche* statt des Eigentümerfanatismus, der ihnen von allen herrschenden Klassen, von allen bürgerlich-liberalen Politikern eingeimpft wird, die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens sich verbreitet und tiefe

Wurzeln geschlagen hat, so wäre es Kinderei oder bornierte Pedanterie, dies durch den Einfluß der Publizisten vom „Russkoje Bogatstwo"[86] oder der Broschüren des Herrn Tschernow erklären zu wollen. Es erklärt sich aus der Tatsache, daß die realen Lebensverhältnisse des kleinen Ackerbauern, des kleinen Landwirts im Dorf ihm nicht die ökonomische Aufgabe stellen, eine bereits herausgebildete neue Agrikultur durch Aufteilung des Bodens und dessen Übergabe als Eigentum zu verankern, sondern die Aufgabe, Grund und Boden zu *bereinigen*, um (aus den vorhandenen Elementen) eine neue Agrikultur auf „freiem", d. h. nationalisiertem, Grund und Boden herauszubilden. Der Fanatismus des Eigentümers kann und muß zu bestimmter Zeit als Verlangen des bereits *aus dem Ei gekrochenen* Farmers nach Sicherung seiner Wirtschaft auftreten. Die Nationalisierung des Grund und Bodens mußte in der russischen Revolution zu einer Forderung der Bauernmassen werden, und zwar als die Losung der Farmer, die die mittelalterliche Schale *sprengen wollen*. Wenn daher die Sozialdemokraten den Bauernmassen die Aufteilung *predigen*, den Bauernmassen, die für die Nationalisierung eingenommen sind und unter denen sich eben erst eine endgültige „Scheidung" zu vollziehen beginnt, aus der zur Schaffung einer kapitalistischen Agrikultur fähige Farmer hervorgehen sollen, so ist das eine himmelschreiende historische Taktlosigkeit, so zeugt das von Unfähigkeit, den konkreten historischen Moment in Rechnung zu stellen.

Unsere sozialdemokratischen „Aufteiler", die Genossen Finn, Borissow, Schanin, sind von jenem theoretischen Dualismus frei, in den die „Munizipalisten" beispielsweise bei ihrer vulgären Kritik an der Marxschen Rententheorie verfallen (darüber weiter unten), doch begehen sie einen anderen Fehler, einen Fehler in der geschichtlichen Perspektive. Theoretisch auf einem allgemein richtigen Standpunkt stehend (wodurch sie sich von den „Munizipalisten" unterscheiden), wiederholen sie den Fehler unseres „Bodenabschnitts"programms von 1903. Die Quelle dieses letzteren Fehlers war die, daß wir wohl die *Richtung* der Entwicklung, nicht aber den *Moment* der Entwicklung richtig erkannten. Wir nahmen an, die Elemente der kapitalistischen Landwirtschaft seien in Rußland bereits vollkommen ausgebildet – sowohl in der Gutswirtschaft (ausgenommen die die Bauernschaft knechtenden „Bodenabschnitte", daher die sie betreffende Forderung) als auch in der bäuerlichen Wirtschaft, von der es schien, als

habe sie bereits eine starke Dorfbourgeoisie hervorgebracht und sei daher zu einer „bäuerlichen Agrarrevolution" nicht mehr fähig. Nicht der „Furcht" vor der bäuerlichen Agrarrevolution entsprang das fehlerhafte Programm, sondern der *Überschätzung des Grades* der kapitalistischen Entwicklung in der russischen Landwirtschaft. Die Überreste der Leibeigenschaft erschienen uns damals als unwesentliches Detail, die kapitalistische Wirtschaft auf dem Gutsbesitzerboden und Anteilland dagegen als völlig ausgereift und gefestigt.

Die Revolution hat diesen Fehler aufgedeckt. Die von uns festgestellte Richtung der Entwicklung wurde von ihr bestätigt. Die marxistische Analyse der russischen Gesellschaftsklassen hat durch den Gang der Ereignisse überhaupt und durch die ersten beiden Dumas im besonderen eine so glänzende Bestätigung erfahren, daß der nichtmarxistische Sozialismus endgültig erschüttert ist. Doch die Überreste der Fronwirtschaft auf dem Lande haben sich als weit stärker erwiesen, als wir glaubten, sie haben eine gesamtnationale Bewegung der Bauernschaft hervorgerufen und *diese* Bewegung zum Prüfstein der ganzen bürgerlichen Revolution gemacht. Die Rolle des Hegemons in der bürgerlichen Freiheitsbewegung, die die revolutionäre Sozialdemokratie stets dem Proletariat zugewiesen hat, mußte genauer definiert werden, als die Rolle eines Führers, der *die Bauernschaft* führt. Und wohin führt er sie? Zur bürgerlichen Revolution in ihrer konsequentesten und entschiedensten Gestalt. Die Berichtigung des Fehlers bestand darin, daß wir statt der Teilaufgabe des Kampfes gegen die *Überreste des Alten* im Agrarsystem die Aufgabe des Kampfes *gegen das ganze alte Agrarsystem* stellen mußten. An die Stelle der Bereinigung der Gutsbesitzerwirtschaft setzten wir ihre *Beseitigung*.

Doch diese unter dem gebieterischen Einfluß des Ganges der Ereignisse vorgenommene Korrektur hat viele von uns nicht zu bewegen vermocht, unsere neue Definition des Grades der kapitalistischen Entwicklung in der russischen Landwirtschaft bis zu Ende zu durchdenken. Wenn sich die Forderung nach Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien als historisch richtig erwiesen hatte – und das war unzweifelhaft der Fall –, so bedeutete dies, daß die breite Entwicklung des Kapitalismus neue Bodenbesitzverhältnisse erfordert, daß die Ansätze zum Kapitalismus in der Gutsbesitzerwirtschaft einer breiten und freien Entwicklung des Kapitalismus auf dem Boden der neugestalteten Kleinwirtschaft geopfert werden können und

müssen. Die Forderung nach Konfiskation der Gutsbesitzerländereien annehmen, heißt anerkennen, daß eine Erneuerung des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft unter dem Kapitalismus möglich und notwendig ist.

Ist das aber zulässig? Ist die Unterstützung des Kleinbetriebs unter dem Kapitalismus nicht ein Abenteuer? Ist die *Erneuerung* der Kleinwirtschaft nicht leerer Wahn? Ist das nicht demagogischer Bauernfang*? So dachten zweifellos viele Genossen. Aber sie irrten sich. Eine Erneuerung der Kleinwirtschaft ist auch unter dem Kapitalismus möglich, wenn die historische Aufgabe im Kampf gegen die vorkapitalistische Ordnung besteht. So wurde die Kleinwirtschaft in Amerika erneuert, nachdem die Sklavenhalterlatifundien mit revolutionären Methoden zerschlagen und die Bedingungen für die schnellste, freieste Entwicklung des Kapitalismus geschaffen waren. In der russischen Revolution bedeutet der Kampf um den Boden nichts anderes als Kampf für den erneuerten Weg der kapitalistischen Entwicklung. Die konsequente Losung dieser Erneuerung heißt: Nationalisierung des Grund und Bodens. Das Anteilland aus der Nationalisierung auszuschließen ist ökonomisch reaktionär (von der politisch reaktionären Natur eines solchen Ausschlusses wird noch speziell die Rede sein). Die „Aufteiler" aber *überspringen* die historische Aufgabe dieser Revolution und nehmen als entschieden an, was erst zum Gegenstand des Massenkampfes der Bauernschaft zu werden beginnt. Statt den Erneuerungsprozeß vorwärtszutreiben, statt die Bauernschaft über die Bedingungen einer konsequenten Erneuerung aufzuklären, schneidern sie schon den Kittel für den zufriedengestellten, aus der Erneuerung hervorgegangenen Farmer.**

---

* „Bauernfang" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Die Anhänger der Aufteilung zitieren oft die Worte von Marx: „Das freie Eigentum des selbstwirtschaftenden Bauern ist offenbar die normalste Form des Grundeigentums für den kleinen Betrieb ... Das Eigentum am Boden ist zur vollständigen Entwicklung dieser Betriebsweise ebenso nötig wie das Eigentum am Instrument zur freien Entwicklung des handwerksmäßigen Betriebs." („Das Kapital", III, 2, 341.)[87] Daraus folgt nur, daß der volle Triumph der freien bäuerlichen Wirtschaft Privateigentum erfordern kann. Doch die heutige Kleinwirtschaft ist unfrei. Der fiskalische Grundbesitz ist „eher ein Werkzeug in den Händen des Grundbesitzers als eines des Bauern, eher ein Werkzeug zur Auspressung von Abarbeit als ein Mittel freier Arbeit für den Bauern". Zer-

„Jede Frucht zu ihrer Zeit." Die Sozialdemokratie kann die Unterstützung der Aufteilung nicht ein für allemal ablehnen. In einer anderen historischen Situation, auf einer anderen Stufe der Agrarevolution kann sich die Aufteilung als unvermeidlich erweisen. Doch die *Aufgaben* der bürgerlich-demokratischen Revolution im Rußland von 1907 werden durch die Aufteilung gänzlich unzutreffend zum Ausdruck gebracht.

KAPITEL III

DIE THEORETISCHEN GRUNDLAGEN DER NATIONALISIERUNG UND DER MUNIZIPALISIERUNG

Ein großer Mangel fast der gesamten sozialdemokratischen Presse in der Frage des Agrarprogramms im allgemeinen und ein Mangel der Debatten auf dem Stockholmer Parteitag im besonderen besteht darin, daß die praktischen Erwägungen über die theoretischen, die politischen über die ökonomischen dominieren.* Die meisten von uns sind natürlich da-

schlagung aller Formen des feudalen Grundbesitzes und freie Ansiedlung sind notwendig für die Schaffung einer freien Kleinwirtschaft.

* In meiner Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei", deren Gedanken ich in Stockholm verteidigte, sind ganz bestimmte (allerdings kurze, wie die ganze Broschüre kurz ist) Hinweise auf die *theoretischen* Prämissen eines marxistischen Agrarprogramms enthalten. Ich wies dort darauf hin, daß eine „glatte Ablehnung der Nationalisierung" eine „theoretische Entstellung des Marxismus" bedeuten würde. (S. 16 der alten Ausgabe, S. 41 der vorliegenden.) (Siehe Werke, Bd. 10, S. 173. *Die Red.*) Vergleiche auch meinen „Bericht" über den Stockholmer Parteitag (S. 27/28 der alten Ausgabe, S. 63 der vorliegenden). (Siehe Werke, Bd. 10, S. 347. *Die Red.*) „Und vom streng wissenschaftlichen Standpunkt, vom Standpunkt der Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus überhaupt, müssen wir, wenn wir nicht mit dem III. Band des ‚Kapitals' in Widerspruch geraten wollen, unbedingt sagen, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, daß sie die ökonomische Entwicklung fördert, die Konkurrenz und den Zustrom des Kapitals in die Landwirtschaft erleichtert, die Getreidepreise herabsetzt usw." Weiter derselbe Bericht, S. 59 (siehe Werke, Bd. 10, S. 381. *Die Red.*): „Er (der rechte Flügel der Sozialdemokratie) führt, entgegen seinem

durch entschuldigt, daß wir die Agrarfrage inmitten angestrengter Parteiarbeit während der Revolution erörtern mußten: zuerst nach dem 9. Januar 1905, einige Monate vor dem Ausbruch der Revolution (der „III. Parteitag der SDAPR" der Bolschewiki in London im Frühjahr 1905 und die gleichzeitige Konferenz der Minderheit in Genf), dann unmittelbar nach dem Dezemberaufstand[88] und in Stockholm kurz vor dem Zusammentritt der ersten Duma. Dieser Mangel muß jetzt aber auf jeden Fall behoben werden, und im besonderen ist eine Analyse der theoretischen Seite des Problems der Nationalisierung und Munizipalisierung dringend erforderlich.

1. *Was heißt Nationalisierung des Grund und Bodens?*

Wir haben oben die landläufige Formulierung des jetzt allgemein anerkannten Satzes angeführt: „Alle Volkstümlergruppen sprechen sich für die Nationalisierung des Bodens aus." In Wirklichkeit jedoch ist diese landläufige Formulierung sehr ungenau, und „allgemein Anerkanntes" gibt es in ihr, wenn man eine wirkliche Gleichartigkeit der Vorstellung von dieser „Nationalisierung" bei den Vertretern der verschiedenen politischen Richtungen im Auge hat, sehr wenig. Die Masse der Bauern fordert den Grund und Boden spontan, weil sie durch die fronherrlichen Latifundien unterdrückt wird, und verbindet mit dem Übergang des Grund und Bodens an das Volk keinerlei einigermaßen klare ökonomische Vorstellungen. Der Bauer ist nur von einem ausgereiften, sozusagen aus Leiden geborenen und durch lange Jahre der Unterdrückung erhärteten Verlangen erfüllt, den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu erneuern, zu festigen, zu sichern, zu erweitern, ihn zum herrschenden zu machen – weiter nichts. Dem Bauern schwebt nur der Übergang der gutsherrlichen Latifundien in seine Hände vor; der Bauer kleidet die unklare Idee der Einheit aller Bauern als Masse in diesem Kampf in die Worte vom Volkseigentum am Grund und Boden. Den Bauern leitet der Instinkt des Landwirts, der sich behindert fühlt durch die endlose Zersplitterung der

Versprechen, die bürgerlich-demokratische Umwälzung in der Landwirtschaft eben nicht bis zum ‚logischen' Ende, denn ein solches ‚logisches' *(und ökonomisches)* Ende ist im Kapitalismus nur die Nationalisierung des Grund und Bodens, wodurch die absolute Rente in Wegfall kommt."

gegenwärtigen Formen des mittelalterlichen Grundbesitzes, durch die Unmöglichkeit, den Boden in vollem Einklang mit seinen Forderungen als „Unternehmer" zu bearbeiten, wenn diese ganze mittelalterliche Buntscheckigkeit des Grundbesitzes erhalten bleibt. Die ökonomische Notwendigkeit, den gutsherrlichen Grundbesitz abzuschaffen und *auch die „Fesseln" des Anteillandbesitzes abzuwerfen* – in diesen *negativen* Begriffen erschöpft sich die *bäuerliche* Auffassung von der Nationalisierung. Welche Formen des Grundbesitzes sich in der Folge für den erneuerten Kleinbetrieb als notwendig erweisen werden, nachdem dieser die gutsherrlichen Latifundien sozusagen verdaut hat, darüber macht sich der Bauer keine Gedanken.

Auch in der Ideologie der Volkstümler, die die Forderungen und Hoffnungen der Bauernschaft ausdrückt, dominieren im Begriff (oder in der unklaren Idee) der Nationalisierung zweifellos die negativen Seiten. Die alten Hindernisse beseitigen, den Gutsbesitzer davonjagen, „die Schranken niederreißen", die Fesseln des Anteillandbesitzes sprengen, den Kleinbetrieb festigen, die „Ungleichheit" (die gutsherrlichen Latifundien) durch „Gleichheit, Brüderlichkeit, Freiheit" ersetzen – damit erschöpft sich zu neun Zehnteln die Volkstümlerideologie. Gleiches Recht auf Grund und Boden, ausgleichende Bodennutzung, Sozialisierung – all das sind nur verschiedene Ausdrucksformen für dieselben Ideen, und all das sind vorwiegend negative Begriffe, denn eine neue Ordnung im Sinne eines bestimmten Systems der sozialökonomischen Beziehungen stellt der Volkstümler sich nicht vor. Für den Volkstümler ist die gegenwärtige Agrarumwälzung ein Übergang von der Fronherrschaft, von der Ungleichheit, von der Unterdrückung überhaupt zu Gleichheit und Freiheit – und weiter nichts. Das ist die typische Beschränktheit des bürgerlichen Revolutionärs, der die kapitalistischen Eigenschaften der neuen Gesellschaft nicht sieht, deren Schöpfer er ist.

Im Gegensatz zur naiven Auffassung der Volkstümler analysiert der Marxismus die entstehende neue Gesellschaftsordnung. Selbst bei vollster Freiheit der Bauernwirtschaft, bei vollster Gleichheit der kleinen Landwirte, die auf des Volkes Erde oder niemandes Erde oder „Gottes" Erde sitzen, haben wir es mit einer Gesellschaftsordnung der Warenproduktion zu tun. Die kleinen Produzenten sind durch den Markt verbunden und ihm unterworfen. Aus dem Austausch von Produkten erwächst die Macht

des Geldes, der Verwandlung des landwirtschaftlichen Produkts in Geld folgt die Verwandlung der Arbeitskraft in Geld. Die Warenproduktion wird zur kapitalistischen Produktion. Und diese Theorie ist kein Dogma, sondern eine einfache Schilderung, eine Verallgemeinerung dessen, was auch in der russischen bäuerlichen Wirtschaft vor sich geht. Je weniger diese Wirtschaft unter Landmangel, unter dem Joch der Gutsbesitzer, unter dem Druck der mittelalterlichen Verhältnisse und Institutionen des Grundbesitzes, unter Knechtschaft und Willkür zu leiden hat, um so stärker entwickeln sich kapitalistische Verhältnisse innerhalb der Bauernwirtschaft selbst. Das ist eine Tatsache, von der die ganze Geschichte Rußlands seit der Reform ganz unzweifelhaft Zeugnis ablegt.

Der Begriff der Nationalisierung des Grund und Bodens, im Lichte der *ökonomischen Wirklichkeit* betrachtet, ist folglich eine Kategorie der warenproduzierenden und kapitalistischen Gesellschaft. Real an diesem Begriff ist nicht das, was die Bauern denken oder die Volkstümler sagen, sondern das, was sich aus den ökonomischen Verhältnissen dieser Gesellschaft ergibt. Nationalisierung des Grund und Bodens unter kapitalistischen Verhältnissen ist Übergabe der Rente an den Staat, nicht mehr und nicht weniger. Was ist aber die Rente in der kapitalistischen Gesellschaft? Sie ist keineswegs das Einkommen aus Grund und Boden schlechthin. Sie ist jener Teil des Mehrwerts, der nach Abzug des Durchschnittsprofits auf das Kapital übrigbleibt. Das heißt, daß die Rente Lohnarbeit in der Landwirtschaft und Verwandlung des Bauern in einen Farmer, einen Unternehmer, voraussetzt. Die Nationalisierung (in reiner Form) setzt voraus, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer, die den Lohnarbeitern den Lohn auszahlen und den Durchschnittsprofit auf ihr Kapital erhalten – Durchschnittsprofit in bezug auf alle sowohl landwirtschaftlichen als auch nichtlandwirtschaftlichen Betriebe des betreffenden Landes oder Länderkomplexes –, die Rente an den Staat entrichten.

Dergestalt ist der theoretische Begriff der Nationalisierung untrennbar mit der Theorie der Rente verbunden, d. h. eben der kapitalistischen Rente als einer besonderen Art des Einkommens einer besonderen Klasse (der Grundbesitzer) in der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Marxsche Theorie unterscheidet zweierlei Arten von Rente: die Differentialrente und die absolute Rente. Die erstere ist das Resultat der Beschränktheit des Bodens, seiner Besetzung durch kapitalistische Wirt-

schaften, ganz unabhängig vom Bestehen des Eigentums am Grund und Boden und von der Form des Grundbesitzes. Zwischen den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben sind Unterschiede unvermeidlich, die aus der Verschiedenheit der Fruchtbarkeit des Bodens, der Lage der Bodenstücke in bezug auf den Markt, der Produktivität des auf diesem Boden angelegten zusätzlichen Kapitals entspringen. Der Kürze halber kann man diese Unterschiede (ohne jedoch die Ungleichartigkeit der Quellen der einen oder der anderen Verschiedenheit zu vergessen) als die Unterschiede zwischen besserem und schlechterem Boden zusammenfassen. Weiter. Der Produktionspreis des landwirtschaftlichen Produktes wird bestimmt durch die Produktionsbedingungen nicht auf dem mittleren, sondern auf dem schlechtesten Boden, da das Produkt des guten Bodens allein nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken. Der Unterschied zwischen dem individuellen Produktionspreis und dem höchsten Produktionspreis macht eben die Differentialrente aus. (Es sei daran erinnert, daß Marx als Produktionspreis das zur Erzeugung des Produkts verausgabte Kapital plus den Durchschnittsprofit auf das Kapital bezeichnet.)

Die Differentialrente entsteht zwangsläufig bei kapitalistisch betriebener Landwirtschaft, selbst bei vollständiger Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden. Bei Bestehen des Grundeigentums fällt diese Rente dem Grundbesitzer zu, weil die Konkurrenz der Kapitalien den Farmer (Pächter) zwingt, sich mit dem Durchschnittsprofit auf das Kapital zu begnügen. Bei Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden wird diese Rente dem Staate zufallen. Es ist *unmöglich, diese* Rente abzuschaffen, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht.

Die absolute Rente entspringt dem Privateigentum am Grund und Boden. In dieser Rente ist das Element eines Monopols, das Element des Monopolpreises enthalten.* Das Privateigentum am Grund und Boden

* Im 2. Teil des II. Bandes der „Theorien über den Mehrwert" legt Marx „das Wesen der verschiedenen Rententheorien" dar: die Theorie des Monopolpreises des landwirtschaftlichen Produkts und die Theorie der Differentialrente. Er zeigt, was in jeder der beiden Theorien richtig ist, *inwieweit* das Element des Monopols in der absoluten Rente enthalten ist. Vgl. S. 125 über die Theorie von Adam Smith: Es ist „vollständig richtig", daß die Rente Monopolpreis ist, insofern als das Privateigentum am Grund und Boden eine Ausgleichung des Profits hindert und einen über den Durchschnitt hinausgehenden Profit fixiert.[89]

hindert die freie Konkurrenz, hindert die Ausgleichung des Profits, die Bildung eines Durchschnittsprofits in den landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Betrieben. Da aber in der Landwirtschaft die Technik auf niedrigerer Stufe steht und die Zusammensetzung des Kapitals sich durch einen größeren Anteil variablen Kapitals gegenüber dem konstanten auszeichnet als in der Industrie, so liegt der *individuelle Wert* des landwirtschaftlichen Produkts über dem Durchschnittswert. Deshalb bietet das Privateigentum am Grund und Boden, das die freie Ausgleichung des Profits in den landwirtschaftlichen Betrieben mit dem Profit in den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben hindert, die Möglichkeit, das landwirtschaftliche Produkt nicht zum höchsten Produktionspreis, sondern zu dem noch höheren individuellen Wert des Produkts zu verkaufen (denn der Produktionspreis wird durch den Durchschnittsprofit auf das Kapital bestimmt, die absolute Rente aber läßt die Bildung dieses „Durchschnitts" nicht zu, sie legt mittels des Monopols einen über den Durchschnitt hinausgehenden individuellen Wert fest).

Die Differentialrente ist somit zwangsläufig jeder kapitalistischen Landwirtschaft eigen, die absolute Rente dagegen nicht jeder, sondern nur unter der Voraussetzung des Privateigentums am Grund und Boden, nur bei historisch* gegebener Rückständigkeit der Landwirtschaft, einer Rückständigkeit, die durch das Monopol verankert ist.

Kautsky stellt die beiden Rentenarten, unter anderem besonders in ihrem Verhältnis zur Nationalisierung des Grund und Bodens, in folgenden Sätzen einander gegenüber:

„Soweit die Grundrente Differentialrente, wird sie erzeugt durch die Konkurrenz, soweit sie absolute Rente, durch das Monopol... Die Grundrente selbst tritt in der Praxis ungeschieden zutage; man kann nicht erkennen, welche ihrer Teile Differentialrente, welche absolute Rente sind. Gewöhnlich sind sie noch gemischt mit Kapitalzins für Aufwendungen, die der Grundbesitzer ge-

* Siehe die „Theorien über den Mehrwert", Bd. II, Teil 1 (deutsches Original), S. 259, wo es heißt, daß „in ihr (der Agrikultur) relativ die Handarbeit noch vorwiegt und es der bürgerlichen Produktionsweise eigen ist, die Industrie rascher zu entwickeln als die Agrikultur. Es ist dieses übrigens ein *historischer* Unterschied, der verschwinden kann." (Siehe auch S. 275 und Bd. II, Teil 2, S. 15.)[90]

macht hat. Wo der Grundbesitzer gleichzeitig auch Landwirt ist, erscheint die Grundrente als ein Teil des landwirtschaftlichen Profits.

Doch ist die Unterscheidung der beiden Rentenarten von der höchsten Bedeutung.

Die Differentialrente entsteht aus dem kapitalistischen Charakter der Produktion, nicht aus dem Privateigentum am Grund und Boden; sie würde fortdauern, wenn der Grund und Boden verstaatlicht würde, wie die Bodenreformer (in Deutschland) wollen, der kapitalistische Betrieb der Landwirtschaft dagegen erhalten bliebe; nur flösse sie dann nicht mehr einzelnen Privaten, sondern dem Gemeinwesen zu.

Die absolute Grundrente entspringt dem Privateigentum an Grund und Boden und dem Gegensatz, in dem das Interesse des Grundeigentümers zu dem der Gesamtheit steht. *Die Verstaatlichung von Grund und Boden böte die Möglichkeit, sie abzuschaffen und um ihren Betrag die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu reduzieren* (von uns hervorgehoben).

Denn, und das ist der zweite Unterschied zwischen differentialer und absoluter Rente, die erste bildet kein Element der Preisbestimmung der landwirtschaftlichen Produkte, wohl aber die zweite. Die erste entspringt den Produktionspreisen, die zweite aus einem Wachsen der Marktpreise über die Produktionspreise hinaus. Die erste wird gebildet aus dem Überschuß, dem Extraprofit, den die größere Produktivität der Arbeit auf besserem Boden, in besserer Lage erzielt. Die zweite entspringt dagegen nicht einem Mehrertrag gewisser Teile landwirtschaftlicher Arbeit, sie ist daher nur möglich durch einen *Abzug* an den vorhandenen Werten, den der Grundeigentümer an sich zieht, einen Abzug von der Masse des Mehrwerts, also eine Senkung des Profits, oder einen Abzug vom Lohn. Steigen die Lebensmittelpreise und damit die Löhne, so sinkt der Kapitalprofit. Steigen jene, ohne daß die Löhne im selben Maße sich heben, dann werden die Arbeiter verkürzt. Endlich kann es vorkommen, und das wird in der Regel der Fall sein, daß Arbeiter und Kapitalisten sich in den Verlust teilen, den sie durch die absolute Grundrente erleiden."*

So zerfällt die Frage der Nationalisierung des Grund und Bodens in der kapitalistischen Gesellschaft in zwei wesentlich verschiedene Teile: in die Frage der Differentialrente und die der absoluten Rente. Durch die Nationalisierung wechselt der Besitzer der ersten, sie untergräbt von Grund auf das Bestehen der zweiten. Die Nationalisierung ist folglich einerseits eine Teilreform im Rahmen des Kapitalismus (der Wechsel des Besitzers des einen Teils des Mehrwerts) und anderseits die Abschaffung

* „Die Agrarfrage", deutsches Original, Seiten 79/80.

des Monopols, das die ganze Entwicklung des Kapitalismus überhaupt hemmt.

Ohne Unterscheidung dieser zwei Seiten, d. h. der Nationalisierung der Differentialrente und der absoluten Rente, kann man die ganze ökonomische Bedeutung der Frage der Nationalisierung in Rußland nicht verstehen. Hier aber stoßen wir auf die Ablehnung der Theorie der absoluten Rente bei P. Maslow.

2. *Wie Peter Maslow die Rohentwürfe von Karl Marx korrigiert*[91]

Im Jahre 1901 hatte ich bereits Gelegenheit, in der ausländischen „Sarja" anläßlich der Artikel Maslows in der Zeitschrift „Shisn" [Das Leben] auf dessen falsche Auffassung der Rententheorie hinzuweisen.*

Die Debatten vor und in Stockholm konzentrierten sich, wie ich bereits erwähnt habe, in ganz unverhältnismäßig hohem Grade auf die politische Seite der Frage. Aber nach Stockholm untersuchte M. Olenow in einem Artikel „Über die theoretischen Grundlagen der Munizipalisierung des Grund und Bodens" („Obrasowanije", 1907, Nr. 1) Maslows Buch über die Agrarfrage in Rußland und betonte besonders die Unrichtigkeit der *ökonomischen Theorie* Maslows, der die absolute Rente überhaupt leugnet.

Maslow erwiderte Olenow mit einem Aufsatz in Nr. 2 und 3 des „Obrasowanije". Er warf seinem Widersacher „Skrupellosigkeit", „verwegene Attacken", „Unverfrorenheit" u. dgl. vor. In Wirklichkeit ist auf dem Gebiet der *marxistischen Theorie* gerade Peter Maslow ein skrupelloser und stumpfsinniger Attackenreiter, denn man kann sich nur schwerlich eine größere Ignoranz vorstellen als die selbstgefällige Marx„kritik" Maslows, der auf seinen alten Fehlern beharrt.

„Der Widerspruch zwischen der Theorie der absoluten Rente und der gesamten Theorie der Distribution, die im dritten Band dargelegt wird", schreibt Herr Maslow, „springt so deutlich ins Auge, daß man sich ihn nur dadurch erklären kann, daß der dritte Band eine Publikation ist, die postum erschien und

* Siehe „Die Agrarfrage", I. Teil, St. Petersburg 1908, der Aufsatz „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'", Anmerkung auf S. 178/179. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 122. *Die Red.*)

in die auch Rohentwürfe des Verfassers aufgenommen wurden." („Agrarfrage", 3. Aufl., S. 108, Anmerkung.)

Etwas Derartiges konnte überhaupt nur jemand schreiben, der von Marx' Rententheorie nichts begriffen hat. Aber die herablassende Geringschätzung, mit der der großartige Peter Maslow den Autor der Rohentwürfe behandelt, steht wahrhaft einzig da! Dieser „Marxist" fühlt sich zu erhaben, als daß er es, bevor er andere belehrt, für nötig erachtete, sich mit Marx *vertraut zu machen* und wenigstens die im Jahre 1905 erschienenen „Theorien über den Mehrwert" zu studieren, wo die Rententheorie selbst für solche Leute wie Maslow sozusagen vorgekaut ist!

Hier die Argumente Maslows gegen Marx:

„Die absolute Rente entsteht angeblich infolge der niedrigen Zusammensetzung des Agrarkapitals ... Da die Zusammensetzung des Kapitals weder auf den Preis des Produktes noch auf die Profitrate oder überhaupt auf die Verteilung des Mehrwerts *unter* die einzelnen Unternehmer einwirkt, kann sie keinerlei Rente erzeugen. Wenn die Zusammensetzung des Agrarkapitals niedriger ist als die des industriellen Kapitals, so entspringt die Differentialrente dem Mehrwert, der in der Landwirtschaft selbst erzeugt wird, aber das ist für die *Bildung* der Rente ohne Bedeutung. Folglich würde, falls sich die ‚Zusammensetzung' des Kapitals verändern sollte, dies keinerlei Einfluß auf die Rente haben. Die Höhe der Rente wird keineswegs durch den Charakter ihres Ursprungs bestimmt, sondern einzig und allein durch den obenerwähnten Unterschied der Produktivität der Arbeit unter verschiedenen Bedingungen." (S. 108/109 des genannten Werkes. Hervorhebungen von Maslow.)

Es wäre interessant festzustellen, ob sich bürgerliche „Marxkritiker" die Widerlegung jemals so leicht gemacht haben. Wirft doch unser großartiger Maslow alles durcheinander, selbst dann, wenn er Marx *interpretiert* (übrigens ist dies auch die Art des Herrn Bulgakow und aller bürgerlichen Widersacher des Marxismus, die sich von Maslow in der Hinsicht durch größere Gewissenhaftigkeit unterscheiden, als sie sich nicht Marxisten nennen). Es ist nicht wahr, daß Marx zufolge die absolute Rente dank der niedrigen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals entsteht. Die absolute Rente ergibt sich aus dem Privateigentum am Boden. Dies Privateigentum schafft ein besonderes Monopol, das mit der kapitalistischen Produktionsweise nichts zu tun hat, die sowohl auf Gemeindeland als auch auf nationalisiertem Grund und Boden bestehen

kann.* Das nichtkapitalistische Monopol des privaten Grundeigentums hindert die Ausgleichung des Profits in denjenigen Produktionszweigen, die durch dieses Monopol geschützt sind. Damit die „Zusammensetzung des Kapitals nicht auf die Profitrate einwirke" (man muß hinzufügen: die Zusammensetzung des individuellen Kapitals oder des Kapitals eines einzelnen Industriezweiges; Maslow wirft auch hier bei der Interpretation von Marx alles durcheinander), damit sich eine *Durchschnitts*profitrate bilde, ist die *Ausgleichung* des Profits aller einzelnen Unternehmungen und aller einzelnen Industriezweige notwendig. Die Ausgleichung wird durch die Freiheit der Konkurrenz, durch freie Anlage des Kapitals in unterschiedslos allen Produktionszweigen herbeigeführt. Kann aber diese Freiheit dort bestehen, wo ein nichtkapitalistisches Monopol vorhanden ist? Nein, das kann sie nicht. Das Monopol des Privateigentums am Grund und Boden *hemmt* die Freiheit der Kapitalanlage, hemmt die Freiheit der Konkurrenz, hemmt die Ausgleichung des (infolge der niedrigen Zusammensetzung des Agrarkapitals) unverhältnismäßig hohen landwirtschaftlichen Profits. Der Einwand Maslows ist von A bis Z Unsinn, und dieser Unsinn tritt uns besonders anschaulich entgegen, wenn wir zwei Seiten weiter den Hinweis ... *auf die Ziegelproduktion* (S. 111) finden, wo die Technik ebenfalls rückständig ist, die organische Zusammensetzung des Kapitals ebenfalls unter dem Durchschnitt liegt, genau wie in der Landwirtschaft, eine Rente aber nicht vorhanden ist!

In der Ziegelproduktion kann es gar keine Rente geben, hochverehrter „Theoretiker", denn die absolute Rente entspringt nicht der niedrigen Zusammensetzung des Agrarkapitals, sondern dem Monopol des privaten Grundeigentums, das die Konkurrenz an einer Ausgleichung des Profits des „niedrig zusammengesetzten" Kapitals hindert. Die absolute Rente leugnen, heißt die ökonomische Bedeutung des Privateigentums am Grund und Boden leugnen.

Das zweite Argument Maslows gegen Marx:

„Die Rente vom ‚letzten' Kapitalaufwand, die Rente von Rodbertus und die absolute Rente von Marx wird verschwinden, denn der Pächter kann den

* Siehe „Theorien über den Mehrwert", Bd. II, Teil 1, S. 208, wo Marx darlegt, daß der Grundeigentümer in der kapitalistischen Produktionsweise ganz überflüssig ist, daß der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise „vollständig erreicht" wird, wenn der Grund und Boden Staatseigentum wird.[92]

‚letzten' Kapitalaufwand immer zum ‚vorletzten' machen, wenn er etwas mehr abwirft als den üblichen Profit." (S. 112.)

Peter Maslow wirft alles – geradezu „skrupellos" – durcheinander.

Erstens zeugt die Gegenüberstellung von Rodbertus und Marx in der Rentenfrage von absoluter Ignoranz. Die Theorie von Rodbertus beruht auf der Voraussetzung, daß die falsche Berechnung des pommerschen Landjunkers (in der Landwirtschaft das Rohmaterial „nicht in Rechnung zu bringen"!) auch für den kapitalistischen Farmer gültig sei. In der Theorie von Rodbertus ist nicht ein Gran *Historismus*, nicht ein Gran geschichtlicher Wirklichkeit vorhanden, denn er nimmt die Landwirtschaft schlechthin, außerhalb von Zeit und Raum, die Landwirtschaft eines beliebigen Landes und einer beliebigen Epoche. Marx nimmt eine besondere geschichtliche Periode, in der der Kapitalismus die Technik der Industrie rascher entwickelt hat als die der Landwirtschaft. Marx nimmt die *kapitalistische* Landwirtschaft, die durch das *nichtkapitalistische* Privateigentum am Grund und Boden beengt ist.

Zweitens zeigt der Hinweis auf den Pächter, der „immer" das letzte Kapital zum vorletzten machen „kann", daß der großartige Peter Maslow nicht nur die absolute, *sondern auch die Differentialrente* von Marx nicht begriffen hat! Das scheint unglaublich, ist aber Tatsache. Der Pächter „kann immer" im Laufe der Frist, für die er den Boden gepachtet hat, *sich jegliche* Rente aneignen und *eignet sie sich auch immer an, indem* er „das letzte Kapital zum vorletzten" macht, indem er – einfacher und (das werden wir sogleich sehen) richtiger gesagt – neues Kapital auf dem Boden anlegt. Während der Gültigkeitsdauer des Pachtvertrages hört das Privateigentum am Grund und Boden für den Pächter zu existieren auf: Er hat sich schon damit, daß er das Pachtgeld bezahlte, von diesem Monopol „losgekauft", es kann ihm nicht mehr hinderlich sein.* Wenn daher der Pächter in seinen Boden neues Kapital hineinsteckt und es ihm neuen Profit *und neue Rente* abwirft, so erhält *nicht der Grundbesitzer, sondern der Pächter* diese Rente. Dem Grundbesitzer wird diese neue Rente erst nach Ablauf der Frist des alten und nach Abschluß eines neuen Pachtvertrages zufallen. Welcher Mechanismus wird dann die

* Hätte Maslow die „Rohentwürfe" des III. Bandes auch nur einigermaßen aufmerksam gelesen, so hätte er unbedingt bemerken müssen, wie oft Marx dies auseinandersetzt.

neue Rente aus der Tasche des Farmers in die des Grundbesitzers hinüberleiten? Der Mechanismus der freien Konkurrenz, denn der Umstand, daß der Pächter nicht nur einen Durchschnittsprofit, sondern noch einen Extraprofit (= Rente) erzielt, wird dem außergewöhnlich einträglichen Unternehmen Kapital zuführen. Das erklärt einerseits, warum unter sonst gleichbleibenden Umständen für die Pächter eine langfristige, für die Grundbesitzer aber eine kurzfristige Pacht vorteilhaft ist. Das erklärt anderseits, weshalb zum Beispiel die englischen Grundbesitzer nach Aufhebung der Korngesetze in England die Farmer kontraktlich verpflichteten, in jedem Acre ihres Grundstücks anstatt acht mindestens zwölf Pfund Sterling (ungefähr 110 Rubel) anzulegen. Die Grundbesitzer stellten auf diese Weise die gesellschaftlich notwendige landwirtschaftliche Technik in Rechnung, die infolge der Aufhebung der Korngesetze Fortschritte machte.

Es fragt sich nun: Welche Art von neuer Rente eignet sich der Pächter während der Gültigkeitsdauer des Pachtvertrags an? Nur die absolute oder auch die Differentialrente? Die eine wie die andere. Denn hätte sich Peter Maslow die Mühe gemacht, Marx zu begreifen, bevor er sich an die komische „Kritik der Rohentwürfe" machte, so wüßte er, daß nicht nur unterschiedliche Bodenstücke, sondern auch unterschiedliche Kapitalanlagen *auf ein und demselben Bodenstück* Differentialrente abwerfen.*

Drittens (wir bitten um Verzeihung, daß wir den Leser mit einer so langen Aufzählung der Irrtümer Maslows an Hand eines jeden seiner Sätze ermüden, aber was sollen wir tun, wenn wir einen so „fruchtbaren" Konfusionsrat**, wie die Deutschen sagen, vor uns haben?), drittens also ist die Argumentation Maslows in bezug auf das letzte und vorletzte Kapital auf dem berüchtigten „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag"

---

* Die Differentialrente, die der Verschiedenheit der verschiedenen Ländereien entspringt, nennt Marx die erste Form der Differentialrente, und diejenige, die der verschiedenen Produktivität zusätzlicher Anlagen auf demselben Boden entspringt, die zweite Form der Differentialrente. In den „Rohentwürfen" des dritten Bandes ist diese Unterscheidung mit peinlicher Genauigkeit durchgeführt (Abschn. VI, Kap. 39–43), und man muß „Marxkritiker" vom Schlage der Herren Bulgakow sein, um dies „nicht zu bemerken".[93]

** „Konfusionsrat" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

aufgebaut. Gleich den bürgerlichen Ökonomen erkennt Maslow dieses Gesetz an (und bezeichnet sogar diese dumme Erfindung „um der Wichtigkeit halber" als eine Tatsache). Gleich den bürgerlichen Ökonomen verbindet Maslow dieses Gesetz mit der Theorie der Rente, indem er mit der Dreistigkeit eines völligen Ignoranten in Fragen der Theorie erklärt: „Wenn die Tatsache der Abnahme der Produktivität der letzten Kapitalanlagen nicht wäre, so gäbe es auch keine Grundrente." (114.)

Wir verweisen den Leser hinsichtlich der Kritik dieses vulgär-bürgerlichen „Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag" auf das, was ich im Jahre 1901 gegen Herrn Bulgakow gesagt habe.* In *dieser* Frage besteht *im Grunde genommen keinerlei* Unterschied zwischen Bulgakow und Maslow.

Zur Ergänzung des gegen Bulgakow Gesagten wollen wir nur noch eine Stelle aus den „Rohentwürfen" des III. Bandes anführen, welche die Großartigkeit der Maslow-Bulgakowschen Kritik besonders anschaulich bloßlegt:

„Statt auf die wirklichen naturgemäßen Ursachen der Erschöpfung des Bodens zurückzugehn, welche übrigens sämtlichen Ökonomen, die über Differentialrente geschrieben haben, unbekannt waren wegen des Zustandes der Agrikulturchemie zu ihrer Zeit, ist die flache Auffassung zu Hilfe genommen worden, daß man nicht jede beliebige Masse Kapital in einem räumlich begrenzten Feld anlegen kann; wie z. B. die Westminster Review dem Richard Jones entgegenhielt, daß man nicht ganz England durch Bebauung von Soho Square** füttern kann . . ."[94]

Eben dieser Einwand bildet das einzige Argument, das sowohl Maslow als auch alle anderen Anhänger des „Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag" ins Feld führen: Wenn dieses Gesetz nicht bestünde, wenn die nachfolgenden Kapitalanlagen ebenso produktiv sein könnten wie die früheren, dann wäre doch wirklich kein Grund vorhanden, die Anbaufläche zu vergrößern, dann könnte man ja eine beliebige Menge landwirtschaftlicher Produkte von der kleinsten Fläche durch Vergrößerung der neuen Kapitalanlagen im Boden erhalten, d. h., dann könnte man ja „ganz England allein von Soho Square füttern", „die Landwirtschaft des

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 101–114. *Die Red.*

** Ein kleiner Park in London.

ganzen Erdballs auf einer einzigen Desjatine unterbringen"* usw. Marx analysiert folglich das *grundlegende* Argument zugunsten des „Gesetzes" vom abnehmenden Bodenertrag.

„Wenn dies", fährt Marx fort, „als ein besondrer Nachteil der Agrikultur angesehn wird, so ist gerade das Umgekehrte wahr. Es können hier sukzessive Kapitalanlagen fruchtbringend angelegt werden, weil die Erde selbst als Produktionsinstrument wirkt, was bei einer Fabrik, wo sie nur als Unterlage, als Platz, als räumliche Operationsbasis fungiert, nicht oder nur innerhalb sehr enger Grenzen der Fall ist. Man kann zwar – und dies tut die große Industrie – in einem, verglichen mit dem parzellierten Handwerk, kleinen Raum eine große Produktionsanlage konzentrieren. Aber, die Entwicklungsstufe der Produktivkraft gegeben, ist immer ein bestimmter Raum erforderlich, und das Bauen in die Höhe hat auch seine bestimmten praktischen Grenzen. Über diese hinaus erfordert Ausdehnung der Produktion auch Erweiterung des Bodenraums. Das in Maschinen usw. angelegte fixe Kapital verbessert sich nicht durch den Gebrauch, sondern verschleißt im Gegenteil. Infolge neuer Erfindungen können auch hier einzelne Verbesserungen angebracht werden, aber die Entwicklung der Produktivkraft als gegeben vorausgesetzt, kann sich die Maschine nur verschlechtern. Bei rascher Entwicklung der Produktivkraft muß die ganze alte Maschinerie durch vorteilhaftere ersetzt werden, also verlorengehn. Die Erde dagegen, richtig behandelt, verbessert sich fortwährend. Der Vorzug der Erde, daß sukzessive Kapitalanlagen Vorteil bringen können, ohne daß die frühern verlorengehn, schließt zugleich die Möglichkeit der Ertragsdifferenz dieser sukzessiven Kapitalanlagen ein." („Das Kapital", III. Band, 2. Teil, Seite 314.)[95]

Maslow hat es vorgezogen, das auswendig gelernte Märchen der bürgerlichen Ökonomie vom Gesetz des abnehmenden Bodenertrags zu wiederholen, statt sich in die Marxsche Kritik hineinzudenken. Und Maslow besitzt noch die Dreistigkeit, eben hier, in bezug auf dieselben Fragen, indem er Marx verdreht, auf Darlegung des Marxismus Anspruch zu erheben!

* Siehe oben: „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" über das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Dieselbe Dummheit bei Maslow: „Der Unternehmer wird sukzessiv alle (!) seine Kapitalien z. B. in einer Desjatine anlegen, wenn die neuen Anlagen denselben Profit abwerfen" (107) usw.

Bis zu welchem Grade Maslow auf Grund seiner rein bürgerlichen Einstellung zum „Naturgesetz" vom abnehmenden Bodenertrag die Theorie der Rente entstellt, ist auch aus der folgenden Tirade zu ersehen, die Maslow in Sperrdruck bringt: „Wären die sukzessiven Kapitalanlagen auf dieselbe Bodenfläche, dadurch, daß sie zu einer Intensivierung der Wirtschaft führen, ebenso produktiv, so würde die Konkurrenz neuer Ländereien sofort verschwinden, da außer den Produktionskosten die Transportkosten auf den Getreidepreis zugeschlagen werden." (S. 107.)

Also läßt sich die überseeische Konkurrenz nur mit Hilfe des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag erklären! Ganz wie bei den bürgerlichen Ökonomen! Aber wenn Maslow den III. Band nicht zu lesen verstand oder nicht fähig war, ihn zu begreifen, so hätte er sich wenigstens mit der „Agrarfrage" von Kautsky oder mit der Broschüre von Parvus über die Agrarkrisis bekannt machen sollen. Maslow hätte vielleicht aus den populären Darlegungen dieser Marxisten begriffen, daß der Kapitalismus die Rente *hochtreibt*, indem er die industrielle Bevölkerung vergrößert. Und der Bodenpreis (= kapitalisierte Rente) *fixiert* die übermäßig hochgetriebenen Renten. Das gilt auch für die Differentialrente, so daß wir hier zum zweitenmal sehen, daß Maslow von Marx überhaupt nichts begriffen hat, nicht einmal das, was die einfachste Art der Rente betrifft.

Die bürgerliche Ökonomie erklärt die „Konkurrenz neuer Ländereien" durch das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag", denn der Bourgeois ignoriert wissentlich und unwissentlich die soziale und geschichtliche Seite der Sache. Die sozialistische Ökonomie (d. h. der Marxismus) erklärt die überseeische Konkurrenz dadurch, daß die Ländereien, die keine Rente zahlen, die außerordentlich hohen Getreidepreise herabdrücken, die der Kapitalismus der alten europäischen Länder, der die Grundrente zu unglaublicher Höhe emporgetrieben hat, fixiert hat. Der bürgerliche Ökonom begreift nicht (oder sucht es vor sich selbst und anderen zu verbergen), daß die Höhe der vermittels des Privateigentums am Grund und Boden fixierten Rente den Fortschritt der Landwirtschaft *hemmt*, und er schiebt die Schuld dem „natürlichen" Hindernis, der „Tatsache" des abnehmenden Bodenertrags zu.

3. *Muß man zur Widerlegung der Volkstümlerrichtung Marx widerlegen?*

Nach der Ansicht Peter Maslows muß man das. Indem er seine einfältige „Theorie" weiter„entwickelt", belehrt er uns im „Obrasowanije":

„Wenn die ‚Tatsache' der sinkenden Produktivität der sukzessiven Arbeitsaufwendungen auf dieselbe Bodenfläche nicht wäre, so könnte vielleicht noch das Idyll, das die Sozialrevolutionäre und die Sozialvolkstümler ausmalen, Wirklichkeit werden: Jeder Bauer nutzt das ihm zugewiesene Stückchen Land und legt darin soviel Arbeit an, wie er will, der Boden aber ‚entgilt' ihm jede ‚Anlage' mit einer entsprechenden Produktenmenge." (Nr. 2, 1907, S. 123.)

Wäre also Marx nicht von Peter Maslow widerlegt worden, so hätten vielleicht die Volkstümler recht! Bis zu solchen Perlen versteigt sich unser „Theoretiker". Wir aber hatten bisher ganz einfach, marxistisch, geglaubt, das Idyll der Verewigung der Kleinproduktion werde durchaus nicht durch das bürgerlich-stumpfsinnige „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" widerlegt, sondern durch die Tatsache der Warenproduktion, durch die Herrschaft des Marktes, durch die Überlegenheit der großen kapitalistischen Landwirtschaft gegenüber der kleinen usw. Maslow hat all das umgestoßen! Maslow hat entdeckt, daß die Volkstümler, wenn das von Marx widerlegte bürgerliche Gesetz nicht bestünde, recht behalten hätten!

Nicht genug damit. Auch die Revisionisten würden recht behalten. Hier noch eine weitere Betrachtung unseres hausbackenen Ökonomen:

„Wenn ich nicht irre, habe ich (Peter Maslow) als erster (man denke!) den Unterschied zwischen der Bedeutung der Bodenkultur und der des technischen Fortschritts für die Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere für den Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb besonders nachdrücklich hervorgehoben. Wenn die Intensivierung der Landwirtschaft, die weiteren Arbeits- und Kapitalaufwendungen in der großen wie auch in der kleinen Wirtschaft gleichermaßen weniger produktiv sind, so bietet dagegen der technische Fortschritt, der die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit erhöht, hier ebenso wie in der Industrie dem Großbetrieb riesige und ganz außerordentliche Vorteile. Diese Vorteile hängen fast ausschließlich von den technischen Bedingungen ab ..." Sie bringen

alles durcheinander, mein Lieber: die Vorteile des Großbetriebes in kommerzieller Hinsicht haben eine große Bedeutung.

„Dagegen können Maßnahmen der Bodenkultur gewöhnlich ebenso im großen wie im kleinen Betrieb angewendet werden." Maßnahmen der Bodenkultur „können" angewendet werden.

Der tiefsinnige Maslow kennt anscheinend eine Wirtschaft, wo Maßnahmen der Bodenkultur nicht Anwendung finden können. „Zum Beispiel ist die Ablösung der Dreifelderwirtschaft durch die Vielfelderwirtschaft, die Vergrößerung der Menge der Düngemittel, tieferes Pflügen usw. gleichermaßen im Großbetrieb wie im Kleinbetrieb möglich und beeinflußt in gleicher Weise die Produktivität der Arbeit. Doch steigert zum Beispiel die Einführung der Mähmaschine die Produktivität der Arbeit nur in den größeren Betrieben, da kleine Anbaustreifen bequemer mit der Sense oder Sichel gemäht werden können."

Ja, zweifellos ist es Maslow „als erstem" gelungen, eine solch heillose Verwirrung in dieser Frage zu stiften! Man bedenke nur: Der Dampfpflug (tieferes Pflügen) ist „Bodenkultur", die Mähmaschine ist „Technik". Es ergibt sich aus der Lehre unseres unvergleichlichen Maslow, daß der Dampfpflug *keine* Technik bedeutet. Es ergibt sich, daß die Mähmaschine *keinen* weiteren Arbeits- und Kapitalaufwand darstellt. Künstliche Düngemittel, Dampfpflug, Anbau von Futtergräsern, das ist „Intensivierung", Mähmaschine und überhaupt ein „großer Teil der landwirtschaftlichen Maschinen", das ist „technischer Fortschritt". Eine solche Dummheit „mußte" Maslow deshalb austüfteln, weil man doch irgendwie mit dem „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag", das durch den technischen Fortschritt *widerlegt* wird, zurechtkommen muß. Bulgakow versuchte sich damit herauszuwinden, daß er sagte: Der technische Fortschritt ist etwas Vorübergehendes, der Stillstand etwas Beständiges. Maslow versucht es damit, daß er eine höchst amüsante Teilung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft in „Intensivierung" und „Technik" ausklügelt.

Was ist Intensivierung? Weiterer Arbeits- und Kapitalaufwand. Eine Mähmaschine ist, laut der Entdeckung des großen Maslow, *kein* Kapitalaufwand, eine Drillmaschine ist *kein* Kapitalaufwand! Die „Ablösung der Dreifelderwirtschaft durch die Vielfelderwirtschaft" wäre *gleichermaßen* im Großbetrieb wie im Kleinbetrieb möglich? Das ist nicht wahr. Die

Einführung der Vielfelderwirtschaft erfordert ebenfalls weitere Kapitalaufwendungen und ist *viel eher* im Großbetrieb möglich. Siehe hierüber unter anderem weiter oben die Daten über die deutsche Landwirtschaft. („Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'"*.) Die russischen Daten besagen dasselbe. Und die einfachste Überlegung zeigt uns, daß es nicht anders sein kann, daß die Vielfelderwirtschaft nicht *gleichermaßen* im Kleinbetrieb und im Großbetrieb Anwendung finden kann. Die Vergrößerung der Menge der Düngemittel kann nicht „gleichermaßen möglich" sein, da der Großbetrieb 1. mehr Großvieh besitzt, das in dieser Hinsicht am wichtigsten ist, 2. das Vieh besser füttert und nicht so an Stroh „spart" usw., 3. bessere Einrichtungen zur Aufbewahrung der Düngemittel besitzt, 4. mehr Kunstdünger verbraucht. Maslow entstellt wahrhaft „skrupellos" die allgemein bekannten Daten über die moderne Landwirtschaft. Endlich ist auch tieferes Pflügen *nicht gleichermaßen* im Kleinbetrieb wie im Großbetrieb *möglich*. Es sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen: Erstens wird im Großbetrieb immer mehr der Dampfpflug verwendet (siehe oben die Angaben über Deutschland**; jetzt wahrscheinlich auch der elektrische Pflug). Vielleicht wird es auch Maslow einleuchten, daß dieser nicht „gleichermaßen" im Großbetrieb wie im Kleinbetrieb anwendbar ist. Im Kleinbetrieb werden immer mehr *Kühe* als Zugvieh verwendet. Denken Sie mal nach, großer Maslow, *kann* das wohl die gleiche Möglichkeit des tieferen Pflügens bedeuten? Zweitens besitzt, selbst wenn Groß- und Kleinbetrieb dieselben Arten von Arbeitsvieh verwenden, das Arbeitsvieh im Kleinbetrieb *geringere Zugkraft*, und so kann keine Gleichheit der Bedingungen für die Tiefe des Pflügens bestehen.

Mit einem Wort, es ist schwer, bei Maslow einen Satz zu finden, der den krampfhaften Versuch „theoretischen" Denkens enthält, ohne auf eine unerschöpfliche Menge der unglaublichsten Konfusion und der erstaunlichsten Ignoranz zu stoßen. Maslow aber schließt unbeirrt:

„Wer sich über den Unterschied der *beiden* angeführten Seiten der Entwicklung der Landwirtschaft (Verbesserung der Kultur und Verbesserung der Technik) klargeworden ist, der wird mit Leichtigkeit die ganze Argumentation des Revisionismus und bei uns der Volkstümlerrichtung über den Haufen werfen." („Obrasowanije", 1907, Nr. 2, S. 125.)

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 177. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 126. *Die Red.*

Soso. Maslow ist *nur* deshalb kein Volkstümler und kein Revisionist, weil er es verstanden hat, sich über die Rohentwürfe von Marx zu erheben und sich über die veralteten Vorurteile der veralteten bürgerlichen Ökonomie „klarzuwerden". Die alte Leier in neuer Gestalt! Marx gegen Marx, riefen Bernstein und Struve aus. Man kann den Revisionismus nicht widerlegen, ohne Marx widerlegt zu haben, verkündet Maslow.

Zum Schluß noch eine charakteristische Kleinigkeit. Wenn Marx, der die Theorie der absoluten Rente schuf, unrecht hat, wenn es eine Rente ohne das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" nicht geben kann, wenn die Volkstümler und die Revisionisten im Falle des Nichtbestehens dieses Gesetzes recht haben könnten, so müßten, sollte man meinen, in Maslows „Theorie" seine *„Korrekturen"* am Marxismus den wichtigsten Platz einnehmen. Und sie nehmen ihn auch tatsächlich ein. Doch zieht Maslow es vor, sie trotzdem zu verbergen. Vor kurzem ist die deutsche Übersetzung seines Buches „Die Agrarfrage in Rußland" erschienen. Es interessierte mich zu sehen, *in welcher Form* Maslow den europäischen Sozialdemokraten seine unglaublichen theoretischen Plattheiten auftischt. Wie sich herausstellte, *in gar keiner* Form. Vor den Europäern *versteckte* Maslow *seine „ganze" Theorie*. Er hat alles hinausgeworfen, was sich auf die Leugnung der absoluten Rente, auf das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag usw. bezieht. Unwillkürlich mußte ich dabei an die Geschichte von jenem Unbekannten denken, der einer Diskussion von Philosophen des Altertums zum ersten Male beiwohnte und dabei die ganze Zeit schwieg. Bist du klug, sagte ihm darauf einer der Philosophen, so handelst du dumm. Bist du aber dumm, so handelst du klug.

4. Hängt die Leugnung der absoluten Rente mit dem Munizipalisierungsprogramm zusammen?

So sehr auch Maslow von dem Bewußtsein der Wichtigkeit seiner großartigen Entdeckungen auf dem Gebiet der Theorie der politischen Ökonomie durchdrungen ist, so hegt er anscheinend doch einige Zweifel daran, ob ein derartiger Zusammenhang besteht. Wenigstens leugnet er in dem angeführten Artikel („Obrasowanije" Nr. 2, S. 120) den Zusammenhang zwischen der Munizipalisierung und der „Tatsache" des

abnehmenden Bodenertrags. Es ergibt sich etwas Sonderbares: Das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" hängt zusammen mit der Leugnung der absoluten Rente, es hängt auch zusammen mit dem Kampf gegen die Volkstümlerrichtung, hängt aber angeblich nicht zusammen mit dem Maslowschen Agrarprogramm! Von der Unrichtigkeit dieser Meinung, wonach kein Zusammenhang zwischen der allgemeinen Agrartheorie und dem russischen Agrarprogramm Maslows besteht, kann man sich aber auch auf direktem Wege leicht überzeugen.

Die absolute Rente leugnen heißt die ökonomische Bedeutung des privaten Grundeigentums im Kapitalismus leugnen. Wer nur das Bestehen der Differentialrente anerkennt, der muß unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß der Umstand, ob der Grund und Boden Staatseigentum oder das Eigentum von Privatpersonen ist, gar nichts an den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Entwicklung ändert. In beiden Fällen gibt es vom Standpunkt der Theorie, die die absolute Rente leugnet, einzig und allein die Differentialrente. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Theorie dazu führen *muß*, jegliche Bedeutung der Nationalisierung als eine Maßnahme, die auf die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigend wirkt, ihm den Weg ebnet usw., zu leugnen. Entspringt doch diese Ansicht von der Nationalisierung der Anerkennung von zwei Rentenarten – der kapitalistischen, d. h. derjenigen, die sich unter dem Kapitalismus selbst auf nationalisiertem Grund und Boden nicht abschaffen läßt (Differentialrente), und der *nicht*kapitalistischen, die mit einem für den Kapitalismus unnötigen, die volle Entwicklung des Kapitalismus hemmenden Monopol verbunden ist (absolute Rente).

Deshalb mußte Maslow, von seiner „Theorie" ausgehend, unvermeidlich zu der Schlußfolgerung kommen, daß es „ganz gleich ist, ob man sie (die Grundrente) absolute oder Differentialrente nennt" („Obrasowanije" Nr. 3, S. 103), und daß es sich *nur* darum handle, ob diese Rente an örtliche Institutionen oder an die Zentralgewalt abgeführt wird. Eine solche Ansicht aber ist das Ergebnis theoretischer Ignoranz. Vollständig unabhängig von der Frage, an wen die Rente abgeführt und zu welchen politischen Zwecken sie verwendet wird, besteht noch die unvergleichlich wichtigere Frage nach den Veränderungen in den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Entwick-

lung, die durch die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden hervorgerufen werden.

Dieses rein ökonomische Problem ist von Maslow gar nicht aufgeworfen, gar nicht erkannt worden und konnte auch gar nicht erkannt werden, wenn man die absolute Rente leugnet. Daher wird in ungeheuerlich einseitiger Weise, *„auf Politikasterart"*, könnte ich sagen, die Frage der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien ausschließlich darauf reduziert, wer die Rente in die Tasche steckt. Daher der ungeheuerliche *Dualismus* im Programm, das auf die „siegreiche Entwicklung der Revolution" (die Ausdrucksweise der auf dem Stockholmer Parteitag dem Maslowschen Programm beigefügten Resolution über die Taktik) berechnet ist. Eine *siegreiche* Entwicklung der bürgerlichen Revolution setzt vor allen Dingen grundlegende *ökonomische* Umgestaltungen voraus, die tatsächlich alle und jegliche Überreste des Feudalismus und der mittelalterlichen Monopole hinwegfegen. Dagegen sehen wir bei der Munizipalisierung einen wahrhaften *agrarischen Bimetallismus*: die Vereinigung des ältesten, veralteten und überlebten, mittelalterlichen Anteillandbesitzes mit der Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden, d. h. also mit der fortgeschrittensten, theoretisch idealen Regelung der Bodenverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser agrarische Bimetallismus ist theoretisch absurd und vom rein ökonomischen Gesichtspunkt aus etwas Unmögliches. Die Vereinigung von Privateigentum am Grund und Boden mit Gemeineigentum ist hier eine rein mechanische Vereinigung, „erfunden" von einem Menschen, der in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft gar keinen Unterschied sieht, ob es nun das Privateigentum am Grund und Boden gibt oder nicht. Für einen solchen „Theoretiker" besteht die Frage ausschließlich darin, wie man die Rente verteilen soll, „ganz gleich, ob man sie absolute oder Differentialrente nennt".

In Wirklichkeit ist es in einem kapitalistischen Land unmöglich, die Hälfte des Grund und Bodens (138 Mill. Desj. von 280) in Privateigentum zu belassen. Eins von beiden. Entweder verlangt die gegebene Stufe der ökonomischen Entwicklung tatsächlich das Privateigentum am Grund und Boden, entweder entspricht dieses tatsächlich den Grundinteressen der Klasse der kapitalistischen Landwirte; dann ist das Privateigentum am Grund und Boden als *Grundlage* der bürgerlichen Gesellschaft, die sich nach einem bestimmten Typus herausgebildet hat, überall unvermeidlich.

Oder aber das Privateigentum am Grund und Boden ist auf der gegebenen Stufe der kapitalistischen Entwicklung nicht unbedingt notwendig, entspringt nicht unvermeidlich den Interessen der Farmerklasse, widerspricht sogar diesen Interessen – dann ist die Beibehaltung dieses Eigentums in seiner veralteten Form unmöglich.

Die Aufrechterhaltung des Monopols auf der *einen* Hälfte der kultivierten Bodenfläche, die Schaffung eines Privilegs für eine Kategorie kleiner Landwirte, die Verewigung eines die Eigentümer von den Pächtern des Gemeinbodens trennenden *„Reservats"* in einer freien kapitalistischen Gesellschaft ist eine Ungereimtheit, die untrennbar eben mit der Ungereimtheit der ökonomischen Theorie Maslows zusammenhängt.

Wir müssen nunmehr zur Prüfung der von Maslow und seinen Anhängern* in den Hintergrund geschobenen *ökonomischen* Bedeutung der Nationalisierung übergehen.

5. Kritik des Privateigentums am Grund und Boden vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus

Der Fehler, die absolute Rente, diese Form der Realisierung des privaten Grundeigentums in kapitalistischen Einkünften, zu leugnen, hat zu einem bedeutenden Mangel der sozialdemokratischen Literatur und der ganzen sozialdemokratischen Position in der Agrarfrage in der russischen Revolution geführt. Anstatt die Kritik des Privateigentums am Grund und Boden in die eigenen Hände zu nehmen, anstatt diese Kritik auf der Basis einer ökonomischen Analyse, der Analyse einer bestimmten ökonomischen Evolution, aufzubauen, haben unsere Sozialdemokraten, Maslow folgend, diese Kritik den Volkstümlern überlassen. Daraus entstand eine starke theoretische Verflachung des Marxismus und eine Entstellung seiner propagandistischen Aufgaben in der Revolution. Die Kritik des Privateigentums am Grund und Boden in den Dumareden, in der Propaganda- und Agitationsliteratur usw. erfolgte *lediglich* vom Standpunkt der

* Unter diese Anhänger geriet in Stockholm auch Plechanow. Die Ironie der Geschichte hat es gefügt, daß dieser angeblich so strenge Hüter der Orthodoxie *nicht bemerkte oder nicht bemerken wollte*, wie Maslow die ökonomische Theorie von Marx entstellte.

Volkstümler, d. h. von einem kleinbürgerlichen, quasisozialistischen Standpunkt aus. Den realen Kern aus dieser kleinbürgerlichen Ideologie herauszuschälen verstanden die Marxisten nicht, denn sie begriffen nicht, daß ihre Aufgabe darin bestand, in die Behandlung dieser Frage das historische Element hineinzutragen und den Standpunkt der Kleinbürger (abstrakte Idee der Gleichmacherei, der Gerechtigkeit u. dgl.) durch den Standpunkt des Proletariats hinsichtlich der wirklichen Wurzeln des Kampfes gegen das private Grundeigentum in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft zu ersetzen. Der Volkstümler glaubt, daß die Negierung des Privateigentums am Grund und Boden Negierung des Kapitalismus bedeute. Das ist falsch. Die Negierung des Privateigentums am Grund und Boden ist ein Ausdruck der Erfordernisse der kapitalistischen Entwicklung in ihrer reinsten Form. Und wir müssen den Marxisten die „vergessenen Worte" von Marx ins Gedächtnis zurückrufen, der das private Grundeigentum vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen aus kritisiert hat.

Diese Kritik richtete Marx nicht nur gegen den großen, sondern auch gegen den kleinen Grundbesitz. Das freie Grundeigentum des kleinen Bauern ist eine notwendige Begleiterscheinung der Kleinproduktion in der Landwirtschaft unter bestimmten historischen Bedingungen. A. Finn hatte durchaus recht, als er dies Maslow gegenüber unterstrich. Aber eine solche Anerkennung der historischen, durch die *Erfahrung* bestätigten Notwendigkeit schließt nicht aus, daß der Marxist verpflichtet ist, das kleine Grundeigentum allseitig zu bewerten. Die wirkliche Freiheit eines solchen Eigentums ist ohne die Freiheit des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden undenkbar. Privateigentum am Grund und Boden bedeutet die Notwendigkeit von Kapitalaufwand für den Ankauf von Grund und Boden. Darüber schrieb Marx im III. Band des „Kapitals": „Eines der spezifischen Übel der kleinen Agrikultur, wo sie mit freiem Eigentum am Boden verknüpft ist, entspringt daraus, daß der Bebauer ein Kapital im Ankauf des Bodens auslegt." (III, 2, 342.)[96] „Die Auslage des Kapitals im Bodenpreis entzieht dies Kapital der Kultur." (Ib.*, 341.)[97]

„Die Ausgabe von Geldkapital für Ankauf des Bodens ist also keine Anlage von agrikolem Kapital. Sie ist pro tanto [um soviel] eine Verminderung des Kapitals, über das die Kleinbauern in ihrer Produktions-

* Ibidem – ebenda. *Die Red.*

sphäre selbst verfügen können. Sie vermindert pro tanto den Umfang ihrer Produktionsmittel und verengert daher die ökonomische Basis der Reproduktion. Sie unterwirft den Kleinbauer dem Wucher, da in dieser Sphäre überhaupt weniger eigentlicher Kredit vorkommt. Sie ist ein Hemmnis der Agrikultur, auch wo dieser Kauf bei großen Gutswirtschaften stattfindet. Sie widerspricht in der Tat der kapitalistischen Produktionsweise, der die Verschuldung des Grundeigentümers, ob er sein Gut geerbt oder gekauft hat, im ganzen gleichgültig ist." (344/345.)[98]

Auf diese Weise sind sowohl die Verpfändung des Grund und Bodens als auch der Wucher sozusagen Formen, vermittels welcher das Kapital die Schwierigkeiten *umgeht*, die das Privateigentum am Boden dem freien Eindringen des Kapitals in die Landwirtschaft entgegenstellt. Ohne Kapital kann man in einer Gesellschaft mit Warenproduktion keine Wirtschaft führen. Das muß sowohl dem Bauern als auch seinem Ideologen, dem Volkstümler, einleuchten. Somit läuft die Frage darauf hinaus, ob das Kapital, direkt und indirekt, völlig frei in der Landwirtschaft verwendet werden kann oder durch die Vermittlung von Wucherern und Kreditinstituten. Das Denken des Bauern und des Volkstümlers, die sich teils der vollen Herrschaft des Kapitals in der heutigen Gesellschaft nicht bewußt sind, sich teils die Kappe der Illusionen und Träume über die Augen ziehen, um die unangenehme Wirklichkeit nicht zu sehen – dieses Denken ist auf die finanzielle Hilfe von außen gerichtet. „Personen, die den Grund und Boden aus dem allgemeinen Volksfonds erhalten haben", lautet § 15 des Agrarentwurfs der 104, „und die keine genügenden Mittel besitzen, um alles für die Wirtschaftsführung Notwendige zu beschaffen, muß auf Rechnung des Staates in Form von Darlehen und Subventionen Hilfe gewährt werden." Es unterliegt natürlich keinem Zweifel, daß eine solche finanzielle Hilfe bei einer Reorganisation der russischen Landwirtschaft durch eine siegreiche Bauernrevolution notwendig wäre. Kautsky unterstreicht dies mit vollem Recht in seiner Schrift „Die Agrarfrage in Rußland". Es handelt sich jetzt aber darum, welches die von den Volkstümlern übersehene sozialökonomische Bedeutung aller dieser „Gelddarlehen und Subventionen" ist. Der Staat kann lediglich Vermittler bei der Übergabe des Geldes der Kapitalisten sein, er selbst kann das Geld nur bei Kapitalisten erhalten. Folglich wird selbst bei der denkbar besten Organisation der staatlichen Hilfe die Herrschaft des Kapitals keineswegs beseitigt, und

die Frage bleibt die gleiche: welches die möglichen Formen der Kapitalanlage in der Landwirtschaft sind.

Diese Frage aber führt unvermeidlich zur marxistischen Kritik des Privateigentums am Grund und Boden. Dieses Eigentum bildet ein *Hindernis* für die freie Kapitalanlage auf den Boden. Entweder volle Freiheit dieser Anlage – dann aber Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden, d. h. Nationalisierung des Grund und Bodens; oder Beibehaltung des privaten Grundeigentums – dann aber *Umgehungs*formen des Eindringens des Kapitals: Verpfändung des Bodens durch den Gutsbesitzer und Bauern, Versklavung des Bauern durch den Wucherer, Verpachtung des Bodens an den kapitalkräftigen Pächter.

„Hier, bei der kleinen Kultur", sagt Marx, „tritt der Bodenpreis, Form und Resultat des Privateigentums am Boden, als Schranke der Produktion selbst auf. Bei der großen Agrikultur und dem auf kapitalistischer Betriebsweise beruhenden großen Grundeigentum tritt das Eigentum ebenso als Schranke auf, weil es den Pächter in der produktiven Kapitalanlage beschränkt, die in letzter Instanz nicht ihm, sondern dem Grundeigentümer zugut kommt." (346/347, 2. Teil, III. Band, „Das Kapital".)[99]

Folglich bedeutet die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden die äußerste, in der bürgerlichen Gesellschaft irgend mögliche Beseitigung aller und jeglicher Schranken, die einer freien Kapitalanlage in der Landwirtschaft und dem freien Übergang des Kapitals aus einem Produktionszweig in einen anderen im Wege stehen. Freie, breite und rasche Entwicklung des Kapitalismus, volle Freiheit des Klassenkampfes, Fortfall aller überflüssigen Vermittler, durch die die Landwirtschaft der im „Schwitzsystem" arbeitenden Industrie angeglichen wird – das ist es, was die Nationalisierung des Grund und Bodens bei kapitalistischer Produktionsweise bedeutet.

6. Die Nationalisierung des Grund und Bodens und die „Geld"rente

Ein interessantes ökonomisches Argument gegen die Nationalisierung hat der Anhänger der Bodenaufteilung A. Finn vorgebracht. Sowohl die Nationalisierung als auch die Munizipalisierung, sagt er, sei Übergabe der

Rente an ein bestimmtes gesellschaftliches Kollektiv. Es fragt sich aber, um was für eine Rente es sich hier handelt. Nicht um eine kapitalistische, denn „eine Rente in kapitalistischem Sinne erhalten die Bauern gewöhnlich von ihrem Grund und Boden nicht" („Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie", S. 77, vgl. S. 63), sondern um eine *vorkapitalistische* Geldrente.

Unter Geldrente versteht Marx das vom Bauern an den Gutsbesitzer entrichtete gesamte Mehrprodukt in Geldform. Die ursprüngliche Form der ökonomischen Abhängigkeit des Bauern vom Gutsbesitzer ist bei den vorkapitalistischen Produktionsweisen die Arbeitsrente, d. h. die Fronarbeit, dann die Produktenrente oder Naturalrente und schließlich die Geldrente. Diese Rente, sagt A. Finn, „ist auch jetzt bei uns die meistverbreitete" (S. 63).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die feudale wucherische Pacht bei uns außerordentlich weit verbreitet ist und daß nach der Marxschen Theorie die Zahlungen der Bauern bei einer solchen Pacht zum großen Teil eine Geldrente darstellen. Welche Macht kann aus den Bauern eine *solche* Rente herauspressen? Die Macht der Bourgeoisie und des sich entwickelnden Kapitalismus? Ganz und gar nicht. Die Macht der fronherrlichen Latifundien. Insofern letztere zerschlagen werden – das aber ist der Ausgangspunkt und die Grundbedingung der bäuerlichen Agrarrevolution –, kann man von einer „Geldrente" im vorkapitalistischen Sinne nicht sprechen. Der Einwand Finns hat folglich nur die Bedeutung, daß er noch einmal unterstreicht, wie unsinnig eine *Trennung* des bäuerlichen Anteillandes von den übrigen Ländereien bei einer revolutionären Agrarumwälzung ist: da das Anteilland häufig von Gutsbesitzerländereien umgeben ist, da aus den *gegenwärtigen* Bedingungen der Abgrenzung von bäuerlichem und Gutsbesitzerland eine Knechtschaft entsteht, so ist die Beibehaltung dieser Abgrenzung *reaktionär. Die Munizipalisierung aber behält sie bei, zum Unterschied sowohl von der Aufteilung wie von der Nationalisierung.*

Das Bestehen des kleinen Grundeigentums oder, richtiger ausgedrückt, des Kleinbetriebs bringt natürlich gewisse Änderungen in den allgemeinen Leitsätzen der Theorie der kapitalistischen Rente mit sich, hebt aber diese Theorie nicht auf. Marx weist zum Beispiel darauf hin, daß die absolute Rente als solche gewöhnlich in der kleinen Landwirtschaft, die hauptsäch-

lich für die Befriedigung des eigenen Bedarfs des Landwirtes arbeitet, nicht existiert. (III, 2, 339, 344.)[100] Aber je weiter sich die Warenwirtschaft entwickelt, desto mehr lassen sich *alle* Leitsätze der ökonomischen Theorie auch auf die bäuerliche Wirtschaft anwenden, nachdem diese nun einmal in die Verhältnisse der kapitalistischen Welt eingetreten ist. Es darf nicht vergessen werden, daß keinerlei Nationalisierung des Grund und Bodens und keinerlei Ausgleichung der Bodennutzung die in Rußland zu voller Ausbildung gelangte Erscheinung aufheben wird, daß die wohlhabende Bauernschaft bereits in kapitalistischer Weise wirtschaftet. Ich habe in der „Entwicklung des Kapitalismus" nachgewiesen, daß laut Angaben aus den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ungefähr $^1/_5$ der Bauernhöfe *etwa die Hälfte* der bäuerlichen landwirtschaftlichen Produktion und einen noch viel größeren Teil der *Pacht* vereinigen, daß die Wirtschaft solcher Bauern jetzt schon mehr eine Warenwirtschaft als eine Naturalwirtschaft darstellt, schließlich, daß *diese* Bauernschaft ohne ein Millionenkontingent von Knechten und Tagelöhnern nicht existieren kann.* In *dieser* Bauernschaft sind die Elemente der *kapitalistischen* Rente schon von vornherein gegeben. *Diese* Bauernschaft bringt ihre Interessen durch den Mund der Herren Peschechonow zum Ausdruck, die „nüchtern" sowohl das Verbot der Lohnarbeit als auch die „Sozialisierung des Grund und Bodens" verwerfen, die nüchtern den Standpunkt des sich einen Weg bahnenden wirtschaftlichen Individualismus des Bauern verfechten. Wenn wir in den Utopien der Volkstümler scharf das reale ökonomische Moment von der falschen Ideologie trennen, so sehen wir sofort, daß durch die Liquidierung der fronherrlichen Latifundien – sowohl bei der Aufteilung als auch bei der Nationalisierung und der Munizipalisierung – gerade die bourgeoise Bauernschaft am meisten gewinnt. Die staatlichen „Darlehen und Subventionen" müssen gleichfalls vor allem ihr zugute kommen. Die „bäuerliche Agrarrevolution" bedeutet nichts anderes als die Unterwerfung des gesamten Grundbesitzes unter die Bedingungen des Fortschritts und des Aufblühens eben dieser Farmerwirtschaften.

Die Geldrente – das ist das absterbende Gestern, das zwangsläufig absterben muß. Die kapitalistische Rente – das ist das im Entstehen begriffene Morgen, das sich sowohl bei der Stolypinschen Expropriation der

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 128–132. *Die Red.*

armen Bauern („nach Artikel 87") als auch bei der Expropriation der reichen Gutsbesitzer durch die Bauern entwickeln muß.

7. *Unter welchen Bedingungen kann die Nationalisierung verwirklicht werden?*

Unter den Marxisten begegnet man oft der Ansicht, daß die Nationalisierung erst auf einer hohen Entwicklungsstufe des Kapitalismus verwirklicht werden könne, wenn er (mittels Pacht und Hypothek) bereits in vollem Umfang die Vorbedingungen zur „Scheidung der Grundbesitzer von der Landwirtschaft" geschaffen hat. Man glaubt, die große kapitalistische Landwirtschaft müsse sich *schon* herausgebildet haben, bevor die Nationalisierung des Grund und Bodens verwirklicht werden könne, die die Rente amputiert, ohne den wirtschaftlichen Organismus zu berühren.*

Ist eine solche Ansicht richtig? Theoretisch ist sie nicht zu begründen; durch direkte Hinweise auf Marx kann sie nicht gestützt werden; die Erfahrungen sprechen eher gegen sie.

Theoretisch stellt die Nationalisierung die „ideal" reine Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft dar. Etwas anderes ist die Frage, ob in der Geschichte oft ein solches Zusammentreffen von Bedingungen und ein solches Kräfteverhältnis herbeiführbar sind, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Nationalisierung zulassen. Sie ist aber nicht nur eine Folge, sondern auch Voraussetzung der raschen Entwicklung des Kapitalismus. Zu glauben, daß die Nationalisierung nur bei sehr hoher Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft möglich sei, heißt eigentlich nichts anderes, als die Nationalisierung als Maßnahme des *bürgerlichen* Fortschritts zu negieren, denn die hohe Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus hat bereits überall die „Sozialisierung der

* Hier eine der präzisesten Äußerungen dieser Ansicht (von Gen. Borissow, einem Anhänger der Aufteilung): „In Zukunft wird sie (die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens) von der Geschichte gestellt werden, sie wird dann gestellt werden, wenn die kleinbürgerliche Wirtschaft degradiert ist, der Kapitalismus in der Landwirtschaft feste Positionen erobert hat und Rußland bereits kein Bauernland mehr ist." (S. 127 der Protokolle des Stockholmer Parteitags.)

landwirtschaftlichen Produktion", d. h. die sozialistische Umwälzung, auf die Tagesordnung gesetzt (und wird sie zu gegebener Zeit zwangsläufig auch in den neuen Ländern auf die Tagesordnung setzen). Eine Maßnahme des bürgerlichen Fortschritts ist, als bürgerliche Maßnahme, bei starker Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie undenkbar. Eine derartige Maßnahme ist eher in einer „jungen" bürgerlichen Gesellschaft wahrscheinlich, die ihre Kräfte noch nicht entwickelt, ihre Gegensätze noch nicht bis zu Ende entfaltet, noch kein so starkes Proletariat geschaffen hat, das unmittelbar die sozialistische Umwälzung anstrebt. Auch von Marx wurde die Nationalisierung für möglich gehalten und zum Teil direkt verfochten, nicht nur in der Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland im Jahre 1848, sondern auch im Jahre 1846 für Amerika, wobei er zugleich ganz präzis darauf hinwies, daß sich Amerika *gerade erst in den Anfängen* seiner „industriellen" Entwicklung befinde. Die Erfahrungen der verschiedenen kapitalistischen Länder zeigen uns nirgends eine Nationalisierung des Grund und Bodens in einigermaßen reiner Form. Etwas Ähnliches sehen wir in Neuseeland, einer jungen kapitalistischen Demokratie, wo von einer hohen Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus gar keine Rede sein kann. Etwas Ähnliches gab es auch in Amerika, als der Staat das „Homestead"-Gesetz erließ und kleinen Landwirten gegen eine Nominalrente Landanteile zuwies.

Nein. Die Nationalisierung in die Epoche einer hohen kapitalistischen Entwicklung verlegen, heißt sie als Maßnahme des bürgerlichen Fortschritts negieren. Eine solche Negierung aber widerspricht direkt der ökonomischen Theorie. Ich glaube, daß Marx in der folgenden Betrachtung in den „Theorien über den Mehrwert" *andere* Bedingungen der Verwirklichung der Nationalisierung dargelegt hat, als man gewöhnlich annimmt.

Nachdem Marx aufgezeigt hat, daß der Grundeigentümer für die kapitalistische Produktion eine ganz überflüssige Figur ist, daß der Zweck der kapitalistischen Produktion „vollständig erreicht" wird, wenn der Grund und Boden Staatseigentum wird, fährt er fort:

„Der radikale Bourgeois . . . geht daher theoretisch zur Leugnung des privaten Grundeigentums fort . . . In der Praxis fehlt jedoch die Courage, da der Angriff auf eine Eigentumsform – eine Form des Privateigentums an Arbeitsbedingungen – sehr bedenklich für die andre Form würde.

Außerdem hat der Bourgeois sich selbst territorialisiert." („Theorien über den Mehrwert", II. Band, 1. Teil, S. 208.)[101]

Marx verweist hier nicht auf die niedrige Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft als ein Hindernis für die Verwirklichung der Nationalisierung. Er weist auf *zwei* andere Hindernisse hin, die weit mehr zugunsten des Gedankens von der Durchführbarkeit der Nationalisierung in der Epoche der *bürgerlichen Revolution* sprechen.

Erstes Hindernis: Dem radikalen Bourgeois *fehlt die Courage*, das private Grundeigentum anzugreifen, und zwar in Anbetracht der Gefahr eines sozialistischen Angriffs auf jegliches Privateigentum, d. h. einer sozialistischen Umwälzung.

Zweites Hindernis: „Der Bourgeois hat sich selbst territorialisiert." Marx meint hier offenbar, daß gerade die bürgerliche Produktionsweise bereits im Privateigentum am Boden verwurzelt ist, d. h., daß dieses Privateigentum viel mehr bürgerlich als feudal geworden ist. Wenn sich nun die Bourgeoisie als Klasse in großem, überwiegendem Umfang *bereits* mit dem Grundbesitz verbunden, *bereits* „sich selbst territorialisiert", „sich auf dem Boden angesiedelt", sich den Grundbesitz vollständig unterworfen hat, so *kann* es *keine* wirklich *gesellschaftliche* Bewegung der Bourgeoisie zugunsten der Nationalisierung geben. Es kann keine geben aus dem einfachen Grunde, weil keine Klasse sich gegen sich selbst erheben wird.

Diese beiden Hindernisse können, allgemein gesprochen, *nur* in der Epoche des beginnenden, nicht aber des zu Ende gehenden Kapitalismus, in der Epoche der *bürgerlichen*, nicht aber am Vorabend der sozialistischen Revolution beseitigt werden. Die Auffassung, die Nationalisierung könne nur bei einem hochentwickelten Kapitalismus verwirklicht werden, kann man unmöglich marxistisch nennen. Sie widerspricht sowohl den allgemeinen Voraussetzungen der Theorie von Marx als auch seinen oben angeführten Worten. Sie *versimpelt* das Problem der historisch konkreten Bedingungen der Nationalisierung als einer Maßnahme, die von bestimmten Kräften und Klassen durchgeführt wird, zur schematischen und nackten Abstraktion.

Der „radikale Bourgeois" *kann* in der Epoche des stark entwickelten Kapitalismus *keine Courage* haben. In einer solchen Epoche ist die große Masse dieser Bourgeois zwangsläufig schon konterrevolutionär. In einer solchen Epoche ist eine fast vollkommene „Territorialisierung" der Bour-

geoisie bereits unvermeidlich. Umgekehrt, in der Epoche der bürgerlichen Revolution verleihen die *objektiven* Bedingungen dem „radikalen Bourgeois" Courage, denn er ist es, der die historische Aufgabe der betreffenden Zeit löst, und kann daher als Klasse noch nicht die *proletarische* Revolution fürchten. In der Epoche der bürgerlichen Revolution hat die Bourgeoisie *sich noch nicht territorialisiert*: der Grundbesitz ist in einer solchen Epoche noch zu sehr von Feudalismus durchdrungen. Es wird die Erscheinung möglich, daß die *Masse* der bürgerlichen Landwirte, der Farmer, gegen die *Haupt*formen des Grundbesitzes ankämpft und dadurch zur praktischen Verwirklichung der *vollen* bürgerlichen „Befreiung des Bodens" gelangt, *d. h. zur Nationalisierung*.

In allen diesen Beziehungen befindet sich die russische bürgerliche Revolution in besonders günstigen Verhältnissen. Vom rein ökonomischen Standpunkt aus urteilend, müssen wir unbedingt zugeben, daß der russische Grundbesitz, sowohl der gutsherrliche Besitz als auch der bäuerliche Anteillandbesitz, ein Maximum an Überresten des Feudalismus aufweist. Unter solchen Bedingungen wird der Gegensatz zwischen dem verhältnismäßig entwickelten Kapitalismus in der Industrie und der ungeheuerlichen Rückständigkeit des Dorfes unerhört groß und drängt kraft objektiver Ursachen zur maximalen Vertiefung der bürgerlichen Revolution, um die Bedingungen für den schnellsten agrikulturellen Fortschritt zu schaffen. Die Nationalisierung des Grund und Bodens ist eben Vorbedingung des schnellsten kapitalistischen Fortschritts in unserer Landwirtschaft. Bei uns in Rußland gibt es einen derartigen „radikalen Bourgeois", der sich noch nicht „territorialisiert" hat, der zur gegebenen Zeit keinen proletarischen „Angriff" zu fürchten braucht. Dieser radikale Bourgeois ist der russische Bauer.

Von dem dargelegten Standpunkt aus wird es durchaus verständlich, daß die Masse der russischen liberalen Bourgeois sich zur Nationalisierung des Bodens anders verhält als die Masse der russischen Bauern. Der liberale Gutsbesitzer, der Rechtsanwalt, der Großindustrielle, der Kaufmann – sie alle haben sich vollkommen ausreichend „territorialisiert". Sie können nicht umhin, einen proletarischen Angriff zu fürchten. Sie können nicht umhin, den Weg Stolypins und der Kadetten vorzuziehen. Man bedenke nur, welch goldener Strom jetzt den Gutsbesitzern, den Beamten, den Rechtsanwälten, den Kaufleuten in Gestalt der Millionen, die von

der „Bauern"bank unter die erschreckten Gutsbesitzer verteilt werden, zufließt! Bei einer „Ablösung", wie sie die Kadetten vertreten, würde dieser goldene Strom ein bißchen anders gelenkt werden, würde er vielleicht ein bißchen weniger reichlich strömen, aber auch er würde aus Hunderten von Millionen bestehen und in dieselben Hände fließen.

Eine revolutionäre Zerschlagung *aller* alten Formen des Grundbesitzes würde weder dem Beamten noch dem Rechtsanwalt eine Kopeke einbringen. Und der Kaufmann – in seiner Masse – kann nicht so weit blicken, daß er eine zukünftige Erweiterung des bäuerlichen Binnenmarktes der sofortigen Möglichkeit vorzöge, den Gutsherrn zu übervorteilen. Nur der Bauer, den das alte Rußland ins Grab hinabstößt, vermag eine vollständige Erneuerung der Bodenbesitzform anzustreben.

8. *Ist die Nationalisierung ein Übergang zur Aufteilung?*

Wenn man in der Nationalisierung eine Maßnahme sieht, die sich am ehesten in der Epoche der bürgerlichen Revolution verwirklichen läßt, so muß diese Ansicht unvermeidlich zu der Annahme führen, daß die Nationalisierung ein einfacher Übergang zur Aufteilung werden kann. Das reale ökonomische Bedürfnis, das die Masse der Bauernschaft für die Nationalisierung eintreten läßt, ist die Notwendigkeit, alle alten Grundbesitzverhältnisse von Grund auf zu erneuern, den gesamten Grund und Boden zu „bereinigen", ihn ganz von neuem für die neue Wirtschaft, die Farmerwirtschaft, vorzubereiten. Ist dem aber so, so ist es klar, daß die Farmer, nachdem sie sich angepaßt, nachdem sie die *ganzen* Grundbesitzverhältnisse erneuert haben, eine *Festlegung* dieser *neuen* Grundbesitzverhältnisse verlangen können, d. h. die Umwandlung der von ihnen beim Staat gepachteten Grundstücke in ihr Eigentum.

Ja, das ist völlig unbestreitbar. Wir leiten die Nationalisierung nicht aus abstrakten Erwägungen her, sondern aus der konkreten Berücksichtigung der konkreten Interessen einer konkreten Epoche. Und es versteht sich von selbst, daß es lächerlich wäre, die Masse der kleinen Landwirte als „Idealisten" zu betrachten, daß es lächerlich wäre anzunehmen, sie würden vor einer Aufteilung haltmachen, wenn ihre Interessen eine solche erfordern. Wir müssen uns daher über folgendes klarwerden: 1. Können

ihre Interessen eine Aufteilung erfordern? 2. Unter welchen Bedingungen? 3. Welche Auswirkung muß das auf das proletarische Agrarprogramm haben?

Auf die erste Frage haben wir bereits eine bejahende Antwort gegeben. Die zweite kann gegenwärtig nicht mit Bestimmtheit beantwortet werden. Die Aufteilung kann nach der Periode der revolutionären Nationalisierung durch das Bestreben hervorgerufen werden, die neuen, den Erfordernissen des Kapitalismus entsprechenden Grundbesitzverhältnisse in höchstmöglichem Maße zu festigen. Sie kann hervorgerufen werden durch das Bestreben der *nunmehrigen* Grundbesitzer, ihre Einkünfte auf Kosten der übrigen Gesellschaft zu vergrößern. Endlich kann sie hervorgerufen werden durch das Bestreben, das Proletariat und die halbproletarischen Schichten, für die die Nationalisierung des Grund und Bodens ein Element der „Anregung des Appetits" auf die Sozialisierung der gesamten gesellschaftlichen Produktion bilden wird, „zu beruhigen" (oder, einfacher gesagt, abzuwürgen). Alle diese drei Möglichkeiten lassen sich auf ein und dieselbe ökonomische Basis zurückführen, denn aus der Festigung des neuen kapitalistischen Grundbesitzes der neuen Farmer wird sich von selbst sowohl eine antiproletarische Stimmung ergeben als auch das Bestreben, *für sich* ein neues Privileg in Gestalt des Eigentumsrechtes zu schaffen. Das heißt also, daß das Problem gerade auf diese wirtschaftliche Festigung hinausläuft. Dieser Festigung wird beständig die Entwicklung des Kapitalismus entgegenwirken, die die Überlegenheit der großen Landwirtschaft verstärkt und es erfordert, daß die kleinen Farmergrundstücke stets leicht zu großen „konsolidiert" werden können. Eine zeitweilige Gegenwirkung wird der Kolonisationsfonds Rußlands ausüben: die neue Wirtschaft festigen, heißt die landwirtschaftliche Technik heben. Wir haben aber bereits gezeigt, daß jeder Schritt vorwärts, den die landwirtschaftliche Technik tut, für Rußland immer neue Anbauflächen aus seinem Kolonisationsfonds „erschließt".

Das Ergebnis der Untersuchung der zweiten von uns gestellten Frage führt zu folgendem Schluß: Die Bedingungen, unter denen die Forderung der neuen Farmer nach Aufteilung *alle* entgegenwirkenden Einflüsse überwältigen wird, lassen sich nicht genau voraussagen. Man muß aber damit rechnen, daß die weitere kapitalistische Entwicklung nach der bürgerlichen Revolution zwangsläufig solche Bedingungen schaffen wird.

Dagegen kann man auf die letzte Frage, die Frage der Stellungnahme der Arbeiterpartei zu der eventuellen Forderung der neuen Farmer nach Aufteilung, eine ganz bestimmte Antwort geben. Das Proletariat kann und muß eine streitbare Bourgeoisie unterstützen, sobald sie einen wirklich revolutionären Kampf gegen den Feudalismus führt. Aber es ist nicht Sache des Proletariats, eine sich beruhigende Bourgeoisie zu unterstützen. Steht es außer Zweifel, daß eine siegreiche bürgerliche Revolution in Rußland unmöglich ist ohne Nationalisierung des Grund und Bodens, so steht es noch mehr außer Zweifel, daß eine nachfolgende Wendung zur Aufteilung unmöglich ist ohne eine gewisse „Restauration", ohne eine Schwenkung der Bauernschaft (richtiger, vom Standpunkt der zu erwartenden Verhältnisse aus: des Farmertums) auf die Seite der Konterrevolution. Das Proletariat wird die revolutionäre Tradition gegen alle derartigen Bestrebungen verteidigen, nicht aber diese Bestrebungen unterstützen.

Auf jeden Fall wäre es ganz falsch zu glauben, daß die Nationalisierung, wenn das neue Farmertum sich der Aufteilung zuwenden sollte, nur eine flüchtige Erscheinung ohne ernste Bedeutung bleiben würde. Sie würde in jedem Fall eine riesige sowohl materielle als auch moralische Bedeutung haben. Materiell in der Hinsicht, daß nichts imstande ist, die Überbleibsel des Mittelalters in Rußland so vollständig hinwegzufegen, das im Asiatentum halbverrottete Dorf so vollständig zu erneuern, den agrikulturellen Fortschritt so rasch zu fördern wie die Nationalisierung. Jede andere Lösung der Agrarfrage in der Revolution schafft weniger günstige Ausgangspunkte für die weitere ökonomische Entwicklung.

Die moralische Bedeutung der Nationalisierung in der revolutionären Epoche besteht darin, daß das Proletariat der „einen Form des Privateigentums" einen Schlag versetzen hilft, der in der ganzen Welt Widerhall finden muß. Das Proletariat verficht die konsequenteste und entschlossenste bürgerliche Umwälzung, die günstigsten Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und wirkt auf diese Weise mit dem größten Erfolg jeder Halbheit, Schlappheit, Charakterlosigkeit, Passivität entgegen – Eigenschaften, die die Bourgeoisie unvermeidlich aufweisen muß.

KAPITEL IV

POLITISCHE UND TAKTISCHE ERWÄGUNGEN IN DEN FRAGEN DES AGRARPROGRAMMS

Gerade solche Erwägungen nehmen, wie bereits gesagt, unverhältnismäßig viel Raum in unserer Parteidiskussion über das Agrarprogramm ein. Unsere Aufgabe ist es, dergleichen Erwägungen möglichst systematisch und kurz zu betrachten und das Verhältnis der verschiedenen politischen Maßnahmen (und Standpunkte) zu den ökonomischen Grundlagen der Agrarumwälzung aufzuzeigen.

1. Die „Garantie gegen eine Restauration"

Im „Bericht" über den Stockholmer Parteitag habe ich dieses Argument untersucht*, wobei ich die Debatte aus dem Gedächtnis wiedergab. Nunmehr liegt der genaue Text der Protokolle vor.

„Der Schlüssel zu meiner Haltung", rief Plechanow auf dem Stockholmer Parteitag aus, „ist der Hinweis auf die Möglichkeit einer Restauration." (115.) Betrachten wir diesen Schlüssel etwas näher. Hier der erste Hinweis darauf in der ersten Rede Plechanows:

„Lenin sagt: ‚Wir werden die Nationalisierung unschädlich machen', doch um die Nationalisierung unschädlich zu machen, muß eine Garantie gegen die Restauration gefunden werden. Eine solche Garantie gibt es aber nicht und kann es nicht geben. Man denke an die Geschichte Frankreichs; man denke an die Geschichte Englands; in jedem dieser Länder folgte auf den breiten revolutionären Aufschwung die Restauration. Dasselbe kann auch bei uns eintreten; und unser Programm muß so beschaffen sein, daß im Falle seiner Durchführung der Schaden, den eine Restauration mit sich bringen könnte, auf ein Minimum reduziert wird. Unser Programm muß die ökonomische Grundlage des Zarismus beseitigen; aber die Nationalisierung des Grund und Bodens in der revolutionären Periode beseitigt diese Grundlage nicht. Daher halte ich die Forderung der Nationalisierung für eine antirevolutionäre Forderung." (44.) Wie diese „ökonomische Grundlage des Zarismus" aussieht, darüber sagt

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 331–342. *Die Red.*

Plechanow in der gleichen Rede: „Bei uns gestalteten sich die Dinge so, daß der Boden mitsamt den Ackerbauern vom Staat geknechtet war, und auf der Grundlage dieser Knechtschaft entwickelte sich der russische Despotismus. Um den Despotismus zu zerschlagen, muß man seine ökonomische Grundlage beseitigen. Daher bin ich gegen die Nationalisierung unter den jetzigen Verhältnissen." (44.)

Man betrachte zunächst einmal die *Logik* dieser Argumentation über die *Restauration*. Zum ersten: „Eine Garantie gegen die Restauration gibt es nicht und kann es nicht geben!" Zum zweiten: Man muß „den Schaden, den eine Restauration mit sich bringen könnte, auf ein Minimum reduzieren", d. h., es *muß* eine Garantie gegen eine Restauration *erfunden werden*, obgleich es eine solche Garantie nicht geben kann! Und auf der nächsten Seite (Seite 45 derselben Rede) erfindet Plechanow endgültig eine Garantie: „Im Falle einer Restauration", sagt er geradeheraus, „liefert sie (die Munizipalisierung) den Boden nicht (hört! hört!) den politischen Vertretern der alten Ordnung aus." Die Garantie gegen eine Restauration ist demnach gefunden, obwohl es eine solche „nicht geben kann". Das Kunststück ist glänzend gelungen, und die menschewistische Literatur ist voll des Entzückens über die Geschicklichkeit dieses Zauberkünstlers.

Wenn Plechanow spricht, dann witzelt, scherzt, lärmt, prasselt er, dann dreht er sich und funkelt wie ein Feuerwerksrad. Aber wehe, wenn solch ein Redner seine Rede wortgetreu aufzeichnet und sie nachher logisch analysiert wird!

Was ist eine Restauration? Der Übergang der Staatsmacht in die Hände von politischen Vertretern der alten Ordnung. Kann es eine Garantie gegen eine solche Restauration geben? Nein, die kann es nicht geben. *Daher* erfinden wir eine *solche* Garantie: die Munizipalisierung, die „den Boden nicht ausliefert . . ." Worin besteht denn, so fragen wir weiter, das Hindernis, das die Munizipalisierung der „Auslieferung des Bodens" entgegensetzt? Ausschließlich in dem vom revolutionären Parlament erlassenen Gesetz, das die und die Ländereien (die früheren Gutsbesitzerländereien usw.) zum *Eigentum* der Gebietslandtage erklärt. Was ist aber ein Gesetz? Es ist ein Willensausdruck der Klassen, die gesiegt haben und die Staatsmacht in ihren Händen halten.

Begreift ihr nunmehr, daß ein solches Gesetz „den Boden nicht den

Vertretern der alten Ordnung ausliefert", wenn die Staatsmacht *in ihre* Hände gelangt?

Und dieser unglaubliche Unsinn wurde von Sozialdemokraten nach dem Stockholmer Parteitag propagiert und sogar von der Dumatribüne herab verzapft!*

Dem Wesen nach ist zu dieser berüchtigten Frage der „Garantie gegen eine Restauration" folgendes zu bemerken. Da wir keine Garantie gegen eine Restauration in der Hand haben können, so bedeutete das Aufwerfen dieser Frage in Verbindung mit dem Agrarprogramm, daß die Aufmerksamkeit der Hörer *abgelenkt*, *ihr Denken verkleistert* und die Diskussion verwirrt wurde. Wir sind außerstande, nach unserem Belieben eine sozialistische Umwälzung im Westen hervorzurufen – diese einzige absolute Garantie gegen eine Restauration in Rußland. Eine relative und bedingte „Garantie", d. h. die größtmögliche *Erschwerung* einer Restauration, ist die möglichst gründliche, konsequente, entschlossene Durchführung der revolutionären Umwälzung in Rußland. Je weiter die Revolution geht, desto schwieriger wird die Restauration des Alten sein, desto mehr wird selbst bei einer Restauration übrigbleiben. Je tiefer der alte Boden von der Revolution umgepflügt wird, desto schwieriger wird eine Restauration sein. Auf politischem Gebiet ist die demokratische Republik eine gründlichere Umwälzung als die demokratische örtliche Selbstverwaltung; sie erfordert (und entfesselt) größere revolutionäre Energie, Bewußtheit und Organisiertheit großer Volksmassen; sie hinterläßt Traditionen, die viel schwieriger auszumerzen sind. Daher schätzen z. B. die heutigen Sozialdemokraten die großartigen Früchte der Französischen Revolution trotz aller Restaurationen, und sie unterscheiden sich dadurch von den Kadetten (und von den kadettisierenden Sozialdemokraten?), die demokratische Semstwos unter der Monarchie als „Garantie gegen eine Restauration" vorziehen.

Auf ökonomischem Gebiet geht in der bürgerlichen Agrarumwälzung die Nationalisierung am weitesten, denn sie zerschlägt *allen* mittelalterlichen Grundbesitz. *Heute* wirtschaftet der Bauer auf einem Stückchen eigenen Anteillandes, auf einem Stückchen gepachteten Anteillandes, auf einem Stückchen gepachteten Gutsbesitzerlandes usw. Die Nationalisie-

* Rede Zeretelis vom 26. Mai 1907, S. 1234 der stenografischen Berichte der zweiten Duma.

rung ermöglicht es in höchstem Grade, *alle* Schranken des Grundbesitzes niederzureißen und den gesamten Boden für die *neue Wirtschaft* zu „bereinigen", die den Erfordernissen des Kapitalismus entspricht. Natürlich gibt es auch bei einer derartigen Bereinigung keine Garantie gegen eine Wiederkehr des Alten – dem Volke eine solche „Garantie gegen eine Restauration" zu versprechen wäre Scharlatanerie. Doch eine solche Bereinigung des alten *Grundbesitzes* wird die neue *Wirtschaft* so sehr festigen, daß die Rückkehr zu dem alten Grundbesitz in höchstem Maße erschwert sein wird, denn keinerlei Kraft kann der Entwicklung des Kapitalismus *Einhalt* gebieten. Bei der Munizipalisierung hingegen wird die Rückkehr zu dem alten Grundbesitz *erleichtert*, denn sie *verewigt* das „Reservat", die Trennungslinie zwischen dem mittelalterlichen und dem neuen, munizipalisierten Grundbesitz. Nach der Nationalisierung müßte die Restauration Millionen neuer kapitalistischer Wirtschaften (Farmerwirtschaften) zerschlagen, um den alten Grundbesitz wiederherzustellen. Nach der Munizipalisierung brauchte die Restauration keinerlei Wirtschaften zu zerschlagen, keinerlei neue Grenzen abzustecken – es würde buchstäblich genügen, ein Papierchen zu unterschreiben, wonach die Ländereien des „Munizipiums" X den wohlgeborenen Gutsbesitzern Y, Z usw. als Eigentum *überwiesen* werden, oder einfach den Gutsbesitzern die Rente der „munizipalisierten" Ländereien zu übereignen.

Nunmehr müssen wir vom logischen Fehler Plechanows in der Restaurationsfrage, von der Verwirrung der politischen Begriffe zum ökonomischen Wesen der Restauration übergehen. Die „Protokolle" des Stockholmer Parteitages haben das von mir im „Bericht" Gesagte – daß nämlich Plechanow in ganz unzulässiger Weise die französische Restauration auf kapitalistischer Grundlage mit der Restauration „unserer alten halbasiatischen Ordnung" in einen Topf wirft (S. 116 der „Protokolle" des Stockholmer Parteitages) – vollauf bestätigt. Daher habe ich zu dieser Frage meinen Ausführungen im „Bericht" nichts weiter hinzuzufügen. Nur auf die „Beseitigung der ökonomischen Grundlage des Despotismus" sei hier eingegangen. Hier die wichtigste diesbezügliche Stelle aus Plechanows Rede:

„Die Restauration" (in Frankreich) „hat die Überreste des Feudalismus nicht wiederhergestellt, das ist richtig; aber das, was bei uns diesen Überresten entspricht, ist unsere alte Bindung des Bodens und des Landwirts an den Staat,

unsere alte eigenartige Nationalisierung des Bodens. Unserer Restauration wird es um so leichter fallen, diese (sic!) Nationalisierung wiederherzustellen, als Sie selber die Nationalisierung des Bodens verlangen, als Sie selber dieses Erbstück unserer alten halbasiatischen Ordnung unangetastet lassen." (116.)

Somit wird es der Restauration „leichter fallen", *diese*, d. h. die halbasiatische, Nationalisierung wiederherzustellen, weil Lenin (und die Bauernschaft) *heute* die Nationalisierung verlangen! Was ist das? Eine historisch-materialistische Analyse oder ein rein rationalistisches „Spiel mit Worten"?* Ist es das *Wort* „Nationalisierung", das die Wiederherstellung halbasiatischer Zustände erleichtert, oder sind es bestimmte *ökonomische Veränderungen*? Hätte Plechanow darüber nachgedacht, so würde er gemerkt haben, daß Munizipalisierung und Aufteilung nur die *eine* Grundlage des Asiatentums, nämlich den mittelalterlichen gutsherrlichen Grundbesitz, beseitigen, die andere aber, den mittelalterlichen Anteilbesitz, fortbestehen lassen. Nach dem *Wesen* der Sache, nach dem *ökonomischen Inhalt* der Umwälzung (nicht nach ihrer Bezeichnung mit dem einen oder andern Wort) ist es folglich gerade die Nationalisierung, die die *ökonomischen* Grundlagen des Asiatentums *viel radikaler* beseitigt. Das „Kunststück" Plechanows besteht darin, daß er den mittelalterlichen, abhängigen, fron- und dienstpflichtigen *Grundbesitz* als „eigenartige Nationalisierung" bezeichnete, dabei aber die *zwei* Arten *dieses* Grundbesitzes übersprang: den gutsherrlichen und den Anteilbesitz. Durch diese Wortverdrehung wurde die reale geschichtliche Frage *verwirrt*: die Frage, welche Arten mittelalterlichen Grundbesitzes durch die eine oder die andere Agrarmaßnahme beseitigt werden. Wahrlich, die Methoden des Plechanowschen Feuerwerks sind nicht allzu klug!

Die wirkliche Erklärung für diese ganze fast unglaubliche Konfusion Plechanows in der Frage der Restauration ist in zwei Umständen zu suchen. Erstens ist sich Plechanow dort, wo er von der „bäuerlichen Agrarrevolution" spricht, in keiner Weise über deren Eigenart als *kapitalistische* Evolution klargeworden. Er verwechselt die Volkstümlertheorie, die Lehre von der Möglichkeit einer *nichtkapitalistischen* Evolution, mit der marxistischen Auffassung von der Möglichkeit *zweier* Arten der *kapitalistischen* Agrarevolution. Bei Plechanow schimmert immer eine ver-

* Gen. Schmidt in Stockholm, S. 122 der „Protokolle".

wörrene „Furcht vor der Bauernrevolution" durch (wie ich es ihm bereits in Stockholm sagte, S. 106/107*), die Furcht, sie könnte sich als ökonomisch reaktionär erweisen, sie könnte nicht zu amerikanischem Farmertum, sondern zu mittelalterlicher Knechtung führen. In Wirklichkeit aber ist dergleichen ökonomisch unmöglich. Beweis – die Bauernreform und der darauffolgende Verlauf der Evolution. In der Bauernreform ist die Hülle des Feudalismus (sowohl des gutsherrlichen als auch des „Staatsfeudalismus", von dem nach Plechanow auch Martynow auf dem Stockholmer Parteitag gesprochen hat) sehr stark. Doch die ökonomische Evolution erwies sich als *stärker* und füllte diese feudale Hülle mit *kapitalistischem* Inhalt. Trotz des Hindernisses in der Gestalt des mittelalterlichen Grundbesitzes entwickelte sich sowohl die bäuerliche als auch die Gutsbesitzerwirtschaft, wenn auch ungeheuer langsam, *auf bürgerlichem Wege*. Der Grundbesitz der Staatsbauern (bis zu den achtziger Jahren) oder der ehemaligen Staatsbauern (nach den achtziger Jahren) hätte sich, wenn die Angst Plechanows vor einer Wiederkehr des Asiatentums einen realen Grund hätte, als der reinste Typus des „Staatsfeudalismus" erweisen müssen. In Wirklichkeit aber erwies er sich als freier im Vergleich zum gutsherrlichen Besitz, denn die feudale Ausbeutung war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits unmöglich geworden. Unter den „bodenreichen"** Staatsbauern herrschte weniger die Schuldknechtschaft und entwickelte sich die Dorfbourgeoisie rascher. In Rußland ist heute entweder eine langsame und qualvolle bürgerliche Evolution nach preußischem, junkerlichem Muster oder aber eine rasche und freie nach amerikanischem Muster möglich. Alles andere sind Hirngespinste.

Der zweite Grund, der den „Restaurations-Mischmasch" in den Köpfen mancher Genossen verursachte, war die Unklarheit der Lage im Frühjahr 1906. Die Bauernschaft als Masse war noch nicht endgültig hervorgetreten. Noch konnte man der Meinung sein, weder die Bauernbewegung noch der Bauernbund seien endgültige Beweise für die wirklichen Bestrebungen der erdrückenden Mehrheit der Bauernschaft. Die absolutistische Bürokratie und Witte hatten noch nicht endgültig die Hoffnung verloren, das

* Siehe Werke, Band 10, S. 283. *Die Red.*

** „Bodenreich" sind unsere ehemaligen Staatsbauern natürlich nur im Vergleich mit den ehemaligen Gutsbauern. Jene haben laut Statistik von 1905 je 12,5 Desjatinen Anteilboden pro Hof, diese je 6,7 Desj.

Bäuerlein werde der Sache schon „voranhelfen" (klassischer Ausspruch des Organs Wittes „Russkoje Gossudarstwo" [Das Russische Reich], Frühjahr 1906), d. h., der Bauer werde nach rechts abschwenken. Daher auch die starke Vertretung der Bauernschaft nach dem Gesetz vom 11. Dezember 1905. Irgendein abenteuerliches Unternehmen der Selbstherrschaft auf der Grundlage der Bauernidee: „Lieber soll alles Land dem Zaren gehören als dem Gutsbesitzer", schien damals noch vielen Sozialdemokraten möglich zu sein. Doch die beiden Dumas, das Gesetz vom 3. Juni 1907 und die Agrargesetzgebung Stolypins mußten allen die Augen öffnen. Die Selbstherrschaft mußte notgedrungen, um zu retten, was noch zu retten war, den Weg der gewaltsamen Zerstörung der Dorfgemeinde zugunsten des Privateigentums am Grund und Boden beschreiten, d. h. eine Basis für die Konterrevolution schaffen nicht auf der Grundlage der unklaren Reden der Bauern über Nationalisierung (der Boden gehört dem „Mir" u. a. m.), sondern auf der *einzig* möglichen *ökonomischen* Grundlage der Erhaltung der Gutsbesitzermacht, auf der Grundlage der *kapitalistischen* Evolution nach preußischem Muster.

Jetzt ist die Lage vollkommen geklärt, und es ist Zeit, die verworrene Angst vor einer „asiatischen" Restauration auf der Basis der Bauernbewegung gegen das Privateigentum am Grund und Boden ad acta zu legen.*

2. Die örtliche Selbstverwaltung als „Schutzwall gegen die Reaktion"

„In den Organen der öffentlichen Selbstverwaltung, denen der Boden gehört", sagte Plechanow in Stockholm, „schafft sie (die Munizipalisierung) einen Schutzwall gegen die Reaktion. Und das wird ein sehr starker Schutzwall sein. Man nehme unsere Kosaken ..." (45.) Wir wollen gleich „unsere Kosaken nehmen" und sehen, welche Bedeutung diesem Hinweis auf sie zukommt. Zuerst jedoch wollen wir die allgemeinen Grundlagen jener Auffassung untersuchen, wonach die lokale Selbstverwaltung fähig sein soll, einen Schutzwall gegen die Reaktion zu bilden.

* Ich spreche hier nicht davon, daß das Schrecken mit der Restauration eine politische Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist, denn alles Notwendige zu diesem Thema ist bereits im „Bericht" gesagt. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 340. *Die Red.*)

Diese Auffassung wurde von unseren Munizipalisten unzählige Male ausgesprochen, und neben dem Ausspruch Plechanows wird hier noch ein Zitat aus der Rede Johns genügen: „Worauf läuft der Unterschied zwischen Nationalisierung und Munizipalisierung des Bodens hinaus, wenn wir anerkennen, daß beides mit der Demokratisierung der politischen Ordnung verwirklicht werden kann und mit ihr in gleichem Maße zusammenhängt? Der Unterschied ist der, daß die Munizipalisierung besser imstande ist, die Errungenschaften der Revolution, die demokratische Ordnung zu verankern und als Grundlage ihrer weiteren Entwicklung zu dienen, während die Nationalisierung nur die Staatsmacht festigen wird." (112.)

Wahrlich, die Menschewiki leugnen die Möglichkeit von Garantien gegen die Restauration und zaubern dann vor den Augen des Publikums „Garantien" und „Schutzwälle" wie degenschluckende Gaukler. Wieso kann denn die örtliche Selbstverwaltung ein Schutzwall gegen die Reaktion sein oder die Errungenschaften der Revolution verankern – denkt doch ein bißchen nach, ihr Herren! Nur *eines* kann Schutzwall gegen die Reaktion sein und die Errungenschaften verankern: Bewußtheit und Organisiertheit der Massen des Proletariats und der Bauernschaft. Und im kapitalistischen Staat, der nicht kraft der Willkür der Bürokratie, sondern kraft der unabweislichen Forderungen der ökonomischen Entwicklung zentralisiert ist, muß diese Organisiertheit im Zusammenschluß zu einer im ganzen Staat einheitlichen Kraft bestehen. Ohne eine zentralisierte Bauernbewegung, ohne den zentralisierten politischen Kampf der dem zentralisierten Proletariat folgenden Bauernschaft im ganzen Staate *kann* es *keinerlei* ernstliche „Errungenschaften der Revolution" *geben*, die wert wären, „verankert" zu werden, kann es keinerlei „Schutzwall gegen die Reaktion" geben.

Eine wirklich einigermaßen demokratische örtliche Selbstverwaltung ist *unmöglich* ohne den völligen Sturz der Gutsbesitzermacht und ohne Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes. Die Menschewiki, die das in Worten zugeben, weigern sich mit erstaunlicher Leichtfertigkeit, darüber nachzudenken, was das in der Praxis bedeutet. In der Praxis ist das undurchführbar ohne Eroberung der politischen Macht im ganzen Staate durch die revolutionären Klassen, und zwei Jahre Revolution hätten, so sollte man glauben, selbst die hartnäckigsten „Männer im Futteral"

belehren müssen, daß diese Klassen in Rußland nur das Proletariat und die Bauernschaft sein können. Die „bäuerliche Agrarrevolution", von der ihr sprecht, meine Herren, muß, um zu siegen, als solche, als Bauernrevolution zur Zentralgewalt des ganzen Staates werden.

Die demokratischen Selbstverwaltungen können nur *Teilchen* dieser zentralen Macht der demokratischen Bauernschaft sein, und nur *im Kampf* gegen die lokale und regionale Zersplitterung der Bauernschaft, nur durch Propagierung, Vorbereitung und Organisierung einer zentralisierten Bewegung im ganzen Russischen Reich ist man wirklich imstande, der „bäuerlichen Agrarrevolution" zu dienen, nicht aber Krähwinkelei und die lokalpatriotische Verdummung der Bauernschaft zu begünstigen. Eben dieser Verdummung dient ihr, Herr Plechanow und Herr John, wenn ihr den widersinnigen und erzreaktionären Gedanken propagiert, die örtliche Selbstverwaltung könne ein „Schutzwall gegen die Reaktion" sein oder der „Verankerung der Errungenschaften der Revolution" dienen. Gerade die Erfahrungen zweier Jahre der russischen Revolution haben anschaulich gezeigt, daß eben die lokale und regionale Zersplitterung der Bauernbewegung (die Soldatenbewegung ist ein Teil der Bauernbewegung) mehr als alles andere die Ursache der Niederlage gewesen ist.

Ein Programm der „bäuerlichen Agrarrevolution" geben und sie mit der Demokratisierung *nur* der örtlichen Selbstverwaltung, nicht aber der Zentralgewalt verbinden und erstere zum tatsächlichen „Schutzwall", zur „Verankerung" erheben – das ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein *Pakt mit der Reaktion* nach Art der Kadetten.* Die Kadetten verlegen

* Im „Bericht" habe ich diesen Gedanken ausführlicher entwickelt. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 338/339. *Die Red.*) Hier möchte ich noch auf die ihn in bemerkenswerter Weise bestätigende Rede des Menschewiken Nowossedski verweisen, die ich auf dem Parteitag nicht gehört habe (siehe „Bericht"). Als er sich gegen den Abänderungsantrag wandte, der statt der Worte „demokratischer Staat" die Worte „demokratische Republik" setzen wollte, sagte Nowossedski: „Bei wirklich demokratischen örtlichen Selbstverwaltungen kann das jetzt angenommene Programm durchgeführt werden, *auch wenn der Demokratisierungsgrad der Zentralregierung nicht als der höchste bezeichnet werden kann. Selbst bei einer sozusagen relativen Demokratisierung wird die Munizipalisierung nicht von Schaden, sondern von Nutzen sein.*" (138. Hervorhebungen von uns.) Das ist mehr als klar. Bäuerliche Agrarrevolution *ohne* Sturz der Selbstherrschaft – das ist die erzreaktionäre Idee der Menschewiki.

den Schwerpunkt auf die örtliche „demokratische" Selbstverwaltung, weil sie *wichtigere* Fragen nicht berühren wollen oder sich davor fürchten. Die Menschewiki haben es sich nicht überlegt, welch großes Wort sie aussprachen, als sie die „bäuerliche Agrarrevolution" als Aufgabe der Zeit anerkannten, und sie haben in den politischen Auslassungen zu ihrem Agrarprogramm eine Apotheose provinzieller Verbohrtheit gegeben.

Man nehme, wenn es beliebt, die folgende Betrachtung Johns:

„Genosse Lenin befürchtet, die Reaktion könnte der örtlichen Selbstverwaltung die konfiszierten Ländereien entreißen; läßt sich das von dem in die Hände des Staates gekommenen Boden sagen, so doch keinesfalls von dem munizipalisierten Boden. Selbst die russische absolutistische Regierung vermochte nicht, der armenischen Selbstverwaltung den Boden wegzunehmen, da sie auf den heftigen Widerstand der Bevölkerung stieß." (113.)

Unübertrefflich, nicht wahr? Die ganze Geschichte der Selbstherrschaft ist nichts als ein ununterbrochener Raub von lokalen, regionalen und nationalen Ländereien, unsere Neunmalweisen aber beruhigen das in der provinziellen Abgeschiedenheit stumpf werdende Volk: „Selbst der Absolutismus" hat den armenischen *Kirchen* den Boden nicht weggenommen, obwohl er damit begonnen und *nur* die gesamtrussische Revolution ihn in Wirklichkeit daran gehindert hat... Im Zentrum der Absolutismus, in der Provinz der „armenische Boden", den man „nicht wegzunehmen wagt"... Woher nimmt nur unsere Sozialdemokratie soviel spießbürgerliche Borniertheit?

Hier die Plechanowschen Kosaken.

„Man nehme unsere Kosaken. Sie benehmen sich wie echte Reaktionäre, aber wenn die (absolutistische) Regierung es sich einfallen ließe, ihren Boden anzutasten, so würden sie sich alle wie ein Mann zu seiner Verteidigung erheben. Folglich hat Munizipalisierung eben das Gute, daß sie selbst im Falle der Restauration brauchbar ist." (45.)

In der Tat – „folglich"! Wenn die Selbstherrschaft sich gegen die Verteidiger der Selbstherrschaft erhöbe, so würden sich die Verteidiger der Selbstherrschaft gegen die Selbstherrschaft erheben. Welcher Tiefsinn! Doch der kosakische Grundbesitz ist nicht nur für den Fall der Restauration, sondern auch zur Unterstützung dessen zu gebrauchen, was gestürzt werden soll, ehe es restauriert wird. Auf diese interessante Seite der

Munizipalisierung hat Schmidt, der sich gegen Plechanow wandte, hingewiesen:

„Ich erinnere daran, daß die Selbstherrschaft erst vor einem Monat den Kosaken Privilegien gewährt hat, also fürchtet sie sich nicht vor der Munizipalisierung, denn die Kosakenländereien werden auch heute in einer Weise verwaltet, die in beträchtlichem Maße an Munizipalisierung erinnert... Sie (die Munizipalisierung) wird eine konterrevolutionäre Rolle spielen." (123/124.)

Plechanow geriet ob dieser Rede in solche Aufregung, daß er einmal (in einer ganz unwesentlichen Frage, es handelte sich wohl um die Orenburger Kosaken) den Redner unterbrach und versuchte, die Geschäftsordnung zu verletzen, um außer der Reihe das Wort zu einer Erklärung zu erhalten. Hier der Text der von ihm später vorgelegten schriftlichen Erklärung:

„Gen. Schmidt hat meinen Hinweis auf das Kosakentum nicht richtig wiedergegeben. Auf die Orenburger Kosaken habe ich mich überhaupt nicht berufen. Ich habe gesagt: Man sehe sich die Kosaken an, sie benehmen sich erzreaktionär, wenn aber die Regierung es sich einfallen ließe, ihren Boden anzutasten, so würden auch sie sich wie ein Mann gegen sie erheben. Das gleiche würden in höherem oder geringerem Maße im Falle eines derartigen Versuchs auch alle die regionalen Institutionen tun, denen die Revolution die enteigneten Gutsbesitzerländereien übergeben hätte. Diese ihre Haltung wäre eine der Garantien gegen die Reaktion im Falle der Restauration." (127.)

Das ist selbstverständlich der genialste Plan, die Selbstherrschaft zu stürzen, ohne sie anzutasten: Man nehme ihr einzelne Gebiete weg, mag sie dann versuchen, sie wieder in die Hand zu bekommen. Das ist fast ebenso genial wie die Expropriation des Kapitalismus mit Hilfe von Sparkassen. Aber darum handelt es sich jetzt nicht. Es handelt sich darum, daß die regionale Munizipalisierung, die nach der siegreichen Revolution eine wunderbare Rolle spielen „soll", *heute* eine konterrevolutionäre Rolle spielt. Darüber ist Plechanow hinweggegangen!

Die Kosakenländereien bieten heute ein Bild echter Munizipalisierung. Große Gebiete gehören einzelnen Kosakenverbänden: den Orenburger Kosaken, den Donkosaken usw. Die Kosaken besitzen durchschnittlich *52 Desj. je Hof*, die Bauern 11 Desj. Außerdem gehören der Orenburger Kosakenschaft $1^1/_2$ Mill. Desj. als Gemeinbesitz, den Donkosaken 1,9 Mill.

Desj. usw. Auf der Grundlage dieser „Munizipalisierung" entwickeln sich rein feudale Beziehungen. Diese faktisch bestehende Munizipalisierung bedeutet ständische und regionale Abgeschlossenheit jener Bauern, die durch Unterschiede in der Größe ihres Grundbesitzes, in der Höhe der Zahlungen, in den Bedingungen der mittelalterlichen Bodennutzung als Gegenleistung für den Heeresdienst usw. zersplittert sind. Die „Munizipalisierung" bedeutet keine Stütze für die allgemeine demokratische Bewegung, sondern sie trägt zu ihrer Zersplitterung bei, sie schwächt gebietsweise jene Bewegung, die nur als zentralisierte Kraft siegen kann, und entfremdet ein Gebiet vom anderen.

Und so sehen wir, daß in der zweiten Duma der *rechte Kosak* Karaulow, der *Stolypin verteidigte* (Stolypin erkenne ja auch in seiner Deklaration die zwangsweise Verschiebung der Grenzraine an), gar nicht schlechter als Plechanow gegen die Nationalisierung *zu Felde zog und sich direkt für die regionale Munizipalisierung aussprach.* (18. Sitzung, 29. März 1907, S. 1366 des stenografischen Berichts.)

Der rechte Kosak Karaulow hat den Kern der Sache tausendmal richtiger erfaßt als Maslow und Plechanow. Regionale Zersplitterung ist eine *Garantie gegen die Revolution.* Wird es die russische Bauernschaft nicht verstehen (mit Unterstützung einer zentralisierten, nicht „regionalen" proletarischen Bewegung), den Rahmen ihrer regionalen Absonderung zu sprengen und eine Bewegung in ganz Rußland zu organisieren, so wird die Revolution *stets* von den Vertretern einzelner gutgestellter Gebiete, die die zentralisierte Gewalt der alten Macht je nach Bedarf in den Kampf schicken wird, zerschlagen werden.

Die Munizipalisierung ist eine *reaktionäre* Losung, die die mittelalterliche Abgeschiedenheit der Gebiete idealisiert und in der Bauernschaft das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer zentralisierten Agrarrevolution abstumpft.

3. *Die Zentralgewalt und die Festigung des bürgerlichen Staates*

Gerade die zentrale Staatsmacht ist es, die bei den Munizipalisten den größten Abscheu erregt. Bevor wir die betreffenden Argumente untersuchen, müssen wir klarstellen, was die Nationalisierung vom politisch-

rechtlichen Standpunkt aus ist (ihren ökonomischen Inhalt haben wir bereits geklärt).

Nationalisierung ist Übergabe des gesamten Grund und Bodens in das *Eigentum* des Staates. Eigentum bedeutet Recht auf Rente und Festsetzung *allgemeiner*, für den ganzen Staat gültiger Regeln über Besitz und Nutzung des Bodens durch die Staatsmacht. Zu diesen allgemeinen Regeln gehört bei der Nationalisierung unbedingt das Verbot jeglichen Mittlertums, d. h. das Verbot der Weiterverpachtung, das Verbot, den Boden an Personen abzutreten, die nicht selber Landwirt sind, usw. Ferner: ist der Staat, von dem die Rede ist, ein wirklich demokratischer Staat (nicht im menschewistischen Sinne à la Nowossedski), so schließt sein Eigentum am Grund und Boden keineswegs aus, sondern *verlangt* es, im Gegenteil, daß die *Verfügung* über den Boden, im Rahmen der allgemeinen staatlichen Gesetze, den Organen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung überlassen wird. Unser Minimalprogramm stellt, wie ich in der Broschüre „Die Revision usw."* bereits ausführte, *diese Forderung direkt* auf, und zwar dort, wo es von der Selbstbestimmung der Nationalitäten, von weitgehender Selbstverwaltung der Gebiete usw. spricht. Daher fallen detaillierte Reglungen, die der lokalen Eigenart Rechnung tragen, die praktische Zuweisung von Grund und Boden oder die Verteilung von Grundstücken an einzelne Personen, Genossenschaften usw. *unvermeidlich* den *lokalen* Organen der Staatsmacht, d. h. den örtlichen Selbstverwaltungsorganen, zu.

Wenn es über all das noch zu Mißverständnissen kommen konnte, so entsprangen sie entweder dem Nichtverstehen der Unterschiede zwischen den Begriffen: Eigentum, Besitz, Verfügung, Nutzung, oder aber einem demagogischen Liebäugeln mit Provinzialismus und Föderalismus.** Der

---

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 174–176. *Die Red.*

** Ein solches Liebäugeln sehen wir bei Maslow. „Vielleicht", so schreibt er im „Obrasowanije", 1907, Nr. 3, S. 104, „würden die Bauern mancher Gebiete sich bereit erklären, eine Aufteilung ihres Bodens vorzunehmen, aber eine Weigerung der Bauern eines großen Gebiets (beispielsweise Polens), das zu tun, würde genügen, damit das Projekt der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens sich als Widersinn erwiese." Das Muster eines vulgären Arguments, das keine Spur von *Sinn* aufweist und nur eine Aneinanderreihung von Worten ist. Die „Weigerung" eines unter besonderen Verhältnissen

grundlegende Unterschied zwischen Munizipalisierung und Nationalisierung besteht nicht in der Teilung der Rechte zwischen Zentrum und Provinz und am allerwenigsten im „Bürokratismus" des Zentrums – so können nur völlige Ignoranten denken und reden –, sondern in der Erhaltung des Privateigentums am Grund und Boden für eine bestimmte Bodenkategorie bei der Munizipalisierung und seiner vollen Aufhebung bei der Nationalisierung. Dieser grundlegende Unterschied, das ist der „agrarische Bimetallismus", der nach dem ersten Programm zulässig ist, nach dem zweiten aber beseitigt wird.

Tritt man an das *heutige* Programm vom Standpunkt möglicher *Willkür* seitens der Zentralgewalt usw. heran (vulgäre Verteidiger der Munizipalisierung versuchen nicht selten, mit diesem Argument zu paradieren), so wird man sehen, daß das jetzige Programm in dieser Hinsicht an höchster Verworrenheit und Unklarheit leidet. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das heutige Programm dem „demokratischen Staat" sowohl die „Ländereien, die für den Umsiedlungsfonds benötigt werden", als auch die „Wälder und Gewässer von staatlicher Bedeutung" als „Besitz" überweist. Es liegt auf der Hand, daß diese Begriffe gänzlich unklar sind und daß hier unbegrenzte Möglichkeiten für Konflikte bestehen. Man nehme zum Beispiel die im II. Band der kadettischen „Agrarfrage" enthaltene neueste Schrift des Herrn Kaufman („Zur Frage der Normen zusätzlicher Bodenzuteilung"), wo für 44 Gouvernements die Bodenreserve für zusätzliche Zuteilung von Boden an die Bauern nach den Höchstnormen von 1861 berechnet wird. Der „Bodenfonds des Nichtanteillandes" wird zunächst ohne Wälder, dann mit Wäldern (über die 25 Prozent Bewaldung hinaus) berechnet. Wer hat darüber zu bestimmen, welchen unter diesen Wäldern „staatliche Bedeutung" zukommt? Natürlich nur die zentrale

---

stehenden Gebiets kann am allgemeinen Programm nichts ändern und macht es nicht zum Widersinn: manches Gebiet könnte sich auch „weigern", die Munizipalisierung mitzumachen. Nicht das ist wichtig. Wichtig ist, daß im einheitlichen kapitalistischen Staat Privateigentum am Grund und Boden und Nationalisierung im großen Maßstab nicht als zwei Systeme nebeneinander bestehen können. Eines von ihnen wird die Oberhand gewinnen müssen. Sache der Arbeiterpartei ist es, das höherstehende System zu vertreten, das ein rasches Entwicklungstempo der Produktivkräfte und die Freiheit des Klassenkampfes erleichtert.

Staatsmacht – und folglich übergibt ihr das menschewistische Programm ein gewaltiges Areal: 57 Mill. Desj. in 44 Gouvernements (nach Kaufman). Wer hat zu bestimmen, was zum „Umsiedlungsfonds" gehört? Natürlich nur die bürgerliche Zentralgewalt. Nur sie allein hat darüber zu entscheiden, ob zum Beispiel die $1^1/_2$ Mill. Desj. Gemeinbesitz der Orenburger Kosaken oder die 2 Mill. Desj. der Donkosaken „Umsiedlungsfonds" *für das ganze Land* sind (denn die Kosaken haben 52,7 Desj. je Hof) oder nicht. Es ist klar, daß die Frage ganz anders lautet, als Maslow, Plechanow und Co. sie stellen. Es geht nicht darum, die lokale regionale Selbstverwaltung durch papierne Beschlüsse gegen Eingriffe des Zentrums zu schützen – das kann weder durch Papiere noch durch Kanonen erreicht werden, denn die kapitalistische Entwicklung verläuft in Richtung der Zentralisierung und konzentriert in den Händen der bürgerlichen zentralen Staatsgewalt eine solche Macht, der die „Gebiete" *niemals* widerstehen *können*. Es geht vielmehr darum, daß die politische Macht sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie *ein und derselben Klasse* gehöre, daß hier wie dort mit aller Konsequenz in völlig gleichem *Grade* die Demokratie durchgeführt werde, so daß die *volle Herrschaft*, sagen wir, der Mehrheit der Bevölkerung, d. h. der Bauernschaft, gesichert ist. Ausschließlich darin besteht die *reale Garantie* gegen „übermäßige" Eingriffe des Zentrums, gegen die Verletzung der „gesetzlichen" Rechte der Gebiete; alle anderen von den Menschewiki erfundenen Garantien sind die reinste Dummheit, bedeuten nichts anderes als einen Pappschild, den der Provinzphilister der durch den Kapitalismus konzentrierten Macht der Zentralgewalt entgegenhält. Gerade eine solche Philisterdummheit begeht Nowossedski, begeht auch das ganze heutige Programm, wenn man für die örtlichen Selbstverwaltungen die volle Demokratie, für das Zentrum jedoch „nicht den höchsten" Grad von Demokratie *annimmt*. Unvollständige Demokratie des Zentrums bedeutet, daß die Macht im Zentrum *nicht* der Mehrheit der Bevölkerung, *nicht* jenen Elementen gesichert ist, die in den örtlichen Selbstverwaltungen vorherrschen. Dies bedeutet aber wiederum nicht nur mögliche, sondern *unausbleibliche Konflikte*, aus denen kraft der ökonomischen Entwicklungsgesetze die *nicht*demokratische Zentralgewalt unbedingt als Siegerin hervorgehen wird!

Von dieser Seite betrachtet, d. h. als irgendeine „Sicherung" der Gebiete gegen die Zentralgewalt, ist „Munizipalisierung" nichts als philister-

hafter Schwachsinn. Ist es ein „Kampf" gegen die zentralisierte bürgerliche Gewalt, so nur ein „Kampf" von der Art, wie ihn die *Antisemiten* gegen den Kapitalismus führen: die gleichen großmäuligen Versprechungen, um unwissende und stumpfe Massen anzulocken, die *gleiche ökonomische und politische Unerfüllbarkeit* dieser Versprechungen.

Man nehme das „gängigste" Argument der Munizipalisten gegen die Nationalisierung: die Nationalisierung werde den bürgerlichen Staat stärken (man erinnere sich an das schöne: „wird *nur* die Staatsmacht festigen" bei John), die Einnahmen der antiproletarischen bürgerlichen Macht vermehren, die Munizipalisierung *aber* – man beachte! – die Munizipalisierung *aber* wird Einnahmen für die Bedürfnisse der Bevölkerung, für die Bedürfnisse des Proletariats bringen. Angesichts eines solchen Arguments muß man sich für die Sozialdemokratie schämen, denn es ist das *rein antisemitische Dummheit und antisemitische Demagogie.* Um nicht eine von den „kleinen Figuren", die von Plechanow und Maslow auf Irrwege gelockt worden sind, anzuführen, zitiere ich Maslow „selbst":

„Die Sozialdemokratie", so belehrt er die Leser des „Obrasowanije", „rechnet immer in der Weise, daß sich ihre Pläne und Aufgaben auch unter den ungünstigsten Verhältnissen bewähren ... Wir müssen voraussetzen, daß auf allen Gebieten des sozialen Lebens die bürgerliche Ordnung mit all ihren negativen Seiten herrschen wird. Die Selbstverwaltung wird ebenso bürgerlich sein wie die ganze Staatsordnung, und es wird in ihr der gleiche verschärfte Klassenkampf vor sich gehen wie in den westeuropäischen Munizipalitäten.

Welcher Unterschied besteht aber zwischen Selbstverwaltung und Staatsmacht? Warum ist die Sozialdemokratie bestrebt, den Boden nicht dem Staat, sondern den örtlichen Selbstverwaltungen zu übergeben?

Um die Aufgaben des Staates und der örtlichen Selbstverwaltungen festzustellen, wollen wir ihre Haushalte vergleichen." („Obrasowanije", 1907, Nr. 3, S. 102.)

Es folgt der Vergleich: In einer der demokratischsten Republiken, in den Vereinigten Staaten von Amerika, werden 42% des Staatshaushalts für Heer und Flotte ausgegeben. Das gleiche Bild in Frankreich, England usw. Die „Gutsbesitzersemstwos" in Rußland geben für Gesundheitswesen 27,5%, für Volksbildung 17,4%, für Straßenbau 11,9% aus.

„Aus dem Vergleich der Budgets der demokratischsten Staaten und der am wenigsten demokratischen örtlichen Selbstverwaltungen ersehen wir, daß die ersteren ihren Funktionen nach im Dienste der herrschenden Klassen stehen, daß die Staatsmittel für *Werkzeuge der Unterdrückung*, für Werkzeuge zur Niederhaltung der Demokratie ausgegeben werden; daß im Gegensatz dazu selbst die undemokratischste, die schlechteste örtliche Selbstverwaltung genötigt ist, wenn auch nur schlecht, aber dennoch der Demokratie zu dienen, den lokalen Bedürfnissen Genüge zu tun." (103.)

„Ein Sozialdemokrat darf nicht so einfältig sein, sich mit der Nationalisierung des Grund und Bodens auszusöhnen, weil die Einnahmen aus dem nationalisierten Boden zum Beispiel für den Unterhalt *republikanischer* Truppen verwandt werden ... Höchst naiv wird der Leser sein, der Olenow Glauben schenkt, die Theorie von Marx ‚erlaube' nur die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens, d. h. nach Verwendung der Bodenrente (ganz gleich, ob man sie als absolute oder als Differentialrente bezeichnet) für Armee und Flotte, ins Programm aufzunehmen, dieselbe Theorie aber lasse die Munizipalisierung des Bodens, d. h. die Verausgabung der Rente für die Bedürfnisse der Bevölkerung, nicht zu." (103.)

Klar, nicht wahr? Nationalisierung – für Armee und Flotte, Munizipalisierung – für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Der Jude ist Kapitalist. Nieder mit den Juden! heißt: Nieder mit den Kapitalisten!

Der gute Maslow merkt nicht, daß der hohe Prozentsatz der Ausgaben der örtlichen Selbstverwaltungen für kulturelle Zwecke einen hohen Anteil an zweitrangigen Ausgaben bedeutet. Warum? Weil der Kompetenzkreis der örtlichen Selbstverwaltungen und ihre finanziellen Vollmachten doch von derselben zentralen Staatsmacht bestimmt werden, und zwar so, daß sie für Armee und Sonstiges den fettesten Bissen beansprucht, für „Kultur" aber nur ein paar Brocken hinwirft. Ist in der bürgerlichen Gesellschaft eine solche Teilung unvermeidlich? Ja, denn die Bourgeoisie könnte in der bürgerlichen Gesellschaft nicht herrschen, wollte sie nicht für die Sicherung ihrer Herrschaft als Klasse den fettesten Bissen aufwenden, für kulturelle Zwecke aber nur ein paar Brocken hinwerfen. Man muß ein Maslow sein, um auf den genialen Gedanken zu verfallen: Wie denn, wenn ich den *neuen fetten Bissen* zum Eigentum der Semstwos erkläre, dann werde ich ja die Herrschaft der Bourgeoisie *umgehen!* Wie einfach wäre doch die Aufgabe der Proletarier, wenn sie nach Maslow argumentierten: Es genügt zu verlangen, daß die Ein-

nahmen aus Eisenbahn-, Post- und Telegrafenwesen, aus dem Branntweinmonopol nicht „nationalisiert", sondern „munizipalisiert" werden, und alle diese Einnahmen werden nicht für Heer und Flotte, sondern für kulturelle Zwecke verwendet. Man braucht gar nicht die Zentralmacht zu stürzen oder von Grund aus umzugestalten, man braucht nur ganz einfach die „Munizipalisierung" aller großen Einnahmeposten durchzusetzen, und schon ist alles in Ordnung. O ihr Neunmalweisen!

Munizipaleinnahmen sind in Europa und in einem jeden bürgerlichen Lande – das mag sich der gute Maslow merken! – solche Einnahmen, die die bürgerliche Zentralgewalt für kulturelle Zwecke zu opfern bereit ist, *denn diese Einnahmen sind zweitrangig*, denn ihre Einkassierung ist der Zentralgewalt beschwerlich, denn die wichtigsten, die grundlegenden, die ausschlaggebenden Bedürfnisse der Bourgeoisie und der Herrschaft der Bourgeoisie sind bereits durch den *fettesten Bissen* gesichert. Daher ist der Rat an das Volk: Verschaffe dir einen neuen fetten Bissen, Hunderte Millionen aus den munizipalisierten Ländereien, und sichere seine Verwendung für kulturelle Zwecke durch seine Übergabe an die Semstwos, nicht an die Zentralgewalt – der Rat von Scharlatanen. Im bürgerlichen Staat kann die Bourgeoisie für kulturelle Zwecke wirklich *nichts als ein paar Brocken* übrig haben, weil sie den fettesten Bissen für die Sicherung ihrer Herrschaft als Klasse braucht. Warum nimmt sich die Zentralgewalt neun Zehntel aus der Besteuerung des Bodens, des Handels usw. und überläßt den Semstwos nur ein Zehntel, indem sie gesetzlich festlegt, daß die Steuerzuschläge der Semstwos einen bestimmten niedrigen Prozentsatz nicht überschreiten dürfen? Weil die Bourgeoisie den fettesten Bissen für die Sicherung ihrer Herrschaft als Klasse braucht und, solange sie überhaupt Bourgeoisie bleibt, für kulturelle Zwecke nicht mehr als Brocken hinwerfen kann.*

* Aus der überaus gründlichen Arbeit von Kaufmann (Kaufmann, R., „Die Kommunalfinanzen", 2 Bände, Lpz. 1906, II. Abt., 5. Band des Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften, begr. von Frankenstein, fortges. von Heckel) ist ersichtlich, daß die Verteilung der lokalen und der zentralen staatlichen Ausgaben in England für die örtlichen Selbstverwaltungen *vorteilhafter* ist als in Preußen und in Frankreich. In England entfallen 3 Milliarden Mark Ausgaben auf die lokalen Behörden, 3,6 Md. auf die zentrale Staatsmacht; in Frankreich 1,1 Md. bzw. 2,9 Md.; in Preußen 1,1 bzw. 3,5 Md. Betrachten wir

Die europäischen Sozialisten betrachten diese Verteilung von fetten Bissen und Brocken als gegebene Tatsache, denn sie wissen sehr gut, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht anders sein kann. Dabei sagen sie aber: An der staatlichen Zentralgewalt können wir uns nicht beteiligen, denn sie ist ein Werkzeug der Unterdrückung; an den Munizipalitäten dürfen wir dagegen Anteil nehmen, denn die Brocken werden hier für kulturelle Zwecke verausgabt. Was würden aber diese Sozialisten einem Menschen sagen, der der Arbeiterpartei raten würde, dafür zu agitieren, daß den europäischen Munizipalitäten die wirklich großen Einnahmen, die ganze Rente aus den örtlichen Ländereien, die ganzen Einnahmen aus den örtlichen Postanstalten, den örtlichen Eisenbahnen usw. als Eigentum überlassen werden sollen? Einen solchen Menschen würde man entweder für verrückt oder für einen „christlichen Sozialisten" halten, der nur irrtümlich unter die Sozialdemokraten geraten ist.

Leute, die bei Erörterung der Aufgaben der gegenwärtigen (d. h. der bürgerlichen) Revolution in Rußland sagen: Wir dürfen die Zentralgewalt des bürgerlichen Staates nicht festigen, beweisen, daß sie völlig unfähig sind, zu denken. Die Deutschen können und müssen so argumentieren, denn sie haben nur ein junkerlich-bürgerliches Deutschland vor sich; bis zum Sozialismus kann es kein anderes Deutschland geben. Bei uns aber geht der gegenwärtige revolutionäre Kampf der Massen darum, ob Rußland ein junkerlich-bürgerliches Land (wie es Stolypin und die Kadetten wollen) oder ein bäuerlich-bürgerliches Land (wie es die Bau-

die *kulturellen* Ausgaben z. B. für Bildungszwecke in dem (vom Standpunkt der Munizipalisten) am günstigsten gestellten Lande, d. h. in England. Wir sehen, daß von 151,6 Millionen Pfund Sterling Gesamtausgaben der lokalen Selbstverwaltung (1902/1903) für Bildungszwecke 16,5 Mill. Pfund Sterling verausgabt wurden, d. h. etwas über $^1/_{10}$. Die zentrale Staatsmacht gibt laut Budget für 1908 (siehe „Almanach de Gotha") bei einer Gesamtausgabe von 198,6 Mill. Pfund Sterling weniger als ein Zehntel, 16,9 Mill. Pfund Sterling, für Bildungszwecke aus. Die Ausgaben für Armee und Flotte belaufen sich auf 59,2 Mill. Pfund Sterling. Hinzu kommen 28,5 Mill. Pfund Sterling Ausgaben zur Deckung der Staatsschulden, 3,8 Mill. Pfund Sterling für Gerichtswesen und Polizei, 1,9 Mill. für auswärtige Angelegenheiten und 19,8 Mill. für Eintreibung der Steuern. Man sieht also, daß die Bourgeoisie für kulturelle Zwecke nur *Brocken* hinwirft, den *Löwenanteil* aber für die Sicherung ihrer Herrschaft als Klasse verwendet.

ern und Arbeiter wollen) sein soll. Man kann sich an einer solchen Revolution nicht beteiligen, ohne eine Schicht der Bourgeoisie gegen die andere, einen Typus der bürgerlichen Evolution gegen den anderen zu unterstützen. Kraft objektiver ökonomischer Ursachen haben wir in der gegenwärtigen Revolution keine andere „Wahl", kann es für uns auch keine andere „Wahl" geben als die zwischen einer zentralisierten bürgerlichen Republik bäuerlicher Farmer oder einer bürgerlichen zentralisierten Monarchie junkerlicher Gutsbesitzer. Diese schwere „Wahl" umgehen zu wollen, indem man unter den Massen den Gedanken propagiert: „hätten wir wenigstens ein demokratischeres Semstwo", ist die größte philisterhafte Abgeschmacktheit.

4. *Das Ausmaß der politischen Umwälzung und das Ausmaß der Agrarumwälzung*

Die „Wahl" ist schwer, sagten wir, wobei wir natürlich nicht eine subjektive Wahl (was wünschenswerter wäre) meinten, sondern den objektiven Ausgang des Kampfes der sozialen Kräfte, die diese historische Frage entscheiden. Worin eigentlich die „Schwierigkeit" des für die Bauern günstigen Ausgangs besteht, das haben sich die Leute, die mein Agrarprogramm, das die Republik mit der Nationalisierung verbindet, als optimistisch bezeichnen, nicht im geringsten überlegt. Hier die Plechanowschen Ausführungen zu dieser Frage:

„Lenin umgeht die Schwierigkeit der Frage mit Hilfe optimistischer Annahmen. Es ist dies die übliche utopistische Denkmethode. So sagen zum Beispiel die Anarchisten: ‚Es bedarf keiner Zwangsorganisation', wenn wir ihnen aber entgegnen, das Fehlen einer Zwangsorganisation würde einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, falls sie diesen Wunsch hätten, die Möglichkeit geben, diese Gesellschaft zu schädigen, so erwidern die Anarchisten: ‚Dergleichen kann nicht sein.' Nach meiner Auffassung heißt das, mit Hilfe optimistischer Annahmen die Schwierigkeit der Frage umgehen. Und das tut Lenin. Bei ihm sind die möglichen Folgen der von ihm vorgeschlagenen Maßnahme von einer ganzen Reihe optimistischer ‚Wenn' umstellt. Zum Beweis führe ich den Vorwurf an, den Lenin gegen Maslow erhebt. Auf S. 23 seiner Broschüre* sagt er:

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 180. *Die Red.*

‚Maslows Entwurf setzt im Grunde genommen stillschweigend voraus, daß die Forderungen unseres politischen Minimalprogramms nicht völlig verwirklicht, die Herrschaft des Volkes nicht gesichert, das stehende Heer nicht abgeschafft, die Wählbarkeit der Beamten nicht eingeführt ist usw. – mit anderen Worten, daß unsere demokratische Revolution ebenso unvollendet geblieben ist wie der größte Teil der europäischen demokratischen Revolutionen, daß sie ebenso gestutzt, entstellt und „zurückgedrängt" ist wie alle diese letzteren. Maslows Entwurf ist speziell auf eine halbschlächtige, inkonsequente, unvollständige oder gestutzte und von der Reaktion „unschädlich gemachte" demokratische Umwälzung zugeschnitten.' Nehmen wir an, der Vorwurf, den er gegen Maslow erhebt, sei berechtigt, doch das angeführte Zitat zeigt, daß Lenins eigener Entwurf nur dann gut ist, wenn alle von ihm angenommenen ‚Wenn' eintreffen. Wenn aber diese ‚Wenn' ausbleiben, so wird die Verwirklichung seines Entwurfs* von Schaden sein. Doch wir brauchen keine solchen Entwürfe. Unser Entwurf muß in jedem Falle hieb- und stichfest sein, d. h. auch für den Fall ungünstiger ‚Wenn'." („Protokolle des Stockholmer Parteitags", 44/45.)

Ich habe diese Argumentation ungekürzt wiedergegeben, denn der Fehler Plechanows kommt darin deutlich zum Vorschein. Den Optimismus, der ihn so erschreckt hat, hat er ganz und gar nicht verstanden. Der „Optimismus" besteht nicht darin, daß man Wählbarkeit der Beamten durch das Volk u. dgl. voraussetzt, *sondern darin, daß man den Sieg der bäuerlichen Agrarrevolution voraussetzt.* Die wirkliche „Schwierigkeit" besteht darin, in einem Lande, das sich zumindest seit 1861 nach junkerlich-bürgerlichem Typus entwickelt, die *bäuerliche* Agrarrevolution zum Siege zu führen. Erkennt man diese grundlegende *ökonomische* Schwierigkeit an, so ist es lächerlich, in den Schwierigkeiten des politischen Demokratismus schier Anarchismus zu sehen. Es ist lächerlich zu vergessen, daß die Ausmaße der agrarischen und der politischen Umgestaltung notwendigerweise einander entsprechen müssen, daß die *ökonomische* Umwälzung einen *entsprechenden* politischen Überbau voraussetzt. Der Grundfehler Plechanows in dieser Frage besteht eben darin, daß er die Wurzeln des „Optimismus" *unseres gemeinsamen*, menschewistischen wie bolschewistischen, Agrarprogramms nicht begreift.

In der Tat: Man stelle sich konkret vor, was im heutigen Rußland *„bäuerliche Agrarrevolution"* und gleichzeitige *Konfiskation* des gutsherr-

* Dann wird es nicht *mein* Entwurf sein! Plechanow argumentiert unlogisch!

lichen Grundbesitzes bedeutet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kapitalismus sich im Laufe eines halben Jahrhunderts den Weg *durch* die gutsherrliche Wirtschaft gebahnt hat, die im großen und ganzen gegenwärtig zweifellos über der Bauernwirtschaft steht, und zwar nicht nur hinsichtlich der Höhe der Ernteerträge (was zum Teil auf bessere Qualität des gutsherrlichen Bodens zurückzuführen ist), sondern auch hinsichtlich der Verbreitung von modernen Geräten und des Fruchtwechsels (Futtergrasanbau).* Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gutsbesitzerwirtschaft durch Tausende von Fäden nicht nur mit der Bürokratie, sondern auch mit der Bourgeoisie verbunden ist. Die Konfiskation läuft vielen der Interessen der Großbourgeoisie zuwider, die Bauernrevolution führt aber auch, wie Kautsky zutreffend bemerkte, zum Staatsbankrott, d. h. zur Verletzung der Interessen nicht allein der russischen, sondern auch der gesamten internationalen Bourgeoisie. Es versteht sich aber, daß unter solchen Verhältnissen der Sieg der Bauernrevolution, der Sieg der Kleinbürger sowohl über die Gutsbesitzer als auch über die Großbourgeois, ein ganz besonders günstiges Zusammentreffen von Umständen, ganz außerordentlich „optimistische" Voraussetzungen vom Standpunkt des Spießbürgers oder des spießbürgerlichen Geschichtsschreibers und ein gigantisches Ausmaß von bäuerlicher Initiative, revolutionärer Energie, Bewußtheit, Organisiertheit, reichen Schöpfertums des Volkes erfordert. Das ist unbestreitbar, und die Philisterwitze Plechanows über die letzten Worte sind nur ein billiger Trick** zu dem Zweck, eine ernste Frage zu umgehen. Da aber die Warenproduktion die Bauernschaft nicht zusam-

* Vergleiche die Zusammenstellung neuer, auf Massenerhebungen beruhender Daten über die Überlegenheit der gutsherrlichen Wirtschaft gegenüber der bäuerlichen hinsichtlich der Verbreitung des Futtergrasanbaus bei Kaufman im II. Band der „Agrarfrage".

** „Schöpfertum des Volkes" (narodnoje twortschestwo), das sei „Narodowolzentum" (narodowoltschestwo), höhnte Plechanow in Stockholm. Das ist eine Kritik wie jene, die „Die Abenteuer Tschitschikows" kritisiert, indem sie sich über den Namen lustig macht: „Tschi-tschi-kow, hatschi-hatschi ... Ach wie komisch!"[102] Die Idee der Notwendigkeit des „Schöpfertums des Volkes", neuer Formen des Kampfes, neuer Organisationsformen der Bauernschaft in der russischen Revolution kann nur der allen Ernstes als Narodowolzentum betrachten, dem schon die Annahme der Bauernrevolution gegen Bourgeoisie und Gutsbesitzer Narodowolzentum zu sein scheint.

menschließt und zentralisiert, sondern sie zersetzt und spaltet, so ist eine *Bauern*revolution in einem bürgerlichen Lande nur unter der Führung des Proletariats möglich – ein Umstand, der die mächtigste Bourgeoisie der Welt nur noch mehr gegen diese Revolution aufbringt.

Folgt aber daraus, daß die Marxisten den Gedanken an die bäuerliche Agrarrevolution überhaupt fallenlassen müssen? Nein, dergleichen zu folgern wäre nur eines Menschen würdig, dessen Weltanschauung eine liberale Parodie auf den Marxismus darstellt. Aus dem Gesagten folgt nur, 1. daß der Marxismus das Schicksal des Sozialismus in Rußland nicht vom Ausgang der bürgerlich-demokratischen Umwälzung abhängig machen darf; 2. daß der Marxismus mit beiden Möglichkeiten der kapitalistischen Evolution der Landwirtschaft in Rußland rechnen und dem Volke die Bedingungen und die Bedeutung einer jeden von ihnen klar aufzeigen muß; 3. daß der Marxismus die Auffassung energisch bekämpfen muß, als sei in Rußland eine radikale Agrarumwälzung ohne radikale politische Umwälzung möglich.

1. Die Sozialrevolutionäre wie alle einigermaßen konsequenten Volkstümler verstehen den bürgerlichen Charakter der Bauernrevolution nicht und verbinden mit ihr ihren ganzen Quasisozialismus. Ein günstiger Ausgang der Bauernrevolution würde nach Auffassung der Volkstümler den Triumph des volkstümlerischen Sozialismus in Rußland bedeuten. In Wirklichkeit aber würde dies der rascheste und endgültige Zusammenbruch des volkstümlerischen (bäuerlichen) Sozialismus sein. Je vollständiger und entschiedener der Sieg der Bauernrevolution wäre, desto rascher würde sich die Bauernschaft in eine freie bürgerliche Farmerschaft verwandeln, die dem Volkstümler„sozialismus" „den Laufpaß gäbe". Umgekehrt würde ein ungünstiger Ausgang die Agonie des Volkstümlersozialismus noch eine Zeitlang hinausziehen, würde es ermöglichen, die Illusion, Kritik der grundherrlich-bürgerlichen Spielart des Kapitalismus sei Kritik am Kapitalismus überhaupt, etwas länger aufrechtzuerhalten.

Die Sozialdemokratie, die Partei des Proletariats, macht das Schicksal des Sozialismus in keiner Weise von dem einen oder dem anderen Ausgang der bürgerlichen Revolution abhängig. Beide bedeuten kapitalistische Entwicklung und Unterdrückung des Proletariats – sowohl in einer Gutsbesitzermonarchie mit Privateigentum am Grund und Boden als

auch in einer Farmerrepublik, sei es auch mit Nationalisierung des Grund und Bodens. Daher ist allein eine unbedingt selbständige und rein proletarische Partei imstande, die Sache des Sozialismus „in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen"* zu vertreten, wie es im Schlußteil meines Agrarprogramms heißt (dieser Teil ist in die taktische Resolution des Stockholmer Parteitags eingegangen).

2. Doch der bürgerliche Charakter *beider* Möglichkeiten des Ausgangs der Agrarumwälzung bedeutet keinesfalls, daß die Sozialdemokraten dem Kampf für den einen oder den anderen Ausgang gleichgültig gegenüberstehen können. Die Interessen der Arbeiterklasse verlangen unbedingt, daß sie die Bauernrevolution aufs energischste unterstütze – ja noch mehr: daß sie die führende Rolle in der Bauernrevolution spiele. Während wir für den günstigen Ausgang der Bauernrevolution kämpfen, müssen wir in den Massen das klarste Verständnis dafür verbreiten, was die Fortführung des gutsherrlichen Weges der Agrarevolution bedeuten würde, was für namenloses Elend (das nicht dem Kapitalismus, sondern seiner ungenügenden Entwicklung entspringt) das für alle werktätigen Massen mit sich bringt. Anderseits müssen wir auch den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernrevolution sowie die Haltlosigkeit der auf sie gesetzten „sozialistischen" Hoffnungen auseinandersetzen.

Dabei kann unser Programm – da wir ja das Schicksal des Sozialismus nicht mit dem einen oder dem anderen Ausgang der bürgerlichen Umwälzung verbinden – nicht das gleiche sein für den günstigen wie für den „ungünstigen Fall". Wenn Plechanow sagte, wir brauchten keine Entwürfe, die den einen wie den anderen Fall besonders voraussehen (die also mit einem „Wenn" konstruiert sind), so sagte er das ohne Überlegung. Denn gerade von seinem Standpunkt aus, vom Standpunkt der Wahrscheinlichkeit des ungünstigsten Ausgangs oder der Notwendigkeit, damit zu rechnen, ist die Teilung des Programms in zwei Teile, die es auch bei mir gab, besonders vonnöten. Es muß gesagt werden, daß auf dem gegebenen Wege der gutsherrlich-bürgerlichen Entwicklung die Arbeiterpartei ganz bestimmte Maßnahmen vertritt, dabei aber zugleich der Bauernschaft nach Kräften hilft, den gutsherrlichen Grundbesitz gänzlich zu liquidieren und dadurch die Möglichkeit breiterer und freierer Entwicklungsbedingungen zu erschließen. Darüber enthält mein „Be-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 188/189. *Die Red.*

richt" eingehende Ausführungen (der Punkt über die Pacht, seine Notwendigkeit im Programm „für den ungünstigsten Fall"; sein Fehlen bei Maslow).* Ich füge nur hinzu, daß gerade jetzt, wo die unmittelbaren Bedingungen der sozialdemokratischen Tätigkeit am allerwenigsten optimistischen Annahmen entsprechen, der Fehler Plechanows noch klarer hervortritt. Die dritte Duma kann uns keinesfalls bewegen, den Kampf für die bäuerliche Agrarrevolution aufzugeben, aber auf eine bestimmte Zeit hinaus müssen wir auf dem Boden von Agrarverhältnissen arbeiten, die die schlimmste Ausbeutung durch die Gutsbesitzer sicherstellen. Gerade Plechanow, der um den ungünstigsten Fall so sehr besorgt war, hat jetzt kein Programm für den ungünstigsten Fall!

3. Da wir die Unterstützung der Bauernrevolution nun einmal zu unserer Aufgabe machen, so muß man sich über die Schwierigkeit dieser Aufgabe sowie über die Notwendigkeit der *Übereinstimmung* der politischen und der agrarischen Umgestaltungen volle Rechenschaft ablegen. Sonst ergibt sich eine wissenschaftlich unhaltbare, praktisch reaktionäre Verbindung von agrarischem „Optimismus" (Konfiskation plus Munizipalisierung oder Aufteilung) und politischem „Pessimismus" (Nowossedski: „relative" Demokratisierung im Zentrum).

Die Menschewiki lassen die Bauernrevolution gleichsam nur widerwillig zu, sie wollen sie dem Volk nicht klar und eindeutig in voller Gestalt vor Augen führen. Bei ihnen schimmert die Auffassung durch, die in Stockholm mit unnachahmlicher Naivität der Menschewik Ptizyn zum Ausdruck brachte: „Die revolutionären Kalamitäten werden vergehen, das bürgerliche Leben wird in sein gewohntes Geleise zurückkehren, und falls es im Westen zu keiner Arbeiterrevolution kommt, so wird die Bourgeoisie bei uns unfehlbar ans Ruder gelangen. Das wird auch Gen. Lenin nicht leugnen und nicht leugnen können." (S. 91 der Protokolle.) Der nicht durchdachte abstrakte Begriff der bürgerlichen Umwälzung verdeckt die Frage nach jener ihrer Spielart, die die Bauernrevolution darstellt! Das alles seien nur „Kalamitäten", real sei nur das „gewohnte Geleise". Schwerlich kann der Spießbürgerstandpunkt und das Nichtverstehen dessen, worum eigentlich der Kampf in unserer bürgerlichen Revolution geht, krasser zum Ausdruck gebracht werden.

Die Bauernschaft kann die Agrarumwälzung nicht vollziehen, ohne die

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 343/344. *Die Red.*

alte Macht, das stehende Heer und die Bürokratie zu beseitigen, denn diese sind die treuesten Stützen des gutsherrlichen Grundbesitzes und mit ihm durch Tausende Fäden verbunden. Die Vorstellung von einer bäuerlichen Umwälzung bei demokratischer Ordnung einzig und allein in den örtlichen Institutionen, ohne vollständige Zerschlagung der zentralen Institutionen ist daher wissenschaftlich unhaltbar. Praktisch reaktionär aber ist diese Vorstellung deshalb, weil sie der kleinbürgerlichen Borniertheit und dem kleinbürgerlichen Opportunismus in die Hände arbeitet, der sich die Sache „ganz einfach" vorstellt: Was wir brauchen, ist der Boden, und was mit der Politik wird, mag der liebe Gott wissen! Den ganzen Boden muß man nehmen, aber ob man die ganze Macht braucht, ob man die ganze Macht nehmen kann und wie man das tun soll – darüber denkt der Bauer nicht nach (oder er hat nicht darüber nachgedacht, solange er nicht durch die Auseinanderjagung zweier Dumas belehrt wurde). Im höchsten Grade reaktionär ist daher der Standpunkt des „bäuerlichen Kadetten" Herrn Peschechonow, der schon in seinem „Agrarproblem" schrieb: „In der Agrarfrage ist heute eine bestimmte Antwort ungleich mehr vonnöten als zum Beispiel in der Frage der Republik." (S. 114.) Und dieser Standpunkt politischen Schwachsinns (ein Erbgut des Meisters der Reaktion, des Herrn W. W.) drückte bekanntlich dem ganzen Programm und der ganzen Taktik der Partei der „Volkssozialisten" seinen Stempel auf. Statt dem Mangel an Verständnis beim Bauern entgegenzutreten, der den Zusammenhang zwischen agrarischem Radikalismus und politischem Radikalismus nicht begreift, *passen sich* die „Volkssozialisten" seinem Unverstand *an*. Es scheint ihnen „so praktischer", in Wirklichkeit aber ist es gerade diese Haltung, die das Agrarprogramm der Bauernschaft zu absolutem Mißerfolg verurteilt. Ohne Zweifel – die radikale politische Umwälzung ist schwer, aber die Agrarumwälzung ist es auch: diese ist unmöglich ohne Zusammenhang mit jener, und es ist Pflicht der Sozialisten, dies der Bauernschaft nicht zu verschweigen, keinen Schleier darüber zu breiten (mittels unbestimmter, unklarer, halbkadettischer Phrasen über den „demokratischen Staat", wie das unser Agrarprogramm tut), sondern auszusprechen, was ist, die Bauern zu lehren, daß sie, wenn sie in der Politik nicht bis zu Ende gehen, nicht ernstlich an die Konfiskation der gutsherrlichen Ländereien denken können.

Nicht die „Wenn" sind im Programm von Wichtigkeit. Wichtig ist der Hinweis darauf, daß die agrarischen und die politischen Umgestaltungen *einander entsprechen* müssen. Statt des „Wenn" kann derselbe Gedanke anders ausgedrückt werden: „Die Partei erklärt, daß die beste Art des Bodenbesitzes in der bürgerlichen Gesellschaft die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden ist, seine Nationalisierung, seine Übergabe an den Staat als dessen Eigentum, und daß diese Maßnahme weder verwirklicht werden noch einen wirklichen Nutzen bringen kann ohne vollen Demokratismus nicht nur der lokalen Institutionen, sondern auch des ganzen Staatsaufbaus bis hin zur Republik, zur Abschaffung des stehenden Heeres, zur Wählbarkeit der Beamten durch das Volk usw."

Dadurch, daß wir es unterlassen haben, eine solche Erklärung in unser Agrarprogramm aufzunehmen, flößten wir dem Volk den *irrigen* Gedanken ein, Konfiskation der gutsherrlichen Ländereien sei ohne vollen Demokratismus der Zentralgewalt möglich. Wir sind auf das Niveau des opportunistischen Kleinbürgertums, d. h. der „Volkssozialisten", herabgesunken, denn in den beiden Dumas zeigte sich, daß sowohl ihr Programm (Entwurf der 104) als auch das unsrige die Verbindung der agrarischen Umgestaltungen mit dem Demokratismus *nur* der *lokalen* Institutionen vorsah. Eine solche Auffassung ist kleinbürgerliche Borniertheit, von der der 3. Juni 1907 und die III. Duma gar viele, vor allem aber die Sozialdemokraten, hätten heilen müssen.

5. Bauernrevolution ohne Eroberung der Macht durch die Bauernschaft?

Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie ist das proletarische Programm in der gegen die Überreste der Leibeigenschaft, gegen alles Mittelalterliche in unserer Agrarordnung gerichteten Bauernrevolution. Theoretisch wird dieser Satz, wie wir gesehen haben, auch von den Menschewiki anerkannt (Rede Plechanows in Stockholm). Doch die Menschewiki haben diesen Satz nicht im geringsten durchdacht, haben seinen unlöslichen Zusammenhang mit den allgemeinen Grundlagen der sozialdemokratischen Taktik in der russischen bürgerlichen Revolution

nicht bemerkt. Und gerade in den Werken Plechanows ist dieser Denkfehler am klarsten in Erscheinung getreten.

Jede Bauernrevolution, die sich gegen alles Mittelalterliche bei kapitalistischem Charakter der gesamten gesellschaftlichen Wirtschaft richtet, ist eine bürgerliche Revolution. Doch nicht jede bürgerliche Revolution ist eine Bauernrevolution. Wenn in einem Land mit durchaus kapitalistisch organisierter Landwirtschaft die Agrarkapitalisten mit Hilfe von Lohnarbeitern eine Agrarrevolution vollzögen, indem sie, sagen wir, das Privateigentum am Grund und Boden abschafften, so wäre das wohl eine bürgerliche, aber keineswegs eine Bauernrevolution. Wenn es in einem Land, dessen Agrarverhältnisse bereits so eng mit der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt verwachsen sind, daß diese Verhältnisse ohne gleichzeitige Aufhebung des Kapitalismus nicht beseitigt werden könnten, zu einer Revolution käme, die z. B. die Industriebourgeoisie an Stelle der absolutistischen Bürokratie ans Ruder brächte, so wäre das eine bürgerliche, aber keineswegs eine Bauernrevolution. Mit anderen Worten: Ein bürgerliches Land ohne Bauernschaft ist möglich, und auch eine bürgerliche Revolution ist in einem solchen Land ohne Bauernschaft möglich. Möglich ist eine bürgerliche Revolution in einem Land mit bedeutender bäuerlicher Bevölkerung, und möglich ist anderseits eine solche Revolution, die keineswegs eine Bauernrevolution ist, d. h. eine Revolution, die speziell die Bauernschaft betreffende Agrarverhältnisse nicht revolutioniert und die Bauernschaft nicht in die Reihe der einigermaßen aktiven sozialen Kräfte stellt, welche die Revolution vollziehen. Folglich enthält der allgemeine marxistische Begriff „bürgerliche Revolution" bestimmte Momente, die auf jede Bauernrevolution in einem Land mit aufstrebendem Kapitalismus unbedingt anwendbar sind, doch dieser allgemeine Begriff sagt uns noch rein gar nichts darüber, ob (im Sinne objektiver Notwendigkeit) die bürgerliche Revolution dieses Landes, um zum vollen Sieg zu gelangen, zur Bauernrevolution werden muß oder nicht.

Die Unrichtigkeit der ganzen taktischen Linie Plechanows und der ihm folgenden Menschewiki in der ersten Periode der russischen Revolution (d. h. in den Jahren 1905–1907) ergibt sich hauptsächlich daraus, daß sie dieses Verhältnis zwischen der bürgerlichen Revolution im allgemeinen und der bäuerlichen bürgerlichen Revolution absolut nicht begriffen haben. Das in der menschewistischen Literatur weit verbreitete

wüste Geschrei*, die Bolschewiki verstünden den bürgerlichen Charakter der gegenwärtigen Revolution nicht, ist nichts anderes als die Maskierung dieses Unverständnisses. In Wirklichkeit ist kein Sozialdemokrat aus der einen wie der anderen Fraktion vor oder während der Revolution von der marxistischen Auffassung ihres bürgerlichen Charakters abgewichen. Nur „Vereinfacher", Vulgarisatoren der fraktionellen Meinungsverschiedenheiten konnten das Gegenteil behaupten. Doch ein Teil der Marxisten, nämlich der rechte Flügel, beschränkte sich stets auf den allgemeinen, abstrakten, schablonenhaften Begriff der bürgerlichen Revolution und war nicht imstande, die *Besonderheiten* der gegebenen bürgerlichen Revolution gerade als einer Bauernrevolution zu verstehen. Es ist völlig natürlich und unvermeidlich, daß dieser Flügel der Sozialdemokratie nicht imstande war, die Quelle der konterrevolutionären Natur unserer Bourgeoisie in der russischen Revolution zu begreifen, daß er nicht imstande war, genau zu bestimmen, welche Klassen befähigt sind, in dieser Revolution den vollen Sieg zu erringen, daß er zu der Auffassung gelangen mußte: in der bürgerlichen Revolution müsse das Proletariat die Bourgeoisie unterstützen, in der bürgerlichen Revolution müsse die Bourgeoisie die agierende Hauptkraft sein, der Schwung der Revolution werde leiden, wenn die Bourgeoisie sich von der Revolution abwende, usw. usf.

Umgekehrt haben die Bolschewiki gleich seit Beginn der Revolution im Frühjahr und Sommer 1905, als von der heute bei unwissenden oder unklugen Leuten so verbreiteten Verwechslung des Bolschewismus mit Boykottismus, Gewaltanbetung usw. noch keine Rede sein konnte, die *Quelle* unserer taktischen Meinungsverschiedenheiten klar aufgezeigt, indem sie den Begriff der Bauernrevolution, als einer Form der bürgerlichen Revolution, herausarbeiteten und ihren Sieg definierten als: „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft". Der größte *ideologische* Erfolg des Bolschewismus in der internationalen Sozialdemokratie war bisher der Aufsatz Kautskys über die Triebkräfte der russischen Revolution („Triebkräfte und Aussichten der russischen Revo-

* In Plechanows „Neuen Briefen über Taktik und Taktlosigkeit" (Hrsg. Glagolew, St. Petersburg) wirkt dieses Geschrei geradezu komisch. Da gibt es eine Unmenge von Droh- und Schimpfworten gegen die Bolschewiki und allerhand Faxen, aber von Gedanken – keine Spur.

lution", russische Übersetzung, redigiert und mit einem Vorwort versehen von N. Lenin, Moskau 1907, Verlag „Nowaja Epocha" [Die neue Epoche]). Bekanntlich hatte sich Kautsky im Jahre 1903, zu Beginn der Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki, auf die Seite der letzteren gestellt. Im Jahre 1907 jedoch, nach Beobachtung des Verlaufs der russischen Revolution, über die Kautsky mehrfach schrieb, begriff er mit einem Schlage den Fehler Plechanows, der ihm seinen bekannten Fragebogen geschickt hatte. In diesem Fragebogen stellte Plechanow *nur* die Frage nach dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution, ohne den Begriff der bäuerlichen bürgerlichen Revolution herauszuarbeiten und ohne über die allgemeinen Bezeichnungen „bürgerliche Demokratie", „bürgerliche Oppositionsparteien" hinauszugehen. Kautsky berichtigte diesen Fehler, indem er Plechanow antwortete, die Bourgeoisie sei nicht die Triebkraft der russischen Revolution, und in *diesem* Sinne sei die Zeit der bürgerlichen Revolutionen vorüber. „Eine solide Interessengemeinschaft für die ganze Zeit des revolutionären Kampfes besteht aber nur zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft" (siehe genannte Broschüre, S. 30/31). „Sie (diese Interessengemeinschaft) muß die Grundlage der ganzen revolutionären Taktik der Sozialdemokratie Rußlands abgeben." (Ebenda, S. 31.) Hier sind die *Grundlagen* der bolschewistischen Taktik *im Gegensatz* zur menschewistischen vollkommen klar zum Ausdruck gebracht. In seinen „Neuen Briefen usw." ärgert sich Plechanow mächtig darüber. Doch sein Ärger läßt die Ohnmacht der Argumentation noch deutlicher hervortreten. Die Krise, die wir durchleben, ist „dennoch eine bürgerliche", wiederholt Plechanow und schimpft die Bolschewiki „Analphabeten" (S. 127). Dieses Geschimpfe ist nur ohnmächtige Wut. Plechanow hat den Unterschied zwischen der bäuerlichen bürgerlichen Revolution und der nichtbäuerlichen bürgerlichen Revolution nicht begriffen. Wenn Plechanow sagt, Kautsky „übertreibt das Entwicklungstempo unseres Bauern" (S. 131), „Meinungsverschiedenheiten zwischen uns (Plechanow und Kautsky) sind nur in Nuancen möglich" (131) usw., so sind das nur jämmerliche, feige Ausflüchte, denn jeder einigermaßen denkende Mensch sieht gerade das Gegenteil. Nicht um „Nuancen" handelt es sich, nicht um die Frage des Entwicklungstempos, nicht um „Machtergreifung", worüber Plechanow ein Geschrei erhebt, sondern um die *grundlegende* Auffassung von den *Klassen*, die fähig sind, Triebkraft

der russischen Revolution zu sein. Plechanow und die Menschewiki verfallen *unvermeidlich* – bewußt und unbewußt – in eine opportunistische Unterstützung der Bourgeoisie, denn sie verstehen nicht den konterrevolutionären Charakter der Bourgeoisie in der bäuerlichen bürgerlichen Revolution. Die Bolschewiki haben die allgemeinen und grundlegenden Klassenbedingungen des Sieges dieser Revolution von Anfang an als demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft definiert. Kautsky gelangte in seinen „Triebkräften" im Grunde genommen zu der gleichen Auffassung und wiederholte sie in der *zweiten* Auflage seiner „Sozialen Revolution", wo er sagt: „Er (der Sieg der russischen Sozialdemokratie in absehbarer Zeit) könnte nur das Werk einer Koalition von Proletariat und Bauernschaft sein" („Die soziale Revolution" von K. Kautsky. Zweite Auflage, Berlin 1907, S. 62). (Der Raum gestattet uns nicht, auf einen weiteren Zusatz Kautskys zur zweiten Auflage einzugehen, auf seine Beurteilung der Lehren des Dezember 1905, eine Beurteilung, die von derjenigen des Menschewismus *grundverschieden* ist.)

So sehen wir, daß Plechanow in der Frage der *Grundlagen* der ganzen sozialdemokratischen Taktik überhaupt in einer solchen bürgerlichen Revolution, die nur als Bauernrevolution siegen kann, ganz und gar versagt hat. Meine Worte in Stockholm (April 1906)*, Plechanow habe, indem er die Machteroberung durch die Bauernschaft in der Bauernrevolution ablehnte, den Menschewismus ad absurdum geführt, fanden in der nachfolgenden Literatur ihre volle Bestätigung. Und dieser Grundfehler der taktischen Linie mußte sich unvermeidlich auf das menschewistische Agrarprogramm auswirken. Wie ich oben mehrfach aufgezeigt habe, bringt die Munizipalisierung weder auf ökonomischem noch auf politischem Gebiet die Bedingungen des wirklichen Sieges der Bauernrevolution, der wirklichen Machteroberung durch das Proletariat und die Bauernschaft voll zum Ausdruck. Auf ökonomischem Gebiet kann ein solcher Sieg nicht mit der Verankerung des alten Anteillandbesitzes in Einklang gebracht werden, auf politischem Gebiet nicht mit bloßem regionalem Demokratismus bei unvollständigem Demokratismus der Zentralgewalt.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 283. *Die Red.*

6. Ist die Nationalisierung des Grund und Bodens ein genügend elastisches Mittel?

Gen. John sagte in Stockholm (S. 111 der „Protokolle"), „der Munizipalisierungsentwurf ist annehmbarer, da er elastischer ist, er trägt der Verschiedenheit der Wirtschaftsbedingungen Rechnung und kann im Prozeß der Revolution selbst durchgeführt werden". Den Hauptmangel der Munizipalisierung in dieser Beziehung habe ich bereits aufgezeigt: Der Anteilbesitz wird als Eigentum verankert. Die Nationalisierung ist in dieser Hinsicht ungleich elastischer, denn sie erlaubt eine viel ungebundenere Organisierung neuer Wirtschaften auf dem „von den Schranken befreiten" Boden. Hier muß man auch auf andere, minder gewichtige Argumente Johns kurz eingehen.

„Die Aufteilung des Bodens", sagt John, „würde mancherorts die alten Bodenverhältnisse wiederherstellen. In manchen Gebieten würden 200 Desjatinen auf einen Hof kommen, und so würden wir zum Beispiel im Uralgebiet eine neue Gutsbesitzerklasse schaffen." Das Muster einer Beweisführung, die das eigene System anklagt! Und dergleichen Argumente haben die Sache auf dem menschewistischen Parteitag entschieden! Gerade die Munizipalisierung, und nur sie allein, krankt an dem Übel, das hier aufgezeigt wird, denn nur sie allein bindet den Boden an die einzelnen Gebiete. Nicht die Aufteilung trägt die Schuld daran, wie John, der einen komischen logischen Fehler macht, meint, sondern der Provinzialismus der Munizipalisten. Der munizipalisierte Boden im Uralgebiet würde, nach dem menschewistischen Programm, sowieso im „Besitz" der Uraler bleiben. Dies würde die Schaffung eines *neuen* reaktionären Kosakentums bedeuten, reaktionär deshalb, weil die privilegierten kleinen Landwirte, die im Vergleich zur übrigen Masse der Bauern zehnmal soviel Boden haben, der Bauernrevolution unfehlbar Widerstand leisten, die Privilegien des Privateigentums am Grund und Boden unfehlbar verteidigen würden. Es bleibt nur anzunehmen, daß der „demokratische Staat" auf der Grundlage desselben Programms Dutzende von Millionen Desjatinen Wälder des Urals zu „Wäldern von staatlicher Bedeutung" oder zum „Umsiedlungsfonds" erklären (hält doch der Kadett Kaufman eine solche Bestimmung der Wälder des Urals im Rahmen der 25% Bewaldung für zulässig, was in den Gouvernements Wjatka, Ufa und Perm 21 Millionen

Desjatinen ergibt!) und sie mit dieser Begründung zum Staats„besitz" machen könnte. Nicht durch Elastizität zeichnet sich die Munizipalisierung aus, sondern durch Konfusion und weiter nichts.

Werfen wir ferner einen Blick auf die Durchführung der Munizipalisierung im Prozeß der Revolution selbst. Hier finden wir Angriffe auf meine „revolutionären Bauernkomitees" als auf eine ständische Einrichtung. Wir sind für Ständelosigkeit – liberalisierten die Menschewiki in Stockholm. Ein wohlfeiler Liberalismus! Unsere Menschewiki haben nur nicht daran gedacht, daß für die Einführung einer ständelosen Selbstverwaltung schon vorher der Sieg erfochten und der privilegierte Stand, gegen den gekämpft wird, seiner Macht beraubt sein muß. Gerade „im Prozeß der Revolution selbst", wie John sagt, d. h. im Prozeß des Kampfes für die Vertreibung der Gutsbesitzer, im Prozeß jener *„revolutionären Aktionen der Bauernschaft"*, von denen auch die taktische Resolution der Menschewiki spricht, sind nur Bauernkomitees möglich. Die Einführung einer ständelosen Selbstverwaltung ist durch unser politisches Programm gewährleistet, sie wird und muß unvermeidlich eingeführt werden als Organisation der *Verwaltung* nach dem Sieg, wenn schon die ganze Bevölkerung genötigt ist, die neue Ordnung anzuerkennen. Aber wenn die Worte unseres Programms „Unterstützung der revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien" keine leere Phrase sind, so müssen wir an die Organisierung der Massen *für diese* „Aktionen" denken! Das menschewistische Programm denkt nicht daran. Es ist so konstruiert, daß es bequem in einen parlamentarischen Gesetzentwurf umgewandelt werden kann – neben den Entwürfen der bürgerlichen Parteien, die jede „Aktion" hassen (wie die Kadetten) oder mit Hilfe opportunistischer Ausflüchte der Aufgabe ihrer systematischen Unterstützung und Organisierung aus dem Wege gehen (wie die Volkssozialisten). Eine solche Konstruktion des Programms ist jedoch einer Arbeiterpartei, die von der bäuerlichen Agrarrevolution spricht, unwürdig – sie ist unwürdig einer Partei, die sich nicht die Beruhigung der Großbourgeoisie und der Bürokratie (wie die Kadetten) und auch nicht die Beruhigung des Kleinbürgertums (wie die Volkssozialisten), sondern ausschließlich die Entwicklung des Bewußtseins und der Selbsttätigkeit der breiten Massen im Verlauf ihres Kampfes gegen das fronherrliche Rußland zum Ziel setzt.

Man vergegenwärtige sich, sei es auch nur in allgemeinen Zügen, jene Masse der bäuerlichen „revolutionären Aktionen", die in Rußland im Frühjahr 1905, im Herbst 1905 und im Frühjahr 1906 stattgefunden haben. Versprechen wir die Unterstützung solcher Aktionen oder nicht? Wenn nicht, so würde das bedeuten, daß unser Programm die Unwahrheit sagt. Wenn ja, so ist es klar, daß das Programm *keine* Hinweise *gibt*, wie *diese* Aktionen zu organisieren sind. Eine Organisierung solcher Aktionen ist nur unmittelbar auf dem Kampfschauplatz möglich, die Organisation kann nur unmittelbar von den kämpfenden Massen geschaffen werden, d. h., es muß unbedingt eine Organisation vom Typ der Bauernkomitees sein. Es wäre einfach lächerlich, bei solchen Aktionen auf Selbstverwaltungsorgane großer Gebiete zu warten. Eine Erweiterung siegreicher lokaler Komitees, der Grenzen ihrer Macht und ihres Einflusses auf benachbarte Dörfer, Bezirke, Gouvernements, Städte, Kreise *und auf den ganzen Staat* ist natürlich erwünscht und notwendig. Man kann nichts dagegen haben, daß im Programm auf die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung hingewiesen wird, aber dann darf man sich keinesfalls auf Gebiete beschränken, sondern muß bis zur Zentralgewalt gehen. Das zum ersten. Und zweitens darf man dann nicht von *Selbstverwaltungen* sprechen, denn eine solche Bezeichnung schließt in sich *Abhängigkeit* der Verwaltungsorganisationen von der Organisation des staatlichen *Systems*. Die „Selbstverwaltung" funktioniert nach den von der Zentralgewalt aufgestellten Regeln und in den von ihr bestimmten Grenzen. Jene Organisationen des kämpfenden Volkes aber, von denen wir sprechen, müssen von allen Institutionen der alten Macht vollständig unabhängig sein, sie müssen den Kampf für eine neue Staatsordnung führen, müssen ein Werkzeug der Allmacht des Volkes (oder der Selbstherrschaft des Volkes) sein und ein Mittel zu ihrer Sicherstellung.

Mit einem Wort, vom Standpunkt des „Prozesses der Revolution selbst" ist das menschewistische Programm, das die Konfusion der menschewistischen Ideen in den Fragen der provisorischen Staatsmacht usw. widerspiegelt, in jeder Hinsicht unbefriedigend.

7. Munizipalisierung des Grund und Bodens und Munizipalsozialismus

Die Annäherung dieser beiden Begriffe geht von den Menschewiki selbst aus, die in Stockholm das Agrarprogramm durchgesetzt haben. Es genügt, die Namen zweier bekannter Menschewiki zu nennen – Kostrow und Larin. „Manche Genossen", sagte Kostrow in Stockholm, „scheinen zum erstenmal vom Munizipaleigentum am Grund und Boden zu hören. Ich möchte sie daran erinnern, daß es in Westeuropa eine ganze Richtung" (!eben!) „gibt, den ‚Munizipalsozialismus' (in England), der in der Erweiterung des Besitzes der städtischen und ländlichen Munizipalitäten besteht und für den auch unsere Genossen eintreten. Viele Munizipalitäten haben Immobilienbesitz, und dies steht nicht in Widerspruch zu unserem Programm. Jetzt haben wir die Möglichkeit, für die Munizipalitäten umsonst (!!) Immobilienreichtümer zu erwerben (!), und wir müssen sie ausnutzen. Natürlich muß der konfiszierte Boden munizipalisiert werden." (S. 88.)

Der naive Gesichtspunkt von der „Möglichkeit, umsonst Reichtümer zu erwerben", ist hier großartig ausgedrückt. Der Redner hat nur nicht darüber nachgedacht, warum diese „Richtung" des Munizipalsozialismus gerade als besondere Richtung und vorwiegend in England, das er als Beispiel wählte, eine *extrem opportunistische* Richtung ist. Warum hat Engels, als er in den Briefen an Sorge diesen extremen Intellektuellenopportunismus der englischen Fabier charakterisierte, die kleinbürgerliche Bedeutung ihrer „Munizipalisierungs"bestrebungen betont?[108]

In Übereinstimmung mit Kostrow sagt Larin in seinem Kommentar zum menschewistischen Programm: „Vielleicht wird die örtliche Selbstverwaltung des Volkes in manchen Gegenden diese Großbetriebe in eigene Regie übernehmen können, wie zum Beispiel die Stadtdumas Pferdebahnen oder Schlachthöfe in eigener Regie haben, und dann wird ihr gesamter (!!) Reinertrag der ganzen (!) Bevölkerung zur Verfügung stehen"* – und nicht der örtlichen Bourgeoisie, werter Larin?

Die kleinbürgerlichen Illusionen der kleinbürgerlichen Helden des westeuropäischen Munizipalsozialismus kommen sofort zum Vorschein. Vergessen ist die Herrschaft der Bourgeoisie, vergessen ist auch die Tatsache,

* „Die Bauernfrage und die Sozialdemokratie", S. 66.

daß es nur in Städten mit einem hohen Prozentsatz *proletarischer* Bevölkerung gelingt, den Werktätigen einige der Brocken aus dem Besitz der Gemeindeverwaltung zu verschaffen! Doch dies nur nebenbei. Der hauptsächliche Betrug, den die „munizipalsozialistische" Idee von der Munizipalisierung des Grund und Bodens beinhaltet, besteht in folgendem.

Die bürgerlichen Intellektuellen im Westen erheben, ähnlich wie die englischen Fabier, den Munizipalsozialismus gerade deshalb zu einer besonderen „Richtung", weil sie vom sozialen Frieden, von der Versöhnung der Klassen träumen und bestrebt sind, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Grundfragen des ganzen Wirtschaftssystems und der ganzen Staats*ordnung* auf die kleinen Fragen der örtlichen Selbst*verwaltung* abzulenken. Was die Fragen der ersten Art betrifft, so sind hier die Klassengegensätze am schärfsten; gerade hier werden, wie bereits gesagt, die Grundlagen der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse berührt. Gerade hier ist daher die kleinbürgerliche, reaktionäre Utopie einer teilweisen Verwirklichung des Sozialismus besonders aussichtslos. Die Aufmerksamkeit wird auf das Gebiet kleiner lokaler Fragen verlegt, nicht auf die Frage der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse, nicht auf die Frage nach den Hauptwerkzeugen dieser Herrschaft, sondern auf die Frage nach der Verausgabung der *Brosamen*, die von der reichen Bourgeoisie für die *„Bedürfnisse der Bevölkerung"* hingeworfen werden. Es ist klar, wenn man solche Fragen der Verausgabung der geringfügigen (im Vergleich zur Gesamtmasse des Mehrwerts und zur Gesamthöhe der Staatsausgaben der Bourgeoisie) Summen heraushebt, die die *Bourgeoisie selber* für die Volksgesundheit *bewilligt* (Engels verwies in der „Wohnungsfrage" darauf, daß die Epidemien in den Städten der Bourgeoisie selber Angst einflößen[104]), für die Volksbildung (die Bourgeoisie braucht ja gelernte Arbeiter, die sich dem hohen Niveau der Technik anzupassen verstehen!) usw., so kann man auf dem Gebiet *solcher kleinen* Fragen schöne Reden von „sozialem Frieden", vom Schaden des Klassenkampfes usw. halten. Wie kann da vom Klassenkampf die Rede sein, wo doch die Bourgeoisie selber für die „Bedürfnisse der Bevölkerung", für ärztliche Hilfe, für Volksbildung usw. Mittel verausgabt? Wozu soziale Revolution, wenn man auf dem Wege der lokalen Selbstverwaltung das „Kollektiveigentum" allmählich und schrittweise erweitern und die Produktion „sozialisieren" kann: Pferdebahnen, Schlachthöfe, auf die der ehrenwerte J. Larin so gelegen verweist?

Der kleinbürgerliche Opportunismus dieser „Richtung" besteht darin, daß man die *engen Grenzen* des sogenannten „Munizipalsozialismus" (in Wirklichkeit – Munizipalkapitalismus, wie die englischen Sozialdemokraten mit vollem Recht gegen die Fabier einwenden) vergißt. Man vergißt, daß die Bourgeoisie, solange sie als Klasse herrscht, nicht zulassen kann, daß die wirklichen *Grundlagen* ihrer Herrschaft auch nur vom „munizipalen" Gesichtspunkt aus angetastet werden, und daß die Bourgeoisie, wenn sie den „Munizipalsozialismus" gestattet, ihn duldet, dies gerade deshalb tut, weil er die *Grundlagen* ihrer Herrschaft unberührt läßt, die *entscheidenden* Quellen ihres Reichtums nicht angreift und sich nur auf jenes begrenzte lokale Ausgabengebiet beschränkt, das die Bourgeoisie selbst an die „Bevölkerung" *abtritt*. Die oberflächlichste Kenntnis des „Munizipalsozialismus" im Westen genügt, um zu wissen, daß jeder Versuch der *sozialistischen* Munizipalitäten, auch nur ein klein wenig über den Rahmen des gewohnten, d. h. kleinen, kleinlichen, dem Arbeiter keine *wesentlichen* Erleichterungen bringenden Wirtschaftens hinauszugehen, jeder Versuch, *das Kapital* ein klein wenig anzutasten, stets und unbedingt ein entschiedenes Veto der Zentralgewalt des bürgerlichen Staates nach sich zieht.

Gerade diesen Grundfehler, diesen kleinbürgerlichen Opportunismus der westeuropäischen Fabier, Possibilisten und Bernsteinianer übernehmen unsere Munizipalisatoren.

„Munizipalsozialismus" ist Sozialismus in den Fragen der *Lokalverwaltung*. Was über die Grenzen der *lokalen* Interessen, über die Grenzen der staatlichen *Verwaltungs*funktionen hinausreicht, d. h. alles, was die wichtigsten Einnahmequellen der herrschenden Klassen, die Hauptmittel zur Sicherung ihrer Herrschaft betrifft, alles, was nicht die Staatsverwaltung, sondern die Staats*ordnung* berührt, fällt *eben damit* aus dem Rahmen des „Munizipalsozialismus" heraus. Unsere Neunmalweisen aber wollen die Schärfe der Bodenfrage, die eine Sache des ganzen Volkes ist und die Grundinteressen der herrschenden Klassen am unmittelbarsten berührt, dadurch umgehen, daß sie diese Frage in die Kategorie der „lokalen Verwaltungsfragen" *einreihen*! Im Westen werden Pferdebahnen und Schlachthöfe munizipalisiert – warum sollten wir nicht die gute Hälfte des gesamten Bodens munizipalisieren? so meint der russische Intelligenzler; das ist von Vorteil sowohl für den Fall der Restauration

als auch für den Fall eines unvollständigen Demokratismus der Zentralgewalt!

Das Ergebnis ist Agrarsozialismus in der bürgerlichen Revolution, und zwar ein allerkleinbürgerlichster Sozialismus, der darauf abzielt, den Klassenkampf in den *brennendsten* Fragen dadurch *abzustumpfen*, daß er diese Fragen in die Kategorie kleiner, nur die Lokalverwaltung betreffender Fragen *überführt*. In Wirklichkeit kann die Frage der Bewirtschaftung der Hälfte des besten Bodens weder eine lokale noch eine Verwaltungsfrage sein. Sie ist eine Frage von gesamtstaatlicher Bedeutung, eine Frage des Aufbaus nicht nur des gutsherrlichen, sondern auch des bürgerlichen Staates. Und das Volk mit dem Gedanken zu locken, die Entwicklung des „Munizipalsozialismus" in der Landwirtschaft sei noch vor der sozialistischen Umwälzung möglich, bedeutet, Demagogie schlimmster Sorte zu treiben. Der Marxismus läßt es zu, daß die Nationalisierung in das Programm der bürgerlichen Revolution aufgenommen wird, weil die Nationalisierung eine bürgerliche Maßnahme ist, weil die absolute Rente die Entwicklung des Kapitalismus hemmt, weil das Privateigentum am Grund und Boden ein Hindernis für den Kapitalismus ist. Man muß aber den Marxismus zu fabianischem Intellektuellenopportunismus umarbeiten, will man in das Programm der bürgerlichen Revolution die Munizipalisierung der großen Güter aufnehmen.

Gerade hier tritt der Unterschied zwischen den kleinbürgerlichen und den proletarischen Methoden in der bürgerlichen Revolution deutlich zutage. Das Kleinbürgertum, selbst das radikalste – darunter unsere Partei der Sozialrevolutionäre –, erwartet *nach* der bürgerlichen Revolution nicht Klassenkampf, sondern allgemeine Glückseligkeit und Ruhe. Daher macht es sich im voraus „ein warmes Nest" zurecht, darum trägt es in die bürgerliche Revolution kleinbürgerliche Reformerpläne hinein, schwatzt von allerhand „Normen", von „Regulierung" des Grundbesitzes, Festigung des Arbeitsprinzips und der kleinen Arbeitswirtschaft usw. Die kleinbürgerliche Methode ist die Methode der Schaffung von Verhältnissen eines größtmöglichen sozialen Friedens. Die proletarische Methode hat *ausschließlich* die Säuberung des Weges von allem Mittelalterlichen im Auge, die Freilegung des Weges für den *Klassenkampf*. Daher kann es der Proletarier den Kleinbesitzern überlassen, die verschiedensten Grundbesitz„normen" zu erörtern: den Proletarier interessiert nur die

Beseitigung der gutsherrlichen Latifundien, nur die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden als des *letzten* Hindernisses für den Klassenkampf in der Landwirtschaft. Uns interessieren in der bürgerlichen Revolution nicht das kleinbürgerliche Reformertum, nicht das künftige „warme Nest" der beruhigten Kleinbesitzer, sondern die Bedingungen für den proletarischen Kampf gegen jede kleinbürgerliche Beschwichtigung auf bürgerlicher Grundlage.

Gerade dieser antiproletarische Geist wird aber durch die Munizipalisierung in das Programm der *bürgerlichen* Agrarrevolution hineingetragen, denn entgegen der zutiefst falschen Auffassung der Menschewiki erweitert und verschärft sie den Klassenkampf keineswegs, sondern *stumpft* ihn im Gegenteil *ab*. Sie stumpft ihn auch dadurch ab, daß sie einen lokalen Demokratismus bei unvollständigem Demokratismus des Zentrums für möglich hält. Sie stumpft ihn auch ab durch die Idee des „Munizipalsozialismus", denn dieser ist in der bürgerlichen Gesellschaft nur *abseits* von der großen Heerstraße des Klassenkampfes, nur in kleinen, lokalen, unwichtigen Fragen *denkbar*, in denen *sogar* die Bourgeoisie nachgeben, sich aussöhnen kann, ohne dadurch die Möglichkeit der Erhaltung ihrer Herrschaft als Klasse einzubüßen.

Die Arbeiterklasse muß der bürgerlichen Gesellschaft das reinste, konsequenteste, entschiedenste Programm der bürgerlichen Umwälzung, einschließlich der bürgerlichen Nationalisierung des Grund und Bodens, geben. Das Proletariat wendet sich in der bürgerlichen Revolution verächtlich vom kleinbürgerlichen Reformertum ab: uns interessiert die Freiheit für den Kampf, nicht aber die Freiheit für spießbürgerliches Glück.

Der Opportunismus der Intellektuellen in der Arbeiterpartei befolgt natürlich eine andere Linie. Statt ein großzügiges revolutionäres Programm der bürgerlichen Umwälzung zu geben, lenkt er die Aufmerksamkeit auf eine kleinbürgerliche Utopie: Verteidigung eines lokalen Demokratismus bei undemokratischem Zentrum, Sicherung eines abseits von den großen „Kalamitäten" liegenden stillen Winkels der Munizipalwirtschaft für kleines Reformertum, Umgehung der Schärfe des äußerst akuten Konflikts in der Bodenfrage nach dem Rezept der Antisemiten, d. h. dadurch, daß eine große nationale Frage in die Kategorie der kleinen lokalen Fragen eingereiht wird.

8. *Einige Beispiele der durch die Munizipalisierung hervorgerufenen Konfusion*

Welche Unklarheit durch das „Munizipalisierungs"programm in den Köpfen der Sozialdemokraten hervorgerufen worden ist, zu welcher Hilflosigkeit es die Propagandisten und Agitatoren verurteilt, davon zeugen folgende Vorfälle.

J. Larin ist zweifelsohne einer der hervorragendsten und in der Literatur bekanntesten Menschewiki. In Stockholm hat er, wie aus den Protokollen ersichtlich ist, an der Durchsetzung des Programms lebhaftesten Anteil genommen. Seine Broschüre „Die Bauernfrage und die Sozialdemokratie", die in die Broschürenserie des „Nowy Mir" aufgenommen wurde, ist ein nahezu offizieller Kommentar zum menschewistischen Programm. Und was schreibt nun dieser Kommentator? Die Schlußseiten seiner Broschüre sind einer zusammenfassenden Darlegung über die Umgestaltung der Agrarverhältnisse gewidmet. Der Verfasser sieht für diese Umgestaltung dreierlei Möglichkeiten voraus: erstens eine ergänzende Bodenzuteilung an die Bauern als Privateigentum gegen Entgelt – „der unvorteilhafteste Ausgang für die Arbeiterklasse, die unteren Schichten der Bauernschaft und die ganze Entwicklung der Volkswirtschaft" (103). Der zweite Ausgang – der beste, und der dritte, obwohl unwahrscheinlich: „Auf dem Papier Verkündung der obligatorischen ausgleichenden Bodennutzung." Es scheint, wir können erwarten, daß der zweite Ausgang, nach der Meinung eines Anhängers des Munizipalisierungsprogramms, eben in der Munizipalisierung bestehen soll. Aber nein. Man höre:

„Vielleicht wird der ganze konfiszierte *oder sogar der gesamte Grund und Boden schlechthin zum allgemeinen staatlichen Eigentum* erklärt und den örtlichen Selbstverwaltungen übergeben, damit diese ihn unter alle tatsächlich darauf Wirtschaftenden *unentgeltlich* (??) zur Nutznießung verteilen, natürlich ohne Einführung der ausgleichenden Bodennutzung obligatorisch für ganz Rußland und ohne Verbot von Lohnarbeit. Eine solche Lösung der Frage sichert, wie wir bereits gesehen haben, am allerbesten sowohl die nächstliegenden Interessen des Proletariats als auch die allgemeinen Interessen der sozialistischen Bewegung und die Hebung der Arbeitsproduktivität – die fundamentale Lebensfrage für Rußland. Daher müssen die Sozialdemokraten eine Agrarreform (?) gerade dieser Art verfechten und durchsetzen. Sie wird sich dann vollziehen, wenn in der auf ihren Höhepunkt gelangten Revolution die

bewußten Elemente der gesellschaftlichen Entwicklung stark sein werden." (103. Hervorhebungen von uns.)

Wenn J. Larin oder andere Menschewiki glauben, hier sei das Munizipalisierungsprogramm dargelegt, so ist das ein tragikomischer Irrtum. Übergabe des *gesamten* Grund und Bodens in das Eigentum des Staates ist *Nationalisierung des Grund und Bodens*, wobei die Verfügung über ihn gar nicht anders gedacht werden kann als durch örtliche Selbstverwaltungen, die im Rahmen des allgemeinen Staatsgesetzes handeln. Ein solches Programm – nicht von „Reformen" natürlich, sondern der Revolution – unterschreibe ich voll und ganz, mit Ausnahme des Punktes über die „unentgeltliche" Verteilung an die auf dem Boden Wirtschaftenden, selbst wenn sie Lohnarbeiter beschäftigen. Dergleichen für die bürgerliche Gesellschaft zu versprechen – das paßt eher für einen Antisemiten als für einen Sozialdemokraten. Einen solchen Ausgang kann ein Marxist im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung nicht als möglich annehmen – und es liegt auch kein Grund vor, die Übergabe der Rente an Farmer, die als Unternehmer wirtschaften, als wünschenswert anzusehen. Aber abgesehen von diesem Punkt, der höchstwahrscheinlich durch einen falschen Zungenschlag des Verfassers zu erklären ist, steht fest, daß in einer populären menschewistischen Broschüre die *Nationalisierung des Grund und Bodens* als bester Ausgang in Verbindung mit der höchsten Entwicklung der Revolution propagiert wird.

Derselbe Larin schreibt zu der Frage, was mit den in Privatbesitz befindlichen Ländereien zu tun ist:

„Was die in Privatbesitz befindlichen Ländereien betrifft, auf denen kapitalistische Großwirtschaft betrieben wird, so denken sich die Sozialdemokraten ihre Konfiskation keineswegs zum Zwecke der Aufteilung unter die kleinen Landwirte. Während die durchschnittliche Produktivität der kleinen Bauernwirtschaft auf eigenem oder gepachtetem Boden nicht einmal 30 Pud je Desjatine erreicht, übersteigt die durchschnittliche Produktivität der kapitalistischen Landwirtschaft in Rußland 50 Pud." (64.)

Wenn Larin so spricht, wirft er im Grunde genommen die Idee der *bäuerlichen* Agrarrevolution über Bord, denn seine Durchschnitts-Ernteerträge beziehen sich auf den *ganzen* Boden der Gutsbesitzer. Hält man eine breitere und raschere Hebung der Arbeitsproduktivität in der von der Fronwirtschaft befreiten kleinen Landwirtschaft nicht für möglich, so

hat die ganze „Unterstützung der revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien" überhaupt keinen Sinn. Überdies vergißt Larin, daß in der Frage, „zu welchem Zwecke sich die Sozialdemokraten die Konfiskation kapitalistischer Betriebe denken", ein Beschluß des Stockholmer Parteitags vorliegt.

Es war gerade Gen. Strumilin, der auf dem Stockholmer Parteitag den Abänderungsantrag stellte, nach den Worten „ökonomische Entwicklung" (in der Resolution) einzufügen: „daher dringen wir darauf, daß die konfiszierten großkapitalistischen Wirtschaften auch weiterhin kapitalistisch bewirtschaftet werden im Interesse des ganzen Volkes und unter Bedingungen, die die Bedürfnisse des Landproletariats am besten befriedigen" (S. 157). Dieser Abänderungsantrag wurde *mit allen Stimmen gegen eine* abgelehnt (ebenda).

Und trotzdem geht die Propaganda in den Massen weiter, ungeachtet des Parteitagsbeschlusses! Die Munizipalisierung ist infolge der Beibehaltung des Privateigentums am Anteilland eine so konfuse Sache, daß unwillkürlich der Kommentar zum Programm vom Parteitagsbeschluß abweicht.

K. Kautsky, der so häufig und so unberechtigt zugunsten des einen oder des anderen Programms zitiert wurde (unberechtigt, weil er die Aufforderung, sich in dieser Frage eindeutig zu äußern, entschieden ablehnte und sich auf die Klarstellung einiger allgemeiner Wahrheiten beschränkte), Kautsky, der, gleichsam als Kuriosum, sogar zur Verteidigung der Munizipalisierung herangezogen wurde, schrieb, wie sich herausstellt, an M. Schanin im April 1906:

„Offenbar verstand ich unter Munizipalisierung etwas ganz anderes als Sie und, vielleicht, als Maslow. Ich begriff darunter das Folgende: der Großgrundbesitz wird konfisziert und darauf wird von den Gemeinden (!) oder größeren Organisationen auch weiter im Großbetrieb gewirtschaftet oder der Boden an Produktionsgenossenschaften verpachtet. Ich weiß nicht, ob dergleichen in Rußland möglich ist; ich weiß auch nicht, ob die Bauern darauf eingehen werden. Ich sage auch nicht, daß wir es verlangen müssen, sondern ich glaube nur, daß wir, *wenn* andere dies fordern, ohne weiteres dem zustimmen könnten. Es wäre ein interessantes Experiment."*

* M. Schanin: „Munizipalisierung oder Aufteilung in Eigentum", Wilna 1907, S. 4. M. Schanin drückt berechtigte Zweifel darüber aus, ob man Kautsky zu den Anhängern der Munizipalisierung rechnen könne, und prote-

Ich glaube, diese Zitate genügen, um zu zeigen, wie Menschen, die mit dem Stockholmer Programm durchaus sympathisiert haben oder sympathisieren, es durch ihre eigenen Kommentare *aufheben*. Die Schuld daran trägt die hoffnungslose Konfusion in einem Programm, das theoretisch mit der Ablehnung der Marxschen Rententheorie zusammenhängt, praktisch dem unmöglichen „mittleren" Fall eines lokalen Demokratismus bei undemokratischer Zentralgewalt angepaßt ist und ökonomisch ein Hineintragen kleinbürgerlichen, quasisozialistischen Reformertums in das Programm der bürgerlichen Revolution darstellt.

KAPITEL V

DIE KLASSEN UND PARTEIEN IM LICHTE DER AGRARDEBATTEN DER ZWEITEN DUMA

Es scheint uns nicht unnütz zu sein, an die Frage des Agrarprogramms der Arbeiterpartei in der russischen bürgerlichen Revolution auch von etwas anderer Seite heranzugehen. Die Analyse der ökonomischen Voraussetzungen der Umwälzung und der politischen Erwägungen zugunsten des einen oder anderen Programms muß ergänzt werden durch eine Darstellung des Kampfes der verschiedenen Klassen und Parteien, die möglichst alle Interessen in ihrer unmittelbaren Gegenüberstellung erfaßt. Nur eine solche Darstellung kann einen Begriff von der zu untersuchenden Erscheinung (Kampf um den Boden in der russischen Revolution) *in ihrer Gesamtheit* vermitteln, indem sie Einseitigkeit und Zufälligkeit

---

stiert gegen die menschewistische Reklame (in der menschewistischen „Prawda"[105] von 1906) mit Kautsky. In einem von Maslow veröffentlichten Brief Kautskys sagt dieser direkt: „Wir können den Bauern die Entscheidung der Frage nach den *Formen* überlassen, die das den Großgrundbesitzern entzogene Eigentum annehmen soll. Ich würde es für einen Fehler halten, ihnen in dieser Beziehung etwas aufzwingen zu wollen." (S. 16. „Zur Frage des Agrarprogramms". Maslow und Kautsky. Verlag „Nowy Mir", Moskau 1906.) Diese durchaus bestimmte Erklärung Kautskys schließt gerade die Munizipalisierung, die die Menschewiki den Bauern *aufzwingen* wollen, aus. (Zitate aus dem Russischen rückübersetzt. *Der Übers.*)

der einzelnen Äußerungen ausschließt und die theoretischen Schlüsse am praktischen Instinkt der beteiligten Personen selbst überprüft. Gleich Einzelpersonen können auch beliebige Vertreter von Parteien und Klassen irren, wenn sie aber in der öffentlichen Arena, vor der gesamten Bevölkerung auftreten, dann werden einzelne Fehler unvermeidlich durch die entsprechenden Gruppen oder Klassen, die an dem Kampf interessiert sind, korrigiert. Klassen irren nicht: sie bestimmen im großen und ganzen ihre Interessen und ihre politischen Aufgaben entsprechend den Bedingungen des Kampfes und den Bedingungen der gesellschaftlichen Evolution.

Um uns ein solches Bild zu schaffen, verfügen wir in den stenografischen Berichten der beiden Dumas über ein ausgezeichnetes Material. Wir nehmen die zweite Duma, denn sie widerspiegelt den Kampf der Klassen in der russischen Revolution unzweifelhaft vollständiger und auf höherer Stufe: die Wahlen zur zweiten Duma wurden von keiner einzigen einflußreichen Partei boykottiert. Die politische Gruppierung der Abgeordneten ist in der II. Duma viel schärfer umrissen, die Dumafraktionen sind geschlossener und mit den entsprechenden Parteien viel enger verbunden. Die Erfahrungen der I. Duma lieferten bereits nicht wenig Material, das allen Parteien half, ihre Linie mit mehr Überlegung zu bestimmen. Aus allen diesen Gründen ist die zweite Duma vorzuziehen. Auf die Debatten in der I. Duma werden wir nur zurückgreifen, um die in der zweiten Duma abgegebenen Erklärungen zu ergänzen oder zu erläutern.

Damit das Bild des Kampfes der Klassen und Parteien an Hand der Debatten in der zweiten Duma vollständig und genau sei, muß jede bedeutsame, selbständige Züge aufweisende Dumafraktion besonders herausgehoben und durch Auszüge aus den wichtigsten Reden zu den wichtigsten Punkten der Agrarfrage gekennzeichnet werden. Es ist weder möglich noch notwendig, alle zweitrangigen Redner zu zitieren, und wir werden nur diejenigen anführen, die irgend etwas Neues hinzugefügt oder eine beachtenswerte Darlegung irgendeiner Seite der Frage gegeben haben.

Die Hauptgruppen der Dumaabgeordneten, die in den Agrardebatten klar hervortreten, sind folgende: 1. die Rechten und die Oktobristen. Irgendein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen ist in der zweiten Duma, wie wir sehen werden, nicht zutage getreten; 2. die Kadetten; 3. die rechten und die oktobristischen Bauern, die, wie wir sehen werden,

links von den Kadetten stehen; 4. die parteilosen Bauern; 5. die Volkstümler oder die Trudowiki-Intellektuellen, die etwas rechter stehen als 6. die Trudowiki-Bauern, sodann 7. die Sozialrevolutionäre; 8. die „Nationalen", die Vertreter nichtrussischer Nationalitäten, und 9. die Sozialdemokraten. Die Position der Regierung werden wir im Zusammenhang mit jener Dumagruppe umreißen, mit der die Regierung im wesentlichen zusammenfällt.

1. Die Rechten und die Oktobristen

Die Position der Rechten in der Agrarfrage hat zweifellos am besten Graf Bobrinski in seiner Rede vom 29. März 1907 (18. Sitzung der II. Duma) zum Ausdruck gebracht. Nachdem er mit dem linken Priester Tichwinski über die Heilige Schrift und über ihre Gebote, der Obrigkeit zu gehorchen, gestritten und die „reinste, lichteste Seite der russischen Geschichte" (1289*) – die Bauernbefreiung – erwähnt hatte (wir sprechen darüber weiter unten), ging der Graf „mit offenem Visier" an die Agrarfrage heran. „Vor kaum 100 bis 150 Jahren lebten die Bauern in Westeuropa fast überall ebenso ärmlich, bedrückt und in Unwissenheit wie heute bei uns. Es gab dieselbe Dorfgemeinde wie bei uns in Rußland mit der Bodenverteilung nach Kopfzahl, diesen typischen Überrest der Feudalordnung." (1293.) Heute, fährt der Redner fort, leben die Bauern in Westeuropa in Wohlstand. Es fragt sich, welches Wunder war es, das den „bettelarmen, bedrückten Bauern zu einem wohlhabenden, sich selbst und andere achtenden nützlichen Bürger" gemacht hat? „Hier gibt es nur eine Antwort: Dieses Wunder hat das bäuerliche persönliche Eigentum vollbracht, das Eigentum, das hier bei den Linken so verhaßt ist, das Eigentum, das wir Rechten mit allen Kräften unseres Verstandes, mit der ganzen Kraft unserer aufrichtigen Überzeugung verteidigen werden, denn wir wissen, daß die Macht und die Zukunft Rußlands im Eigentum liegen." (1294.) „Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts hat die Agrochemie erstaunliche ... Entdeckungen auf dem Gebiet der Pflanzenernährung gemacht, und die ausländischen Bauern – die Kleineigentümer ebenso (??) wie die Großeigentümer – verstanden es, sich diese Entdeckungen der

* Die Zahlen ohne nähere Bezeichnung bedeuten im weiteren überall die Seitenzahlen des stenografischen Berichtes.

Wissenschaft nutzbar zu machen, und haben durch Anwendung des Kunstdüngers eine noch größere Erhöhung der Ernteerträge erzielt; während wir heute auf unserer ausgezeichneten Schwarzerde 30–35 Pud Getreide ernten, manchmal aber nicht einmal das Saatgut erhalten, wird im Ausland jahraus, jahrein, je nach dem Land und den klimatischen Bedingungen, ein durchschnittlicher Ernteertrag von 70 bis 120 Pud erzielt. Hier haben Sie die Lösung der Bodenfrage. Das ist kein Traum, keine Phantasie. Das ist ein lehrreiches historisches Beispiel. Nicht den Fußtapfen Pugatschows und Stenka Rasins und dem Ruf ‚Geld oder Leben!' wird der russische Bauer folgen" (oh, Herr Graf, verbürgen Sie sich nicht!), „er wird den einzig richtigen Weg gehen, den alle zivilisierten Völker gingen, den Weg seiner Nachbarn in Westeuropa und den Weg schließlich unserer polnischen Brüder, den Weg der westrussischen Bauern, die bereits erkannt haben, wie verhängnisvoll sich der Gemeinde- und Hofbesitz mit seiner Gemengelage auswirkt, und jetzt schon an verschiedenen Orten zur Farmerwirtschaft übergegangen sind." (1296.) Graf Bobrinski setzt weiter auseinander, und zwar völlig richtig, daß „dieser Weg im Jahre 1861 bei der Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft gewiesen wurde". Er rät, es nicht auf „einige Dutzend Millionen" ankommen zu lassen, um „eine wohlhabende Klasse bäuerlicher Eigentümer zu schaffen". Er erklärt: „Das ist, meine Herren, in allgemeinen Zügen unser Agrarprogramm. Das ist kein Programm von Wahl- und Agitationsversprechungen. Das ist kein Programm zur Zerstörung der bestehenden sozialen und juridischen Normen" (das ist ein Programm der gewaltsamen Ausrottung von Millionen Bauern), „das ist kein Programm gefährlicher Phantasien, sondern ein völlig durchführbares Programm" (das ist noch eine Frage) „und ein erprobtes Programm" (was wahr ist, ist wahr). „Und es ist längst an der Zeit, den Wunschtraum von irgendeiner ökonomischen Eigenständigkeit des russischen Volkes aufzugeben ... Wie ist es aber zu erklären, daß völlig undurchführbare Projekte, wie der Entwurf der Trudowikigruppe und der Entwurf der Partei der Volksfreiheit, in einer seriösen gesetzgebenden Versammlung eingebracht werden? Noch niemals hat ein Parlament in der Welt zu hören bekommen, daß man den gesamten Grund und Boden zugunsten des Fiskus wegnehmen soll oder daß man den Boden dem Hans nehmen und dem Peter übergeben soll ... Das Auftauchen solcher Entwürfe ist eine Folge von Verwirrung" (nun ist

es erklärt!). „Und so, russische Bauernschaft, hast du die Wahl zwischen zwei Wegen: Der eine Weg ist breit und scheinbar leicht. Es ist der Weg der Besitzergreifung und Zwangsenteignung, zu dem man dich hier aufgerufen hat. Dieser Weg ist zuerst verlockend und führt bequem bergan, aber er endet in einem Abgrund" (für die Gutsbesitzer?) „und mit dem Untergang sowohl der Bauernschaft als auch des ganzen Staates. Der andere Weg ist eng, dornig und steil, aber dieser Weg führt dich zu den Höhen der Wahrheit und Gerechtigkeit und des dauernden Wohlstandes." (1299.)

Wie der Leser sieht, ist dies das Regierungsprogramm. Gerade dieses Programm verwirklicht Stolypin durch seine berühmte Agrargesetzgebung nach Artikel 87. Dasselbe Programm hat Purischkewitsch in seinen Agrarthesen formuliert (20. Sitzung, 2. April 1907, S. 1532/1533). Dasselbe Programm haben teilweise auch die Oktobristen verteidigt, angefangen mit Swjatopolk-Mirski am ersten Tag der Agrardebatte (19. März) bis zu Kapustin („die Bauern brauchen Boden als Eigentum und nicht zur Nutzung, wie das vorgeschlagen wird" – 24. Sitzung, 9. April 1907, S. 1805; die Rede Kapustins wurde von der Rechten „und einem Teil der Mitte" mit Beifall aufgenommen).

Im Programm der Schwarzhunderter und Oktobristen findet sich nicht die Spur einer Verteidigung der vorkapitalistischen Wirtschaftsformen, wie zum Beispiel einer Anpreisung des patriarchalischen Charakters der Landwirtschaft usw. Die Verteidigung der Dorfgemeinde, die noch unlängst unter der höheren Bürokratie und den Gutsbesitzern begeisterte Anhänger hatte, ist endgültig von einer heftigen Feindschaft gegen die Dorfgemeinde abgelöst worden. Die Schwarzhunderter stellen sich völlig auf den Boden der kapitalistischen Entwicklung, entwerfen zweifellos ein ökonomisch fortschrittliches, europäisches Programm; das muß besonders hervorgehoben werden, da bei uns eine vulgäre und versimpelte Auffassung vom Charakter der reaktionären Politik der Gutsbesitzer sehr verbreitet ist. Die Liberalen stellen häufig die Schwarzhunderter als Narren und Dummköpfe dar, man muß aber sagen, daß diese Charakteristik viel eher auf die Kadetten zutrifft. Unsere Reaktionäre zeichnen sich vielmehr durch ein außerordentlich klar ausgeprägtes Klassenbewußtsein aus. Sie wissen sehr gut, was sie wollen, wohin sie streben, auf welche Kräfte sie rechnen. Bei ihnen gibt es keinen Schatten von Halbheit und Unent-

schlossenheit (zumindest in der zweiten Duma; in der ersten herrschte „Verwirrung" – bei den Herren Bobrinski!). Es ist deutlich ihre Verbindung mit einer ganz bestimmten Klasse zu spüren, die gewohnt ist zu kommandieren, die die Bedingungen für die Erhaltung ihrer Herrschaft unter *kapitalistischen* Verhältnissen *richtig* erkannt hat und ihre Interessen rücksichtslos verteidigt, sei es auch um den Preis des schnellen Ruins, des Untergangs, der Vertreibung von Millionen Bauern. Das reaktionäre Wesen des Programms der Schwarzhunderter besteht nicht in dem Bestreben, irgendwelche vorkapitalistischen Verhältnisse oder Zustände zu verewigen (in dieser Hinsicht stehen in der Zeit der zweiten Duma im Grunde genommen bereits alle Parteien auf dem Boden der Anerkennung des Kapitalismus als einer gegebenen Tatsache), sondern in der Entwicklung des Kapitalismus nach *junkerlichem* Typus, *um* die Macht und die Einkünfte des Gutsbesitzers zu vergrößern, um für das Gebäude der Selbstherrschaft ein neues, solideres Fundament zu schaffen. Widersprüche zwischen Wort und Tat gibt es bei diesen Herren nicht: unsere Reaktionäre sind auch „praktische Männer", wie Lassalle von den deutschen Reaktionären, zum Unterschied von den Liberalen, sagte.

Wie stellen sich diese Männer zur Idee der Nationalisierung des Grund und Bodens? Zum Beispiel zu jener teilweisen Nationalisierung mit Ablösung, wie sie die Kadetten in der ersten Duma forderten, wobei sie – gleich den Menschewiki – das Eigentumsrecht an kleinen Parzellen unberührt lassen und aus den übrigen Ländereien eine staatliche Bodenreserve schaffen wollten? Haben sie nicht in der Idee der Nationalisierung die Möglichkeit gesehen, die Bürokratie zu festigen, die zentrale bürgerliche Staatsmacht gegen das Proletariat zu stärken, den „Staatsfeudalismus" und die „chinesische Ordnung" wiederherzustellen?

Im Gegenteil, jede Anspielung auf die Nationalisierung des Grund und Bodens versetzt sie in Wut, und sie bekämpfen sie, als hätten sie ihre Argumente Plechanow entlehnt. Da ist zum Beispiel ein rechter Gutsbesitzer, der Adlige Wetschinin. „Ich glaube", sagte er in der 39. Sitzung am 16. Mai 1907, „daß die Frage der Zwangsenteignung vom Rechtsstandpunkt aus in negativem Sinne entschieden werden muß. Die Anhänger dieser Meinung vergessen, daß Verletzungen der Rechte von Privateigentümern jenen Staaten eigen sind, die auf einer niedrigen Stufe der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung stehen. Man braucht

sich nur die Moskauer Periode ins Gedächtnis zu rufen, als nicht selten Ländereien von Privateigentümern zugunsten des Zaren weggenommen und dann den Vertrauten des Zaren und Klöstern übergeben wurden. Wozu hat diese Haltung der Regierung geführt? Die Folgen waren furchtbar." (619.)

Man sieht, wozu die Plechanowsche „Restauration des Moskauer Reichs" gut war! Und nicht nur Wetschinin schlägt diese Note an. In der ersten Duma hat der Gutsbesitzer N. Lwow, der bei den Wahlen Kadett war, später nach rechts abschwenkte und nach der Auseinanderjagung der I. Duma mit Stolypin über ein Portefeuille verhandelte – in der ersten Duma hat dieses Subjekt die Frage ganz ebenso gestellt. „Überraschend wirkt im Entwurf der 42", sagte er über den kadettischen Entwurf in der ersten Duma, „der ihm anhaftende Stempel eben des alten bürokratischen Despotismus, der bestrebt ist, alles gleichzumachen." (12. Sitzung, 19. Mai 1906, S. 479/480.) Er trat, ganz im Geiste Maslows, als „*Beschützer*" der nichtrussischen Nationalitäten auf: „Wie soll man sie (die Ausgleichung) auf ganz Rußland, auf Kleinrußland als auch auf Litauen, auf Polen und das Ostseegebiet ausdehnen?" (479.) Er drohte: „In St. Petersburg werden Sie ein ungeheures Grundbuchamt errichten ... in jedem Krähwinkel einen ganzen Stab von Beamten halten müssen." (480.)

Dieses Geschrei über Bürokratismus und Rückfall in die Leibeigenschaft im Zusammenhang mit der Idee der Nationalisierung – das Geschrei unserer Munizipalisten, die hier völlig unangebracht die deutsche Vorlage abgeschrieben haben – ist entschieden das Leitmotiv aller Reden der Rechten. So ist der Oktobrist Schidlowski gegen die Zwangsenteignung und beschuldigt die Kadetten, sie propagierten die „Fesselung an die Scholle". (12. Sitzung der II. Duma, 19. März 1907, S. 752). So erhebt Schulgin ein Gezeter, das Eigentum sei unantastbar, die Zwangsenteignung sei das „Grab von Kultur und Zivilisation" (16. Sitzung, 26. März 1907, S. 1133). Schulgin beruft sich – nur sagt er nicht, ob etwa nach dem „Dnewnik" [Tagebuch] von Plechanow – auf das China des 12. Jahrhunderts, auf das klägliche Ergebnis des chinesischen Experiments mit der Nationalisierung (S. 1137). So erklärt Skirmunt in der I. Duma: Eigentümer wird der Staat sein! „Wieder ein Segen, ein Eldorado für die Bürokratie." (10. Sitzung, 16. Mai 1906, S. 410.) So ruft der Oktobrist Tanzow in der II. Duma aus: „Mit viel größerer Be-

rechtigung könnte man diese Vorwürfe (Einführung der Leibeigenschaft) gegenüber der Linken und der Mitte erheben. In der Tat, was bringen diese Entwürfe den Bauern anderes als Fesselung an ihre Scholle, als die alte Leibeigenschaft, nur in anderer Gestalt, bei der die Gutsbesitzer durch Wucherer und Bürokraten ersetzt werden." (39. Sitzung, 16. Mai 1907, S. 653.)

Natürlich springt die Heuchelei dieses Geschreis über Bürokratismus ins Auge, denn gerade die Bauern, die die Nationalisierung fordern, haben die prächtige Idee örtlicher Bodenkomitees hervorgebracht, die in allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen gewählt werden. Aber die Schwarzhunderter-Gutsbesitzer sind *gezwungen*, jedwedes Argument gegen die Nationalisierung aufzugreifen. Ihr Klasseninstinkt sagt ihnen, daß die Nationalisierung im Rußland des 20. Jahrhunderts untrennbar mit der Bauernrepublik verbunden ist. In anderen Ländern, wo es kraft der objektiven Bedingungen keine bäuerliche Agrarrevolution geben kann, liegen die Dinge natürlich anders, zum Beispiel in Deutschland, wo die Kanitz mit den Nationalisierungsplänen sympathisieren können, wo die Sozialisten von der Nationalisierung absolut nichts wissen wollen, wo die bürgerliche Nationalisierungsbewegung sich auf intellektuelles Sektierertum beschränkt. Um die Bauernrevolution zu bekämpfen, mußten sich die *Rechten* vor den Bauern als Verteidiger des *bäuerlichen Eigentums* gegen die Nationalisierung aufspielen. Ein Beispiel sahen wir bei Bobrinski. Hier ein anderes Beispiel bei Wetschinin: „Diese Frage (der Nationalisierung des Grund und Bodens) muß natürlich im negativen Sinne entschieden werden, da sie selbst in bäuerlichen Kreisen keinen Sympathien begegnet: sie wollen den Boden als Eigentümer besitzen, nicht aber als Pächter." (39. Sitzung, S. 621.) *So* konnten *im Namen* der Bauern nur Gutsbesitzer und Minister sprechen. Da diese Tatsache allgemein bekannt ist, halte ich es für überflüssig, Zitate aus den Reden der Herren Gurko, Stolypin und ihnen ähnlicher, auf das Eigentum schwörender Helden zu bringen.

Die einzige Ausnahme bei den Rechten bildet der Tereker Kosak Karaulow, den wir oben bereits erwähnt haben.* Karaulow, der sich zum Teil auch mit dem Kadetten Schingarjow einverstanden erklärte, sagte, daß das Kosakenheer eine „gewaltige Bodengemeinde" darstelle (1363),

* Siehe den vorliegenden Band, S. 337. *Die Red.*

daß „eher das Privateigentum am Grund und Boden aufgehoben werden soll" als die Bodengemeinde, und verteidigte die „umfassende Munizipalisierung des Bodens, seine Umwandlung in das Eigentum einzelner Gebiete" (1367). Gleichzeitig klagte er über Schikanen der Bürokratie, darüber, daß „wir nicht Herren über unser Gut sind" (1368). Über die Bedeutung dieser Sympathien der Kosaken für die Munizipalisierung haben wir bereits oben gesprochen.

2. Die Kadetten

Wie alle anderen Parteien, haben auch die Kadetten in der II. Duma ihre wahre Natur vollständiger und umfassender denn je zum Ausdruck gebracht. Sie haben „sich selbst gefunden", sie haben den Platz des Zentrums eingenommen und kritisieren sowohl die Rechten als auch die Linken vom „staatlichen Standpunkt" aus. Ihr konterrevolutionäres Wesen haben die Kadetten durch eine offene Rechtsschwenkung offenbart. Und wodurch haben sie diese Schwenkung in der Agrarfrage kundgetan? Dadurch, daß sie alle Überreste der Idee der Nationalisierung des Grund und Bodens endgültig über Bord geworfen, daß sie auf den Plan der „staatlichen Bodenreserve" überhaupt verzichtet haben und für die Übergabe des Bodens an die Bauern als deren *Eigentum* eingetreten sind. Jawohl, die Verhältnisse haben sich in der russischen Revolution eben derart gestaltet, daß eine Rechtsschwenkung eine Schwenkung zum Privateigentum am Grund und Boden bedeutet!

Der offizielle Redner der Kadettenpartei zur Agrarfrage, der ehemalige Minister Kutler, ging sofort zur Kritik an den Linken über (12. Sitzung, 19. März 1907). „Da niemand vorschlägt, das Eigentum überhaupt abzuschaffen", rief dieser würdige Kollege von Witte und Durnowo aus, „muß man mit aller Entschiedenheit das Bestehen des Eigentums am Grund und Boden anerkennen." (737.) Dieses Argument deckt sich völlig mit den Betrachtungen der Schwarzhunderter. Der Schwarzhunderter Krupenski schrie ebenso wie der Kadett Kutler: „Wenn geteilt werden soll, dann soll alles geteilt werden." (784.)

Als echter Beamter ging Kutler besonders ausführlich auf die Frage der verschiedenen „Zuteilungs"normen für die Bauern ein. Der liberale

Intellektuelle und liberalisierende Beamte, der sich auf keinerlei geschlossene Klasse stützt, *umgeht* die Frage, *wieviel* Land *denn* die Gutsbesitzer haben, wieviel man wegnehmen *kann*. Er zieht es vor, von „Normen" zu sprechen, um die Frage unter dem Vorwand, sie zu einer Staatsfrage zu erheben, zu *verdunkeln* und zu verschleiern, daß die Kadetten die Gutswirtschaft weiter *bestehen* lassen. „Sogar die Regierung", sagte Herr Kutler, „hat den Weg der Erweiterung der bäuerlichen Bodennutzung betreten" (734) – es gibt also in dem ebenso bürokratischen Entwurf der Kadetten nichts Undurchführbares! Indem der Kadett den Nachdruck darauf legt, daß sein Entwurf praktisch und durchführbar sei, verhüllt er natürlich den Umstand, daß für ihn das Kriterium die Möglichkeit ist, die Gutsbesitzer zu überreden, d. h., anders gesagt, seinen Entwurf ihren Interessen anzupassen, sich bei den *Schwarzhundertern* unter dem Deckmantel einer erhabenen Klassenversöhnung *einzuschmeicheln*. „Meine Herren, mir scheint", sagte Kutler, „man könnte sich politische Bedingungen vorstellen, unter denen das Projekt der Nationalisierung des Bodens Gesetzeskraft erhalten könnte, aber ich kann mir in der nächsten Zukunft keine politischen Bedingungen vorstellen, unter denen dieses Gesetz wirklich durchführbar wäre." (733.) Um es einfach zu sagen: Man kann sich den Sturz der Macht der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer vorstellen, ich stelle ihn mir aber nicht vor und passe mich daher der gegebenen Macht an.

Herr Kutler, der die Meinung vertritt, daß dem bäuerlichen Grundeigentum der Vorzug zu geben ist gegenüber dem Plan der Trudowiki im allgemeinen und der „ausgleichenden Bodennutzung" im besonderen, argumentierte folgendermaßen: „Wenn zu diesem Zweck (zur Ausgleichung der Bodenanteile) besondere Beamte ernannt werden, so wird ein so unglaublicher Despotismus, eine solche Einmischung in das Leben des Volkes einsetzen, wie wir das selbst bisher nicht gekannt haben. Allerdings beabsichtigt man, diese Sache den örtlichen Selbstverwaltungsorganen zu überantworten, Personen, die von der Bevölkerung selbst gewählt werden; kann man aber annehmen, daß die Bevölkerung vor der Willkür dieser Personen völlig sicher ist, daß diese Personen immer im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung handeln, daß die Bevölkerung von ihnen in keiner Weise drangsaliert werden wird? Ich glaube, die hier anwesenden Bauern wissen, daß die von ihnen selbst

gewählten Leute, die Amtsbezirksvorsteher und Dorfschulzen, sehr häufig die Bevölkerung ebenso unterdrücken wie die Beamten." (740.) Kann man sich eine gemeinere Heuchelei vorstellen? Die Kadetten selbst schlagen Bodenkommissionen vor, in denen die Gutsbesitzer das Übergewicht haben (paritätische Vertretung der Gutsbesitzer und der Bauern unter dem Vorsitz eines Beamten oder Gutsbesitzers), den Bauern aber wird die Gefahr des Despotismus und der Willkür der von ihnen selbst Gewählten ausgemalt! Nur schamlose politische Scharlatane können *so* gegen die Bodenausgleichung sprechen, denn sie vertreten weder die Prinzipien des Sozialismus (wie die Sozialdemokraten, die die Unmöglichkeit der Ausgleichung beweisen, aber voll und ganz die gewählten örtlichen Komitees unterstützen) noch die Prinzipien des alleinseligmachenden Privateigentums der Gutsbesitzer (wie die Bobrinski).

Zum Unterschied sowohl von den Rechten als auch von den Linken wird der Plan der Kadetten nicht dadurch gekennzeichnet, was sie aussprechen, sondern dadurch, was sie verschweigen: durch die Zusammensetzung der Bodenkomitees, die die Bauern *zwingen* sollen, eine „zweite Befreiung" anzunehmen, d. h. gegen teures Geld „Sandboden" zu erwerben. Um diesen *Kern* der Frage zu vertuschen, nehmen die Kadetten in der zweiten Duma (ebenso wie in der ersten) ihre Zuflucht zu richtigen Gaunermethoden. Da ist Herr Schingarjow. Er gebärdet sich wie ein Progressist, wiederholt die landläufigen liberalen Phrasen gegen die Rechten, er wehklagt, wie es sich gehört, über Gewalt und Anarchie, die Frankreich „mit einem Jahrhundert schwerer Erschütterungen büßen mußte" (1355), man sehe aber, wie er sich in der Frage der Flurbereinigungskomitees herauswindet:

„Gegen uns wandte sich", sagte er, „in der Frage der Flurbereinigungskomitees der Abgeordnete Jewreïnow*. Ich weiß nicht (sic!!), worauf er seine

* Der Sozialrevolutionär Jewreïnow sagte in derselben Sitzung (18. Sitzung, 29. März 1907): „Diese (Boden-) Komitees sollen gemäß dem Vorschlag der Partei der Volksfreiheit aus Grundbesitzern und Bauern in gleicher Anzahl bestehen, als Schlichter aber werden Beamte fungieren, die zweifellos nicht den Bauern das Übergewicht geben werden. Warum vertraut denn die Partei der Volksfreiheit, die sich Partei der ‚Freiheit des Volkes' nennt, nicht Komitees, die nicht auf bürokratischem, sondern auf demokratischem Wege gewählt werden? Wahrscheinlich deswegen, weil in die Komitees, wenn sie in dieser Weise

Einwände gründet; bisher haben wir überhaupt nicht davon gesprochen *(Lüge!)*, ich weiß nicht, von welchem Entwurf er spricht, warum er von Mißtrauen dem Volk gegenüber spricht. Ein solcher Entwurf wurde der Reichsduma noch nicht vorgelegt, und seine Einwände beruhen augenscheinlich auf einem Mißverständnis. Ich schließe mich völlig den Abgeordneten der Linken Uspenski und Wolk-Karatschewski an, die von provisorischen Bestimmungen, von der Notwendigkeit der Schaffung örtlicher Organe zur Flurbereinigung auf dem flachen Lande gesprochen haben. Ich glaube, daß man solche Organe schaffen wird, und die Partei der Volksfreiheit wird wahrscheinlich dieser Tage einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen, und dann werden wir über ihn beraten." (1356.)

Nun, ist das etwa keine Gaunerei? Ist es wirklich möglich, daß dieses Subjekt nichts von den Debatten in der I. Duma über die Frage der örtlichen Komitees und von dem damaligen Artikel der *„Retsch"* wußte? Ist es möglich, daß er die eindeutige Erklärung Jewreinows nicht verstand?

Er versprach aber, „dieser Tage" einen Gesetzentwurf einzubringen, wird man sagen. Erstens, das Versprechen, das durch Gaunerei Erlangte zurückzuerstatten, schafft die Tatsache der Gaunerei nicht aus der Welt. Zweitens aber sehe man, was „dieser Tage" geschah. Herr Schingarjow hielt seine Rede am 29. März 1907. Am 9. April 1907 sprach der Kadett Tatarinow und sagte: „Weiter, meine Herren, möchte ich jetzt noch eine Frage streifen, die, wie mir scheint" (nur „scheint"!), „große Auseinandersetzungen hervorruft, nämlich die Frage, die von allen links von uns stehenden Parteien aufgeworfen wird: die Frage der örtlichen Bodenkomitees. Alle diese Parteien betonen die Notwendigkeit, örtliche Boden-

---

gewählt werden, unzweifelhaft eine überwältigende Mehrheit von Bauern, d. h. von Vertretern bäuerlicher Interessen, gelangen wird. So frage ich, vertraut die Partei der Volksfreiheit in diesem Falle den Bauern? Wir entsinnen uns doch, daß die Regierung im Jahre 1858 bei der Bodenreform diese Frage dem flachen Lande, den Komitees überwiesen hat. Allerdings waren das Komitees des Adels, aber die Regierung ist ja auch nicht die Partei der Volksfreiheit, die Regierung vertritt die reichen Leute und überhaupt die besitzenden Klassen. Sie stützt sich auf den Adel und vertraut diesem Adel. Die Partei der Volksfreiheit hingegen möchte sich auf das Volk stützen, vertraut aber diesem Volke nicht." (1326.)

komitees auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu bilden, die die Bodenfrage an Ort und Stelle lösen sollen. Wir haben uns in dieser Beziehung auch im vorigen Jahr ganz kategorisch gegen die Komitees ausgesprochen und sprechen uns auch jetzt kategorisch gegen sie aus." (1783.)

Also, in der *überaus wichtigen* Frage der *realen* Vorbedingungen für die kadettische „Zwangsenteignung" sagen zwei Kadetten verschiedene Dinge, sie drehen und wenden sich unter den Schlägen der linken Parteien, die an die Öffentlichkeit bringen, was die Kadetten geheimhalten wollten! Herr Schingarjow sagt zuerst: „Ich weiß nicht", dann: „Ich bin mit den Linken einverstanden", dann: „Dieser Tage kommt ein Gesetzentwurf." Herr Tatarinow sagt: „Wir waren früher und sind auch jetzt kategorisch dagegen." Er fügt noch Betrachtungen hinzu, daß man die Duma nicht in tausend Dumas zerstückeln dürfe, daß man die Agrarfrage nicht bis zur Durchführung politischer Reformen, bis zur Einführung des allgemeinen usw. Wahlrechts aufschieben dürfe. Das sind aber wieder nur Ausflüchte. Es handelt sich durchaus nicht um den Zeitpunkt der Durchführung dieser oder jener Maßnahme; darüber konnte es bei den Linken in der II. Duma keinerlei Zweifel geben. Es handelt sich darum, worin die *wahren Pläne* der Kadetten bestehen: wer bei ihrer „Zwangsenteignung" von wem gezwungen wird, die Bauern von den Gutsbesitzern oder die Gutsbesitzer von den Bauern. Darauf gibt nur die Zusammensetzung der Bodenkomitees eine Antwort. Diese Zusammensetzung wurde von den Kadetten sowohl im Miljukowschen Leitartikel in der „Retsch" als auch im Entwurf Kutlers und im Artikel Tschuprows (weiter oben zitiert)* definiert, *in der Duma aber haben die Kadetten über diese Zusammensetzung geschwiegen* und die von Jewreïnow mit Nachdruck gestellte Frage unbeantwortet gelassen.

Man kann nicht entschieden genug betonen, daß eine solche Handlungsweise von Parteivertretern im Parlament eben bedeutet, daß *die Liberalen das Volk betrügen.* Was die Bobrinski und Stolypin angeht, wird sich kaum jemand einer Täuschung hingeben. Was die Kadetten angeht, jedoch sehr viele, die entweder die wirkliche Bedeutung der politischen Losungen und Phrasen nicht untersuchen wollen oder unfähig sind, sie zu verstehen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 242. *Die Red.*

Die Kadetten sind also gegen jede wie immer geartete Form der gesellschaftlichen Bodennutzung*, gegen die entschädigungslose Enteignung, gegen die örtlichen Bodenkomitees mit einer Bauernmehrheit, gegen die Revolution überhaupt und besonders gegen die bäuerliche Agrarrevolution. Auf ihre Position des Lavierens zwischen den Linken und den Rechten (zwecks Auslieferung der Bauern an die Gutsbesitzer) wirft ihr Verhältnis zur Bauern„reform" von 1861 ein grelles Licht. Die Linken sprechen von ihr, wie wir weiter sehen werden, mit Abscheu und Entrüstung als von einer Schlinge, die den Bauern von den Gutsbesitzern um den Hals gehängt wurde. Die Kadetten sind in ihrem Entzücken über diese Reform mit den Rechten solidarisch.

Graf Bobrinski sagte: „Hier hat man die reinste, lichteste Seite der russischen Geschichte in den Kot gezogen... Das Werk der Bauernbefreiung ist über jeden Vorwurf erhaben... der große und hehre Tag des 19. Februar 1861." (29. März, S. 1289, 1299.)

Kutler sagte: „Die große Reform von 1861 ... Die Regierung in Gestalt des Vorsitzenden des Ministerrats sagt sich von der russischen Geschichte los, von ihren besten und lichtesten Seiten." (26. Mai, S. 1198/1199.)

Diese Einschätzung der tatsächlich durchgeführten Zwangsenteignung wirft mehr Licht auf das Agrarprogramm der Kadetten als alle ihre Ent-

* Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung die Debatte in der I. Duma über die Frage der Weiterleitung des Agrarentwurfs der 33 (über die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden). Die Kadetten (Petrunkewitsch, Muchanow, Schachowskoi, Frenkel, Owtschinnikow, Dolgorukow, Kokoschkin) wandten sich wütend gegen die Überweisung *dieses* Entwurfs an die Kommission und wurden von Heyden uneingeschränkt unterstützt. Die Argumente der Kadetten sind ungebührlich für einen Liberalen, der auch nur ein wenig auf sich hält; es sind das polizistenhafte Ausflüchte von Lakaien der reaktionären Regierung. Eine Überweisung an die Kommission, sagte zum Beispiel Herr Petrunkewitsch, würde bedeuten, zuzugeben, daß der Standpunkt eines derartigen Entwurfs bis zu einem gewissen Grade „möglich" sei. Herr Shilkin beschämte die Kadetten (23. Sitzung, 8. Juni 1906), als er sagte, er würde sowohl diesen Entwurf als auch den Entwurf der äußersten Rechten an die Kommission überweisen. Die Kadetten und die Rechten verhinderten jedoch mit 140 gegen 78 Stimmen die Überweisung des Entwurfs an die Kommission!

würfe und Reden, die verfaßt wurden, um ihre Gedanken zu verbergen. Wenn jemand den Landraub an den Bauern durch die Gutsbesitzer, die unerhörten Ablösungszahlungen für „Sandböden" und die Einführung der Urbarialurkunden vermittels militärischer Exekutionen für die lichteste Seite hält, so ist es klar, daß er eine „zweite Befreiung", eine zweite Versklavung der Bauern mit Hilfe der Ablösung anstrebt. Bobrinski und Kutler sind in der Einschätzung der Reform von 1861 solidarisch. Die Einschätzung Bobrinskis bringt jedoch die richtig erfaßten Interessen der Gutsbesitzer unmittelbar und treffend zum Ausdruck, und deswegen erhellt sie das Klassenbewußtsein der breiten Massen. Die Bobrinski loben – also haben die Gutsbesitzer profitiert. Die Einschätzung Kutlers, die die Geistesarmut einer Beamtenseele zum Ausdruck bringt, die ihr ganzes Leben lang den Rücken vor den Gutsbesitzern krümmte, ist voll von Heuchelei und verdunkelt das Bewußtsein der Massen.

In diesem Zusammenhang muß noch eine Seite der Politik der Kadetten in der Agrarfrage hervorgehoben werden. Alle Linken stellen sich unumwunden auf die Seite der Bauern als der kämpfenden Kraft, erklären die Notwendigkeit des Kampfes, weisen auf den gutsherrlichen Charakter der Regierung hin. Die Kadetten stellen sich im Verein mit den Rechten auf den „staatlichen Standpunkt" und lehnen den Klassenkampf ab.

Kutler erklärt, es sei nicht nötig, „die Bodenverhältnisse von Grund aus umzugestalten" (732). Saweljew warnt davor, „eine Menge von Interessen anzutasten", und sagt: „Das Prinzip der völligen Ablehnung des Eigentums wäre kaum zweckmäßig, und würde es angewendet werden, so könnten sich sehr große und ernste Verwicklungen ergeben, besonders wenn wir bedenken, daß die Großgrundbesitzer mit über 50 Desjatinen sehr viel Land besitzen, nämlich 79 440 000 Desjatinen." (26. März 1907, S. 1088. Der Bauer beruft sich auf die Latifundien, um die Notwendigkeit ihrer Abschaffung zu beweisen, der Liberale – um die Notwendigkeit der Kriecherei zu beweisen.) Schingarjow würde es für das „größte Unglück" halten, wenn das Volk selbst vom Grund und Boden Besitz ergriffe (1355). Roditschew schlägt lyrische Töne an: „Laßt uns nicht den Klassenhader entfachen, wollen wir doch das Vergangene vergessen." (632, 16. Mai 1907.) Ebenso Kapustin: „Unsere Aufgabe ist es, überall Frieden und Gerechtigkeit zu stiften, nicht aber

Klassenhader zu säen und zu schüren." (1810, 9. April.) Krupenski ist über die Rede des Sozialrevolutionärs Simin empört, weil sie „vom Haß gegen die besitzenden Klassen bestimmt ist" (783, 19. März). Mit einem Wort, in der Verurteilung des Klassenkampfes sind sich Kadetten und Rechte völlig einig. Die Rechten wissen aber, was sie tun. Für die Klasse, gegen die der Kampf gerichtet ist, kann die Propaganda des Klassenkampfes nur schädlich und gefährlich sein. Die Rechten sind treue Hüter der Interessen der Fronherren, der Gutsbesitzer. Und die Kadetten? Sie *kämpfen* – sie sagen, daß sie kämpfen! –, sie wollen die Gutsbesitzer, die die Macht haben, „zwingen", und verurteilen den Klassenkampf! Hat die wirklich kämpfende und nicht vor den Gutsbesitzern liebedienernde Bourgeoisie etwa in Frankreich so gehandelt? Rief sie nicht das Volk zum Kampf auf, entfachte sie nicht die Klassenfeindschaft, schuf sie nicht die Theorie des Klassenkampfes?

3. *Die rechtsstehenden Bauern*

In der zweiten Duma sind wirklich rechte Bauern nur als Ausnahme anzutreffen – es ist fast allein Rementschik (Gouvernement Minsk), der von keinerlei Dorfgemeinde und von keinerlei „Fonds" etwas wissen will und mit Leib und Seele für das Eigentum eintritt (in der I. Duma waren viele polnische und westrussische Bauern für das Eigentum). Aber selbst dieser Rementschik erklärt sich für die Enteignung „zu gerechtem Preise" (648), d. h., er erweist sich im Grunde genommen als Kadett. Die anderen „rechtsstehenden Bauern" der zweiten Duma werden von uns deshalb als besondere Gruppe zusammengefaßt, weil sie zweifellos linker stehen als die Kadetten. Man nehme Petrotschenko (Gouvernement Witebsk). Er beginnt damit, daß er „den Zaren und das Vaterland bis zum Tode verteidigen wird" (1614). Die Rechten applaudieren. Nun kommt er aber auf den „Bodenmangel" zu sprechen. „Wieviel Sie auch diskutieren mögen", sagt er, „einen anderen Erdball werden Sie nicht schaffen. Man wird also diese Erde uns geben müssen. Hier hat einer der Redner gesagt, unsere Bauern seien rückständig und unwissend, und es sei nutz- und zwecklos, ihnen viel Boden zu geben, da er sowieso keinen Nutzen bringen werde. Allerdings hat uns der Boden früher wenig Nutzen gebracht,

besonders denjenigen, die ihn nicht hatten. Da wir aber unwissend sind, so wollen wir auch nichts anderes als Boden, damit wir in unserer Dummheit in ihm herumstochern können. Meinerseits glaube ich, daß es sich natürlich für einen Adligen auch gar nicht ziemt, sich mit dem Boden abzuquälen. Hier wurde davon gesprochen, daß man den Grund und Boden der Privateigentümer von Gesetzes wegen nicht antasten dürfe. Ich bin natürlich damit einverstanden, daß man Gesetze einhalten muß, um aber den Bodenmangel zu beseitigen, muß man ein entsprechendes Gesetz erlassen, damit das alles eben nach dem Gesetz geschehe. Damit aber niemand zu kurz komme, hat der Abgeordnete Kutler gute Bedingungen vorgeschlagen. Natürlich hat er als reicher Mann einen hohen Preis genannt, wir aber sind arme Bauern und können nicht soviel zahlen; wie wir aber leben sollen – in Gemeinden, als Hofbauern oder als Farmer – so glaube ich meinerseits, daß man es jedem überlassen muß, so zu leben, wie es ihm paßt." (1616.)

Zwischen diesem rechtsstehenden Bauern und dem russischen Liberalen klafft ein ganzer Abgrund. Der erstere ist in Worten der alten Macht ergeben, in Wirklichkeit will er Boden haben, kämpft gegen die Gutsbesitzer und wird nicht einverstanden sein, Ablösungszahlungen in der von den Kadetten vorgeschlagenen Höhe zu leisten. Der letztere kämpft in Worten für die Volksfreiheit, in Wirklichkeit bereitet er eine zweite Versklavung der Bauern durch die Gutsbesitzer und die alte Staatsmacht vor. Der letztere kann sich nur nach rechts entwickeln, von der I. Duma zur zweiten, von der II. zur III. Der erstere, der sich in seinen Hoffnungen, daß man ihm den Boden „abgeben" wird, enttäuscht sieht, wird in die andere Richtung abschwenken. Wir werden wohl eher mit den „rechtsstehenden" Bauern einen gemeinsamen Weg gehen als mit den „liberalen", „demokratischen" Kadetten ...

Man höre den Bauern Schimanski (Gouvernement Minsk). „Ich bin hierhergekommen, um den Glauben, den Zaren und das Vaterland zu verteidigen und Boden zu verlangen ... natürlich nicht durch Raub, sondern auf friedlichem Wege, zu gerechtem Preise ... Deswegen fordere ich im Namen aller Bauern die Dumamitglieder, die Gutsbesitzer, auf, diese Tribüne zu betreten und zu erklären, daß sie willens seien, den Bauern den Boden zu gerechtem Preise abzutreten, und dann werden ihnen unsere Bauern natürlich Dank sagen, ja, ich glaube, auch Väterchen Zar wird

ihnen Dank sagen. Ich schlage der Reichsduma vor, den Boden derjenigen Gutsbesitzer, die damit nicht einverstanden sind, mit progressiven Steuern zu belegen. Sie werden uns zweifellos mit der Zeit ebenfalls nachgeben, weil sie erkennen werden, daß ein zu großer Bissen in der Kehle steckenbleibt." (1617.)

Dieser rechtsstehende Bauer versteht unter Zwangsenteignung und gerechtem Preise durchaus nicht das, was die Kadetten meinen. Die Kadetten betrügen nicht nur die linken, sondern *auch die rechtsstehenden* Bauern. Wie sich die rechtsstehenden Bauern zu den kadettischen Plänen der Zusammensetzung der Bodenkomitees (auf Kutlersche oder auf Tschuprowsche Art: siehe Bd. II der „Agrarfrage") stellen würden, wenn sie sich mit ihnen bekannt machten, ist aus dem folgenden Antrag des Bauern Melnik (Oktobrist; Gouvernement Minsk) zu ersehen. „Ich halte es für notwendig", sagte er, „daß in die (Agrar-) Kommission 60 Prozent Bauern kommen, die die Not (!) praktisch kennen und mit der Lage des Bauernstandes vertraut sind, nicht aber Bauern, die vielleicht nur dem Namen nach Bauern sind. Das ist eine Frage des Wohlstandes der Bauern und überhaupt des armen Volkes und durchaus nicht eine Frage von politischer Bedeutung. Man muß Leute wählen, die imstande sind, diese Frage zum Wohl des Volkes praktisch und nicht politisch zu lösen." (1285.) Diese rechtsstehenden Bauern werden weit nach links abschwenken, wenn erst die Konterrevolution ihnen die politische Bedeutung der „Frage des Wohlstandes des armen Volkes" gezeigt haben wird!

Um zu zeigen, wie unendlich weit die Vertreter der monarchistischen Bauernschaft und die Vertreter der monarchistischen Bourgeoisie voneinander entfernt sind, bringe ich Auszüge aus den Reden eines „Progressisten", des Priesters Tichwinski, der stellenweise im Namen des Bauernbundes und der Trudowikigruppe gesprochen hat. „Unsere Bauernschaft in ihrer Masse liebt den Zaren", sagte er. „Könnte ich doch mit Tarnkappe und fliegendem Teppich zu den Stufen des Thrones fliegen und sagen, Zeugnis ablegen: Herr, dein Hauptfeind, der Hauptfeind des Volkes – das ist das nichtverantwortliche Ministerium ... Die werktätige Bauernschaft will nur, daß man streng das Prinzip durchführe: ‚den ganzen Boden dem ganzen Volke' ..." (Über die Frage der Ablösung:) „Fürchten Sie sich nicht, meine Herren Rechten, verlassen Sie sich auf unser Volk, es wird Sie nicht ins Elend stürzen." (Stimmen von

rechts: „Danke! Danke!") „Jetzt komme ich zu den Worten des Berichterstatters von der Partei der Volksfreiheit. Er sagt, das Programm der Partei der Volksfreiheit sei nicht weit entfernt vom Programm der Bauernschaft und der Trudowikigruppe. Nein, meine Herren, dieses Programm ist sehr weit davon entfernt. Wir haben vom Berichterstatter gehört: ‚Nehmen wir an, unser Entwurf sei weniger gerecht, er ist aber praktischer.' Meine Herren, man bringt die Gerechtigkeit praktischen Erwägungen zum Opfer!" (789.)

Seiner politischen Weltanschauung nach steht dieser Abgeordnete auf dem Niveau eines Kadetten. Aber welch ein Unterschied zwischen seiner ländlichen Naivität und den „Geschäftsleuten" aus den Reihen der Rechtsanwaltschaft, der Bürokratie und der liberalen Journalistik!

4. *Die parteilosen Bauern*

Von besonderem Interesse sind die parteilosen Bauern, da sie die Meinungen der am wenigsten bewußten und am wenigsten organisierten Bauernmassen zum Ausdruck bringen. Wir führen daher Auszüge aus den Reden aller parteilosen Bauern* an, zumal es ihrer nicht viele gibt: Sachno, Semjonow, Moros und Afanasjew.

„Meine Herren Volksvertreter", sagte Sachno (Gouvernement Kiew), „es ist für den Bauernabgeordneten schwer, diese Tribüne zu besteigen und gegen die reichen Herren Gutsbesitzer Stellung zu nehmen. In der heutigen Zeit leben die Bauern sehr ärmlich, weil sie kein Land haben ... Der Bauer hat unter dem Gutsbesitzer zu leiden, weil ihn der Gutsbesitzer furchtbar bedrückt ... Warum kann der Gutsbesitzer große Ländereien besitzen, dem Bauern aber bleibt nur das Himmelreich? ... Also, meine Herren Volksvertreter, als mich die Bauern hierherschickten, da beauftragten sie mich, für ihre Bedürfnisse ein-

* Zur Bestimmung der Zugehörigkeit der Abgeordneten der zweiten Duma zu dieser oder jener Fraktion oder Partei haben wir uns einer offiziellen Publikation der Reichsduma selbst bedient: der nach Parteien und Gruppen gegliederten Abgeordnetenliste. Manche Abgeordnete sind von einer Partei zu einer anderen übergegangen, aber nach den Zeitungsmeldungen ist es unmöglich, diese Übergänge zu registrieren. Außerdem würde man nur Verwirrung stiften, wollte man in dieser Frage verschiedene Quellen benutzen.

zutreten, damit sie Land und Freiheit erhalten, damit alle fiskalischen, Kabinetts-, Apanage-, Privat- und Klosterländereien zwangsweise, ohne Entschädigung enteignet werden ... Wissen Sie, meine Herren Volksvertreter, der Hungrige kann nicht ruhig bleiben, wenn er sieht, daß die Staatsmacht trotz seines Elends auf seiten der Herren Gutsbesitzer ist. Er kann nicht umhin, Land zu verlangen, auch wenn dies gegen das Gesetz wäre; ihn zwingt die Not dazu. Der Hungrige ist zu allem bereit, weil ihn die Not zwingt, sich über alles hinwegzusetzen, weil er arm und hungrig ist." (1482–1486.)

Ebenso schlicht und ebenso eindrucksvoll in ihrer Einfachheit ist die Rede des parteilosen Bauern Semjonow (Gouvernement Podolien, Bauernabgeordneter):

„Bittere Not spiegelt sich gerade in den Interessen jener Bauern wider, die ihr Leben lang leiden, weil sie kein Land haben. Zweihundert Jahre warten sie, ob nicht das Glück vom Himmel fallen werde, es fällt aber nicht. Das Glück ist bei den Herren Großgrundbesitzern, die zur Zeit unserer Großväter und Väter zu diesem Land gekommen sind. Indes gehört der Boden Gott und nicht den Gutsbesitzern ... Ich verstehe sehr gut, daß der Boden dem ganzen werktätigen Volk gehört, das ihn bearbeitet ... Der Abgeordnete Purischkewitsch sagt: ‚Revolution, zu Hilfe!' Was ist das? Ja, wenn man ihnen durch zwangsweise Enteignung das Land wegnimmt, dann werden sie die Revolution sein, und nicht wir. Wir werden alle Kämpfer, liebenswürdige Leute sein ... Haben wir etwa 150 Desjatinen wie die Geistlichen? Und die Klöster, die Kirchen? Wozu brauchen sie den Boden? Nein, meine Herren, genug damit, Schätze zu sammeln und sich die Taschen zu füllen, man muß leben, wie es sich gehört. Das Land wird sich zurechtfinden, meine Herren, ich verstehe alles sehr gut, wir sind ehrliche Bürger, wir beschäftigen uns nicht mit Politik, wie einer meiner Vorredner sagte ... Sie (die Gutsbesitzer) spazieren bloß herum und fressen sich einen Schmerbauch an von unserem Blut, von unserem Schweiß. Wir vergessen es nicht, wir werden ihnen kein solches Unrecht zufügen, wir werden auch ihnen Boden geben. Wenn man nachrechnet, dann kommen bei uns auf jeden Hof 16 Desjatinen, den Herren Großgrundbesitzern aber bleiben noch je 50 Desjatinen ... Tausende, Millionen des Volkes leiden, die Herrschaften aber feiern Feste ... Und wie steht es mit dem Militärdienst? Wir wissen, ist einer krank geworden, dann heißt es: ‚Er hat ja Land in der Heimat.' Aber wo ist denn seine Heimat? Eine Heimat hat er überhaupt nicht. Die Heimat besteht nur darin, daß er in den Listen eingetragen ist, wo er geboren wurde, daß seine Religion aufgeschrieben ist, aber Land hat er keines. Jetzt sage ich: Das Volk hat mich gebeten, daß die fiskalischen, Kirchen-, Kloster-, Apanageländereien sowie die zwangsweise enteigneten Gutsbesitzerländereien

dem werktätigen Volk übergeben werden, das auf dem Boden arbeiten wird; und zwar soll man sie den einzelnen Ortschaften übergeben: dort wird man weitersehen. Ich sage Ihnen, daß mich das Volk geschickt hat, Land und Freiheit, volle bürgerliche Freiheit zu verlangen; dann werden wir leben und nicht sagen, daß dieser ein Herr und jener ein Bauer ist, sondern wir werden alle Menschen sein, und jeder wird auf seinem Platz Herr sein." (1930–1934.)

Liest man eine solche Rede eines „sich nicht mit Politik beschäftigenden" Bauern, so wird unmißverständlich klar: Die Durchführung nicht nur des Stolypinschen, sondern auch des kadettischen Agrarprogramms erfordert Jahrzehnte systematischer Gewalt gegen die Bauernmassen, Jahrzehnte systematischen Terrors, Jahrzehnte der Ausrottung durch Folterungen und Gefängnis, durch die Verbannung aller Bauern, die denken und frei zu handeln versuchen. Stolypin versteht das und handelt dementsprechend. Die Kadetten verstehen das zum Teil nicht, infolge der liberalen Beamten und Professoren eigenen Borniertheit, zum Teil verheimlichen sie es heuchlerisch, „verschweigen es schamhaft" – wie die militärischen Exekutionen von 1861 und der folgenden Jahre. Zerschellt aber diese systematische und vor nichts zurückschreckende Gewalt an irgendeinem inneren oder äußeren Hindernis, dann wird der parteilose ehrliche, „sich nicht mit Politik beschäftigende" Bauer aus Rußland eine Bauernrepublik machen.

Der Bauer Moros erklärte in einer kurzen Rede einfach: „Man muß die Ländereien den Priestern und den Gutsbesitzern wegnehmen" (1955), und dann berief er sich auf das Evangelium (nicht zum erstenmal in der Geschichte entlehnen bürgerliche Revolutionäre ihre Losungen dem Evangelium) ... „Bringt man dem Priester nicht Brot und einen halben Stauf Schnaps, so wird er das Kind nicht taufen ... Sie sprechen noch vom heiligen Evangelium und lesen: ‚Bittet, so wird euch gegeben, klopfet an, so wird euch aufgetan.' Wir bitten und bitten, aber man gibt uns nicht, wir klopfen an, aber man gibt uns nicht; also wird man die Türen aufbrechen und nehmen müssen? Meine Herren, lassen Sie es nicht darauf ankommen, daß man die Türen aufbricht, geben Sie freiwillig, und dann wird es Gerechtigkeit und Freiheit geben, es wird Ihnen gut gehen und auch uns." (1955.)

Da ist der parteilose Bauer Afanasjew, der die kosakische „Munizipalisierung" nicht vom Standpunkt des Kosaken, sondern vom Standpunkt

eines „gewissermaßen Zugewanderten" einschätzt. „Ich muß, meine Herren, vor allem sagen, daß ich Vertreter der Bauernschaft des Dongebiets bin, die dort über eine Million zählt und von der ich als einziger hierhergekommen bin; das allein läßt schon erkennen, daß wir dort gewissermaßen Zugewanderte sind... Ich bin unendlich erstaunt: ist es denn Petersburg, das das Dorf ernährt? Nein, im Gegenteil. Ich habe einst über zwanzig Jahre in Petersburg gedient und habe bereits damals festgestellt, daß nicht Petersburg das Dorf, sondern das Dorf Petersburg ernährt. Dasselbe stelle ich auch jetzt fest. Alle diese prachtvollen Bauwerke, alle diese Paläste und Bauten, alle diese herrlichen wunderbaren Häuser – das alles wird auch jetzt von den Bauern errichtet, ebenso wie vor 25 Jahren... Purischkewitsch hat als Beispiel angeführt, daß der Kosak mehr als 20 Desjatinen Boden hat und ebenfalls hungert... Warum hat er nicht gesagt, wo dieser Boden ist? Es gibt Boden, es gibt auch in Rußland Boden, aber wer besitzt ihn? Wußte er, daß es dort soviel Boden gibt, und sagte er es nicht, so ist er ein ungerechter Mensch, wußte er es aber nicht, so sollte er erst gar nicht davon sprechen. Und wenn er es vielleicht wirklich nicht gewußt hat, so sei mir gestattet, meine Herren, ihm zu sagen, wo dieser Boden ist, wieviel es gibt und wer ihn besitzt. Wenn man ihn zusammenzählt, so ergibt sich, daß es im Gebiet des Donheeres 753 546 Desj. Ländereien der Privatgestüte gibt. Jetzt möchte ich noch die kalmückischen Gestüte erwähnen, die sogenannten nomadisierenden Gestüte. Dort gibt es insgesamt 165 708 Desj. Sodann sind an reiche Leute 1 055 919 Desj. in zeitweilige Pacht gegeben. Alle diese Ländereien befinden sich in der Hand nicht jener Leute, die Purischkewitsch aufgezählt hat, sondern in der Hand der Kulaken, der Reichen, die uns unterdrücken; bekommen wir Vieh, so knöpft man uns die Hälfte ab, einen Rubel müssen wir für jede Desjatine und einen Rubel für das Vieh bezahlen, mit dem wir pflügen, dabei müssen wir aber unsere eigenen Kinder ernähren und überdies die Kosakinnen und die Kosakenkinder. Deswegen herrscht bei uns auch Hunger." Der Redner berichtet, daß die Pächter für die Gestellung von 8 Pferden „für die Kavallerie" 2700 Desj. erhalten, die Bauern aber könnten mehr stellen. „Ich möchte Ihnen erzählen, wie ich unsere Regierung überzeugen wollte, daß sie einen großen Fehler macht, weil sie nicht danach handelt. Ich richtete ein Schreiben an die Redaktion des ‚Selski Westnik' [Der Landbote] mit der

Bitte, es zu veröffentlichen. Man antwortete mir, es sei nicht unsere Sache, die Regierung zu belehren." Auf diese Weise schafft die „nichtdemokratische Zentralregierung" auf „munizipalisiertem" Boden, der dem Gebiet als Eigentum übergeben wurde, de facto neue Gutsbesitzer: die Munizipalisierung ist, wie Plechanow entdeckt hat, eine Garantie gegen die Restauration ...

„Die Regierung hat uns durch die Bauernbank Tür und Tor geöffnet, um Land zu erwerben – das ist das Joch, in das wir 1861 gespannt wurden. Sie will uns in sibirische Gebiete umsiedeln ... Wäre es nicht besser, es so zu machen: Denjenigen, der Tausende von Desjatinen besitzt, dorthin zu schikken, sein Boden bleibt dann, und wie viele könnten satt werden." (Beifall von links; Stimmen von rechts: „Altes Zeug, altes Zeug.") „Im japanischen Krieg habe ich meine mobilisierten Soldaten über die (gutsherrlichen) Ländereien geführt, von denen ich hier gesprochen habe. Bis zur Sammelstelle hatten wir mehr als zwei Tage zu fahren. Die Soldaten fragten mich: ‚Wohin führst du uns?' Ich sagte: ‚Gegen Japan.' – ‚Was sollen wir da tun?' – ‚Das Vaterland verteidigen.' Ich als Soldat habe gefühlt, daß man das Vaterland verteidigen muß. Die Soldaten sagten mir: ‚Was ist das für ein Vaterland, das Land der Lissezki, der Besulow, der Podkopailow? Was ist hier unser? Nichts ist unser.' Was sie mir gesagt haben, vermag ich heute, nach drei Jahren, noch nicht aus meinem Herzen auszulöschen ... Folglich, meine Herren ... Ich muß alles in allem sagen: Angefangen von den Fürsten bis zu den Adligen, Kosaken, Städtern, um nicht das Wort Bauer zu nennen, müssen im Hinblick auf alle Rechte, die es in unserem Rußland gibt, alle russische Bürger sein, berechtigt, den Boden zu nutzen, alle, die auf ihm arbeiten, ihrer Hände Arbeit auf ihn verwenden, ihn hegen und pflegen und lieben. Arbeite, schwitze und nutze den Boden. Willst du aber nicht auf ihm leben, willst du nicht auf ihm arbeiten, willst du nicht deiner Hände Arbeit auf ihn verwenden, so hast du auch kein Recht, ihn zu nutzen." (1974.) (26. Sitzung, 12. IV. 1907.)

„Um nicht das Wort Bauer zu nennen"! Dieser wunderbare Ausspruch entrang sich „den Tiefen des Herzens" des Bauern, der das Ständewesen im Grundbesitz sprengen („Alle Rechte, die es in unserem Rußland gibt") und selbst den Namen des untersten Standes, des Bauernstandes, abschaffen will. „Alle müssen Bürger sein." Das gleiche Recht der Werktätigen auf den Boden, das ist nichts anderes als die wirklich konsequente Anwendung des Standpunktes des *Landwirtes* auf den Boden. *Keinerlei*

andere Begründungen für Bodenbesitz (nach der Art des Bodenbesitzes „für den Dienst" bei den Kosaken usw.), keinerlei andere Erwägungen, keinerlei andere Beziehungen außer dem Recht des *Landwirtes* auf den Boden, den Erwägungen des „Hegens und Pflegens" des Bodens, den Beziehungen von Menschen, die „ihrer Hände Arbeit auf den Boden verwenden". Gerade so muß die Dinge ein Farmer betrachten, der eine freie Wirtschaft auf freiem Boden haben will, der die Beseitigung alles Fremden, Störenden, Alten, *aller früheren Formen des Bodenbesitzes* anstrebt. Nun, wäre es nicht eine dumme Anwendung einer nicht durchdachten Doktrin seitens der Marxisten, wollten sie diesem Landwirt von der Nationalisierung abraten und ihn über die Nützlichkeit des Privateigentums am Anteilland belehren?

In der ersten Duma hat der Bauer Merkulow (Gouvernement Kursk) zur Nationalisierung des bäuerlichen Anteillandes denselben Gedanken geäußert, den wir oben in den Angaben über die Tagungen des Bauernbundes wiedergegeben haben. „Man schreckt uns damit", sagte Merkulow, „daß sich auch der Bauer nicht von dem Stück Land, das er jetzt besitzt, trennen wird. Dazu sage ich: wer nimmt es ihnen denn weg? Wird doch auch bei vollständiger Nationalisierung nur der Boden weggenommen werden, den der Besitzer nicht mit seinen eigenen Kräften, sondern mit Lohnarbeitern bearbeitet." (18. Sitzung, 30. Mai 1906, S. 822.)

Das sagt ein Bauer, der nach seinen eigenen Worten 60 Desj. Land als Eigentum besitzt. Die Lohnarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft abschaffen oder verbieten wollen ist natürlich ein kindischer Gedanke, wir müssen aber die unrichtigen Gedanken gerade dort abschneiden, wo der Fehler anfängt, beginnend mit der „Sozialisierung" und dem Verbot der Lohnarbeit* und nicht mit der Nationalisierung.

Derselbe Bauer Merkulow wandte sich gegen den Kadettenentwurf der 42, der mit der Munizipalisierung in der Beziehung zusammenfällt, daß das Anteilland als Eigentum belassen wird und die gutsherrlichen Ländereien in Nutzung gegeben werden. Das ist „eine gewisse Übergangsstufe von einem System zum anderen", „statt einer Besitzform erhalten wir

* Diese unrichtige Idee brauchen *wir* noch nicht einmal „abzuschneiden", denn die „nüchternen" Trudowiki selber mit den „nüchternen" Herren Peschechonow an der Spitze *haben sie schon abgeschnitten.*

zwei: das Privateigentum und die Pachtnutzung, d. h. zwei sich nicht nur nicht zusammenfügende, sondern geradezu entgegengesetzte Besitzformen" (823).

5. Die intellektuellen Volkstümler

In den Reden der intellektuellen Volkstümler, besonders der Volkssozialisten, d. h. der Opportunisten unter den Volkstümlern, muß man zwei Strömungen unterscheiden: einerseits die aufrichtige Verteidigung der Interessen der Bauernmassen – in dieser Beziehung machen ihre Reden aus begreiflichen Gründen einen ungleich schwächeren Eindruck als die Reden der „sich nicht mit Politik beschäftigenden" Bauern; anderseits ein gewisser kadettischer Anhauch, etwas intelligenzlerisch Spießerhaftes, ein Anspruch auf den staatlichen Standpunkt. Selbstverständlich ist hier *zum Unterschied von den Bauern eine Doktrin* erkennbar: sie kämpfen nicht um der unmittelbar empfundenen Nöte und Leiden willen, sondern im Namen einer bestimmten Lehre, eines Systems von Anschauungen, die den Inhalt des Kampfes entstellt wiedergeben.

„Den Boden den Werktätigen", verkündet Herr Karawajew in seiner ersten Rede und kennzeichnet die Stolypinsche Agrargesetzgebung nach Artikel 87 als „Vernichtung der Dorfgemeinde", als ihr „politisches Ziel": „die Bildung einer besonderen Klasse von ländlichen Bourgeois".

„Wir wissen, daß diese Bauern in der Tat die Hauptstütze der Reaktion, die verläßliche Stütze der Bürokratie sind. Aber die Regierung, die darauf rechnete, hat sich gewaltig getäuscht: gleichzeitig damit wird ein bäuerliches Proletariat entstehen. Ich weiß nicht, was besser ist: ein bäuerliches Proletariat oder die landarme jetzige Bauernschaft, die, gewisse Maßnahmen vorausgesetzt, genügend Boden bekommen könnte." (722.)

Hier schimmert die reaktionäre Volkstümlerei im Geiste des Herrn W. W. durch: „Besser" für wen? Für den Staat? Für den gutsherrlichen oder für den bürgerlichen Staat? Und warum ist das Proletariat nicht „besser"? Weil die landarme Bauernschaft „Boden bekommen könnte", d. h. leichter beruhigt werden, leichter in das Lager der Ordnung geleitet werden könnte als das Proletariat? Bei Herrn Karawajew *kommt es so heraus*, gleichsam als wollte er Stolypin und Co. eine verläßlichere „Garantie" *gegen* die soziale Revolution empfehlen!

Hätte Herr Karawajew dem Wesen nach recht, so könnten die Marxisten nicht für die Konfiskation der gutsherrlichen Ländereien in Rußland eintreten. Herr Karawajew hat aber nicht recht, denn der Stolypinsche „Weg" erzeugt mehr Pauper als Proletarier, wodurch er – im Vergleich zur Bauernrevolution – die Entwicklung des Kapitalismus verlangsamt. Karawajew selbst sagte – und sagte richtig –, daß die Stolypinsche Politik die *heutigen* Gutsbesitzer (und nicht die neuen, die bürgerlichen Elemente, nicht die kapitalistischen Farmer) bereichert, die eine halbfeudale Wirtschaft betreiben. Im Jahre 1895 betrug der Bodenpreis beim Verkauf durch die „Bauern"bank 51 Rbl. für 1 Desj. und im Jahre 1906 126 Rbl. (Karawajew in der 47. Sitzung, 26. Mai 1907, S. 1189.) Die Parteikollegen des Herrn Karawajew, die Herren Wolk-Karatschewski und Delarow, haben die Bedeutung dieser Ziffern noch greller beleuchtet. Delarow legte dar, daß „die Bauernbank bis 1905, im Laufe von mehr als 20 Jahren ihres Bestehens, insgesamt nur 7,5 Mill. Desj. aufgekauft hat"; vom 3. November 1905 bis zum 1. April 1907 kaufte sie hingegen 3,8 Mill. Desj. auf. Im Jahre 1900 betrug der Preis 80 Rbl. für 1 Desj., im Jahre 1902 – 108; im Jahre 1903, vor der Agrarbewegung und vor der russischen Revolution, stieg er auf 109 Rbl., jetzt auf 126 Rbl. „Während ganz Rußland durch die russische Revolution ungeheure Verluste erlitt, haben die russischen Großgrundbesitzer *große Kapitalien gescheffelt*. In dieser Zeit sind mehr als 60 Mill. Rbl. Volksgelder in ihre Hände übergegangen" (1220 – wenn man als „richtigen" Preis 109 Rbl. annimmt). Aber die Berechnung des Herrn Wolk-Karatschewski ist viel getreuer, er nimmt keinen Preis als „richtig" an, sondern stellt einfach fest, daß die Regierung nach dem 3. November 1905 an die Gutsbesitzer 52 Mill. Rbl. für die durch Bauern gekauften Ländereien und 242 Mill. Rbl. für eigene Rechnung zahlte; insgesamt *„wurden 295 Mill. Rbl. Volksgelder an die adligen Gutsbesitzer ausgezahlt"*. (1080. Hervorhebungen überall von uns.) Das ist natürlich nur ein kleiner Bruchteil dessen, was die junkerlich-bürgerliche Agrarevolution Rußland kostet; welch ein *Tribut* wird hier dem Wachstum der Produktivkräfte zugunsten der Fronherren und Bürokraten auferlegt! Dieser Tribut an die Gutsbesitzer für die freie Entwicklung Rußlands wird auch von den Kadetten aufrechterhalten (Ablösung). Hingegen würde eine bürgerliche Farmerrepublik gezwungen sein, solche Summen für die Entwicklung der

Produktivkräfte in der Landwirtschaft unter der neuen Ordnung zu verwenden.*

Schließlich muß man den intellektuellen Volkstümlern zweifellos als Plus anrechnen, daß sie im Gegensatz zu den Bobrinski und Kutler den Volksbetrug vom Jahre 1861 verstehen und die berüchtigte Reform nicht die große, sondern die „im Interesse der Gutsbesitzer durchgeführte" Reform nennen (Karawajew, 1193). Die Wirklichkeit, sagte Herr Karawajew mit Recht von der Nachreformzeit, „übertraf die düstersten Voraussagen" derjenigen, die im Jahre 1861 die Interessen der Bauernschaft verteidigten.

Was die Frage des bäuerlichen *Eigentums* am Grund und Boden angeht, so hat Herr Karawajew der Sorge der Regierung um dieses Eigentum die Frage an die Bauern gegenübergestellt: „Sie, meine Herren Bauernabgeordneten, sind Vertreter des Volkes. Sie leben das Leben des Bauern. Ihr Bewußtsein ist das Bewußtsein des Volkes. Als Sie abreisten, haben sich da Ihre Wähler beschwert, daß sie ihres Bodenbesitzes nicht sicher sind? Haben sie Ihnen als erste Aufgabe in der Duma, als erste Forderung auf den Weg gegeben: ‚Seht zu, festigt das Privateigentum am Grund und Boden, denn sonst werdet ihr unsern Wählerauftrag nicht erfüllen.' Nein, werden Sie sagen, einen solchen Wählerauftrag hat man uns nicht gegeben." (1185.)

Die Bauern haben diese Erklärung nicht widerlegt, sondern durch den ganzen Inhalt ihrer Reden bestätigt. Und das natürlich nicht, weil der russische Bauer „Anhänger der Dorfgemeinde", „Feind des Eigentums" ist, sondern weil ihm die ökonomischen Bedingungen *jetzt* die Aufgabe

* Siehe *Kautsky*, „Die Agrarfrage in Rußland", über die Notwendigkeit, riesige Kapitalien für den agrikulturellen Fortschritt der Bauernschaft zu verwenden. Die „Munizipalisten" können hier einwenden: die bürgerliche Republik wird die Gelder für die republikanische Armee ausgeben, das demokratische Semstwo aber ... ihm wird, meine lieben Herren Munizipalisten, die nichtdemokratische zentrale Staatsmacht das Geld abnehmen! Ja, selbst die Entstehung eines solchen Semstwos ist bei einer nichtdemokratischen zentralen Staatsmacht unmöglich, es ist dies ein frommer Wunsch des Kleinbürgers. Real ist nur das Verhältnis von bürgerlicher Republik (die im Vergleich mit anderen Staaten am meisten für die Entwicklung der Produktivkräfte ausgibt – Beispiel: Nordamerika) und bürgerlicher Monarchie (die jahrzehntelang den Junkern *Tribut* zahlt – Beispiel: Deutschland).

auferlegen, alle alten Bodenbesitzformen aufzuheben, um eine neue Wirtschaft zu schaffen.

Als Minus muß man den intellektuellen Volkstümlern ihre weitschweifigen Betrachtungen über die „Normen" des bäuerlichen Grundbesitzes anrechnen. „Ich glaube, jedermann wird damit einverstanden sein", erklärte Herr Karawajew, „daß zur richtigen Lösung der Bodenfrage folgende Voraussetzungen notwendig sind: zunächst eine Bodennorm, die notwendig ist, um existieren zu können, eine Verbrauchsnorm, und zur Ausschöpfung der ganzen Arbeitsmenge eine Arbeitsnorm. Man muß genau wissen, wieviel Boden bei den Bauern vorhanden ist – das wird die Möglichkeit geben, zu errechnen, wieviel Boden fehlt. Sodann muß man wissen, wieviel Boden man eigentlich geben kann." (1186.)

Wir sind mit dieser Meinung durchaus nicht einverstanden. Und wir behaupten *auf Grund der Erklärungen der Bauern in der Duma*, daß es hier Elemente eines intellektuellen Bürokratismus gibt, *der den Bauern fremd ist*. Die Bauern sprechen nicht von „Normen". Normen sind eine bürokratische Erfindung, ein Überbleibsel der Fronherrenreform von 1861 unseligen Angedenkens. Die Bauern, geleitet vom richtigen Klasseninstinkt, verlegen den Schwerpunkt auf die Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes und nicht auf „Normen". Nicht darum handelt es sich, wieviel Boden man „braucht". „Einen anderen Erdball werden Sie nicht schaffen", so drückte sich unübertrefflich der obenerwähnte parteilose Bauer aus. Es handelt sich darum, die *drückenden* fronherrlichen Latifundien abzuschaffen, die auch dann abgeschafft werden müßten, wenn die „Normen" unabhängig davon erreicht wären. Beim volkstümlerischen Intellektuellen läuft alles darauf hinaus, daß man, falls die „Norm" erreicht ist, vielleicht den Gutsbesitzer gar nicht antasten soll. Der Gedankengang der Bauern ist ein ganz anderer: „Bauern, *schüttelt sie ab*" (die Gutsbesitzer), sagte der Bauer Pjanych (Sozialrevolutionär) in der II. Duma (16. Sitzung, 26. März 1907, S. 1101). Nicht deswegen muß man die Gutsbesitzer abschütteln, weil die „Normen" nicht herauszukriegen sind, sondern deswegen, weil der Ackerbauer nicht Esel und Blutsauger auf seinem Rücken tragen will. Zwischen diesen beiden Erwägungen ist ein „himmelweiter Unterschied".

Der Bauer spricht nicht von Normen, sondern packt mit bewunderungswürdigem praktischem Instinkt „den Stier bei den Hörnern". Es fragt

sich, *wer* wird die Normen bestimmen? Der Priester Pojarkow hat das in der I. Duma ausgezeichnet zum Ausdruck gebracht. „Man beabsichtigt, eine Bodennorm pro Kopf zu bestimmen", sagte er. „*Wer wird diese Norm bestimmen?* Sind es die Bauern selber, so werden sie sich natürlich nicht selbst benachteiligen; werden aber gemeinsam mit den Bauern auch die Grundbesitzer die Norm bestimmen, so ist es noch die Frage, wer bei der Bestimmung der Norm die Oberhand gewinnen wird." (12. Sitzung, 19. Mai 1906, S. 488.)

Das trifft den Nagel auf den Kopf und kennzeichnet das Geschwätz über die Normen.

Bei den Kadetten ist das kein Geschwätz, sondern direkter *Verrat* an den Bauern, ihre Auslieferung an die Gutsbesitzer. Und der gutmütige Dorfgeistliche, Herr Pojarkow, der offensichtlich die liberalen Gutsbesitzer zu Hause im Dorf am Werke sah, hat instinktiv begriffen, wo hier der Betrug liegt.

„Sodann befürchtet man", sagte derselbe Pojarkow, „daß es viele Beamte geben wird! Die Bauern werden selbst den Boden verteilen!" (488/489.) Das ist des Pudels Kern. Die „Normen" riechen wirklich nach Beamtentum. Die Bauern sprechen anders: Wir wollen den Boden selbst an Ort und Stelle verteilen. Daher die Idee örtlicher Bodenkomitees, die die wahren Interessen der Bauernschaft in der Revolution ausdrückt und nicht zufällig den Haß der liberalen Lumpen hervorruft.* Der Staat hat bei einem *solchen Nationalisierungs*plan nur noch zu bestimmen, welche Ländereien als *Umsiedlungsfonds* in Frage kommen, oder aber er kann besondere Eingriffe fordern (die „Wälder und Gewässer von staatlicher Bedeutung", wie es in unserem jetzigen Programm heißt), d. h., dem Staat *bleibt nur das vorbehalten*, was *selbst* die „Munizipalisten" *für notwendig halten, der Kompetenz des „demokratischen Staates"* (es müßte heißen: der Republik) *zu übertragen.*

Vergleicht man das Gerede von den Normen mit der ökonomischen

* Arbeiterregierungen in den Städten, Bauernkomitees in den Dörfern (die in einem bestimmten Moment auf Grund des allgemeinen usw. Wahlrechts zu gewählten Organen werden) – das ist die einzig mögliche Organisationsform der siegreichen Revolution, d. h. der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Kein Wunder, daß die Liberalen diese Organisationsformen der für die Freiheit kämpfenden Klassen hassen!

Wirklichkeit, so sieht man sofort, daß die Bauern Männer der Praxis, die volkstümlerischen Intellektuellen aber Schwätzer sind. Die „Arbeits"norm wäre von *ernsthafter* Bedeutung bei einem Versuch, die Lohnarbeit zu verbieten. Die Mehrheit der Bauern hat diese Versuche über Bord geworfen, und die Volkssozialisten haben sie für unmöglich erklärt. Bei dieser Sachlage fällt die Frage der „Norm" weg, und es verbleibt nur die Aufteilung unter die gegebene Anzahl von Landwirten. Die „Verbrauchs"norm ist eine Elendsnorm, und in der kapitalistischen Gesellschaft wird die Bauernschaft vor einer solchen „Norm" stets in die Städte flüchten (darüber noch besonders weiter unten). Also handelt es sich auch hier gar nicht um die „Norm" (die sich überdies mit jeder Veränderung in der Anbaukultur und in der Technik ändert), sondern um die Aufteilung unter die vorhandene Anzahl von Landwirten, um die „Scheidung" zwischen den tüchtigen Landwirten, die fähig sind, den Boden „zu hegen und zu pflegen" (sowohl durch Arbeit als auch durch Kapital), und den unfähigen Landwirten, die man nicht in der Landwirtschaft zurückhalten kann, die zurückhalten zu wollen reaktionär wäre.

Als Kuriosum, das zeigt, wohin die *Theorien* der Herren Volkstümler führen, wollen wir den Hinweis des Herrn Karawajew auf *Dänemark* anführen. Europa habe sich „ins Privateigentum verbissen", unsere Dorfgemeinde aber „hilft uns, die Aufgabe der Kooperation zu lösen": „Dänemark ist in dieser Beziehung ein glänzendes Beispiel." Wirklich ein *glänzendes* Beispiel – gegen die Volkstümler. In Dänemark sehen wir eine höchst typische *bürgerliche* Bauernschaft, die sowohl das Milchvieh (siehe „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'", Kapitel X*) als auch den Boden in ihren Händen konzentriert. Von der Gesamtzahl der dänischen Bauernwirtschaften besitzen 68,3% weniger als 1 Hartkorn, das sind ungefähr 9 Desj. Sie besitzen insgesamt 11,1% des gesamten Grund und Bodens. Auf dem anderen Pol befinden sich 12,6% Bauernwirtschaften mit 4 und mehr Hartkorn (*36 und mehr Desjatinen*); sie besitzen 62% des gesamten Grund und Bodens (*N. S.*, „Die Agrarprogramme", Verlag „Nowy Mir", S. 7). Kommentar überflüssig.

Es ist bemerkenswert, daß in der I. Duma der Liberale Herzenstein mit Dänemark aufgetrumpft hat, während die Rechten entgegneten (in beiden Dumas): in Dänemark herrsche das bäuerliche *Eigentum*. Die

* Siehe den vorliegenden Band, S. 169–180. *Die Red.*

Nationalisierung des Grund und Bodens ist bei uns notwendig, damit die alten Wirtschaften die Freiheit erhalten, sich auf dem „von den Schranken befreiten" Boden „auf dänische Art" umzustellen, an der Umwandlung der Pacht in Eigentum aber wird die Sache nicht scheitern, wenn die Bauern sie selbst fordern werden, denn die ganze Bourgeoisie und Bürokratie werden *in dieser Sache* die Bauernschaft stets unterstützen. Außerdem wird mit der Nationalisierung die Entwicklung des Kapitalismus (Entwicklung „auf dänische Art") *rascher* vor sich gehen, weil das Privateigentum am Grund und Boden abgeschafft ist.

6. Die Trudowikibauern (Volkstümler)

Die Trudowikibauern und die sozialrevolutionären Bauern *unterscheiden sich* im Grunde *nicht* von den parteilosen Bauern. Vergleicht man die Reden dieser wie jener, so sieht man klar dieselben Nöte, dieselben Forderungen, dieselbe Weltanschauung. Die Bauern, die Parteien angehören, sind nur bewußter, sie drücken sich klarer aus und verstehen weit besser den Zusammenhang der verschiedenen Seiten der Frage.

Die beste Rede war wohl die des Bauern Kisseljow, eines Trudowiken, in der 26. Sitzung der zweiten Duma (12. April 1907). Im Gegensatz zum „staatlichen Standpunkt" der liberalen Beamtenseele wird hier der Schwerpunkt unmittelbar darauf verlegt, daß die „gesamte Innenpolitik unserer Regierung, deren *faktische* Leiter die gutsherrlichen Grundbesitzer sind, nur darauf abzielt, den Boden in den Händen seiner heutigen Besitzer zu belassen" (1943). Der Redner zeigt auf, daß man gerade aus diesem Grunde das Volk „in tiefster Unwissenheit" hält, und geht auf die Reden des Oktobristen Fürst Swjatopolk-Mirski ein. „Sie haben natürlich seine schrecklichen Worte nicht vergessen: ‚Geben Sie jeden Gedanken an eine Vergrößerung der Fläche des bäuerlichen Bodenbesitzes auf. Erhalten und unterstützen Sie die Privatbesitzer! Unsere kulturlose und unwissende Bauernmasse wäre ohne Gutsbesitzer eine Herde ohne Hirten.' Genossen Bauern, braucht man dem etwas hinzuzufügen, damit ihr versteht, welche Gelüste sich in den Herzen dieser Herren, unserer Wohltäter, verbergen? Ist es euch nicht klar, daß sie sich heute noch nach der Leibeigenschaft sehnen und nach ihr seufzen? Nein, meine Herren

Hirten, genug ... Ich möchte nur eins: daß sich unser ganzes kulturloses Bauernrußland, das ganze russische Land diese Worte des edlen Rjurik-Sprosses fest ins Gedächtnis einpräge, daß diese Worte im Herzen jedes Bauern brennen und greller als die Sonne den Abgrund beleuchten, der zwischen uns und den ungebetenen Wohltätern klafft. Genug, meine Herren Hirten ... Genug, wir brauchen keine Hirten, sondern Führer, die wir auch außerhalb eurer Reihen finden können, mit ihnen werden wir den Weg zum Licht wie auch zur Gerechtigkeit, den Weg zum gelobten Lande finden." (1947.)

Der Trudowik steht voll und ganz auf dem Standpunkt des revolutionären Bourgeois, der sich Illusionen hingibt und glaubt, die Nationalisierung des Grund und Bodens werde „das gelobte Land" bringen, aber für die *gegebene* Revolution rückhaltlos kämpft und sich dem Gedanken einer Herabminderung ihrer Schwungkraft entschieden entgegenstellt: „Die Partei der Volksfreiheit verzichtet auf eine gerechte Lösung der Agrarfrage ... Meine Herren Volksvertreter, kann eine gesetzgebende Körperschaft, wie es die Reichsduma ist, in ihren Handlungen zugunsten praktischer Erwägungen auf die Gerechtigkeit verzichten? Können Sie Gesetze erlassen, wenn Sie im vorhinein wissen, daß sie ungerecht sind? ... Genügen Ihnen nicht jene ungerechten Gesetze, die uns unsere Bürokratie beschert hat, sollen wir selbst noch neue schaffen? ... Sie wissen sehr gut, daß man bei uns aus praktischen Erwägungen – Rußland zu befrieden – Strafexpeditionen ausgeschickt, über ganz Rußland den Ausnahmezustand verhängt hat; aus praktischen Erwägungen sind Standgerichte eingesetzt worden. Aber sagen Sie mir gefälligst, wer von uns ist von diesem praktischen Geist entzückt? Haben Sie ihn nicht alle verflucht? Stellen Sie nicht die Frage, wie sie hier von einigen gestellt wurde (der Redner spielt offenkundig auf einen Kadetten, den Gutsbesitzer Tatarinow, an, der in der 24. Sitzung am 9. April erklärte: ‚Gerechtigkeit, meine Herren, ist ein ziemlich bedingter Begriff', ‚Gerechtigkeit ist ein Ideal, nach dem wir alle streben, aber dieses Ideal bleibt nur [beim Kadetten] ein Ideal, und ob es möglich sein wird, es tatsächlich zu verwirklichen, ist für mich eine Frage', 1779): Was ist Gerechtigkeit? Der Mensch, das ist die Gerechtigkeit. Ist der Mensch geboren, so ist es gerecht, daß er lebt, und dazu ist es wieder gerecht, daß er die Möglichkeit habe, sich durch Arbeit ein Stück Brot zu erwerben ..."

Man sieht: Dieser Ideologe der Bauernschaft steht auf dem typischen Standpunkt eines französischen Aufklärers des 18. Jahrhunderts. Er versteht nicht die historische Begrenztheit, den historisch bestimmten Inhalt *seiner* Gerechtigkeit. Aber er *will*, und die Klasse, die er vertritt, *kann* im Namen dieser abstrakten Gerechtigkeit alle Überreste des Mittelalters *bis auf den Grund zerstören*. Gerade dieser *reale* historische Inhalt liegt auch in der Fragestellung: keinerlei „praktische" Erwägungen zum Schaden der Gerechtigkeit. Lies: keinerlei Zugeständnisse an das Mittelalter, an die Gutsbesitzer, an die alte Macht. Das ist die Sprache eines Mannes des Konvents. Für den liberalen Tatarinow aber bleibt das „Ideal" der bürgerlichen Freiheit „nur ein Ideal", für das er nicht ernsthaft kämpft, für dessen Verwirklichung er nicht jedes Opfer bringt, er geht vielmehr einen Kuhhandel mit dem Gutsbesitzer ein. Die Kisseljow können das Volk zur siegreichen bürgerlichen Revolution führen, die Tatarinow nur zum Verrat.

„Aus praktischen Erwägungen schlägt die Partei der Volksfreiheit vor, kein Recht auf Grund und Boden zu schaffen. Sie befürchtet, daß ein solches Recht Massen von Menschen aus der Stadt aufs Land locken wird, und in diesem Falle wird jeder einzelne nur wenig Boden erhalten. Ich möchte vor allem fragen, was Recht auf Grund und Boden bedeutet. Recht auf Grund und Boden, das ist Recht auf Arbeit, Recht auf Brot, das ist Recht aufs Leben, das ist das unveräußerliche Recht jedes Menschen. Wie könnten wir denn irgend jemanden dieses Rechtes berauben? Die Partei der Volksfreiheit sagt: Würde man dieses Recht allen Bürgern geben und den Boden unter sie aufteilen, so würde jeder nur wenig bekommen. Aber das Recht und seine praktische Durchführung sind durchaus nicht ein und dasselbe. Jeder von Ihnen, die Sie hier sitzen, hat das Recht, irgendwo in Tschuchloma zu leben. Sie leben jedoch hier, und umgekehrt, alle, die in Tschuchloma leben, haben dasselbe Recht, in Petersburg zu leben, und hocken dennoch in ihrem Nest. Daher sind die Befürchtungen, daß die Gewährung des Rechtes auf Grund und Boden an alle, die auf dem Boden arbeiten wollen, eine Masse von Menschen aus der Stadt auf das Land locken wird, völlig unbegründet. Aus der Stadt werden nur diejenigen aufs Land gehen, die dem Land auch jetzt noch nicht entfremdet sind, aufs Land werden nur diejenigen gehen, die vor kurzem in die Stadt gezogen sind ... Leute, die in der Stadt wirklich einen beständigen, gesicherten Erwerb haben, werden nicht aufs Land ziehen ... Ich glaube, daß wir nur eine vollständige und unwiderrufliche Abschaffung des Privateigentums am Grund und

Boden .... usw., daß wir nur eine solche Lösung als befriedigend betrachten können." (1950.)

Diese für den Trudowik typische Tirade stellt uns vor die interessante Frage: Gibt es einen Unterschied zwischen *solchen* Reden über das Recht auf Arbeit und den Reden der französischen kleinbürgerlichen Demokraten des Jahres 1848 über das Recht auf Arbeit? Die einen wie die anderen sind unzweifelhaft Deklamationen eines bürgerlichen Demokraten, die *unklar* den wirklichen historischen Inhalt des Kampfes zum Ausdruck bringen. Aber die Deklamation des Trudowiken bringt *unklar* die wirklichen *Aufgaben* der *bürgerlichen* Revolution zum Ausdruck, die den objektiven Bedingungen nach möglich ist (d. h., möglich ist eine bäuerliche Agrarrevolution im Rußland des 20. Jahrhunderts), die Deklamation des französischen Kleinbürgers* aus dem Jahre 1848 aber bringt unklar die Aufgaben der *sozialistischen* Revolution zum Ausdruck, die in Frankreich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts unmöglich war. Mit anderen Worten: Das Recht des französischen Arbeiters auf Arbeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts brachte den Wunsch zum Ausdruck, die *ganze* Kleinproduktion auf der Grundlage der Kooperation, des Sozialismus usw. zu erneuern, was aber *ökonomisch* unmöglich war. Das Recht des russischen Bauern des 20. Jahrhunderts auf Arbeit bringt den Wunsch zum Ausdruck, den *landwirtschaftlichen* Kleinbetrieb auf *nationalisiertem* Grund und Boden zu erneuern, und das ist *ökonomisch* durchaus möglich. Im „Recht auf Arbeit" des russischen Bauern des 20. Jahrhunderts steckt neben einer falschen sozialistischen Theorie ein realer bürgerlicher Inhalt. Das Recht des französischen Kleinbürgers und Arbeiters auf Arbeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts enthält *nichts* außer einer falschen sozialistischen Theorie. Gerade diesen Unterschied übersehen viele unserer Marxisten.

Der Trudowik zeigt selber den *realen* Inhalt seiner Theorie: *Nicht alle* werden auf das Land gehen, obwohl alle „das gleiche Recht haben". Es ist klar, daß *nur Landwirte* auf das Land gehen oder sich auf dem Lande seßhaft machen werden. Die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden bedeutet die Abschaffung aller Hindernisse, die den *Landwirten* im Wege stehen, sich auf dem Boden einzurichten.

* „Kleinbürger" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Es ist kein Wunder, daß Kisseljow, der von grenzenlosem Glauben an die Bauernrevolution und von dem Wunsche beseelt ist, ihr zu dienen, mit Verachtung von den Kadetten spricht, von ihren Absichten, nicht den ganzen Boden zu enteignen, sondern nur einen Teil, die Leute zu zwingen, für den Boden zu zahlen, die Sache an „Bodeninstitutionen unbekannten Namens" zu übertragen, mit einem Wort, von dem „Meislein" spricht, „das von der Partei der Volksfreiheit gerupft wurde" (1950/1951). Es ist auch kein Wunder, daß Struve und seinesgleichen, besonders nach der II. Duma, gegen die Trudowiki Haß hegen *mußten*. Solange der russische Bauer Trudowik sein wird, solange können die Pläne der Kadetten nicht gelingen. Wenn aber der russische Bauer aufhören wird, Trudowik zu sein, dann wird der Unterschied zwischen Kadetten und Oktobristen endgültig verschwinden!

Erwähnen wir kurz die anderen Redner. Da ist der Bauer Netschitailo: „Jene Leute, die sich am Blut, am Mark der Bauern vollgesogen haben, nennen sie ungehobelte Kerle." (779.) Er wird von Golowin unterbrochen: Der Gutsbesitzer darf den Bauern beleidigen, aber der Bauer ... den Gutsbesitzer? „Man sagt uns, wir sollen diese Ländereien, die dem Volk gehören, kaufen. Sind wir etwa zugewanderte Ausländer aus England, Frankreich usw.? Wir sind Einheimische, warum sollten wir unser eigenes Land kaufen? Wir haben es uns schon Dutzende Male mit unserem Blut, unserem Schweiß und unserem Geld erarbeitet." (780.)

Oder der Bauer Kirnossow (Gouvernement Saratow): „Jetzt sprechen wir von nichts anderem als vom Boden; wieder sagt man uns: Er ist heilig und unantastbar. Ich glaube, es kann nicht sein, daß er unantastbar wäre; *wenn das Volk es wünscht, kann es nichts Unantastbares geben.**" (Stimme von rechts: ‚Oho!') Richtig: Oho! (Beifall von links.) Meine Herren Adligen, Sie glauben, wir wissen nicht, wie Sie uns beim Kartenspiel eingesetzt haben, wie Sie uns gegen Hunde eingetauscht haben? Wir wissen, das alles war Ihr heiliges, unantastbares Eigentum ... Man hat uns den Boden gestohlen ... Die Bauern, die mich

* Eine charakteristische Formulierung der revolutionären Idee der Selbstherrschaft des Volkes durch einen einfachen Bauern. Eine andere Bourgeoisie als die Bauernschaft gibt es, um diese Forderung des proletarischen Programms durchzusetzen, in unserer Revolution nicht.

hierhergeschickt haben, sagten: Das Land gehört uns, wir sind hergekommen, nicht um es zu kaufen, sondern um es zu nehmen." (1144.)*

Hier der Bauer Wasjutin (Gouvernement Charkow): „Wir sehen hier in der Person des Vertreters des Herrn Vorsitzenden des Ministerrats nicht den Minister des ganzen Landes, sondern den Minister von 130000 Gutsbesitzern. 90 Millionen Bauern bedeuten für ihn nichts ... Sie (zu den Rechten gewandt) beschäftigen sich mit Ausbeutung, verpachten Ihre Ländereien zu hohen Preisen und ziehen den Bauern das Fell über die Ohren ... Sie sollen wissen, daß das Volk, wenn die Regierung seine Bedürfnisse nicht befriedigt, ebenfalls nicht nach Ihrem Einverständnis fragen wird, daß es den Boden nehmen wird ... Ich bin Ukrainer (er erzählt, wie Katharina dem Potjomkin ein Wäldchen geschenkt hat: 27000 Desjatinen und 2000 Bauern) ... Früher wurde der Boden zu 25–50 Rubel je Desjatine verkauft, jetzt beträgt allein die Pacht 15–30 Rubel für eine Desjatine und für Wiesenland 35–50 Rubel. Das heißt das Fell abziehen. (Stimme von rechts: ‚Was? Das Fell abziehen?' Gelächter.) Regen Sie sich nur nicht auf, beruhigen Sie sich (Beifall von links); ich nenne das: den Bauern das Fell über die Ohren ziehen." (643, 39. Sitzung, 16. Mai.)

Die Trudowikibauern und die bäuerliche Intelligenz haben etwas gemeinsam: Sie haben die Leibeigenschaft noch lebendig vor Augen. Was sie alle vereinigt, ist der glühende Haß gegen die Gutsbesitzer und gegen den Staat der Gutsbesitzer. In ihnen allen lodert revolutionäre Leidenschaft. Die einen denken überhaupt nicht an die zukünftige, von ihnen zu schaffende Gesellschaftsordnung, spannen spontan alle Kräfte an, um „sie abzuschütteln". Andere wieder malen sich diese Gesellschaftsordnung

* Ein Trudowikibauer in der I. Duma, Nasarenko (Gouvernement Charkow), sagte: „Wenn Sie darüber Betrachtungen anstellen, wie der Bauer zum Boden steht, so sage ich Ihnen, wie das Kind die Mutterbrust braucht, so brauchen wir Bauern den Boden. Nur von diesem Standpunkt aus urteilen wir über den Boden. Sie wissen wahrscheinlich, daß manche Herrschaften vor gar nicht langer Zeit unsere Mütter gezwungen haben, junge Hunde zu säugen. Dasselbe geschieht auch heute. Der Unterschied ist nur der, daß jetzt die herrschaftlichen jungen Hunde nicht an der Mutter saugen, die uns geboren und gestillt hat, sondern an der, die uns ernährt – an der Mutter Erde." (495.)

utopisch aus, aber sie alle hassen den Kompromiß mit dem alten Rußland, alle kämpfen sie dafür, daß von dem verfluchten Mittelalter kein Stein auf dem anderen bleibe.

Vergleicht man die Reden der revolutionären Bauern in der zweiten Duma mit den Reden der revolutionären Arbeiter, so fällt unwillkürlich folgender Unterschied auf. Erstere besitzen unermeßlich mehr unmittelbar revolutionären Schwung, sind von der Leidenschaft beseelt, die Macht der Gutsbesitzer unverzüglich zu stürzen, unverzüglich eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten. Der Bauer ist von dem Wunsche beseelt, sich sogleich auf den Feind zu stürzen und ihn zu erdrosseln. Bei dem Arbeiter ist der revolutionäre Geist abstrakter, er ist gleichsam auf entferntere Ziele eingestellt. Dieser Unterschied ist völlig begreiflich und gesetzmäßig. Der Bauer vollzieht jetzt, unverzüglich, *seine*, die bürgerliche Revolution, ohne ihre inneren Widersprüche zu erkennen, ohne dem Gedanken an solche Widersprüche Raum zu geben. Der sozialdemokratische Arbeiter erkennt sie, und er *kann nicht*, da er sich weltumspannende sozialistische Ziele setzt, das Schicksal der Arbeiterbewegung vom Ausgang der bürgerlichen Revolution abhängig machen. Daraus darf man nur nicht den Schluß ziehen, daß der Arbeiter in der bürgerlichen Revolution den Liberalen unterstützen müsse. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß der Arbeiter, ohne sich mit *irgendeiner* anderen Klasse zu verschmelzen, *mit all seiner Energie* dem Bauern helfen muß, diese bürgerliche Revolution zu Ende zu führen.

7. *Die Sozialrevolutionäre*

Die Reden der sozialrevolutionären Intellektuellen (die der Bauern haben wir oben bei den Trudowiki besprochen) sind voll derselben unversöhnlichen Kritik an den Kadetten, sind von demselben unversöhnlichen Kampf gegen die Gutsbesitzer bestimmt. Ohne das oben Gesagte zu wiederholen, wollen wir einen *neuen* Wesenszug dieser Gruppe von Abgeordneten festhalten. Zum Unterschied von den Volkssozialisten, die geneigt sind, an Stelle des sozialistischen Ideals ... Dänemark als Ideal hinzustellen, zum Unterschied von den Bauern, die jeder Doktrin fremd gegenüberstehen und das unmittelbare Gefühl eines unterdrückten Menschen zum Ausdruck bringen, der ebenso unmittelbar die Befreiung von

der gegebenen Ausbeutungsform idealisiert, tragen die Sozialrevolutionäre in ihre Reden die Doktrin *ihres* „Sozialismus" hinein. Man nehme Uspenski und Sagatelian („Daschnakzutjun", den Sozialrevolutionären sehr nahestehend, die „Jungen" gehören der Partei der Sozialrevolutionäre sogar an), die die Frage der *Dorfgemeinde* aufwerfen. Der letztgenannte Redner bemerkt ziemlich naiv: „Zu unserem Kummer müssen wir bemerken, daß diejenigen, die eine umfassende Theorie der Nationalisierung des Grund und Bodens entwickeln, jene lebendige, unversehrt gebliebene Institution nicht besonders unterstreichen, die allein die Grundlage bietet, auf der man vorwärtsschreiten kann ... Vor allen diesen Schrecken (die Schrecken Europas, die Zerstörung des Kleinbetriebs usw.) bietet die Dorfgemeinde Schutz." (1122.)

Der „Kummer" des verehrten Ritters der Dorfgemeinde wird uns verständlich, wenn wir berücksichtigen, daß er als 26. Redner zur Agrarfrage sprach.

Vor ihm sprachen nicht weniger als 14 Linke, Trudowiki usw., und sie alle haben „jene lebendige, unversehrt gebliebene Institution nicht besonders unterstrichen"! Man hat allen Grund, „bekümmert" zu sein, wenn man dieselbe Gleichgültigkeit der Bauern in der Duma gegenüber der Dorfgemeinde sieht, wie sie auch die Tagungen des Bauernbundes bekundet hatten. Sagatelian und Uspenski haben sich der Dorfgemeinde angenommen als echte Sektierer in der Bauernrevolution, die von den *alten* Bodenverbänden nichts wissen will. „Ich spüre eine gewisse Gefahr für die Dorfgemeinde", klagte Sagatelian (1123). „Gerade jetzt muß man um jeden Preis die Dorfgemeinde retten." (1124.) „Diese Form (d. h. die Dorfgemeinde) kann sich zu einer Weltbewegung entfalten, die fähig ist, die Lösung aller ökonomischen Fragen zu weisen." (1126.) Herr Sagatelian hat offenbar alle diese Betrachtungen über die Dorfgemeinde „voll Trübsinn und unangebracht" angestellt. Sein Kollege Uspenski kritisierte die Stolypinsche Gesetzgebung gegen die Dorfgemeinde und äußerte den Wunsch, „die Mobilisierung des Grundeigentums möge aufs äußerste, auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden" (1115).

Dieser Wunsch eines Volkstümlers ist zweifellos reaktionär. Es ist aber seltsam, daß die Partei der Sozialrevolutionäre, in deren Namen dieser Wunsch in der Duma vorgebracht wurde, für die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden eintritt, ohne sich bewußt zu sein, daß

auf diese Weise die *größte* Mobilisierung des Bodens, der freieste und leichteste Übergang des Bodens aus einer Hand in die andere, das freieste und leichteste Eindringen des Kapitals in die Landwirtschaft herbeigeführt wird! Die Verwechslung des Privateigentums am Grund und Boden mit der Herrschaft des Kapitals in der Landwirtschaft ist ein charakteristischer Fehler der bürgerlichen Bodennationalisatoren (darunter Georges und vieler anderer). In dem Bestreben, „die Mobilisierung einzuschränken", stimmen die Sozialrevolutionäre überein mit den Kadetten, deren Vertreter Kutler in seinem Referat unumwunden erklärte: „Die Partei der Volksfreiheit beabsichtigt, sie (die Bauern) nur in ihrem Recht der Veräußerung und Verpfändung einzuschränken, d. h. für die Zukunft einer umfangreichen Entwicklung von Bodenerwerb und -veräußerung vorzubeugen." (12. Sitzung, 19. März 1907, S. 740.)

Die Kadetten verbinden diesen reaktionären Wunsch mit Methoden zur Lösung der Agrarfrage (Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bürokratie), die die Möglichkeit geben für sinnlose Beamtenverbote und Amtsschimmelei und so der Knechtung der Bauern Vorschub leisten. Die Sozialrevolutionäre verbinden den reaktionären Wunsch mit Maßnahmen, die eine bürokratische Bedrückung unmöglich machen (örtliche Bodenkomitees auf Grund des allgemeinen usw. Wahlrechts). Was die ersteren anbelangt, so ist ihre gesamte (bürokratisch-gutsherrliche) Politik in der bürgerlichen Revolution reaktionär. Was die letzteren anbelangt, so ist der kleinbürgerliche „Sozialismus" reaktionär, der irrtümlicherweise der konsequenten bürgerlichen Revolution aufgezwungen wird.

Im Hinblick auf die ökonomischen Theorien der Sozialrevolutionäre sind die Betrachtungen ihrer Dumavertreter über den Einfluß der Agrarumgestaltungen auf die Entwicklung der Industrie von Interesse. Der naive Standpunkt bürgerlicher Revolutionäre tritt hier, nur ganz wenig von der Schale der volkstümlerischen Doktrin verdeckt, äußerst plastisch hervor. Da ist zum Beispiel der Sozialrevolutionär Kabakow (Gouvernement Perm), der im Uralgebiet bekannte Organisator des Bauernbundes, „Präsident der Alapajewsker Republik"[106], alias „Pugatschow"*. Er begründet das Recht der Bauern auf den Boden auf echt bäuerliche Art unter anderem damit, daß sich die Bauern niemals geweigert hätten, Rußland

* Siehe „Verzeichnis der Mitglieder der II. Reichsduma", private Ausgabe eines unbekannten Verfassers, St. Petersburg 1907.

gegen Feinde zu verteidigen (1953). „Wozu denn die Zuteilung von Boden?" ruft er aus. „Wir erklären geradeheraus, der Boden muß Gemeingut der werktätigen Bauernschaft sein, und die Bauern werden es verstehen, den Boden an Ort und Stelle selbst unter sich aufzuteilen, ohne jede Einmischung irgendwelcher Beamten, von denen wir schon lange wissen, daß sie der Bauernschaft keinerlei Nutzen gebracht haben." (1954.) „Ganze Betriebe sind bei uns im Ural stillgelegt, da das Eisenblech keinen Absatz findet, und dabei sind in Rußland alle Bauernhütten mit Stroh gedeckt. Man hätte schon längst alle diese Bauernhäuser mit Blech decken sollen... Es gibt Märkte, aber keine Käufer. Wer bildet bei uns die Käufermasse? Die hundertmillionenköpfige werktätige Bauernschaft – das ist das Fundament der Käufermasse." (1952.)

Hier sind die Bedingungen einer echt kapitalistischen Produktion im Ural an Stelle der jahrhundertelangen halbfeudalen Stagnation in der „Possessions"produktion richtig ausgedrückt. Weder die Stolypinsche noch die kadettische Agrarpolitik können eine merkliche Besserung der Lebensbedingungen der *Massen* bringen, ohne diese aber wird sich keine wirklich „freie" Industrie im Ural entwickeln. Nur durch die Bauernrevolution könnte das hölzerne Rußland rasch von einem eisernen Rußland abgelöst werden. Der sozialrevolutionäre Bauer versteht die Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus richtiger und umfassender als die geschworenen Lakaien des Kapitals.

Ein anderer Sozialrevolutionär, der Bauer Chworostuchin (Gouvernement Saratow), sagte: „Gewiß, meine Herren, die Vertreter der Partei der Volksfreiheit haben viel gesprochen; sie sagten, daß sie die Trudowikigruppe beschuldigen, sie wolle das Land denjenigen geben, die es bearbeiten wollen. Sie sagten, viele werden dann die Stadt verlassen, und dann wird es noch schlimmer werden. Ich glaube aber, meine Herren, daß nur diejenigen die Stadt verlassen werden, die nichts zu tun haben, diejenigen aber, die arbeiten, sind an die Arbeit gewöhnt, und wenn sie Arbeit haben, dann werden sie die Stadt nicht verlassen. In der Tat, wozu soll man Leuten Land geben, die es nicht bearbeiten wollen?" (774.) Ist es nicht klar, daß dieser „Sozialrevolutionär" durchaus nicht die allgemeine ausgleichende Bodennutzung will, sondern die Schaffung eines gleichberechtigten und freien Farmertums auf freiem Boden? „Man muß um jeden Preis ökonomische Freiheit für das ganze Volk entfesseln, beson-

ders aber für das Volk, das so viele Jahre gelitten und gehungert hat." (777.)

Man glaube nicht, daß diese *richtige* Formulierung des *wirklichen* Inhalts der sozialrevolutionären Ideologie („die ökonomische Freiheit entfesseln") *nur* das Ergebnis einer ungeschickten bäuerlichen Ausdrucksweise sei. Nein, nicht nur. Der sozialrevolutionäre Führer, der Intellektuelle Muschenko, der im Namen der Partei der Sozialrevolutionäre das Schlußwort zur Agrarfrage hielt, ist in seinen ökonomischen Auffassungen noch unvergleichlich naiver als die Bauern Kabakow und Chworostuchin.

„Wir sagen", erklärte Muschenko, „eine richtige Umsiedlung, eine richtige Verteilung der Bevölkerung wird nur dann möglich, wenn der ganze Boden ohne Schranken sein wird, wenn alle vom Prinzip des Privateigentums am Grund und Boden aufgerichteten Schranken niedergerissen sind. Weiter, der Minister sprach vom Bevölkerungszuwachs in unserem Staate ... Wie er sagte, sind allein für diesen Bevölkerungszuwachs (1,6 Mill.) an die 3,5 Mill. Desj. Boden nötig. Er sagt: Wenn ihr also die Bodenausgleichung durchführt, woher nehmt ihr dann den Boden für einen solchen Bevölkerungszuwachs? Ich frage aber: Wo, in welchem Staate (sic!) wird der ganze Bevölkerungszuwachs von der Landwirtschaft aufgesaugt? *Das Gesetz, das die Verteilung der Bevölkerung nach Ständen und Berufen reguliert, ist gerade ein umgekehrtes Gesetz*" (von uns hervorgehoben). „Wenn der Staat, wenn das Land nicht degeneriert, sondern sich industriell entwickelt, so heißt das, daß sich auf dem Fundament der Landwirtschaft, die die elementaren Bedürfnisse an Nahrung und Rohstoffen befriedigt, immer neue und neue wirtschaftliche Stockwerke erheben. Die Bedürfnisse nehmen zu, es kommen neue Produktionserzeugnisse auf, neue Produktionszweige; die verarbeitende Industrie zieht immer mehr Arbeitskräfte an sich. Die städtische Bevölkerung wächst rascher als die landwirtschaftliche und saugt den größeren Teil des Bevölkerungszuwachses auf. Es kommt manchmal vor, meine Herren, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht nur relativ, sondern sogar absolut abnimmt. Vollzieht sich bei uns dieser (!) Prozeß langsam, so deshalb, weil das Fundament fehlt, auf dem diese neuen wirtschaftlichen Stockwerke errichtet werden könnten. Die Bauernwirtschaft bildet ein allzu zerrüttetes Fundament; der Markt für die Industrie ist allzu eng. Geben Sie dem Volke den Boden zur Nutzung und schaffen Sie auf dieser Grundlage eine gesunde, zahlreiche, lebenskräftige landwirtschaftliche Bevölkerung, und Sie werden sehen, welche Nachfrage nach Industrieerzeugnissen entstehen wird, welche Masse von Arbeitskräften in den Städten, in den Fabriken und Werken, gebraucht werden wird." (1173.)

Ist er nicht herrlich, dieser „Sozialrevolutionär", der das Programm der Entwicklung des Kapitalismus ein Programm der Sozialisierung des Bodens nennt? Er ahnt gar nicht, daß das Gesetz des rascheren Wachstums der städtischen Bevölkerung ausschließlich ein Gesetz der *kapitalistischen* Produktionsweise ist. Es kommt ihm gar nicht in den Sinn, daß dieses „Gesetz" nicht anders funktioniert und funktionieren könnte als vermittels der Differenzierung der Bauernschaft in Bourgeoisie und Proletariat, vermittels der „Scheidung" unter den Bauern, d. h. der Verdrängung der „Habenichtse" durch „tüchtige Landwirte". Die ökonomische Harmonie, die dieser Sozialrevolutionär auf der Grundlage eines kapitalistischen Gesetzes ausmalt, ist geradezu rührend naiv. Aber es ist nicht die Harmonie eines vulgären bürgerlichen Ökonomen, der den Kampf zwischen Arbeit und Kapital vertuschen will. Es ist die Harmonie des unaufgeklärten bürgerlichen Revolutionärs, der mit den Überresten der Selbstherrschaft, der Fronherrschaft, des Mittelalters restlos aufräumen will.

Die *siegreiche* bürgerliche Revolution, von der unser jetziges Agrarprogramm träumt, kann nicht anders vor sich gehen als mit Hilfe *eben dieses* bürgerlichen Revolutionärs. Und der klassenbewußte Arbeiter muß *ihn* im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung *unterstützen*, ohne sich auch nur einen Augenblick von dem kindischen Lallen der volkstümlerischen „Ökonomisten" irreführen zu lassen.

8. Die „Nationalen"

Von den Vertretern der nichtrussischen Nationalitäten in der Duma haben zur Agrarfrage die Polen, die Belorussen, die Letten und Esten, die Litauer, Tataren, Armenier, Baschkiren, Kirgisen und Ukrainer gesprochen. Sie haben ihren Standpunkt wie folgt dargelegt.

Der Narodowez[107] Dmowski sprach in der II. Duma „im Namen der Polen, der Vertreter des Königreichs Polen und des benachbarten westlichen Teils des Staates" (742): „Obwohl unsere Agrarverhältnisse bereits einen Übergang zu westeuropäischen Verhältnissen darstellen, gibt es bei uns dennoch eine Agrarfrage, und der Bodenmangel ist ein Krebsschaden unseres Lebens. Einen der ersten Punkte unseres sozialen Programms bildet die Vergrößerung der Fläche des Bauernlandes." (743.)

„Wenn bei uns im Königreich Polen große Agrarunruhen in Form der Besitzergreifung von Gutsbesitzerländereien stattgefunden haben, so war dies nur im östlichen Teil der Fall, und zwar im Kreise Włodawa, wo man den Bauern sagte, daß sie als Orthodoxe Gutsbesitzerländereien zugeteilt erhalten werden. Diese Unruhen haben nur unter der orthodoxen Bevölkerung stattgefunden." (745.)

„Hier (im Königreich Polen) kann die Bodenfrage, wie auch alle anderen sozialen Reformen ... nur durch eine Versammlung der Vertreter des Gebietes, nur durch einen autonomen Sejm entsprechend den Erfordernissen des Lebens geregelt werden." (747.)

Diese Rede des polnischen Narodowez rief wütende Angriffe der belorussischen rechten Bauern (Gawriltschik, Gouvernement Minsk, Schimanski, Grudinski) gegen die polnischen Gutsbesitzer hervor, und der Bischof Jewlogi benutzte natürlich die Gelegenheit und hielt eine jesuitische Polizeirede im Geiste der russischen Politik des Jahres 1863 über die Unterdrückung der russischen Bauern durch die polnischen Gutsbesitzer (26. Sitzung, 12. April).

„Wie einfach das ausgedacht ist!" antwortete der Narodowez Grabski (32. Sitzung, 3. Mai). „Die Bauern erhalten Boden; die russischen Gutsbesitzer bleiben auf ihren Ländereien sitzen; die Bauern werden, wie in der guten alten Zeit, das alte Regime unterstützen, und die Polen erhalten die gebührende Strafe, weil sie sich erdreistet haben, vom polnischen Sejm zu sprechen." (62.) Und nachdem der Redner nachdrücklich die ganze schamlose Demagogie der russischen Regierung entlarvt hatte, forderte er, „die Entscheidung über unsere Agrarreform dem polnischen Sejm zu überlassen" (75).

Fügen wir noch hinzu, daß die obengenannten Bauern eine zusätzliche Bodenzuteilung *bei vollem Eigentumsrecht* verlangten (beispielsweise S. 1811). Auch in der I. Duma erklärten sich die polnischen und die westlichen Bauern bei ihrer Forderung nach Bodenzuteilung für das Eigentum. „Ich bin ein landarmer Bauer aus dem Gouvernement Lublin", sagte Nakonieczny am 1. Juni 1906. „In Polen muß ebenfalls die Zwangsenteignung durchgeführt werden. Lieber eine Desjatine für immer, als fünf auf unbestimmte Zeit." (881/882.) Dasselbe sagte Poniatowski (Gouv. Wolhynien) im Namen des Westgebietes (19. Mai, S. 501) und Trassun aus dem Gouv. Witebsk (418, 16. Mai 1906). Girnjus (Gouv.

Suwalki) sprach sich dabei gegen einen einheitlichen Bodenfonds im Reichsmaßstab zugunsten örtlicher Bodenfonds aus (1. Juni 1906, S. 879). Graf Tyschkewitsch erklärte sogleich, daß er den Gedanken der Bildung eines gesamtnationalen Fonds für „unpraktisch und nicht ungefährlich" halte (874). In demselben Sinne sprach sich Stezki aus (24. Mai 1906, S. 613/614: für das persönliche Eigentum und gegen die Pacht).

Für das baltische Gebiet sprach in der II. Duma Juraschewski (Gouv. Kurland), der die Abschaffung der feudalen Privilegien der Großgrundbesitzer (16. Mai 1907, S. 670) und die Enteignung der gutsherrlichen Ländereien über eine bestimmte Norm hinaus forderte. „Obgleich feststeht, daß sich im baltischen Gebiet die heutige Kultur auf der Grundlage des dort geltenden Prinzips des Privateigentums oder der Erbpacht entwickelt hat, muß man dennoch den Schluß ziehen, daß zur weiteren Regelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse im baltischen Gebiet unverzüglich die Selbstverwaltung auf breiter demokratischer Grundlage eingeführt werden muß, die diese Frage richtig lösen könnte." (672.)

Der Vertreter des Gouv. Estland, der Progressist Jurine, brachte einen besonderen Entwurf für das Gouv. Estland ein (47. Sitzung, 26. Mai 1907, S. 1210). Er sprach sich für einen „Kompromiß" aus (1213), für die „Erbpacht oder ewige Pacht" (1214). „Wer den Boden nutzt, wer ihn besser nutzt, der wird auch den Boden in seinen Händen haben." (Ebenda.) Jurine forderte in diesem Sinne die Zwangsenteignung und lehnte die Konfiskation des Grund und Bodens ab (1215). In der I. Duma forderte Tschakste (Gouv. Kurland) außer der Übergabe der Gutsbesitzerländereien die Übergabe der Kirchen- (Pastor-) Ländereien an die Bauern (4. Sitzung, 4. Mai 1906, S. 195). Tenisson (Gouv. Livland) erklärte sich einverstanden, für die Vorlage, d. h. für die Zwangsenteignung, zu stimmen; er fand, daß „alle Anhänger der Individualisierung des Bodens" (ebenda, S. 209) das tun könnten. Kreuzberg (Gouv. Kurland) forderte im Namen der kurländischen Bauernschaft die „Expropriation der Latifundien" und die Zuteilung von Boden an die Landlosen und Landarmen unbedingt „bei vollem Eigentumsrecht" (12. Sitzung, 19. Mai 1906, S. 500). Rjutli (Gouv. Livland) forderte die Zwangsenteignung usw. „Was die Verwandlung der Ländereien in einen Staatsfonds betrifft", sagte er, „so erkennen unsere Bauern sehr wohl, daß dies eine neue Leibeigenschaft

für die Bauern bedeutet. Wir müssen deshalb die kleine Bauernwirtschaft, die Produktivität der Arbeit verteidigen und sie vor den Angriffen des Kapitalismus schützen. Wenn wir also die Ländereien in einen Staatsfonds verwandeln, so schaffen wir damit den allergrößten Kapitalismus." (497, in derselben Sitzung.) Osolin (Gouv. Livland) sprach sich im Namen der lettischen Bauern für die Zwangsenteignung und das Eigentum aus; er ist entschieden gegen einen gesamtstaatlichen Bodenfonds und läßt nur lokale Gebietsfonds gelten (13. Sitzung, 23. Mai 1906, S. 564).

Leonas, „Vertreter des Gouvernements Suwalki, und zwar der litauischen Nationalität" (39. Sitzung, 16. Mai 1907, S. 654), trat für den Plan der Kadettenpartei ein, der er angehört. Ein anderer litauischer Autonomist aus demselben Gouvernement, Bulat, schloß sich den Trudowiki an, wollte aber die Entscheidung über die Ablösung usw. bis zur Beratung der Frage durch die örtlichen Bodenkomitees zurückstellen. (S. 651, ebenda.) Powiljus (Gouv. Kowno) legte im Namen der „Dumagruppe der Sozialdemokraten Litauens" (ebenda, S. 681, Anhang) ein genau formuliertes Agrarprogramm dieser Gruppe vor, das mit unserem Programm der SDAPR übereinstimmt, jedoch *mit dem Unterschied*, daß „der örtliche Bodenfonds *innerhalb der Grenzen Litauens*" dem „autonomen Selbstverwaltungsorgan Litauens" zur Verfügung gestellt wird. (Ebenda, Punkt 2.)

Im Namen der muselmanischen Gruppe sprach in der II. Duma Chan Choiski (Gouv. Jelisawetpol): „Wir Muselmanen, die wir mehr als 20 Millionen der Gesamtbevölkerung des russischen Staates bilden, verfolgen mit der gleichen Aufmerksamkeit all die Peripetien der Agrarfrage und warten mit derselben Ungeduld auf ihre befriedigende Lösung." (20. Sitzung, 2. April 1907, S. 1499.) Der Redner erklärt sich im Namen der muselmanischen Gruppe mit Kutler einverstanden und spricht sich für die Zwangsenteignung auf der Grundlage eines gerechten Preises aus (1502). „Was soll aber mit diesen enteigneten Ländereien geschehen? In dieser Beziehung ist die muselmanische Gruppe der Meinung, daß die enteigneten Ländereien keinen gesamtstaatlichen Bodenfonds, sondern einen regionalen Bodenfonds innerhalb der Grenzen jedes gegebenen Gebiets bilden sollen." (1503.) Der „Vertreter der Krimtataren", der Abgeordnete Medijew (Gouv. Taurien), spricht sich in einer flammenden revolutionären Rede für „Land und Freiheit" aus. „Je länger die Debatte

dauert, desto klarer ersteht vor uns die Forderung des Volkes, daß derjenige den Boden nutzen soll, der ihn bearbeitet." (24. Sitzung, 9. April 1907, S. 1789.) Der Redner weist darauf hin, „wie in unseren Randgebieten das geheiligte Eigentum am Grund und Boden entstanden ist" (1792), wie man die baschkirischen Ländereien geraubt hat, wie die Minister und Wirklichen Staatsräte, die Chefs der Gendarmerieverwaltungen je 2000–6000 Desj. erhalten haben. Er verliest einen Wähleraufttrag der „tatarischen Brüder", die über den Raub der Wakuf-Ländereien[108] klagen. Er zitiert die Antwort des turkestanischen Generalgouverneurs vom 15. Dezember 1906 an einen Tataren, wonach sich auf den fiskalischen Ländereien nur Personen christlichen Glaubens ansiedeln können. „Riechen diese Dokumente nicht nach Moder, nicht nach Araktschejew-Methoden* des vorigen Jahrhunderts?" (1794.)

Für die kaukasischen Bauern sprach – außer unseren sozialdemokratischen Parteivertretern, von denen weiter unten die Rede sein wird – der obengenannte Sagatelian (Gouv. Eriwan), der auf dem Standpunkt der Sozialrevolutionäre steht. Ein anderer Vertreter der Partei „Daschnakzutjun", Ter-Awetikianz (Gouvernement Jelisawetpol), äußerte sich im selben Sinne: „Der Boden muß auf der Basis des Gemeindeeigentums den Werktätigen gehören, d. h. dem werktätigen Volk und niemand anderem." (39. Sitzung, 16. Mai 1907, S. 644.) „Ich erkläre im Namen der gesamten kaukasischen Bauernschaft ... im entscheidenden Moment wird die ganze kaukasische Bauernschaft Hand in Hand mit ihrem älteren Bruder – der russischen Bauernschaft – gehen und für sich Land und Freiheit erringen." (646.) Eldarchanow verlangt „im Namen seiner Wähler, der einheimischen Bevölkerung des Terekgebietes, daß der Plünderung der Naturreichtümer bis zu einer Lösung der Agrarfrage Einhalt geboten werde" (32. Sitzung, 3. Mai 1907, S. 78), geplündert wird aber der Boden von der Regierung, die sich den besten Teil der Gebirgszone nimmt, das Land des kumükischen Volkes raubt und Ansprüche auf die Bodenschätze erhebt (das muß wohl vor der Stockholmer Lektion Plechanows und Johns geschehen sein, wo diese erklärten, die munizipali-

* Araktschejew – reaktionärer Staatsmann im zaristischen Rußland Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Mit dem Namen Araktschejews ist eine ganze Epoche unumschränkten Polizeidespotismus und brutaler Militärwillkür verbunden. *Der Übers.*

sierten Ländereien seien für die nichtdemokratische Staatsmacht unerreichbar).

Im Namen der Baschkiren erinnert der Abgeordnete Chassanow (Gouvernement Ufa) an den Raub von 2 Millionen Desj. Boden durch die Regierung und verlangt, daß dieses Land „zurückgenommen" werde (39. Sitzung, 16. Mai 1907, S. 641). Dasselbe forderte der Ufaer Abgeordnete der I. Duma Syrtlanow (20. Sitzung, 2. Juni 1906, S. 923). Im Namen des kirgiskaisakischen Volkes sprach in der II. Duma der Abgeordnete Karatajew (Uralgebiet): „Wir Kirgiskaisaken ... verstehen sehr wohl und fühlen den Landhunger unserer Brüder, der Bauern, wir sind gern bereit, zusammenzurücken" (39. Sitzung, S. 673), aber „überschüssige Ländereien gibt es sehr wenig", und „die Umsiedlung ist gegenwärtig mit einer Aussiedlung des kirgiskaisakischen Volkes verbunden ... Man siedelt die Kirgisen nicht vom Land, sondern aus ihren Wohnhäusern aus." (675.) „Die Kirgiskaisaken sympathisieren immer mit allen oppositionellen Fraktionen." (675).

Im Namen der ukrainischen Fraktion sprach in der II. Duma am 29. März 1907 der Kosak Saiko aus dem Gouvernement Poltawa. Er zitierte ein Kosakenlied: „He, du Zarin Katharina, was hast du getrieben? Hast die weite, frohe Steppe den Herren verschrieben. He, du Zarin Katharina, habe doch Erbarmen: frohe Fluren, dunkle Haine, gib das Land uns Armen", schloß sich den Trudowiki an und forderte nur, daß im Paragraph 2 des Entwurfs der 104 die Worte: „gesamtnationaler Bodenfonds" ersetzt werden durch die Worte „regionaler nationaler (sic!) Bodenfonds, der als Grundlage einer sozialistischen Ordnung dienen soll". „Die ukrainische Fraktion hält das Privateigentum am Grund und Boden für die größte Ungerechtigkeit in der Welt." (1318.)

In der ersten Duma erklärte der Poltawaer Abgeordnete Tschishewski: „Als glühender Anhänger der Idee der Autonomie, als glühender Anhänger insbesondere der Autonomie der Ukraine, ist es mein heißer Wunsch, daß die Agrarfrage von meinem Volk entschieden werde, daß einzelne autonome Einheiten sie entscheiden, unter jener autonomen Ordnung unseres Staates, die für mich das Ideal darstellt." (14. Sitzung, 24. Mai 1906, S. 618.) Aber gleichzeitig erkennt dieser ukrainische Autonomist die unbedingte Notwendigkeit des staatlichen Bodenfonds an und entwirrt dabei die Frage, die von unseren „Munizipalisten" verwirrt

wurde. „Wir müssen entschieden und positiv das Prinzip aufstellen", sagte Tschishewski, „daß die Verwaltung der Ländereien des staatlichen Bodenfonds ausschließlich den örtlichen Semstwo- oder autonomen Einheiten mit Selbstverwaltung vorbehalten sein muß, sobald diese entstehen. Allerdings, welchen Sinn kann dann die Bezeichnung ‚staatlicher Bodenfonds' haben, wenn er in allen Einzelfällen von örtlichen Selbstverwaltungsorganen verwaltet wird? Ich glaube, daß darin ein hoher Sinn liegt. Vor allem ... muß ein Teil des staatlichen Fonds der zentralen Regierung zur Verfügung stehen ... unser gesamtstaatlicher Kolonisationsfonds ... Sodann geht zweitens der Sinn der Schaffung eines staatlichen Fonds und der Sinn dieser seiner Bezeichnung daraus hervor, daß die örtlichen Körperschaften zwar freies Verfügungsrecht über den Boden an Ort und Stelle haben werden, jedoch nur in gewissen Grenzen." (620.) Dieser kleinbürgerliche Autonomist versteht die Bedeutung der Staatsmacht für eine zentralisierte wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft viel besser als unsere menschewistischen Sozialdemokraten.

Nebenbei. Spricht man von der Rede Tschishewskis, so darf man seine Kritik an den „Normen" nicht übergehen. „Die Arbeitsnorm ist ein leeres Wort", sagt er unumwunden, verweist auf die Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse und lehnt aus denselben Gründen die „Verbrauchsnorm" ab. „Ich glaube, daß man den Boden den Bauern nicht nach irgendeiner Norm zuteilen soll, sondern nach Maßgabe der vorhandenen Reserve ... Man muß den Bauern alles geben, was man in der betreffenden Gegend geben kann." Man muß zum Beispiel im Gouvernement Poltawa „die Ländereien aller Grundbesitzer enteignen und ihnen als Maximum 50 Desj. im Durchschnitt belassen" (621). Ist es ein Wunder, daß die Kadetten von Normen schwatzen, um ihre Pläne über das wirkliche Ausmaß der Enteignung zu verbergen? Tschishewski, der die Kadetten kritisiert, erkennt das noch nicht.*

---

* Höchst plastisch bringt Tschishewski auch den uns bereits bekannten Leitsatz der unbewußt-bürgerlichen Trudowiki vor: Wachstum der Industrie, *Verringerung* des Zustroms aufs Land bei einer konsequenten bäuerlichen Revolution. „Bei uns haben die Bauern, dieselben Wahlmänner, die uns hierhergesandt haben, zum Beispiel folgende Berechnung angestellt: ‚Wenn wir etwas reicher wären und wenn jede unserer Familien 5–6 Rbl. im Jahr für Zucker ausgeben könnte, so würden in jedem Kreise, wo der Zuckerrübenanbau möglich ist,

Die Schlußfolgerung aus unserer Übersicht über die Dumareden der „Nationalen" zur Agrarfrage ist klar. Diese Reden haben restlos bestätigt, was ich in der Broschüre „Die Revision usw." auf S. 18 (erste Ausgabe)* in der Frage des Verhältnisses zwischen der Munizipalisierung und den Rechten der Nationalitäten gegen Maslow eingewandt habe, nämlich, daß das eine *politische* Frage ist, die im politischen Teil unseres Programms *erschöpfend behandelt* und nur aus kleinbürgerlichem Provinzialismus in das Agrarprogramm hineingemengt wird.

Die Menschewiki haben sich in Stockholm mit komischem Eifer abgemüht, „die Munizipalisierung von der Nationalisierung zu reinigen" (ein Ausspruch des Menschewiken Nowossedski, „Protokolle" des Stockholmer Parteitags, S. 146). „Manche historische Gebiete, wie zum Beispiel Polen und Litauen", sagte Nowossedski, „decken sich mit dem nationalen Territorium, und die Übergabe des Bodens an diese Gebiete kann die Grundlage bilden, auf der sich nationalistisch-föderalistische Tendenzen erfolgreich entwickeln werden, was die Munizipalisierung im Grunde genommen neuerlich in eine stückweise Nationalisierung verwandeln wird." Und daher haben Nowossedski und Dan den folgenden Abänderungsvorschlag eingebracht und durchgesetzt: statt der Worte „große *Gebiets*organisationen mit Selbstverwaltung" im Maslowschen Entwurf – die Worte „große, städtische und ländliche Kreise vereinigende *örtliche* Selbstverwaltungsorgane" zu setzen.

Eine geistreiche „Reinigung der Munizipalisierung von der Nationalisierung", das muß man sagen. Ein Wort durch das andere ersetzen – ist es nicht klar, daß sich daraus von selbst eine Vermischung der „historischen Gebiete" ergibt?

Nein, meine Herren, durch keinerlei Umstellung von Worten werdet ihr aus der Munizipalisierung die ihr anhaftende „nationalistisch-föderalistische" Dummheit beseitigen. Die zweite Duma hat gezeigt, daß die

---

neben den bereits vorhandenen noch einige weitere Zuckerfabriken entstehen.' Wenn diese Fabriken entstehen, so ist es ganz natürlich, daß bei Intensivierung der Wirtschaft eine Masse von Arbeitskräften benötigt würde! Die Produktion der Zuckerfabriken würde sich erhöhen" usw. (622.) Das ist gerade das Programm des „amerikanischen" Farmertums und der „amerikanischen" Entwicklung des Kapitalismus in Rußland.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 175/176. *Die Red.*

„Munizipalisierungs"idee *in Wirklichkeit nur* den nationalistischen Tendenzen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie *gedient hat. Nur diese Gruppen* haben, sieht man von dem rechten Kosaken Karaulow ab, verschiedene „Regional"- und „Gebiets"fonds unter „ihren Schutz genommen". Dabei haben die Nationalen den *agrarischen* Inhalt der Provinzialisierung (denn faktisch „gibt" Maslow die Ländereien den Provinzen und nicht den „Munizipien"; so daß das Wort Provinzialisierung genauer ist) *über Bord geworfen*: nichts soll im voraus beschlossen werden, *alles* soll den autonomen Sejms oder den regionalen usw. Selbstverwaltungsorganen anheimgestellt werden, sowohl die Frage der Ablösung als auch die Frage des Eigentums usw. Vollste Bestätigung haben meine Worte gefunden: „Ein Gesetz über die Semstwolisierung des transkaukasischen Bodens müßte sowieso von der Petersburger konstituierenden Versammlung erlassen werden, weil Maslow wohl kaum jedem beliebigen Randgebiet die Freiheit zugestehen will, den gutsherrlichen Grundbesitz beizubehalten." („Die Revision", S. 18.)*

Die Ereignisse haben somit bestätigt, daß die Verteidigung der Munizipalisierung mit Erwägungen über die Zustimmung oder Nichtzustimmung der Nationalitäten eine banale Argumentation ist. Die Munizipalisierung unseres Programms steht im Widerspruch zu der kategorisch geäußerten Meinung der verschiedensten Nationalitäten.

Die Ereignisse haben bestätigt, daß die Munizipalisierung in Wirklichkeit nicht dazu dient, die bäuerliche Massenbewegung im gesamtnationalen Maßstab zu leiten, sondern diese Bewegung nur zu zersplittern und in provinzielle und nationale Rinnsale zu leiten vermag. Aus der *Idee* der Maslowschen Gebietsfonds hat das *Leben nur* den national-autonomen „Partikularismus" in sich aufgenommen.

Die „Nationalen" stehen *unserer* Agrarfrage etwas fern. Viele nichtrussische Völkerschaften haben keine selbständige Bauernbewegung, die im Zentrum der Revolution steht, wie bei uns. Es ist daher ganz natürlich, daß sich die „Nationalen" in ihren Programmen häufig von der *russischen* Agrarfrage etwas abseits halten. Was kümmert es uns, meinen sie, wir leben unser eigenes Leben. Für die nationalistische Bourgeoisie und das Kleinbürgertum ist ein solcher Standpunkt unvermeidlich.

Für das Proletariat ist er unzulässig, unser Programm aber ist *in der*

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 175. *Die Red.*

Tat in diesen unzulässigen bürgerlichen Nationalismus verfallen. Ebenso wie sich die „Nationalen" bestenfalls der gesamtrussischen Bewegung nur anschließen, ohne sich das Ziel zu setzen, ihre Kräfte durch Vereinigung, durch Konzentrierung der Bewegung zu verzehnfachen, so schaffen auch die Menschewiki ein Programm, das sich der Bauernrevolution *anschließt*, statt ein Programm aufzustellen, das die Revolution leitet, sie zusammenschließt und weitertreibt. Die Munizipalisierung ist keine Losung der Bauernrevolution, sondern ein vom kleinbürgerlichen Reformismus ausgeklügelter Plan, den man von außen her, im Hinterhof der Revolution, einzufügen versucht.

Das sozialdemokratische Proletariat kann sein Programm nicht vom „Einverständnis" der einzelnen Nationalitäten abhängig machen. Unsere Sache ist es, die Bewegung zusammenzuschließen und zu konzentrieren, dabei den besten Weg, die in der bürgerlichen Gesellschaft beste Agrarverfassung zu propagieren und gegen die Macht der Tradition, der Vorurteile, des trägen Provinzialismus zu kämpfen. Wenn die Kleinbauern mit der Sozialisierung des Grund und Bodens „nicht einverstanden" sind, so kann das unser Programm der sozialistischen Revolution nicht ändern. Das kann uns nur dazu veranlassen, der Einwirkung durch *das Beispiel* den Vorzug zu geben. So ist es auch mit der Nationalisierung des Grund und Bodens in der bürgerlichen Revolution. Wenn diese oder jene Völkerschaft oder Völkerschaften damit „nicht einverstanden" sind, so kann uns das in keiner Weise veranlassen, unsere Lehre zu ändern, daß die vollständigste Befreiung vom mittelalterlichen Grundbesitz und die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden im Interesse des ganzen Volkes liegt. Der Umstand, daß erhebliche Schichten der werktätigen Massen der einen oder anderen Völkerschaft „nicht einverstanden" sind, wird uns dazu veranlassen, der Einwirkung durch das Beispiel den Vorzug vor jeder anderen Einwirkung zu geben. Die Nationalisierung des Kolonisationsfonds, die Nationalisierung der Wälder, die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens in Zentralrußland läßt sich nicht längere Zeit hindurch mit dem Privateigentum am Grund und Boden in diesem oder jenem Teil des Staates vereinbaren (zumal ja der Hauptstrom der ökonomischen Evolution tatsächlich die Ursache für die Vereinigung dieses Staates bildet). Entweder das eine oder das andere System wird die Oberhand gewinnen müssen. Darüber wird die Praxis entscheiden. Unsere

Sache ist es, Sorge zu tragen, daß das Volk über die Bedingungen aufgeklärt wird, die für das Proletariat und für die werktätigen Massen des sich kapitalistisch entwickelnden Landes am günstigsten sind.

9. Die Sozialdemokraten

Unter den acht sozialdemokratischen Reden, die in der II. Duma zur Agrarfrage gehalten wurden, gab es nur zwei, in denen die Munizipalisierung nicht nur erwähnt, sondern auch *verteidigt* wurde. Das war die Rede von Osol und die zweite Rede Zeretelis. Die übrigen Reden griffen in der Hauptsache fast ausschließlich den gutsherrlichen Grundbesitz überhaupt an und stellten die politische Seite der Agrarfrage klar. Äußerst kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die schlichte Rede des rechtsstehenden Bauern Petrotschenko (22. Sitzung, 5. April 1907), in der dieser den allgemeinen Eindruck schilderte, den die Reden von Vertretern der verschiedensten Parteien auf einen ländlichen Abgeordneten gemacht hatten. „Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht mit der Aufzählung all dessen, was hier gesagt wurde, in Anspruch nehmen; gestatten Sie mir, es mit einfachen Worten zu sagen. Der Abgeordnete Swjatopolk-Mirski hielt hier eine lange Rede. Diese Rede sollte uns offensichtlich auf irgend etwas vorbereiten. Kurz ausgedrückt heißt es: Ihr habt nicht das Recht, den Boden, der mir gehört oder den ich besitze, zu nehmen, und ich werde ihn nicht hergeben. Darauf erwiderte der Abgeordnete Kutler: ‚Diese Zeiten sind vorbei, hergeben muß man ihn, gebt ihn her und nehmt Geld dafür.' Der Abgeordnete Dmowski sagt: ‚Macht mit dem Boden, was ihr wollt, aber Autonomie ist unbedingt notwendig.' Gleichzeitig sagt der Abgeordnete Karawajew: ‚Notwendig ist das eine und das andere, man soll aber alles auf einen Haufen werfen, und dann werden wir teilen.' Zereteli sagt: ‚Nein, meine Herren, teilen kann man nicht, da einstweilen die Regierung die alte ist, und sie wird das nicht gestatten. Sehen wir lieber zu, wie wir die Macht erobern können, und dann werden wir teilen, wie wir wollen.'" (S. 1615.)

Der einzige Unterschied also zwischen der Rede des Sozialdemokraten und des Trudowiken, den der Bauer herausgehört hat, ist, daß klar aufgezeigt wurde, wie notwendig es ist, für die Macht im Staate, die „Macht-

ergreifung" zu kämpfen. Die anderen Unterschiede hat er nicht herausgehört, sie schienen ihm unwesentlich! In der ersten Rede Zeretelis sehen wir in der Tat die Aufdeckung der Tatsache, daß „unsere Beamtenaristokratie auch eine Grund- und Bodenaristokratie ist" (725). Der Redner zeigte, wie „die Staatsmacht im Laufe von Jahrhunderten Ländereien, die dem Staat gehörten, Eigentum des ganzen Volkes waren, als Privateigentum vergeben hat" (724). Die Erklärung, die er am Ende seiner Rede im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einbrachte und in der unser Agrarprogramm wiederholt wird, blieb unbegründet und wurde den Programmen der anderen „linken" Parteien nicht gegenübergestellt. Wir stellen das durchaus nicht deshalb fest, um irgend jemanden zu beschuldigen – wir halten im Gegenteil die erste Rede Zeretelis, die kurz, eindeutig und auf die Klarlegung des Klassencharakters der Gutsbesitzerregierung konzentriert war, für äußerst gelungen –, sondern um zu erklären, warum für den rechtsorientierten Bauern (wahrscheinlich auch für alle Bauern) die spezifisch sozialdemokratischen Züge unseres Programms nicht erkennbar wurden.

Die zweite sozialdemokratische Rede zur Agrarfrage wurde in der folgenden „Agrarsitzung" der Duma (16. Sitzung, 26. März 1907) von dem Arbeiter Fomitschew (Gouv. Taurien) gehalten, der häufig sagte: „wir Bauern". Fomitschew rechnete leidenschaftlich mit Swjatopolk-Mirski ab, dessen berühmte Worte: Bauern ohne Gutsbesitzer sind „eine Herde ohne Hirten", für die Bauernabgeordneten eine bessere Agitation waren als so manche „linke" Reden. „Der Abgeordnete Kutler entwickelte in einer großen Rede den Gedanken der Zwangsenteignung, jedoch gegen Ablösung. Wir Vertreter der Bauern können eine Ablösung deshalb nicht anerkennen, weil die Ablösungszahlungen eine neue Schlinge um den Hals des Bauern sind." (1113.) Zum Schluß forderte Fomitschew „die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Werktätigen zu den Bedingungen, die von dem Abgeordneten Zereteli vorgeschlagen wurden" (1114).

Die folgende Rede hielt ebenfalls ein Arbeiter, Ismailow, der in der Bauernkurie des Nowgoroder Gouvernements gewählt worden war (18. Sitzung, 29. März 1907). Er antwortete seinem Landsmann, dem Bauern Bogatow, der sich im Namen der Nowgoroder Bauern mit der Ablösung einverstanden erklärt hatte. Ismailow lehnte die Ablösung ent-

rüstet ab. Er schilderte die Bedingungen der „Befreiung" der Nowgoroder Bauern, die von 10 Mill. Desj. Ackerland 2 Mill. Desj. und von 6 Mill. Desj. Wald 1 Mill. Desj. erhalten haben. Er beschrieb die Not der Bauern, die so groß ist, daß sie nicht nur „seit Jahrzehnten die Zäune um ihre Hütten verheizen", sondern auch „die Ecken ihrer eigenen Holzhäuser absägen", „aus großen alten Holzhäusern kleine machen, nur um beim Umbau einen Armvoll Brennholz herauszuschlagen" (1344). „Und bei dieser Lage unserer Bauern trauern die Herren Rechten auf einmal der Kultur nach. Der Bauer hat, wie sie meinen, die Kultur auf den Hund gebracht. Steht denn dem hungernden und frierenden Bauer der Sinn nach Kultur? Und statt Land möchten sie ihm diese Kultur anbieten; aber ich traue ihnen auch hier nicht, ich glaube, daß sie sich auch einverstanden erklären werden, ihre Ländereien zu verkaufen, sie werden nur feilschen, damit der Bauer den Boden teurer bezahle. Einverstanden erklären werden sie sich aus folgendem Grunde. Meiner Meinung nach – und das müssen sich die Bauern besonders gut merken – handelt es sich gar nicht um den Boden, meine Herren. Ich glaube, daß ich nicht irre, wenn ich sage, daß hinter dem Boden etwas anderes steckt, eine andere Kraft, die dem Volk auszuliefern die feudalen Adligen Angst haben, die zusammen mit dem Boden zu verlieren sie fürchten, und das ist, meine Herren – die Macht. Sie werden den Boden übergeben und wollen ihn übergeben, aber so, daß wir wie früher ihre Sklaven bleiben. Stürzen wir uns in Schulden, so werden wir uns wieder nicht aus der Macht der feudalen Gutsbesitzer befreien können." (1345.) Man kann sich kaum vorstellen, daß das Wesen der kadettischen Pläne plastischer und treffender entlarvt werden kann als durch diesen Arbeiter!

Der Sozialdemokrat Serow kritisierte in der 20. Sitzung am 2. April 1907 vorwiegend die Anschauungen der Kadetten als der „Vertreter des Kapitals" (1492), der „Vertreter des kapitalistischen Grundbesitzes". Der Redner zeigte ausführlich, an Hand von Zahlen, was die Ablösung von 1861 darstellte, und verwarf das „Kautschukprinzip" des gerechten Preises. Serow gab eine vom marxistischen Standpunkt unbedingt richtige Antwort auf das Argument Kutlers, man könne das Land nicht konfiszieren, ohne das Kapital zu konfiszieren. „Wir argumentieren ja gar nicht so, daß der Boden niemandem gehöre, daß das Ackerland nicht das Werk von Menschenhand sei." (1497.) „Das Proletariat, dessen Vertreter hier

die Sozialdemokratische Partei ist und das Selbstbewußtsein gewonnen hat, lehnt gleichermaßen jede Ausbeutung ab, sowohl die feudale als auch die bürgerliche. Für das Proletariat gibt es die Frage nicht, welche dieser zwei Ausbeutungsformen gerechter ist; für das Proletariat läuft die Frage stets darauf hinaus, ob die historischen Bedingungen für die Befreiung von der Ausbeutung herangereift sind." (1499.) „Laut Berechnung der Statistiker werden durch die Konfiskation der Ländereien an die 500 Mill. Rbl. nicht durch eigene Arbeit erworbenen Einkommens der Gutsbesitzer an das Volk übergehen. Die Bauernschaft wird dieses Einkommen natürlich dazu benutzen, ihre Wirtschaft zu verbessern, ihre Produktion zu erweitern, ihre Bedürfnisse zu steigern." (1498.)

In der 22. Dumasitzung (5. April 1907) sprachen Anikin und Alexinski zur Agrarfrage. Der erstere betonte die Verbindung zwischen „der höheren Bürokratie und dem Großgrundbesitz" und führte den Nachweis, daß der Kampf um die Freiheit nicht vom Kampf um den Boden getrennt werden kann. Der zweite zeigte in einer ausführlichen Rede den feudalen Charakter der auf Abarbeit fußenden Wirtschaft, die in Rußland vorwiegt. Der Redner entwickelte somit die Grundlage der marxistischen Auffassung vom Kampf der Bauernschaft gegen den gutsherrlichen Grundbesitz, verwies sodann auf die Doppelrolle der Dorfgemeinde („Überrest des Alten" und „Apparat zur Einwirkung auf den Gutshof") und auf den Sinn der Gesetze vom 9. und 15. November 1906 (dem Gutsbesitzer den Kulaken als „Stütze" hinzuzugesellen). Der Redner zeigte an Hand von Zahlen, daß „der Bodenmangel der Bauern der Bodenreichtum des Adels ist", und legte klar, daß die kadettische „Zwangs"enteignung eine „Vergewaltigung des Volkes zugunsten der Gutsbesitzer" ist (1635). Alexinski berief sich direkt auf „das Kadettenorgan ‚*Retsch*'" (1639), das offen zugibt, daß sich die Bodenkomitees, wie sie sich die Kadetten wünschen, aus Gutsbesitzern zusammensetzen sollen. Und der Kadett Tatarinow, der in der übernächsten Sitzung nach Alexinski sprach, wurde dadurch, wie wir schon sahen, in die Enge getrieben.

Die Rede Osols in der 39. Sitzung (16. Mai 1907) liefert uns ein Musterbeispiel dafür, zu welcher für Marxisten ungebührlichen Argumentation Maslow mit seiner berühmten „Kritik" der Rententheorie von Marx und der entsprechenden Entstellung des Begriffes der Nationalisierung des Grund und Bodens einen Teil unserer Sozialdemokraten ver-

leitet hat. Osol nahm in folgender Weise gegen die Sozialrevolutionäre Stellung: Ihr „... Entwurf ist meiner Meinung nach aussichtslos, denn es wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, im gegebenen Fall am Grund und Boden, während das Privateigentum an den Fabrikgebäuden, und nicht nur an den Fabrikgebäuden, sondern auch an sonstigen Häusern und Baulichkeiten, erhalten bleibt. Auf der 2. Seite des Entwurfs lesen wir, daß alle Bauten, die auf dem Grund und Boden errichtet sind und die auf kapitalistische Weise genutzt werden, Privateigentum bleiben; dann wird jeder Privateigentümer sagen: Haben Sie die Güte und zahlen Sie alle Ausgaben für den nationalisierten Grund und Boden, für die Pflasterung der Straßen usw., ich aber werde von diesen Häusern den Mietzins beziehen. Das ist keine Nationalisierung, sondern eine direkte Erleichterung für den Bezug kapitalistischer Einkünfte in der höchstentwickelten kapitalistischen Form." (667.)

Da haben wir sie, die Maslowiade! Erstens wird das banale Argument der Rechten und Kadetten wiederholt, daß man die feudale Ausbeutung nicht abschaffen könne, ohne die bürgerliche anzutasten. Zweitens wird eine erstaunliche ökonomische Unkenntnis offenbart: Der „Mietzins" der städtischen Häuser usw. *enthält* den Löwenanteil der *Grundrente*. Drittens vergißt (oder verneint?) unser „Marxist" gleich Maslow völlig die absolute Rente. Viertens ergibt sich, daß ein *Marxist* die von einem Sozialrevolutionär verfochtene „höchstentwickelte kapitalistische Form" für unerwünscht erklärt! Perlen der Maslowschen Munizipalisierung ...

Zereteli verteidigte in einer ausführlichen Schlußrede (47. Sitzung, 26. Mai 1907) die Munizipalisierung natürlich durchdachter als Osol, aber gerade die sorgfältige, abgewogene und klare Verteidigung Zereteli's hat die ganze Unrichtigkeit der Hauptargumente der Munizipalisten besonders anschaulich aufgezeigt.

Die von Zereteli am Anfang seiner Rede geübte Kritik an den Rechten war politisch völlig richtig. Ausgezeichnet war seine Bemerkung gegen die liberalen Scharlatane, die das Volk mit Erschütterungen in der Art der Französischen Revolution schrecken wollen. „Er (Schingarjow) hat vergessen, daß Frankreich gerade nach der Konfiskation und infolge der Konfiskation der gutsherrlichen Ländereien zu einem neuen machtvollen Leben erwachte." (1228.) Ganz richtig war auch die Hauptlosung Zereteli's: „Völlige Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes und völlige

Beseitigung des gutsherrlichen bürokratischen Regimes." (1224.) Aber sobald er zu den Kadetten überging, zeigte sich schon die fehlerhafte Position des Menschewismus. „Das Prinzip der Zwangsenteignung des Grund und Bodens", sagte Zereteli, „ist objektiv das Prinzip der Befreiungsbewegung, aber nicht alle, die für dieses Prinzip eintreten, sind sich all der Schlußfolgerungen, zu denen dieses Prinzip verpflichtet, bewußt oder geneigt, sie anzuerkennen." (1225.) Es ist eine grundlegende Anschauung des Menschewismus, daß die „Wasserscheide" zwischen den grundsätzlichen politischen Gruppierungen in unserer Revolution rechts von den Kadetten verläuft und nicht links, wie wir meinen. Und daß diese Anschauung irrig ist, sieht man besonders klar aus der deutlichen Formulierung Zeretelis, denn nach den Erfahrungen von 1861 ist es völlig unbestreitbar, daß die Zwangsenteignung bei gleichzeitigem Vorherrschen der Interessen der Gutsbesitzer, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer *Machtstellung* und Konstituierung einer neuen Knechtschaft möglich ist. Noch unrichtiger ist die Erklärung Zeretelis: „In der Frage der Formen der Bodennutzung stehen wir (die Sozialdemokraten) ihnen (den Volkstümlern) ferner" (1230) als den Kadetten. Der Redner ging nach diesen Worten zur Kritik der „Normen", der Arbeits- und der Verbrauchsnorm, über. In dieser Frage hatte er tausendfach recht, aber *gerade hier* sind die Kadetten *durchaus nicht besser* als die Trudowiki, denn mit den „Normen" treiben die Kadetten viel mehr Mißbrauch. Mehr noch. Bei den Kadetten ist der ganze Lärm um die törichten „Normen" das Ergebnis ihres Bürokratismus und ihrer Tendenz, den Bauern zu *verraten*. Was die Bauern betrifft, so wurden die „Normen" von außen durch die intellektuellen Volkstümler hineingetragen, und wir sahen oben an dem Beispiel der Abgeordneten der I. Duma Tschishewski und Pojarkow, wie treffend die ländlichen Praktiker jegliche „Normen" kritisieren. Würden die Sozialdemokraten *dies* den Bauernabgeordneten erklären, würden sie zum Entwurf der Trudowiki einen Abänderungsvorschlag einbringen, in dem die Normen abgelehnt werden, würden sie die Bedeutung der Nationalisierung, die mit „Normen" nichts gemein hat, theoretisch aufzeigen, so würden sich die Sozialdemokraten als Führer der Bauernrevolution gegen die Liberalen erweisen. Die Position des Menschewismus hingegen bedeutet die Unterordnung des Proletariats unter den liberalen Einfluß. In der II. Duma war es besonders seltsam zu sagen, daß wir Sozialdemo-

kraten den Volkstümlern ferner stehen, denn die Kadetten erklärten sich *für* die Beschränkung des Verkaufs und der Verpfändung des Grund und Bodens!

Zereteli kritisierte ferner die Nationalisierung und führte drei Argumente ins Feld: 1. die „Beamtenarmee", 2. die „schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Nationalitäten", 3. „im Falle der Restauration" „würden wir dem Feinde des Volkes Waffen liefern" (1232). Das ist eine gewissenhafte Darlegung der Anschauungen derjenigen, die unser Parteiprogramm durchgesetzt haben, und Zereteli mußte als Vertreter der Partei diese Anschauungen darlegen. Wie wenig stichhaltig diese Anschauungen sind, wie oberflächlich diese ausschließlich politische Kritik ist, haben wir oben gezeigt.

Zugunsten der Munizipalisierung führte Zereteli sechs Argumente an: 1. die Munizipalisierung „wird die wirkliche Verwendung dieser Mittel (d. h. der Rente) für die Bedürfnisse des Volkes (!) sichern" (sic! S. 1233) – eine optimistische Behauptung; 2. „die Munizipalitäten werden bestrebt sein, die Lage der Arbeitslosen zu verbessern", wie zum Beispiel im demokratischen und dezentralisierten Amerika (?); 3. „die Munizipalitäten können diese (Groß-) Wirtschaften in Besitz nehmen und Musterwirtschaften organisieren" und 4. „im Moment einer Agrarkrise ... den Boden unentgeltlich an die landlosen, unbemittelten Bauern verpachten" (sic! S. 1234). Das ist bereits eine Demagogie, schlimmer als die der Sozialrevolutionäre, ein Programm des kleinbürgerlichen Sozialismus in der bürgerlichen Revolution. 5. „Ein Bollwerk der Demokratie" in der Art der kosakischen Selbstverwaltung; 6. „die Enteignung des Anteillandes ... kann eine furchtbare konterrevolutionäre Bewegung hervorrufen" – vermutlich gegen den Willen aller Bauern, die sich für die Nationalisierung ausgesprochen haben.

Das Fazit der sozialdemokratischen Stellungnahme in der II. Duma: die führende Rolle in der Frage der Ablösung, des Zusammenhangs des gutsherrlichen Grundbesitzes mit der Macht des heutigen Staates und im engeren Sinne das Agrarprogramm, das zum Standpunkt der Kadetten abgleitet und von fehlendem Verständnis für die ökonomischen und politischen Bedingungen der Bauernrevolution zeugt.

Das Fazit der gesamten Agrardebatte in der II. Duma: Die rechten Gutsbesitzer zeigten das klarste Verständnis für ihre Klasseninteressen,

die deutlichste Erkenntnis sowohl der ökonomischen als auch der politischen Bedingungen für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft als Klasse im bürgerlichen Rußland. Die Liberalen haben sich ihnen im Grunde genommen angeschlossen und versucht, den Bauern mit den verabscheuungswürdigsten und heuchlerischsten Methoden an den Gutsbesitzer auszuliefern. Die volkstümlerischen Intellektuellen verliehen den bäuerlichen Programmen einen Beigeschmack von Bürokratismus und kleinbürgerlicher Klugrednerei. Die Bauern brachten in der stürmischsten und unmittelbarsten Weise den spontanen revolutionären Geist ihres Kampfes gegen alle Überreste des Mittelalters und gegen alle Formen des mittelalterlichen Grundbesitzes zum Ausdruck, wobei sie jedoch die politischen Bedingungen dieses Kampfes nicht völlig deutlich erkennen und in naiver Weise das „gelobte Land" der bürgerlichen Freiheit idealisieren. Die bürgerlichen Nationalen schlossen sich dem Kampf der Bauern mehr oder weniger schüchtern an, da sie in bedeutendem Maße von den engherzigen Anschauungen und Vorurteilen durchdrungen sind, die die Abgeschlossenheit der kleinen Nationalitäten hervorbringt. Die Sozialdemokraten verteidigten entschieden die Bauernrevolution, legten den Klassencharakter der heutigen Staatsmacht klar, waren aber infolge der Fehlerhaftigkeit des Agrarprogramms der Partei nicht imstande, die Bauernrevolution konsequent zu leiten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Agrarfrage bildet die Grundlage der bürgerlichen Revolution in Rußland und bedingt die nationale Besonderheit dieser Revolution.

Das Wesen dieser Frage bildet der Kampf der Bauernschaft für die Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes und der Überreste der Fronherrschaft im Agrarsystem Rußlands und folglich auch in allen sozialen und politischen Einrichtungen des Landes.

Zehneinhalb Millionen Bauernhöfe im Europäischen Rußland haben 75 Millionen Desjatinen Boden. Dreißigtausend hauptsächlich adlige, zum Teil aber auch gemeine Landlords besitzen jeder über 500 Desj., insgesamt 70 Mill. Desj. Das ist der allgemeine Hintergrund des Bildes. Das sind die Grundbedingungen für die Vorherrschaft der fronherrlichen Gutsbesitzer im Agrarsystem Rußlands und somit auch im russischen

Staat überhaupt und im ganzen russischen Leben. Die Latifundienbesitzer sind Fronherren im ökonomischen Sinne des Wortes: das Fundament ihres Grundbesitzes ist durch die Geschichte der Leibeigenschaft gelegt worden, durch die Geschichte jahrhundertelangen Landraubs des hochgeborenen Adels. Das Fundament ihrer heutigen Wirtschaftsführung sind das System der Abarbeit, d. h. ein direkter Überrest des Frondienstes, die Benutzung des bäuerlichen Inventars, die Knechtung der kleinen Landwirte in unendlich mannigfachen Formen: Verdingung im Winter, auf ein Jahr beschränkte Pachtdauer, Teilpacht, Arbeitspacht, Schuldknechtschaft, Bindung der Bauern auf Grund der Nutzung der Boden„abschnitte"; von Wald und Wiese, der Benutzung der Viehtränke usw. usf. ohne Ende. Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts hat die kapitalistische Entwicklung Rußlands schon solche Fortschritte gemacht, daß die Erhaltung der Fronherrschaft in der Landwirtschaft *absolut* unmöglich geworden ist, und ihre Beseitigung hat die Form einer gewaltsamen Krise, einer gesamtnationalen Revolution angenommen. Die Beseitigung der Fronherrschaft in einem bürgerlichen Land ist jedoch auf zwei Wegen möglich.

Die Beseitigung der Fronherrschaft ist möglich durch langsames Hinüberwachsen der fronherrlichen Gutswirtschaften in junkerlich-bürgerliche Wirtschaften, durch Verwandlung der Masse der Bauern in Häusler und Knechte, durch gewaltsame Aufrechterhaltung des elenden Lebensniveaus der Massen, durch Herausbildung kleiner Gruppen von Großbauern, bürgerlichen Großbauern, die der Kapitalismus unausbleiblich aus den Reihen der Bauernschaft hervorbringt. Die Schwarzhunderter-Gutsbesitzer und ihr Minister Stolypin haben gerade diesen Weg betreten. Sie haben begriffen, daß es ohne gewaltsame Zerschlagung der überalterten mittelalterlichen Grundbesitzformen *unmöglich* ist, die Bahn für die Entwicklung Rußlands freizulegen. Und sie sind an diese Zerschlagung kühn herangetreten *im Interesse der Gutsbesitzer*. Sie haben die in der Bürokratie und bei den Gutsbesitzern noch unlängst verbreiteten Sympathien für die halbfeudale Dorfgemeinde über Bord geworfen. Um diese gewaltsam zu zerstören, haben sie alle „konstitutionellen" Gesetze umgangen. Sie haben den Kulaken Carte blanche* gegeben, die Bauernmassen zu plündern, den alten Grundbesitz zu zerschlagen, Tausende Wirtschaften zugrunde zu richten; sie haben das mittelalterliche

* Carte blanche – freie Hand, unbeschränkte Vollmacht. *Die Red.*

Dorf dem Besitzer des Rubels zu „Plünderung und Raub" preisgegeben. Sie *können nicht* anders handeln, wenn ihre Herrschaft als Klasse erhalten bleiben soll, denn sie haben die Notwendigkeit erkannt, sich der kapitalistischen Entwicklung anzupassen, statt sie zu bekämpfen. Um aber ihre Herrschaft zu erhalten, haben sie niemanden, mit dem sie sich *gegen* die Bauernmassen verbinden könnten, als die „gemeinen" Landlords, die Rasuwajew und Kolupajew. Sie haben keinen anderen Ausweg, als diesen Kolupajew zuzurufen: Enrichissez-vous! Bereichert euch! Wir werden euch die Möglichkeit geben, aus einem Rubel hundert zu machen, helft uns aber, die Grundlage unserer Macht unter den neuen Verhältnissen zu retten! Dieser Entwicklungsweg kann nicht verwirklicht werden ohne eine unaufhörliche, systematische und zügellose *Vergewaltigung* der Bauernmassen und des Proletariats. Und die Konterrevolution der Gutsbesitzer beeilt sich auf der ganzen Linie, diese Vergewaltigung zu organisieren.

Den anderen Entwicklungsweg nannten wir den amerikanischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus, zum Unterschied vom ersten, dem preußischen. Auch er verlangt die gewaltsame Zerschlagung des alten Grundbesitzes – von der Möglichkeit eines schmerzlosen, friedlichen Ausganges der unglaublich verschärften Krise in Rußland können nur die bornierten Spießbürger des russischen Liberalismus träumen.

Doch diese notwendige und unausbleibliche Zerschlagung ist auch im Interesse der Bauernmassen, und nicht der Gutsbesitzerbande, möglich. Zur Grundlage der Entwicklung des Kapitalismus kann eine freie Farmermasse ohne jede Gutswirtschaft werden, denn diese letztere ist *als Ganzes* ökonomisch reaktionär, dagegen sind die Elemente des Farmertums in der Bauernschaft durch die vorausgegangene Wirtschaftsgeschichte des Landes *geschaffen worden*. Auf diesem Weg *muß* sich die Entwicklung des Kapitalismus ungleich breiter, freier, rascher vollziehen infolge des gewaltigen Anwachsens des Binnenmarktes, der Hebung der Lebenshaltung, der Energie, der Initiative und der Kultur der *gesamten* Bevölkerung. Der gewaltige Kolonisationsfonds Rußlands schließlich, dessen Verwertung durch die fronherrliche Unterdrückung der Bauernmassen im eigentlichen Rußland sowie durch die fronherrlich-bürokatische Einstellung zur Bodenpolitik unendlich erschwert ist – dieser Kolonisationsfonds sichert die wirtschaftliche Grundlage für eine gewaltige Erweiterung der

Landwirtschaft und für die Entfaltung der Produktion nicht nur in die Tiefe, sondern auch in die Breite.

Ein solcher Entwicklungsweg erheischt nicht nur die Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes. Denn die Herrschaft der fronherrlichen Gutsbesitzer hat im Laufe der Jahrhunderte dem *ganzen* Grundbesitz des Landes, sowohl dem bäuerlichen Anteilland als auch dem Grundbesitz der Siedler in den verhältnismäßig freien Randgebieten, seinen Stempel aufgedrückt: die ganze Siedlungspolitik der Selbstherrschaft ist gekennzeichnet durch asiatische Eingriffe eines verknöcherten Beamtentums, das die Siedler gehindert hat, sich frei einzurichten, in den neuen Bodenverhältnissen eine heillose Verwirrung gestiftet und die Randgebiete Rußlands mit dem Gift des feudalen Bürokratismus Zentralrußlands verseucht hat.* Mittelalterlich ist in Rußland nicht nur der gutsherrliche Besitz, sondern auch der bäuerliche Anteillandbesitz. Der Grundbesitz ist unglaublich verworren. Er zersplittert die Bauernschaft in Tausende kleine Einheiten, mittelalterliche Gruppen und ständische Kategorien. Er widerspiegelt die hundertjährige Geschichte rücksichtslosester Eingriffe sowohl der zentralen Staatsmacht als auch der lokalen Behörden in die bäuerlichen Bodenverhältnisse. Wie in ein Getto zwängt er die Bauern in kleine mittelalterliche Verbände fiskalischen, fronpflichtigen Charakters, in Verbände zur Verwaltung des Anteillandes, d. h. in die Dorfgemeinden. Und die ökonomische Entwicklung Rußlands reißt *faktisch* die Bauernschaft aus diesen mittelalterlichen Verhältnissen heraus, einerseits dadurch, daß sie die Bauern zwingt, Bodenanteile zu verpachten oder überhaupt aufzugeben, anderseits dadurch, daß sie Wirtschaften künftiger freier Farmer (oder künftiger Großbauern eines junkerlichen Rußlands) schafft, und zwar *aus Stückchen* des verschiedenartigsten Grundbesitzes, aus eigenem und gepachtetem Anteilland, aus käuflich erworbenem, aus gepachtetem gutsherrlichen, gepachtetem fiskalischen Boden usw.

Um eine *wirklich* freie Farmerwirtschaft in Rußland aufzubauen, müssen auf *allen* Ländereien „die Schranken niedergerissen" werden, sowohl auf dem gutsherrlichen als auch auf dem Anteilland. Der *ganze*

* In seinem Buch „Umsiedlung und Kolonisation" (St. Petersburg 1905) gibt Herr A. Kaufman einen Abriß der Geschichte der Siedlungspolitik. Als echter „Liberaler" bekundet der Verfasser der Bürokratie der Fronherren maßlose Ehrerbietung.

mittelalterliche Grundbesitz muß zerschlagen, alle und jegliche Ländereien müssen für freie Landwirte auf freiem Boden gleichgesetzt werden. Bodentausch, Ansiedlung, Abrundung der Grundstücke, Schaffung neuer, freier Genossenschaften an Stelle der überalterten fronpflichtigen Dorfgemeinde müssen soweit wie nur möglich erleichtert werden. Der ganze Boden muß vom mittelalterlichen Schutt „gereinigt" werden.

Der Ausdruck dieser ökonomischen Notwendigkeit ist die Nationalisierung des Grund und Bodens, die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden, die Verwandlung des *gesamten* Grund und Bodens in Staatseigentum als vollständiger Bruch mit den fronherrschaftlichen Zuständen auf dem Lande. Eben diese ökonomische Notwendigkeit hat die Bauern*massen* in Rußland zu Anhängern der Nationalisierung des Grund und Bodens gemacht. Sowohl auf den Kongressen des Bauernbundes im Jahre 1905 als auch in der ersten Duma 1906 und in der zweiten Duma 1907, d. h. in der ganzen ersten Periode der Revolution, haben sich die kleinen bäuerlichen Grundeigentümer in ihrer Masse für die Nationalisierung ausgesprochen. Sie haben sich in diesem Sinne nicht deshalb ausgesprochen, weil etwa die „Dorfgemeinde" in ihnen besondere „Keime" entwickelt, sie zu besonderen, nichtbürgerlichen „Arbeitsprinzipien" erzogen hätte: Im Gegenteil, sie haben sich für die Nationalisierung ausgesprochen, weil das Leben von ihnen die *Befreiung* von der mittelalterlichen Dorfgemeinde und vom mittelalterlichen Anteillandbesitz erheischte. Sie haben sich für die Nationalisierung nicht deshalb ausgesprochen, weil sie eine sozialistische Landwirtschaft aufbauen wollten oder konnten, sondern weil sie eine wirklich bürgerliche, d. h. eine im höchsten Grade von *allen* Traditionen der Fronherrschaft freie kleine Landwirtschaft aufbauen wollten und wollen, konnten und können.

Somit haben nicht der Zufall und nicht der Einfluß der einen oder anderen Doktrin (wie kurzsichtige Leute glauben) die originelle Einstellung der in der russischen Revolution kämpfenden Klassen zur Frage des Privateigentums am Grund und Boden bewirkt. Diese Originalität erklärt sich vollauf aus den Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in Rußland und aus den Erfordernissen des Kapitalismus im gegenwärtigen Zeitpunkt dieser Entwicklung. Alle Schwarzhunderter-Gutsbesitzer, die ganze konterrevolutionäre Bourgeoisie (darunter sowohl die Oktobristen *als auch die Kadetten*) stellten sich auf die Seite des Privateigentums am

Grund und Boden. Die ganze Bauernschaft und das ganze Proletariat sind gegen das Privateigentum am Grund und Boden. Der reformerische Weg der Schaffung eines junkerlich-bürgerlichen Rußlands bedingt notwendigerweise die Erhaltung der Grundlagen des alten Grundbesitzes und ihre langsame, für die Masse der Bevölkerung qualvolle Anpassung an den Kapitalismus. Der revolutionäre Weg des wirklichen Sturzes der alten Ordnung verlangt unvermeidlich, als seine ökonomische Grundlage, die Abschaffung aller alten Grundbesitzformen samt allen alten politischen Einrichtungen Rußlands. Die Erfahrungen der ersten Periode der russischen Revolution haben endgültig bewiesen, daß die russische Revolution nur als bäuerliche Agrarrevolution siegreich sein kann, und daß diese letztere ohne die Nationalisierung des Grund und Bodens ihre historische Mission nicht in vollem Umfang erfüllen kann.

Natürlich kann die Sozialdemokratie als Partei des internationalen Proletariats, als Partei, die sich weltumspannende sozialistische Ziele setzt, nicht in irgendeiner Epoche irgendeiner bürgerlichen Revolution aufgehen, nicht ihre Geschicke von diesem oder jenem Ausgang dieser oder jener bürgerlichen Revolution abhängig machen. Wie immer der Ausgang auch sei, wir müssen eine selbständige, rein proletarische Partei bleiben, die die werktätigen Massen konsequent ihrem großen sozialistischen Ziel entgegenführt. Wir können daher keinerlei Garantien für die Beständigkeit irgendwelcher Errungenschaften der bürgerlichen Revolution übernehmen, denn die Unbeständigkeit, die innere Widersprüchlichkeit *aller* ihrer Errungenschaften liegt immanent im Wesen der bürgerlichen Revolution als solcher begründet. Das „Erfinden" von „Garantien gegen eine Restauration" kann nur die Frucht mangelnden Nachdenkens sein. Unsere Aufgabe besteht darin: das Proletariat für die sozialistische Revolution zusammenzuschließen und jeden Kampf gegen die alte Ordnung in möglichst entschiedener Form zu unterstützen, die bestmöglichen Bedingungen für das Proletariat in der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft zu verfechten. Hieraus folgt unvermeidlich, daß unser sozialdemokratisches Programm in der russischen bürgerlichen Revolution *nur* die Nationalisierung des Grund und Bodens sein kann. So wie jeden anderen *Teil* unseres Programms müssen wir auch die Nationalisierung mit bestimmten Formen und einer bestimmten Stufe der politischen Umwandlungen in Verbindung setzen, denn das Ausmaß der politischen

und der Agrarumwälzung muß notwendigerweise gleichartig sein. Wie auch jeden anderen Teil unseres Programms müssen wir sie aufs strengste abgrenzen von kleinbürgerlichen Illusionen, vom Intellektuellen- und Beamtengeschwätz über „Normen", von dem reaktionären Gerede über Festigung der Dorfgemeinde oder ausgleichende Bodennutzung. Die Interessen des Proletariats verlangen nicht die Erfindung einer besonderen Losung, eines besonderen „Plans" oder „Systems" für diese oder jene bürgerliche Umwälzung, sondern nur den *folgerichtigen* Ausdruck ihrer objektiven Bedingungen und die Säuberung dieser objektiven, ökonomisch zwingenden Bedingungen von Illusionen und Utopien. Die Nationalisierung des Grund und Bodens ist nicht nur der einzige Weg, um alles Mittelalterliche in der Landwirtschaft restlos zu beseitigen, sondern auch die unter dem Kapitalismus denkbar beste Art, die Agrarverhältnisse zu ordnen.

Dreierlei Umstände haben die russischen Sozialdemokraten von diesem richtigen Agrarprogramm vorübergehend abgelenkt. Erstens hat der Initiator der „Munizipalisierung" in Rußland, P. Maslow, die Theorie von Marx „berichtigt", die Theorie der absoluten Rente verworfen und die halbverwesten bürgerlichen Lehren vom Gesetz des abnehmenden Bodenertrages, von seinem Zusammenhang mit der Rententheorie usw. aufgefrischt. Die Leugnung der absoluten Rente bedeutet die Leugnung jeder ökonomischen Bedeutung des Privateigentums am Grund und Boden unter dem Kapitalismus und mußte daher notwendigerweise zur Entstellung der marxistischen Auffassung von der Nationalisierung führen. Zweitens. Solange die russischen Sozialdemokraten nicht den *Beginn* der Bauernrevolution klar vor Augen hatten, mußten sie sich gegenüber der Möglichkeit einer solchen Revolution vorsichtig verhalten, denn ihr Sieg wird tatsächlich nur möglich beim Vorhandensein einer Reihe besonders günstiger Voraussetzungen und bei einem besonders günstigen Aufschwung des revolutionären Bewußtseins, der Energie und der Initiative der Massen. Da die russischen Marxisten über keine *Erfahrung* verfügten und es für unmöglich hielten, *bürgerliche* Bewegungen zu erfinden, konnten sie *vor der Revolution* naturgemäß kein richtiges Agrarprogramm aufstellen. Sie begingen jedoch dabei den Fehler, daß sie auch *nach* dem Beginn der Revolution, anstatt die Theorie von Marx auf die besonderen russischen Verhältnisse *anzuwenden* (unsere Theorie ist kein Dogma, lehrten Marx

und Engels stets, sondern eine *Anleitung zum Handeln*), anstatt dessen die Schlüsse unkritisch wiederholten, die sich aus der Anwendung der Marxschen Theorie auf andere Verhältnisse, auf eine *andere* Epoche ergaben. Die deutschen Sozialdemokraten zum Beispiel verzichteten völlig naturgemäß auf alle alten Marxschen Programme, die die Nationalisierung des Grund und Bodens forderten, denn Deutschland hat sich endgültig zu einem junkerlich-bürgerlichen Land entwickelt, alle Bewegungen auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung haben sich dort unwiderruflich überlebt, eine Volksbewegung zugunsten der Nationalisierung gibt es dort nicht und kann es nicht geben. Die Vorherrschaft der junkerlich-bürgerlichen Elemente hat die Nationalisierungspläne *in Wahrheit* in ein Spielzeug *verwandelt* oder sogar in ein Werkzeug der Junker zur Ausplünderung der Massen. Die Deutschen haben recht, wenn sie es ablehnen, von Nationalisierung auch nur zu sprechen, aber diesen Schluß auf Rußland zu übertragen (wie es im Grunde genommen diejenigen unserer Menschewiki tun, die den Zusammenhang zwischen der Munizipalisierung und der Maslowschen Berichtigung der Theorie von Marx nicht bemerken), heißt unfähig zu sein, über die Aufgaben der konkreten sozialdemokratischen Parteien in den besonderen Perioden ihrer geschichtlichen Entwicklung nachzudenken.

Drittens. Im Munizipalisierungsprogramm ist die ganze falsche taktische Linie des Menschewismus in der russischen bürgerlichen Revolution deutlich zutage getreten: das Nichtverstehen der Tatsache, daß nur die „Koalition von Proletariat und Bauernschaft"* den Sieg der Revolution sichern kann; das Nichtverstehen der führenden Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Revolution, das Bestreben, es beiseite zu schieben, es zu veranlassen, sich einem unzulänglichen Ausgang der Revolution anzupassen, es aus einem Führer zum bloßen Helfer (in Wirklichkeit zum Hilfsarbeiter und Diener) der liberalen Bourgeoisie zu machen. „Laß dich nicht hinreißen, passe dich an, immer sachte voran, du Arbeitsmann" – diese Worte von Narziß Tuporylow[109] gegen die „Ökonomisten" (die ersten Opportunisten in der SDAPR) bringen durchaus den *Geist* unseres heutigen Agrarprogramms zum Ausdruck.

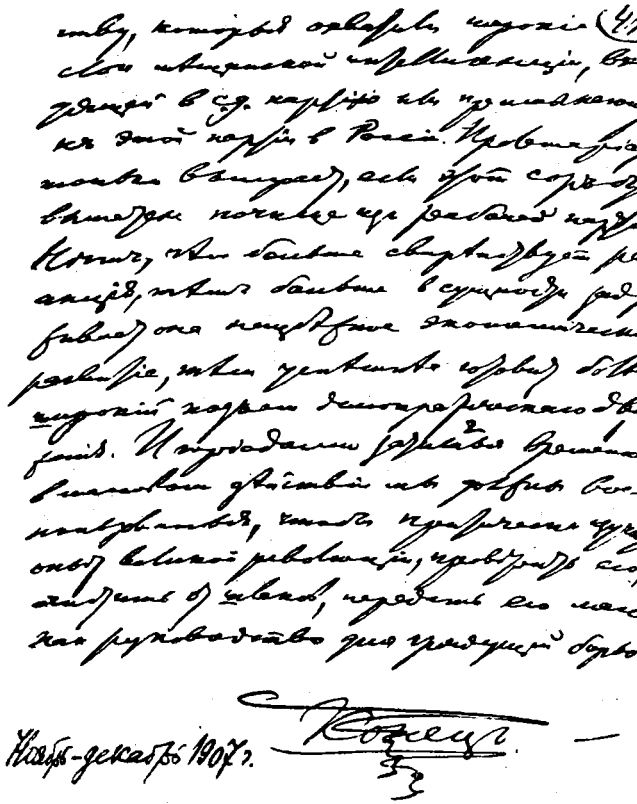
Der Kampf gegen die „Überschwenglichkeit" des kleinbürgerlichen

* So drückte Kautsky sich in der 2. Auflage seiner Broschüre „Die soziale Revolution" aus.

Sozialismus darf nicht zur Abschwächung, sondern muß zur Steigerung des Schwunges der Revolution und ihrer vom Proletariat bestimmten Aufgaben führen. Nicht den „Partikularismus" sollen wir fördern, so stark er unter den rückständigen Schichten des Kleinbürgertums oder der privilegierten Bauernschaft (Kosaken) auch sein mag, nicht die Absonderung der einzelnen Völkerschaften voneinander – nein, wir müssen der Bauernschaft die Bedeutung der Einheit für den Sieg klarmachen, wir müssen eine Losung aufstellen, die die Bewegung nicht einengt, sondern verbreitert und für die *Unvollständigkeit* der bürgerlichen Revolution nicht die falsche Denkweise des Proletariats, sondern die Rückständigkeit der Bourgeoisie verantwortlich macht. Wir dürfen unser Programm nicht dem „lokalen" Demokratismus „anpassen", nicht einen unsinnigen, unter einer nichtdemokratischen zentralen Staatsmacht unmöglichen „Munizipalsozialismus" auf dem Lande erfinden, nicht versuchen, ein kleinbürgerlich-sozialistisches Reformertum in die bürgerliche Revolution hineinzutragen, wir müssen die Aufmerksamkeit der Massen konzentrieren auf die wirklichen Bedingungen des Sieges dieser Revolution als einer bürgerlichen Revolution, auf die Notwendigkeit nicht nur eines lokalen, sondern unbedingt auch eines „zentralen" Demokratismus, d. h. des Demokratismus der zentralen Staatsmacht, nicht eines Demokratismus schlechthin, sondern unbedingt seiner vollkommensten, höchsten Formen, denn ohne diese wird die bäuerliche Agrarrevolution in Rußland zur *Utopie* im wissenschaftlichen Sinne des Wortes.

Man soll nicht glauben, daß gerade der gegenwärtige geschichtliche Zeitpunkt, wo die Schwarzhunderterreaktionäre in der dritten Duma heulen und brüllen, wo das Wüten der Konterrevolution bis zum nec plus ultra* gelangt ist und die Reaktion an den Revolutionären im allgemeinen, besonders aber an den sozialdemokratischen Abgeordneten der II. Duma, ihre brutale politische Rache übt, man soll nicht glauben, daß dieser Zeitpunkt für „ausgedehnte" Agrarprogramme „ungeeignet" sei. Ein solcher Gedanke entspräche jenem Renegatentum, jenem Kleinmut, jenem Zerfall und jener Dekadenz, von denen breite Schichten der kleinbürgerlichen Intellektuellen erfaßt wurden, die der Sozialdemokratischen Partei Rußlands angehören oder ihr nahestehen. Das Proletariat wird nur gewinnen, wenn dieser Unrat aus der Arbeiterpartei gründlich hinausgefegt wird.

* nec plus ultra – bis zum äußersten. *Die Red.*



Letzte Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie
in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907"
November—Dezember 1907

Verkleinert

Nein, je schlimmer die Reaktion wütet, desto mehr verzögert sie im Grunde genommen die unvermeidliche ökonomische Entwicklung, desto erfolgreicher bereitet sie einen machtvolleren Aufschwung der demokratischen Bewegung vor. Und die Perioden vorübergehenden Stillstands in der Massenaktion müssen wir ausnutzen, um die Erfahrungen der großen Revolution kritisch zu untersuchen, sie zu überprüfen, von Schlakken zu reinigen und den Massen als Anleitung für den kommenden Kampf zu übermitteln.

November–Dezember 1907

NACHWORT[110]

Die vorliegende Arbeit wurde Ende 1907 geschrieben. Im Jahre 1908 wurde sie in Petersburg gedruckt, doch die zaristische Zensur beschlagnahmte und vernichtete sie. Ein einziges Exemplar wurde gerettet, in dem jedoch das Ende (nach S. 269 der vorliegenden Ausgabe) fehlt, so daß dieses jetzt hinzugefügt wurde.

In der gegenwärtigen Zeit hat die Revolution die Agrarfrage in Rußland weit mehr als in den Jahren 1905–1907 in ihrer ganzen Breite und Tiefe, in aller Schärfe gestellt. Die Bekanntschaft mit der Geschichte unseres Parteiprogramms in der ersten Revolution wird uns, so hoffe ich, helfen, uns in den Aufgaben der heutigen Revolution besser zurechtzufinden.

Besonders ist folgendes hervorzuheben. Der Krieg hat den kriegführenden Staaten so unerhörtes Elend gebracht und hat gleichzeitig, indem er den monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelte, die Entwicklung des Kapitalismus so ungeheuer beschleunigt, daß sich weder das Proletariat noch die revolutionäre kleinbürgerliche Demokratie auf den Rahmen des Kapitalismus beschränken *können*.

Das Leben ist bereits über diesen Rahmen hinausgegangen, indem es solche Aufgaben auf die Tagesordnung stellt, wie die Regelung der Produktion und Verteilung im gesamtstaatlichen Maßstab, allgemeine Arbeitsdienstpflicht, zwangsweise Syndizierung (Vereinigung in Verbänden) usw.

Bei einer solchen Lage der Dinge muß unvermeidlich auch die Nationalisierung des Grund und Bodens im Agrarprogramm eine andere Stellung einnehmen. Und zwar: Die Nationalisierung des Grund und Bodens ist

nicht nur das „letzte Wort" der bürgerlichen Revolution, sondern ist auch ein *Schritt zum Sozialismus*. Man kann nicht das Elend des Krieges bekämpfen, ohne solche Schritte zu tun.

Das Proletariat, das die arme Bauernschaft führt, muß einerseits den Schwerpunkt seiner Tätigkeit von den Sowjets der Bauerndeputierten auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten verlegen und anderseits die Nationalisierung des Inventars der Gutswirtschaften und gleichzeitig ihre Verwandlung in Musterbetriebe unter Kontrolle der letztgenannten Sowjets fordern.

Ich kann jetzt natürlich nicht ausführlicher auf diese äußerst wichtigen Fragen eingehen und muß den interessierten Leser auf die laufende bolschewistische Literatur und auf meine Broschüren „Briefe über die Taktik" und „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)" verweisen.

28. September 1917 *Der Verfasser*

Veröffentlicht 1917 in dem Buch „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907".

Nach dem Text des Buches.

ZU DEN DEBATTEN ÜBER DIE ERWEITERUNG DER BUDGETRECHTE DER DUMA[111]

In drei Sitzungen, am 12., 15. und 17. Januar, erörterte die Reichsduma die Erweiterung ihrer Budgetrechte. Die Kadettenpartei brachte einen mit der Unterschrift von 40 Dumamitgliedern versehenen Entwurf für eine solche Erweiterung ein. Die Vertreter aller Parteien äußerten sich zu dieser Frage. Im Namen der Regierung hielt der Finanzminister zwei lange Reden. Auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ergriff das Wort, und die Diskussion fand ihren Abschluß mit der *einstimmigen* (so berichtet die *„Stolitschnaja Potschta"*[112] vom 18. Januar) Annahme des *oktobristischen* Antrags: der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Budgetrechte der Reichsduma ist der Kommission zu überweisen, *„ohne auf den Umfang dieser Änderungen einzugehen"*, d. h. der Veränderung der Bestimmungen vom 8. März, die die Budgetrechte der Reichsduma außerordentlich beschränken.

Wie konnte etwas so Seltsames geschehen? Wie war es möglich, daß in der III. Duma, in der Duma der Schwarzhunderterreaktionäre, *einstimmig* ein oktobristischer Antrag angenommen wurde, der im Grunde den Wünschen der Regierung entsprach und *nach* der ersten Rede des Finanzministers gestellt wurde, der gerade einen solchen Ausweg angedeutet hatte. Im Wesen der Sache ist der kadettische Entwurf unannehmbar; doch was Einzelheiten betrifft – warum sollte da das Gesetz nicht geändert werden? So hatte der Minister der Schwarzhunderter erklärt. Dieser Erklärung gemäß faßten die Oktobristen ihren Antrag ab, d. h., sie betonten, daß *sie auf den Umfang der Gesetzesänderungen nicht eingehen.*

Daß die Oktobristen sich mit dem Schwarzhunderterminister zusam-

mengefunden haben, ist nicht verwunderlich. Daß die Kadetten ihre Fassung (in der natürlich kein Wort darüber stand, daß sie auf den Umfang der von ihnen selbst vorgeschlagenen Änderungen *nicht eingehen!*) zurückzogen, ist ebenfalls für niemanden verwunderlich, der die wahre Natur der Kadettenpartei kennt. Daß aber die Sozialdemokraten an einer solchen *Einstimmigkeit* mitwirken konnten, ist unglaublich, und wir möchten gern annehmen, die *„Stolitschnaja Potschta"* habe gelogen und die Sozialdemokraten hätten nicht für die oktobristische Resolution gestimmt.

Übrigens gibt es hier eine wichtigere Frage als die, ob die Sozialdemokraten für die Oktobristen gestimmt haben oder nicht, nämlich die Frage des *Fehlers*, den der sozialdemokratische Abgeordnete Pokrowski 2 zweifellos begangen hat. Auf diesen Fehler eben und auf die wahre politische Bedeutung der Debatte vom 12., 15. und 17. Januar möchten wir die Aufmerksamkeit der Leser lenken.

Die russische Reichsduma hat keine Budgetrechte, denn die Ablehnung des Budgets führt *„gesetzlich"* nicht zur Suspendierung seiner Durchführung. Dieses von der konterrevolutionären Regierung nach der Niederlage des Dezemberaufstandes erlassene Gesetz (20. Februar 1906, die berüchtigten „Grundgesetze") ist eine *Verhöhnung* der Volksvertretung durch die Schwarzhunderter, den Zaren und die Gutsbesitzer. Die „Bestimmungen" vom 8. März 1906 *unterstreichen* diese Verhöhnung noch mehr: sie führen für die Budget*verhandlungen* der Duma einen Haufen kleinlicher Beschränkungen ein und legen sogar fest (in Artikel 9), daß „bei der Erörterung des Staatshaushaltsvoranschlags Einnahmen und Ausgaben, die auf Grund der geltenden Gesetze, Personaletats, Festlegungen sowie auf Grund allerhöchster, in Ausübung der höchsten Gewalt erteilter Befehle in den Entwurf aufgenommen worden sind, nicht gestrichen *oder geändert* werden können". Ist das etwa keine Verhöhnung? Nichts darf *geändert* werden, was den Gesetzen, den Personaletats, den Festlegungen oder ganz einfach den allerhöchsten *Befehlen* entspricht!! Ist es danach nicht einfach lächerlich, von Budgetrechten der russischen Reichsduma zu reden?

Es fragt sich nun: Welches *waren* die Aufgaben einer wirklich um die Freiheit kämpfenden bürgerlichen Demokratie angesichts einer solchen Situation? Welches sind die Aufgaben der Arbeiterpartei? – wir sprechen

in *diesem* Artikel nur von den Aufgaben des parlamentarischen Kampfes und der parlamentarischen Vertreter der entsprechenden Partei.

Es ist klar, daß die Frage der Budgetrechte der Duma in ihr zur Sprache gebracht werden *mußte*, um sowohl vor dem russischen Volk als auch vor Europa den ganzen Schwarzhunderterhohn des Zarismus, *die ganze Rechtlosigkeit* der Duma *völlig klarzustellen*. Das unmittelbar praktische Ziel einer solchen Klarstellung wurde (ganz abgesehen von der Grundaufgabe eines *jeden* Demokraten, vor dem Volk die Wahrheit aufzudekken, sein Bewußtsein zu entwickeln) auch durch die Anleihefrage bestimmt. Die Schwarzhunderterregierung des Zaren konnte sich nach dem Dezember 1905 und kann sich auch heute nicht halten, wenn *nicht das Weltkapital der internationalen Bourgeoisie sie* durch Anleihen *unterstützte*. Und die Bourgeoisie aller Länder gibt einem offenkundigen Bankrotteur, dem Zaren, Milliardenanleihen, nicht nur weil sie, wie jeder Wucherer, von hohen Profiten angelockt wird, sondern auch weil sie ihr Interesse am Sieg der alten Ordnung über die Revolution in Rußland erkennt, zumal an der Spitze dieser Revolution das Proletariat marschiert.

Somit konnte Zweck und Ziel der Aufrollung dieser Frage und der Debatte in der Duma *nur* die Aufdeckung der ganzen Wahrheit sein. Praktisches Reformertum konnte im gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den gegenwärtigen Verhältnissen *nicht* das Ziel eines *Demokraten* sein, denn 1. ist klar, daß auf dem Boden der gegenwärtigen Grundgesetze über die Budgetrechte der Duma Reformen unmöglich sind, 2. wäre es unsinnig, für die Duma der Schwarzhunderterreaktionäre und der Moskauer Kaufleute zu beantragen, daß *ihre* Rechte, die Rechte einer solchen Duma, erweitert werden. Die russischen Kadetten (nur Unwissende oder Einfaltspinsel konnten sie als Demokraten betrachten) haben diese Aufgabe natürlich nicht begriffen. Nachdem sie die Frage aufgeworfen hatten, *stellten sie diese sogleich* auf den falschen Boden einer *Teil*reform. Wir leugnen natürlich nicht, daß zuweilen gerade die Frage einer Teilreform von Demokraten und Sozialdemokraten zur Sprache gebracht werden kann und muß. Doch in einer solchen Duma, wie es die III. Duma ist, in einem Augenblick, wie dem gegenwärtigen, in einer Frage, wie es das von den *unantastbaren* Grundgesetzen bis zur Lächerlichkeit entstellte Budgetrecht ist, war das sinnlos. Die Kadetten durften diese Frage in Gestalt einer Teilreform aufrollen – wir sind selbst zu diesem Zugeständnis

bereit –, aber die Demokraten durften diese Frage nicht *so* behandeln, wie es die Kadetten taten.

Die Kadetten betonten die sogenannte *sachliche* Seite der Frage, wie *unbequem* die Bestimmungen vom 8. März, wie unvorteilhaft sie sogar für die Regierung seien, und verwiesen auf die Geschichte dessen, wie die verschiedenen idiotischen Gesetze gegen die Duma in den idiotischen Kanzleien Bulygins, Wittes und der übrigen Bande geschrieben wurden. Am deutlichsten kommt der *Geist* des kadettischen Standpunkts zu der Frage in den folgenden Worten des Herrn Schingarjow zum Ausdruck: „Der Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben, enthält keinerlei Anschläge (im Sinne einer Einschränkung der Prärogativen des Monarchen), keinerlei Hintergedanken (!!). Der Entwurf erstrebt nur die *Bequemlichkeit der Dumaarbeiten*, die Wahrung ihrer Würde, geht von der Notwendigkeit aus, die Arbeit zu leisten, *zu der wir berufen sind*" (hervorgehoben von uns, S. 1263 der offiziellen stenografischen Berichte, Sitzung vom 15. Januar 1908).

Ein solches Subjekt *vernebelt* nur das Bewußtsein des Volkes, statt es zu erhellen, denn was es sagt, ist offenkundig Lüge und Unsinn. Selbst wenn dieser Herr Schingarjow, samt seiner ganzen kadettischen Politikastergesellschaft, an den „Nutzen" seiner „Diplomatie" aufrichtig glauben sollte, müssen wir diese unvermeidliche Schlußfolgerung ziehen. Der Demokrat hat die Pflicht, dem Volk die *Kluft* zwischen den Rechten des Parlaments und den Prärogativen des Monarchen aufzuzeigen, nicht aber sein Bewußtsein zu verdunkeln, den *politischen Kampf* zu entstellen, indem er ihn auf *papierne Korrekturen* an den Gesetzen reduziert. Wenn die Kadetten die Frage *derart* stellen, so zeigen sie, daß sie *in der Tat* Konkurrenten der zaristischen Bürokratie und der Oktobristen sind, nicht aber Kämpfer für die Freiheit, sei es auch nur die Freiheit für die Großbourgeoisie allein. *So* reden nur banal liberalisierende Bürokraten, nicht aber Vertreter einer *parlamentarischen Opposition*.

In der Rede des sozialdemokratischen Vertreters Pokrowski 2 – wir konstatieren das mit Genugtuung – tritt offenkundig ein *anderer* Geist in Erscheinung, wird die Frage *prinzipiell* anders gestellt. Der Sozialdemokrat erklärte klipp und klar, er betrachte die Volksvertretung in der III. Duma als *verfälscht* (wir zitieren nach der *„Stolitschnaja Potschta"* vom 18. Januar, da der stenografische Bericht über diese Sitzung noch

nicht in unserem Besitz ist). Er hob nicht Einzelheiten, nicht die Kanzleigeschichte des Gesetzes hervor, sondern das Elend, die Unterdrückung der Volksmassen, der Millionen und aber Millionen. Er bemerkte richtig, man könne „über die Budgetrechte der Reichsduma nicht ohne Ironie sprechen", er erklärte, daß wir nicht nur das Recht auf Änderung des ganzen Budgets fordern (der Streit in der Duma zwischen dem Beamten mit einträglichem Posten, Kokowzow, und den Beamten ohne einträglichen Posten, Schingarjow und Adshemow, drehte sich hauptsächlich um Zulässigkeit und *Grenzen* einer „Umarbeitung"), sondern auch das Recht, „das ganze Finanzsystem umzugestalten", das Recht, „das Budget der Regierung zurückzuweisen". Er schloß mit der nicht weniger richtigen und für ein Mitglied der Arbeiterpartei obligatorischen Forderung nach „unbeschränkter Volksherrschaft". In allen diesen Punkten vertrat Pokrowski gewissenhaft und richtig den sozialdemokratischen Standpunkt.

Doch er beging dabei einen bedauerlichen Fehler – und diesen Fehler scheint, nach den Presseberichten zu urteilen, die *ganze* sozialdemokratische Fraktion begangen zu haben, indem sie ihrem Redner eine solche Direktive erteilte. Pokrowski erklärte: *„Wir unterstützen den Antrag der 40, da er letztlich eine Erweiterung der Budgetrechte der Volksvertretung bezweckt."*

Wozu diese Erklärung über die Unterstützung eines Antrags, der offensichtlich in prinzipieller Hinsicht inkonsequent, unvollständig ist, der offensichtlich von prinzipienlosen Leuten unterschrieben wurde, die unfähig sind, auch nur eine Spur von Festigkeit an den Tag zu legen, eines Antrags, der praktisch wertlos und zwecklos ist? Das war nicht Unterstützung der kämpfenden Bourgeoisie (eine Formel, mit der viele ihre politische Charakterlosigkeit zu rechtfertigen lieben), sondern Unterstützung des *Wankelmuts* der liberal-oktobristischen Bourgeoisie. Daß dem so ist, haben sofort die *Tatsachen* bewiesen. Die Kadetten selbst bewiesen es, indem sie ihren Antrag *zurückzogen* und sich dem oktobristischen *anschlossen*: „Der Entwurf ist der Kommission zu überweisen, *ohne auf den Umfang der am Gesetz vorzunehmenden Änderungen einzugehen (!)*." Zum hundertsten und tausendsten Male führte die „Unterstützung" der Kadetten zum Betrug an den Unterstützenden. Zum hundertsten und tausendsten Male wurde durch *Tatsachen* die ganze Jämmerlichkeit, die ganze Unzulässigkeit der Taktik der Unterstützung

liberaler, kadettischer Anträge, die sich *auf der Linie* usw. bewegen, aufgedeckt.*

Hätten die Kadetten, statt sich den Oktobristen anzuschließen, eine Erklärung *zur Abstimmung* gestellt, worin klipp und klar von der Ohnmacht der Duma in Finanzfragen die Rede gewesen wäre, von der verfälschten Volksvertretung, von der Ruinierung des Landes durch die Selbstherrschaft, von dem unabwendbaren Finanzkrach, von der Weigerung der Vertreter der Demokratie, unter solchen Umständen die Garantie für Anleihen zu übernehmen – so wäre dies ein ehrlicher Schritt bürgerlicher Demokraten, eine Kampftat und nicht ein Akt stumpfsinnigen Lakaientums gewesen. Eine solche Tat hätten wir unterstützen müssen, ohne dabei aber zu vergessen, unsere besonderen und selbständigen sozialdemokratischen Ziele zu betonen. Eine solche Tat hätte geholfen, das Volk aufzuklären und die Selbstherrschaft zu entlarven.

Die Ablehnung einer solchen Erklärung durch die Duma, die rasende Empörung der Schwarzhunderter über einen solchen Antrag wäre ein historisches Verdienst der Demokratie gewesen und möglicherweise die Etappe eines neuen Kampfes um die Freiheit. So aber ist das Ganze wiederum ein *Reinfall* der Kadetten. Sozialdemokratische Genossen in der Duma! Haltet die Ehre der sozialistischen Arbeiterpartei hoch, kompromittiert euch nicht, indem ihr einen derartigen Liberalismus unterstützt!

Ein zügelloser Rechter wich in der Duma von der Taktik der Oktobristen ab, Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen und die Kadetten zu Kompromissen anzulocken. Kowalenko, ein Schwarzhunderter, trat am 12. Januar in der Reichsduma offen dafür ein, der kadettische Entwurf solle nicht einmal der Kommission überwiesen werden (S. 1192 des stenografischen Protokolls). Aber gestimmt hat dieser Held augenscheinlich mit den Oktobristen: mutig war er nur in Worten. In seiner Rede illustrierte

* Die „kopflose" Zeitung „Stolitschnaja Potschta" erklärt durch den Mund eines gewissen Herrn Saturin: „Die Opposition stimmte durchaus vernünftigerweise (!) für sie" (für die oktobristische Resolution). „Infolgedessen wurde der Abänderungsantrag" (d. h. die Resolution, die den Umfang der Änderungen nicht bestimmt) „einstimmig angenommen." (18. Januar, S. 4, „Aus dem Sitzungssaal".) Es lebe die Einmütigkeit der russischen kopflosen Liberalen mit den Oktobristen und den Ministern des Schwarzhunderterzaren!

er *ausgezeichnet* die *wahre* Lage der Dinge, indem er sich zum Beweis der Notwendigkeit besonderer Machtbefugnisse auf folgendes Beispiel berief: „Nehmen wir z. B. den Moskauer Aufstand, die Entsendung von Strafexpeditionen. Hatte etwa die Regierung damals Zeit, den üblichen Weg zu gehen ..." (S. 1193.) Es ist schade, daß sich die Sozialdemokraten solche Fünkchen von Wahrheit bei den Schwarzhundertern nicht *zunutze machen* – Sie haben recht, Kollege Abgeordneter, hätte man ihm sagen sollen, für den üblichen Weg ist da keine Zeit. Lassen wir doch die Heuchelei, und geben wir zu, daß wir nicht auf dem „üblichen Weg" sind, sondern mitten im *Bürgerkrieg*; daß die Regierung nicht regiert, sondern Krieg führt, daß der Zustand Rußlands der Zustand eines mit Mühe niedergehaltenen Aufstandes ist. Das wird die Wahrheit sein, und es ist nützlich, das Volk möglichst oft an die Wahrheit zu erinnern!

„Sozial-Demokrat" Nr. 1, Februar 1908.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Sozial-Demokrat".

POSTSKRIPTUM ZUM ARTIKEL „ZU DEN DEBATTEN ÜBER DIE ERWEITERUNG DER BUDGETRECHTE DER DUMA"

Die Duma hat nunmehr mit der Erörterung des Budgets selbst begonnen. Schon am ersten Tag der Diskussion zeigte sich der Block zwischen den Reaktionären und den quasioppositionellen Verrätern der Volksfreiheit. In der legalen Presse das gleiche Bild: die Leute vom „Nowoje Wremja" begrüßen den Zusammenschluß *aller*, abgesehen von den „linken Fanatikern", d. h. den Sozialdemokraten und Trudowiki ... „Nascha Gaseta"[113], die Zeitung der „kopflosen" Gesellschaft, ist außer sich vor Entzücken. Ein Tag „sachlicher Arbeit", der „mit der mangelhaften Behandlung des Budgets nach einzelnen Posten" „aussöhnt" ...

Die „Opposition" bewegt sich im Schlepptau der offenen Reaktion. Gerade hier fällt den Abgeordneten der Arbeiterklasse und der Demokratie die verantwortungsvolle, ehrenvolle Rolle wahrer Vertreter des geplünderten Volkes zu. Unglücklicherweise jedoch sind die ersten Budgetreden unserer Genossen in der Duma äußerst mißlungen, enthalten schwere Fehler. In der nächsten Nummer des „Proletari" werden wir diese Fehler eingehend prüfen und die von unserem Standpunkt aus notwendige Verhaltungsweise der Sozialdemokraten in den Diskussionen und Abstimmungen über das Budget umreißen.[114]

„Proletari" Nr. 27,
(8. April) 26. März 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

POLITISCHE NOTIZEN

Die Chauvinisten sind an der Arbeit. Eifrig werden Gerüchte über Kriegsrüstungen der Japaner, über die Konzentrierung von 600 Bataillonen in der Mandschurei zum Überfall auf Rußland verbreitet. Die Türkei rüste angeblich eifrig, um schon in diesem Frühjahr Rußland den Krieg zu erklären. Es heißt auch, im Kaukasus werde ein Aufstand vorbereitet, um die Lostrennung von Rußland zu vollziehen (es fehlt nur noch ein Geschrei über Pläne der Polen!). Die Hetze gegen Finnland wird durch erfundene Geschichten über seine Rüstungen angefacht. Anläßlich des Baus einer Eisenbahnlinie in Bosnien wird eine erbitterte Kampagne gegen Österreich entfaltet. Es mehren sich die Ausfälle der russischen Presse gegen Deutschland, das angeblich die Türkei gegen Rußland aufhetzt. Die Kampagne wird nicht nur in der russischen, sondern auch in der französischen Presse geführt, an deren Korrumpierung durch die russische Regierung erst vor kurzem und so zur rechten Zeit ein Sozialdemokrat in der Duma erinnert hat.

Die ernsthafte bürgerliche Presse des Westens weigert sich, diese ganze Kampagne als Ausgeburt der Phantasie von Zeitungsschreibern oder als Mache sensationslüsterner Leute zu betrachten. Nein, augenscheinlich geht von den „regierenden Kreisen" – lies: von der zaristischen Schwarzhunderterregierung oder von einer geheimen Hofkamarilla in der Art der berüchtigten „Sternkammer" – eine durchaus bestimmte Parole, eine systematische „Linie" aus, augenscheinlich hat man eine Art „neuen Kurs" eingeschlagen. Daß man die Türen der Dumakommission für Landesverteidigung für alle Dumamitglieder, die ihr nicht angehören, d. h. nicht nur für die revolutionären Parteien, sondern auch für die Kadetten geschlossen hat, wird von der ausländischen Presse in direkten Zusammenhang mit dieser chauvinistischen Kampagne gebracht; man meint sogar, die

russische Regierung beabsichtige, um ihrer Verhöhnung des „Konstitutionalismus" die Krone aufzusetzen, um Kredite für militärische Verstärkungen an der Grenze nicht die ganze Duma, sondern nur die aus Schwarzhundertern und Oktobristen zusammengesetzte Kommission zu ersuchen.

Hier einige Zitate aus europäischen, durchaus nicht sozialistischen Zeitungen, die keinesfalls des Optimismus in puncto russische Revolution verdächtigt werden können:

„Die deutschen Siege über Frankreich (im Jahre 1870) entfachten, wie Bismarck einmal bemerkte, den Ehrgeiz der russischen Militärs, und sie streckten ihre Hände ebenfalls nach Kriegslorbeeren aus. Aus politischen, religiösen und historischen Gründen schien ihnen die Türkei ein besonders geeignetes Objekt dafür zu sein (Krieg mit der Türkei 1877/1878). Augenscheinlich sind auch jetzt bestimmte Kreise Rußlands, die die Lehren des japanischen Krieges vergessen haben und die wahren Bedürfnisse des Landes nicht erkennen, der gleichen Meinung. Da es auf dem Balkan keine ‚Brüder' mehr zu befreien gibt, muß man andere Mittel ersinnen, um die russische öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese Mittel sind aber, um die Wahrheit zu sagen, noch plumper als die damaligen: Man will den Eindruck erwecken, als sei Rußland von inneren und äußeren Feinden umringt."

„Die regierenden Kreise Rußlands wollen versuchen, ihre Lage durch erprobte Mittel zu festigen, d. h. die Befreiungsbewegung im Lande gewaltsam zu unterdrücken und die Aufmerksamkeit des Volkes von der traurigen Lage im Innern dadurch abzulenken, daß sie nationalistische Gefühle wecken und diplomatische Konflikte schaffen, deren Folgen nicht abzusehen sind."

Welche Bedeutung hat diese neue chauvinistische Linie in der Politik der konterrevolutionären Selbstherrschaft? Nach Tsushima und Mukden können sich auf eine solche Politik nur Leute werfen, die endgültig jeden Boden unter den Füßen verlieren. Die Erfahrung zweier Jahre Reaktion hat der Schwarzhunderter-Selbstherrschaft trotz aller Anstrengungen *keinerlei* zuverlässige innere Stütze *gebracht*, hat keinerlei neue Klassenelemente ins Leben gerufen, die die Selbstherrschaft *wirtschaftlich* erneuern könnten. *Anders* aber können keine Brutalitäten, kann kein noch so zügelloses Wüten der Konterrevolution das gegenwärtige politische Regime Rußlands aufrechterhalten.

Sowohl Stolypin als auch die Schwarzhunderter-Gutsbesitzer und die Oktobristen sind sich darüber im klaren, daß es für sie unmöglich ist, sich

an der Macht zu halten, wenn sie sich nicht neue Klassenstützpunkte schaffen. Daher ihre Politik der restlosen Ruinierung der Bauernschaft, der gewaltsamen Zerstörung der Dorfgemeinde, um dem Kapitalismus in der Landwirtschaft, *koste es, was es wolle*, den Weg zu ebnen. Die russischen Liberalen, die gelehrtesten, die gebildetsten, die „humansten" unter ihnen – etwa die Professoren von den „Russkije Wedomosti" –, erweisen sich in dieser Beziehung ungleich stumpfsinniger als die Stolypin. „Es wird keineswegs erstaunlich sein", schreibt der Leitartikler dieser Zeitung am 1. Februar, „wenn z. B. bei der Entscheidung über die Geschicke der provisorischen Bestimmungen vom November die gestrigen Anhänger der Dorfgemeinde und Slawophilen den Versuch der Regierung unterstützen werden, die Dorfgemeinde dadurch zu zerstören, daß sie den Boden zum persönlichen Eigentum der einzelnen Hofbesitzer erklärt ... Man kann sogar annehmen, daß die Verteidigungsziele, die der konservativen Dumamehrheit und der Regierung gemeinsam sind, der einen wie der anderen sogar noch aggressivere Maßnahmen eingeben werden als die berühmten Verordnungen von 1906 ... Fürwahr, ein verblüffendes Bild: Die konservative Regierung bereitet mit Unterstützung von Vertretern der konservativen Parteien eine radikale Reform auf dem Gebiet der Agrarbeziehungen vor, das doch schroffen Wendungen am allerwenigsten zugänglich ist, und entschließt sich zu einer so radikalen Maßnahme auf Grund abstrakter Erwägungen über die Vorzüge der einen Besitzform gegenüber der anderen."

So wachen Sie doch auf, Herr Professor, schütteln Sie den Aktenstaub der altväterlichen Volkstümlerrichtung von sich, schauen Sie sich an, was die zwei Jahre Revolution gebracht haben. Stolypin hat euch nicht nur durch physische Kraft besiegt, sondern auch dadurch, daß er das allerpraktischste Bedürfnis der ökonomischen Entwicklung, die Notwendigkeit einer gewaltsamen Umgestaltung der alten Formen des Grundbesitzes, richtig erfaßt hat. Der von der Revolution bereits unwiderruflich vollzogene große „Ruck" besteht darin, daß die Schwarzhunderter-Selbstherrschaft, die sich früher auf die mittelalterlichen Formen des Grundbesitzes stützen *konnte*, jetzt *genötigt* ist, uneingeschränkt und unwiderruflich genötigt ist, in fieberhafter Eile an deren Zerstörung zu arbeiten. Denn sie hat erkannt, daß es *ohne Zerstörung* der alten Agrarbeziehungen *keinen Ausweg* aus dem Widerspruch *geben kann*, der für die russische

Revolution die tiefstschürfende Erklärung liefert: der rückständigste Grundbesitz, das unkultivierteste Dorf – aber fortgeschrittenster Industrie- und Finanzkapitalismus!

Ihr seid also für die Stolypinsche Agrargesetzgebung? werden uns die Volkstümler entsetzt fragen. – O nein! Beruhigt euch! Wir sind unbedingt gegen *alle* Formen des alten Grundbesitzes in Rußland, sei es der gutsherrliche Grundbesitz oder der bäuerliche Anteillandbesitz. Wir sind unbedingt für die gewaltsame Zerstörung dieses verfaulten, verwesenden, alles Neue vergiftenden Alten, wir sind für die bürgerliche *Nationalisierung* des Grund und Bodens als die einzige konsequente Losung der bürgerlichen Revolution, als die einzige praktische Maßnahme, die die ganze Stoßrichtung der historisch notwendigen Umwälzung gegen die Gutsbesitzer lenkt und das Emporwachsen freier Landwirte aus der Bauernmasse fördert.

Die Eigentümlichkeit der russischen bürgerlichen Revolution besteht darin, daß in der Hauptfrage der Revolution, in der Agrarfrage, revolutionäre Politik von den Schwarzhundertern wie von den Bauern und Arbeitern gemacht wird. Die liberalen Advokaten und Professoren aber verfechten etwas ganz und gar Lebloses, Unsinniges, Utopisches: die Versöhnung zweier entgegengesetzter, einander ausschließender Methoden der *Zerstörung* dessen, was sich überlebt hat, und dabei eine solche Versöhnung, die eine Zerstörung überhaupt überflüssig machen soll. Entweder Sieg des Bauernaufstandes und gänzliche Zerstörung der alten Grundbesitzordnung zugunsten der durch die Revolution erneuerten Bauernschaft, d. h. Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes und Republik. Oder Stolypinsche Zerstörung, die ebenfalls erneuert, die den alten Grundbesitz praktisch erneuert und den kapitalistischen Verhältnissen anpaßt, aber ganz und gar im Interesse der Gutsbesitzer, um den Preis grenzenlosen Elends der Bauernmassen, ihrer gewaltsamen Vertreibung aus den Dörfern, ihrer Aussiedlung, ihrer Aushungerung, ihrer Vernichtung durch Gefängnis, Verbannung, durch Massenerschießungen und Folterung der ganzen Blüte der Bauernjugend. Es ist für die Minderheit nicht leicht, gegenüber der Mehrheit eine solche Politik durchzuführen, aber ökonomisch ist eine solche Politik nicht unmöglich. Wir müssen dem Volk helfen, dies klar zu begreifen. Der Versuch aber, durch eine akkurate Reform sich friedlich, gewaltlos aus jenem unendlich verwirrten

Knäuel mittelalterlicher Widersprüche, der das Produkt von Jahrhunderten russischer Geschichte ist, herauswinden zu wollen, ist nichts als beschränkteste Träumerei verknöcherter „Männer im Futteral". Die ökonomische Notwendigkeit ruft unbedingt die „schroffste Umwälzung" in den Agrarverhältnissen Rußlands hervor und wird sie unbedingt verwirklichen. Frage der Geschichte ist nur, ob sie von den Gutsbesitzern mit dem Zaren und Stolypin an der Spitze oder aber von den Bauernmassen unter Führung des Proletariats durchgeführt wird.

„Vereinigung der Opposition" – das ist die aktuelle Schlagzeile der russischen politischen Presse. Das Stolypinsche Polizeiorgan „Rossija" frohlockt: „Vereinigung? Also sind auch die Kadetten Revolutionäre; packt den Kadetten!" Die kadettische „Retsch", ganz und gar von Beamteneifer durchdrungen, zu beweisen, daß die Kadetten nicht weniger gemäßigt sein können als die Oktobristen, schmollt geziert, ergeht sich in Strömen „moralischer" Entrüstung über die gewissenlosen Versuche, sie revolutionärer Gesinnung zu bezichtigen, und erklärt: Wir würden natürlich eine Vereinigung der Opposition begrüßen, aber diese Vereinigung muß eine Bewegung *„von links nach rechts"* sein (Leitartikel vom 2. Februar). „Wir haben Erfahrungen in politischen Fehlern und Enttäuschungen. Wenn die Opposition sich vereinigt, so geschieht dies natürlich auf dem Boden des Minimalprogramms der gemäßigtesten der ihr angehörenden Parteien."

Ein durchaus klares Programm: Hegemonie des bürgerlichen Liberalismus, das ist meine Bedingung, sagen die Kadetten – so wie Falloux im Jahre 1871 Thiers geantwortet hat, als dieser ihn um Unterstützung bat: Monarchie, das ist meine Bedingung.

Die „Stolitschnaja Potschta" jedoch merkte, daß es peinlich und unschön ist, dergleichen Dinge geradeheraus zu sagen, und daher erklärt sie sich mit der „Retsch" „nicht einverstanden", macht unklare Andeutungen über „Voroktoberstimmungen" (die verdammte Zensur läßt ein klares politisches Programm nicht zu!) und lädt im Grunde genommen zu einem kleinen Kuhhandel ein: Die „Retsch" möchte (in der neuen Vereinigung) gern die Führung haben, die Revolutionäre wollen es auch – könnte da nicht für mich als ehrlichen Makler etwas abfallen?

„Vereinigung" – wir sympathisieren aufs wärmste mit dieser Losung,

besonders wenn dabei „Voroktoberstimmungen" angedeutet – wenn auch nur angedeutet! – werden. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, verehrte Herren Politikaster. Und die Lehren, die uns die „Geschichte dreier Jahre" erteilt hat, können von keinen Mächten der Welt aus dem Bewußtsein der verschiedenen Klassen ausgemerzt werden. Diese Lehren sind außerordentlich reich sowohl an positivem Inhalt (Formen, Charakter, Bedingungen des Sieges des *Massen*kampfes der Arbeiter und Bauern im Jahre 1905) als auch an negativem (Bankrott zweier Dumas, d. h. Bankrott der konstitutionellen Illusionen und der kadettischen Hegemonie).

Wer gewillt ist, *diese* Lehren systematisch zu studieren, zu durchdenken, sich anzueignen und unter die Massen zu bringen – bitte schön, wir sind ganz und gar für die „Vereinigung", für die Vereinigung zu rücksichtslosem Kampf gegen die Renegaten der Revolution. Das gefällt euch nicht? Dann scheiden sich unsere Wege.

Die alte Losung der „Voroktoberzeit" ist gut, und wir werden sie (die „Konstituierende Versammlung") nicht streichen (M-d-m im Sammelband „Nascha Mysl"[115] möge es nicht übelnehmen!). Aber sie genügt nicht. Sie ist zu formal. Sie enthält nicht die Erkenntnis, wie akute Fragen durch das Leben praktisch gestellt werden. Wir müssen sie durch die großen Lehren dreier großer Jahre ergänzen. Unser „Minimalprogramm", unser „Vereinigungsprogramm", ist einfach und klar: 1. Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien, 2. Republik. Wir brauchen dazu eine *solche* konstituierende Versammlung, die imstande wäre, diese Aufgaben zu bewältigen.

Die Geschichte der beiden Dumas, der kadettischen Dumas, hat mit überraschender Sinnfälligkeit gezeigt, daß der wirkliche Kampf der sozialen Kräfte, jener Kampf, dessen man sich nicht immer bewußt war, der nicht immer sichtbar wurde, der aber stets von ausschlaggebendem Einfluß auf alle bedeutenden politischen Resultate war und alle Kunststücke der einfältigen wie der gaunerhaft geschickten Laienprediger des „Konstitutionalismus" zunichte machte – daß dieser Kampf in seinem ganzen Umfang um die beiden von uns genannten „Objekte" ging. Nicht abstrakte Theorien, sondern die realen Kampferfahrungen unserer Volksmassen unter den realen Verhältnissen der russischen gutsherrlichen Selbstherrschaft haben uns in der Tat die Unvermeidlichkeit gerade dieser Losungen gezeigt. Wer sie sich zu eigen machen kann, den fordern

wir auf, „getrennt zu marschieren" und „vereint zu schlagen", den Feind zu schlagen, der Rußland verheert und Tausende seiner besten Menschen hinschlachtet.

„Mit einem solchen Vereinigungsprogramm werdet ihr allein bleiben." Das ist nicht wahr!

Man lese die Reden parteiloser Bauern in den ersten zwei Dumas, und man wird sehen, daß unser Vereinigungsprogramm nur ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, die elementar-notwendigen Schlüsse aus diesen Bedürfnissen formuliert. Gegen diejenigen, die für diese Bedürfnisse kein Verständnis haben – von den Kadetten angefangen bis zu Peschechonow (der in Moskau, wie man uns von dort schreibt, auch die „Vereinigung" gepredigt hat) –, gegen diese Leute werden wir im Namen der „Vereinigung" Krieg führen.

Es wird ein hartnäckiger Krieg sein. Wir haben es verstanden, lange Jahre vor der Revolution zu arbeiten. Nicht umsonst hat man uns die Felsenfesten genannt. Die Sozialdemokraten haben eine proletarische Partei aufgebaut, die beim Mißlingen ihres ersten militärischen Ansturms nicht den Mut sinken lassen, nicht den Kopf verlieren, sich nicht zu Abenteuern hinreißen lassen wird. Diese Partei geht dem Sozialismus entgegen, ohne sich und ihre Geschicke an das Ergebnis der einen oder anderen Periode bürgerlicher Revolutionen zu binden. Daher ist sie auch frei von den schwachen Seiten bürgerlicher Revolutionen. Diese proletarische Partei geht dem Siege entgegen.

„Proletari" Nr. 21, 26. (13.) Februar 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

ERKLÄRUNG DER REDAKTION DES „PROLETARI"

In Nr. 20 der *„Neuen Zeit"* lesen wir in der Vorbemerkung eines uns unbekannten Übersetzers von A. Bogdanows Artikel über Ernst Mach folgendes: „In der russischen Sozialdemokratie beschäftigt man sich sehr lebhaft mit Mach und ist leider auf dem besten Wege, die Stellung zu Mach zu einem der Merkmale der Fraktionen in der Partei zu machen. Die sehr ernsten taktischen Differenzen der ‚Bolschewiki' und ‚Menschewiki' werden verschärft durch die in unseren Augen davon ganz unabhängige Frage, ob der Marxismus erkenntniskritisch mit Spinoza und Holbach oder mit Mach und Avenarius im Einklang steht."

Aus diesem Anlaß hält es die Redaktion des „Proletari" als ideologische Vertreterin der bolschewistischen Strömung für notwendig, folgendes zu erklären: Dieser philosophische Streit ist in Wirklichkeit nicht fraktioneller Natur und darf es nach Ansicht der Redaktion auch nicht sein; jeder Versuch, diese Meinungsverschiedenheiten als Merkmale der Fraktionen hinzustellen, ist grundverkehrt. In der einen wie in der anderen Fraktion gibt es Anhänger beider philosophischer Richtungen.

„Proletari" Nr. 21,
26. (13.) Februar 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

AN A. M. GORKI

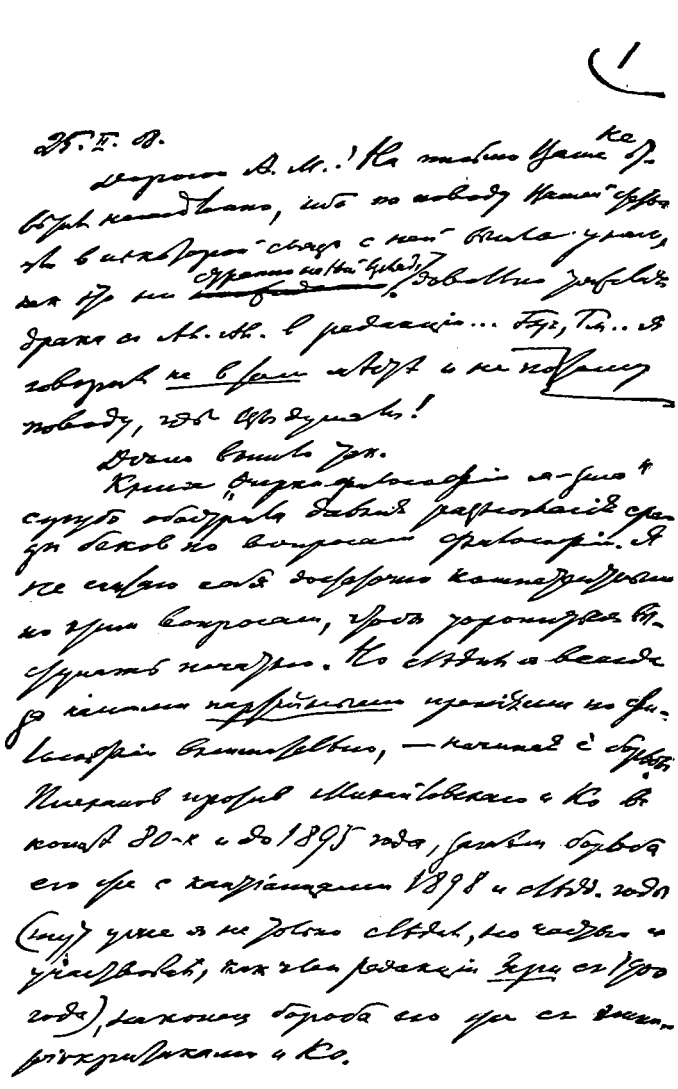
25. II. 1908

Lieber A. M.! Ihren Brief habe ich nicht gleich beantwortet, da ich wegen Ihres Artikels oder in einem gewissen Zusammenhang mit ihm, wie merkwürdig das auch auf den ersten Blick scheinen mag, mit Al. Al. in der Redaktion ziemlich heftig aneinandergeraten bin[116] . . . Hm, hm . . . ich habe *nicht an der* Stelle und nicht aus dem Anlaß gesprochen, wie Sie vermuteten!

Das kam so.

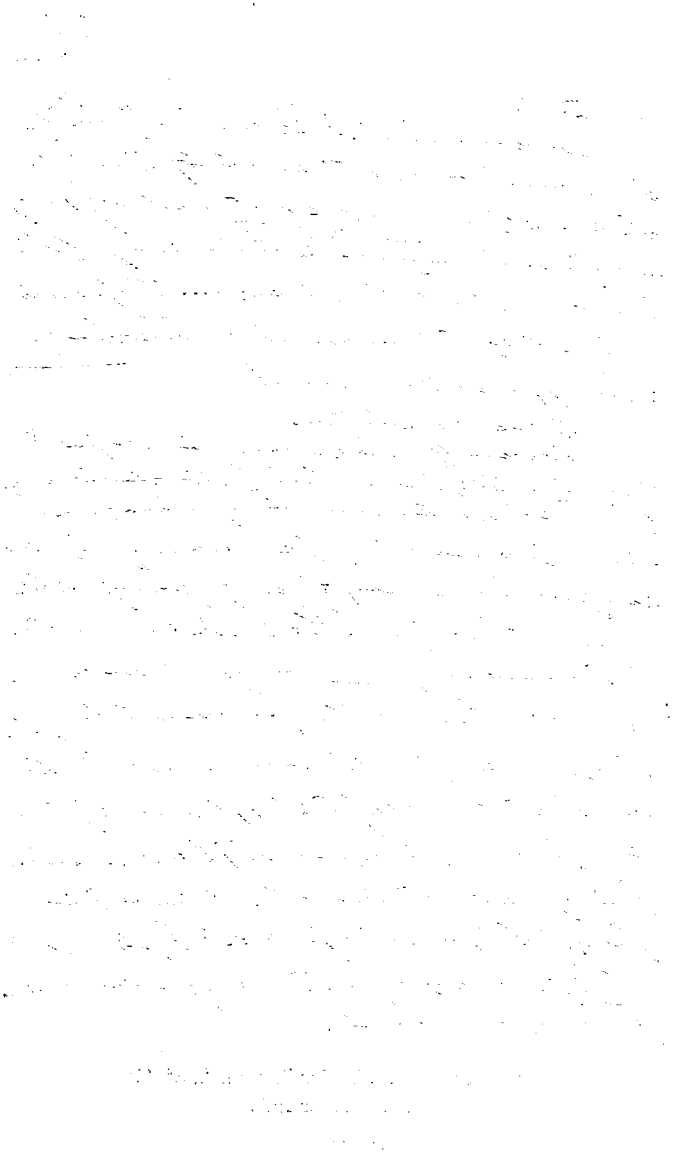
Das Buch „Beiträge zur Philosophie des Marxismus"[117] hat die unter den Bolschewiki seit langem bestehenden Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Philosophie außerordentlich verschärft. Ich halte mich in diesen Fragen nicht für kompetent genug, und deshalb beeile ich mich nicht, in der Presse hervorzutreten. Aber stets habe ich unsere *Partei*diskussionen über Philosophie aufmerksam verfolgt – angefangen von Plechanows Kampf gegen Michailowski und Co. Ende der achtziger Jahre und bis 1895, dann seinen Kampf mit den Kantianern 1898 und in den folgenden Jahren (damals habe ich diesen Kampf schon nicht nur verfolgt, sondern seit 1900, als Redaktionsmitglied der *„Sarja"*, zum Teil auch daran teilgenommen), schließlich seinen Kampf mit den Empiriokritikern und Co.

Bogdanows philosophische Schriften habe ich seit seinem energetischen Buch über die „Historische Naturauffassung" verfolgt, das ich während meines Aufenthalts in Sibirien studiert habe. Für Bogdanow war diese Position nur ein Übergang zu anderen philosophischen Anschauungen. Seine persönliche Bekanntschaft machte ich 1904, wobei wir einander



Erste Seite von W. I. Lenins Brief an A. M. Gorki
25. Februar 1908

Verkleinert



sofort Präsente machten, ich ihm – die „Schritte“[118], er mir – seine *damalige* philosophische Arbeit[119]. Und gleich darauf (im Frühjahr oder zu Beginn des Sommers 1904) schrieb ich ihm aus Genf nach Paris, er habe mich durch seine Schriften gründlich davon überzeugt, daß seine Ansichten falsch und die Ansichten Plechanows richtig sind.

Mit Plechanow habe ich mich, als wir zusammenarbeiteten, des öfteren über Bogdanow unterhalten. Plechanow setzte mir die Unrichtigkeit der Bogdanowschen Ansichten auseinander, hielt jedoch diese Abweichung keineswegs für schrecklich groß. Ich erinnere mich sehr genau, daß Plechanow und ich im Sommer 1903 im Namen der Redaktion der *„Sarja“* mit einem Redaktionsbeauftragten der „Beiträge zu einer realistischen Weltanschauung“[120] in Genf eine Unterredung hatten und uns zur Mitarbeit *bereit erklärten*: ich in der Agrarfrage, Plechanow *auf philosophischem Gebiet gegen Mach*. Sein Auftreten gegen Mach stellte Plechanow als *Bedingung* für die Zusammenarbeit – eine Bedingung, die von dem Redaktionsbeauftragten der „Beiträge“ durchaus akzeptiert wurde. Plechanow sah damals in Bogdanow einen Verbündeten im Kampf gegen den Revisionismus, aber einen Verbündeten, der irrte, soweit er Ostwald und im weiteren Mach folgte.

Im Sommer und Herbst 1904 sind wir uns mit Bogdanow als *Bolschewiki* endgültig einig geworden und haben jenen stillschweigenden und die Philosophie als neutrales Gebiet stillschweigend ausschließenden Block gebildet, der die ganze Revolution hindurch fortbestanden und es uns ermöglicht hat, in der Revolution gemeinsam jene Taktik der revolutionären Sozialdemokratie (= des Bolschewismus) zu verfolgen, die meiner tiefsten Überzeugung nach die einzig richtige gewesen ist.

In der bewegten Zeit der Revolution kam man wenig dazu, sich mit Philosophie zu beschäftigen. Im Gefängnis schrieb Bogdanow Anfang 1906 ein weiteres Buch – ich glaube, Buch III des „Empiriomonismus“. Im Sommer 1906 schenkte er es mir, und ich begann es aufmerksam zu lesen. Nachdem ich es gelesen hatte, packte mich eine ungeheure Wut: es wurde mir noch klarer, daß er einen grundfalschen, nicht marxistischen Weg geht. Ich schrieb ihm damals eine „Liebeserklärung“, ein Brieflein über Philosophie im Umfang von drei Heften. Dort setzte ich ihm auseinander, daß ich in der Philosophie natürlich nur ein *einfacher Marxist* sei, daß mich aber gerade seine klaren, populären, vortrefflich geschrie-

benen Arbeiten endgültig davon überzeugt hätten, daß im Wesen der Sache er unrecht und Plechanow recht hat. Selbige Hefte zeigte ich einigen Freunden (darunter Lunatscharski) und trug mich mit dem Gedanken, sie unter dem Titel „Betrachtungen eines einfachen Marxisten über Philosophie" zu veröffentlichen, bin aber nicht dazu gekommen. Jetzt bedaure ich, daß ich sie damals nicht gleich drucken ließ. Dieser Tage habe ich nach Petersburg geschrieben und gebeten, die Hefte ausfindig zu machen und mir zu schicken.[121]

Nunmehr sind die „Beiträge zur Philosophie des Marxismus" erschienen. Ich habe alle Artikel gelesen, außer dem Suworowschen (bei dem ich eben bin), und bei jedem neuen Artikel tobte ich geradezu vor Empörung. Nein, das ist kein Marxismus! Und unsere Empiriokritiker, unser Empiriomonist und unser Empiriosymbolist marschieren geradenwegs in den Sumpf. Dem Leser weismachen, daß der „Glaube" an die Realität der Außenwelt „Mystik" sei (Basarow), Materialismus und Kantianismus aufs schändlichste durcheinanderwerfen (Basarow und Bogdanow), eine Spielart des Agnostizismus (den Empiriokritizismus) und des Idealismus (den Empiriomonismus) predigen, – die Arbeiter „religiösen Atheismus" und „Vergöttlichung" der höchsten menschlichen Potenzen lehren (Lunatscharski), – erklären, daß die Engelssche Lehre von der Dialektik Mystik sei (Berman), – aus der stinkenden Quelle irgendwelcher französischer „Positivisten" schöpfen, irgendwelcher Agnostiker oder Metaphysiker, hol sie der Teufel, mit ihrer „symbolischen Erkenntnistheorie" (Juschkewitsch)! Nein, das ist zuviel! Natürlich, wir einfachen Marxisten sind in der Philosophie nicht belesen, aber warum muß man uns das antun, daß man uns etwas Derartiges als Philosophie des Marxismus auftischt! Eher lasse ich mich vierteilen, als daß ich mich einverstanden erkläre, an einem Organ oder in einem Kollegium mitzuarbeiten, das solche Dinge predigt.

Es zog mich wieder zu den „Betrachtungen eines einfachen Marxisten über Philosophie", und ich griff zur Feder[122]; Al. Al-tsch aber habe ich natürlich – während der Lektüre der „Beiträge" – meine Eindrücke geradeheraus und ungeschminkt ins Gesicht gesagt.

Was Ihr Artikel damit zu tun hat, werden Sie fragen. Eben dies, daß Sie gerade zu einer Zeit, da sich diese Meinungsverschiedenheiten unter den Bolschewiki besonders zuzuspitzen drohten, in Ihrer Arbeit für den „*Proletari*" ganz offensichtlich begannen, die Ansichten der einen Strö-

mung darzulegen. Ich weiß natürlich nicht, wie und was bei Ihnen im ganzen herausgekommen wäre. Außerdem meine ich, daß ein Künstler aus jeder Philosophie viel Nützliches für sich schöpfen kann. Schließlich bin ich völlig und unbedingt damit einverstanden, daß in Fragen des künstlerischen Schaffens das entscheidende Wort Ihnen gehört und daß Sie, wenn Sie Anschauungen *dieser* Art sowohl aus Ihrer künstlerischen Erfahrung *als auch aus der Philosophie, und sei es auch eine idealistische Philosophie*, schöpfen, zu Schlußfolgerungen gelangen können, die der Arbeiterpartei gewaltigen Nutzen bringen. Das alles ist richtig. Und trotzdem muß der „Proletari" gegenüber allen unseren Meinungsverschiedenheiten in der Philosophie absolut neutral bleiben und darf den Lesern *nicht den geringsten Anlaß* geben, die Bolschewiki als Richtung, als taktische Linie des revolutionären Flügels der russischen Sozialdemokraten, mit dem Empiriokritizismus oder mit dem Empiriomonismus in Verbindung zu bringen.

Als ich, nachdem ich Ihren Artikel gelesen und nochmals gelesen hatte, A. A–tsch sagte, ich sei gegen seine Veröffentlichung, verfinsterte sich sein Gesicht. Die Spaltung lag drohend in der Luft. Gestern versammelten wir unser Redaktionstrio zu einer speziellen Sitzung, um diese Frage zu erörtern. Da kam uns überraschend ein dummer Schnitzer in der „Neuen Zeit" zu Hilfe. In Nr. 20 hat ein unbekannter Übersetzer einen Artikel von Bogdanow über Mach veröffentlicht und dabei in der Vorbemerkung den albernen Gedanken geäußert, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Plechanow und Bogdanow die Tendenz hätten, unter den russischen Sozialdemokraten zu einer *fraktionellen* Meinungsverschiedenheit zwischen Bolschewiki und Menschewiki zu werden! Durch diese Worte hat der Narr oder die Närrin, von dem oder von der diese Vorbemerkung stammt, uns geeint. Wir kamen sofort überein, daß jetzt unserseits unbedingt gleich in der nächsten Nummer des *„Proletari"* eine Neutralitätserklärung gebracht werden müsse. Nichts hätte meiner Stimmung nach dem Erscheinen der „Beiträge" mehr entsprechen können. Die Erklärung wurde verfaßt, einstimmig bestätigt, morgen erscheint sie in Nr. 21 des *„Proletari"* und geht Ihnen zu.*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 453. *Die Red.*

Was nun Ihren Artikel betrifft, so haben wir uns entschieden, diese Frage zu vertagen, Ihnen in drei Briefen – von jedem der drei Redakteure des „*Proletari*" einen – den ganzen Sachverhalt darzulegen und meine und Bogdanows Reise zu Ihnen zu beschleunigen.

Sie haben also sowohl von Al. Al. als auch von dem dritten Redakteur[123], von dem ich Ihnen schon früher einmal schrieb, einen Brief zu erwarten.

Ich halte es für notwendig, Ihnen meine Meinung ganz offen zu sagen. Daß es unter den Bolschewiki in der Frage der Philosophie zu einem gewissen Kampf kommen wird, halte ich jetzt für ganz unvermeidlich. Aber sich deswegen zu spalten, wäre meiner Meinung nach töricht. Wir haben einen Block gebildet, um in der Arbeiterpartei eine bestimmte Taktik zu verfolgen. Wir verfolgten und verfolgen diese Taktik bis jetzt *ohne Meinungsverschiedenheiten* (die einzige Meinungsverschiedenheit gab es über den Boykott der III. Duma, aber erstens hat sie sich bei uns nie auch nur bis zur Andeutung einer Spaltung verschärft; zweitens fiel sie nicht mit der Meinungsverschiedenheit zwischen Materialisten und Machisten zusammen, denn der Machist Basarow zum Beispiel war wie ich gegen den Boykott und schrieb darüber ein großes Feuilleton im „Proletari").

Es wäre meiner Ansicht nach eine unverzeihliche Dummheit, würde man wegen des Streits, ob Materialismus oder Machismus, die Verwirklichung der Taktik der revolutionären Sozialdemokratie in der Arbeiterpartei behindern. Wir müssen um die Philosophie so streiten, daß der „Proletari" und die Bolschewiki, als Fraktion der *Partei, davon nicht berührt werden.* Und das ist durchaus möglich.

Auch Sie sollten meiner Meinung nach dabei helfen. Und Sie können dabei helfen, wenn Sie im „*Proletari*" über neutrale (d. h. mit der Philosophie in keinerlei Zusammenhang stehende) Fragen der Literaturkritik, der Publizistik und des künstlerischen Schaffens usw. schreiben. Ihren Artikel aber – wenn Sie eine Spaltung verhindern wollen, wenn Sie helfen wollen, den neuen Streit zu lokalisieren – sollten Sie umarbeiten: alles, was, sei es auch nur indirekt, mit der Bogdanowschen Philosophie zusammenhängt, müßten Sie woanders unterbringen. Sie haben ja außer dem „*Proletari*" gottlob noch andere Möglichkeiten, zu publizieren. Alles, was nicht mit Bogdanows Philosophie zusammenhängt – und ein *großer*

Teil Ihres Artikels hängt nicht mit ihr zusammen –, müßten Sie in einer Artikelreihe für den *„Proletari"* darlegen. Eine andere Haltung Ihrerseits, d. h. eine Weigerung, den Artikel umzuarbeiten, oder eine Weigerung, am „Proletari" mitzuarbeiten, würde meiner Meinung nach unvermeidlich zur Verschärfung des Konflikts unter den Bolschewiki führen, würde die Lokalisierung des neuen Streits erschweren und die wichtige, praktisch und politisch notwendige Arbeit der revolutionären Sozialdemokraten in Rußland schwächen.

Das ist meine Meinung. Ich habe Ihnen alles gesagt, was ich denke, und erwarte jetzt Ihre Antwort.

Heute wollten wir zu Ihnen fahren, aber es stellt sich heraus, daß wir das um mindestens eine Woche, vielleicht auch um zwei, drei Wochen verschieben müssen.

Ich drücke Ihnen fest die Hand.

Ihr *N. Lenin*

Geschickt von Genf
nach der Insel Capri.

Zuerst veröffentlicht 1924
im Lenin-Sammelband I.

Nach dem Manuskript.

DIE NEUE AGRARPOLITIK

Am Mittwoch, dem 13. Februar, fand der Empfang von 307 Abgeordneten der III. Duma durch Nikolaus II. statt. Die liebenswürdige Unterhaltung des Zaren mit den Schwarzhundertern Bobrinski und Tschelyschew gehört zur komischen Seite der neuen Liebesbezeugungen der Selbstherrschaft für die Schwarzhunderterbande. Viel ernster ist Nikolaus' Erklärung, die Duma müsse bald neue Agrargesetze annehmen, jeder Gedanke an eine Zwangsenteignung aber müsse dabei ausgeschlossen sein, da er, Nikolaus II., ein solches Gesetz niemals bestätigen werde. Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" berichtet, machte die Rede des Zaren auf die Bauern einen vernichtenden Eindruck.

Unzweifelhaft ist die agitatorische Bedeutung dieser vom Zaren selbst abgegebenen „Agrarerklärung" sehr groß, und wir können den talentvollen Agitator nur begrüßen. Aber außer der agitatorischen Bedeutung hat dieser gegen die Zwangsenteignung gerichtete grimmige Ausfall noch eine große Bedeutung, nämlich die, daß die gutsherrliche Monarchie endgültig einen *neuen* Weg in der Agrarpolitik betreten hat.

Die auf Grund des Artikels 87, ohne die Duma, erlassenen berühmten Verordnungen – vom 9. November 1906 und die weiteren – haben die Ära dieser neuen Agrarpolitik der Zarenregierung eingeleitet. Stolypin hat sie in der II. Duma bestätigt, die Abgeordneten der Rechten und der Oktobristen haben sie gebilligt, die Kadetten (eingeschüchert durch die in den Vorzimmern der Kamarilla aufgefangenen Gerüchte über die Auflösung der Duma) haben darauf verzichtet, sie offen zu mißbilligen. Jetzt, in der III. Duma, hat die Agrarkommission in den letzten Tagen die Grundzüge des Gesetzes vom 9. November 1906 angenommen und ist

noch weiter gegangen, indem sie die Landanteile der Bauern in allen Dorfgemeinden, in denen in den letzten 24 Jahren keine Neuaufteilung des Grund und Bodens stattgefunden hat, als Privatbesitz anerkannt hat. Auf dem Empfang vom 13. Februar hat der an der Spitze des Rußlands der Fronherren und Gutsbesitzer stehende Mann diese Politik laut und vernehmlich gebilligt, wobei er die Abgeordneten anschnauzte – offenbar, damit die parteilosen Bauern es sich hinter die Ohren schreiben –, er werde niemals einem Zwangsenteignungsgesetz zugunsten der Bauernschaft zustimmen.

Das endgültige Bekenntnis der Regierung des Zaren, der Gutsherren und der Großbourgeoisie (der Oktobristen) zu der neuen Agrarpolitik ist von größter geschichtlicher Bedeutung. Die Geschicke der bürgerlichen Revolution in Rußland – nicht allein der gegenwärtigen Revolution, sondern auch der in Zukunft möglichen demokratischen Revolutionen – hängen *vor allem* vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik ab.

Worin besteht das Wesen der Wendung? Darin, daß bis jetzt die Unantastbarkeit des alten, mittelalterlichen Anteillandbesitzes der Bauern und ihrer „angestammten" Dorfgemeinde die eifrigsten Verteidiger in den herrschenden Klassen des reaktionären Rußlands fand. Die fronherrlichen Gutsbesitzer – die herrschende Klasse im Rußland vor der Reform und die politisch ausschlaggebende Klasse während des ganzen 19. Jahrhunderts – verfolgten im großen und ganzen eine Politik der *Aufrechterhaltung* der alten dorfgemeindlichen Ordnung des bäuerlichen Grundbesitzes.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat diese Ordnung zu Beginn des 20. Jahrhunderts endgültig untergraben. Die alte ständische Dorfgemeinde, die Fesselung der Bauern an die Scholle, die altherkömmlichen Zustände des halbhörigen Dorfes gerieten in schärfsten Widerspruch zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Dialektik der Geschichte brachte es mit sich, daß die Bauernschaft – in anderen Ländern unter halbwegs (vom Standpunkt der Erfordernisse des Kapitalismus) geregelten Agrarverhältnissen eine Stütze der Ordnung – in Rußland während der Revolution mit den umstürzlerischsten Forderungen auftrat, bis zur Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und der Nationalisierung des Grund und Bodens (die Trudowiki in der I. und II. Duma).

Diese radikalen und sogar von Ideen des kleinbürgerlichen Sozialismus

gefärbten Forderungen waren durchaus keine Folgeerscheinung eines „Sozialismus" des Bauern, sondern die Folge der ökonomischen Notwendigkeit, den gordischen Knoten des fronherrlichen Bodenbesitzes zu durchhauen, auf einem von allen mittelalterlichen Schranken befreiten Boden den Weg für den freien Farmer (den Unternehmer in der Landwirtschaft) zu ebnen.*

Der Kapitalismus hat bereits alle Grundlagen der alten Agrarordnung Rußlands unabänderlich untergraben. Ohne diese Ordnung zu zerstören, kann er sich nicht weiterentwickeln, und er wird sie unweigerlich und unvermeidlich zerstören; keine Macht der Welt kann ihn daran hindern. Doch diese Ordnung kann auf gutsherrliche oder auf bäuerliche Weise zerstört werden, um die Bahn für einen gutsherrlichen oder für einen bäuerlichen Kapitalismus frei zu machen. Eine den Interessen der Gutsbesitzer entsprechende Zerstörung der alten Agrarordnung bedeutet, gewaltsam die Dorfgemeinde zu zerschlagen, bedeutet den beschleunigten Ruin, die Ausrottung der Masse der verarmten kleinen Landwirte zugunsten eines Häufleins Kulaken. Eine den Interessen der Bauern entsprechende Zerstörung der alten Agrarordnung bedeutet, den gutsherrlichen Grundbesitz zu konfiszieren und den gesamten Grund und Boden der freien Farmerschaft aus den Reihen der Bauern zu übergeben (das „gleiche Recht auf Boden" der Herren Volkstümler bedeutet in Wirklichkeit das Recht der *Landwirte* auf den Boden bei Beseitigung aller mittelalterlichen Schranken).

Und siehe da, die Regierung der Konterrevolution hat diese Situation begriffen. Stolypin hat die Sache richtig erfaßt: ohne die alten Grundbesitzverhältnisse zu zerstören, kann man die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands nicht gewährleisten. Stolypin und die Gutsbesitzer haben mutig den revolutionären Weg beschritten, sie reißen die alte Ordnung mit größter Rücksichtslosigkeit nieder und liefern die Bauernmassen ganz und gar den Gutsbesitzern und Kulaken aus, damit diese sie ausplündern können.

Die Herren Liberalen und kleinbürgerlichen Demokraten – von den halboktobristischen „Meonen"[125] über die „Russkije Wedomosti" bis zu

* Die hier geäußerten Ansichten stehen in engem Zusammenhang mit der Kritik an unserem Parteiprogramm. In Nr. 21 des „Proletari" wurde diese Kritik als Privatmeinung angedeutet; in den folgenden Nummern soll die Frage ausführlich behandelt werden.[124]

Herrn Peschechonow vom „Russkoje Bogatstwo" – schlagen jetzt fürchterlichen Lärm über die Zerstörung der Dorfgemeinde durch die Regierung und *klagen* diese Regierung des Revolutionarismus an! Die Zwitterstellung des bürgerlichen Liberalismus in der russischen Revolution ist noch nie so kraß in Erscheinung getreten. Nein, ihr Herren, mit Lamentationen über die Zerstörung der angestammten Grundpfeiler ist hier nichts auszurichten. Drei Jahre Revolution haben die versöhnlerischen und kompromißlerischen Illusionen zerstört. Die Frage ist klar gestellt: Entweder kühner Aufruf zur Bauernrevolution, die bis zur Republik fortschreitet, und allseitige ideelle und organisatorische Vorbereitung einer *solchen* Revolution im Bunde mit dem Proletariat. Oder leeres Greinen, politische und ideelle Impotenz gegenüber dem von Stolypin, den Gutsbesitzern und den Oktobristen geführten Angriff auf die Dorfgemeinde.

Wählt – ihr, die ihr euch noch eine Spur Bürgermut und Mitgefühl mit der Bauernmasse bewahrt habt! Das Proletariat hat seine Wahl bereits getroffen, und jetzt wird die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entschlossener denn je die Parole des Bauernaufstands gemeinsam mit dem Proletariat erklären, propagieren, in die Massen tragen, als das *einzig* mögliche Mittel, die Stolypinsche Methode der „Erneuerung" Rußlands zu verhindern.

Wir werden nicht behaupten, daß diese Methode undurchführbar sei – sie wurde in Europa verschiedentlich in kleineren Dimensionen erprobt –, aber wir werden die Volksmassen darüber aufklären, daß sie nur durch eine jahrzehntelange grenzenlose Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit und durch eine Massenausrottung der fortgeschrittenen Bauernschaft verwirklicht werden kann. Unsere Sorge wird sich nicht auf Flickarbeit an den revolutionären Projekten Stolypins, nicht auf Versuche zu ihrer Verbesserung, zur Abschwächung ihrer Wirkung usw. richten. Wir werden sie beantworten, indem wir unsere Agitation in den Volksmassen verstärken, besonders in jenen Schichten des Proletariats, die mit der Bauernschaft verbunden sind. Die Bauernabgeordneten – sogar die durch viele Polizeisiebe gesiebten, durch die Gutsbesitzer ausgewählten, durch die Erzreaktionäre in der Duma eingeschüchterten – haben erst kürzlich ihr wahres Streben kundgetan. Wie aus den Zeitungen hervorgeht, hat eine Gruppe parteiloser und zum Teil auch *rechtsstehender* Bauernabgeordneter sich für die Zwangsenteignung des Grund und Bo-

dens und für örtliche Agrarinstitutionen ausgesprochen, die *von der ganzen Bevölkerung* gewählt werden! Nicht umsonst erklärte ein Kadett in der Agrarkommission, daß die rechtsorientierten Bauern weiter links stehen als die Kadetten. Ja, in der Agrarfrage stehen die „rechten" Bauern in allen drei Dumas links von den Kadetten, womit sie den Beweis dafür liefern, daß der Monarchismus des Bauern eine absterbende Naivität ist – im Gegensatz zum Monarchismus der liberalen Geschäftemacher, die aus Klasseninteressen Monarchisten sind.

Der Zar der Fronherren hat die parteilosen Bauern angeschnauzt, er werde die Zwangsenteignung nicht zulassen. Die Arbeiterklasse muß dies damit beantworten, daß sie die Millionen „parteiloser" Bauern zum Massenkampf für den Sturz des Zarismus und für die Konfiskation des Gutsbesitzerlandes aufruft.

„Proletari" Nr. 22, (3. März) 19. Februar 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

NEUTRALITÄT DER GEWERKSCHAFTEN[126]

In der vorigen Nummer des „Proletari" veröffentlichten wir die Resolution des ZK unserer Partei über die Gewerkschaften.[127] „Nasch Wek"[128] schloß an die Mitteilung über diese Resolution die Bemerkung an, sie sei vom ZK einstimmig angenommen worden, da die Menschewiki mit Rücksicht auf die Zugeständnisse, die sie im Vergleich mit dem ursprünglichen bolschewistischen Entwurf aufweist, für sie gestimmt hätten. Ist diese Mitteilung richtig (die verblichene Zeitung „Nasch Wek" war meist über alles, was den Menschewismus betrifft, ausgezeichnet unterrichtet), so bleibt uns nur übrig, diesen großen Schritt zur Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeit auf einem so wichtigen Gebiet, wie es die Gewerkschaften sind, von ganzem Herzen zu begrüßen. Die Zugeständnisse, von denen „Nasch Wek" sprach, sind ganz unbedeutend und ändern nichts an den grundlegenden Prinzipien des bolschewistischen Entwurfs (der übrigens in Nr. 17 des „Proletari" vom 20. Oktober 1907 zusammen mit einem umfangreichen, ihn näher begründenden Aufsatz „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei" abgedruckt ist).

Unsere ganze Partei hat also nunmehr anerkannt, daß die Arbeit in den Gewerkschaften nicht im Geiste der Neutralität der Gewerkschaften, sondern im Geiste ihrer größtmöglichen Annäherung an die Sozialdemokratische Partei zu leisten ist. Ebenso wurde auch anerkannt, daß die Parteilichkeit der Gewerkschaften ausschließlich durch die Arbeit der Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften erreicht werden muß, daß die Sozialdemokraten festgefügte Zellen in den Gewerkschaften bilden sollen und daß illegale Gewerkschaften zu gründen sind, wenn legale unmöglich sind.

Es steht außer Zweifel, daß auf diese Annäherung beider Fraktionen unserer Partei in der Frage des Charakters der Arbeit in den Gewerkschaften Stuttgart den stärksten Einfluß ausgeübt hat. Die Resolution des Stuttgarter Kongresses macht, wie Kautsky in seinem Bericht vor den Leipziger Arbeitern feststellte, der prinzipiellen Anerkennung der Neutralität ein Ende. Der hohe Grad der Entwicklung der Klassengegensätze, ihre in letzter Zeit in allen Ländern eingetretene Verschärfung, die langjährigen Erfahrungen Deutschlands – wo die Neutralitätspolitik ein Erstarken des Opportunismus in den Gewerkschaften zur Folge gehabt, die Entstehung besonderer christlicher und liberaler Gewerkschaftsverbände aber in keiner Weise verhindert hat –, die Erweiterung jenes besonderen Gebiets des proletarischen Kampfes, das ein gemeinsames und einmütiges Vorgehen von Gewerkschaften und politischer Partei verlangt (Massenstreik und bewaffneter Aufstand in der russischen Revolution als Vorbild der wahrscheinlichen Formen der proletarischen Revolution im Westen) – dies alles hat der Neutralitätstheorie endgültig den Boden entzogen.

Unter den proletarischen Parteien dürfte die Neutralitätsfrage nunmehr keine besonders heftigen Diskussionen hervorrufen. Anders steht es mit den nichtproletarischen quasisozialistischen Parteien vom Schlage unserer Sozialrevolutionäre, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als der äußerste linke Flügel einer revolutionär-bürgerlichen Partei von Intellektuellen und fortgeschrittenen Bauern.

Es ist äußerst charakteristisch, daß bei uns nach dem Stuttgarter Kongreß nur die Sozialrevolutionäre und Plechanow als Verfechter der *Idee* der Neutralität aufgetreten sind. Und sie taten es ohne jeden Erfolg.

In der letzten Nummer des Zentralorgans der Partei der Sozialrevolutionäre „Snamja Truda" (Nr. 8, Dezember 1907) finden wir zwei Aufsätze, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung befassen. Dort versuchen die Sozialrevolutionäre zunächst, sich über die Erklärung der sozialdemokratischen Zeitung „Wperjod"[129] lustig zu machen, die Stuttgarter Resolution habe die Frage der Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften, wie es auch die Londoner Resolution andeutete, im Geiste des Bolschewismus gelöst. Wir erwidern darauf, daß die Sozialrevolutionäre selber in der gleichen Nummer des „Snamja Truda" *Tatsachen* anführen, die die Richtigkeit gerade einer solchen Einschätzung unwiderleglich beweisen.

„In derselben Zeit", schreibt „Snamja Truda" über den Herbst 1905 – und das ist eine charakteristische Tatsache, „treten die drei russischen sozialistischen Fraktionen – die menschewistischen Sozialdemokraten, die bolschewistischen Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre – zum erstenmal einander offen mit der Darlegung ihrer Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung gegenüber. Das Moskauer Büro, das beauftragt war, aus seiner Mitte auch ein Zentralbüro für die Einberufung des Kongresses (der Gewerkschaften) einzusetzen, organisierte eine große Versammlung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Theater ‚Olympia'.* Die Menschewiki vertraten den Standpunkt einer klassisch-marxistischen, streng orthodoxen Scheidung der Ziele von Partei und Gewerkschaften. ‚Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung der sozialistischen Ordnung und Beseitigung der kapitalistischen Verhältnisse; Aufgabe der Gewerkschaften ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Ordnung, um im Interesse der Arbeiter vorteilhafte Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu erreichen'; hieraus wurde die Forderung der Parteilosigkeit der Gewerkschaften und der Erfassung ‚aller Arbeiter des betreffenden Berufs' durch die Gewerkschaften abgeleitet.**

Die Bolschewiki wiesen nach, es könne heute keine strenge Scheidung von Politik und Beruf durchgeführt werden, und folgerten daraus, daß ‚zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften, die sie anzuleiten hat, größte Einmütigkeit bestehen muß'. Die Sozialrevolutionäre schließlich verlangten strenge Parteilosigkeit der Gewerkschaften, um eine Spaltung des Proletariats zu vermeiden, lehnten jedoch jede Beschränkung der Aufgaben und der Tätigkeit der Gewerkschaften auf ein enges Gebiet ab und formulierten diese Aufgabe als Kampf gegen das

---

* Die Versammlung war von etwa 1500 Personen besucht. Bericht siehe im „Bulletin des Museums zur Förderung der Arbeit" Nr. 2 vom 26. November 1905. (Zitat „Snamja Truda".)

** Man muß jedoch feststellen, daß diese „Parteilosigkeit" von den Herren Menschewiki recht eigenartig aufgefaßt wurde; so illustrierte zum Beispiel ihr Referent seine Thesen folgendermaßen: „Eine richtige Lösung der Frage der Parteilichkeit der Gewerkschaften wurde im Moskauer Buchdruckerverband gefunden; dieser schlug den Genossen vor, einzeln der Sozialdemokratischen Partei beizutreten." (Anmerkung des „Snamja Truda".)

Kapital in seinem ganzen Umfang, d. h. sowohl als wirtschaftlichen wie auch als politischen Kampf."

So schildert „Snamja Truda" selber die *Tatsachen!* Nur ein blinder oder total denkunfähiger Mensch kann in Abrede stellen, daß gerade derjenige dieser drei Standpunkte, der die größte Einmütigkeit zwischen Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften verlangt, „von der Stuttgarter Resolution bestätigt wird, die innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften empfiehlt".*

Um diese überaus klare Frage zu verwirren, haben die Sozialrevolutionäre in lächerlicher Weise Selbständigkeit der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampf mit Parteilosigkeit der Gewerkschaften verwechselt. „Der Stuttgarter Kongreß", so schreiben sie, „sprach sich mit aller Bestimmtheit auch für die Selbständigkeit (Parteilosigkeit) der Gewerkschaften aus, das heißt, er lehnte sowohl den Standpunkt der Bolschewiki als auch den der Menschewiki ab." Dies wird aus folgenden Worten der Stuttgarter Resolution gefolgert: „Jede der beiden Organisationen (Partei und Gewerkschaft) hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentümliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben aber gibt es ein stets wachsendes Gebiet" – usw., wie oben angeführt. Da haben sich also wahre Käuze gefunden, die diese Forderung nach „Selbständigkeit" der Gewerkschaften auf dem „durch ihre Natur bestimmten eigentümlichen Gebiet" mit der Frage: Parteilosigkeit der Gewerkschaften oder größtmögliche Annäherung an die Partei auf dem Gebiete der Politik und der Aufgaben der sozialistischen Revolution *verwechselt haben!*

Auf diese Weise haben unsere Sozialrevolutionäre die grundlegende prinzipielle Frage gänzlich vertuscht, wie nämlich die Theorie der „Neutralität", die in Wirklichkeit der Festigung des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat dient, zu beurteilen ist. Statt von dieser prinzipiellen Frage auszugehen, zogen sie es vor, nur von den spezifischen Verhältnissen in Rußland, wo es mehrere sozialistische Parteien gibt, zu reden und dabei die Vorgänge in Stuttgart in ein *falsches* Licht zu rücken. „Man kann sich hier nicht auf die Unklarheit der Stuttgarter Resolution berufen", schreibt

* Die Menschewiki vertraten im November 1905 nicht orthodoxe, sondern *vulgäre* Auffassungen der Neutralität – mögen die Herren Sozialrevolutionäre daran denken!

„Snamja Truda", „denn jede etwaige Unklarheit und jeder Zweifel ist von Herrn Plechanow beseitigt worden, der auf dem Internationalen Kongreß als offizieller Vertreter der Partei sprach; und vorläufig liegt noch keine Erklärung des sozialdemokratischen Zentralkomitees darüber vor, daß ‚ein solches Auftreten des Genossen Plechanow die Reihen der einheitlichen Partei desorganisiert' ..."

Ihr Herren Sozialrevolutionäre! Natürlich steht euch das Recht zu, darüber zu witzeln, daß unser ZK Plechanow zur Ordnung gerufen hat. Ihr habt das Recht zu glauben, man könne zum Beispiel eine Partei achten, die die Kadettenliebe des Herrn Gerschuni offiziell *nicht verurteilt*. Aber wozu direkte Unwahrheiten sagen? Plechanow *war* auf dem Stuttgarter Kongreß *nicht* der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, sondern nur einer ihrer 33 Delegierten. Und er vertrat nicht die Auffassungen der sozialdemokratischen Partei, sondern die der heutigen menschewistischen Opposition gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Londoner Beschlüsse. Die Sozialrevolutionäre müssen das wissen und sagen also *vorsätzlich* die Unwahrheit.

„In der Kommission, die die Frage der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischer Partei erörterte, sagte er (Plechanow) wörtlich folgendes: ‚In Rußland gibt es 11 revolutionäre Organisationen – mit welcher sollen die Gewerkschaften in Verbindung treten? ... Das Hineintragen von politischen Differenzen in die Gewerkschaften würde in Rußland nicht förderlich sein.' Darauf erklärten *alle* Kommissionsmitglieder *einstimmig*, daß die Kongreßresolution nicht in diesem Sinne aufzufassen sei und daß ‚damit nicht die Verpflichtung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgesprochen sein solle, der Sozialdemokratie anzugehören', das heißt, sie verlangten, wie es auch in der Resolution heißt, ‚volle Selbständigkeit' der Gewerkschaften." (Hervorhebungen vom „Snamja Truda".)

Nein, so war es nicht, ihr Herren vom „Snamja Truda"! In der Kommission fragte ein *belgischer* Genosse, ob man Gewerkschaftsmitglieder zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei verpflichten könne, und *alle* antworteten ihm, daß man das nicht dürfe. Anderseits aber stellte Plechanow einen Abänderungsantrag zur Resolution: „Dabei ist die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge zu behalten." Dieser Antrag wurde angenommen, aber nicht einstimmig (Gen. Woinow, der die Auffassungen der SDAPR vertrat, stimmte für diesen Antrag – und

das war unserer Meinung nach richtig). So lagen die Dinge in Wirklichkeit.

Die Sozialdemokraten dürfen die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation niemals aus dem Auge lassen. Das ist durchaus richtig. Dies gilt aber auch für die Sozialrevolutionäre, und wir fordern sie auf, über diese „Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation" nachzudenken, wenn diese ihre enge Verbindung mit der Sozialdemokratie proklamieren wird! Niemand hat je daran gedacht, die Gewerkschaftsmitglieder zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei zu „verpflichten": das haben die Sozialrevolutionäre vor lauter Angst geträumt. Es ist aber ein Märchen, wenn es heißt, der Stuttgarter Kongreß habe den Gewerkschaften verboten, ihre enge Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei zu verkünden und eine *solche* Verbindung zu verwirklichen.

„Die russischen Sozialdemokraten", schreibt *„Snamja Truda"*, „entfalten eine überaus energische und unermüdliche Kampagne für die Eroberung der Gewerkschaften, für die Unterordnung der Gewerkschaften unter ihre Führung als Partei. Die Bolschewiki tun es offen und unverhohlen . . ., die Menschewiki mehr auf Umwegen . . ." Sehr richtig, ihr Herren Sozialrevolutionäre! Um des Ansehens der Arbeiterinternationale willen seid ihr berechtigt, von uns zu verlangen, daß wir diese Kampagne taktvoll und klug durchführen und dabei „die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge behalten". Das wollen wir gern anerkennen und verlangen von euch die gleiche Anerkennung, doch auf die Kampagne verzichten wir nicht!

Aber Plechanow hat doch gesagt, es wäre schädlich, politische Differenzen in die Gewerkschaften hineinzutragen . . . Jawohl, Plechanow hat diese Dummheit gesagt, und natürlich mußten sich die Herren Sozialrevolutionäre an sie klammern, wie sie sich stets an alles klammern, was am wenigsten Nachahmung verdient. Maßgebend sind aber nicht die Worte Plechanows, sondern ist die Kongreßresolution, deren Anwendung ohne „Hineintragen politischer Differenzen" *unmöglich* ist. Hier ein kleines Beispiel. Die Kongreßresolution besagt, die Gewerkschaften dürfen sich nicht von der „Theorie der Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital" leiten lassen. Wir Sozialdemokraten behaupten, daß ein Agrarprogramm, das in der bürgerlichen Gesellschaft eine ausgleichende Bodenverteilung verlangt, auf der Theorie der Interessenharmonie zwischen

Arbeit und Kapital fußt.* Wir werden stets dagegen sein, wegen einer solchen Differenz (oder selbst wegen der Differenzen mit monarchistisch gesinnten Arbeitern) die Geschlossenheit eines Streiks usw. zu verletzen, doch wir werden diese Differenzen stets in die Reihen der Arbeiterschaft überhaupt und in *alle* Arbeitergewerkschaften insbesondere „hineintragen".

Ebenso unklug ist die Berufung Plechanows auf die 11 Parteien. Erstens gibt es nicht nur in Rußland verschiedene sozialistische Parteien. Zweitens kommen in Rußland nur zwei sozialistische Parteien – Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre – als einigermaßen ernstliche Konkurrenten in Betracht, denn die nationalen Parteien mit ihnen in einen Topf zu werfen, ist ganz widersinnig. Drittens ist die Vereinigung wahrhaft sozialistischer Parteien ganz und gar eine Frage für sich; dadurch, daß er sie heranzieht, verwirrt Plechanow nur die Sache. Wir müssen immer und überall die Annäherung der Gewerkschaften an die sozialistische Partei der Arbeiterklasse verfechten; welche Partei aber in dem einen oder anderen Lande, bei der einen oder anderen Nation eine wirklich sozialistische Partei und eine wirkliche Partei der Arbeiterklasse ist – das ist eine Frage für sich, die nicht durch Resolutionen internationaler Kongresse, sondern durch den Verlauf des Kampfes zwischen den nationalen Parteien entschieden wird.

Wie falsch die Argumentation des Gen. Plechanow in dieser Frage ist, zeigt besonders sinnfällig sein Aufsatz in Heft 12 des „Sowremenny Mir"[131], Jahrgang 1907. Auf S. 55 zitiert Plechanow den Hinweis Lunatscharskis, daß die deutschen Revisionisten die Neutralität der Gewerkschaften verfechten. Plechanow erwidert darauf: „Die Revisionisten sagen: die Gewerkschaften müssen neutral sein, meinen aber damit: die Gewerkschaften müssen zum Kampf gegen den orthodoxen Marxismus ausgenutzt werden." Und er schließt: „Die Beseitigung der Neutralität der Gewerkschaften wird hier nichts nützen. Selbst wenn wir die Gewerkschaften in enge formelle Abhängigkeit von der Partei bringen, in der Partei aber die ‚Ideologie' der Revisionisten triumphiert, so wird die Beseitigung der

* Selbst einige Sozialrevolutionäre haben dies nunmehr begriffen und somit einen entscheidenden Schritt zum Marxismus getan. Siehe das sehr interessante neue Buch der Herren Firsow und Jakobi, über das wir uns nächstens mit den Lesern des „Proletari" eingehend unterhalten werden.[130]

Neutralität der Gewerkschaften nur ein neuer Sieg der ‚Marxkritiker' sein."

Diese Argumentation ist ein Musterbeispiel des bei Plechanow so beliebten Verfahrens, der Frage auszuweichen und den Kern des Streites zu vertuschen. Triumphiert in der Partei tatsächlich die Ideologie der Revisionisten, so ist sie keine sozialistische Partei der Arbeiterklasse mehr. Es handelt sich gar nicht darum, wie diese Partei entsteht, zu welchen Kämpfen und Spaltungen es dabei kommt. Es handelt sich darum, daß es in jedem kapitalistischen Land eine sozialistische Partei und Gewerkschaften gibt, und unsere Aufgabe ist es, die grundlegenden Beziehungen zwischen ihnen zu bestimmen. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie führen unvermeidlich zu dem Bestreben, die Gewerkschaften auf eine eng begrenzte Kleinarbeit auf dem Boden der bestehenden Ordnung zu beschränken, sie von jeder Verbindung mit dem Sozialismus fernzuhalten, und die Neutralitätstheorie ist das ideologische Gewand dieser bürgerlichen Bestrebungen. Die Revisionisten innerhalb der sozialdemokratischen Parteien werden es immer verstehen, sich in der kapitalistischen Gesellschaft auf irgendeine Art einen Weg zu bahnen.

Gewiß, zu Beginn der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Europa konnte man für die Neutralität der Gewerkschaften eintreten und darin ein Mittel zur Erweiterung der ursprünglichen Basis des proletarischen Kampfes in einer Zeit sehen, da er verhältnismäßig noch wenig entwickelt und eine systematische Einwirkung der Bourgeoisie auf die Gewerkschaften noch nicht vorhanden war. Heute aber ist es vom Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie ganz und gar unangebracht, die Neutralität der Gewerkschaften zu verfechten. Man kann nur lächeln, wenn man die Beteuerungen Plechanows liest, daß „Marx auch heute in Deutschland für die Neutralität der Gewerkschaften eintreten würde", besonders wenn ein solches Argument auf der einseitigen Auslegung eines einzelnen Marx„zitates" beruht und dabei die Gesamtheit der Erklärungen von Marx und der ganze Geist seiner Lehre ignoriert werden.

„Ich bin für die Neutralität im Bebelschen, nicht im revisionistischen Sinne", schreibt Plechanow. So reden, heißt auf Bebel schwören und doch zugleich in den Sumpf hineinwaten. Zweifellos ist Bebel eine so bedeutende Autorität in der internationalen proletarischen Bewegung, ein so

erfahrener praktischer Führer, ein Sozialist von so feinem Gefühl für die Erfordernisse des revolutionären Kampfes, daß er in 99 von 100 Fällen sich selber aus dem Sumpf zu helfen vermochte, wenn er hie und da einen falschen Schritt getan hatte, daß er diejenigen herauszog, die ihm folgten. Bebel beging Fehler sowohl in Breslau (1895), wo er zusammen mit Vollmar das Agrarprogramm der Revisionisten verteidigte, als auch seinerzeit (in Essen), da er auf der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg bestand, wie auch dann, als er bereit war, die „Neutralität" der Gewerkschaften zum Prinzip zu erheben. Wir glauben gern, wenn Plechanow nur in Bebels Gesellschaft in den Sumpf geraten sollte, so wird dies nicht oft und nicht für lange geschehen. Doch meinen wir, man sollte Bebel nicht gerade dann nacheifern, wenn er Fehler begeht.

Man sagt – und Plechanow betont es ganz besonders –, Neutralität sei notwendig, um alle Arbeiter zusammenzuschließen, die zu der Einsicht gelangen, daß es erforderlich ist, ihre materielle Lage zu verbessern. Die so reden, vergessen jedoch, daß die gegenwärtige Entwicklungsstufe der Klassengegensätze selbst in die Frage, wie diese Verbesserung im Rahmen der heutigen Gesellschaft angestrebt werden soll, unvermeidlich und unabwendbar „politische Differenzen" hineinträgt. Eine unausbleibliche Folge der Neutralitätstheorie, zum Unterschied von der Theorie der Notwendigkeit einer engen Verbindung zwischen Gewerkschaften und revolutionärer Sozialdemokratie, ist, daß man zu dieser Verbesserung solche Mittel bevorzugt, die eine Abschwächung des Klassenkampfes des Proletariats bedeuten. Ein anschauliches Beispiel dafür (verbunden übrigens mit der Einschätzung einer der interessantesten Episoden der Arbeiterbewegung aus jüngster Zeit) gibt *dasselbe* Heft des „Sowremenny Mir", in dem Plechanow die Neutralität verficht. Neben Plechanow sehen wir hier Herrn E. P., wie er den bekannten Führer der englischen Eisenbahner Richard Bell preist, der den Konflikt zwischen den Arbeitern und den Direktoren der Eisenbahngesellschaften mit einem Kompromiß beendet hat. Bell wird zur „Seele der ganzen Eisenbahnerbewegung" erklärt. „Es steht außer jedem Zweifel", schreibt Herr E. P., „daß Bell dank seiner ruhigen, wohlüberlegten und konsequenten Taktik das unbedingte Vertrauen des Eisenbahnerverbandes erworben hat, dessen Mitglieder ohne Zögern bereit sind, ihm überallhin zu folgen." („Sowremenny Mir" Nr. 12, S. 75.) Dieser Standpunkt ist kein Zufall, sondern hängt im Wesen der Sache

mit dem Neutralismus zusammen, der den Zusammenschluß der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage in den Vordergrund stellt und nicht den Zusammenschluß zu einem Kampf, der der Befreiung des Proletariats dienlich wäre.

Doch dieser Standpunkt entspricht in keiner Weise den Auffassungen der englischen Sozialisten, die sicherlich sehr erstaunt wären, wenn sie erführen, daß die Lobsänger Bells, ohne auf Widerspruch zu stoßen, für die gleiche Zeitschrift schreiben wie prominente Menschewiki vom Schlage Plechanows, Jordanskis und Co.

Die englische sozialdemokratische Zeitung „*Justice*" schrieb am 16. November in ihrem Leitartikel über das Abkommen Bells mit den Eisenbahngesellschaften: „Mit der fast allgemeinen trade-unionistischen Verurteilung dieses sogenannten Friedensvertrages sind wir vollständig einverstanden ... Er zerstört ganz und gar den eigentlichen Sinn der Existenz der Gewerkschaft ... Dieses absurde Abkommen ... kann die Arbeiter nicht binden, und sie werden gut daran tun, es abzulehnen." In der nächsten Nummer, vom 23. November, schrieb Burnett über dieses Abkommen in einem Artikel mit der Überschrift „Wieder verraten!": „Vor drei Wochen war der Vereinigte Eisenbahnerverband eine der mächtigsten Gewerkschaften Englands; jetzt aber ist er auf das Niveau eines Unterstützungsvereins hinabgedrückt." „Und diese Veränderung wurde nicht etwa dadurch herbeigeführt, daß die Eisenbahner gekämpft und eine Niederlage erlitten hätten, sondern dadurch, daß ihre Führer sie, vorsätzlich oder aus Beschränktheit, an die Kapitalisten verkauft haben, noch ehe der Kampf begonnen hatte." Und die Redaktion der Zeitung fügt hinzu, sie habe von einem „Lohnarbeiter der Eisenbahngesellschaft Midland" einen Brief analogen Inhalts erhalten.

Aber vielleicht ist dies eine „Übertreibung" „allzu revolutionärer" Sozialdemokraten? Nein. Der „*Labour Leader*", das Organ einer gemäßigten Partei, der „Unabhängigen Arbeiterpartei" (*ILP*), die sich nicht einmal als sozialistisch bezeichnen will, veröffentlichte am 15. November den Brief eines gewerkschaftlich organisierten Eisenbahners, der gegenüber dem von der gesamten kapitalistischen Presse (vom radikalen „*Reynolds Newspaper*" bis zu den konservativen „Times") Bell freigebig gespendeten Lob erklärt, das von ihm herbeigeführte Abkommen sei das „verächtlichste, das die ganze Geschichte des Trade-Unionismus kennt".

Er nennt Richard Bell den „Marschall Bazaine der trade-unionistischen Bewegung". Ein anderer Eisenbahner verlangt, man solle Bell für dieses unglückselige Abkommen, „das die Arbeiter zu siebenjähriger Zwangsarbeit verurteilt", „zur Verantwortung ziehen". Und die Redaktion des gemäßigten Organs bezeichnet im Leitartikel der gleichen Nummer das Abkommen als „Sedan der britischen trade-unionistischen Bewegung". „Noch niemals hat es eine so günstige Gelegenheit gegeben, die Macht der organisierten Arbeit im nationalen Maßstab zu demonstrieren" – in der Arbeiterschaft herrschte „nie dagewesene Begeisterung" und Kampfeslust. Der Artikel schließt mit einer beißenden Gegenüberstellung: hier Arbeiternot, dort Triumph und „Bankettvorbereitungen der Herren Lloyd George (der Minister, der als Lakai der Kapitalisten fungierte) und Bell".

Nur die extremsten Opportunisten, die Fabier, eine reine Intellektuellenorganisation, *billigten* dieses Abkommen und trieben dadurch selbst den mit den Fabiern sympathisierenden Leuten von der Zeitschrift *„The New Age"* die Schamröte ins Gesicht: diese waren genötigt zuzugeben, daß, wenn auch die bürgerlich-konservativen *„Times"* die diesbezügliche Erklärung des Zentralkomitees der Fabier im Wortlaut veröffentlicht haben, außer diesen Herrschaften sich „keine einzige sozialistische Organisation, keine einzige Gewerkschaft, kein einziger prominenter Arbeiterführer" für das Abkommen ausgesprochen hat. (Nummer vom 7. Dezember, S. 101.)

Da habt ihr ein Beispiel für die Anwendung der Neutralität durch einen Kollegen Plechanows, den Herrn E. P. Es handelte sich nicht um „politische Differenzen", sondern um die Verbesserung der Lage der Arbeiter in der Gesellschaft. Für die „Verbesserung" um den Preis des Kampfverzichts, um den Preis der Kapitulation vor dem Kapital auf Gnade und Ungnade sprach sich die ganze Bourgeoisie Englands, sprachen sich die Fabier und Herr E. P. aus, für den kollektiven Kampf der Arbeiter alle Sozialisten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wird Plechanow noch weiter „Neutralität" predigen, nicht aber größtmögliche Annäherung der Gewerkschaften an die sozialistische Partei?

„Proletari" Nr. 22,
(3. März) 19. Februar 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DAS ATTENTAT AUF DEN KÖNIG VON PORTUGAL

Die bürgerliche Presse – sogar die Presse liberalster und „demokratischster" Richtung – kann, wenn sie über die Ermordung des portugiesischen Abenteurers schreibt, nicht ohne Schwarzhundertermoral auskommen.

So zum Beispiel der Sonderkorrespondent einer der besten bürgerlich-demokratischen Zeitungen Europas, der *„Frankfurter Zeitung"*. Er beginnt seinen Bericht in halb scherzhaftem Ton damit, wie eine Schar von Korrespondenten sofort nach Eintreffen der sensationellen Nachricht, als gelte es einer Beute, nach Lissabon stürzt. Ich mußte – schreibt dieser Herr – das Schlafwagenabteil mit einem bekannten Londoner Journalisten teilen, der sich seiner Erfahrung rühmte. Aus einem ebensolchen Anlaß sei er nämlich schon einmal nach Belgrad gereist und könne sich sozusagen als „Spezialberichterstatter für Königsmorde" betrachten.

... Ja, das Attentat auf den König von Portugal ist wahrlich ein „Berufsunfall" der Könige.

Da nimmt es nicht wunder, daß es auch Berufskorrespondenten geben kann, die die „Berufsunfälle" Ihrer Majestäten beschreiben ...

Aber so stark auch bei solchen Korrespondenten das Element billiger und vulgärer Sensation sein mag, so bricht sich doch manchmal die Wahrheit Bahn. „Ein Kaufmann, der im lebhaftesten Geschäftsviertel wohnt", erzählte dem Berichterstatter der *„Frankfurter Zeitung"* folgendes: „Ich hatte auf die Nachricht von dem Geschehnis hin sofort die Trauerfahne hinausgehängt. Aber da dauerte es auch nicht lange, da kamen Kunden und Bekannte gelaufen und fragten mich, ob ich denn toll sei und ob ich mir alle Freundschaften verderben wolle. Ich fragte sie, ob denn niemand

Mitgefühl empfinde. Sie können nicht glauben, mein Herr, was man mir für Antworten gab. Da habe ich die Fahne wieder hereingenommen."

Nachdem der liberale Korrespondent diese Erzählung wiedergegeben hat, führt er weiter aus:

„Ein Volk, das von Natur gutmütig und liebenswürdig ist, wie das portugiesische, muß eine böse Schule durchgemacht haben, ehe es gelernt hat, erbarmungslos grausam selbst über das Grab hinaus zu hassen. Und wenn es nun sogar wahr ist – und es ist wahr, und wollte ich es verschweigen, so würde ich die geschichtliche Wahrheit fälschen –, daß nicht nur solche stummen Kundgebungen dem gekrönten Opfer ein letztes Urteil sprechen wollen, sondern daß man auf Schritt und Tritt und dazu noch von Leuten der ‚guten Ordnung' sein Andenken selbst schmähen hört, dann verlohnt es sich wohl, den seltenen Zusammenhängen nachzuforschen, die derart die Psychologie eines Volkes von allen Normen abirren lassen. Denn eine Nation, die dem Tode nicht mehr das alte geheiligte Recht geben mag, alle Fehler des Lebens zu sühnen, muß entweder ja doch wohl schon als moralisch entartet gelten, oder es muß sich herausstellen, daß ein ungeheures Haßgefühl den klaren Blick gerechter Anschauung verdorben hat."

Oh, ihr Herren liberalen Heuchler! Warum erklärt ihr denn nicht alle jene französischen Wissenschaftler und Schriftsteller für moralisch entartet, die bis heute nicht nur die Führer der Kommune von 1871, sondern sogar die führenden Persönlichkeiten von 1793, nicht nur die Kämpfer der proletarischen Revolution, sondern sogar die Kämpfer der bürgerlichen Revolution hassen und mit rasender Wut beschimpfen? Weil es für die „demokratischen" Lakaien der *gegenwärtigen* Bourgeoisie „normal" und „moralisch" ist, wenn das Volk allen möglichen Unfug, alle möglichen Abscheulichkeiten und Bestialitäten gekrönter Abenteurer „gutmütig" erduldet.

„Sonst", fährt der Korrespondent fort (d. h. anders als auf Grund außergewöhnlicher Verhältnisse), „wäre es ja auch nicht zu verstehen, daß heute bereits ein monarchistisches Blatt mit beinahe tieferer Trauer von den unschuldigen Opfern aus dem Volke als von denen aus dem Könighause spricht, und daß sich jetzt schon deutlich die Anfänge einer Legendenbildung erkennen lassen, die allmählich vielleicht um das Haupt der Mörder gar eine Gloriole flechten wird. Und während sonst bei fast allen Attentaten die politischen Parteien sich eilig bestrebt zeigen, die Mörder von den Rockschößen abzuschütteln, lassen die portugiesischen

Republikaner es sich mit Stolz gefallen, daß man die ‚Märtyrer und Helden des 1. Februar' ihren Reihen zuzählt . . ."

Der bürgerliche Demokrat geht in seinem Eifer so weit, daß er bereit ist, die Achtung der portugiesischen Bürger für jene Leute, die sich für die Beseitigung des die Konstitution vergewaltigenden Königs geopfert haben, zur „revolutionären Legende" zu erklären.

Der Korrespondent einer anderen bürgerlichen Zeitung, des Mailänder „*Corriere della Sera*", berichtet über das Wüten der portugiesischen Zensur nach dem Königsmord. Telegramme werden nicht durchgelassen. Minister und Könige verfügen nicht über jene „Gutmütigkeit", die dem honetten Bourgeois bei den Volksmassen so gefällt! Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg, so denken mit Recht die portugiesischen Abenteurer, die den Platz des ermordeten Königs eingenommen haben. Schwierigkeiten in der Nachrichtenübermittlung gibt es nicht weniger als während eines Krieges. Man ist genötigt, Nachrichten auf Umwegen zu befördern: zunächst mit der Post nach Paris (eventuell an eine Privatadresse), von dort erst werden sie weiter nach Mailand geschickt. „Sogar in Rußland", schreibt der Korrespondent am 7. Februar, „hat während der erregtesten revolutionären Perioden die Zensur niemals derart gewütet wie jetzt in Portugal."

„Manche republikanischen Zeitungen", teilt dieser Korrespondent am 9. Februar n. St. mit, „schreiben heute (am Tage der Beisetzung des Königs) eine Sprache, die in einem Telegramm zu wiederholen ich keinesfalls wagen würde." In einer Mitteilung vom 8. Februar, die später als die vorige den Bestimmungsort erreichte, wird die Berichterstattung der Zeitung „*Pays*" über die Beisetzungsfeierlichkeiten zitiert:

„Man trägt die sterblichen Überreste der beiden Monarchen vorüber – unnütze Trümmer der zusammenbrechenden Monarchie, die sich durch Verrat und Privilegien hielt, die mit ihren Verbrechen zwei Jahrhunderte unserer Geschichte besudelte."

„Gewiß, das ist eine republikanische Zeitung", fährt der Korrespondent fort, „aber spricht das Erscheinen eines Artikels mit solchen Sätzen am Tage der Bestattung des Königs nicht eine beredte Sprache?"

Wir unserseits fügen hinzu, daß wir nur das eine bedauern können: daß die republikanische Bewegung in Portugal nicht genügend entschieden und offen mit allen Abenteurern abgerechnet hat. Wir bedauern, daß man

bei dem Attentat auf den König von Portugal noch deutlich das Element des verschwörerischen, d. h. kraftlosen, in seinem Wesen das Ziel verfehlenden Terrors erkennt, während der wahrhafte, vom gesamten Volk ausgeübte, wirklich das Land erneuernde Terror, durch den die Große Französische Revolution sich mit Ruhm bedeckt hat, noch schwach entwickelt ist. Es ist möglich, daß sich die republikanische Bewegung in Portugal noch höher erheben wird. Die Sympathie des sozialistischen Proletariats wird immer auf der Seite der Republikaner gegen die Monarchie sein. Aber bis jetzt ist es in Portugal nur gelungen, die Monarchie durch den Mord an zwei Monarchen zu *erschrecken*, nicht aber zu *vernichten*.

Die Sozialisten aller europäischen Parlamente haben, so gut sie es verstanden und konnten, ihre Sympathie für das portugiesische Volk und die portugiesischen Republikaner erklärt und ihren Abscheu gegen die herrschenden Klassen bekundet, deren Vertreter den Mord an einem Abenteurer verurteilten und seinen Nachfolgern ihr Mitgefühl ausdrückten. Manche Sozialisten sprachen ihre Meinung im Parlament offen aus, andere verließen während der Sympathieerklärungen für die „heimgesuchte" Monarchie den Sitzungssaal. Vandervelde wählte im belgischen Parlament den „Mittelweg", den schlimmsten Weg, indem er sich den Satz abrang, daß er „allen Toten", d. h. dem König wie seinen Mördern, Ehre bezeige. Wir hoffen, daß Vandervelde unter den Sozialisten der ganzen Welt der einzige dieser Art bleiben wird.

Die republikanische Tradition ist bei den Sozialisten Europas sehr geschwächt. Das ist verständlich und kann teilweise insofern gerechtfertigt werden, als die Nähe der *sozialistischen* Revolution die praktische Bedeutung des Kampfes für die *bürgerliche* Republik aufhebt. Aber oftmals bedeutet die Schwächung der republikanischen Propaganda nicht das lebendige Drängen zum vollen Sieg des Proletariats, sondern die Schwäche der Erkenntnis der revolutionären Aufgaben des Proletariats überhaupt. Nicht umsonst wies Engels 1891 in seiner Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms mit aller Energie die deutschen Arbeiter auf die Wichtigkeit des Kampfes für die Republik hin, auf die Möglichkeit, daß ein solcher Kampf auch in Deutschland aktuell werden wird.[132]

Bei uns in Rußland hat der Kampf für die Republik unmittelbare praktische Bedeutung. Nur ganz klägliche kleinbürgerliche Opportunisten vom Schlage der Volkssozialisten oder des „Sozialdemokraten" Malischewski

(siehe über ihn im „Proletari" Nr. 7) konnten aus den Erfahrungen der russischen Revolution die Schlußfolgerung ziehen, daß der Kampf für die Republik in Rußland in den Hintergrund trete. Im Gegenteil, gerade die Erfahrungen unserer Revolution haben bewiesen, daß der Kampf für die Vernichtung der Monarchie in Rußland untrennbar verbunden ist mit dem Kampf um den Grund und Boden für die Bauern und um die Freiheit für das ganze Volk. Gerade die Erfahrungen mit unserer Konterrevolution haben bewiesen, daß ein Befreiungskampf, der die Monarchie verschont, kein Kampf ist, sondern spießbürgerliche Feigheit und Schwäche oder direkte Irreführung des Volkes durch die Karrieristen des bürgerlichen Parlamentarismus.

„Proletari" Nr. 22,
(3. März) 19. Februar 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE LEHREN DER KOMMUNE[133]

Nachdem der Staatsstreich die Revolution von 1848 abgeschlossen hatte, war Frankreich auf 18 Jahre unter das Joch des napoleonischen Regimes geraten. Dieses Regime hatte dem Land nicht nur den wirtschaftlichen Ruin, sondern auch die nationale Erniedrigung gebracht. Das Proletariat, das sich gegen das alte Regime erhob, übernahm zwei Aufgaben – eine gesamtnationale und eine Klassenaufgabe: die Befreiung Frankreichs von der Invasion Deutschlands und die sozialistische Befreiung der Arbeiter vom Kapitalismus. Diese Verknüpfung der beiden Aufgaben ist ein höchst charakteristisches Merkmal der Kommune.

Die Bourgeoisie bildete damals eine „Regierung der nationalen Verteidigung", und das Proletariat sollte unter der Leitung dieser Regierung für die Unabhängigkeit der ganzen Nation kämpfen. In Wirklichkeit war das eine Regierung des „nationalen Verrats", die ihre Aufgabe im Kampf gegen das Pariser Proletariat sah. Das Proletariat jedoch, von patriotischen Illusionen geblendet, bemerkte das nicht. Der patriotische Gedanke reichte noch in die Zeit der Großen Revolution des 18. Jahrhunderts zurück, er beherrschte die Köpfe der Sozialisten der Kommune, und Blanqui zum Beispiel, zweifellos ein Revolutionär und feuriger Anhänger des Sozialismus, fand für seine Zeitung keinen passenderen Namen als den bürgerlichen Alarmruf: *„Das Vaterland ist in Gefahr!"*

In der Vereinigung sich widersprechender Aufgaben – des Patriotismus und des Sozialismus – lag der verhängnisvolle Fehler der französischen Sozialisten. Bereits im Manifest der Internationale, im September 1870, warnte Marx das französische Proletariat davor, sich von der trügerischen nationalen Idee hinreißen zu lassen[134]: Seit der Großen Revolution haben

sich tiefe Wandlungen vollzogen, die Klassengegensätze haben sich verschärft, und wenn damals der Kampf gegen die Reaktion ganz Europas die gesamte revolutionäre Nation zusammengeschweißt hat, so darf das Proletariat nunmehr seine Interessen schon nicht mehr mit den Interessen anderer, ihm feindlicher Klassen verbinden; möge die Bourgeoisie die Verantwortung für die nationale Erniedrigung tragen – Sache des Proletariats ist es, für die sozialistische Befreiung der Arbeit vom Joch der Bourgeoisie zu kämpfen.

Und in der Tat: Das wahre Wesen des bürgerlichen „Patriotismus" trat gar bald zutage. Nach dem Abschluß des schmachvollen Friedens mit den Preußen wandte sich die Versailler Regierung ihrer unmittelbaren Aufgabe zu – und unternahm einen Vorstoß gegen die von ihr so gefürchtete Bewaffnung des Pariser Proletariats. Die Arbeiter antworteten mit der Ausrufung der Kommune und dem Bürgerkrieg.

Obwohl das sozialistische Proletariat in viele Sekten gespalten war, gab die Kommune ein glänzendes Beispiel dafür, wie es das Proletariat versteht, einmütig die demokratischen Aufgaben zu lösen, die die Bourgeoisie nur zu proklamieren fähig war. Ohne jede besondere komplizierte Gesetzgebung, einfach und sachlich, führte das Proletariat, nachdem es die Macht ergriffen hatte, die Demokratisierung der Gesellschaftsordnung durch; es beseitigte die Bürokratie und führte die Wählbarkeit der Beamten durch das Volk ein.

Zwei Fehler machten jedoch die Früchte des glänzenden Sieges zunichte. Das Proletariat blieb auf halbem Wege stehen: statt zur „Expropriation der Expropriateure" zu schreiten, gab es sich Träumen darüber hin, daß in dem durch die gesamtnationale Aufgabe geeinigten Lande die höchste Gerechtigkeit Wirklichkeit werde. Solche Einrichtungen wie zum Beispiel die Bank wurden nicht in Besitz genommen, unter den Sozialisten herrschten noch die proudhonistischen Theorien des „gerechten Tausches" usw. Der zweite Fehler war die übermäßige Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es unterschätzte die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg; und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die Kräfte der Finsternis zu sammeln und zur blutigen Maiwoche zu rüsten.

Doch trotz all ihrer Fehler bietet die Kommune das großartigste Beispiel der größten proletarischen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Marx schätzte die historische Bedeutung der Kommune hoch ein – hätten die Arbeiter während des verräterischen Vorstoßes der Versailler Bande gegen die Bewaffnung des Pariser Proletariats sich kampflos die Waffen wegnehmen lassen, so wäre die verhängnisvolle Wirkung der durch eine derartige Schwäche in die proletarische Bewegung hineingetragenen Demoralisation unendlich viel größer gewesen als der Schaden infolge der Verluste, die die Arbeiterklasse im Kampfe für die Verteidigung ihrer Waffen erlitten hat.[135] Wie groß die Opfer der Kommune auch waren, sie werden durch ihre Bedeutung für den Kampf des gesamten Proletariats aufgewogen: die Kommune hat die sozialistische Bewegung in Europa in Fluß gebracht, sie hat die Kraft des Bürgerkriegs gezeigt, sie hat die patriotischen Illusionen zerstreut und den naiven Glauben an die gesamtnationalen Bestrebungen der Bourgeoisie zerstört. Die Kommune hat das europäische Proletariat gelehrt, die Aufgaben der sozialistischen Revolution konkret zu stellen.

Die Lehren, die das Proletariat gewonnen hat, werden nicht in Vergessenheit geraten. Die Arbeiterklasse wird von ihnen Gebrauch machen, wie sie das bereits in Rußland im Dezemberaufstand getan hat.

Die Epoche, die der russischen Revolution vorausging und sie vorbereitete, weist eine gewisse Ähnlichkeit mit der Epoche des napoleonischen Jochs in Frankreich auf. Auch in Rußland brachte die absolutistische Clique dem Land die Schrecken des wirtschaftlichen Ruins und die nationale Erniedrigung. Doch lange Zeit hindurch, solange die soziale Entwicklung nicht die Voraussetzungen für eine Massenbewegung geschaffen hatte, konnte die Revolution nicht zum Ausbruch kommen, und trotz all ihres Heldenmuts zerschellten in der vorrevolutionären Periode die isolierten Angriffe gegen die Regierung an der Gleichgültigkeit der Volksmassen. Erst die Sozialdemokratie hat durch zähe und planmäßige Arbeit die Massen zu den höchsten Kampfformen erzogen – zu Massenaktionen und zum bewaffneten Bürgerkrieg.

Die Sozialdemokratie hat es verstanden, in dem jungen Proletariat die „gesamtnationalen" und „patriotischen" Verirrungen auszumerzen, und nachdem es dank ihrer unmittelbaren Einmischung gelungen war, dem Zaren das Manifest vom 17. Oktober abzutrotzen, machte sich das Pro-

letariat daran, die weitere unausbleibliche Etappe der Revolution – den bewaffneten Aufstand – tatkräftig vorzubereiten. Frei von „gesamtnationalen" Illusionen, konzentrierte es seine Klassenkräfte in seinen Massenorganisationen, den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten usw. Und ungeachtet des großen Unterschieds der Ziele und Aufgaben, vor denen die russische Revolution, gemessen an der französischen von 1871, steht, mußte das russische Proletariat zu derselben Kampfmethode greifen, zu der die Pariser Kommune den Grund gelegt hatte – zum Bürgerkrieg. Eingedenk ihrer Lehren wußte es, daß das Proletariat friedliche Kampfmittel nicht verschmähen darf – sie dienen seinen Tagesinteressen, den Interessen des Alltags, sie sind in den Zeiten der Vorbereitung der Revolution notwendig –, jedoch darf das Proletariat auch niemals vergessen, daß der Klassenkampf unter bestimmten Bedingungen die Form des bewaffneten Kampfes und des Bürgerkriegs annimmt. Es gibt Augenblicke, wo die Interessen des Proletariats eine rücksichtslose Vernichtung der Feinde in offener Schlacht erfordern. Das hat das französische Proletariat in der Kommune zum erstenmal gezeigt, und das russische Proletariat hat es im Dezemberaufstand glänzend bestätigt.

Sind diese beiden gewaltigen Aufstände der Arbeiterklasse auch niedergeschlagen worden – ein neuer Aufstand wird kommen, dem gegenüber sich die Kräfte der Feinde des Proletariats als zu schwach erweisen werden und in dem das sozialistische Proletariat den vollen Sieg davontragen wird.

„Sagranitschnaja Gaseta" Nr. 2, 23. März 1908.

Nach dem Text der „Sagranitschnaja Gaseta".

POLIZEILICH-PATRIOTISCHE DEMONSTRATION AUF BESTELLUNG

Der „große Tag des Parlaments", die Dumasitzung vom 27. Februar, findet bei unseren bürgerlichen Parteien eine rührend einmütige Beurteilung. Alle sind zufrieden, alle freuen sich, alle sind gerührt, von den Schwarzhundertern und dem „Nowoje Wremja" bis zu den Kadetten und der „Stolitschnaja Potschta", die „vor ihrem Ableben" gerade noch schreiben konnte (in der Nummer vom 28. Februar):

„Der allgemeine Eindruck (von der Dumasitzung vom 27. Februar) ist überaus günstig ... Zum ersten Male im öffentlichen und staatlichen Leben Rußlands macht die Regierung das Land offen mit ihren Auffassungen über außenpolitische Fragen bekannt."

Auch wir geben gern zu, daß der große Tag im Parlament, wenn nicht „zum ersten Male", so doch besonders anschaulich, die tiefe Einmütigkeit von Schwarzhundertern, Regierung, Liberalen und „Demokraten" vom Schlage der „Stolitschnaja Potschta" demonstriert hat, eine Einmütigkeit in den Grundfragen des „öffentlichen und staatlichen Lebens". Daher scheint es uns unbedingt notwendig, die Stellung, die alle Parteien an diesem Tag und aus Anlaß dieses Tages eingenommen haben, aufmerksam zu studieren.

Führer der Regierungspartei der Oktobristen ist Herr Gutschkow. Er richtet „an die Regierungsvertreter die Bitte", über die wirkliche Lage im Fernen Osten Aufschluß zu geben. Er erläutert von der Dumatribüne herab die Bedeutung der Sparsamkeit – zum Beispiel soll der Botschafter in Tokio statt 60000 Rubel ein Jahresgehalt von 50000 Rubel beziehen. Wir reformieren, Spaß beiseite! Er erklärt ferner, beunruhigende Nach-

richten über die Fernostpolitik, über einen drohenden Krieg mit Japan, hätten „in der Presse Eingang gefunden". Daß der russischen Presse ein Maulkorb angelegt ist, davon spricht der Führer der Kapitalisten natürlich nicht. Wozu auch? Im Programm mag Pressefreiheit stehen. Das ist unerläßlich für eine „europäische" Partei. Wirklicher *Kampf* gegen die Knebelung der Presse, rücksichtslose Entlarvung der notorischen Korruptheit der einflußreichen russischen Presseorgane – es wäre lächerlich, dergleichen von Herrn Gutschkow wie auch von Herrn Miljukow zu erwarten. Dafür hat aber Herr Gutschkow über den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik die Wahrheit gesagt, das heißt, er hat ausgeplaudert, was in Wirklichkeit hinter der Komödie steckt, die am 27. Februar von der Duma aufgeführt wurde.

„Die Tatsache", verkündete er, „daß wir mit raschen Schritten auf dem Wege der Beruhigung und Befriedung vorwärtsschreiten, muß unseren Gegnern zeigen, daß der Versuch (Rußlands), seine Interessen zu wahren, diesmal zweifellos erfolgreich sein wird." Die Schwarzhunderter und Oktobristen spenden Beifall. Wie denn auch nicht! Haben sie doch von Anfang an ausgezeichnet verstanden, daß der *Kern* der zur Erörterung stehenden Frage und des ganzen feierlichen Auftretens der Regierung in der Person des Herrn Iswolski darin besteht, die konterrevolutionäre Politik unserer Nachfolger Murawjows des Henkers als Beruhigungs- und Befriedungswerk zu proklamieren. Europa und der ganzen Welt soll gezeigt werden, daß dem „äußeren Feind" ein „einiges Rußland" gegenübersteht, das ein kleines Häuflein von Rebellen (gar nicht viel – etwa hundert Millionen Arbeiter und Bauern!) zu Ruhe und Frieden bringt, um den „Versuchen, seine Interessen zu wahren", den Erfolg zu sichern.

Ja, Herr Gutschkow hat es verstanden auszusprechen, was *ihm* not tat, was den vereinten Gutsbesitzern und Kapitalisten not tat.

Professor Kapustin, ein „linker" Oktobrist, die Hoffnung der Kadetten, die Zuversicht der Anhänger des Friedens zwischen Gesellschaft und Staatsmacht, beeilte sich, in die Fußtapfen Gutschkows zu treten und seine Politik durch widerlich salbungsvolle liberale Heuchelei schmackhaft zu machen. „Gebe Gott, ihr (der Duma) werde nachgerühmt, daß wir mit dem Gelde des Volkes sparsam umgehen." 50000 Jahresgehalt für einen Botschafter – ist das nicht eine Ersparnis von vollen 10000 Rubel? Ist es nicht ein „herrliches Beispiel, das unsere höchsten Würdenträger, im Be-

wußtsein der ernsten und schweren Zeit, die Rußland heute durchmacht, geben werden" ... „Auf den verschiedensten Gebieten im Leben des Landes stehen wir vor durchgreifenden Reformen, und das erfordert große Mittel."

... Juduschka Golowljow* ist ein Waisenknabe im Vergleich mit diesem Parlamentarier! Ein Professor auf der Dumatribüne, in Verzückung über das herrliche Beispiel höchster Würdenträger ... Aber was soll man von einem Oktobristen reden, wenn Liberale und bürgerliche Demokraten in puncto Stiefelleckerei kaum zurückstehen.

Nun zur Rede des Ministers des Auswärtigen, des Herrn Iswolski. Etwas Besseres als einen solchen Anhaltspunkt, wie Kapustin ihn auf dem Tablett präsentierte, konnte er sich natürlich gar nicht wünschen. Und so redete der Minister des langen und breiten von der Notwendigkeit, die Ausgaben einzuschränken – oder den Personaletat zu revidieren, um Botschaftern, die „nicht über eigene Mittel verfügen", zu helfen. Iswolski betont, daß er mit Genehmigung Nikolaus' II. spricht, und preist „Kraft, Vernunft und Patriotismus des russischen Volkes", das „seine gesamten Kräfte, die materiellen wie die geistigen, einsetzen wird, um Rußland seine heutigen asiatischen Besitzungen zu sichern und sie zu allseitiger Entwicklung zu bringen".

Der Minister sagte, was zu sagen ihn die Kamarilla beauftragt hatte. Das Wort gehört nunmehr dem Führer der Opposition, Herrn Miljukow. Er erklärt auf der Stelle: „Die Partei der Volksfreiheit, in Gestalt ihrer hier anwesenden Fraktion, hat mit tiefer Genugtuung die Worte des Ministers des Auswärtigen vernommen und hält es für ihre Pflicht, seine erste Rede zu begrüßen, die der Vertretung des Landes über Fragen der russischen Außenpolitik Auskunft gibt. Es steht außer Zweifel, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt ... die russische Regierung ... sich bei der Verfolgung ihrer Absichten auf die russische öffentliche Meinung stützen muß."

In der Tat, das steht ganz außer Zweifel. Die Regierung der Konterrevolution muß sich bei der Verfolgung ihrer Absichten darauf stützen, was im Ausland als die russische öffentliche Meinung aufgefaßt (oder dafür ausgegeben) werden könnte. Sie muß es tun insbesondere, um eine Anleihe

* Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow" von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

zu bekommen, ohne die der ganzen Stolypinschen Politik des Zarismus, berechnet auf viele Jahre systematischer Gewaltmaßnahmen gegen die Masse des Volkes, Bankrott und Zusammenbruch drohen.

Herr Miljukow ist der wahren Bedeutung des feierlichen Auftretens der Herren Iswolski, Gutschkow und Co. ganz nahe gekommen. Dieses Auftreten war von der Schwarzhunderterbande Nikolaus' II. bestellt. Jede Einzelheit dieser polizeilich-patriotischen Demonstration war im voraus abgekartet. Die Dumamarionetten tanzten in dieser Komödie nach der Pfeife der absolutistischen Kamarilla: ohne Unterstützung der westeuropäischen Bourgeoisie kann sich Nikolaus II. nicht halten. So muß die *ganze* russische Bourgeoisie, die rechte sowohl als auch die *linke*, bewogen werden, der Regierung, ihrer „Friedenspolitik", ihrer Festigkeit, ihren Absichten und Fähigkeiten zur Beruhigung und Befriedung feierlich ihr Vertrauen auszudrücken. Die Regierung brauchte das als Blankounterschrift auf einem Wechsel. Das ist der Zweck, warum man Herrn Iswolski, der bei den Kadetten am „beliebtesten" ist, vorgeschoben hat, warum man diese ganze unverschämte Heuchelei über sparsames Umgehen mit dem Gelde des Volkes, über Reformen, darüber, daß die Regierung „offen" über die Außenpolitik „Aufschluß gibt", bestellt hat, obwohl es jedermann klar ist, daß man keinerlei Aufschluß geben wollte und keinerlei Aufschluß gegeben hat.

Und die liberale Opposition ließ sich von der Polizei- und Schwarzhundertermonarchie gehorsam als Marionette gebrauchen! Während eine entschlossene Verkündung der Wahrheit durch die bürgerliche Dumaminderheit zweifellos eine große Rolle gespielt und der Regierung die Aufnahme einer Milliardenanleihe für neue Strafexpeditionen, Galgen, Gefängnisse und verstärkte Sicherheitsmaßnahmen unmöglich gemacht (oder erschwert) hätte, sank die Kadettenpartei dem vergötterten Monarchen zu Füßen, war sie bestrebt, sich lieb Kind zu machen. Herr Miljukow tat das, indem er seinen Patriotismus bewies. Er spielte sich als Kenner der Außenpolitik auf, einzig weil er in irgendwelchen Vorzimmern Informationen über Iswolski als Liberalen gesammelt hatte. Herr Miljukow hat durchaus bewußt den Wechsel unterschrieben, als er den Minister des Zaren im Namen der ganzen Kadettenpartei feierlich „begrüßte", denn er wußte sehr gut, daß am nächsten Tag alle europäischen Zeitungen wie auf Kommando erklären würden: die Duma hat einstimmig (mit Aus-

nahme der Sozialdemokraten) der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen, hat ihre Außenpolitik gebilligt ...

In einer Zeitspanne von drei Jahren hat der russische Liberalismus eine Evolution durchgemacht, für die in Deutschland über 30 Jahre, in Frankreich sogar über 100 Jahre erforderlich waren: die Evolution vom Freiheitsanhänger zum willenlosen und niederträchtigen Helfer des Absolutismus. Die spezifische Waffe, über die die Bourgeoisie im Kampfe verfügt – die Möglichkeit, auf den Geldbeutel zu drücken, die Aufbringung von Geldmitteln zu erschweren, „fein gesponnene" Schliche zum Erhalt neuer Anleihen zu durchkreuzen – diese Waffe zu gebrauchen, hatten die Kadetten in der russischen Revolution vielfach Gelegenheit. Doch jedesmal, sowohl im Frühjahr 1906 als auch im Frühjahr 1908, lieferten sie dem Feinde eigenhändig ihre Waffen aus, leckten sie den Pogrommachern die Hände und schworen ihnen Loyalität.

Herr Struve hat rechtzeitig dafür gesorgt, daß diese Praxis auf eine feste theoretische Grundlage gestellt werde. In der Zeitschrift „Russkaja Mysl", die in Wirklichkeit „Tschernosotennaja Mysl" heißen müßte[136], propagiert Herr Struve bereits die Idee eines „Großrußlands", die Idee des bürgerlichen Nationalismus, zetert über die „feindselige Einstellung der Intellektuellen zum Staat" und bringt zum tausendundersten Mal den „russischen Revolutionarismus", den „Marxismus", die „Abtrünnigkeit", den „Klassenkampf", den „banalen Radikalismus" zur Strecke.

Über diese ideologische Evolution des russischen Liberalismus können wir uns nur freuen. Denn in Wirklichkeit *hat sich* dieser Liberalismus in der russischen Revolution *bereits* dergestalt gezeigt, wie ihn Herr Struve als systematischen, einheitlichen, durchdachten, „philosophischen" Liberalismus schaffen will. Die Herausarbeitung einer konsequenten konterrevolutionären *Ideologie* stellt einen Schlüssel dar, sobald es eine bereits voll ausgebildete Klasse gibt, die in den wichtigsten Lebensperioden des Landes konterrevolutionär gehandelt hat. Eine der Klassenstellung und Klassenpolitik der Bourgeoisie entsprechende Ideologie wird allen helfen, die Überreste des Glaubens an den „Demokratismus" der Kadetten zu überwinden. Die Überwindung dieser Überreste aber ist nützlich, ja sie ist notwendig, damit man im wirklichen Massenkampf um die Demokratisierung Rußlands vorwärtsgehen kann. Herr Struve will einen offen konterrevolutionären Liberalismus. Auch wir wollen ihn, denn die

„Offenherzigkeit" des Liberalismus wird sowohl die demokratische Bauernschaft als auch das sozialistische Proletariat am besten aufklären.

Wenn wir uns nun wieder der Dumasitzung vom 27. Februar zuwenden, so müssen wir sagen, daß das einzige ehrliche und stolze Wort eines Demokraten von einem *Sozialdemokraten* gesprochen wurde. Der Abgeordnete Tschcheïdse betrat die Tribüne, erklärte, die sozialdemokratische Fraktion werde *gegen* den Gesetzentwurf stimmen, und begann, das zu begründen. Doch bereits nach seinen ersten Worten: „Unsere Diplomatie im Westen war stets Stütze der Reaktion und der Interessen..." hieß der Vorsitzende den Arbeitervertreter schweigen. „Die Geschäftsordnung gestattet die Begründung der Stimmabgabe" – stammelten die Kadetten. „Außer den Gründen ist auch die Form von Bedeutung" – antwortete der Bandit, der sich Vorsitzender der III. Duma nennt.

Er hatte von seinem Standpunkt aus recht: was sollte hier die Geschäftsordnung, da es um die geschlossene Durchführung einer polizeilich bestellten patriotischen Demonstration ging?

Der Arbeiterabgeordnete stand in dieser Frage isoliert da. Um so größer ist sein Verdienst. Das Proletariat muß und wird zeigen, daß es fähig ist, allen Verrätereien des Liberalismus und allen Schwankungen des Kleinbürgertums zum Trotz, das Vermächtnis der demokratischen Revolution zu verteidigen.

„Proletari" Nr. 25, (25.) 12. März 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

WIE DIE LIBERALEN DAS VOLK BETRÜGEN

Auf dem jüngsten, dem Londoner, Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde die Frage der Stellung zu den bürgerlichen Parteien behandelt und eine entsprechende Resolution angenommen. Besonders heftige Diskussionen rief dabei auf dem Parteitag jene Stelle der Resolution hervor, in der vom *Betrug* der Liberalen am Volk die Rede ist.* Den Sozialdemokraten des rechten Flügels unserer Partei schien diese Stelle im höchsten Grade falsch. Sie erklärten sogar, es sei unmarxistisch, in einer Resolution von einem „Betrug" der Liberalen am Volk zu sprechen, d. h. den Anschluß gewisser Bevölkerungsschichten an eine gegebene Partei (im vorliegenden Fall die der Kadetten) nicht mit den Klasseninteressen dieser Schichten, sondern mit den „unmoralischen" Methoden der Politik dieser oder jener Gruppe von Parlamentariern, Advokaten, Journalisten usw. zu erklären.

In Wirklichkeit aber verbarg sich hinter diesen wohlanständigen, in ein wohlanständiges scheinmarxistisches Gewand gekleideten Argumenten eine Politik, die darauf abzielt, die Selbständigkeit des Proletariats als Klasse zu schwächen und es (in der Praxis) der liberalen Bourgeoisie unterzuordnen. Denn die Interessen des demokratischen Kleinbürgertums, das den Kadetten Gefolgschaft leistet, werden von diesen Herrschaften nicht ernstlich gewahrt, sondern vielmehr durch ihre Politik des Kokettierens und Paktierens mit der Regierung, mit den Oktobristen, mit der „historischen Macht" der zaristischen Selbstherrschaft *verraten*.

Außerordentlich interessantes Material für eine auf neuen Tatsachen beruhende Beleuchtung dieser Frage – einer der grundlegenden Fragen

* Siehe Werke, Bd. 12, S. 505/506. *Die Red.*

der sozialdemokratischen Taktik in allen kapitalistischen Ländern – liefert uns der gegenwärtige Kampf um das allgemeine Wahlrecht zum preußischen Landtag. Die deutsche Sozialdemokratie hat das Banner dieses Kampfes entrollt. Das Proletariat Berlins, und danach auch das aller anderen Großstädte Deutschlands, ging auf die Straße, organisierte grandiose Demonstrationen von Zehntausenden und legte den Grundstein zu einer breiten Massenbewegung, die bereits jetzt, ganz an ihrem Anfang, zu Gewalttaten der konstitutionellen Behörden, zum Einsatz von Militär, zu bewaffnetem Vorgehen gegen wehrlose Massen geführt hat. Kampf erzeugt Kampf! Stolz und kühn antworteten die Führer des revolutionären Proletariats auf diese Gewalttaten. Aber hier erhob sich die Frage nach der Stellung zur demokratischen (und liberalen) Bourgeoisie im Kampf um das Wahlrecht. Und die Debatten, die hierüber zwischen den deutschen revolutionären Sozialdemokraten und den Opportunisten (Revisionisten, wie man sie in Deutschland nennt) geführt wurden, kommen unserem Streit über das Thema: wie die Liberalen das Volk betrügen, erstaunlich nahe.

Das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der *„Vorwärts"*, hat einen Leitartikel gebracht, dessen Inhalt und Grundgedanke klar in der Überschrift ausgedrückt sind: „Wahlrechtskampf – Klassenkampf!" Obgleich dieser Artikel nur allgemein bekannte sozialdemokratische Wahrheiten in positiver Form darlegte, wurde er doch – wie auch zu erwarten war – von den Opportunisten als Herausforderung aufgefaßt. Der Fehdehandschuh wurde aufgenommen. Genosse Südekum, eine bekannte Persönlichkeit auf dem Gebiet des Munizipalsozialismus, unternahm einen energischen Feldzug gegen diese „Sektentaktik", gegen die „Absonderung des Proletariats", gegen die „Unterstützung der Schwarzhunderter" (Reaktionäre – sagen die Deutschen ein wenig milder) „durch die Sozialdemokraten". Denn auch der deutsche Opportunist betrachtet es als Unterstützung der Schwarzhunderter, wenn man den Klassenkampf in eine dem Proletariat und den Liberalen gemeinsame Sache hineinträgt! „Die Einführung des Reichstagswahlrechts an Stelle der Dreiklassenschande in Preußen ist keine Angelegenheit einer einzigen Klasse", schrieb Südekum. Und er verwies darauf, daß dies eine Angelegenheit „der städtischen Bevölkerung gegen die Agrarier, der Demokratie gegen die Bürokratie, der Bauernschaften gegen die Gutsbezirke, Westelbiens

gegen Ostelbien" sei (d. h. des industriell und kapitalistisch überhaupt fortgeschrittenen Teils des Landes gegen den wirtschaftlich rückständigen). „Es kommt jetzt darauf an, die Freunde der Umgestaltung, was sonst immer sie auch trennen mag, in diesem Punkte zusammenzuführen."

Der Leser sieht, daß das alles ganz bekannte Argumente sind, daß auch hier die Kostümierung streng orthodox-„marxistisch" ist und auch der Hinweis auf die wirtschaftliche Lage und die Interessen bestimmter Elemente der bürgerlichen Demokratie („städtische Demokratie", Bauernschaft usw.) nicht fehlt. Und man braucht wohl nicht hinzuzufügen, daß die deutsche bürgerlich-liberale Presse dieses Liedchen bereits jahrzehntelang unablässig singt und die Sozialdemokratie des Sektierertums, der Unterstützung der Schwarzhunderter und der Unfähigkeit, die Reaktion zu isolieren, beschuldigt.

Mit welchen *Argumenten* widerlegten nun die deutschen revolutionären Sozialdemokraten diese Gedankengänge? Wir wollen ihre Hauptargumente aufzählen, damit die Leser – die über die deutschen Angelegenheiten „als Außenstehende", „ohne Haß und Voreingenommenheit" urteilen – feststellen können, ob hier Hinweise auf besondere örtliche und zeitliche Bedingungen oder solche auf die allgemeinen Prinzipien des Marxismus vorwiegen.

Unsere Freisinnigen „fordern" zwar in ihren Programmen das allgemeine Wahlrecht, schrieb der „Vorwärts". Und darüber schwingen sie jetzt besonders eifrig feierliche Reden. Aber *kämpfen* sie für die Reform? Sehen wir nicht im Gegenteil, daß die wirkliche Volksbewegung, die Straßendemonstrationen, die breite Massenagitation, die Mobilisierung der Massen in ihnen ein schlecht verhehltes Gefühl der Angst, des Abscheus und in seltenen Fällen bestenfalls ein Gefühl der Gleichgültigkeit hervorruft?

Man muß verstehen, die Programme der bürgerlichen Parteien, die Bankett- und Parlamentsreden liberaler Karrieristen von ihrer wirklichen Teilnahme am wirklichen Kampf des Volkes zu unterscheiden. In Worten waren alle bürgerlichen Politikaster in allen parlamentarischen Ländern stets Feuer und Flamme für die Demokratie, gleichzeitig aber verrieten sie die Demokratie.

„Nun gibt es *allerdings innerhalb* des Zentrums und des Freisinns Elemente, die am allgemeinen und gleichen Wahlrecht interessiert sind",

schrieb der „Vorwärts". Aber nicht diese Elemente, nicht die kleinen Handwerker, nicht die Halbproletarier, nicht die halbruinierten Bauern sind die Führer der bürgerlichen Parteien. Sie folgen den liberalen Bourgeois, die sie vom Kampf abzulenken suchen, hinter ihrem Rücken Kompromisse mit der Reaktion schließen, ihr Klassenbewußtsein korrumpieren und sich nicht wirklich für ihre Interessen einsetzen.

Um solche Elemente in den Kampf für das allgemeine Wahlrecht hineinzuziehen, muß man das Klassenbewußtsein in ihnen wecken und sie von den schwankenden bürgerlichen Parteien loslösen. „Innerhalb des Freisinns bilden sie eine ohnmächtige, immer wieder vertröstete und dann stets von neuem *düpierte* Minorität, deren politische Energie völlig brachgelegt ist. Soll aber der Freisinn, und sollte das Zentrum wirklich durch Stimmenverluste zu Konzessionen an die Demokratie zu zwingen sein, so wäre gerade das Mittel des Klassenkampfes und der durch ihn verursachten Schwächung dieser Parteien das einzige Mittel, das widerstrebende Bürgertum nach links zu drängen."

Denn die politischen Tatsachen haben längst bewiesen, daß den Freisinnigen die Reaktion weniger verhaßt ist als die Sozialdemokratie. „Es gilt nicht nur, mit schonungsloser Schärfe die Sünden aller bürgerlichen Parteien zu geißeln, sondern es gilt auch vor allen Dingen, die Wahlrechtsverrätereien des Freisinns und des Zentrums als notwendige Konsequenz des Klassencharakters dieser Parteien darzustellen."

Ob unsere Kadetten fähig sind, für die in ihrem Programm aufgestellten demokratischen Forderungen zu „kämpfen", oder ob sie diese nur aufstellen, um die den Liberalen folgenden Kleinbürger und Bauern an die Oktobristen zu verraten – früher oder später wird diese Frage immer wieder an die russischen Sozialdemokraten herantreten, wie sie schon im Verlauf der Revolution mehr als einmal aufgetaucht ist. Darum wird es manch einem aus unserer Partei nicht schaden, über die Argumente des *„Vorwärts"* nachzudenken.

PS. Der vorliegende Artikel war bereits in Satz gegeben, als wir in Nr. 52 der „Retsch" (vom 1. März) den Artikel „Die Krise des deutschen Liberalismus" von Herrn K. D., dem Berliner Korrespondenten dieser Zeitung, lasen. Die Polemik des „Vorwärts" mit Südekum erwähnt der Verfasser im üblichen Ton und mit den üblichen Manieren unserer libera-

len Fälscher. Die Argumente der einen wie der anderen Partei darzulegen, genaue Zitate anzuführen – daran denkt der Verfasser gar nicht. Er erklärt einfach: „Der offizielle ‚Vorwärts' überschüttet den Ketzer sofort mit Kübeln von Schmutz und beschuldigt ihn in einem seines leichtfertigen, provozierenden Tones wegen äußerst unappetitlichen Leitartikel der Unwissenheit und unerlaubten Vergeßlichkeit gegenüber den Parteidogmen." Wir überlassen es dem Leser, zu beurteilen, ob Südekum selber es „appetitlich" finden wird, dergestalt von den Kadetten verteidigt zu werden. Aber das ist nun einmal das Schicksal der Revisionisten eines jeden Landes: verstärkte Unterstützung und gefühlvolle „Anerkennung" ihrer Bemühungen bei der Bourgeoisie zu finden. Ein Bündnis der Südekum mit den Herren Struve – man kann wohl kaum etwas „Appetitlicheres" erdenken, um die Richtigkeit unserer Position zu bekräftigen.

„Proletari" Nr. 25,
(25.) 12. März 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

MARX IM URTEIL DES INTERNATIONALEN LIBERALISMUS

Der Held eines Turgenjewschen Werkes verändert die Worte des großen deutschen Dichters folgendermaßen:

Wer den Feind will versteh'n,
Muß in Feindes Lande geh'n*

d. h., er muß sich unmittelbar mit den Gewohnheiten, Sitten und Methoden, nach denen der Feind urteilt und handelt, bekannt machen.

Auch den Marxisten kann es nicht schaden, wenn sie einen Blick darauf werfen, wie sich einflußreiche politische Organe der verschiedenen Länder anläßlich des fünfundzwanzigsten Todestages von Marx äußern, vor allem die liberalen und „demokratischen" bürgerlichen Zeitungen, die die Möglichkeit, die Lesermassen zu beeinflussen, mit dem Recht vereinigen, im Namen der offiziellen, amtlichen, titelgeschmückten Professorenwissenschaft zu sprechen.

Wir beginnen unsere Übersicht mit den „Russkije Wedomosti", dem ruhigsten (und langweiligsten), gelehrtesten (dem wirklichen Leben völlig fernstehenden) Professorenblatt. In dem kleinen Artikel anläßlich der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Todestages von Karl Marx (Nr. 51 vom 1. März) ist ein trockener, hölzerner Ton vorherrschend – „Objektivität", wie es in der Sprache der „Ordinarien" und „Extraordinarien" heißt... Der Verfasser des Artikels sucht sich auf Tatsachen und Tatsächelchen zu beschränken. Und er ist, als unparteiischer Historiker, bereit, Marx Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – wenigstens für Vergangenes, das schon dahin ist und über das man sprechen kann, ohne sich

* Bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

zu ereifern. Die *„Russkije Wedomosti"* erkennen in Marx sowohl „die einzigartige Gestalt" wie den „in der Wissenschaft großen" Menschen, den „hervorragenden Führer des Proletariats" und den Organisator der Massen an. Aber diese Anerkennung gilt nur dem Vergangenen: „Heute", meint die Zeitung, „sind wahrlich neue Wege notwendig", d. h. neue Wege der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, die keine Ähnlichkeit mit dem „alten Marxismus" aufweisen. Was das nun für neue Wege sind, davon spricht die Zeitung nicht direkt – das wäre ein zu wirklichkeitsnahes Thema für Professoren und ein allzu „unvorsichtiger" Gegenstand für die Virtuosen der Kunst, „taktvoll zu schweigen". Aber es werden deutliche Anspielungen gemacht: „Viele von seinen (Marx') Konstruktionen sind durch die wissenschaftliche Analyse und die unerbittliche Kritik der Ereignisse zerstört worden. Unter den Gelehrten gibt es kaum Anhänger, die seinem System als Ganzes treu sind. Marx' geistiges Kind – die deutsche Sozialdemokratie – hat sich recht stark von dem revolutionären Wege abgewandt, der von den Begründern des deutschen Sozialismus vorgezeichnet war." Man sieht: nur wenig ist es, was der Verfasser nicht ausspricht: den Wunsch, Marx auf revisionistische Art zu *korrigieren*.

Eine andere einflußreiche Zeitung, die *„Retsch"*, das Organ der politischen Partei, die im Konzert des russischen Liberalismus die erste Geige spielt, tritt mit einer weitaus lebendigeren Würdigung von Marx hervor. Die Tendenz ist selbstverständlich dieselbe wie bei den *„Russkije Wedomosti"*, aber wenn wir dort die Vorrede zu einem dicken Buch sahen, so finden wir hier politische Losungen, die unmittelbar für eine ganze Reihe von Reden von der Tribüne des Parlaments herab, bei der Einschätzung aller Tagesereignisse, aller Fragen der Gegenwart, richtunggebend sein können. Den Artikel „Karl Marx und Rußland" (Nr. 53 vom 2. März) schreibt der bekannte Überläufer Herr Isgojew – ein Muster jener russischen Intellektuellen, die im Alter von 25 bis 30 Jahren „in Marxismus machen", im Alter von 35 bis 40 Jahren liberalisieren und sich später als Schwarzhunderter betätigen.

Herr Isgojew ist (wie er selbst erklärt und wie es ihm der Großmeister des Renegatentums, Herr Struve, bestätigt hat) von den Sozialdemokraten zu den Liberalen hinübergewechselt, gerade damals, als nach den ersten verblüffenden Erfolgen der Revolution die schwere Zeit des langen

und hartnäckigen Kampfes mit der sich konsolidierenden Konterrevolution begann. Und Herr Isgojew ist in dieser Beziehung außerordentlich typisch. Er erklärt und demonstriert vortrefflich, *wem* das professorenhafte Getue bei der Würdigung von Marx dient, *wessen Arbeit* diese mit Titeln geschmückte „Wissenschaft" besorgt. „Dieser politikasternde Taktiker", donnert Isgojew über Marx, „ist dem großen Gelehrten recht hinderlich gewesen und ist für ihn zur Ursache nicht weniger Irrtümer geworden." Der Grundirrtum ist selbstverständlich, daß neben dem richtigen, vernünftigen, von der „Mehrheit" (der Mehrheit der Philister?) gebilligten *„evolutionären* Marxismus" der verderbliche, unwissenschaftliche, phantastische und „durch das volkstümlerische Dünnbier verfälschte" revolutionäre Marxismus ans Tageslicht getreten ist. Die Rolle *dieses* Marxismus in der russischen Revolution empört unseren Liberalen besonders. Bedenkt doch nur: man ist so weit gegangen, von der Diktatur des Proletariats zur Durchführung eben dieser „bürgerlichen Revolution" oder gar von der „im Munde von Marxisten ganz phantastisch klingenden Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" zu sprechen. „Kein Wunder, daß der revolutionäre Marxismus in der Form, in der er in Rußland von den Bolschewiki verschiedener Färbung vertreten wird, Bankrott machte." „... Man muß an den Ausbau einer gewöhnlichen ‚bourgeoisen' (die ironischen Gänsefüßchen stammen von Herrn Isgojew) Verfassung denken."

Da haben wir einen ideell ganz fertigen und politisch reifen Oktobristen, der völlig überzeugt ist, daß der Marxismus und die revolutionäre Taktik und nicht die Kadettentaktik der Kompromisse und des Verrats Bankrott gemacht hat!

Gehen wir weiter. Von der russischen Presse gehen wir zur deutschen über, die in freier Atmosphäre wirkt, angesichts einer legalen sozialistischen Partei, die in Dutzenden von Tageszeitungen ihrer Meinung Ausdruck gibt. Eine der reichsten, verbreitetsten und „demokratischsten" bürgerlichen Zeitungen Deutschlands, die „Frankfurter Zeitung", widmet der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Todestages von Marx einen langen Leitartikel (Nr. 76 vom 16. März n. St., Abendblatt). Die deutschen „Demokraten" packen den Stier sogleich bei den Hörnern. „Es versteht sich", erzählen sie uns, „daß die sozialdemokratische Presse an diesem Tage in zahlreichen Artikeln ihres Meisters gedachte. Aber sogar in einem

angesehenen nationalliberalen Blatte wurde Marx, wenn auch mit den üblichen Verwahrungen, als ein Großer gefeiert. Nun, ein Großer gewiß, aber ein großer Verderber."

Die Zeitung, in der die Blüte jener Spielart des geistigen Schwarzhundertertums vertreten ist, die sich europäischer Liberalismus nennt, fügt erläuternd hinzu, daß sie die persönliche Ehrenhaftigkeit von Marx in keiner Weise anzweifelt. Aber seine Theorien brachten unabsehbaren Schaden. Dadurch, daß er den Begriff der Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit in das Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen einführte, dadurch, daß er die Bedeutung der Moral und die Relativität und Bedingtheit unserer Kenntnisse leugnete, schuf Marx eine antiwissenschaftliche Utopie und geradezu eine „Kirche" seiner sektiererischen Anhänger. Die schädlichste unter seinen Ideen aber ist die Idee des *Klassen*kampfes. Darin liegt alles Übel! Marx nahm den alten Ausspruch von den *two nations* ernst, den zwei Nationen, die innerhalb jeder zivilisierten Nation bestehen, der Nation der „Ausbeuter" und der Nation der „Ausgebeuteten" (diese beiden unwissenschaftlichen Ausdrücke setzt die Zeitung in tödlich-ironische Gänsefüßchen). Marx vergaß die selbstverständliche, klare, allen gesunden Menschen verständliche Wahrheit, daß im sozialen Leben „nicht Kampf, sondern sich Vertragen der Zweck ist". Marx „hat das Volk auseinandergerissen, denn er hat seinen Leuten in die Köpfe gehämmert, daß zwischen ihnen und den anderen keine Gemeinschaft bestehe und daß sie Todfeinde seien".

„Was wäre natürlicher", fragt das Blatt, „als daß die Sozialdemokratie, die in ihren praktischen Forderungen mit vielen Bürgerlichen übereinstimmt, eine Annäherung an sie suchte? Dazu ist es aber nie gekommen, dank der marxistischen Theorie. Die Sozialdemokratie hat sich selber zur Isolation verurteilt. Eine Zeitlang konnte man meinen, daß da ein grundsätzlicher Wandel vor sich gehen werde. Das war damals, als die Revisionisten ihre Kampagne begannen. Aber es war ein Irrtum, und der Unterschied zwischen den Revisionisten und uns besteht unter anderem darin, daß wir diesen Irrtum eingesehen haben und sie nicht. Die Revisionisten glaubten und glauben noch, daß es möglich sei, an Marx einigermaßen festzuhalten und doch eine andere Partei zu werden. Das ist aber eine vergebliche Hoffnung. Man schluckt Marx ganz oder gar nicht, aus einem Mittelding kann nichts werden ..."

Sehr richtig, ihr Herren Liberalen! Mitunter passiert es tatsächlich, daß ihr eine unverhoffte Wahrheit aussprecht!

„Solange die Sozialdemokratie Marx verehrt, solange auch kommt sie von der Idee des Klassenkampfes und all den anderen Dingen nicht los, die das Leben mit ihr schwer machen. Die gelehrte Welt ist darüber einig, daß von den nationalökonomischen Lehren des Marxismus keine einzige sich als stichhaltig erwiesen hat."

So, so. Ihr Herren habt das Wesen der bürgerlichen Wissenschaft, des bürgerlichen Liberalismus und seiner ganzen Politik vortrefflich zum Ausdruck gebracht. Ihr habt begriffen, daß man Marx nicht in Teilen schlukken kann. Die Herren Isgojew und die russischen Liberalen haben das noch nicht begriffen. Bald werden auch sie es begreifen.

Und zum Schluß das konservative Organ einer bürgerlichen Republik: „Journal des Débats". In seiner Nummer vom 15. März schreibt das Blatt anläßlich des Jahrestages, daß die Sozialisten, diese „rohen Gleichmacher", den Kult ihrer großen Männer predigen, daß das Hauptübel an der Lehre von Marx, der „die Bourgeoisie haßte", die Theorie des *Klassen*kampfes sei. „Er predigte den arbeitenden Klassen nicht vorübergehende Konflikte, die Verständigungen nach sich ziehen, sondern den heiligen Krieg, den Vernichtungskrieg, den Krieg der Expropriation, den Krieg um das gelobte Land des Kollektivismus ... eine ungeheuerliche Utopie."

Die bürgerlichen Zeitungen schreiben gut, wenn sie irgend etwas wirklich empfindlich trifft. Und es läßt sich fröhlicher leben, wenn man sieht, wie die ideelle Einheit der liberalen Feinde des Proletariats in der ganzen Welt sich bildet und konsolidiert, denn diese Einheit ist ein Unterpfand für die Einigung der Millionen des internationalen Proletariats, das sich, koste es, was es wolle, sein gelobtes Land erobern wird.

„Proletari" Nr. 25,
(25.) 12. März 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

ANMERKUNGEN

[1] Der Artikel *„Gegen den Boykott"* wurde Ende Juli 1907 in der Broschüre „Über den Boykott der dritten Duma" veröffentlicht. Die Broschüre wurde in einer illegalen sozialdemokratischen Druckerei in Petersburg gedruckt, auf dem Umschlag wurde jedoch der fingierte Erscheinungsort „Moskau 1907, Druckerei Gorisontow, Twerskaja 40" angegeben. Im September 1907 wurde die Broschüre beschlagnahmt. *1*

[2] Der *4. Delegiertenkongreß des Gesamtrussischen Lehrerverbandes* fand vom 19. bis 24. Juni (2. bis 7. Juli) 1907 in Finnland statt. Auf dem Kongreß waren 91 Delegierte anwesend, die über 2000 Lehrer vertraten. *3*

[3] Der *Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907* war ein reaktionärer Umsturz, der in der gewaltsamen Auflösung der II. Reichsduma durch die Regierung und in der Abänderung des Wahlgesetzes für die Dumawahlen seinen Ausdruck fand. Durch das neue Wahlgesetz wurde die Zahl der Vertreter der Gutsbesitzer und der Handels- und Industriebourgeoisie in der Duma um ein vielfaches erhöht, während die ohnehin geringe Zahl von Vertretern der Bauern und der Arbeiter stark verringert wurde. Das Gesetz beraubte den größten Teil der Bevölkerung des Asiatischen Rußlands des Wahlrechts und verkleinerte die Vertretung der Bevölkerung Polens und des Kaukasus um die Hälfte. Die auf der Grundlage dieses Gesetzes gewählte III. Duma, die im November 1907 zusammentrat, war ihrer Zusammensetzung nach eine Duma der Schwarzhunderter und der Kadetten. *3*

[4] *Bulyginsche Duma* – beratende „Vertretungskörperschaft", die die zaristische Regierung im Jahre 1905 schaffen wollte. Der Gesetzentwurf über die Gründung der Reichsduma und die Verordnung über die Dumawahlen wurden von einer Kommission unter dem Vorsitz des Innenministers Bulygin ausgearbeitet und am 6. (19.) August 1905 veröffentlicht. Die Bolschewiki erklärten der Bulyginschen Duma den aktiven Boykott. Der Regierung

gelang es nicht, die Duma einzuberufen; sie wurde durch die Kraft der Revolution hinweggefegt. *4*

[5] *Wittesche Duma* – erste Reichsduma, einberufen am 27. April (10. Mai) 1906 auf Grund einer Verordnung, die der Vorsitzende des Ministerrats, S. J. Witte, ausgearbeitet hatte. Trotz des undemokratischen Charakters des Wahlgesetzes, nach dem die Wahlen zur ersten Duma erfolgten, gelang es dem Zaren nicht, eine gänzlich gefügige Duma zu schaffen. Die Mehrheit in der Duma bildeten die Kadetten.

Am 8. (21.) Juli 1906 wurde die Duma von der zaristischen Regierung auseinandergejagt. *7*

[6] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1969, S. 533. *10*

[7] Der *Vierte (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR* fand vom 10. bis 25. April (23. April bis 8. Mai) 1906 in Stockholm statt.

Auf dem Parteitag waren 112 Delegierte mit beschließender Stimme, die 57 örtliche Organisationen der SDAPR vertraten, und 22 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Vertreten waren auch die nationalen Organisationen: die Sozialdemokratie Polens und Litauens, der „Bund" und die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Finnische Arbeiterpartei. Am Parteitag nahm ferner ein Vertreter der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei teil.

Unter den Delegierten der Bolschewiki waren: W. I. Lenin, M. W. Frunse, J. M. Jaroslawski, M. I. Kalinin, N. K. Krupskaja, A. W. Lunatscharski, S. G. Schaumian, F. A. Sergejew (Artjom), I. I. Skworzow-Stepanow, J. W. Stalin, K. J. Woroschilow und W. W. Worowski.

Die Mehrheit auf dem Parteitag hatten die Menschewiki. Das erklärte sich daraus, daß viele bolschewistische Parteiorganisationen, die an der Spitze der bewaffneten Massenaktionen gestanden hatten, zerschlagen worden waren und keine Delegierten entsenden konnten. Die Zentralgebiete, der Ural, Sibirien, der Norden – die Bollwerke der Bolschewiki – waren nur durch einige wenige Delegierte vertreten. Den Menschewiki aber, die besonders viele Organisationen in den Gebieten ohne große Industrie besaßen, wo es keine revolutionären Massenaktionen gegeben hatte, war es möglich gewesen, mehr Delegierte zu entsenden.

Der Parteitag erörterte folgende Fragen: 1. die Revision des Agrarprogramms; 2. die Beurteilung der gegenwärtigen Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats; 3. die Stellung zur Reichsduma; 4. der bewaffnete Aufstand; 5. Partisanenaktionen; 6. die Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Parteien und 7. das Parteistatut.

Lenin sprach zu allen wichtigen Tagesordnungspunkten (siehe Werke, Bd. 10, S. 277–310) und arbeitete in der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs des Statuts der SDAPR mit. Das zahlenmäßige Übergewicht der Menschewiki auf dem Parteitag bestimmte den Charakter seiner Beschlüsse. Nach hartnäckigem Kampf bestätigte der Parteitag menschewistische Resolutionen über die Reichsduma, über den bewaffneten Aufstand und nahm das Agrarprogramm der Menschewiki an.

In bezug auf die Stellung zu den bürgerlichen Parteien beschränkte sich der Parteitag auf die Bestätigung der Resolution des Amsterdamer Kongresses der II. Internationale. Ohne Diskussion nahm der Parteitag eine Kompromißresolution über die Gewerkschaften und eine Resolution über das Verhältnis zur Bauernbewegung an.

Der Parteitag bestätigte ein neues Statut der Partei, dem das Prinzip des demokratischen Zentralismus zugrunde lag. Der erste Paragraph des Statuts wies die Leninsche Formulierung auf.

Der Parteitag beschloß die Vereinigung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der SDAPR. Sie wurden als territoriale Organisationen, die unter dem Proletariat aller Nationalitäten des jeweiligen Territoriums arbeiten, in die SDAPR aufgenommen.

Dem vom Parteitag gewählten Zentralkomitee gehörten 3 Bolschewiki und 7 Menschewiki an. Die Redaktion des Zentralorgans, der Zeitung „Sozial-Demokrat", bestand nur aus Menschewiki.

Der Parteitag ging in die Geschichte der Partei als „Vereinigungsparteitag" ein. Jedoch wurde auf dem Parteitag nur die formale Vereinigung der SDAPR vollzogen. In Wirklichkeit hatten die Menschewiki und die Bolschewiki ihre eigenen Anschauungen, ihre eigene Plattform zu den wichtigsten Fragen der Revolution und bildeten faktisch zwei Parteien. Lenin analysierte die Arbeit des Parteitags in der Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (Brief an die Petersburger Arbeiter)". (Siehe Werke, Bd. 10, S. 317–386.) *14*

[8] *Dubassow* – Moskauer Generalgouverneur, der den bewaffneten Dezemberaufstand niederwarf; *Stolypin* – Vorsitzender des Ministerrats. *15*

[9] *Kadetten* – Mitglieder der Konstitutionell-Demokratischen Partei, der führenden Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie in Rußland. Die Partei der Kadetten wurde im Oktober 1905 gegründet; ihr gehörten Vertreter der Bourgeoisie, Semstwopolitiker aus den Kreisen der Gutsbesitzer und bürgerliche Intellektuelle an. Später wurde die Partei der Kadetten zur Partei der imperialistischen Bourgeoisie. Während des ersten Weltkriegs

unterstützten die Kadetten aktiv die räuberische Außenpolitik der zaristischen Regierung. *17*

10 *„Towarischtsch"* (Der Gefährte) – bürgerliche Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. *18*

11 *Flugblatt des ZK* – „Brief an die Parteiorganisationen" Nr. 1. Ohne zu einer sofortigen Aktion aufzurufen, forderte das ZK der SDAPR die Parteiorganisationen auf: „. . . die entstehenden Massenbewegungen zu unterstützen und konsequent zu entwickeln und dort, wo mit Sicherheit mit einer aktiven und entschiedenen Unterstützung durch die breiten Massen gerechnet werden kann, sofort die Initiative der Bewegung in die Hand zu nehmen und zugleich dem ZK davon Mitteilung zu machen." *22*

12 Karl Marx, Brief an Kugelmann vom 3. März 1869, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 596. *24*

13 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1968, S. 277. *27*

14 *Oktobristen, Partei der Oktobristen* (auch *„Verband vom 17. Oktober"*) – entstand in Rußland nach der Veröffentlichung des Zarenmanifests vom 17. (30.) Oktober 1905, in dem der Zar unter dem Druck der revolutionären Bewegung einige bürgerliche Freiheiten versprach. Die Oktobristen waren eine konterrevolutionäre Partei, die die Interessen der Großbourgeoisie und der kapitalistisch wirtschaftenden Gutsbesitzer vertrat. An der Spitze der Partei standen der Großindustrielle A. I. Gutschkow und der Großgrundbesitzer M. W. Rodsjanko. Die Oktobristen unterstützten die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung. *28*

15 *„Proletari"* (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei vom 27. April (10. Mai) 1905 ernannte W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO.

Der „Proletari" wurde vom 14. (27.) Mai bis 12. (25.) November 1905 in Genf herausgegeben; es erschienen 26 Nummern. Der „Proletari" setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra" und des bolschewistischen „Wperjod" fort.

Lenin schrieb für die Zeitung etwa 90 Artikel und Notizen.

Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren A. W. Lunatscharski, M. S. Olminski und W. W. Worowski. Eine umfangreiche Arbeit in der Redaktion leisteten N. K. Krupskaja, W. A. Karpinski und W. M. Welitschkina.

Der „Proletari" führte einen schonungslosen Kampf gegen die Menschewiki und andere opportunistische und revisionistische Elemente. Er spielte

eine wichtige Rolle bei der Propagierung der Beschlüsse des III. Parteitags und beim organisatorischen und ideologischen Zusammenschluß der Bolschewiki.

Bald nachdem Lenin Anfang November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari" sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (Nr. 25 und Nr. 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski, aber auch für diese Nummern hatte Lenin einige Artikel geschrieben, die erst nach seiner Abreise aus Genf veröffentlicht wurden. 30

16 *„Proletari"* (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Zeitung, die vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion W. I. Lenins herausgegeben wurde. Insgesamt erschienen 50 Nummern. Die ersten 20 Nummern der Zeitung wurden in Wiborg für den Druck vorbereitet und gesetzt. Später verlegte die Redaktion des „Proletari" auf Beschluß des Petersburger und des Moskauer Komitees der SDAPR die Herausgabe der Zeitung ins Ausland, da sich die Bedingungen für die Herausgabe eines illegalen Organs in Rußland außerordentlich verschlechtert hatten. (Die Nummern 21–40 erschienen in Genf, die Nummern 41–50 in Paris.)

Faktisch war der „Proletari" das Zentralorgan der Bolschewiki. Im „Proletari" wurden über 100 Artikel und Notizen von Lenin zu grundlegenden Fragen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse veröffentlicht. Die Zeitung hatte enge Verbindung zu den örtlichen Parteiorganisationen.

In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari" eine hervorragende Rolle bei der Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen, im Kampf gegen Liquidatoren, Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner.

Auf dem Plenum des ZK der SDAPR im Januar 1910 erreichten die Menschewiki mit Hilfe der Versöhnler, daß ein Beschluß über die Einstellung des „Proletari" gefaßt wurde. 30

17 Der Artikel *„Graf Heyden zum Gedächtnis"* wurde mit der Unterschrift N. L. in dem Sammelband „Stimme des Lebens", St. Petersburg 1907, mit folgender Anmerkung der Redaktion veröffentlicht: „Geschrieben bereits im Juni, unmittelbar nach dem Erscheinen der Lobrede im ‚Towarischtsch', konnte der Artikel aus vom Autor ‚unabhängigen' Gründen bisher nicht veröffentlicht werden. Die Redaktion bringt ihn im vorliegenden Sammelband, da sie der Meinung ist, daß, obwohl der Anlaß zu diesem Artikel heute nicht mehr von Bedeutung ist, sein Inhalt auch jetzt seinen vollen Wert behalten hat." 38

[18] *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz vertrat. Ab 1905 wurde sie zu einem Organ des rechten Flügels der bürgerlichen Kadettenpartei. Sie erschien von 1863 bis 1918 in Moskau. *38*

[19] *„Friedliches Erneuerertum"* – „Partei der friedlichen Erneuerung" – konstitutionell-monarchistische Organisation der Großbourgeoisie und der Gutsbesitzer, die sich endgültig 1906 nach der Auseinanderjagung der I. Reichsduma formiert hatte. Die Partei vereinigte „linke Oktobristen" und „rechte Kadetten". Lenin nannte die „Partei der friedlichen Erneuerung" „Partei der friedlichen Ausplünderung". *43*

[20] Siehe Goethes „Zahme Xenien", VII. *46*

[21] Die *Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR* fand am 8. und 14. (21. und 27.) Juli 1907 in Terijoki (Finnland) statt. Berichte von der Konferenz sind nicht erhalten geblieben. An der ersten Sitzung der Konferenz nahmen 61 Delegierte mit beschließender und 21 mit beratender Stimme teil.

Lenin hielt das Referat über die Stellung zu den Wahlen zur III. Duma. Die Konferenz billigte die Leninsche Linie gegen den Boykott der III. Duma, die er in seinen Thesen und in seinem Referat vertrat. *47*

[22] Die *Dritte Konferenz der SDAPR („Zweite Gesamtrussische Konferenz")* fand vom 21. bis 23. Juli (3. bis 5. August) 1907 in Kotka (Finnland) statt. An der Konferenz nahmen 26 Delegierte teil: 9 Bolschewiki, 5 Menschewiki, 5 polnische und 2 lettische Sozialdemokraten und 5 Bundisten. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: Teilnahme an den Wahlen zur III. Reichsduma, Wahlabkommen mit anderen Parteien, Wahlplattform und Gesamtrussischer Gewerkschaftskongreß. Zur ersten Frage nahm die Konferenz drei Referate entgegen: von den Bolschewiki ein Referat Lenins (gegen den Boykott) und ein Referat A. Bogdanows (für den Boykott) und von den Menschewiki und vom „Bund" ein Referat Dans. Die Konferenz nahm als Grundlage den Leninschen Resolutionsentwurf an, der die Partei aufrief, an der Wahlkampagne teilzunehmen und den Kampf sowohl gegen die rechten Parteien als auch gegen die Kadetten zu führen.

Zur Frage der Wahlabkommen mit anderen Parteien beschloß die Konferenz, daß die Sozialdemokraten im ersten Stadium der Wahlen keinerlei Abkommen mit anderen Parteien schließen sollten. Bei Stichwahlen wurden Abkommen mit allen Parteien, die links von den Kadetten standen, für zulässig erklärt. Im zweiten und in den weiteren Stadien der Wahlen waren Abkommen mit allen revolutionären und oppositionellen Parteien zum Kampf gegen die Rechten erlaubt. In der Arbeiterkurie jedoch sollten die Sozialdemokraten keine Abkommen mit anderen Parteien eingehen, mit

Ausnahme der nationalen sozialdemokratischen Parteien, die nicht der SDAPR angehörten, und der PPS. Zur Frage der Wahlplattform schlug die Konferenz dem ZK vor, sie auf der Grundlage der angenommenen Resolution über die Beteiligung an den Wahlen zur III. Reichsduma auszuarbeiten. Zum Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß nahm die Konferenz zwei Referate entgegen: in dem einen wurde das Prinzip der Parteilichkeit der Gewerkschaften verteidigt, das andere vertrat die Neutralität der Gewerkschaften. Die Konferenz beschloß, die eingebrachten Resolutionsentwürfe zu dieser Frage als Material dem ZK der SDAPR zu übergeben. Dem bolschewistischen Entwurf lag ein von W. I. Lenin vorgeschlagener Text zugrunde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 180, russ.) *50*

[23] *Parteilose Progressisten* – politische Gruppierung der russischen liberalmonarchistischen Bourgeoisie, die bei den Wahlen zu den Reichsdumas und in den Dumas selbst bestrebt war, unter der Flagge der „Parteilosigkeit" Kräfte aus verschiedenen bürgerlich-gutsherrlichen Parteien und Gruppen zu vereinigen. In der III. Reichsduma bildeten die Progressisten eine Fraktion, der Vertreter der Parteien der „friedlichen Erneuerung" und der „demokratischen Reformen" angehörten. *52*

[24] *„Obrasowanije"* (Die Bildung) – legale literarische, populärwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Monatsschrift, die von 1892 bis 1909 in Petersburg erschien. In den Jahren 1902–1908 wurden in dieser Zeitschrift Artikel von Sozialdemokraten veröffentlicht. In Nr. 2 des „Obrasowanije" von 1906 erschienen die Kapitel V–IX von Lenins Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'". (Siehe Werke, Bd. 5, S. 97–221.) *53*

[25] *Burenins Zeitung* nannte Lenin die Zeitung „Nowoje Wremja" (Neue Zeit), das Organ der Monarchisten und Schwarzhunderter. Burenin war Mitarbeiter des „Nowoje Wremja"; er betrieb eine wüste Hetze gegen die Vertreter aller fortschrittlichen Strömungen des gesellschaftlichen Denkens. *57*

[26] *Trudowiki*, Trudowikigruppe (abgeleitet von russ. „trud" = Arbeit) – eine Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die im April 1906 entstand und sich aus Bauernabgeordneten der I. Reichsduma zusammensetzte.

Die Trudowiki forderten die Abschaffung aller ständischen und nationalen Beschränkungen, die Demokratisierung der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung und die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen zur Reichsduma. Das Agrarprogramm der Trudowiki basierte auf den volkstümlerischen Prinzipien der ausgleichenden Bodennutzung: Bildung eines allgemeinen Volksfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts-

und Klosterländereien und auch aus Privatländereien, wenn die Größe des Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; für enteignete Privatländereien sollte eine Entschädigung gezahlt werden. Die Durchführung der Bodenreform sollte örtlichen Bauernkomitees übertragen werden. *60*

27 *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Im Oktober 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. *60*

28 *Rat des vereinigten Adels* – konterrevolutionäre Organisation der Gutsbesitzer, die im Mai 1906 gegründet wurde. Sie übte einen großen Einfluß auf die Politik der Regierung aus. Zur Zeit der III. Reichsduma gehörten viele Mitglieder dieses Rats dem Reichsrat und den leitenden Zentren der Schwarzhunderterorganisationen an. *61*

29 *„Volkssozialisten"* – Mitglieder der kleinbürgerlichen Volkssozialistischen Arbeitspartei, die 1906 aus dem rechten Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre hervorging. Sie stellte gemäßigt-demokratische Forderungen auf, die nicht über den Rahmen einer konstitutionellen Monarchie hinausgingen. Die Volkssozialisten lehnten die im Programm der Sozialrevolutionäre enthaltene Sozialisierung des Bodens ab und waren für die Enteignung der Gutsbesitzerländereien gegen Entschädigung. Lenin nannte die Volkssozialisten „kleinbürgerliche Opportunisten", „Sozialkadetten" und „sozialrevolutionäre Menschewiki".

Die Führer der Volkssozialisten waren A. W. Peschechonow, N. F. Annenski, W. A. Mjakotin und andere. *65*

30 Der *Stuttgarter Kongreß der II. Internationale* tagte vom 18. bis 24. August 1907. An dem Kongreß nahmen 884 Delegierte, Vertreter von sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, teil. Die SDAPR war durch 37 Delegierte vertreten. Von den Bolschewiki nahmen W. I. Lenin, M. M. Litwinow, A. W. Lunatscharski u. a. teil.

Der Kongreß beschäftigte sich mit folgenden Fragen: 1. der Militarismus und die internationalen Konflikte; 2. die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften; 3. die Kolonialfrage; 4. die Ein- und Auswanderung der Arbeiter und 5. Frauenstimmrecht.

W. I. Lenin nahm zum erstenmal an einem internationalen Sozialistenkongreß teil. Er arbeitete in der Kommission zur Frage „Der Militarismus und die internationalen Konflikte" mit und führte während des Kongresses Beratungen mit den hervorragendsten Vertretern der revolutionären Kräfte (Clara Zetkin, Rosa Luxemburg u. a.) über die Grundsätze und die Taktik für ihre Haltung auf dem Kongreß durch.

Das bedeutendste Ergebnis des Stuttgarter Kongresses für die Strategie

und Taktik der sozialistischen Parteien im Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die Resolution zum Tagesordnungspunkt: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. Der Kongreß nahm den von August Bebel verfaßten Resolutionsentwurf an, der durch Zusatzanträge von Lenin, Rosa Luxemburg und Martow im Geiste des revolutionären Marxismus konkretisiert worden war. Die Sozialisten wurden durch diese Resolution verpflichtet, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen bzw. für deren rasche Beendigung zu kämpfen, sondern auch „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen". *66*

[31] In Nr. 17 des „Proletari", in der der vorliegende Artikel veröffentlicht wurde, sind auch die Resolutionen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart wiedergegeben. *66*

[32] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Berlin 1961, S. 625, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1969, S. 621. *68*

[33] *„Gesellschaft der Fabier"* – reformistische Organisation, die 1884 in England gegründet wurde. Die Gesellschaft nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer"), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Die Mitglieder der Gesellschaft der Fabier waren vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Intelligenz: Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker. Sie leugneten die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution und predigten den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels kleiner Reformen. Im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 waren die Fabier Sozialchauvinisten. Eine Charakteristik der Fabier findet sich in Lenins Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere" (Werke, Bd. 12, S. 368/369), im „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution" (Werke, Bd. 15, S. 170/171), „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie" (Werke, Bd. 21, S. 258/259) u. a. *68*

[34] *Woinow* – A. W. Lunatscharski. *70*

[35] *„Die Gleichheit"* – sozialdemokratische Frauenzeitschrift, die von 1891 bis 1923 halbmonatlich in Stuttgart erschien, zunächst unter dem Titel „Die Arbeiterin", seit 1892 als „Die Gleichheit". Von 1892 bis 1917 wurde sie von Clara Zetkin redigiert. Ab 1907 war die Zeitschrift Publikationsorgan des Internationalen Frauensekretariats, der Zentralstelle der deutschen und

internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Bis 1917 war sie einer der Sammelpunkte der revolutionären Kräfte in Deutschland. 70

36 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 478. 77

37 *„Vorwärts"* – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884 gegründeten „Berliner Volksblatt" neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts"-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts" zu. Während des imperialistischen Krieges 1914 bis 1918 vertrat der „Vorwärts" zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt und der „Vorwärts" zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 79

38 Im Jahre 1907 plante der Buchverlag „Serno" (Das Samenkorn), eine dreibändige Sammlung von Lenins Schriften unter dem Gesamttitel „12 Jahre" herauszugeben. Von den geplanten drei Bänden konnten nur der erste Band und der erste Teil des zweiten Bandes herausgegeben werden. In den ersten Band wurden folgende Arbeiten Lenins aufgenommen: „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve", „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", „Was tun?", „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'" und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution". Der erste Band erschien im November 1907 (auf dem Umschlag ist 1908 angegeben) und wurde bald nach seinem Erscheinen beschlagnahmt. Ein beträchtlicher Teil der Auflage konnte jedoch gerettet werden, und das Buch wurde weiterhin illegal verbreitet.

Für den zweiten Band waren Arbeiten zur Agrarfrage vorgesehen. In dieser Form wurde der Band nicht herausgegeben. Anfang 1908 erschien lediglich der erste Teil des zweiten Bandes (aus konspirativen Gründen ohne den Gesamttitel „12 Jahre"), worin die folgenden legalen Schriften Lenins aufgenommen wurden: „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik", „Die Kustarzählung von 1894/95 im Gouvernement Perm und

die allgemeinen Fragen der ‚Kustar'industrie" und „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (Kapitel I–XI). Den zweiten Teil des zweiten Bandes bildete die Arbeit „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907". Er wurde von der Polizei in der Druckerei beschlagnahmt und vernichtet.

Der dritte Band sollte polemische Zeitungsartikel enthalten, die in den bolschewistischen Organen („Iskra", „Wperjod", „Proletari" und „Nowaja Shisn") erschienen waren. Durch die Verschärfung der Repressalien und der Zensur konnte der dritte Band nicht herausgegeben werden. *86*

[39] *St.* – W. W. Starkow, *R.* – St. I. Radtschenko, *K.* – R. E. Klasson. *90*

[40] *„Nowoje Slowo"* (Neues Wort) – wissenschaftlich-literarische und politische Monatsschrift, die ab 1894 in Petersburg von den liberalen Volkstümlern und ab Frühjahr 1897 von den „legalen Marxisten" herausgegeben wurde. Im „Nowoje Slowo" wurden Lenins Artikel „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik" und „Anläßlich einer Zeitungsnotiz" veröffentlicht. Im Dezember 1897 wurde die Zeitschrift von der Regierung verboten. *90*

[41] *„Sarja"* (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen 4 Nummern (3 Hefte).

In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten W. I. Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". *91*

[42] *„Iskra"* (Der Funke) – die erste gesamtrussische politische illegale marxistische Zeitung, die 1900 von Lenin gegründet wurde. Nach dem II. Parteitag der SDAPR war sie Zentralorgan der SDAPR. Wenn Lenin von der alten „Iskra" spricht, so meint er die „Iskra" von Nr. 1 bis 51. Beginnend mit Nr. 52 verwandelten die Menschewiki die „Iskra" in ihr Fraktionsorgan. *91*

[43] *„Bessaglawzen"* – halbkadettische, halbmenschewistische Gruppe der russischen bürgerlichen Intelligenz; sie entstand in der Zeit, als die Revolution von 1905–1907 abzuflauen begann. Die Gruppe nannte sich nach der politischen Wochenschrift „Bes Saglawija" (Ohne Titel). *93*

[44] *„In Band 3 der vorliegenden Ausgabe"*, d. h. im dritten Band des Sammelbandes „12 Jahre". Der Band konnte nicht herausgegeben werden. *94*

[45] *„Nowaja Shisn"* (Neues Leben) – erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Als Lenin Anfang November 1905 aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. Die „Nowaja Shisn" war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Ständige Mitarbeiter waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, A. W. Lunatscharski und andere. Maxim Gorki beteiligte sich rege an der Zeitung und erwies ihr auch große materielle Unterstützung. Die tägliche Auflage erreichte bis zu 80000 Exemplare.

Die „Nowaja Shisn" war zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Von 27 Nummern wurden 15 beschlagnahmt und eingestampft. Nach Erscheinen der Nr. 27 vom 2. (15.) Dezember wurde die „Nowaja Shisn" von der Regierung verboten. Die letzte Ausgabe, Nr. 28, erschien illegal. *97*

[46] *„Wperjod"* (Vorwärts) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, die vom 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905) bis zum 5. (18.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde; es erschienen 18 Nummern. Die organisatorische und ideologische Leitung lag in den Händen W. I. Lenins. Dem Redaktionskollegium gehörten ferner W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an.

Der III. Parteitag der SDAPR hob in einer besonderen Resolution die hervorragende Rolle hervor, die der „Wperjod" im Kampf gegen den Menschewismus, für die Wiederherstellung des Parteiprinzips und bei der Erörterung und Klärung der durch die revolutionäre Bewegung aufgeworfenen taktischen Fragen gespielt hatte, und sprach der Redaktion der Zeitung seinen Dank aus. Der Parteitag beschloß, an Stelle des „Wperjod" die Zeitung „Proletari" herauszugeben. *99*

[47] Die Losung der Bildung eines *„Exekutivkomitees der linken Dumagruppen"* wurde von den Bolschewiki aufgestellt, um die selbständige Klassenlinie der Arbeiterabgeordneten in der Duma, den Einfluß auf die Tätigkeit der Bauernabgeordneten und ihre Isolierung von den Kadetten zu gewährleisten. Die Menschewiki stellten dieser Losung die Bildung einer „gesamtnationalen Opposition" gegenüber, d. h. die Unterstützung der Kadetten durch die Arbeiter- und Bauernabgeordneten.

Nach der Auflösung der I. Duma im Juli 1906 schloß sich ein „Exekutivkomitee der Linken" faktisch um die sozialdemokratische Dumafraktion zusammen. Auf Initiative des „Exekutivkomitees der Linken" wurden herausgegeben: der Aufruf „An die Armee und Flotte", unterzeichnet vom Komitee der sozialdemokratischen Dumafraktion und vom Komitee der Trudowikigruppe, und das „Manifest an die gesamte russische Bauern-

schaft", das auch vom Gesamtrussischen Bauernbund, vom ZK der SDAPR, vom ZK der Partei der Sozialrevolutionäre, vom Gesamtrussischen Eisenbahnerverband sowie vom Gesamtrussischen Lehrerverband unterzeichnet war. Die Manifeste riefen das Volk zum revolutionären Kampf gegen die Regierung auf und proklamierten die Losung der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung. *103*

[48] Gemeint sind die Instruktionen und Kommentare zu dem Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905 über die Wahlen zur Reichsduma, die vom Dirigierenden Senat herausgegeben wurden. Mit der Veröffentlichung der „Erläuterungen" zu den Artikeln des Wahlgesetzes entzog der Senat einzelnen Wählern und ganzen Bevölkerungskategorien das Wahlrecht. *108*

[49] Karl Marx, „Die preußische Kontrerevolution und der preußische Richterstand", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 6, Berlin 1968, S. 138. *111.*

[50] *„Russkoje Snamja"* (Reußenfahne) – Zeitung der Schwarzhunderter, Organ des „Bundes des russischen Volkes"; erschien in Petersburg von November 1905 bis zum Jahre 1917. *119*

[51] *„Golos Moskwy"* (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung, Organ der Partei der Oktobristen; erschien von Dezember 1906 bis Juni 1915. *119*

[52] Die Notiz Lenins *„Über einen Artikel Plechanows"* erschien als Nachwort „Von der Redaktion" des „Proletari" zu dem Artikel J. P. Goldenbergs (Meschkowskis) „Auch eine ‚Polemik'". *127*

[53] Die *Konferenz der St.-Petersburger Organisation der SDAPR* fand am 27. Oktober (9. November) 1907 in Terijoki statt. An ihr nahmen 57 Delegierte mit beschließender und 11 mit beratender Stimme teil. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Punkte: 1. Bericht des Petersburger Komitees der SDAPR über die Wahlkampagne zur III. Duma; 2. Bericht über die Tätigkeit des ZK der SDAPR; 3. Gesamtrussische Konferenz; 4. Das Gerichtsverfahren gegen die sozialdemokratische Dumafraktion; 5. Die Arbeitslosigkeit; 6. Neuwahl der Stadtkonferenz und andere organisatorische Fragen. Lenin hielt auf der Konferenz Referate zur Vorbereitung der gesamtrussischen Konferenz: über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma und über die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse. Zur Frage der Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma sprach sich die Konferenz mit einer Stimmenmehrheit von 37 gegen 12 Stimmen für die von Lenin vorgeschlagene Resolution aus. Gegen die Resolution stimmten die Menschewiki, die vorschlugen, in der III. Duma die „linken" Oktobristen zu unter-

stützen und bei der Wahl des Präsidiums für einen „linken" Oktobristen zu stimmen. Die Konferenz schloß sich dem Antrag der Bolschewiki an, in dem die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse für unzulässig erklärt wurde; sie faßte den Beschluß, am Tage des Beginns des Gerichtsverfahrens gegen die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma einen vierundzwanzigstündigen Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen Petersburgs und des Gouvernements durchzuführen.

Die Konferenz wählte zwei bolschewistische Delegierte für die gesamtrussische Konferenz. *129*

[54] Der *Dresdener Parteitag* der deutschen Sozialdemokratie fand vom 13. bis 20. September 1903 statt. Der Parteitag war in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 ein Höhepunkt der Auseinandersetzungen der Marxisten mit den Revisionisten in Theorie und Praxis. Es erfolgte jedoch keine organisatorische Trennung von den Opportunisten, so daß ihnen die Möglichkeit blieb, sich innerhalb der Partei auszubreiten. Der Parteitag nahm einen Beschluß über die Zulässigkeit der Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse an. *134*

[55] Die *Vierte Konferenz der SDAPR („Dritte Gesamtrussische Konferenz")* fand vom 5. bis 12. (18. bis 25.) November 1907 in Helsingfors statt. An der Konferenz nahmen 27 Delegierte teil: 10 Bolschewiki, 4 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten, 5 Bundisten und 3 lettische Sozialdemokraten.

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Punkte: die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma, die Fraktionszentren, die Festigung der Verbindung des ZK mit den lokalen Organisationen und die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse. Außerdem erörterte die Konferenz die Frage der Benennung der sozialdemokratischen Vertretung in der Reichsduma.

Lenin hielt das Referat über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma. Gegen die Leninsche Einschätzung des Regimes des 3. Juni und der Aufgaben der Partei traten die Menschewiki und die Bundisten auf, die sich für eine Unterstützung der Kadetten und der „linken" Oktobristen in der Duma einsetzten. Die Konferenz nahm mit Stimmenmehrheit die im Namen der Petersburger Stadtkonferenz eingebrachte bolschewistische Resolution an.

Die Konferenz schloß sich auch der bolschewistischen Resolution über die Unzulässigkeit der Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse an und benannte die sozialdemokratische Vertretung in der Duma „Sozialdemokratische Fraktion".

Da das menschewistische Zentrum ohne Wissen des ZK der SDAPR Verbindung mit den lokalen Komitees aufnahm, umriß die Konferenz Maßnahmen zur Verstärkung der Verbindung des ZK der SDAPR mit den örtlichen Parteiorganisationen. *135*

[56] Lenin meint die von Stolypin in den Jahren 1906/1907 erlassenen Agrargesetze. Am 9. (22.) November 1906 wurde ein Erlaß veröffentlicht, der den Bauern das Recht gab, aus der Dorfgemeinde auszuscheiden, und ihnen Anteilländereien als Eigentum zuwies. Bereits vor dem Erlaß vom 9. (22.) November 1906 wurden die Verordnungen vom 12. (25.) August über den Verkauf eines Teils der Apanageländereien, vom 27. August (9. September) über den Verkauf von fiskalischen Ländereien über die Bauernbank und vom 15. (28.) November „Über die Gewährung von Darlehen durch die Bäuerliche Bodenbank unter Verpfändung der Anteilländereien" erlassen. *137*

[57] Der Artikel Franz Mehrings „Deutscher Liberalismus und russische Duma" („Die Neue Zeit", 1906/1907, Bd. I, Nr. 23) wurde von Lenin übersetzt und für den Artikel „Franz Mehring über die zweite Duma" benutzt, der in dem Sammelband „Fragen der Taktik" II, St. Petersburg 1907, veröffentlicht wurde. (Siehe Werke, Bd. 12, S. 382–389.) *141*

[58] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Kapitel IV, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 492/493. *146*

[59] *„Snamja Truda"* (Banner der Arbeit) – Zentralorgan der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien von Juli 1907 bis April 1914. *148*

[60] Das *Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften* schrieb Lenin im November 1907. Die Broschüre Lunatscharskis ist nicht erschienen. Lenin hatte sich mit ihrem Inhalt an Hand des Manuskripts bekannt gemacht.

Das Dokument trägt keine Überschrift. Sie stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. *157*

[61] Gemeint ist der Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der vom 23. bis 29. September 1906 stattfand. Hauptpunkt der Tagesordnung war der politische Massenstreik. Auf dem Parteitag in Jena 1905 war er als wichtigstes Mittel des politischen Kampfes anerkannt worden. In Mannheim wurde dieser Beschluß faktisch wieder aufgehoben, da der Parteitag gegen die opportunistischen Kräfte in den Gewerkschaften nicht entschieden genug auftrat, die zuvor auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß eine Resolution durchgesetzt hatten, in der selbst die Propagierung des politischen Massenstreiks abgelehnt und die Diskussion über den poli-

tischen Massenstreik für verwerflich erklärt wurde. Der Mannheimer Parteitag verurteilte die Haltung der Opportunisten in den Gewerkschaftsleitungen nicht direkt. Er empfahl allen Parteimitgliedern, in die Gewerkschaftsorganisationen, und den Gewerkschaftsmitgliedern, in die Partei einzutreten, damit „die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde". *158*

62 „*Die Neue Zeit*" – theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1893 bis 1923 in Stuttgart erschien und bis 1917 von Karl Kautsky redigiert wurde. In der „Neuen Zeit" wurden erstmalig einige Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit" arbeiteten hervorragende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit: August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, G. W. Plechanow, Paul Lafargue u. a. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit" mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. *158*

63 „*Oswoboshdenije*" (Die Befreiung) – Halbmonatsschrift, die unter der Redaktion von P. B. Struve vom 18. Juni (1. Juli) 1902 bis 5. (18.) Oktober 1905 in Stuttgart und Paris erschien. Die Zeitschrift war das Organ der russischen liberalen Bourgeoisie und vertrat die Ideen eines gemäßigten monarchistischen Liberalismus. 1903 entstand um die Zeitschrift der „Bund der Befreiung", der sich im Januar 1904 konstituierte und bis Oktober 1905 existierte. Neben den Semstwo-Konstitutionalisten bildeten die „Oswoboshdenzen" den Kern der konstitutionell-demokratischen Partei (Kadetten), die im Oktober 1905 gegründet wurde. *162*

64 Die Arbeit „*Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'* " wurde in den Jahren 1901–1907 geschrieben. Die ersten vier Kapitel erschienen im Dezember 1901 mit der Überschrift „Die Herren ‚Kritiker' und die Agrarfrage. (Erste Abhandlung)" unter dem Namen N. Lenin in Nr. 2–3 der Zeitschrift „Sarja". Im Jahre 1905 wurden sie in Odessa vom Verlag „Burewestnik" (Sturmvogel) als Broschüre unter dem veränderten Titel „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" legal herausgegeben. Dieser Titel wurde vom Autor in den folgenden Ausgaben sowohl der gesamten Schrift als auch ihrer einzelnen Teile beibehalten.

Die Kapitel V–IX erschienen erstmalig im Februar 1906 in Nr. 2 der legalen Zeitschrift „Obrasowanije". Sie waren mit Zwischentiteln versehen,

was bei den in der „Sarja" veröffentlichten Kapiteln I–IV und bei der Ausgabe von 1905 nicht der Fall war.

Das 1908 in Petersburg herausgegebene Buch Wl. Iljin (W. I. Lenin), „Die Agrarfrage", Teil I, enthielt erstmalig alle neun Kapitel und darüber hinaus zwei neue, die Kapitel X und XI. Die Kapitel I bis IV waren mit Zwischentiteln versehen, am Text waren eine Reihe redaktioneller Änderungen vorgenommen und einige Anmerkungen hinzugefügt worden.

Das XII. (letzte) Kapitel wurde zum erstenmal 1908 in dem Sammelband „Tagesgeschehen" veröffentlicht.

Die ersten neun Kapitel siehe Werke, Bd. 5, S. 97–221.

Der vorliegende Band enthält die im Jahre 1907 geschriebenen Kapitel X, XI und XII. *167*

[65] Lenin meint das Buch Franz Bensings „Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft", Breslau 1897. *170*

[66] Lenin meint das Buch M. Hechts „Drei Dörfer der badischen Hard", Leipzig 1895. *172*

[67] Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 92/93. *173*

[68] Lenin meint die Briefe des bekannten Volkstümler-Publizisten A. N. Engelhardt „Aus dem Dorfe", die in der Zeitschrift „Otetschestwennyje Sapiski" (Vaterländische Blätter) erschienen waren. *173*

[69] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 794, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 753. Bei Hinweisen auf Band III des „Kapitals" von Marx benutzt Lenin die deutsche Ausgabe von 1894; er bringt alle Zitate in eigener Übersetzung. *179*

[70] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 152–583, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 158–588. *180*

[71] *W. W.* (Pseudonym W. P. Woronzows) – Ideologe der liberalen Volkstümlerrichtung der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. *186*

[72] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 864, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 820. *204*

[73] Die Arbeit „*Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907*" schrieb Lenin von November bis Dezember 1907. Im Jahre 1908 wurde diese Arbeit in den zweiten Teil des zweiten Sammelbandes „12 Jahre" aufgenommen. Aber das Buch wurde bereits in der Druckerei von der Polizei beschlagnahmt und vernichtet. Es blieb nur ein Exemplar erhalten, in dem am Schluß einige Seiten fehlten.

Das Buch erschien erstmalig 1917 unter dem Titel: W. Iljin (N. Lenin), „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907" (Petrograd, Verlag „Shisn i Snanije" [Leben und Wissen]).

In der Ausgabe von 1917 ergänzte Lenin den Schlußteil, der mit dem nicht vollendeten Satz abbrach: „Der reformerische Weg der Schaffung eines junkerlich-bürgerlichen Rußlands bedingt notwendigerweise die Erhaltung der Grundlagen des alten Grundbesitzes und eine langsame ..." (siehe den vorliegenden Band, S. 431) mit den Worten: „systematische qualvollste Vergewaltigung der Bauernmassen. Der revolutionäre Weg der Schaffung eines bäuerlich-bürgerlichen Rußlands bedeutet unweigerlich einen Bruch mit dem ganzen alten Grundbesitz, die Abschaffung des privaten Eigentums an Grund und Boden."

Im vorliegenden Band wird die Arbeit nach dem Manuskript gedruckt, das von Lenin mehrere Jahre nach dem Erscheinen des Buches im Jahre 1908 korrigiert wurde. Diese Korrekturen waren bei der Ausgabe von 1917 nicht berücksichtigt, da das Buch nicht nach dem Manuskript, sondern nach dem erhalten gebliebenen Exemplar von 1908 gesetzt wurde. Bisher konnte dieses Exemplar nicht aufgefunden werden. *213*

[74] Die *„Gurko-Lidvallschen Methoden in der Verwaltung"* – Unterschlagungen, Schiebungen und Raub, die unter den höchsten zaristischen Beamten und Geschäftsleuten florierten. Lidvall hatte 1906 durch Vermittlung des stellvertretenden Innenministers Gurko mit der Regierung einen Vertrag über Getreidelieferungen in die von der Hungersnot betroffenen Gouvernements Rußlands abgeschlossen. Lidvall, der von Gurko eine beträchtliche Summe staatlicher Gelder als Vorschuß erhalten hatte, kam seinen Verpflichtungen nicht nach. Die Enthüllungen über diese Unterschlagung und die Spekulation mit dem Hunger drangen an die Öffentlichkeit und zwangen die zaristische Regierung, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen. Für Gurko aber zog das Verfahren außer seiner Amtsenthebung keinerlei Folgen nach sich. *248*

[75] *John* – der Menschewik P. P. Maslow. *256*

[76] *Vendée* – französisches Departement, war während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts der Herd eines konterrevolutionären Aufstands der rückständigen Bauernschaft gegen den revolutionären Konvent. Der Aufstand wurde unter religiösen Losungen durchgeführt und von konterrevolutionären Geistlichen und Gutsbesitzern geleitet. *257*

[77] *Kostrow* – N. N. Shordanija, Führer der kaukasischen Menschewiki. *258*

[78] *Gesamtrussischer Bauernbund* – revolutionär-demokratische Organisation, die 1905 entstand. Auf dem ersten und dem zweiten Kongreß des Bundes, die im August und November 1905 in Moskau stattfanden, wurden das Programm und die Taktik des Bundes ausgearbeitet. Der Bauernbund forderte politische Freiheit und sofortige Einberufung einer Konstituierenden Versammlung; er befolgte die Taktik des Boykotts der I. Reichsduma. Das Agrarprogramm des Bundes enthielt die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und nach Übergabe der Kloster-, Kirchen-, Apanage-, Kabinetts- und Staatsländereien ohne Ablösung an die Bauern. In der Politik des Bauernbundes, der unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre und der Liberalen stand, zeigten sich kleinbürgerliche Halbheiten, Schwankungen und Unentschlossenheit. Er forderte zwar die Liquidierung des gutsherrlichen Grundeigentums, billigte aber eine teilweise Entschädigung der Grundbesitzer. Von Anfang seiner Tätigkeit an wurde der Bauernbund von der Polizei verfolgt. Anfang 1907 löste er sich auf. *258*

[79] *„Rossija"* (Rußland) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg herausgegeben wurde. Von 1906 an war sie das offizielle Organ des Innenministeriums. Lenin nannte die Zeitung „Rossija" ein „korruptes Polizeiblättchen". *259*

[80] Eine Analyse der Ansichten von Rodbertus siehe in Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 82–85, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 85–88. Eine Analyse der Theorie Ricardos siehe in Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 229–233, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 235–239.

Lenin benutzt bei Hinweisen auf das Marxsche Werk „Theorien über den Mehrwert" die deutsche Ausgabe von 1905 und bringt alle Zitate in eigener Übersetzung. *271*

[81] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 665, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 630. *273*

[82] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 100, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 103. *273*

[83] Die *Gesetzgebung über die Homesteads in den USA* fällt in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Nach dem Gesetz von 1862 hatte jeder Bürger der USA das Recht, vom Staat unentgeltlich oder gegen sehr geringe Bezahlung ein Grundstück (homestead) bis zu 160 Acres (64 Hektar) zu erhalten. Nach

spätestens fünf Jahren ging das Grundstück in das Eigentum des Besitzers über. *273*

[84] Lenin zitiert in eigener Übersetzung die Schrift von Karl Marx und Friedrich Engels „Zirkular gegen Kriege". Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 8. *274*

[85] *Borissow* – S. A. Suworow. *288*

[86] *„Russkoje Bogatstwo"* (Russischer Reichtum) – Monatsschrift, die von 1876 bis 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre ging sie in die Hände der liberalen Volkstümler über; Redakteur war N. K. Michailowski. Ab 1906 wurde das „Russkoje Bogatstwo" zum Organ der halbkadettischen „Volkssozialistischen Arbeitspartei". *289*

[87] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 858, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 815. *291*

[88] Lenin meint die Erörterung der Agrarfrage auf der Ersten Konferenz der SDAPR, die vom 12. bis 17. (25. bis 30.) Dezember 1905 in Tammerfors tagte. Lenin hielt auf der Konferenz das Referat über die Agrarfrage. In der „Agrarresolution" (zu Lenins Referat) schlug die Konferenz vor, den Punkt des auf dem II. Parteitag angenommenen Agrarprogramms über die Bodenabschnitte durch die Forderung nach Konfiskation aller Staats-, Gutsbesitzer- und Kirchenländereien zu ersetzen. *293*

[89] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 336, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 342. *296*

[90] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 84. Die entsprechenden Seiten zum Vergleich: ebenda, S. 96 und 236/237, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 87, S. 99/100 und 242/243. *297*

[91] Der Abschnitt *„Wie Peter Maslow die Rohentwürfe von Karl Marx korrigiert"* wurde in Nr. 33 des „Proletari" vom 23. Juli (5. August) 1908 veröffentlicht. *299*

[92] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 36, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 38. *301*

[93] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 699–786, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 662–746. *303*

[94] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 831, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 789. *304*

[95] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 831, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 789. *305*

[96] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 859, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 816. *314*

[97] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 859, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 815. *314*

[98] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 862, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 818/819. *315*

[99] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 864, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 820. *316*

[100] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 856/857, 862, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 812/813, 818. *318*

[101] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 36, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 39. *321*

[102] Lenin zitiert hier eine Stelle aus dem zweiten Kapitel der „Beiträge zur Gogolschen Periode der russischen Literatur" von N. G. Tschernyschewski, wo die unwürdige Polemik des Journalisten Senkowski („Baron Brambeus") verspottet wird. (Siehe N. G. Tschernyschewski, Gesamtausgabe, Bd. III, Moskau 1947, S. 54/55, russ.) *347*

[103] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1968, S. 8. *360*

[104] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1969, S. 233. *361*

[105] *„Prawda"* (Die Wahrheit) – menschewistische Monatsschrift für Kunst, Literatur und Gesellschaft; erschien in Moskau 1904–1906. *368*

[106] *„Alapajewsker Republik"* nannten die zaristischen Beamten den Amtsbezirk Alapajewsk, Kreis Werchoturje im Gouvernement Perm. Dem von Lenin genannten sozialrevolutionären Bauern G. I. Kabakow, einem Abgeordneten der II. Reichsduma, war es im Jahre 1905 gelungen, im Amtsbezirk Alapajewsk einen Bauernbund zu gründen, der etwa 30000 Mitglieder zählte. *406*

[107] *Narodowzen* (Nationaldemokraten) – reaktionäre, chauvinistische Partei der polnischen Gutsbesitzer und Bourgeoisie; gegründet 1897. Unter der Losung der „Klassenharmonie" und der „nationalen Interessen" waren die Narodowzen bestrebt, die Volksmassen unter ihren Einfluß zu bringen und sie für ihre reaktionäre Politik zu gewinnen. Während der Revolution von 1905–1907 wurden die Narodowzen zur Hauptpartei der polnischen Kon-

terrevolution, zu polnischen Schwarzhundertern, wie Lenin sie nannte. In der Reichsduma unterstützten sie die Oktobristen. *409*

108 *Wakuf-Ländereien* – Ländereien in den Gebieten mit muselmanischer Bevölkerung, die weder verkauft noch an andere übergeben werden durften. Über die Einkünfte aus den Wakuf-Ländereien verfügte hauptsächlich die muselmanische Geistlichkeit. Die Sowjetmacht übergab die Wakuf-Ländereien an den staatlichen Bodenfonds. *413*

109 Es handelt sich um die satirische „Hymne des neuesten russischen Sozialisten", die in Nr. 1 der „Sarja" (April 1901) mit der Unterschrift „Narziß Tuporylow" veröffentlicht wurde. Der Verfasser des Gedichts war L. Martow. *433*

110 Das *Nachwort* schrieb Lenin bei der Herausgabe des Buches „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907" im Jahre 1917. *436*

111 Lenins Artikel *„Zu den Debatten über die Erweiterung der Budgetrechte der Duma"* wurde erstmalig im Februar 1908 in Nr. 1 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht. Er wurde zusammen mit einem Postskriptum Lenins (siehe den vorliegenden Band, S. 445) in Nr. 27 des „Proletari" vom 26. März (8. April) desselben Jahres nachgedruckt.

„Sozial-Demokrat" – Zentralorgan der SDAPR; wurde illegal vom Februar 1908 an herausgegeben. Die erste Nummer erschien in Rußland. Nachdem Redaktion und Druckerei aufgeflogen waren, wurde die Herausgabe der Zeitung ins Ausland verlegt, zuerst nach Paris, später nach Genf. Es erschienen 58 Nummern.

Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozial-Demokrat" wurden über 80 Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion des „Sozial-Demokrat" kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig in ihrer Fraktionszeitung „Golos Sozial-Demokrata" offen das Liquidatorentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat" von W. I. Lenin redigiert.

Ab 1912 erschien die Zeitung mit großen Unterbrechungen: in den Jahren 1912/1913 erschienen insgesamt 6 Nummern. Vom Beginn des imperialistischen Krieges an wurde der „Sozial-Demokrat" regelmäßiger herausgegeben. Die letzte Nummer erschien in Genf am 18. (31.) Januar 1917. *438*

[112] *„Stolitschnaja Potschta"* (Hauptstädtische Post) – Tageszeitung, erschien in Petersburg von Oktober 1906 bis Februar 1908. Zunächst war sie ein Organ der linken Kadetten, ab Februar 1907 der Trudowikigruppe. Sie wurde von der zaristischen Regierung verboten. *438*

[113] *„Nascha Gaseta"* (Unsere Zeitung) – Zeitung halbkadettischer Richtung; erschien in Petersburg von 1904 bis 1908. *445*

[114] Am 16. (29.) April 1908 wurde ein Brief des ZK der SDAPR an die lokalen Organisationen über die Arbeit der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten in Nr. 29 des „Proletari" veröffentlicht. *445*

[115] Lenin meint möglicherweise den Artikel „Politische Skizzen" mit der Unterschrift W. M-d-m (Medem), der in dem Sammelband „Unsere Tribüne", Erstes Buch, Wilna 1907, erschien. Medem, ein bekannter Bundist, führte den Gedanken aus, daß die russische Sozialdemokratie nach der Niederlage der Revolution 1905–1907 auf solche revolutionären Losungen wie die Losung der konstituierenden Versammlung verzichten müsse. *451*

[116] Es handelt sich um A. M. Gorkis Artikel „Die Zerstörung der Persönlichkeit", dessen erste Variante Gorki als „Notizen" im „Proletari" veröffentlichen wollte. Der Artikel erschien dann in dem Sammelband „Beiträge zur Philosophie des Kollektivismus" (Verlag „Snanije", St. Petersburg 1909). *Al. Al.* – A. A. Bogdanow. *454*

[117] Lenin meint den Anfang 1908 erschienenen Sammelband „Beiträge zur Philosophie des Marxismus" mit Artikeln von W. Basarow, J. Berman, A. Bogdanow, O. Gelfond, P. Juschkewitsch, A. Lunatscharski und S. Suworow, der den unmittelbaren Anstoß dazu gab, daß Lenin sein Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" (Werke, Bd. 14) schrieb. *454*

[118] Es handelt sich um Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)". (Siehe Werke, Bd. 7, S. 197–430.) *457*

[119] Gemeint ist A. Bogdanows Buch „Empiriomonismus", Moskau 1904. *457*

[120] Der Sammelband „Beiträge zu einer realistischen Weltanschauung" mit Artikeln von W. Basarow, A. Bogdanow, A. Finn, W. Fritsche, A. Lunatscharski, P. Maslow, W. Schuljatikow u. a. erschien 1904 in Petersburg, jedoch ohne Artikel von Plechanow und Lenin. *457*

[121] Die *„Betrachtungen eines einfachen Marxisten über Philosophie"* wurden bis heute nicht aufgefunden. *458*

[122] In dieser Zeit begann W. I. Lenin mit der Niederschrift seines Buches „Materialismus und Empiriokritizismus". (Siehe Werke, Bd. 14.) *458*

[123] Der *dritte Redakteur* – J. F. Dubrowinski. *460*

[124] Lenin bezieht sich auf seinen Artikel „*Politische Notizen*". (Siehe den vorliegenden Band, S. 446–452.) Eingehender wurde die Frage des Parteiprogramms im „Proletari" in dem Artikel „Wie Peter Maslow die Rohentwürfe von Karl Marx korrigiert" (siehe den vorliegenden Band, S. 299 bis 306) beleuchtet. *464*

[125] „*Meonen*" – Abkürzung für „Partija mirnowo obnowlenija" – Partei der friedlichen Erneuerung. *464*

[126] Lenins Artikel „*Neutralität der Gewerkschaften*" wurde, geringfügig gekürzt, mit der Unterschrift Wl. Iljin in dem Sammelband „Die Zeichen der Zeit" (St. Petersburg 1908, Verlag „Twortschestwo" [Das Schaffen]) veröffentlicht. *467*

[127] Die Resolution des ZK der SDAPR über die Gewerkschaften wurde in Nr. 21 des „Proletari" vom 13. (26.) Februar 1908 veröffentlicht.

Den Parteimitgliedern wurde empfohlen, innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen Parteigruppen zu bilden und in ihnen unter der Leitung der lokalen Parteizentren zu arbeiten. In Fällen, wo die Verfolgungen durch die Polizei es unmöglich machten, eine Gewerkschaftsorganisation zu gründen oder wiederaufzubauen, empfahl das ZK, illegal Gewerkschaftszellen und Gewerkschaften zu schaffen. *467*

[128] „*Nasch Wek*" (Unser Jahrhundert) – Zeitung; populäre Ausgabe des Organs der linken Kadetten „Towarischtsch"; erschien von 1905 bis 1908 in Petersburg. *467*

[129] „*Wperjod*" (Vorwärts) – bolschewistische Massenzeitung der Arbeiter, die von Lenin geleitet wurde. Sie wurde vom 10. (23.) September 1906 bis 19. Januar (1. Februar) 1908 von der Redaktion des „Proletari" illegal in Wiborg herausgegeben. Es erschienen 20 Nummern. Von Nr. 2 an erschien der „Wperjod" als Organ lokaler Komitees der SDAPR: Nr. 2 als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees sowie des Moskauer Bezirkskomitees; die Nummern 3–7 als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, des Moskauer Bezirkskomitees sowie der Komitees von Perm und Kursk; die Nummern 8–19 außerdem als Organ des Kasaner Komitees. In der letzten Nummer (Nr. 20) des „Wperjod" wurde statt der Komitees von Perm und Kasan das Gebietskomitee des Urals genannt. *468*

[130] Das Buch D. Firsows (D. Rosenblums) und M. Jakobis (M. Gendelmans) „Zur Revision des Agrarprogramms und zu seiner Begründung" erschien im Verlag „Ära", Moskau 1908. Das Buch wurde beschlagnahmt. Die von Lenin angekündigte Besprechung des Buches im „Proletari" erschien nicht. *473*

131 *„Sowremenny Mir"* (Die Welt der Gegenwart) – Monatsschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von Oktober 1906 bis 1908 in Petersburg erschien. Die engsten Mitarbeiter der Zeitschrift waren Menschewiki. In der Periode des Blocks der Bolschewiki mit den parteitreuen Menschewiki arbeiteten am „Sowremenny Mir" auch Bolschewiki mit. Ab 1914 wurde die Zeitschrift zum Sprachrohr der Sozialchauvinisten. *473*

132 Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 233–236. *481*

133 Der Artikel *„Die Lehren der Kommune"*, die Niederschrift eines Vortrags von Lenin, wurde in Nr. 2 der „Sagranitschnaja Gaseta" (Auslandszeitung) vom 23. März 1908 veröffentlicht. Die Redaktion der Zeitung schickte dem Artikel folgende Erklärung voraus: „Am 18. März fand in Genf eine internationale Kundgebung anläßlich dreier proletarischer Gedenktage statt: der 25. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx, des 60. Jahrestages der Märzrevolution von 1848 und des Jahrestages der Pariser Kommune. Auf der Kundgebung sprach im Namen der SDAPR Genosse Lenin über die Bedeutung der Kommune." *483*

134 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1968, S. 277. *483*

135 Eine Einschätzung der historischen Rolle der Kommune als „Bahnbrecherin einer neuen Gesellschaft" findet sich in der Schrift von Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich" und in den Briefen an Kugelmann vom 12. und 17. April 1871. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1968, S. 313–365, und Bd. 33, Berlin 1966, S. 205/206 und 209.) *485*

136 *„Russkaja Mysl"* (Der russische Gedanke) – Monatsschrift für Literatur und Politik, die von 1880 bis 1918 in Moskau erschien. Bis zum Jahre 1905 vertrat sie die liberal-volkstümlerische Richtung. Dennoch veröffentlichte sie in den neunziger Jahren verschiedentlich auch Artikel von Marxisten. Nach der Revolution von 1905 wurde sie unter der Redaktion von P. B. Struve zum Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. *491*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(Juni 1907 bis April 1908)

1907

Nach dem 22. Juni (5. Juli)	Lenin schreibt für den Sammelband „Stimme des Lebens" den Artikel „Graf Heyden zum Gedächtnis (Was lehren unsere parteilosen ‚Demokraten' das Volk?)".
25. Juni (8. Juli)	Lenin wird vom ZK der SDAPR als Vertreter der Partei in das Internationale Sozialistische Büro gewählt.
26. Juni (9. Juli)	Lenin beendet den Artikel „Gegen den Boykott (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)". Der Artikel wird in der Broschüre „Über den Boykott der dritten Duma" veröffentlicht, die Ende Juli 1907 erscheint.
Juni–Juli	Lenin weilt in Styrs Udde (Finnland) zur Erholung.
Juli, vor dem 8. (21.)	Lenin schreibt die „Thesen zum Referat über die Stellung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur dritten Duma, erstattet auf der Petersburger Stadtkonferenz vom 8. Juli".
8. und 14. (21. und 27.) Juli	Lenin nimmt an der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR in Terijoki teil. Er hält das Referat über die Stellung der Sozialdemokratie zur III. Reichsduma. Die Konferenz nimmt Lenins Resolution gegen den Boykott der III. Duma an. Die Thesen zum Referat Lenins werden als Sonderdruck herausgegeben.
16. (29.) Juli	Lenin wird auf Beschluß des ZK der SDAPR als Mitglied der Delegation der SDAPR für den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart bestätigt.
21.–23. Juli (3.–5. August)	Lenin nimmt an der Dritten Konferenz der SDAPR („Zweiten Gesamtrussischen Konferenz") in Kotka (Finnland) teil. Er hält das Referat zur Frage der Teilnahme an den Wahlen

zur III. Reichsduma und eine Rede über den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß. Die Konferenz nimmt die von Lenin vorgeschlagene Resolution gegen den Boykott der Wahlen zur III. Reichsduma an. Der Leninsche Resolutionsentwurf über den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß wird dem ZK als Material übergeben.

Juli — Lenin bereitet die zweite Auflage des Buches „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" vor: er fügt Ergänzungen auf der Grundlage neuer Daten über die ökonomische Lage Rußlands ein, gibt eine Analyse der Ergebnisse der allgemeinen Volkszählung von 1897 und schreibt das Vorwort zur zweiten Auflage.

1. (14.) August — Lenin lädt A. M. Gorki in einem Brief ein, am Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart teilzunehmen; er teilt Gorki mit, daß das ZK der SDAPR ihn mit beratender Stimme bestätigt habe.

5.–11. (18.–24.) August — Lenin nimmt am Stuttgarter Kongreß teil. Er gehört dem Präsidium des Kongresses sowie der Kommission an, die die Resolution „Der Militarismus und die internationalen Konflikte" vorbereitet.

Zwischen dem 5. und 11. (18. und 24.) August — Lenin lernt Clara Zetkin kennen; er schätzt ihr Referat auf dem Kongreß über das Frauenstimmrecht hoch ein.

6. und 7. (19. und 20.) August — Lenin organisiert eine Beratung der Bolschewiki mit Vertretern der linken deutschen und mit polnischen Sozialdemokraten und führt diese Beratung durch.

Nach dem 11. (24.) August — Lenin kehrt aus Stuttgart nach Kuokkala (Finnland) zurück.

Mitte August — Lenin redigiert den bolschewistischen Sammelband „Stimme des Lebens" und schreibt Bemerkungen zur Resolution des Stuttgarter Kongresses „Der Militarismus und die internationalen Konflikte".

22. August (4. September) — Lenin schreibt für den Sammelband „Stimme des Lebens" den Artikel „Notizen eines Publizisten", der Fragen der bolschewistischen Taktik gegenüber der III. Reichsduma behandelt.

Zwischen dem 31. August und dem 7. September (13. und 20. September)	In Petersburg erscheint unter der Redaktion Lenins der Sammelband „Stimme des Lebens" mit den Artikeln „Graf Heyden zum Gedächtnis" und „Notizen eines Publizisten".
August	Lenin wird vom ZK der SDAPR zum Hauptredakteur des Zentralorgans der Partei, des „Sozial-Demokrat", gewählt.
August bis September	Lenin schreibt zwei Artikel mit der Überschrift „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart". Ein Artikel war für die bolschewistische Publikation „Kalender für alle für das Jahr 1908" bestimmt, der andere für den „Proletari".
August bis Oktober	Lenin redigiert die russische Übersetzung der Berichte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Italienischen Sozialistischen Partei an den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart.
August bis Dezember	Lenin bereitet die dreibändige Sammlung seiner Werke „12 Jahre" zum Druck vor.
Anfang September	Lenin hält auf der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR in Terijoki ein Referat über den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart.
7. (20.) September	Lenin wird vom ZK der SDAPR in das Redaktionskollegium des „Sozial-Demokrat" und in den leitenden Ausschuß der Redaktion gewählt. Die Funktion des Hauptredakteurs des Zentralorgans wird auf dieser Sitzung aufgehoben.
September	Lenin schreibt das Vorwort zum I. Band der Sammlung seiner Werke „12 Jahre".
8. (21.) Oktober	In der bolschewistischen Massenzeitung „Wperjod" erscheint Lenins Artikel „Die antimilitaristische Propaganda und die Verbände der sozialistischen Arbeiterjugend".
Zwischen dem 19. und 26. Oktober (1. und 8. November)	In Petersburg erscheint unter der Redaktion Lenins der Sammelband „Wetterleuchten".
	In dem Sammelband erscheint Clara Zetkins Artikel „Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart" mit Anmerkungen Lenins.
	In Petersburg erscheint der „Kalender für alle für das Jahr 1908" mit Lenins Artikel „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart".

20. Oktober (2. November) Lenins Artikel „Revolution und Konterrevolution" und „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart" erscheinen in Nr. 17 des „Proletari".

27. Oktober (9. November) Lenin nimmt an der Konferenz der Petersburger Organisation der SDAPR in Terijoki teil; er hält die Referate „Über die III. Reichsduma" und „Über die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse".

Die Konferenz nimmt Lenins Resolution „Über die III. Reichsduma" an.

29. Oktober (11. November) Lenins Artikel „Die dritte Duma" und die redaktionelle Bemerkung „Über einen Artikel Plechanows" erscheinen in Nr. 18 des „Proletari".

Vor dem 5. (18.) November Lenin ist bei der vorbereitenden Beratung der Bolschewiki, die an der „Vierten Konferenz der SDAPR" teilnehmen, anwesend.

5. (18.) November Lenins Artikel „Vorbereitung einer ‚widerlichen Orgie'", „Und wer sind die Richter?" und die „Resolution über die III. Reichsduma", angenommen von der Konferenz der St.-Petersburger Organisation der SDAPR, erscheinen in Nr. 19 des „Proletari".

5.–12. (18.–25.) November Lenin nimmt an der Vierten Konferenz der SDAPR („Dritten Gesamtrussischen Konferenz") in Helsingfors teil. Er hält das Referat „Über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma". Die Konferenz nimmt die Resolution Lenins zu dieser Frage an.

Zwischen dem 16. und 23. November (29. November und 6. Dezember) In Petersburg erscheint der erste Band der Sammlung der Werke W. I. Lenins (Wl. Iljins) „12 Jahre". Er enthielt die wichtigsten Artikel und Broschüren Lenins aus der Zeit von 1895 bis 1905.

November In Nr. 18 der bolschewistischen Massenzeitung „Wperjod" erscheint Lenins Artikel „Die dritte Reichsduma und die Sozialdemokratie".

Lenin schreibt das „Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften".

Der erste Band der Sammlung der Werke W. I. Lenins „12 Jahre" wird von der Polizei beschlagnahmt. Gegen Lenin wird ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Lenin verbirgt sich vor der Polizei und fährt von Kuokkala nach Agelby (nahe Helsingfors).

Herbst — Lenin schreibt die Kapitel X–XII der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'".

November bis Dezember — Lenin arbeitet an dem Buch „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907".

Dezember — Lenin fährt von Agelby ins Ausland. Er hält sich einige Tage in Stockholm auf, wo er N. K. Krupskaja erwartet.

22. Dezember (4. Januar 1908) — Das St.-Petersburger Kammergericht ordnet die Vernichtung von Lenins Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" an.

22.–25. Dezember (4.–7. Januar 1908) — Auf der Reise nach Genf machen Lenin und N. K. Krupskaja in Berlin halt. Sie verbringen den Abend des 22. Dezember bei Rosa Luxemburg.

25. Dezember (7. Januar 1908) — Lenin fährt mit N. K. Krupskaja nach Genf. Beginn der zweiten Emigration Lenins.

1908

Januar bis Februar — Lenin bereitet die Herausgabe des „Proletari" in Genf vor.

Zwischen dem 11. und 18. (24. und 31.) Januar — In Petersburg erscheint Teil I des zweiten Bandes der Sammlung der Werke W. I. Lenins (Wl. Iljins) „12 Jahre" unter dem Titel „Die Agrarfrage", Teil I. Der Band enthält die Kapitel X und XI der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'".

20. Januar (2. Februar) — Lenin wendet sich mit der Bitte an A. M. Gorki, ihm für den „Proletari" publizistische Artikel oder Auszüge aus neuen belletristischen Werken zu schicken.

11. (24.) Februar — Lenin nimmt an einer Beratung der Redaktion des „Proletari" anläßlich einer Notiz in der „Neuen Zeit" über Auseinandersetzungen in philosophischen Fragen innerhalb der SDAPR teil. Die Beratung bestätigt einstimmig den von Lenin verfaßten Text einer Erklärung der Redaktion des „Proletari".

12.(25.)Februar	Lenin weist in einem Brief an A. M. Gorki auf die Notwendigkeit hin, einen unversöhnlichen Kampf gegen die russischen Machisten (Bogdanow und andere) zu führen.
13.(26.)Februar	In Genf erscheint Nr. 21 des „Proletari" mit Lenins Artikel „Politische Notizen" und eine „Erklärung der Redaktion des ‚Proletari'" über Auseinandersetzungen in philosophischen Fragen innerhalb der SDAPR.
Zwischen dem 15. und 20. Februar (28. Februar und 4. März)	In Petersburg erscheint der bolschewistische Sammelband „Tagesgeschehen", in dem unter der Überschrift „Das ‚Idealland' vom Standpunkt der Gegner des Marxismus in der Agrarfrage" Kapitel XII von Lenins Schrift „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" veröffentlicht wird.
Zweite Februarhälfte (Anfang März)	In Rußland erscheint illegal Nr. 1 des Zentralorgans der SDAPR, des „Sozial-Demokrat", mit Lenins Artikel „Zu den Debatten über die Erweiterung der Budgetrechte der Duma".
19. Februar (3. März)	Lenins Artikel „Die neue Agrarpolitik", „Neutralität der Gewerkschaften" und „Das Attentat auf den König von Portugal" werden in Nr. 22 des „Proletari" veröffentlicht.
Zwischen dem 27. Februar und dem 6. März (11. und 19. März)	In Petersburg erscheint die zweite, erweiterte Auflage von Lenins Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland".
Februar	Lenin beginnt die Arbeit an dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus".
5. (18.) März	Lenin hält im Namen der SDAPR auf einer drei Gedenktagen, der 25. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx, dem 60. Jahrestag der Revolution von 1848 und dem Jahrestag der Pariser Kommune, gewidmeten internationalen Kundgebung in Genf eine Rede über die Bedeutung der Pariser Kommune.
10. (23.) März	Lenins Artikel „Die Lehren der Kommune" erscheint in Nr. 2 der „Sagranitschnaja Gaseta".
12. (25.) März	Lenins Artikel „Polizeilich-patriotische Demonstration auf Bestellung", „Wie die Liberalen das Volk betrügen" und „Marx im Urteil des internationalen Liberalismus" werden in Nr. 25 des „Proletari" veröffentlicht.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–VIII

1907

Gegen den Boykott (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten 1–37

I 4

II 10

III 13

IV 20

V 23

VI 31

VII 36

Graf Heyden zum Gedächtnis (Was lehren unsere parteilosen „Demokraten" das Volk?) 38–46

Thesen zum Referat über die Stellung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur dritten Duma, erstattet auf der Petersburger Stadtkonferenz vom 8. Juli 47–49

Resolutionsentwürfe zur dritten Konferenz der SDAPR („Zweiten Gesamtrussischen Konferenz") 50–52

1. Resolutionsentwurf zur Frage der Teilnahme an den Wahlen zur III. Reichsduma 50

2. Rohentwurf einer Resolution über den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß 51

Notizen eines Publizisten 53–65

Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart 66–73
Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart 74–85
Vorwort zum Sammelband „12 Jahre" 86–105
Revolution und Konterrevolution 106–115
Die dritte Duma 116–126
Über einen Artikel Plechanows 127–128
Konferenz der St.-Petersburger Organisation der SDAPR. 27. Oktober (9. November) 1907 129–134
1. Referat über die III. Reichsduma. Aus einem Zeitungsbericht 129
2. Resolution über die III. Reichsduma 132
3. Referat über die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse. Aus einem Zeitungsbericht 134
Vierte Konferenz der SDAPR („Dritte Gesamtrussische Konferenz"). 5.–12. (18.–25.) November 1907 135–140
1. Referat über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma. Aus einem Zeitungsbericht 135
2. Resolution über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma 138
Vorbereitung einer „widerlichen Orgie" 141–147
Und wer sind die Richter? 148–156
Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften 157–165
Die Agrarfrage und die „Marxkritiker" 167–212
X. Das „Werk" des deutschen Bulgakow, E. David 169
XI. Die Viehzucht im Klein- und Großbetrieb 180
XII. Das „Idealland" vom Standpunkt der Gegner des Marxismus in der Agrarfrage 192
Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 213–437
Kapitel I. Die ökonomischen Grundlagen und das Wesen der Agrarumwälzung in Rußland 216
1. Der Grundbesitz im Europäischen Rußland 216
2. Worum geht der Kampf? 221

3. Die Vertuschung des Wesensinhaltes des Kampfes durch die kadettischen Publizisten 228
4. Der ökonomische Wesenskern der Agrarumwälzung und ihre ideologischen Gewandungen 230
5. Zwei Typen der bürgerlichen Agrarentwicklung .. 235
6. Zwei Linien der Agrarprogramme in der Revolution 240
7. Die Bodenfläche Rußlands. Die Kolonisationsfrage 245
8. Zusammenfassung der ökonomischen Schlußfolgerungen aus Kapitel I 251
Kapitel II. Die Agrarprogramme der SDAPR und ihre Erprobung durch die erste Revolution 252
1. Worin besteht der Fehler der früheren Agrarprogramme der russischen Sozialdemokraten? 253
2. Das gegenwärtige Agrarprogramm der SDAPR .. 255
3. Prüfung des Hauptarguments der Munizipalisierungsanhänger durch das Leben 258
4. Das Agrarprogramm der Bauernschaft 265
5. Mittelalterlicher Grundbesitz und bürgerliche Revolution 270
6. Warum mußten sich die Kleinbesitzer in Rußland für die Nationalisierung aussprechen? 274
7. Die Bauern und die Volkstümler über die Nationalisierung des Anteillandes 281
8. Der Fehler M. Schanins und anderer Anhänger der Aufteilung 285
Kapitel III. Die theoretischen Grundlagen der Nationalisierung und der Munizipalisierung 292
1. Was heißt Nationalisierung des Grund und Bodens? 293
2. Wie Peter Maslow die Rohentwürfe von Karl Marx korrigiert 299
3. Muß man zur Widerlegung der Volkstümlerrichtung Marx widerlegen? 307
4. Hängt die Leugnung der absoluten Rente mit dem Munizipalisierungsprogramm zusammen? 310

5. Kritik des Privateigentums am Grund und Boden vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus 313
6. Die Nationalisierung des Grund und Bodens und die „Geld"rente 316
7. Unter welchen Bedingungen kann die Nationalisierung verwirklicht werden? 319
8. Ist die Nationalisierung ein Übergang zur Aufteilung? 323

Kapitel IV. Politische und taktische Erwägungen in den Fragen des Agrarprogramms 326
1. Die „Garantie gegen eine Restauration" 326
2. Die örtliche Selbstverwaltung als „Schutzwall gegen die Reaktion" 332
3. Die Zentralgewalt und die Festigung des bürgerlichen Staates 337
4. Das Ausmaß der politischen Umwälzung und das Ausmaß der Agrarumwälzung 345
5. Bauernrevolution ohne Eroberung der Macht durch die Bauernschaft? 352
6. Ist die Nationalisierung des Grund und Bodens ein genügend elastisches Mittel? 357
7. Munizipalisierung des Grund und Bodens und Munizipalsozialismus 360
8. Einige Beispiele der durch die Munizipalisierung hervorgerufenen Konfusion 365

Kapitel V. Die Klassen und Parteien im Lichte der Agrardebatten der zweiten Duma 368
1. Die Rechten und die Oktobristen 370
2. Die Kadetten 376
3. Die rechtsstehenden Bauern 383
4. Die parteilosen Bauern 386
5. Die intellektuellen Volkstümler 392
6. Die Trudowikibauern (Volkstümler) 398
7. Die Sozialrevolutionäre 404

8. Die „Nationalen" 409
9. Die Sozialdemokraten 419
Schlußfolgerungen 426
Nachwort 436

1908

Zu den Debatten über die Erweiterung der Budgetrechte der Duma 438–444
Postskriptum zum Artikel „Zu den Debatten über die Erweiterung der Budgetrechte der Duma" 445
Politische Notizen 446–452
Erklärung der Redaktion des „Proletari" 453
An A. M. Gorki 454–461
Die neue Agrarpolitik 462–466
Neutralität der Gewerkschaften 467–477
Das Attentat auf den König von Portugal 478–482
Die Lehren der Kommune 483–486
Polizeilich-patriotische Demonstration auf Bestellung 487–492
Wie die Liberalen das Volk betrügen.. 493–497
Marx im Urteil des internationalen Liberalismus 498–502
Anmerkungen 503–529
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 531–538

ILLUSTRATIONEN

Umschlag des „Kalenders für alle für das Jahr 1908", in dem Lenins Artikel „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart" veröffentlicht wurde. Lenins persönliches Exemplar 75
Titelblatt des Sammelbandes der Werke W. I. Lenins „12 Jahre" .. 87
Letzte Seite von W. I. Lenins Manuskript „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907". November–Dezember 1907 434–435
Erste Seite von W. I. Lenins Brief an A. M. Gorki. 25. Februar 1908 455